

Liechtenstein und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus

Innen- und aussenpolitische Dimensionen der Flüchtlingspolitik
eines Kleinstaates

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Ursina Jud

von Schänis / St. Gallen

Angenommen im Sommersemester 2007 auf Antrag von Herrn
Prof. Dr. Carlo Moos und Herrn Prof. Dr. Jakob Tanner

(Fribourg 2007)

Vorwort

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat im Mai 2001 die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein – Zweiter Weltkrieg (UHK) mit dem Auftrag eingesetzt, aktuelle Fragen zur Rolle Liechtensteins zur Zeit des Nationalsozialismus wissenschaftlich zu untersuchen. Das Mandat der Historikerkommission umfasste die Untersuchung der infolge der NS-Herrschaft nach Liechtenstein gelangten Vermögenswerte, der Flüchtlingspolitik sowie der Produktion liechtensteinischer Industriebetriebe für den deutschen Kriegsbedarf. Die Kommission beauftragte mich im Winter 2002 mit der Erforschung der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik.

Die ersten sechs Kapitel sowie das Schlusskapitel der vorliegenden Dissertation sind im Rahmen der Forschungsarbeit für die UHK entstanden und wurden im Oktober 2005 als Einzelstudie beim Chronos Verlag und dem Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein (HVFL) publiziert (www.chronos.ch). Für die vorliegende Arbeit habe ich ein zusätzliches Kapitel zur Frage erarbeitet, wie Flüchtlingspolitiken verschiedener Staaten verglichen werden können (Kapitel 7). Zudem wurden die bestehenden Kapitel überarbeitet und aufgrund neuer Forschungsergebnisse oder Quellen (insbesondere Kapitel 5 und 6) ergänzt.

Die Entstehung der vorliegenden Dissertation verdanke ich vielen Personen. In erster Linie möchte ich der UHK danken, die mir ihr Vertrauen schenkte und mir die Gelegenheit gab, mich mit dem spannenden Thema der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik auseinander zu setzen.

Bei meiner Arbeit im Auftrag der UHK konnte ich auf die Unterstützung folgender Archive zählen: Liechtensteinisches Landesarchiv, Gemeindearchiv Vaduz, Hausarchiv der regierenden Fürsten von Liechtenstein, Liechtensteinische Landespolizei, Liechtensteinisches Landesgefängnis, Allgemeines Treuunternehmen, Marxer & Partner, Archiv Kanonikus-Stiftung, Privataarchiv Alois Vogt (alle Vaduz), Gemeindearchiv Schaan, Schweizerisches Bundesarchiv Bern, Archiv für Zeitgeschichte Zürich, Staatsarchiv St. Gallen, Staatsarchiv Basel-Stadt, Staatsarchiv Graubünden in Chur, Privataarchiv Stefan Keller Zürich, Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik in Wien, Vorarlberger Landesarchiv in Bregenz, Tiroler Landesarchiv in Innsbruck, Stadtarchiv Feldkirch, Justizanstalt Feldkirch, Landesgendarmeriekommando für Vorarlberg in Bregenz, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, deutsches Bundesarchiv Berlin, Yad Vashem Jerusalem, Central Zionist Archives in Jerusalem, US National Archives II. Ihnen sei herzlich gedankt.

Besonders wichtig war auch die Bereitschaft der Zeitzeugen und der Nachkommen von Zeitzeugen, mir einen Einblick in ihre Erinnerungen zu gewähren. Es waren dies Fritz Baum,

Ruggell; Evelyne Bermann, Schaan; Edith Guggenheim-Strauss, Jerusalem; Paul Keel, Schaanwald; Alfred Kiechler, Basel; Walter Moos, Köniz; Walter Otten, Schaan und London; Moshe Posener, Maccabin/Israel; Susi Pugatsch-Sommer, Tel Aviv. Für ihre wertvollen Hinweise gebührt zudem Michael Funk, Stefan Keller, Guido Koller, Jürg Krummenacher, Martin Jäger, Peter Melichar, Tobias Ritter, Jürgen Schremser, Noëmi Sibold, Rupert Tiefenthaler, Gregor Spuhler, Paul Vogt und Wolfgang Weber ein grosser Dank. Zu besonderem Dank bin ich ferner Barbara Buchholz, Stefan Karlen, Andre Odermatt, Nina Santner und Gregor Spuhler verpflichtet, die vorliegende Arbeit oder Teile davon gelesen und lektoriert haben. Dankbar blicke ich auch auf die kollegiale Zusammenarbeit und den anregenden Austausch mit meinen Arbeitskolleginnen und -kollegen bei der UHK, Esther Tisa Francini, Stefan Karlen, Rodrigo Lopez, Hanspeter Lussy, Veronika Marxer, Christian Ruch und Sandra Wenaweser zurück. Danken möchte ich insbesondere Carlo Moos, der mein Dissertationsvorhaben unterstützte und mir immer mit Rat zur Seite gestanden ist. Ein Dankeschön geht auch an Jakob Tanner für seine Bereitschaft, das Korreferat zu übernehmen. Meine Dankesworte möchte ich nicht schließen, ohne diejenigen miteinzubeziehen, die mit ihrer vorbehaltlosen Unterstützung im Hintergrund ein solches Unterfangen erst ermöglichten. Es sind dies mein Partner Charles sowie meine Eltern Natalia und Norbert Jud-Capaul.

Ursina Jud, Februar 2007

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	4
1.1	Fragestellung	5
1.2	Quellenlage	6
1.3	Gliederung	11
1.4	Forschungsstand	12
2	RAHMENBEDINGUNGEN	16
2.1	Die Flüchtlingsbewegungen der Zwischenkriegszeit und die nationalsozialistische Judenverfolgung	16
2.2	Liechtenstein: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	19
2.2.1	Liechtenstein in der Weltwirtschaftskrise	20
2.2.2	Parteienlandschaft und Regierungszusammensetzung 1933–1945	21
2.2.3	Antisemitismus in Liechtenstein	23
2.3	Entwicklung der fremdenpolizeilichen Grundlagen	31
2.3.1	Die fremdenpolizeilichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein bis 1948	31
2.3.1.1	Die Ausgestaltung des Fremdenpolizeiabkommens: Grenzbewachung und Personenverkehr	32
2.3.1.2	Unzulänglichkeiten des Fremdenpolizeiabkommens aus der Sicht Liechtensteins und der Schweiz	38
2.3.2	Die flüchtlingspolitischen Erlasse der liechtensteinischen Behörden, 1933–1941	46
2.3.3	Schweizerische und liechtensteinische Flüchtlingskategorien, 1933–1945	53
3	FLUCHT ÜBER DIE LIECHTENSTEINISCHE GRENZE	56
3.1	Fluchtbewegungen durch Liechtenstein von 1933 bis 1945	60
3.1.1	Kategorien von über Liechtenstein Flüchtenden, 1938–1945	60
3.1.2	Die vier Hauptphasen	62
3.1.2.1	Erste Phase: 1933 bis zum «Anschluss» Österreichs	62
3.1.2.2	Zweite Phase: Vom «Anschluss» Österreichs bis Kriegsbeginn	63
3.1.2.3	Dritte Phase: 1940–1944	65
3.1.2.4	Vierte Phase: Kriegsende	68
3.1.3	Verfahren der schweizerischen Behörden mit den durch Liechtenstein geflohenen Personen	68
3.2	Die Abwehr von Flüchtlingen 1933–1945	69
3.2.1	Behördliche Praxis 1933–1937	69
3.2.2	Die Praxis der liechtensteinisch-schweizerischen Grenz- und Polizeiorgane zwischen dem «Anschluss» Österreichs 1938 und dem Kriegsbeginn 1939	74
3.2.3	Die Grenzpraxis der liechtensteinischen und schweizerischen Behörden von Kriegsausbruch bis Kriegsende	94
3.3	Fluchthilfe in und über Liechtenstein	107
3.4	Fazit	116

4	GEWÄHRUNG, VERWEIGERUNG UND ENTZUG VON AUFENTHALTSBEWILLIGUNGEN	120
4.1	Aufgenommene Flüchtlinge 1933–1945, Zahlen im Überblick	120
4.2	Praxis der Regierung bei schriftlichen Aufenthaltsgesuchen 1933–1945	123
4.2.1	Entscheidungspraxis der Regierung bei Aufenthaltsgesuchen von 1933 bis zum Fremdenpolizeiabkommen von 1941	127
4.2.1.1	Aufenthaltsgesuche bis 1935	127
4.2.1.2	Deutlicher Anstieg von Einreisegesuchen 1935 – Praxisänderung der Regierung	131
4.2.1.3	Aufenthaltsgesuche vom «Anschluss» Österreichs bis zum Fremdenpolizeiabkommen von 1941	136
4.2.2	Behandlung der Aufenthaltsgesuche von 1941 bis zum Kriegsende	150
4.2.3	Rolle von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren in der Entscheidungsfindung der liechtensteinischen Regierung	158
4.2.4	Praxis bei Kautionserhebungen und Bedeutung der Kautionen	163
4.3	Umgang der liechtensteinischen Behörden mit in Liechtenstein aufgegriffenen Flüchtlingen 1933–1945	167
4.4	Verlängerung und Entzug von erteilten Aufenthaltsbewilligungen	177
4.4.1	Praxis zwischen 1933 und 1941	177
4.4.2	Schweizerisch-liechtensteinische Praxis ab 1941	179
4.5	Gewährung und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen nach Kriegsende	183
4.6	Fazit	189
5	EINBÜRGERUNG VON FLÜCHTLINGEN AUS NS-DEUTSCHLAND	193
5.1	Die liechtensteinische Einbürgerungspraxis 1933–1945	198
5.2	Schutzwirkung des liechtensteinischen Bürgerrechts – Flucht nach Liechtenstein	202
6	FLÜCHTLINGSALLTAG IN LIECHTENSTEIN	210
6.1	Gesellschaftliche und religiöse Aspekte	210
6.2	Wirtschaftliche Tätigkeit der in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlinge	219
6.2.1	Flüchtlinge als Unternehmer	219
6.2.2	Arbeitsbewilligung zu unselbständiger Erwerbstätigkeit	224
6.3	Finanzielle Unterstützung mittelloser Flüchtlinge	227
6.4	Emigrationsbemühungen vor, während und nach dem Krieg	238
6.5	Fazit	239
7	DIE FRAGE DES VERGLEICHS VON FLÜCHTLINGSPOLITIKEN AM BEISPIEL VON LIECHTENSTEIN	242
7.1	Theoretischer Hintergrund zur Komparatistik und zur Internationalen Flüchtlingspolitik	246
7.1.1	Vergleich und Transfer in der Historiographie	246
7.1.2.	Theorie zur Ausgestaltung von Einwanderungspolitiken	250
7.2.	Die Vergleichsfrage in der historischen Flüchtlingsforschung – die bisherigen Ansätze	251

7.2.1	Quantifizierende Vergleiche	251
7.2.2	Qualitativer Ansatz	257
7.3	Liechtenstein im Vergleich – Ansätze zur Komparatistik	261
7.3.1	Vergleich mit schweizerischen Kantonen	261
7.3.1.1	Die Voraussetzungen und Praxis in den Kantonen	262
7.3.1.2	Erkenntnisgewinn	265
7.3.2	Vergleich mit Staaten	266
7.3.2.1	Voraussetzungen in der Schweiz, Liechtenstein und Island	267
7.3.2.2	Vergleich der Politik	271
7.3.2.3	Fazit der Vergleichsansätze	277
8	ZUSAMMENFASSUNG	281
8.1	Fluchtbewegung nach und über Liechtenstein	281
8.2	Flüchtlingspolitik der liechtensteinischen Behörden	283
8.3	Haltung und Verantwortung der einzelnen Akteure	288
8.4	Die Bestimmungsfaktoren der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik	291
8.5	Handlungsspielräume für Liechtenstein	293
8.6	Zahlen zu Aufnahme, Rückweisung, Ablehnung und Fluchthilfe	294
8.7	Die Situation der Flüchtlinge in Liechtenstein	295
8.8	Die liechtensteinische Flüchtlingspolitik im Vergleich	296
	ANHANG	299
	Tabellenverzeichnis	299
	Abkürzungsverzeichnis	300
	Landkarte Fürstentum Liechtenstein	303
	Quellen- und Literaturverzeichnis	304
	Lebenslauf	324

1 Einleitung

Als neutraler Staat war Liechtenstein Zwischenstation oder Zielort vieler Menschen, die vom NS-Regime verfolgt wurden und sich auf der Flucht befanden. Erste Anfragen um Aufenthalt, Niederlassung oder Einbürgerung von Menschen, die als «nichtarisch» ausgegrenzt wurden, gelangten bereits 1933 an die liechtensteinische Regierung. Die schriftlichen Aufenthaltsgesuche nahmen im Lauf der dreissiger Jahre deutlich zu, zugleich kamen auch die ersten Flüchtlinge illegal über die liechtensteinische Grenze. Dramatische Ausmasse nahm die Fluchtbewegung mit dem «Anschluss» Österreichs im März 1938 an. Tausende von Juden versuchten sich nun durch Flucht der Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen. Während des Zweiten Weltkriegs verlagerte sich die Fluchtbewegung hauptsächlich an die schweizerische Süd- und Westgrenze, nach Liechtenstein kamen nur noch vereinzelt jüdische Flüchtlinge, dagegen nahmen ab 1940 die Einreiseversuche entwichener Kriegsgefangener zu.

Liechtenstein – ein traditionelles Auswanderungsland¹ – war bis Anfang der 1930er Jahre noch kaum mit Aufenthaltsgesuchen von Flüchtlingen konfrontiert gewesen und hatte dementsprechend kein Verfahren zur Aufnahme von Flüchtlingen entwickelt.

Das Fürstentum konnte aufgrund der Zollunion mit der Schweiz seine Ausländerpolitik – und damit auch Flüchtlingspolitik – nicht vollkommen autonom gestalten. Das liechtensteinisch-schweizerische Fremdenpolizeiabkommen von 1923 verpflichtete Liechtenstein zur Übernahme gewisser fremdenpolizeilicher Bestimmungen der Schweiz. An der liechtensteinischen Grenze stand aufgrund des Zollvertrages das schweizerische Grenzwachtkorps. Somit lag ein Teil des Vollzugs der Flüchtlingspolitik direkt bei schweizerischen Instanzen. Die Machtergreifung Hitlers und die dadurch ausgelösten Flucht- und Emigrationsbewegungen zeitigten auch Folgen für die fremdenpolizeilichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die schweizerischen Behörden beobachteten die Drittausländerpolitik² Liechtensteins argwöhnisch und waren seit Anfang der dreissiger Jahre bemüht, die Kompetenzen Liechtensteins einzuschränken. Dies gelang ihnen allerdings erst mit dem Fremdenpolizeiabkommen vom Januar 1941. Danach konnte die liechtensteinische Regierung nur noch mit Zustimmung der Eidgenössischen Fremdenpolizei Aufenthaltsbewilligungen gewähren oder Einbürgerungsgesuche bewilligen. Im Gegenzug erhielt Liechtenstein die schon lange angestrebte Freizügigkeit für seine Staatsbürger

¹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 86.

² «Drittausländerpolitik» bezeichnet in diesem Zusammenhang die Politik Liechtensteins gegenüber Ausländern, die schweizerischen Staatsangehörigen ausgenommen.

zugestanden, die nun ohne spezielle Bewilligung in der Schweiz eine Arbeit ausüben oder sich dort niederlassen konnten.

Das Fürstentum Liechtenstein nahm zwischen 1933 und 1945 eine gewisse Anzahl Flüchtlinge auf, lehnte aber auch zahlreiche Aufenthaltsgesuche ab und liess Personen an der Grenze zurückweisen. Im Folgenden gilt es zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen die liechtensteinischen Behörden zu welchen Entscheiden gelangten; ausserdem sollen Flüchtlingsaufnahmen und -rückweisungen quantitativ erfasst werden. Während es aufgrund der disparaten Quellenlage nicht möglich ist, zuverlässige Angaben zum Grenzgeschehen zu erhalten, kann die Anzahl jüdischer Flüchtlinge, die sich zwischen 1933 und 1945 für kürzere oder längere Zeit in Liechtenstein aufhalten konnten, ziemlich genau beziffert werden; es handelte sich um rund 210 Personen. Weitgehend unbekannt ist aber die Zahl der Flüchtlinge, die wegen ihres christlichen Glaubens nach Liechtenstein flohen. Es dürfte sich um bis zu 100 Personen gehandelt haben. Bei Kriegsende traten ferner knapp 500 nationalrussische Soldaten und Personen, die für Deutschland gegen Russland gekämpft hatten, über die deutsch-liechtensteinische Grenze.

In der vorliegenden Arbeit werden unter «Flüchtlingen» Personen verstanden, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer politischen Gesinnung und Tätigkeit in ihrem Heimatstaat physischen, psychischen, gesellschaftlichen oder materiellen Unterdrückungsmassnahmen ausgesetzt waren – seien sie struktureller oder direkter Natur – und sich diesen Massnahmen durch Flucht in einen anderen Staat zu entziehen versuchten.

1.1 Fragestellung

Die vorliegende Studie untersucht die wesentlichen Fragen zum Themenkomplex Flüchtlinge und Liechtenstein zur Zeit des Nationalsozialismus. Im Zentrum stehen die liechtensteinischen Behörden und die Folgen ihrer Politik für die Flüchtlinge, seien es rassistisch Verfolgte des NS-Regimes, politische Flüchtlinge oder Wirtschaftsflüchtlinge sowohl aus dem NS-Raum wie auch aus anderen Staaten. Zuerst wird nach den Fluchtbewegungen über und nach Liechtenstein gefragt. Daran schliesst die Frage nach der Politik der liechtensteinischen und der schweizerischen Behörden gegenüber den illegalen Einreiseversuchen und den Aufenthaltsgesuchen von Flüchtlingen im Fürstentum Liechtenstein an. Welche Positionen nahmen die Behörden ein? Wie viele Flüchtlinge wurden aufgenommen, wie viele Aufenthaltsgesuche abgelehnt, wie viele Menschen an der Grenze zurückgewiesen? Drittens werden Haltung und Tätigkeit der in der Formulierung und im Vollzug der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik massgeblichen staatlichen sowie privaten und halbprivaten Akteure (zum

Beispiel der liechtensteinischen Gewerbege nossenschaft) untersucht. Ein vierter Fragenkomplex ist den bestimmenden Faktoren in der liechtensteinischen Entscheidungsfindung gewidmet: Welche Rolle spielten wirtschaftliche und finanzpolitische Überlegungen, welches Gewicht besa ssen Überfremdungsängste und Antisemitismus? Fünftens wird nach Liechtensteins Handlungsspielraum gefragt angesichts der Einflussnahme der schweizerischen Behörden, deren restriktive Haltung gegenüber jüdischen Flüchtlingen breit erforscht ist.³ In welcher Hinsicht und aus welchen Überlegungen nutzte Liechtenstein den bestehenden Handlungsspielraum; in welchen Bereichen und aus welchen Motiven übernahm das Fürstentum die schweizerischen Bestimmungen buchstabengetreu? Sechstens gehe ich den Folgen der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik auf die Zuflucht suchenden Menschen nach. Was geschah mit den zurückgewiesenen und abgelehnten Flüchtlingen? Und wie sah der Alltag der in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlinge aus? Siebtens stellt sich ausgehend von den Forschungsergebnissen für Liechtenstein die Frage, wie die liechtensteinische Flüchtlingspolitik mit der Flüchtlingspolitik anderer Länder verglichen werden kann.

1.2 Quellenlage

Die vorliegende Studie basiert vor allem auf Primärquellen, die aus liechtensteinischen, österreichischen, schweizerischen, deutschen und israelischen Archiven stammen. Die Quellenlage zu den genannten Forschungsfragen erwies sich insgesamt als lückenhaft. Dicht belegt sind in der Regel die Schicksale der in Liechtenstein aufgenommenen Flüchtlinge. Ganz anders sieht dies für die Vorgänge an der Grenze aus; hier zeigten sich grosse Lücken, die zur Folge haben, dass manche Fragen nicht abschliessend beantwortet werden können. Als Ergänzung zu den schriftlichen Dokumenten wurden Flüchtlinge und ehemalige Grenzwächter interviewt. Vor allem die Suche nach letzteren erwies sich als schwierig. Die Resonanz auf den Zeitzeugenaufruf in der Mai-Ausgabe 2003 des «Forum Z.», des Informationsmagazins des Schweizer Zolls, war bescheiden. Bis August 2003 meldeten sich zwei Grenzwächter. Insgesamt konnten Gespräche mit sechs ehemaligen Flüchtlingen, mit der Tochter eines Flüchtlings sowie mit zwei Grenzwächtern geführt werden.

Liechtenstein

Die wichtigsten Akten zur Flüchtlingsthematik liegen in den liechtensteinischen Archiven, insbesondere im Liechtensteinischen Landesarchiv (LLA), wo die Bestände der staatlichen

³ Stellvertretend für die umfangreiche Literatur zum Thema sollen hier drei wegweisende Werke angeführt werden: UEK, Flüchtlinge, 2001; Häsl er, Boot, 1992, und Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957.

Organe lagern. Dort ist der Bestand der Regierungsakten (RF) zentral. Anders als bei grösseren Behörden sind die Regierungsakten fast durchwegs chronologisch abgelegt, und es gibt kein Klassifikationssystem, das inhaltlich zusammengehörende Dossiers gruppieren würde. Die Suche nach relevanten Dossiers zur Flüchtlingsfrage gestaltete sich daher trotz vollständiger Datenbankerfassung der Dossiertitel als schwierig.⁴ Zu den Regierungsentscheiden liegen keine Protokolle vor, welche Aufschluss über Handlungsmotive und -abläufe geben könnten; die Beschlussfassung der Regierung ist einzig im Registerbuch zu den Regierungsbeschlüssen summarisch dokumentiert.⁵ Von grosser Bedeutung waren die vollständig erhaltenen Landtagsprotokolle (LTP/LTP).⁶ Allerdings fehlen die dazugehörigen Landtagsakten⁷ weitgehend. Im Zentrum des Interesses standen ferner die Ablieferungen des Fürstlich-liechtensteinischen Sicherheitskorps (V5). Sie dokumentieren vor allem Erhebungen der Polizei zu in Liechtenstein lebenden Flüchtlingen. Dagegen wird der Umgang der liechtensteinischen Polizei mit an der Grenze oder im Landesinnern aufgegriffenen Flüchtlingen aus den Akten nur in wenigen Ausnahmen ersichtlich.⁸

Von der liechtensteinischen Hilfspolizei haben sich zwei Aktenbündel erhalten, die ebenfalls vollständig eingesehen wurden.⁹ Sie enthalten vor allem Unterlagen zur Organisation und Planung der Hilfspolizei, aber auch eine Aufzeichnung zur Grenztätigkeit der Hilfspolizei im Frühling 1938.

Wichtig waren weiter die von der 1947 gegründeten liechtensteinischen Fremdenpolizei angelegten Personendossiers. Insgesamt sind zu fünfzig Flüchtlingen beziehungsweise Flüchtlingsfamilien Fremdenpolizeidossiers vorhanden, nämlich zu allen, die zur Zeit der

⁴ Die Dossiertitel sind im LLA in einer Datenbank erfasst, was eine einfache Suche nach Stichworten erlaubt. Dieser Zugriff birgt jedoch – zumindest für den Bereich der Flüchtlinge – einige Unzulänglichkeiten: Einerseits können Dokumente zu Flüchtlingen, welche sich in Sammeldossiers befinden, die hin und wieder angelegt wurden, auf diese Weise nicht gefunden werden. Andererseits erscheint die damalige Wahl der Dossiertitel aus heutiger Sicht teilweise unsystematisch und nicht nachvollziehbar. Erst die sukzessive Ausweitung der Stichwortabfragen ermöglichte einen einigermaßen vollständigen Zugriff auf die relevanten Akten. Die Hauptbegriffe waren «Emigrant», «Flüchtling», «Jud/jüdisch», «Niederlassung», «Aufenthalt», «Einreise», «Wegweisung». Da davon auszugehen ist, dass durch diese Stichworte nicht alle zentralen Dossiers aufgefunden werden können, wurden für die Jahre 1938–1940 die kompletten Bestände durchgesehen. Für die Jahre 1933–1937 und 1940–1945 wurden diejenigen Dossiers konsultiert, die unter den oben aufgeführten einschlägigen Begriffen wie «Aufenthalt» oder «Wegweisung» zu finden waren.

⁵ Die Registerbücher zu den Regierungsbeschlüssen enthalten Verhandlungsdatum, Verhandlungsgegenstand und Art des Regierungsentscheides (LLA, AS).

⁶ LLA, LTP beziehungsweise LLA, LTP.

⁷ LLA, LTA.

⁸ Auch die Suche in den heute noch vollständig vorhandenen Karteikarten des Sicherheitskorps hat keine Aufschlüsse gebracht, da das Sicherheitskorps zu von der Grenzwacht übernommenen Flüchtlingen offensichtlich keine Karten anlegte (Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer»).

⁹ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel.

Gründung der liechtensteinischen Fremdenpolizei noch in Liechtenstein wohnten. Nebst dem üblichen Schriftverkehr zu Aufenthaltsverlängerungen sind in einzelnen Dossiers auch Akten zur Aufenthaltsnahme in Liechtenstein zu finden, welche den Regierungsakten entnommen und in die liechtensteinischen Fremdenpolizeiakten integriert worden sind.

Da Flüchtlinge vor ihrer Überstellung nach Buchs oder ihrer Ausweisung nach Feldkirch zum Teil in Liechtenstein inhaftiert wurden, galt es ebenfalls, Akten des Gefängnisses zu finden. Die einzigen aus dem fraglichen Zeitraum erhaltenen Dokumente sind die nach wie vor im Landesgefängnis aufbewahrten Gefangenenbücher, die erst 1939 einsetzen.¹⁰ Als Ergänzung zum Liechtensteinischen Landesarchiv wurde in den Gemeindearchiven von Schaan und Vaduz, den beiden Gemeinden mit der höchsten Zahl an Flüchtlingen, nach Hinweisen gesucht. Im Gemeindearchiv von Vaduz wurden die Aufenthaltsakten aus dem Jahre 1938 vollständig gesichtet.

Wenige Informationen zur Flüchtlingsfrage enthält das Hausarchiv der regierenden Fürsten von Liechtenstein. Dies ist insofern nicht erstaunlich, als der Vollzug der Ausländerpolitik nicht beim Fürsten, sondern bei der liechtensteinischen Regierung lag.

Wichtige Informationen liessen sich hingegen in einigen Privatarchiven von damaligen Akteuren finden. Von den politischen Akteuren sind von Anton Frommelt, Regierungschef-Stellvertreter von 1933 bis 1938, Regierungsrat von 1938 bis 1945 sowie Landtagspräsident zwischen 1928 und 1945, und von Alois Vogt, Regierungschef-Stellvertreter von 1938 bis 1945, einige Dossiers überliefert. Zudem erhielten wir Einblick in die Privatkorrespondenz von Rudolf Bermann, der 1935 nach Liechtenstein fliehen konnte.

Ferner interessierten – wo noch vorhanden – die Akten der liechtensteinischen Anwälte und Rechtsagenten, da sie zahlreiche Flüchtlinge bei Aufenthaltsangelegenheiten vertraten.¹¹

Schweiz

Im Schweizerischen Bundesarchiv (BAR) in Bern war der Bestand des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD, Aussenministerium) zu Liechtenstein zentral.¹² Wichtige Dossiers zur Flüchtlingsfrage in Liechtenstein befinden sich in den Handakten des Chefs der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund,¹³ in den Beständen der

¹⁰ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch.

¹¹ Allerdings konnten Akten aus diesen Privatarchiven nur in Einzelfällen eingesehen werden. In vorliegende Arbeit sind vor allem Akten des Allgemeinen Treuunternehmens von Guido Feger sowie der Anwaltskanzlei von Alois Ritter eingearbeitet.

¹² BAR, E 2001 (E) 1969/262.

¹³ BAR, E 4800.1 (-).

Eidgenössischen Polizeiabteilung, der Eidgenössischen Fremdenpolizei¹⁴ sowie in der Ablieferung der Eidgenössischen Oberzolldirektion.¹⁵ Von Bedeutung sind vereinzelt auch die Bestände der Bundesanwaltschaft,¹⁶ des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD),¹⁷ des schweizerischen Generalkonsulates in Wien¹⁸ und die Handakten der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD).¹⁹

Gut dokumentiert sind vor allem Fragen der fremdenpolizeilichen Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Dürftig belegt ist dagegen die Tätigkeit des Schweizerischen Grenzwachtkorps: Der Grossteil der Akten des Zollkreises III, welcher das Rheintal, Liechtenstein und Graubünden umfasste, wurde kassiert. Über liechtensteinisches Gebiet erfolgte Fluchten konnten vor allem mittels Personendossiers der so genannten N-Serie der Eidgenössischen Polizeiabteilung erfasst werden.²⁰ Ferner wurden auch in den Staatsarchiven Basel und St. Gallen (Fremdenpolizeiakten) sowie im Archiv für Zeitgeschichte Informationen zu erfolgreichen Fluchten über Liechtenstein in Richtung Schweiz gefunden.

Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde St. Gallen dokumentiert primär die religiösen Kontakte zwischen der sanktgallischen Kultusgemeinde und den liechtensteinischen Juden – die Unterstützungsakten der Israelitischen Flüchtlingshilfe St. Gallen existieren jedoch nicht mehr.

Im Archiv für Zeitgeschichte (AfZ) in Zürich waren die Bestände des Verbandes Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen (VSIA), der 1943 in «Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen» (VSJF) umbenannt wurde, sehr hilfreich. Es sind dies insbesondere Dossiers zu in Liechtenstein lebenden Flüchtlingen, welche vom VSIA/VSJF finanziell unterstützt wurden. Die Korrespondenz zwischen dem VSIA/VSJF und den von ihm unterstützten Flüchtlingen gibt Einblick in ihren Alltag, ihre Befindlichkeit, ihren Lebensweg und nicht zuletzt auch in das Beziehungsnetz der im Fürstentum wohnenden Juden. Die Unterstützungsakten des VSIA/VSJF sind umso wichtiger, als vom Hilfsverein der Juden in Liechtenstein mit Ausnahme der im Liechtensteinischen Landesarchiv überlieferten Korrespondenz keine schriftlichen Dokumente mehr vorhanden sind. Die Unterlagen des

¹⁴ BAR, E 4300 (-). Ab 1941 legte die Fremdenpolizei zu allen in Liechtenstein wohnenden Flüchtlingen ein Personendossier an. Von diesen sind heute einzig noch zwei Dossiers zu Einzelpersonen und vier zu Familien (Erwachsene mit unmündigen Kindern) vorhanden.

¹⁵ BAR, E 6351 (-).

¹⁶ BAR, E 4320 (-).

¹⁷ BAR, E 27 (-).

¹⁸ BAR, E 2200.53 (-).

¹⁹ BAR, E 4001 (-).

Hilfsvereins umfassten ursprünglich eine Kartei, die Informationen zur Unterstützungstätigkeit und zu den Zahlungsleistungen der Mitglieder enthielt.²¹

Österreich

In Österreich wurden vor allem die Bestände des Vorarlberger Landesarchivs (VLA) eingesehen. Im VLA galt die Suche primär den Akten der mit der Grenzkontrolle beauftragten Behörden, insbesondere der Grenzpolizei Feldkirch. Da es keine eigene Überlieferung der Grenzpolizei gibt, wurde in den Beständen der übergeordneten Organe gesucht. In den Akten der Bezirkshauptmannschaft liegen einige Berichte der Grenzorgane über Aufgriffe von Flüchtlingen, sie sind aber unvollständig. Auch die Ablieferungen der Landeshauptmannschaft, Präsidium, PS 1937/38, der Vorarlberger Landesregierung 1923–1938 und der Hauptabteilung IV, Jahre 1940/41, sind in den entscheidenden Dossiers oft lückenhaft.

Weiter konnten im Depositum der Johann-August-Malin-Gesellschaft, die seit 1982 die Zeitgeschichte Vorarlbergs erforscht, wichtige Informationen zu an der liechtensteinischen Grenze zurückgewiesenen Flüchtlingen aufgefunden werden.

Die Chroniken des Hauptzollamtes Feldkirch, die für die Jahre 1939 bis 1943 vorliegen, geben aus Sicht der deutschen Zollbehörden summarisch Auskunft über das Grenzgeschehen.

Da Vorarlberg zum Gau Tirol-Vorarlberg gehörte, wurden auch die Bestände des Tiroler Landesarchivs²² durchgesehen, sie enthalten jedoch wenig Information über die durch Vorarlberg in Richtung Liechtenstein geflohenen Menschen.²³ In den zentralen Beständen sind die Flüchtlinge praktisch kein Thema. Die Korrespondenz besteht vor allem aus von Berlin und Wien übermittelten Reichsverordnungen; die für die vorliegende Studie wichtigere Frage nach der behördlichen Umsetzung dieser Anordnungen nimmt in den Dokumenten dagegen fast keinen Raum ein.

Deutschland

In Deutschland standen die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA), insbesondere die Aktensammlung «Juden in Liechtenstein», im Zentrum des Interesses. Im

²⁰ BAR, E 4264 (-). Zur Auswertung der N-Serie siehe die Einleitung zu Kapitel 3.

²¹ Auskunft des ehemaligen Aktuars des Hilfsvereins, Fritz Baum, Ruggell (Interview vom 10. 4. 2003). Alle Unterlagen gingen nach Auflösung des Hilfsvereins zum VSJF Schweiz, wo sie später vermutlich vernichtet wurden. In den im AfZ überlieferten Akten des VSJF befinden sich jedenfalls keine Dokumente des Hilfsvereins.

²² Hauptstadt des Gaues Tirol-Vorarlberg war Innsbruck.

²³ Von der Reichsstatthalterei wurden die Überlieferungen zu den Dezernaten 1a4 (Reichsverteidigungsangelegenheiten), 1a5 (Polizei- und Verkehrswesen) und 1a12 (Grenzaufgaben) systematisch gesichtet. Von letzterem liegen nur noch die Jahresjournale von 1941–1944 vor.

Bundesarchiv Berlin (BArch) wurden in den Beständen des Volksgerichtshofs Gerichtsakten zu Flüchtlingen, die an der liechtensteinischen Grenze zurückgewiesen wurden, ausgewertet.²⁴

Israel

In Israel galt das Hauptinteresse den Archiven der jüdischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. In der Sektion 0.48 befinden sich sieben Dossiers, die Liechtenstein betreffen. Sie enthalten vor allem Aktenkopien aus deutschen und liechtensteinischen Archiven, die Joseph Walk anlässlich seiner Recherchen zu seinem Aufsatz «Liechtenstein 1933–1945. Nationalsozialismus im Mikrokosmos» angelegt hat.²⁵

Ausserdem wurden in Israel die Central Zionist Archives (Sampling of Swiss Files), die Akten des Palestine Office in Geneva, des Rescue Committee, des Immigration Office in Kushta (Istanbul), der Representation of the Jewish Agency near the League of Nations in Geneva und der Jewish Agency Department for Immigration to Palestine ausgewertet. Darin befanden sich aber keine relevanten Informationen zu Liechtenstein.

1.3 Gliederung

Die vorliegende Studie ist nach thematischen Kriterien gegliedert. Im Anschluss an die Einleitung präsentiert Kapitel 2 die Rahmenbedingungen: Der Darstellung der für Liechtenstein relevanten Etappen der NS-Verfolgungspolitik und der dadurch ausgelösten Fluchtbewegungen folgt ein Überblick über die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation in Liechtenstein während der dreissiger und vierziger Jahre. Ein eigener Abschnitt ist dem Antisemitismus in Liechtenstein gewidmet. Ferner werden die institutionellen Grundlagen für den Umgang von Liechtenstein mit Flüchtlingen dargestellt: die verschiedenen fremdenpolizeilichen Verhandlungen und Abkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein sowie die Erlasse der liechtensteinischen Regierung und des Landtags. Das dritte Kapitel hat das Geschehen an der liechtensteinischen Grenze zum Thema. Nebst der Praxis der schweizerischen Grenzwehr und der liechtensteinischen Polizeiorgane werden auch die unerkannt durch Liechtenstein Geflohenen und die in Liechtenstein operierenden Fluchthilfeorganisationen Gegenstand der Untersuchung sein. In Kapitel 4 stehen die Fragen nach Gewährung, Ablehnung und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen im Zentrum. Zuerst wird die Behandlung von Einreise- und Aufenthaltsgesuchen durch die Regierung dargestellt. Nebst einer quantitativen Erhebung der abgelehnten und genehmigten Einreisegesuche für die

²⁴ BArch, R 3017.

²⁵ Walk, Liechtenstein, 1986.

Jahre 1938/39 wird exemplarischen Fallbeispielen Raum gegeben. Hier geht es vor allem um die Frage, wann beziehungsweise unter welchen Umständen Aufenthaltsgesuche eine reelle Erfolgschance hatten. Ferner wird die Funktion und Tätigkeit jener liechtensteinischen Anwälte beleuchtet, die Flüchtlinge in Aufenthaltsangelegenheiten gegenüber der Regierung vertraten. Thema werden auch die von der liechtensteinischen Regierung verlangten Aufenthaltskautionen sein, deren Bedeutung während der 1930er Jahre kontinuierlich anstieg. In einem weiteren Unterkapitel wird anhand von Fallbeispielen das Schicksal der von der liechtensteinischen Polizei aufgegriffenen Flüchtlinge untersucht, von Menschen also, die ohne Bewilligung der liechtensteinischen Regierung nach Liechtenstein kamen, um der Ausweisung aus der Schweiz oder der Verfolgung in Deutschland zu entgehen. In einem weiteren Unterkapitel wird erforscht, wie die Behörden reagierten, wenn keine gültigen Heimatpapiere mehr vorgelegt werden konnten oder wenn die im Fürstentum lebenden Flüchtlinge staatenlos wurden. Schliesslich ist auch die fremdenpolizeiliche Situation der Flüchtlinge nach Kriegsende Gegenstand der Analyse. Im fünften Kapitel kommen die Einbürgerungen zur Sprache. Diese stellen einen Spezialaspekt der Untersuchung dar. Die liechtensteinische Einbürgerungsgesetzgebung, welche insbesondere das lukrative Feld der so genannten Finanzeinbürgerungen erschloss, bestand lange vor der durch die nationalsozialistische Machtübernahme ausgelösten Flüchtlingswelle und kann deshalb nicht als Teil einer bewussten Flüchtlingspolitik der liechtensteinischen Behörden gesehen werden. Die Möglichkeit zur Einbürgerung in Liechtenstein allein durch Entrichtung einer hohen Einkaufssumme sowie einer substantiellen Kautionsgewinn für finanzkräftige Flüchtlinge im Lauf der dreissiger Jahre aber an Attraktivität und wird deshalb im Rahmen dieser Studie ebenfalls behandelt. Das sechste Kapitel dreht sich um die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Situation der in Liechtenstein aufgenommenen Flüchtlinge. Kapitel sieben behandelt die Frage des Vergleichs unter theoretischem und forschungspraktischem Blickwinkel. Es wird dargestellt, wie Flüchtlingspolitiken verschiedener Staaten bisher verglichen wurden und wie die Flüchtlingspolitik Liechtensteins mittels Vergleich in den internationalen Kontext eingeordnet werden könnte.

1.4 Forschungsstand

Zur Geschichte Liechtensteins während der Zwischenkriegszeit liegt von Peter Geiger mit «Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939» eine umfassende Untersuchung

vor.²⁶ Die Rolle Liechtensteins zur Zeit des Zweiten Weltkriegs ist vor der Einsetzung der UHK einzig im Rahmen von Aufsätzen oder Einzelkapiteln in Büchern abgehandelt worden.²⁷

Anders als etwa in der Schweiz gab es bisher – selbst nach der Publikation der UHK-Flüchtlingsstudie – keine breite öffentliche Debatte zur Flüchtlingsfrage in Liechtenstein; auch die liechtensteinischen Medien haben das Thema wenig aufgegriffen. Im kollektiven Gedächtnis ist vor allem der Flüchtlingsandrang der letzten Kriegstage, als Fürstin Gina zusammen mit liechtensteinischen Pfadfindern die ankommenden Flüchtlinge mit Suppe versorgte, eingeprägt. Allgemein bekannt ist auch der Übertritt der nationalrussischen Armee unter General Holmston auf liechtensteinisches Gebiet Anfang Mai 1945.

Trotz weitgehend fehlender öffentlicher Auseinandersetzung ist eine Entwicklung in der Darstellung der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik auszumachen. Adolf Peter Goop schrieb 1963 von einer besonders humanitären Flüchtlingspolitik Liechtensteins. Goop führte dies auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Regierungschef Josef Hoop und Anwalt Ludwig Marxer zurück, die befreundet gewesen seien und «dank der grosszügigen Einstellung» des Fürsten viele Leben gerettet hätten.²⁸ Zum ersten Mal intensiver befasste sich der Historiker Joseph Walk Mitte der achtziger Jahre mit der Flüchtlingsthematik in Liechtenstein.²⁹ Ausgehend vom Parteiorgan «Der Umbruch» der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL), untersuchte er den in Liechtenstein präsenten Antisemitismus. Die Situation der jüdischen Flüchtlinge in Liechtenstein bezeichnete er als nicht durchwegs positiv, wertete jedoch den Umstand, dass die Regierung die Flüchtlinge während des Kriegs nicht ausgewiesen hat, als Beweis für ihre humanitäre Haltung. Norbert Korfmacher hat in seinem Aufsatz «Exil mit vielen Problemen. Geflohene deutsche Juden im Fürstentum Liechtenstein 1933–1945» anhand von liechtensteinischen Akten primär die Diskussion um die Einbürgerung von Juden, die antisemitische Agitation der VDBL sowie die Gründung und Tätigkeit des Hilfsvereins der Juden in Liechtenstein behandelt. Korfmacher betonte den Einfluss der Schweiz und stellte der liechtensteinischen Regierung ein gesamthaft eher positives Zeugnis aus, hob aber die finanzielle Seite der Einbürgerungen hervor. Die Einbürgerung von in NS-Deutschland verfolgten Juden bezeichnete er als «seltsame Symbiose» zwischen den liechtensteinischen

²⁶ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bde. 1 und 2.

²⁷ Zu nennen sind, in chronologischer Reihenfolge, die im Literaturverzeichnis aufgeführten Arbeiten von Adolf Peter Goop, Josef Walk, Horst Carl, Gerhard Krebs, Norbert Korfmacher, Henning von Vogelsang, Andreas Bellasi und Ursula Riederer, Peter Geiger, Jürgen Schremser sowie David Beattie. Dokumentiert ist der Zweite Weltkrieg auch in «Liechtenstein 1938 – 1978».

²⁸ Goop, Marxer, 1963, S. 7.

²⁹ Walk, Liechtenstein, 1986.

Katholiken und den jüdischen Flüchtlingen und brachte den dabei spielenden Mechanismus folgendermassen auf den Punkt: «Die einen boten Schutz und brauchten Geld, die anderen boten Geld und brauchten Schutz.»³⁰

Peter Geiger wiederum verfasste zahlreiche Publikationen zu Liechtenstein während der dreissiger und vierziger Jahre und widmete insbesondere zwei Kapitel seines Werks «Krisenzeit» der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik. Er umriss die Politik der liechtensteinischen Regierung zwischen 1933 und 1939, präsentierte Beispiele von aufgenommenen und abgewiesenen Flüchtlingen und ging auf die liechtensteinische Einbürgerungspolitik der Jahre 1933 bis 1937 ein. Er bezeichnete die liechtensteinische Flüchtlingspolitik als Schattenkapitel der liechtensteinischen Geschichte und warf insbesondere die Frage auf, ob Liechtenstein nicht mehr hätte tun können, betonte aber gleichzeitig auch die Einflussnahme der Schweiz. In seinem Aufsatz zur Situation Liechtensteins am Kriegsende behandelte Peter Geiger auch die Flüchtlingsströme, mit denen Liechtenstein Ende April 1945 konfrontiert war.³¹

Verhältnismässig gut erforscht ist die liechtensteinische Einbürgerungspolitik. Mehrere Autoren haben sie in ihren Studien unter verschiedenen Aspekten untersucht.³² Am umfassendsten hat Tobias Ritter die Einbürgerungsthematik – insbesondere deren innen- und aussenpolitische Aspekte – in seiner Lizentiatsarbeit und in einem darauf basierenden Artikel dargestellt.³³

Ferner liegen einige Arbeiten zur Entführung der liechtensteinischen Neubürger Alfred und Fritz Schaie alias Rotter durch liechtensteinische Nationalsozialisten vor. Zu erwähnen sind hierbei vor allem die Forschungen von Joseph Walk, Peter Geiger, Ursula Riederer und Andreas Bellasi sowie die Aufsatzsammlung in Band 103 des Jahrbuchs des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein.³⁴ Eingehend analysiert sind zudem Schicksal und Hintergrund der Anfang Mai 1945 nach Liechtenstein geflohenen nationalrussischen Armee.³⁵ Das aktuellste Werk dazu stammt aus dem Jahre 1996 und wurde von Peter Geiger zusammen mit Manfred Schlapp verfasst. Darin wird eine kritische Annäherung an den «Russ-

³⁰ Korfmacher, Exil, 1993, S. 136.

³¹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2; Geiger, Brandung, 1998.

³² Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2; Geiger, Brandung, 1998.

³³ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, und Ritter Einbürgerungspolitik, 2003. Tobias Ritter hat der UHK in dankenswerter Weise seine Arbeitsunterlagen zur Verfügung gestellt.

³⁴ Walk, Liechtenstein, 1986; Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1; Bellasi/Riederer, Alsleben, 1997, und Biedermann/Jud/Kamber/Heeb/Haas/Quaderer, Erstveröffentlichung, 2004, S. 2–95.

«Mythos» vollzogen. Was die Situation an der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze anbelangt, so sind vor allem drei Arbeiten aus vorarlbergischer Optik zu nennen: Das «Lexikon Verfolgung und Widerstand» enthält Fälle von nach Liechtenstein geflohenen Menschen, während Gernot Egger und Gerhard Wanner in ihren Aufsätzen versuchten, das Grenzgeschehen an der vorarlbergisch-schweizerischen respektive liechtensteinischen Grenze allgemein zu fassen.³⁶ Sie stellten Einzelfälle von an der Grenze zurückgewiesenen Menschen dar und untersuchten die Tätigkeit der deutschen Grenzorgane. Ferner wertete Ulrich Nachbauer die literarischen Zeugnisse von mit der Bahn über Feldkirch und über Liechtenstein in die Schweiz geflohenen Schriftstellern aus. Er betonte die am Grenzbahnhof Feldkirch herrschende Willkür während der unmittelbaren Zeit nach dem «Anschluss» Österreichs 1938.³⁷ Untersuchungen zum Grenzgeschehen aus der liechtensteinisch-schweizerischen Warte fehlen hingegen noch weitgehend. Einige wichtige Hinweise zu den Vorgängen an der Grenze sind in Stefan Kellers Untersuchung zum St. Galler Hauptmann Paul Grüninger, in Claudia Hoerschelmanns Dissertation «Exilland Schweiz. Lebensbedingungen und Schicksale österreichischer Flüchtlinge in der Schweiz» sowie in Jürg Krummenachers «Flüchtiges Glück» zu finden.³⁸ Die liechtensteinische Flüchtlingsthematik fand bisher in den zahlreichen Publikationen zur schweizerischen Flüchtlingspolitik trotz der engen Bindung Liechtensteins an die Schweiz noch keinen nennenswerten Eingang. Jedoch enthalten die mittlerweile zahlreichen Studien zur Flüchtlingspolitik der einzelnen Grenzkantone sowie die Publikationen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) wichtige methodische und zahlreiche weiterführende Hinweise.³⁹

³⁵ Geiger/Schlapp, Russen, 1996; Vogelsang, Armee, 1995; Vogelsang, Kriegsende, 1984.

³⁶ Egger, Grenze, 1985; Malin-Gesellschaft, Lexikon des Widerstandes, 1985; Wanner, Grenze, 1998.

³⁷ Nachbauer, Zug, 1998.

³⁸ Krummenacher, Glück, 2005; Keller, Grüninger, 1993; Hoerschelmann, Exilland, 1997.

³⁹ UEK, Flüchtlinge, 2001, sowie UEK, Schlussbericht, 2002. Wichtig waren ferner insbesondere der Tagungsband des Staatsarchivs Genf zu «Le passage durant la Seconde Guerre mondiale», Archives d'Etat de Genève, Passage, 2002, sowie folgende kantonale Studien: Battel, Flüchtlinge, 2001; Wacker, Bern, 1992; Lasserre/Droz/Gardiol, Politique, 2000.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Die Flüchtlingsbewegungen der Zwischenkriegszeit und die nationalsozialistische Judenverfolgung

In der Zwischenkriegszeit waren Millionen von Menschen auf der Flucht. Im Verlauf der russischen Revolution verliess annähernd eine Million Menschen Russland.⁴⁰ Durch den Versailler Vertrag von 1919 verloren viele Menschen ihre Staatsangehörigkeit, territoriale Veränderungen in Mitteleuropa hatten neue Flüchtlingsströme zur Folge.⁴¹ In den zwanziger Jahren kamen Flüchtlinge aus dem faschistischen Italien, in den dreissiger Jahren jene aus NS-Deutschland hinzu. Auf die Aufnahmebereitschaft potentieller Aufnahmeländer wirkte sich seit Beginn der dreissiger Jahre besonders die Weltwirtschaftskrise negativ aus, Flüchtlinge waren angesichts der Massenarbeitslosigkeit unwillkommen. Durch die schwierige Wirtschaftslage entstanden neue Migrationsströme. Mittellose Menschen, die oft zugleich auch staatenlos waren, suchten in ganz Europa ein wirtschaftliches Auskommen, waren aber nirgends erwünscht und wurden zwischen verschiedenen Staaten hin- und hergeschoben.

Im vorliegenden Bericht steht die Fluchtbewegung aus dem NS-Machtbereich im Zentrum. Zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur waren vor allem Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Intellektuelle der unmittelbaren Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt, weshalb in den ersten Monaten vor allem diese Personengruppen Deutschland den Rücken kehrten.⁴² Mit Hitlers Machtantritt setzte zugleich die «Arisierung», die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, der Kultur und dem öffentlichen Leben überhaupt ein. Wegweisend war das im April 1933 erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, aufgrund dessen Beamte aus politischen und Rassegründen entlassen werden konnten.⁴³ Auf dieser Grundlage wurden noch 1933 ein Numerus clausus für jüdische Studierende und mehrere Bestimmungen zur Einschränkung der Tätigkeit von jüdischen Juristen, Anwälten und Kulturschaffenden eingeführt.⁴⁴

Ein neues Stadium erreichte die antijüdische Agitation mit der Terrorwelle vom Sommer 1935, die in den Erlass der Nürnberger Gesetze mündete, die «den Juden» aufgrund rassischer

⁴⁰ Marrus, Unerwünschte, 1999, S. 71.

⁴¹ Sassen, Migranten, 1996, S. 105.

⁴² Kreuter, Emigration, 2001, S. 296.

⁴³ Walk, Sonderrecht, 1996, S. 12, Nr. 46.

⁴⁴ Enzyklopädie des Holocaust, 1998, S. 1055 f.

Kriterien definierten.⁴⁵ Die Nürnberger Gesetze machten deutlich, dass die staatsbürgerlichen Rechte der Juden unwiderruflich im Abbau begriffen waren. Nach einer vorübergehenden Mässigung der antijüdischen Politik 1936 aus Anlass der Olympischen Spiele in der Hauptstadt Berlin trat im Herbst 1937 die antisemitische Verdrängungspolitik in eine neue, verschärfte Phase.

Bis 1937 war die «Arisierung» der deutschen Wirtschaft noch nicht umfassend vorangetrieben worden, organisierte und spontane Boykotte hatten vor allem den kleinen Gewerbetreibenden zugesetzt. Der zunehmende Druck veranlasste jedoch bereits vor 1937 viele Juden, im Ausland – unter anderem in Liechtenstein – nach einer neuen Existenzgrundlage zu suchen.⁴⁶ Die Flucht aus Deutschland gestaltete sich schwierig. Nebst den Schwierigkeiten, ein Aufnahmeland zu finden, galt es vor allem, in Deutschland selbst bürokratische Schikanen und Hürden zu überwinden. Für eine geordnete Auswanderung mussten unter anderem die Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Auswärtigen Amtes, der Gestapo und der Finanzbehörden beigebracht werden, dazu kamen namhafte finanzielle Abgaben, vor allem die Reichsfluchtsteuer. Ausserdem wurde die Ausfuhr von Bargeld 1937 auf die Summe von 10 Reichsmark beschränkt. Mitnehmen durften die Emigranten weiterhin den persönlichen Hausrat, der ab Mai 1938 allerdings mit einer Steuer, die über 100 Prozent des Kaufpreises betragen konnte, belegt wurde.⁴⁷

Mit dem «Anschluss» Österreichs am 12. März 1938 ging eine Verschärfung der Judenverfolgung in ganz NS-Deutschland einher. In Österreich kam es zu äusserst gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung, und bereits am 11. März wurden Systemgegner und Juden verhaftet, in den ersten Tagen des «Anschlusses» insgesamt über 70 000 Menschen.⁴⁸ Ferner begann im ehemaligen Österreich eine – in dieser Systematik und Vollständigkeit neue – gewaltsame «Arisierung». Sie war innerhalb weniger Monate vollzogen, derweil in Deutschland der Prozess, obwohl seit 1933 andauernd, noch nicht abgeschlossen war.⁴⁹ Unter dem Druck des alltäglich spürbaren Antisemitismus, der

⁴⁵ Walk, Sonderrecht, 1996, S. 127, Nr. 636.

⁴⁶ Von den zirka 100 000 Unternehmen und Geschäften, die in NS-Deutschland von Juden geführt wurden oder in jüdischem Besitz waren, wurden bis 1938 zwei Drittel verkauft oder liquidiert. Longerich, Politik, 1998, S. 217.

⁴⁷ Siehe dazu beispielsweise Kreuter, Emigration, 2001, S. 302–305. Die willkürliche Handhabung der im Mai 1938 eingeführten Hausratsbesteuerung illustriert folgendes Fallbeispiel: Ein in die Schweiz zurückkehrender Jude schweizerischer Staatsangehörigkeit musste für seinen Hausrat im Wert von 6000 Reichsmark eine Steuer in der Höhe von 20 500 Reichsmark bezahlen. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 234.

⁴⁸ Benz/Graml/Weiss, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 2001, S. 362–364.

⁴⁹ Zur «Arisierung» in Österreich siehe vor allem die 2003 erschienenen Publikationen der österreichischen Historikerkommission, insbesondere den Schlussbericht: Jabloner/Bailer-Galanda/Blimlinger et al., Vermögensentzug,

wirtschaftlichen Ausgrenzung und der psychischen und physischen Gewalt sahen die meisten in Österreich lebenden Juden nur einen Ausweg – die Flucht ins Ausland. Im Gegensatz zum Altreich war es Juden aus Österreich aber nicht möglich, auch nur einen Teil ihres Besitzes auf legalem Weg ins Ausland mitzunehmen.⁵⁰ Ferner kam die Beschaffung der Auswanderungspapiere einem Spiessrutenlauf durch die verschiedenen Behörden gleich. Das Bestreben NS-Österreichs, seine jüdische Bevölkerung loszuwerden, gipfelte in der Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Ende August 1938. Die Zentralstelle stand unter der faktischen Leitung von Adolf Eichmann und hatte zum Ziel, die Auswanderung der jüdischen Österreicher unter gleichzeitiger materieller Ausplünderung voranzutreiben.⁵¹ Neben der Forcierung der legalen Auswanderung gingen die neuen Machthaber Österreichs dazu über, Juden direkt über die Grenze der Nachbarstaaten zu schieben, vor allem in die Tschechoslowakei, die Schweiz und nach Ungarn.⁵²

Der systematische Zugriff auf das jüdische Vermögen im gesamten NS-Machtraum wurde am 26. April 1938 mit der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vorbereitet und damit die Phase der «Zwangsarisierung» eingeleitet. Im September 1938 führte das faschistische Italien, teilweise in Anlehnung an Deutschland, die ersten Rassengesetze ein.⁵³

Die Judenverfolgungen im Reichsgebiet kulminierten am 9./10. November 1938 in der «Reichskristallnacht». Es kam im ganzen NS-Machtgebiet zu gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber jüdischen Menschen, deren Einrichtungen und Besitz. Synagogen und jüdische Geschäfte wurden geplündert und zerstört, jüdische Menschen angegriffen und zirka 30 000 Juden verhaftet. Kurz darauf besiegelten die deutschen Behörden mit der am 12. November 1938 erlassenen Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft das wirtschaftliche Ende der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Im Oktober 1939 begannen die Deportationen der Juden aus Österreich und aus dem Protektorat. 1941 trat die NS-Judenpolitik in ihre letzte Phase, die als «Endlösung» in die Geschichte einging. Am 23. Oktober 1941 verbot das Reichssicherheitshauptamt allen im Reichsgebiet verbliebenen Juden, den NS-Machtraum zu verlassen. Bis Ende Februar 1942 wurde das Verbot auch auf die

2003, S. 73–131. Siehe ferner Tálos/Hanisch/Neugebauer/Sieder, NS-Herrschaft, 2002; Spuhler/Jud/Melichar/Wildmann, «Arisierungen», 2002, und Safrian, Eichmann-Männer, 1993.

⁵⁰ Safrian, Eichmann-Männer, 1993, S. 34.

⁵¹ Siehe dazu ebd., S. 23–56.

⁵² Gemäss Angaben von Göring und Heydrich wurden zwischen März und November 1938 etwa 45 000 österreichische Juden ins benachbarte Ausland abgeschoben. Friedländer, Reich, 1997, S. 245.

⁵³ Zur Verfolgung der Juden im faschistischen Italien siehe Sarfatti, Ebrei, 2000, sowie Moos, Ausgrenzung, 2004.

besetzten Gebiete ausgedehnt.⁵⁴ Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 verloren alle im Ausland lebenden deutschen Juden ihre Staatsbürgerschaft und ihr Vermögen.⁵⁵ Derweil begannen in Chelmnö die Massenmorde mit Giftgas im ersten Vernichtungslager. Ab März 1942 erfolgten die ersten Deportationen von Juden aus der Slowakei, zwischen März und Juli 1942 begannen die Einweisungen in die grössten Vernichtungslager Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz-Birkenau. Insgesamt wurden während der nationalsozialistischen Herrschaft gegen 6 Millionen Juden und über 500 000 Sinti und Roma ermordet.⁵⁶

2.2 Liechtenstein: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Liechtenstein gehörte mit seinen 160 Quadratkilometern und ungefähr 12 000 Einwohnern zwar zu den kleinsten Ländern Europas. Als souveräner Staat konnte das Fürstentum jedoch dessen ungeachtet Aufenthaltsbewilligungen erteilen und das liechtensteinische Bürgerrecht verleihen. Liechtenstein stellte für Flüchtende aus NS-Deutschland also ein mögliches Zielland dar, auch wenn in gewissen Bereichen der Drittausländerpolitik die schweizerischen Behörden massgebend waren.⁵⁷

Infolge des Zollanschlussvertrags von 1923 standen schweizerische Grenzwächter an der liechtensteinischen Grenze zu Österreich beziehungsweise ab März 1938 zu Grossdeutschland. Die schweizerische Grenzschutz führte neben der Zollkontrolle auch die Personenkontrolle durch. Es war dies die wichtigste Personenüberwachung an der liechtensteinischen Grenze,⁵⁸ denn das Fürstentum besass keine eigene Armee und die schweizerische Armee konnte aus Neutralitätsgründen keine Soldaten an der liechtensteinischen Grenze aufstellen.

Liechtenstein verfügte lediglich über einen kleinen Verwaltungsapparat. Das Fürstlich-liechtensteinische Sicherheitskorps, die liechtensteinische Landespolizei, bestand seit 1933 und zählte zu Beginn nur sieben Polizisten. 1937 erhielt das schwach dotierte Sicherheitskorps Unterstützung von der Hilfspolizei, die bei Bedarf auf Abruf bereitstand. Das Sicherheitskorps führte bis zur Gründung der liechtensteinischen Fremdenpolizei im Jahr 1947 das fremdenpolizeiliche Meldewesen.

⁵⁴ Walk, Sonderrecht, 1996, S. 353, Nr. 256.

⁵⁵ Hepp, Ausbürgerung, 1985.

⁵⁶ Siehe dazu etwa Benz/Graml/Weiss, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 2001.

⁵⁷ Siehe dazu insbesondere Kapitel 2.3.

⁵⁸ Die schweizerischen Grenzwächter wurden während heikler Phasen, vor allem 1938 und kurz vor Kriegsende, von der liechtensteinischen Hilfspolizei unterstützt.

Der Kleinstaat Liechtenstein verfügte ferner über kein eigenes Diplomatennetz; die diplomatische Vertretung Liechtensteins wurde durch die schweizerische Diplomatie besorgt. Der deutsche Ansprechpartner Liechtensteins war das deutsche Generalkonsulat in Zürich, das bis 1943 unter der Leitung von Hermann Voigt stand, der von Karl Dienstmann abgelöst wurde.

2.2.1 Liechtenstein in der Weltwirtschaftskrise

Wie Europa insgesamt wurde auch Liechtenstein zu Beginn der dreissiger Jahre von der Weltwirtschaftskrise erfasst. Die schwierigsten Jahre waren für das Fürstentum die Jahre zwischen 1933 und 1936.⁵⁹ Die Arbeitslosigkeit stieg rapide an, die liechtensteinische Regierung versuchte mit der Lancierung so genannter Notstandsarbeiten (Strassenbauten, Rheinregulierung etc.) möglichst vielen Arbeitslosen eine Beschäftigung zu bieten.⁶⁰ Zudem bewilligte sie weniger Aufenthaltsbewilligungen, um die bis anhin im Land arbeitenden Ausländer durch Liechtensteiner zu ersetzen.⁶¹ Parallel dazu betrieb die Regierung einen aktiven Wirtschaftsprotektionismus und ergriff Massnahmen, um das einheimische Gewerbe, das aus vielen Kleinbetrieben bestand und in den meisten Branchen überbesetzt war, aktiv zu fördern. Ferner versuchte die Regierung Industriebetriebe anzusiedeln, allerdings erst ab 1935 – dem Höhepunkt der Krise – in verstärktem Masse. Zuvor hatte Liechtenstein auf schweizerische Konkurrenzängste Rücksicht genommen und darauf verzichtet, die Industrialisierung voranzutreiben. Im Gegenzug hätte die Schweiz die überzähligen liechtensteinischen Arbeitskräfte beschäftigen sollen. Da dies der Schweiz aufgrund der eigenen hohen Arbeitslosigkeit während der Krisenjahre nicht möglich war, begann Liechtenstein seinen Industriesektor vermehrt zu fördern.⁶²

In den Krisenjahren stiegen die Ausgaben für die öffentliche Fürsorge stark an.⁶³ Sie wuchsen zwischen 1930 und 1939 um den Faktor 13, nämlich von 6713 Franken im Jahr 1928 auf 91 101 Franken im Jahr 1939.⁶⁴ Diese Mehrausgaben waren eine Folge der prekären Wirtschaftslage, wurden aber auch erst durch steigende Einnahmen ermöglicht. Der liechtensteinische Staatshaushalt präsentierte sich selbst während der schwierigsten Krisenjahre

⁵⁹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 145–179.

⁶⁰ Zur staatlichen Arbeitsbeschaffung siehe ebd., S. 214–248.

⁶¹ Ebd., S. 249–253.

⁶² Ebd., S. 268–277.

⁶³ Darunter fielen die Arbeitslosenfürsorge sowie die Tuberkulose-, Säuglings-, Kranken- und Altersfürsorge. Es gab noch keine gesetzlich geregelte Arbeitslosenversicherung. Die Unterstützung für Arbeitslose wurde ab 1931 aus dem gleichen Fonds wie bis anhin die sozialen Unterstützungen bezahlt. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 286.

⁶⁴ Ebd., Tabelle der Ausgaben S. 286. Zur ganzen Thematik der sozialen Schutzmassnahmen siehe ebd., S. 285–293.

bemerkenswert ausgeglichen, ein kleines Staatsdefizit war einzig in den Jahren 1928, 1930 und 1938 zu verzeichnen. Die Staatseinnahmen wuchsen sogar bedeutend an: Sie verdoppelten sich – wenn auch nicht linear – zwischen 1929 und 1937 von 1,6 Millionen auf 3,1 Millionen Franken. Der Haushalt beruhte primär auf den vier Säulen Briefmarken, Gesellschaftswesen, schweizerische Zollpauschale und Einbürgerungstaxen. Diese vier Einnahmequellen machten insgesamt rund 80 Prozent der Staatseinnahmen aus. Mit Ausnahme der Zollpauschale war die Entwicklung der Einnahmen allerdings schwierig vorauszusehen, weshalb die Regierung eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgte. Die tatsächlichen Einnahmen lagen jeweils bedeutend höher als von der Regierung veranschlagt.⁶⁵

Mit der leichten Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gegen Ende der dreissiger Jahre sanken auch die Arbeitslosenzahlen; ab 1940 fehlten insbesondere landwirtschaftliche Arbeitskräfte, weshalb die Regierung Personen, die jünger als zwanzig waren, zur Arbeit in der Landwirtschaft verpflichtete.⁶⁶

Flüchtlinge, die in den dreissiger Jahren nach Liechtenstein kamen, konnten also nicht darauf hoffen, in Liechtenstein eine Arbeitsstelle zu finden und eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Willkommen waren eher finanzkräftige Privatisers oder potentielle Arbeitgeber, sofern sie das einheimische Gewerbe nicht konkurrenzierten.

2.2.2 Parteienlandschaft und Regierungszusammensetzung 1933–1945

Zu Beginn der dreissiger Jahre lag die liechtensteinische Politik in den Händen von zwei Parteien, der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) und der Christlich-sozialen Volkspartei. Bis 1938 stellte jeweils eine Partei die Regierung, und die andere bildete die Opposition, was zu ständigen Spannungen und Machtkämpfen führte.⁶⁷

Die grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der anhaltende Parteienstreit, der Erfolg antidemokratischer Bewegungen im nahen Ausland und die Unzufriedenheit über die Dominanz der jeweiligen Regierungspartei bereiteten den Boden für alternative, autoritäre Gesellschaftskonzepte.⁶⁸ Der im Herbst 1933 gegründete Liechtensteiner Heimatdienst (LHD)⁶⁹ sympathisierte mit den autoritären Modellen in Italien, Österreich und NS-

⁶⁵ Ebd., S. 199–202.

⁶⁶ Neue Zürcher Zeitung, 18. 3. 1940, zitiert in: Jansen/Allgäuer, Liechtenstein, 1978, S. 47.

⁶⁷ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 61–74.

⁶⁸ Ebd., S. 365–367.

⁶⁹ Den Namen übernahm der LHD vom vorarlbergischen Heimatdienst, der aber, im Unterschied zum LHD, militant ausgerichtet war. Wie das vorarlbergische Vorbild wollte der LHD überparteilich sein, bekannte sich zum Katholizismus und wollte gegen den Einfluss des Kommunismus kämpfen. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 369. Zur Gründung und

Deutschland und sah die Lösung für die liechtensteinische Gesellschaft in einer berufsständischen Ordnung. Der erste Präsident des LHD, Eugen Schaffhauser, der dem gemässigten Flügel angehörte, blieb nicht lange im Amt. Bald bestimmten radikalere Kräfte wie Otto Schaedler, Alois Vogt und Carl Freiherr von Vogelsang die Ideologie des LHD. Das sich immer klarer abzeichnende Ziel⁷⁰ war der totale Umbau Liechtensteins; zentraler Bestandteil war dabei ein pointierter Antisemitismus.⁷¹ Nachdem sich die Christlich-soziale Volkspartei und der LHD ab 1935 schrittweise angenähert hatten, fusionierten die beiden Parteien 1936 zur Vaterländischen Union (VU).⁷²

Primäres Ziel der VU war eine angemessene Vertretung in Regierung und Parlament sowie insbesondere die Einführung des Proporzwahlrechts, von dem sie sich bessere Wahlchancen erhoffte. Dies erreichte sie im Zug der Ereignisse vom März 1938, als der «Anschluss» Österreichs die Gefahr eines ähnlichen Szenarios für Liechtenstein in unmittelbare Nähe rücken liess. Der politische Umsturz in Österreich beunruhigte nicht nur die liechtensteinischen, sondern auch die schweizerischen Behörden, die nun auf eine Selbständigkeitserklärung Liechtensteins drängten. Die Regierungspartei FBP befürwortete eine solche Erklärung, die oppositionelle VU aber sprach sich dagegen aus, solange ihre zentralen innenpolitischen Anliegen nicht verwirklicht waren. VU-Parteipräsident Otto Schaedler stellte einen sieben Punkte umfassenden Forderungskatalog auf. Zuoberst auf der Liste standen die Forderung nach einer Regierungsbeteiligung und der Einführung des Proporzwahlrechts. Drei weitere Punkte zielten auf die «Entjudung» Liechtensteins hin.⁷³

Ende März 1938 erzielten VU und FBP unter dem Druck der Verhältnisse eine Einigung: Auch die VU bekannte sich zur Selbständigkeit und zur Verfassung Liechtensteins, zu einer engen Bindung an die Schweiz und zum Fürsten; im Gegenzug erhielt sie mehr politische Macht.

Ideologie des Liechtensteiner Heimatdiensts siehe auch Walk, Liechtenstein, 1986, S. 383–390, und Krebs, Fürst, 1988, S. 551.

⁷⁰ Ursprünglich hatten im Heimatdienst unterschiedliche Zielsetzungen bestanden. Der wichtigste gemeinsame Nenner war das Ende des Parteienstreites und eine gerechtere Gesellschaft. Eugen Schaffhauser, der das erste Programm formulierte, ging noch davon aus, dass diese Ziele ohne Beteiligung an der Macht zu erreichen seien. Schaedler, Vogelsang und Vogt sahen dies anders: ihr Ziel war die Beteiligung an der Macht. Die «Idealisten» sollten in der Folge bald aus der Bewegung austreten. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 374.

⁷¹ Siehe dazu Kapitel 2.3.3.

⁷² Zur Annäherung zwischen Heimatdienst und Volkspartei kam es 1935. Gemeinsame Basis bildete die Gegnerschaft zur Bürgerpartei, der Wille zum Systemwechsel wie auch die Abneigung gegen die Fürstin, die die Bürgerpartei zu bevorzugen schien. Zudem hatten beide Parteien finanzielle Probleme. Die Zusammenarbeit begann mit der Lancierung einer Verfassungsinitiative im Januar 1935, die zwei Änderungen vorsah: die Einführung des Proporzwahlrechtes und die Umwandlung der liechtensteinischen Staatsordnung in einen Ständestaat. Das Abstimmungsergebnis vom 30. 5. 1935 fiel sehr knapp aus: 1182 Stimmbürger sprachen sich für die Vorlage aus, 1319 dagegen. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 415–420.

Künftig stellte sie den Regierungschef-Stellvertreter, einen nichtständigen Regierungsrat und einen Regierungsrat-Stellvertreter.⁷⁴ In der neu zusammengesetzten Regierung bekleidete Josef Hoop (FBP) weiterhin das Amt des Regierungschefs, Alois Vogt (VU) wurde zum Regierungschef-Stellvertreter bestellt, Anton Frommelt (FBP) war neu ständiger Regierungsrat und Arnold Hoop (VU) fungierte als nichtständiger Regierungsrat.⁷⁵ Ferner wurde im Januar 1939 das Proporzgesetz realisiert.⁷⁶ Die parteiliche Zusammensetzung der Regierung von 1938 blieb bis zum Kriegsende unverändert.

Mit der Gründung der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL) Ende März 1938 entstand in Liechtenstein eine nationalsozialistische Oppositionspartei. Die VDBL forderte den «Anschluss» Liechtensteins⁷⁷ und vertrat einen Rassenantisemitismus nach nationalsozialistischem Vorbild.⁷⁸ Daneben existierte in Liechtenstein auch eine Auslandsorganisation der NSDAP, die unter der Leitung von Friedrich Bock stand. Insgesamt war diese aber weniger aktiv als die VDBL.⁷⁹

2.2.3 Antisemitismus in Liechtenstein

Noch fehlt eine umfassende Untersuchung zum Antijudaismus und Antisemitismus in Liechtenstein. Bekannt sind vor allem offenkundige antisemitische Agitationen durch liechtensteinische Parteien, Zeitungen und Privatpersonen. Peter Geiger, der das Thema in mehreren Publikationen und Vorträgen aufgegriffen hat, kommt zum Schluss, dass in grossen Teilen der liechtensteinischen Bevölkerung ein latenter Antisemitismus vorhanden war.⁸⁰ Vermutlich waren in Liechtenstein, dessen Bevölkerung zu fast 98 Prozent katholisch war,⁸¹ die ähnlichen traditionellen antijüdischen Stereotype und Vorurteile wie in den übrigen katholischen Regionen zu finden, zumal laut dem Katholizismus-Experten Urs Altermatt die Katholiken zur «Beurteilung des Judentums ein in sich ziemlich geschlossenes weltanschaulich-ideologisches Koordinatensystem besaßen, das in den grossen Handbüchern und Lexika der katholischen Verlagshäuser nachzulesen war».⁸² Die katholische Doktrin der

⁷³ Siehe dazu Kapitel 2.2.3.

⁷⁴ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 161 f.

⁷⁵ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 179.

⁷⁶ Ebd., S. 321 ff.

⁷⁷ Korfmacher, Exil, 1993, S. 124; Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, insbesondere S. 187–206.

⁷⁸ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 204 f.

⁷⁹ Korfmacher, Exil, 1993, S. 119.

⁸⁰ Geiger, Antisemitismus, 1997.

⁸¹ Walk, Liechtenstein, 1986, S. 378 f.

⁸² Altermatt, Katholizismus, 1999, S. 303.

Zwischenkriegszeit war ambivalent. Der Rassenantisemitismus war den Katholiken zwar untersagt, die offizielle Lehrmeinung erlaubte aber den antimodernistischen Antisemitismus zum Schutz des christlichen Einflusses in Kultur, Politik und Wirtschaft.⁸³

Im Fürstentum lebten seit Mitte des 17. Jahrhunderts keine Juden mehr. In der Volkszählung von 1930 war ein einziger – 1923 eingebürgerter – Liechtensteiner jüdischen Glaubens registriert.⁸⁴ Der Antisemitismus in Liechtenstein war somit bis zu Beginn der 1930er Jahre ein Antisemitismus ohne Juden. Der deutsche Historiker Norbert Korfmacher zeigte auf, wie die beiden grossen Parteien FBP und Christlich-soziale Volkspartei mit antisemitischen Argumenten Wahlkampf führten; so enthielten zum Beispiel die Wahlkampfbroschüren beider Parteien von 1926 antisemitische Anspielungen.⁸⁵ Daneben waren Ende der zwanziger Jahre öffentliche antisemitische Äusserungen von Vertretern der grossdeutschen Idee zu vernehmen. In ihrer 1927 – allerdings nur während zweier Monate – erscheinenden Zeitschrift «Heimatland» fanden sich antisemitisch gefärbte Nachrichten.⁸⁶

Antisemitismus gelangte in Liechtenstein auch anlässlich der Diskussion über die Einrichtung einer Schächterei in Schaan im Jahr 1929 an die Oberfläche. Schweizer Juden, die das 1893 erlassene Verbot in der Schweiz umgehen wollten, stellten in Schaan ein Konzessionsgesuch zum Betrieb einer Schächterei. Die Regierung sowie der Schaaner Gemeinderat befürworteten das Gesuch, weil sie sich davon bedeutende Einnahmen für Liechtenstein erhofften. In der Zeitung der oppositionellen Christlich-sozialen Volkspartei, in den «Liechtensteiner Nachrichten», machte sich jedoch starker Widerstand breit.⁸⁷ Die Gegnerschaft der Schächterei setzte sich primär aus Regierungsgegnern (Vertretern der oppositionellen Volkspartei), aber auch aus Tierschützern und Antisemiten zusammen, wobei die Übergänge zwischen den Motivationen der einzelnen Gruppierungen fließend waren. Rudolf Schädler, Landtagsabgeordneter Franz Amann und Tierarzt Frommelt in Eschen lancierten im Frühjahr 1929 eine Initiative für ein Schächtverbot, die von 724 Stimmbürgern unterzeichnet wurde.⁸⁸ In

⁸³ Ebd., S. 303 f.

⁸⁴ Walk, Liechtenstein, 1986, S. 378 f.

⁸⁵ Korfmacher, Exil, 1993, S. 115.

⁸⁶ Walk, Liechtenstein, 1986, S. 380.

⁸⁷ AfZ, SIG, 9.5.2, Bloch-Moos – Einrichtung eines Schlachthofes im Fürstentum Liechtenstein, «Protokoll der Konferenz bezüglich Schächt-Bewilligung im Fürstentum Liechtenstein vom 5. März 1929». Als Reaktion auf die Presseberichterstattung wandte sich Regierungschef Hoop an das deutsche «Büro für Schächtangelegenheiten» mit der Bitte um neue Gutachten, damit er der liechtensteinischen Opposition begegnen könne.

⁸⁸ AfZ, SIG, 9.5.2, Bloch-Moos – Einrichtung eines Schlachthofes im Fürstentum Liechtenstein, Regierung an SIG, z. Hd. S. Bloch-Ross, 20. 3. 1929; AfZ, SIG, 9.5.2, Presse Jüdische Pressenzentrale, 12. 4. 1929, Interview mit Regierungschef Josef Hoop: «Bemerken möchte ich noch, dass abgesehen von einigen Führern der Schächtopposition antisemitische Beweggründe nicht in Frage kommen.»

der Diskussion im Landtag betonten die Verfechter der Initiative die Qualen der Tiere beim Schächten, während die Gegner dies bezweifelten und auf die wirtschaftlich lukrative Seite der geplanten Schächtereie hinwiesen.⁸⁹ Ein Abgeordneter fand es eine «Schmach», dass gerade ein katholisches Land das Schächten zulasse, worauf er aber von andern Landtagsabgeordneten darauf hingewiesen wurde, dass die katholische Kirche das Schächten bis dahin noch nie offiziell verurteilt hatte. Ein weiterer Abgeordneter äusserte Bedenken, weil es sich bei den Vertragspartnern um Juden handelte, mit denen man nur nachteilige Geschäfte abschliessen könne. Der Landtag sprach sich jedoch mit elf zu vier Stimmen klar gegen die Initiative aus. Nun hätte die Stimmbevölkerung über die Initiative befinden müssen.⁹⁰ Zur Abstimmung kam es jedoch nicht.⁹¹ Mit Erlass des Schlachtgesetzes 1936 verbot Liechtenstein das Schächten, ohne dies allerdings explizit zu benennen.⁹²

Die Entführung der Brüder Alfred und Fritz Schaie (Rotter)

Antisemitische Regungen liess die liechtensteinische Einbürgerungspolitik zu Beginn der dreissiger Jahre ins Rampenlicht der Öffentlichkeit treten. Unter den vor 1933 in Liechtenstein Eingebürgerten befanden sich auch Menschen jüdischen Glaubens: Zwischen 1930 und 1932 erteilte das Fürstentum 31 Juden die liechtensteinische Staatsbürgerschaft.⁹³ Die Einbürgerungspolitik trug Liechtenstein noch vor Hitlers Machtantritt die Kritik deutscher Zeitungen ein, die das Fürstentum als Paradies der Schieber und der Betrüger brandmarkten. Zielscheibe der sich 1933 verschärfenden und zunehmend antisemitisch gefärbten Kritik⁹⁴ waren insbesondere die beiden 1931 in Liechtenstein eingebürgerten Brüder Fritz und Alfred Schaie, mit Künstlernamen Rotter.⁹⁵ Fritz und Alfred Rotter besaßen in Berlin mehrere

⁸⁹ LLA, LTP, 1929, Sitzung vom 22. 4. 1929.

⁹⁰ AfZ, SIG, 9.5.2, Bloch-Moos – Einrichtung eines Schlachthofes im Fürstentum Liechtenstein, Regierung an Bloch-Ross 25. 4. 1929. Die Regierung wollte die Genehmigung der Konzession bis zur Abstimmung zurückstellen. Zunächst wollte sie die Abstimmung im Frühjahr anberaumen, Vertreter der Initianten verlangten jedoch, die Abstimmung auf den Herbst zu verschieben. Sie argumentierten, dass ansonsten zu viele Stimmende – Saisoniers und Alpknechte – fehlen würden. AfZ, SIG, 9.5.2, Bloch-Moos – Einrichtung eines Schlachthofes im Fürstentum Liechtenstein, Advokaturbureau Schwendener an C. Bollag, 6. 7. 1929, und Regierung an Schwendener, 16. 7. 1939.

⁹¹ Die entsprechenden Regierungsakten im Landesarchiv fehlen. Deshalb kann die Frage nach dem Ende der Initiative nicht schlüssig beantwortet werden. Die Initiative wurde entweder für ungültig erklärt oder von den Initianten zurückgezogen.

⁹² Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 498.

⁹³ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 13.

⁹⁴ Ebd., S. 14, und Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 343.

⁹⁵ Zur Entführung der Brüder Rotter gibt es zahlreiche Untersuchungen, so zum Beispiel Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 342–358; Bellasi/Riederer, Alsleben, 1997, S. 97–114; Carl, Liechtenstein, 1988, S. 421–423, und Walk, Liechtenstein, 1986, S. 380–382. Das Jahrbuch 2004 des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein enthält das gesamte Plädoyer des Anwalts von Fritz Rotter sowie weitere Aufsätze zu einzelnen Aspekten der Entführung. Biedermann/Jud/Kamber/Heeb/Haas/Quaderer, Erstveröffentlichung, 2004, S. 2–95.

Theatergesellschaften, die zu Beginn der dreissiger Jahre in eine Krise gerieten und schliesslich Konkurs machten. In Deutschland warf man ihnen betrügerischen Konkurs vor, weshalb die beiden Brüder Anfang 1933 nach Liechtenstein flohen. Als die deutsche Pressekampagne nicht abbrach, griffen vier nationalsozialistische Liechtensteiner,⁹⁶ unterstützt von fünf Deutschen aus Konstanz, zur Selbstjustiz. Sie planten die Entführung und anschliessende Überführung der Gebrüder Rotter nach Deutschland. Der Anführer Rudolf Schädler lockte Alfred Schaie, seine Frau sowie Fritz Schaie und dessen Begleiterin Julia Wolf unter einem Vorwand in die liechtensteinischen Alpen. Als sie beim Kurhaus Schädlers ankamen, versuchten die Entführer, die vier zu überwältigen. Auf der Flucht stürzten Alfred Schaie und seine Frau Gertrud Schaie zu Tode, Julia Wolf und Fritz Schaie überlebten, zogen sich aber schwere Verletzungen zu.⁹⁷

Die fünf deutschen Mittäter setzten sich nach Österreich ab. Die liechtensteinische Regierung deponierte in der Folge beim Landgericht Feldkirch ein Auslieferungsbegehren. Sie zog dieses aber zurück, nachdem Deutschland eine Strafverfolgung der deutschen Mittäter in Aussicht gestellt hatte.⁹⁸ Die liechtensteinische Regierung verurteilte die Entführung als «unmenschliche Tat».⁹⁹

Die vier liechtensteinischen Entführer kamen vor Gericht. In der Verhandlung wurden die Vorgänge sehr detailliert beschrieben, die politischen Hintergründe (NS-Ideologie, Antisemitismus) wurden aber kaum oder nur indirekt erörtert. Zudem unterbrach der Gerichtspräsident den Anwalt der Brüder Schaie, Wladimir Rosenbaum, der ein umfangreiches Plädoyer vorbereitet hatte, nach wenigen Sätzen. Die kritischen Bemerkungen Rosenbaums, vor allem über den Antisemitismus in Deutschland, waren mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Deutschland nicht erwünscht.¹⁰⁰ Die vier Angeklagten wurden der versuchten Entführung für schuldig gesprochen, erhielten aber unter Berufung auf das ausserordentliche Milderungsrecht äusserst milde Strafen. Sie lagen alle unter dem Mindestmass von fünfzehn Monaten Kerkerstrafe. Rudolf Schädler wurde zu einem Jahr Kerker unbedingt verurteilt, Peter Rheinberger zu neun Monaten, Eugen Frommelt zu fünf und Franz Roeckle zu vier Monaten,¹⁰¹ alle ebenfalls unbedingt. Die vier Liechtensteiner konnten auf einen gewissen

⁹⁶ Es waren dies Rudolf Schädler, Franz Roeckle, Peter Rheinberger und Eugen Frommelt. Geiger, *Krisenzeit*, 2000, Bd. 1, S. 344 f., und Bellasi/Riederer, *Alsleben*, 1997, S. 97.

⁹⁷ Siehe dazu Geiger, *Krisenzeit*, 2000, Bd. 1, S. 342–358.

⁹⁸ Ebd., S. 53 f. Die fünf deutschen Staatsbürger wurden schliesslich vom Gericht Konstanz zu milden Strafen verurteilt.

⁹⁹ Geiger, *Krisenzeit*, 2000, Bd. 2, S. 347.

¹⁰⁰ Kamber, Rosenbaum, 1990, S. 194. Das Plädoyer Rosenbaums liegt in Kopie im liechtensteinischen Landesarchiv vor. LLA, V4/1931/21. Es wurde 2004 im Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein zum ersten Mal integral publiziert, Biedermann/Jud/Kamber/Heeb/Haas/Quaderer, *Erstveröffentlichung*, 2004, S. 2–95.

¹⁰¹ Carl, Liechtenstein, 1988, S. 424, und Geiger, *Krisenzeit*, 2000, Bd. 1, S. 350.

Sukkurs in Teilen der liechtensteinischen Öffentlichkeit zählen. Noch vor der Urteilsverkündung forderten über 700 Personen mit ihrer Unterschrift die Begnadigung der Entführer.¹⁰² Das «Liechtensteiner Volksblatt» verurteilte die Tat der Rotter-Entführer, währenddessen die «Liechtensteiner Nachrichten» mehrmals Einsendungen abdruckten, die Verständnis für die Motive der Täter zeigten.¹⁰³ Ein halbes Jahr nach der Verhandlung begnadigte Fürst Franz I. auf Wunsch des NS-Regimes Peter Rheinberger, der zwei Drittel der Strafe verbüsst hatte; Rudolf Schädler wurde vom Gericht nach Verbüßung von gut der Hälfte der Strafe bedingt entlassen.¹⁰⁴

Der Entführungsversuch machte deutlich, dass liechtensteinische Antisemiten im Einzelfall auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschreckten. Antisemitismus bekamen 1933 noch weitere Juden zu spüren. Zwei Personen beschwerten sich im Dezember 1933 bei der Regierung und suchten bei ihr um Schutz nach, nachdem sie antisemitische Zuschriften erhalten hatten.¹⁰⁵

Der Antisemitismus des Liechtensteiner Heimatdiensts (LHD)

Mit der Gründung des Liechtensteiner Heimatdiensts (LHD) im Herbst 1933 wurde der Antisemitismus zu einem wichtigen Thema in der liechtensteinischen Öffentlichkeit. In einem undatierten Dokument skizzierte der LHD sein Programm wie folgt:

«Wir sind ein christlich-katholisches Volk und wenn wir unsere Eigenart bewahren wollen, müssen wir jeden Einbruch jüdisch marxistischer Ideen in unsere Kultur rechtzeitig verhindern. Unsere Eigenart unser liechtensteinisch-deutsches Volkstum zu pflegen und unsere Religion zu schützen ist eine der vornehmsten Aufgaben des «Liechtensteiner Heimatdienstes».»¹⁰⁶

Der Antisemitismus des LHD manifestierte sich vor allem in der von Carl von Vogelsang geleiteten Parteizeitung, dem «Liechtensteiner Heimatdienst» (1933–1935). Zielscheibe der Hetzkampagne waren insbesondere die Einbürgerungen und Niederlassungen von Juden in Liechtenstein. Vogelsang konstatierte Ende Juni 1935 in einem Leitartikel unter dem Titel «Geistige Landesverteidigung» eine «jüdische Überfremdung unseres Landes». Er setzte die Juden mit Marxisten gleich, bezeichnete sie als antimonarchistisch, revolutionär, als Bedrohung für die christliche und moralische Weltanschauung und schliesslich auch als wirtschaftliche Gefahr aufgrund ihrer unlauteren, «typisch jüdischen» Geschäftsmethoden. Das «Liechtensteiner Volksblatt», das von Alfons Kranz geleitet wurde, widersprach dem Artikel

¹⁰² Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 350 f.

¹⁰³ Ebd., S. 351.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ LLA, RF 137/447, Amtsvermerk vom 12. 12. 1933.

Vogelsangs und hielt fest, dass in Liechtenstein keine Überfremdung drohe. Die «Liechtensteiner Nachrichten», die zuvor die antisemitischen Artikel Vogelsangs ebenfalls kritisiert hatten, äusserten sich nicht mehr, da es zur politischen Annäherung zwischen der Christlich-sozialen Volkspartei und dem LHD gekommen war, die Anfang 1936 in die Fusion zur Vaterländischen Union (VU) mündete.¹⁰⁷

Die antisemitische Führungstroika des LHD, Otto Schaedler, Alois Vogt und Carl von Vogelsang, war in der VU von Beginn weg bestimmend. Schaedler wurde zum Präsidenten, Vogt zum Sekretär gewählt, Vogelsang betreute die Parteizeitung, das «Liechtensteiner Vaterland».¹⁰⁸ Auf Geheiss von Parteikollegen verzichtete Vogelsang zunächst weitgehend auf antisemitische Äusserungen in dem Parteiorgan. Diese Zurückhaltung legte er jedoch zusehends ab und trat im «Vaterland» 1936 und 1937 eine heftige antisemitische Hetze gegen den ehemaligen Bankier Sally Isenberg los, der seit 1931 mit seiner Familie in Liechtenstein wohnte. Auslöser war eine Artikelserie des «Stürmer» gewesen, wonach Isenberg zwielichtige Geschäfte tätige und der «grösste Gauner des Saargebietes» sei. Das «Liechtensteiner Vaterland» gab die Artikel in zustimmender Form wieder und warnte vor den Folgen einer zu starken jüdischen Präsenz in Liechtenstein. Isenberg wehrte sich – sekundiert vom «Liechtensteiner Volksblatt» – öffentlich und strebte eine Klage gegen den Redaktor des «Vaterland» an.¹⁰⁹ Der Prozess wurde nie geführt, da Carl von Vogelsang infolge einer Spitzelaffäre Liechtenstein noch vor Prozessbeginn 1937 verlassen musste.¹¹⁰

Die antisemitischen Forderungen der VU in der Märzkrise 1938

Der Antisemitismus der VU-Spitze trat anlässlich der Märzkrise 1938 besonders deutlich hervor. Auf der Sieben-Punkte-Liste, die VU-Präsident Schaedler als Vorbedingung für eine politische Befriedung präsentierte, trugen drei Punkte einen pointiert antisemitischen Charakter.¹¹¹ Fürst Franz I. sollte wegen seiner jüdischen Frau Elsa von Guttmann abdanken, die Einbürgerungen von Juden sollten sistiert, alle bisherigen Einbürgerungen überprüft und allenfalls rückgängig gemacht werden. Ferner figurierte auf der Liste die Forderung nach Ausweisung des «Juden Isenberg».¹¹² Die obersten Parteifunktionäre der VU hatten Isenbergs

¹⁰⁶ LLA, RF 137/447, Amtsvermerk vom 12. 12. 1933.

¹⁰⁷ Vgl. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 414–424.

¹⁰⁸ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 426.

¹⁰⁹ Als Verteidiger von Isenberg fungierte Ludwig Marxer. Von Vogelsang liess sich von seinem Parteikollegen Alois Vogt, dem späteren Regierungschef-Stellvertreter, vertreten.

¹¹⁰ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 447.

¹¹¹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 119–137.

¹¹² Korfmacher, Exil, 1993, S. 124; Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 131 f.; Krebs, Fürst, 1988, S. 554.

Gegenwehr nicht vergessen und rechneten nun mit ihm ab. Kaum in der Regierung, stellte Alois Vogt im Mai 1938 den Antrag auf Ausweisung Isenbergs, der daraufhin Liechtenstein im Sommer in Richtung Nordamerika verliess.¹¹³ Auch die zweite antisemitische Forderung der VU, Fürstin Elsa betreffend, ging bald in Erfüllung. Fürst Franz trat am 30. März 1938 die Regierungsgeschäfte an seinen Neffen Franz Josef ab. Massgebend für diese Rochade, die der Regierungschef, Kanzleidirektor Martin, und Prinz Alois, der Vater von Franz Josef, vorbereiteten,¹¹⁴ waren nicht nur die Forderung der VU, sondern zum einen das hohe Alter und der Gesundheitszustand von Franz, zum andern auch aussenpolitische Rücksichten auf NS-Deutschland. Anlässlich seines Besuches bei dem schweizerischen Gesandten Paul Dinichert in Berlin betonte Regierungschef Hoop die Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland für Liechtenstein: «Durch die Ausschiffung des alten Herrn und seiner jüdischen Frau soll eine Entlastung im Verhältnisse zu Deutschland erzielt werden.»¹¹⁵ Fürstin Elsa war sich bewusst, dass sie als Jüdin einen Hauptgrund für den Führungswechsel im Fürstenhaus bildete:

«... die ganze Huldigung vom 23. Mai [29. Mai 1939] von der ich gar nichts wusste, war doch so inszeniert, dass an einen Verzicht geglaubt werden musste, auch wird der damalige Thronfolger Landesfürst genannt [...] –So ist ja mein Franz abgesetzt worden, weil ich seine Frau war – es ist so GANZ klar, abgesetzt – weil es dem «Herrn» Hitler gepasst hat den Juden alles zu stehlen – unter dem Motto dass er die Rasse hasst. Und da meine geliebten Eltern Juden waren, ich die Frau meines Franz, hat die Kabinettskanzlei den Regierungschef dazu veranlasst in Berlin wirklich einen Fussfall zu machen und damit die Ereignisse herbei zu führen, die sicher in der Geschichte aller Länder einzig dasteht –»¹¹⁶

Mit der Entmachtung des alten Fürsten betreute nun ein Mitglied des Fürstenhauses die Regierungsgeschäfte, dessen persönliches Umfeld rein «arisch» war. Diese Ablösung kam wohl nicht nur den NS-Behörden, sondern vermutlich auch antisemitisch gestimmten Mitgliedern des Fürstenhauses¹¹⁷ entgegen.

Die letzte antisemitische Forderung der VU-Führung, jene nach der Sistierung und Überprüfung der bereits erfolgten Einbürgerungen, verhallte allerdings bald.

Mit dem Eintritt der VU in die Regierung 1938 war nun eine Partei mit Exekutivbefugnissen betraut, deren Vorstand massgeblich aus antisemitischen Vertretern zusammengesetzt war.¹¹⁸

¹¹³ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 223.

¹¹⁴ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 181.

¹¹⁵ DDS, Bd. 12, Nr. 241, Notiz des schweizerischen Gesandten Dinichert über seine Besprechung mit Josef Hoop nach dessen Besuch bei Hitler.

¹¹⁶ PA-KF, Nachlass Anton Frommelt, Fürstenhaus, Schreiben Fürstin Elsa an Anton Frommelt, 14. 6. 1939.

¹¹⁷ Laut Harald Wanger betrachteten Teile der fürstlichen Familie die Ehe von Franz I. mit Elsa von Guttmann aufgrund ihrer jüdischen Herkunft als Mesalliance. Wanger, Regierende Fürsten, 1995, S. 165.

¹¹⁸ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 430.

In der Partei bestanden jedoch auch andere Strömungen. So stellte sich beispielsweise der frühere Volkspartei-Regierungschef Gustav Schädler gegen diese antisemitische Stossrichtung und bezeichnete von Vogelsang als Nationalsozialisten.¹¹⁹ Tatsache bleibt aber, dass der antisemitische Teil der VU, der sozusagen das Erbe des LHD verwaltete, in der Debatte um Einbürgerung und Aufenthalt von Juden nach aussen hin tonangebend blieb.

Antisemitismus war ferner zentraler Bestandteil der Ideologie der im Herbst 1938 gegründeten Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL). Die VDBL-Parteizeitung «Der Umbruch», die ab Oktober 1940 bis zu ihrem Verbot im Juli 1943 wöchentlich erschien, enthielt regelmässig antisemitische Hetzartikel.¹²⁰ Unter Beschuss gerieten immer wieder die in Liechtenstein wohnenden Juden, die unter anderem der «Spionage» und «Mauscheleien» bezichtigt wurden.¹²¹ «Der Umbruch» forderte ausserdem die Einrichtung eines separaten Lagers für Juden sowie den Judenstern für in Liechtenstein lebende Juden.¹²²

Vertreter der VDBL waren auch bereit, Gewalt gegen ihre Gegner anzuwenden.¹²³ Von Oktober bis Ende November 1938 verübten sie vor allem vor Häusern, in denen Juden wohnten, so genannte Bölleranschläge. Die liechtensteinische Regierung ordnete jeweils Erhebungen durch die Polizei an, die aber ergebnislos verliefen. Nachdem täglich und am 30. November in Eschen sogar zwei Sprengsätze gezündet worden waren, begann die liechtensteinische Polizei eine gross angelegte Untersuchung. Sie verhaftete einen Aktivisten der Volksdeutschen Jugend und führte Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Mitgliedern der VDBL durch. Dabei konnten einzelne Waffen, scharfe Munition, Tränengaspatronen, NS-Propagandamaterial, Aufzeichnungen und Sprengsätze sichergestellt werden. Die Untersuchung wurde nach einigen Monaten ergebnislos eingestellt, die Böllerserie brach aber nach der grossen Polizeiaktion ab.¹²⁴

Liechtensteinische Nationalsozialisten waren also auch nach der Entführung der Brüder Schaie-Rotter zur Gewaltanwendung gegenüber Juden bereit. Die beiden gewalttätigen Ausfälle der liechtensteinischen Nationalsozialisten – die Rotter-Entführung wie auch die Bölleranschläge – blieben nicht ohne Folgen auf die liechtensteinischen Behörden und ihre Einbürgerungs- und

¹¹⁹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 430.

¹²⁰ Korfmacher, Exil, 1993, S. 130.

¹²¹ Ebd., S. 130 f., und Walk, Liechtenstein, 1986, S. 413–418.

¹²² Über die antisemitische Propaganda im «Umbruch» siehe Walk, Liechtenstein, 1986, S. 413–418.

¹²³ Krebs interpretierte dies als Radikalisierung der Volksdeutschen Bewegung. Krebs, Fürst, 1988, S. 556.

¹²⁴ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 259–262. Ansprüche auf staatlichen Schadenersatz lehnte die Regierung ab, so jene der holländischen Familie Pleines. LLA, RF 184/415, Regierung an holländisches Konsulat, 20. 12. 1938.

Aufnahmepraxis.¹²⁵ Durch die Bölleranschläge wurde zudem ein Klima der Angst geschaffen, welches das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen negativ beeinflusste. Für jüdische Flüchtlinge in Liechtenstein wurde es beispielsweise schwieriger, eine Unterkunft zu finden, da – wie ein im Fürstentum lebender Flüchtling berichtete – ihre Vermieter «für ihre Fensterscheiben Furcht hatten».¹²⁶ Der Antisemitismus, dem die in Liechtenstein lebenden jüdischen Flüchtlinge in ihrem Alltag ausgesetzt waren, wird in Kapitel 6 dargestellt.

2.3 Entwicklung der fremdenpolizeilichen Grundlagen

2.3.1 Die fremdenpolizeilichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein bis 1948

Mit Inkrafttreten des Zollvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein am 1. Januar 1924 bildeten die beiden Länder eine Zollunion. Das Fürstentum übernahm in verschiedenen Bereichen, beispielsweise im Finanzwesen, in der Landwirtschaft und insbesondere in der Ausländerzulassung, schweizerische Bestimmungen. Mit der ebenfalls am 1. Januar 1924 in Kraft gesetzten Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen galt in Liechtenstein – von wenigen Ausnahmen abgesehen¹²⁷ – die Verordnung des schweizerischen Bundesrates vom 29. November 1921 über die Kontrolle der Ausländer. In der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen, bei Einbürgerungen und bei der Verfügung von Wegweisungen blieb Liechtenstein jedoch weitgehend autonom. Das Fürstentum war einzig verpflichtet, die schweizerischen Behörden über erteilte Aufenthaltsbewilligungen beziehungsweise Verlängerungen¹²⁸ und die jeweils geltenden Bestimmungen zu benachrichtigen.¹²⁹ Zudem hatten die liechtensteinischen Behörden aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer auch aus ihrem Hoheitsgebiet auszuweisen.¹³⁰ Obwohl das Abkommen Liechtenstein formal weitgehende Souveränität einräumte, erwartete die Schweiz, wie in Artikel 33 formuliert, von Liechtenstein eine ihr ähnliche fremdenpolizeiliche Praxis:

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft erklärt sich bereit, auf die Ausübung der fremdenpolizeilichen Grenzkontrolle an der liechtensteinisch-schweizerischen Grenze zu verzichten, sofern und solange das

¹²⁵ Siehe Kapitel 2.3.2.

¹²⁶ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 30. 3. 1939.

¹²⁷ Es waren dies vornehmlich die Artikel, die die Beziehung zwischen den Kantonen und dem Bund punkto Aufenthaltsgewährung und Wegweisung regelten.

¹²⁸ LGBL. 1923, Nr. 24, «Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums an das schweizerische Zollgebiet» vom 29. 3. 1923, Art. 33, Abs. 2.

¹²⁹ Ebd., Art. 33, Abs. 10.

¹³⁰ Zu den fremdenpolizeilichen Bestimmungen des Zollvertrages siehe Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 42.

Fürstentum dafür Sorge trägt, dass die Umgehung der schweizerischen Vorschriften über Fremdenpolizei, Niederlassung, Aufenthalt usw. vermieden wird.»¹³¹

Artikel 34 des Zollvertrages sah weiter vor, dass bei zu lascher Handhabung der fremdenpolizeilichen Kontrolle durch Liechtenstein die liechtensteinisch-schweizerische Grenze erneut von der Schweiz – und dies auf Kosten Liechtensteins – kontrolliert werden würde.¹³²

2.3.1.1 Die Ausgestaltung des Fremdenpolizeiabkommens: Grenzbewachung und Personenverkehr

Durch den Abschluss des Zollvertrags mit der Schweiz übernahm das schweizerische Grenzwachtkorps die Zollkontrolle an der liechtensteinischen Grenze. Liechtenstein gehörte zum Zollkreis III, der das sanktgallische Rheintal, Liechtenstein und Graubünden umfasste.

Artikel 15, 16 und 17 der Grenzwachtinstruktionen vom 12. April 1927 enthielten Bestimmungen, wie Grenzwächter mit Flüchtlingen umzugehen hatten.¹³³ Personen, die die Einreisebedingungen nicht erfüllten, sollten zurückgewiesen werden. Machten sie jedoch glaubhaft, dass sie als politisch Verfolgte das schweizerische Asylrecht beanspruchen konnten, sollten sie entwaffnet und der entsprechenden Polizeibehörde (Kantons- oder Gemeindepolizei, Gemeindebehörde) übergeben werden. Für die am liechtensteinischen Grenzabschnitt stehenden Grenzwächter galten grundsätzlich die gleichen Weisungen und Befehle wie für ihre an der schweizerischen Grenze Dienst leistenden Korpskollegen.¹³⁴ Die Personenüberwachung hatte dennoch in «engster Fühlungnahme» mit der liechtensteinischen Polizei zu erfolgen.¹³⁵

Erweiterte Aufgaben der schweizerischen Grenzwacht an der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze 1934

Zu Beginn des Jahres 1934 gewann die Frage nach dem Schutz der liechtensteinischen Grenze sowohl vor einem erheblichen Flüchtlingsandrang als auch vor Übergriffen durch nationalsozialistische Freischärler an Aktualität. Die liechtensteinische Regierung hielt einen baldigen politischen Umsturz in Vorarlberg für wahrscheinlich und befürchtete Grenzverletzungen durch «nationalsozialistische Banden». Deshalb bat sie den Bundesrat Ende

¹³¹ LGBI. 1923, Nr. 24, «Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums an das schweizerische Zollgebiet» vom 29. 3. 1923, Art. 33.

¹³² Ebd., Art. 34.

¹³³ BAR, E 27 (-) 23318/10, Instruktion für Grenzwachtkorps, 12. 4. 1927, S. 10.

¹³⁴ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 40, siehe beispielsweise Aufzeichnung o. D., Kontext Grenzschutzdiskussion Januar/Februar 1934.

¹³⁵ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 40, Abteilung für Auswärtiges an schweizerische Gesandtschaft in Wien, 10. 2. 1934.

Januar 1934 um Verstärkung des schweizerischen Grenzschutzes.¹³⁶ Der Bundesrat erhöhte daraufhin den Bestand der Grenzwehr an der liechtensteinischen Grenze vorübergehend um vierzig Mann¹³⁷ und beschloss am 30. Januar 1934, dass die in Liechtenstein stationierten Grenzwächter das «Forcieren der Zollgrenze» zwischen Liechtenstein und Vorarlberg in gleicher Weise wie an der schweizerischen Grenze zu verhindern hätten.¹³⁸ Die Verantwortung für allfällige Folgen hatte die liechtensteinische Regierung zu tragen. Dieser Entscheid zeigt, dass die schweizerischen Behörden sicherheitspolitischen Überlegungen Vorrang gaben und daraus hervorgehende zwischenstaatliche Konflikte in Kauf nahmen.¹³⁹ Von den vierzig Ende Januar zusätzlich am liechtensteinischen Grenzabschnitt postierten Grenzwächtern zog die Oberzolldirektion zwei Wochen später gut die Hälfte wieder ab.¹⁴⁰

Die Wiedereinführung der Grenzkontrolle an der liechtensteinisch-schweizerischen Grenze am 22. September 1939

Kurz nach Kriegsbeginn – am 22. September 1939 – beschloss der schweizerische Bundesrat, die Grenze zwischen Liechtenstein und der Schweiz wieder kontrollieren zu lassen.¹⁴¹ Mit dieser Massnahme wollte er Spionageaktivitäten verhindern, zumal Liechtenstein unmittelbar vor der Festung Sargans lag und in Liechtenstein an die 1500 Ausländer – «fast durchwegs Deutsche» – lebten.¹⁴² Nun konnten nur noch die liechtensteinischen Staatsangehörigen und die in Liechtenstein lebenden Schweizer die liechtensteinisch-schweizerische Grenze ohne Einschränkung passieren. Sie benötigten dazu lediglich eine Legitimationskarte, die sie bei den

¹³⁶ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Note der liechtensteinischen Regierung, 25. 1. 1934. Zur Diskussion um den Grenzschutz siehe Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 37–40.

¹³⁷ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Sitzung des schweizerischen Bundesrates vom 26. 1. 1934.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ «Es hat [...] die Schweiz natürlich kein Interesse, durch Liechtenstein in internationale Verwicklungen zu geraten, doch hat man sich Rechenschaft darüber geben müssen, dass die Bewachung dieses Abschnittes unserer Zollgrenze die gleiche Sorgfalt erheischt, wie irgendein Punkt unserer Landesgrenze. Dabei ist es indessen selbstverständlich, dass für interne Unruhen in Liechtenstein unsere Grenzkräfte keine Verwendung finden dürfen und dass die Mitwirkung unseres Grenzwachtkorps für den fremdenpolizeilichen Überwachungsdienst in engster Fühlung mit der liechtensteinischen Polizei und nicht ohne deren Einverständnis zu erfolgen hat.» BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Abteilung für Äusseres an Schweizer Gesandtschaft in Wien, 10. 2. 1934. Zu den unterschiedlichen Positionen im schweizerischen Bundesrat siehe Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 38 f.

¹⁴⁰ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 40.

¹⁴¹ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Sitzung des Bundesrates vom 22. 9. 1939 und Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein über Ein- und Ausreise über die Grenzen des Fürstentums Liechtenstein, 28. 9. 1938.

¹⁴² Die betreffende Vereinbarung zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurde mittels Notenwechsel vom 28. 9. 1939 abgeschlossen und trat am 2. 10. 1939 in Kraft. BAR, E 27 (-) 13200. Die Modalitäten zur Grenzkontrolle wurden an der Konferenz vom 29. 9. 1939 zwischen Vertretern der Armee, der Zollbehörden und des sanktgallischen Polizeidepartements besprochen. Mit der Durchführung der Grenzkontrolle wurde das Grenzwachtkorps betraut. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Protokoll der Konferenz, 29. 9. 1939.

Gemeindebehörden erhalten konnten. Von einschneidender Bedeutung waren die neuen Bestimmungen für die so genannten Drittausländer, also auch für die in Liechtenstein lebenden Flüchtlinge. Sie durften sich nur noch im kleinen Grenzverkehr – bis nach Buchs, Salez und Sevelen – ohne besondere Bewilligung bewegen, dazu benötigten sie eine gelbe Grenzkarte, die die liechtensteinische Polizei ausstellte. Für Reisen in die übrige Schweiz mussten sie bei der schweizerischen Fremdenpolizei ein Einreisevisum beantragen. Somit konnte nun die Fremdenpolizei über die Einreise der in Liechtenstein wohnenden Flüchtlinge in die Schweiz entscheiden.

Für den Übergang in die Schweiz waren fünf Passkontrollstellen geöffnet: Salez, Haag, Buchs, Sevelen und Trübbach.¹⁴³ Für den Durchgangsverkehr ganz geschlossen waren die Grenzen zwischen Graubünden und Liechtenstein, hier bestand einzig eine Ausnahmeregelung für Einwohner aus Balzers, die in den schweizerischen Nachbargemeinden Landwirtschaftsland besaßen und bewirtschafteten.¹⁴⁴

Rassevermerk auf den liechtensteinischen Visumformularen für die Einreise von Liechtenstein in die Schweiz

Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Grenzkontrolle und der Visumpflicht für Drittausländer führte der Wortlaut des Visumsformulars zu langwierigen Diskussionen zwischen schweizerischen und liechtensteinischen Behörden sowie Vertretern des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG). Spätestens seit 1942 enthielt das Antragsformular, das in Liechtenstein wohnende Gesuchsteller ausfüllen mussten, unter Punkt fünf die Frage nach der «Rasse». Dies war für ein Formular eines nicht nationalsozialistischen Staates, der «Rasse» als rechtliche Kategorie nicht kannte, zumindest sehr ungeschickt, wurde damit doch ein nationalsozialistischer Grundbegriff übernommen.

Auf Intervention des sozialdemokratischen Nationalrates Johannes Huber befasste sich das EJPD im Juni 1942 damit. Dieses zeigte sich über den Sachverhalt erstaunt und war mit der Formulierung nicht einverstanden:

«Die ganze Aufmachung des Zirkulars sieht so aus, wie wenn es in der Schweiz abgefasst und gedruckt worden wäre. Als schweizerisches Produkt hat der Begriff «Rasse» im Formular keinen Platz. Wir

¹⁴³ Ausser Buchs waren alle anderen Rheinübergänge nur für Fussgänger und Radfahrer zwischen sechs Uhr morgens und acht Uhr abends offen. Auf der Rheinbrücke nach Trübbach war auch die Aus- und Einfahrt von Lastwagen für Fahrten für den Festungsbau erlaubt. StASG, A 143/11.4, Grenzwachtkommando III Chur an den U. A. Chef 3 und an die nachgenannten Posten, 3. 10. 1939.

¹⁴⁴ StAGR, IV 4c 1, EJPD an Justiz- und Polizeidepartement Graubünden, 30. 9. 1939.

kennen diesen Begriff staatsrechtlich nicht. Etwas ganz anderes wäre es, wenn das Wort «Konfession» anstelle des Ausdruckes «Rasse» stehen würde.»¹⁴⁵

Auf Vorsprache der Eidgenössischen Fremdenpolizei liess die liechtensteinische Regierung am Kopf der Formulare die Worte «Von der fürstlichen Regierung» aufdrucken, damit offensichtlich wurde, dass es sich um ein liechtensteinisches Formular handelte.¹⁴⁶ Wohl hatten sich die Schweizer Behörden nun distanziert, die Frage nach der «Rasse» blieb im Formular aber stehen. Der liechtensteinische Neubürger Moritz Gruental informierte deshalb im November 1943 den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Saly Braunschweig.¹⁴⁷ Laut Gruental hatte Liechtenstein die Frage nach der «Rasse» auf Veranlassung der schweizerischen Behörden in das Formular aufgenommen. Er gab unter Berufung auf eine «amtliche» Erklärung der liechtensteinischen Regierung zu bedenken,¹⁴⁸ dass – da es sich um Einreisen in die Schweiz handelte – nicht Liechtenstein, sondern nur die schweizerischen Behörden ein Interesse an einer solchen Frage haben könnten. Dieselbe Frage beschäftigte auch den Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF), der die Eidgenössische Fremdenpolizei in dieser Sache ebenfalls um eine Stellungnahme anging.¹⁴⁹ Gemäss Darstellung der Fremdenpolizei druckte Liechtenstein die Einreiseformulare selber und trug somit die Verantwortung für den Wortlaut.¹⁵⁰ Der VSJF und der SIG-Präsident Braunschweig hielten die Version der Schweizer Fremdenpolizei für glaubwürdig, wollten die Angelegenheit aber dennoch weiterverfolgen.¹⁵¹ Der Geschäftsausschuss des SIG entschied sich im Dezember 1943 zu einem zweistufigen Vorgehen. Erst wollte Saly Braunschweig die in Bern «ihm zur Verfügung stehenden Mittel» ausschöpfen. Bliebe er erfolglos, sollte der SIG an die liechtensteinische Regierung gelangen.¹⁵² Braunschweigs Intervention blieb ohne Erfolg, so dass SIG-Mitglied Bernhard Goetschel aus Basel den liechtensteinischen Anwalt Ludwig

¹⁴⁵ BAR, E 4001 (C) -/1, Bd. 241, EJPD an Politische Abteilung EPD, 13. 6. 1942.

¹⁴⁶ BAR, E 4001 (C) -/1, Bd. 241, Fremdenpolizei an EJPD, 8. 8. 1942, betr. Anfrage Huber/Gruental.

¹⁴⁷ AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, Gruental an Braunschweig, 7. 11. 1943, und Gruental an Braunschweig, 14. 11. 1943.

¹⁴⁸ Ebd. SIG-Präsident Braunschweig blieb jedoch skeptisch: «Mir scheint allerdings die Möglichkeit offen, dass für dieses Formular nicht die Eidgenössische Fremdenpolizei, sondern die fürstliche Regierung Liechtensteins verantwortlich ist, denn diese hat diese Formular herausgegeben.» AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, Braunschweig an Gruental, 19. 11. 1943.

¹⁴⁹ AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, VSJF an SIG, 7. 12. 1943.

¹⁵⁰ AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, Fremdenpolizei an VSJF, 10. 12. 1943.

¹⁵¹ AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, VSJF an SIG, 13. 12. 1943, und Braunschweig an Gruental, 17. 12. 1943.

Marxer, mit dem er in geschäftlichem Kontakt stand,¹⁵³ um Vorsprache bei der liechtensteinischen Regierung bat.¹⁵⁴ Marxer erreichte bei Regierungschef Hoop im Februar 1944 umgehend die Abänderung der Formulare:

«Ich habe in Ihrem Sinne sofort bei der fürstlichen Regierung interveniert. Der Herr Regierungschef hat mir zugesagt, dass die beanstandeten Formulare sofort aus dem Verkehr zurückgezogen und durch solche ersetzt werden, wie sie in der Schweiz gebräuchlich sind. Ursprünglich hatte Liechtenstein auch solche.»¹⁵⁵

Weshalb die Frage nach der «Rasse» Eingang im Formular Liechtensteins gefunden hat, konnte nicht restlos geklärt werden.¹⁵⁶ Der Gebrauch der nationalsozialistischen Rechtsterminologie, die als Grundlage für die Beraubung und Ermordung von Millionen von Menschen diente, ist jedenfalls höchst problematisch. Der Umstand, dass das EJPD von dieser bedenklichen Frage nichts wusste, die Interventionen in Bern ergebnislos verliefen und die Frage nach der «Rasse» erst nach direkter Intervention bei Regierungschef Hoop aus dem Formular entfernt wurde, deutet darauf hin, dass Liechtenstein bei der Formulierung zumindest mitentscheiden konnte.

Revision des Bundesratsbeschlusses zur Ausübung der Polizeimacht an der liechtensteinischen Grenze 1942

Die Frage der Überwachung der liechtensteinischen Grenze und der Rolle der schweizerischen Grenzwächter bei einem allfälligen Flüchtlingsansturm oder einer militärischen Grenzverletzung wurde ab 1942 wieder aktuell. Das Grenzwachtkorps des III. Zollkreises beantragte im Februar 1942 die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses zur Ausübung der Polizeimacht an der liechtensteinischen Grenze vom 30. Januar 1934.¹⁵⁷ Als Begründung für seinen Antrag führte das Grenzwachtkorps an, dass künftig nicht mehr mit einzelnen Banden, sondern eher mit einer vom NS-Regime veranlassten Aktion zu rechnen sei, weshalb durch das Eingreifen des schweizerischen Grenzwachtkorps zwischenstaatliche Komplikationen mit

¹⁵² AfZ, SIG, 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse, 1943/44, Sekretariat (Littmann) an Goetschel, 18. 1. 1944.

¹⁵³ Bernhard Goetschel war Mitbegründer der 1942 gegründeten und bei Ludwig Marxer domizilierten Guba Holding. 1944 trat er in deren Verwaltungsrat ein. Zur Guba Holding siehe Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005.

¹⁵⁴ PA-M&P, 46 Guba Holding AG 1942–1950, Goetschel an Marxer, 31. 1. 1944.

¹⁵⁵ PA-M&P, 46 Guba Holding AG 1942–1950, Ludwig Marxer an Bernhard Goetschel, 3. 2. 1944, sowie Bernhard Goetschel an Alfred Goetschel, 5. 2. 1944.

¹⁵⁶ Die entsprechenden Akten fehlen im Liechtensteinischen Landesarchiv.

¹⁵⁷ Siehe dazu Kapitel 2.3.1.1.

Deutschland entstehen könnten.¹⁵⁸ Der Antrag kam bei den schweizerischen Behörden jedoch nicht durch.¹⁵⁹

Die Entwicklung der Situation in Vorarlberg nach den ersten Rückschlägen der Wehrmacht an der Ostfront liessen im Frühjahr 1943 das Grenzwachtkommando und die Zollkreisdirektion Chur erneut Unruhen erwarten.¹⁶⁰ Deshalb stellte die Oberzolldirektion den Schutz der liechtensteinischen Grenze nochmals zur Diskussion und regte die Schaffung spezieller Instruktionen für die in Liechtenstein stationierten Grenzwächter an.¹⁶¹ In ihrem Antrag hielt sie fest, dass die Kompetenzen und die Verhältnisse an der liechtensteinisch-deutschen Grenze nicht mit jenen an der schweizerisch-deutschen Grenze zu vergleichen seien, denn bei letzterer seien die Bestimmungen bezüglich Gegenwehr bei Angriffen und Flüchtlingseinreisen eindeutig. Demgegenüber stellte die Oberzolldirektion zur Situation in Liechtenstein fest:

«Nicht so klar liegen die Verhältnisse für die Grenzwachtmannschaft an der liechtensteinischen-vorarlbergischen Grenze. Und zwar einmal weil Liechtenstein auf Grund seiner Souveränität über die Flüchtlinge selbst verfügen kann (vgl. Rückgabe entwichener Kriegsgefangener), wie auch, weil ein Widerstand schweizerischer Grenzwächter gegen deutsche Polizei- und Parteiorgane, ev. gegen Truppen für unser Land schwere Folgen haben kann.»¹⁶²

An ihrer Besprechung vom 20. Mai 1943 kamen die Vertreter des Eidgenössischen Militärdepartements, der Abteilung für Auswärtiges, der Polizeiabteilung und des Festungskommandos zum Schluss, dass die momentane Situation ähnlich wie jene von 1934 sei, mit dem Unterschied, dass Liechtenstein seit 1938 an NS-Deutschland grenze.¹⁶³ Sie waren der Meinung, dass sich die Grenzwächter im Fall eines Angriffs hinter die schweizerische Zollgrenze zurückziehen sollten. Mit Rücksicht auf allfällige aussenpolitische Rückwirkungen entschied die Konferenz, dass der Bundesrat vor der Instruktion des Grenzwachtkorps informiert werden sollte. Die schliesslich vom EFZD am 30. Juni 1943 erlassenen Weisungen betreffend den Schutz der liechtensteinischen Grenze stellten eine Ergänzung des Bundesratsbeschlusses vom 30. Januar 1934 dar, deren wichtigste Bestimmung lautete:

«Die Verhinderung von Verletzungen des liechtensteinischen Hoheitsgebietes ist in erster Linie Aufgabe der liechtensteinischen Polizeiorgane. Das schweizerische Grenzwachtpersonal kann diese auf Ansuchen hin unterstützen, sofern es sich um das gewaltsame Eindringen von Banden handelt.

¹⁵⁸ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Grenzwachtkorps III. Zollkreis an Zollkreisdirektion Chur, 25. 2. 1941.

¹⁵⁹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Abteilung für Auswärtiges (EPD), Bonna an Oberzolldirektion, 13. 3. 1941, und BAR, E 27 (-) 23318/10, Kommando Festung Sargans, 19. 3. 1941.

¹⁶⁰ BAR, E 27 (-) 23318/10, Sitzung des schweizerischen Bundesrates, 4. 1. 1945.

¹⁶¹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Oberzolldirektion an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 8. 4. 1943.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ BAR, E 27 (-) 23318/10, Sitzung des schweizerischen Bundesrates, 4. 1. 1945.

Gegenüber Truppen leisten die Grenzwächter keinen Widerstand. Bei einem Angriff oder Einmarsch von Truppen ziehen sich die Grenzwächter hinter die schweizerische Landesgrenze zurück.»¹⁶⁴

Der Chef des Generalstabes warf die gleiche Frage nochmals im November 1944 im Hinblick auf die Rückzugsstellungen der Deutschen in Vorarlberg auf.¹⁶⁵ Er befürchtete mittelfristig einen grossen Andrang von Flüchtlingen verschiedener Kategorien und rechnete mit einer wesentlich höheren Gefahr von organisierten Übergriffen auf liechtensteinisches Gebiet als noch 1943. Nun nahm der Gesamtbundesrat zur Angelegenheit Stellung und sprach sich Anfang Januar 1945 für die Aufrechterhaltung der Weisungen vom 30. Juni 1943 aus.¹⁶⁶

2.3.1.2 Unzulänglichkeiten des Fremdenpolizeiabkommens aus der Sicht Liechtensteins und der Schweiz

Bereits zu Beginn des Jahres 1933 zeigte sich bei den schweizerischen Behörden Unzufriedenheit über die fremdenpolizeiliche Praxis Liechtensteins. Einerseits kritisierte die Eidgenössische Fremdenpolizei die mangelnde Erfüllung der explizit im Vertrag festgelegten Pflichten, insbesondere die Nachlässigkeit Liechtensteins bei der Meldung über erteilte Aufenthaltsbewilligungen. Andererseits störte sie sich zunehmend an den Liechtenstein zugewilligten Kompetenzen, die das Fürstentum nach Ansicht der Schweizer Behörden vor allem in der Einbürgerungspolitik ungebührlich ausschöpfte. Nach Ansicht der schweizerischen Fremdenpolizei befanden sich unter den Eingebürgerten unter anderem jüdische Flüchtlinge und überhaupt «Personen von sehr zweifelhafter Güte».¹⁶⁷ Drei hochrangige Beamte der schweizerischen Fremdenpolizei kamen im März 1933 zum Schluss, «dass das Verhalten Liechtensteins gegenüber der Schweiz in formeller Beziehung ungenügend, in materieller Beziehung unkorrekt ist».¹⁶⁸

Liechtenstein komme seinen Verpflichtungen nicht nach und schädige schweizerische Interessen «durch illoyal erteilte Niederlassungsbewilligungen zugunsten von ausländischen Firmen und Einzelwerkstätten» und auch durch seine Einbürgerungspraxis, «die offenbar sehr einträglich zu sein scheint». Die Beamten der Fremdenpolizei regten eine «energische Vorstellung» in Vaduz an, und falls diese erfolglos verlaufe, solle den Kantonen empfohlen

¹⁶⁴ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, EMD an EPD, 22. 2. 1945. Die Instruktion der Chefs der Grenzwachtposten in Liechtenstein erfolgte anlässlich eines Dienstrapportes mündlich. BAR, E 27 (-) 23318/10, Sitzung des schweizerischen Bundesrates, 4. 1. 1945.

¹⁶⁵ BAR, E 27 (-) 23318/10, Chef des Generalstabes, 14. 11. 1944.

¹⁶⁶ BAR, E 27 (-) 23318/10, Sitzung des schweizerischen Bundesrates, 4. 1. 1945.

¹⁶⁷ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, «Bericht über die Handhabung der fremdenpolizeilichen Vorschriften durch Liechtenstein», 20. 2. 1933.

¹⁶⁸ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Heinrich Rothmund, Paul Baechtold und Carl Brunner an EPD, 27. 3. 1933.

werden, bis auf weiteres alle Aufenthaltsgesuche von Liechtensteinern abzulehnen.¹⁶⁹ Die von der Eidgenössischen Fremdenpolizei aufgeworfenen Fragen und Punkte bewogen den Bundesrat im April 1933 dazu, Liechtenstein eine Protestnote zu senden.¹⁷⁰ Darin wurde insbesondere die Unterlassung der Meldung von erteilten Toleranzbewilligungen und von Verlängerungen bestehender Bewilligungen gerügt. Der Bundesrat drohte indirekt die Aufkündigung des Vertrages an.¹⁷¹

Die Antwort Liechtensteins zeigte, dass die schweizerische Kritik mindestens in einem Punkt ungerechtfertigt war: Liechtenstein hatte bis anhin keine Toleranzbewilligungen¹⁷² erteilt.¹⁷³ Was die beanstandeten Einbürgerungen und Aufenthaltsbewilligungen anbelangte, wies Liechtenstein auf seine prekäre wirtschaftliche Situation hin, erklärte sich aber zur Revision des Fremdenpolizeiabkommens bereit.¹⁷⁴

Der obige Schriftwechsel ist exemplarisch für die fremdenpolizeilichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz während der dreissiger Jahre: Die Schweiz misstraute der liechtensteinischen Regierung und versuchte Liechtenstein fremdenpolizeilich enger an sich zu binden, während Liechtenstein mit Hinweis auf die prekäre wirtschaftliche Lage seine Kompetenzen auszuschöpfen suchte und den vertraglich festgelegten Verpflichtungen nicht in allen Punkten nachkam.

Einen Teilerfolg konnte die Schweiz im März 1933 verbuchen, als es ihr gelang, von Liechtenstein das Versprechen zu erlangen, alle schweizerischen flüchtlingspolitischen Erlasse auch in Liechtenstein anzuwenden. Anlass dazu war die EJPD-Weisung «betreffend Einreise von Israeliten» vom 31. März 1933. Sie regelte die Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz und schrieb insbesondere vor, dass Flüchtlinge nur vorübergehend aufzunehmen seien. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erwartete von der liechtensteinischen Regierung, dass sie diese Weisung übernehme:

«Um zu verhindern, dass unsere Massnahmen gestört werden durch eine von der unsrigen abweichende Praxis der Fremdenpolizei des Fürstentums bitten wir Sie, die fürstliche Liechtensteinische Regierung zu ersuchen, unsere Weisungen an die Kantone mit Ausnahme derjenigen über die Zuständigkeit der Eidgenössischen Fremdenpolizei zu den ihrigen für ihre Fremdenpolizei zu machen.»¹⁷⁵

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Sitzung des Bundesrates, Protokoll vom 10. 4. 1933.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Zu Begriff und Bedeutung der Toleranzbewilligung siehe Kapitel 2.3.3.

¹⁷³ LLA, RF 133/123, Fürstliche Regierung an EPD, 12. 5. 1933; BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, EPD an EJPD, 17. 5. 1933.

¹⁷⁴ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, EPD an EJPD, 17. 5. 1933.

¹⁷⁵ LLA, RF 133/036, zitiert in Schreiben von liechtensteinischer Gesandtschaft an Regierung, 4. 4. 1933.

Aufgrund der bestehenden fremdenpolizeilichen Vereinbarungen hätte Liechtenstein das schweizerische Ansinnen ablehnen können. Mit Rücksicht auf die Beziehungen zur Schweiz – das Eidgenössische Politische Departement (EPD) hatte den liechtensteinischen Gesandten gebeten, sich persönlich dafür einzusetzen – und wohl auch im Hinblick darauf, dass durch die Anwendung der Weisung keine eminenten liechtensteinischen Interessen auf dem Spiel standen, kam die liechtensteinische Regierung der schweizerischen Aufforderung nach und garantierte die genaue Durchführung des vorliegenden und aller künftigen Erlasse.¹⁷⁶ In der Folge sandte das EJPD die neuen flüchtlingspolitischen Weisungen und Beschlüsse jeweils an die liechtensteinische Regierung. Letztere leitete sie an das Sicherheitskorps weiter, und jeder Polizist hatte mit seiner Unterschrift seine Kenntnisnahme zu bestätigen.¹⁷⁷

Bei den schweizerischen Behörden blieb trotz der liechtensteinischen Zusicherung von 1933 ein Unbehagen bestehen, weil sie sich bewusst waren, dass sie keine rechtliche Handhabe hatten, um die Ausgestaltung der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik zu bestimmen. Auch scheint diese Zusage in der Schweiz bald in Vergessenheit geraten zu sein, jedenfalls erinnerten die schweizerischen Behörden Liechtenstein auch in den späteren Debatten über die Drittausländerpolitik nie an die 1933 abgegebene Garantie. Hingegen vermochte sich in den Schweizer Amtsstuben das Bild von Liechtenstein als potentielltem Einfallstor bis zum Abschluss des neuen Fremdenpolizeiabkommens Anfang 1941 zu halten.¹⁷⁸

Im Herbst 1938 rückten vor allem die Gesuche um Einreise nach Liechtenstein, die bei schweizerischen diplomatischen Vertretungen eingereicht wurden, ins Blickfeld der Behörden.¹⁷⁹ Beamte der Eidgenössischen Fremdenpolizei kritisierten intern, dass Liechtenstein gemäss Abkommen weiterhin Einreisen in eigener Kompetenz bewilligen konnte.¹⁸⁰ Gleichzeitig bestand bei einigen mit der Visumserteilung betrauten diplomatischen

¹⁷⁶ LLA, RF 133/036, Regierung an Gesandtschaft, 8. 4. 1933.

¹⁷⁷ LLA, RF 193/098.

¹⁷⁸ Kritik an Liechtenstein war nicht nur von Bern, sondern auch etwa von der Zürcher Fremdenpolizei zu hören: «Es erhebt sich nun die Frage, ob die durch die Emigration erfolgte Beschränkung der Freizügigkeit der Einreise in Bezug auf Emigranten auch Anwendung auf das Gebiet des Fürstentums Liechtenstein findet. Unserer Auffassung nach ist diese Frage zu bejahen, weil es uns als selbstverständlich erscheint, dass nie die Absicht bestand, über Liechtenstein ein bequemes Einfallstor für Emigranten zu öffnen.» BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Fremdenpolizei des Kantons Zürich an die Eidg. Fremdenpolizei, 1. 3. 1939.

¹⁷⁹ Diese Diskussion wurde durch Berichte der schweizerischen Auslandsvertretungen in Wien, Jugoslawien, Ungarn und Italien ausgelöst, wonach in letzter Zeit vermehrt Visagesuche ausschliesslich für die Einreise nach Liechtenstein eingegangen seien. BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Herrn Dr. Rothmund zur Kenntnisnahme von Dr. CB/H, 16. 9. 1938.

¹⁸⁰ «Es scheint uns aber nicht möglich, Liechtenstein ohne unsere Mitarbeit allein entscheiden zu lassen. [...] Sie werden infolgedessen eventuell unsere Transferabkommen mitbelasten. Liechtenstein kann zum Einfallstor für unerwünschte

Beamten Unklarheit über die Kompetenzen Liechtensteins. Im Herbst 1938 fragten mehrere Beamte in Bern an, ob sie jüdischen Flüchtlingen allein aufgrund einer liechtensteinischen Bewilligung das Visum zur Einreise nach Liechtenstein erteilen dürften.¹⁸¹ Die Klärung dieser Frage sollte noch zwei Jahre auf sich warten lassen. Erst das Kreisschreiben Nummer 260 vom 10. Mai 1940 regelte die Kompetenzen zur Erteilung von Einreisevisa neu. Visa durften grundsätzlich nur noch mit Ermächtigung der Schweizer Fremdenpolizei ausgestellt werden, bereits erteilte Visa verloren ihre Gültigkeit. Ferner wurden dadurch die liechtensteinischen Kompetenzen eingeschränkt: «Gesuche von Ausländern, die sich dorthin begeben wollen, sind zu behandeln wie Einreisegesuche für die Schweiz, gemäss den Weisungen dieses Kreisschreibens.»¹⁸²

Ob Liechtenstein bei der Erarbeitung dieses Kreisschreibens mit einbezogen wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls prüfte die Fremdenpolizei nun auch die Einreisegesuche nach Liechtenstein. Dies bedeutete eine Kompetenzverschiebung zugunsten der Fremdenpolizei in Bern, die noch vor dem neuen Fremdenpolizeiabkommen von 1941 wirksam wurde.

Kritik Liechtensteins am Fremdenpolizeiabkommen von 1923

Auch Liechtenstein kritisierte das Abkommen von 1923. Als problematisch empfanden die Behörden neben der fehlenden Freizügigkeit für die liechtensteinischen Arbeitnehmer in der Schweiz zunehmend auch die Verpflichtung, aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer von Liechtenstein fernzuhalten.¹⁸³ Die liechtensteinische Regierung resümierte die Lage in ihrem Rechenschaftsbericht zum Amtsjahr 1935 folgendermassen:

«Aus dem Umstande, dass Liechtenstein aus der Schweiz ausgewiesenen Ausländern nur mit Bewilligung des Bundesrates Aufenthalt gewähren darf, ergeben sich manchesmal Unzukömmlichkeiten. Es kommt nämlich häufig vor, dass Ausländer, die die Schweiz aus irgendeinem

Emigranten werden.» BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Herrn Dr. Rothmund zur Kenntnisnahme von Dr. CB/H, 16. 9. 1938.

¹⁸¹ Das schweizerische Konsulat in Frankfurt fragte beispielsweise im Oktober 1938 an, ob es aufgrund der durch Liechtenstein erteilten Einreisebewilligung das Visum erteilen dürfe oder ob die Bewilligung der Fremdenpolizei notwendig sei, wenn es sich um die Einreise eines Emigranten handle. BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 266, Vizekonsul Konsulat an Abteilung für Auswärtiges, 7. 10. 1938. Ferner berichtete ein Hilfsbeamter des Generalkonsulats in Wien, der dort zwischen April und Mai 1938 tätig war, der Eidgenössischen Fremdenpolizei im Oktober 1938, dass grosse Unklarheiten betreffend die Visa für Liechtenstein bestanden hätten, zumal es offensichtlich sei, dass der Grossteil der Flüchtlinge in die Schweiz zu gelangen versuchte. Falls deren Einreise nicht erwünscht sei, so der Hilfsbeamte in Wien, könne mittels eines Vermerks die Gültigkeit des Visums auf das liechtensteinische Gebiet beschränkt werden. BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, Denis Maday, «Bericht über einige Beobachtungen, welche für die Eidgenössische Fremdenpolizei von Interesse sein dürften, sowie Vorschläge zur Verbesserung der Schweizerischen Einreisekontrolle» vom 20. 10. 1938. Siehe insbesondere auch seine Ergänzung vom 23. 10. 1938 betr. Ausstellung von Visa an Emigranten, welche nach Liechtenstein wollen.

¹⁸² BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, EJPD, Kreisschreiben an die Gesandtschaften und Konsulate, Nr. 260, 10. 5. 1940.

¹⁸³ LLA, RF 150/133, Amtsvermerk über die Besprechungen in Bern vom 18. und 19. 2. 1935.

Grunde verlassen müssen und denen die Ausweisung oder Verhängung der Einreisesperre in Aussicht steht, nach Liechtenstein kommen. Wenn dann die Ausweisung oder die Einreisesperre über diese Personen verhängt wird, haben sie in einzelnen Fällen schon Verhältnisse um sich zu schaffen gewusst, die einer sofortigen Abschiebung Hindernisse in den Weg stellen. Bei der Neuregelung der fremdenpolizeilichen Vereinbarungen mit der Schweiz muss diesem Umstande Rechnung getragen werden.»¹⁸⁴

Um die Situation für die Zeit bis zum Abschluss eines neuen Vertrags zu entschärfen, verlangte Liechtenstein im Februar 1935, dass die schweizerische Wegweisungsverfügung künftig den Zusatz enthalten sollte, wonach die Wegweisung auch für Liechtenstein gelte.¹⁸⁵

Revisionsverhandlungen zwischen 1934 und 1941

Ein erster Versuch zur Revision des Fremdenpolizeiabkommens von 1924 wurde 1934 unternommen. Die Eidgenössische Polizeiabteilung arbeitete im Januar einen Entwurf aus, aufgrund dessen Liechtenstein die meisten Bestimmungen des auf Anfang Jahr in Kraft gesetzten Bundesgesetzes über Niederlassung und Aufenthalt der Ausländer (ANAG, Art. 1–24, 26) übernehmen sollte.¹⁸⁶ Der Entwurf blieb jedoch liegen.¹⁸⁷

Hingegen schien es Ende 1938, als ob eine fremdenpolizeiliche Einigung zwischen der Schweiz und Liechtenstein unmittelbar bevorstünde. Den liechtensteinischen Staatsbürgern sollte die volle Freizügigkeit auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt gewährt werden. Im Gegenzug sollte das Fürstentum in fremdenpolizeilichen Belangen den Status eines Schweizer Kantons erhalten und, als wichtigste Bedingung, das militärisch-strategisch wichtige Ellhorn an die Schweiz abtreten.¹⁸⁸ Die Verhandlungen scheiterten im Januar 1939, da sich Liechtenstein gegen die Aufgabe des Ellhorns stellte.¹⁸⁹

Die Gespräche wurden bereits kurz darauf wieder aufgenommen. Ende März 1939 fand eine Grundsatzdiskussion zwischen Vertretern der liechtensteinischen Regierung und den schweizerischen Behörden über die Niederlassungsvereinbarungen statt.¹⁹⁰ Regierungschef Hoop führte aus, dass Liechtenstein nun eine sehr restriktive Flüchtlingspolitik verfolge. Grösster Kritikpunkt der Schweiz waren die entgegen früheren Versprechungen fortgesetzten Einbürgerungen. Hoop rechtfertigte die liechtensteinische Praxis mit dem fehlenden Zugang für

¹⁸⁴ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung, 1935, S. 37.

¹⁸⁵ LLA, RF 150/133, Amtsvermerk über die Besprechungen in Bern am 18. und 19. 2. 1935.

¹⁸⁶ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Entwurf zur Neuregelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen, Januar 1934.

¹⁸⁷ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1934, S. 36, und LLA, RF 144/402.

¹⁸⁸ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, «Liechtenstein. Fremdenpolizeiliches Abkommen», 29. 12. 1938.

¹⁸⁹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 305–307.

¹⁹⁰ Den Vorsitz hatte Peter-Anton Feldscher. Die liechtensteinische Seite vertraten Josef Hoop und Alois Vogt, die schweizerische Heinrich Rothmund, Clemente Rezzonico, Albert Jobin und Max Ruth.

Liechtensteiner zum schweizerischen Arbeitsmarkt, stellte jedoch eine Sistierung der Einbürgerungen in Aussicht.¹⁹¹ Ausserdem habe man nur «harmlose» Fälle eingebürgert und die Neubürger wüssten auch, dass sie auf den diplomatischen Schutz der Schweiz nicht zählen könnten.¹⁹²

Das Fremdenpolizeiabkommen von 1941

Schliesslich dauerte es noch beinahe zwei Jahre, bis im Februar 1941 ein neues Abkommen in Kraft gesetzt werden konnte, das alle bisherigen Diskussionen entschärfte.¹⁹³ Die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen lag nun bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei. Ferner mussten ihr alle Einbürgerungsgesuche zur Einsicht vorgelegt werden. Bei der Einbürgerung von Ausländern, die weniger als zwei Jahre in Liechtenstein gewohnt hatten, konnte der schweizerische Bundesrat Einspruch erheben.¹⁹⁴ Als Gegenleistung zur weitgehenden Aufgabe der staatlichen Souveränität in Fremdenpolizeifragen konnten sich die liechtensteinischen Staatsangehörigen – mit Ausnahme der nach dem 1. Januar 1924 eingebürgerten Personen – ohne spezielle Bewilligung in der Schweiz niederlassen und Arbeit annehmen. Der Entscheid der Schweiz, den Arbeitsmarkt für Liechtensteiner zu öffnen, erfolgte vor allem unter dem Eindruck der geographischen Isolation nach dem Fall Frankreichs im Sommer 1940. Man wollte ein Abdriften Liechtensteins nach Deutschland um jeden Preis verhindern, da dies vom Osten her – insbesondere im Gebiet Sargans – ein militärisches Einfallstor geöffnet hätte.¹⁹⁵ Zum Einlenken der Schweiz trugen wohl auch die verminderte Arbeitslosigkeit und das grosse Interesse an der Durchsetzung der eigenen Ausländergesetzgebung bei.

Fremdenpolizeiliche Verhandlungen bei Kriegsende

Die vollständige Eingliederung Liechtensteins in die schweizerische Flüchtlingspolitik erfolgte kurz vor Kriegsende.¹⁹⁶ Angesichts der erwarteten Szenarien (Zustrom von Flüchtlingen, Grenzübertritt von bewaffneten Formationen) fragte die liechtensteinische Regierung Anfang

¹⁹¹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 15, Besprechung zwischen der liechtensteinischen Landesregierung und den eidgenössischen Behörden, Vorsitz Feldscher, Anwesend Hoop, Vogt, dazu Rothmund, Rezzonico, Jobin und Ruth, 30. 3. 1939.

¹⁹² BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 15, Konferenz vom 20. 4. 1939, anwesend Legationsrat Dr. Feldscher, Dr. Willi, Jobin, Rothmund, Ruth, Baechtold, Brunner.

¹⁹³ LGBL 1941, Nr. 4, «Vereinbarung zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen», 23. 1. 1941.

¹⁹⁴ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 54, und Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 93 f.

¹⁹⁵ Siehe dazu die Botschaft des EPD zur Revision der Vereinbarung von 1923. BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, EPD Pilet-Golaz an Bundesrat, 12. 12. 1940.

Februar 1945 den schweizerischen Bundesrat an, ob nicht an der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze ergänzend Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Grenzverkehr getroffen werden könnten.¹⁹⁷ Wenige Wochen danach bildete der befürchtete Flüchtlingsstrom erneut Gegenstand einer Anfrage Liechtensteins beim EPD; diesmal ging es um die Verhinderung der «Einschleppung von ansteckenden Krankheiten durch ausländische Flüchtlinge».¹⁹⁸ Liechtenstein strebte eine massive Verstärkung der Grenzbewachung durch 500 Grenzwächter oder – falls dies unmöglich sei – durch Soldaten an.¹⁹⁹ Eine solche Verstärkung war aufgrund des begrenzten Personalbestandes der Grenzwacht nicht realisierbar. Ferner wäre die Abkommandierung von Schweizer Soldaten an die liechtensteinische Grenze aus Neutralitätsgründen nicht möglich gewesen, denn dies wäre einer Besetzung Liechtensteins gleichgekommen. Somit musste eine andere Lösung gefunden werden. Zudem warf auch die Anfrage bezüglich der Grenzsantität grundsätzliche, über den isolierten Aspekt hinausgehende Fragen auf.²⁰⁰ Diese wurden am 6. April 1945 in Bern zwischen Vertretern der liechtensteinischen Regierung sowie der zuständigen eidgenössischen Departemente (EPD, EFZD, EJPD und EMD) eingehend erörtert.²⁰¹ Hoops Aussage verdeutlichte die bisherige Praxis:

«Die Flüchtlinge sind bis jetzt durch unser Land hindurch in die Schweiz eingereist. [...] Der Wunsch der Regierung in bezug auf die Flüchtlinge wäre, dass der bisherige Zustand aufrechterhalten würde, dass also alle Flüchtlinge von der Schweiz übernommen würden. Wir sind bereit in einem noch zu vereinbarenden Umfange an die Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge in der Schweiz beizutragen, eventuell auch durch Lebensmittelsendungen (landwirtschaftliche Produkte). Ferner würden wir es schätzen, wenn auch diejenigen Flüchtlinge, die wir behalten können, durch die Gz. Station Buchs sanitärisch behandelt würden.»²⁰²

Die schweizerischen Vertreter konstatierten eine allgemeine Lücke, was die Einreise von Flüchtlingen und ihre grenzsantitäre Kontrolle an der liechtensteinischen Grenze betraf. Der

¹⁹⁶ Siehe dazu Kapitel 2.3.

¹⁹⁷ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Regierungsbeschluss vom 7. 2. 1945. Dem Anliegen Liechtensteins verlieh Regierungschef Hoop mit einer Vorsprache in Bern Nachdruck. BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 12, Notiz von DX, 15. 2. 1945.

¹⁹⁸ LLA, RF 230/043, Regierung an liechtensteinische Gesandtschaft, 8. 3. 1945.

¹⁹⁹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Besprechung mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Vogt, 29. 3. 1945.

²⁰⁰ Es stellte sich insbesondere die Frage nach der liechtensteinischen Praxis beim Aufgriff von Flüchtlingen: «Die Übernahme der Flüchtlinge in Buchs andererseits hätte als selbstverständliche Voraussetzung, dass die fürstliche Regierung sich künftig genau an die Weisungen und Praxis der fürstlichen Behörden in der Aufnahme oder Rückweisung von Flüchtlingen halten würde. Bisher sei eine solche Übereinstimmung nicht vorhanden. Ich erinnere an die Abmachung zwischen der fürstlichen Regierung und den deutschen Behörden über die Rücklieferung entwichener Kriegsgefangener.» BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Besprechung mit Dr. Vogt Regierungschef-Stellvertreter, 29. 3. 1945.

²⁰¹ LLA, RF 230/043, Protokoll aus liechtensteinischer Sicht «AV. über die Besprechung vom 6. 4. 1945 betr. Flüchtlinge in Bern», 9. 4. 1945.

²⁰² BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Protokoll der Konferenz vom 6. 4. 1945 in Bern.

Tenor der schweizerischen Vertreter war klar, die fremdenpolizeiliche Praxis in Liechtenstein sollte vereinheitlicht werden. Das Fürstentum verpflichtete sich, in Liechtenstein aufgegriffene Flüchtlinge direkt nach Buchs zu überstellen, damit sie dort grenzärztlich untersucht werden konnten. Zudem erlaubte Liechtenstein, dass über Liechtenstein in die Schweiz eingereiste Flüchtlinge wieder über liechtensteinisches Gebiet ausgeschafft werden konnten.

Da die vom Fürstentum gewünschte Verstärkung der Grenzwehr nicht möglich war, einigten sich die Konferenzteilnehmer darauf, die schweizerische Grenzwehr durch den Einsatz der Hilfspolizei zu verstärken und die gangbaren Grenzabschnitte durch Stacheldraht abzusperren.

Liechtenstein gab anlässlich der April-Konferenz die letzten fremdenpolizeilichen Kompetenzen an die Schweiz ab. Das Fürstentum nahm in diesen Fragen nun die Stellung eines Kantons ein. Insbesondere hatte das liechtensteinische Polizeikorps inskünftig auch die von ihm aufgegriffenen Flüchtlinge direkt nach Buchs zu überführen. Die schweizerischen Behörden hatten ihr seit Beginn der dreissiger Jahre verfolgtes Ziel erreicht, weil Liechtenstein befürchtete, von einem Flüchtlingsstrom überschwemmt zu werden und sich deshalb kompromissbereiter zeigte.²⁰³ Die Bestimmungen galten vorerst bis Kriegsende.²⁰⁴

Die liechtensteinische Regierung hätte es gerne gesehen, wenn die Schweiz die Grenzkontrolle zwischen Liechtenstein und der Schweiz bald nach Kriegsende aufgehoben hätte. Der Zürcher Nationalrat Albert Maag wollte – nach Ansicht der Berner Behörden im Auftrage von liechtensteinischen «Emigranten»²⁰⁵ – die Aufhebung der Grenzkontrolle über einen parlamentarischen Vorstoss erwirken. Die Bundesbehörden hatten an einer Aufhebung vorerst allerdings kein Interesse: Die Grenzkontrolle erlaubte es der Schweiz, die Einreise der in Liechtenstein verbliebenen jüdischen Flüchtlinge, der nationalrussischen Internierten und der grossen Anzahl «politisch unerwünschter Drittausländer», unter anderem Gestapoagenten, in die Schweiz zu kontrollieren und zu regulieren.²⁰⁶

Mit Abschluss der Vereinbarung vom 25./28. August 1947 konnte Liechtenstein immerhin ein Teilziel erreichen. Der Polizeikordon an der liechtensteinisch-schweizerischen Grenze fiel weg, und liechtensteinische Staatsangehörige konnten wieder unkontrolliert in die Schweiz

²⁰³ Die schweizerischen Behörden waren mit dem Ausgang der Konferenz sehr zufrieden. Fürsprech Schnyder (EPD) betonte in einer internen Notiz vor allem die geschickte Leitung Jezlers und die gute Vorbereitung durch interne Besprechungen. BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Notiz von Schnyder, 10. 4. 1945, betr. die schweizerisch-liechtensteinische Konferenz vom 6. 4. 1945 über Fragen des Grenzsanitätsdienstes und des Flüchtlingswesens in Liechtenstein.

²⁰⁴ LLA, RF 230/043, Note vom 27. 4. 1945.

²⁰⁵ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Bericht an Herrn Bundespräsident von Steiger, betrifft Vorsprache von Herrn Nationalrat Maag wegen der Grenzkontrolle an der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze, 14. 11. 1945.

²⁰⁶ Ebd.

einreisen.²⁰⁷ Drittausländer benötigten für den grossen Grenzverkehr aber nach wie vor ein Visum. Ihnen brachte die neue Vereinbarung keine Vorteile.²⁰⁸ Der Visumszwang für Drittausländer wurde erst mit Abschluss der fremdenpolizeilichen Vereinbarung vom 3. Juni 1948 aufgehoben, die es dem Fürstentum ferner erlaubte, wieder in eigener Kompetenz Jahresbewilligungen zu erteilen.²⁰⁹

2.3.2 Die flüchtlingspolitischen Erlasse der liechtensteinischen Behörden, 1933–1941

In Liechtenstein gab es nach schweizerischem Vorbild drei verschiedene Aufenthaltsformen: die Niederlassung, den befristeten Aufenthalt und die Toleranzbewilligung. Bei den beiden ersten Aufenthaltsformen waren gültige Papiere Voraussetzung. Die Toleranzbewilligung war eine kurzfristige Bewilligung, die auch schriftenlose Personen erhalten konnten. Sie konnte jederzeit widerrufen werden.

Liechtenstein kannte wie die Schweiz²¹⁰ kein eigenes Asylgesetz, sondern unterstellte die Flüchtlinge dem gewöhnlichen Ausländerrecht. Im Gegensatz zur Schweiz entwickelte Liechtenstein auch nach 1933 kein eigentliches Verfahren zur Anerkennung von Flüchtlingen, weshalb es in Liechtenstein keine formal festgelegten Flüchtlingskategorien gab. Auch das «Ausländerwesen» war mit der Verordnung vom 1. Mai 1928 zur Fremdenstatistik und Kontrolle der Ausländer nur ansatzweise geregelt.²¹¹ Die Hoteliers waren dazu angehalten, alle Gäste beim Gemeindevorstand zu melden. Die Aufenthaltsbewerber mussten über gültige Heimatpapiere und ein Leumundszeugnis verfügen, Ausländer durften – sofern sie sich nicht niederlassen und nicht arbeiten wollten – drei Monate im Hotel wohnen, ohne bei der Gemeindevorsteherung ihre Papiere hinterlegen zu müssen.²¹²

Ursprünglich konnten die liechtensteinischen Gemeinden selbständig Aufenthaltsbewilligungen erteilen. Dies änderte sich im Oktober 1933, nachdem dem liechtensteinischen Arbeitsamt Informationen zugekommen waren, wonach in nächster Zeit einige «jüdische Familien» aus Deutschland nach Liechtenstein übersiedeln wollten. Das Arbeitsamt befürchtete eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes und beantragte bei der Regierung, die Gemeinden anzuweisen, solche Bewilligungen nur zu erteilen, wenn die Gesuchsteller keine Konkurrenz

²⁰⁷ Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 47 f.

²⁰⁸ Ebd., S. 48 f.

²⁰⁹ Ebd., S. 92 f.

²¹⁰ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 33 f.

²¹¹ Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 44 f.

²¹² LGBI. 1928, Nr. 5, «Verordnung betr. Die Fremdenstatistik und Kontrolle der Ausländer», 1. 5. 1928.

für die liechtensteinischen Arbeitnehmer darstellten.²¹³ Die Regierung ging noch einen Schritt weiter: Mit Erlass vom 27. Oktober 1933 zog sie die ausschliessliche Kompetenz zur Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen an sich. Die Gemeinden durften nur noch nach vorheriger Zustimmung durch die Regierung Aufenthalt gewähren. Dies war der erste Erlass der Regierung, der direkt im Zusammenhang mit der jüdischen Fluchtbewegung aus Deutschland stand. In der Anweisung an die Gemeindevorstellungen nahm die Regierung jedoch nicht Bezug auf die Einreise jüdischer Flüchtlinge, sondern hielt die Begründung allgemein.²¹⁴

Im Zug der durch die Entführung der Brüder Schaie (Rotter)²¹⁵ ausgelösten Diskussion entschied sich die Regierung zu einer umfassenden Revision des Bürgerrechtsgesetzes von 1920. Neu war ein Aufenthalt von drei Jahren Voraussetzung zur Einbürgerung. Das Gesetz liess aber eine Hintertüre offen: Von der Domizilpflicht konnte in «besonders wichtigen» Fällen abgesehen werden.²¹⁶ Wie zu sehen sein wird, wurde diese Ausnahme de facto zur Regel.²¹⁷

Die liechtensteinischen Behörden und der Gewerbeverband beobachteten die Entwicklung der antisemitischen Gesetzgebung in Deutschland aufmerksam. Nervosität kam auf, als Äusserungen des Reichswirtschaftsministers Schacht bekannt wurden, wonach Juden ihre Staatsbürgerschaft verlieren sollten. In einem Amtsvermerk der Regierung vom 31. August 1935 hiess es hierzu:

«Es soll generell Beschluss gefasst werden, wie man sich zur Juden-Niederlassung in Liechtenstein stelle. Das Problem erhält ein neues Gesicht durch die Ausführungen Schachts, dass Juden nicht deutsche Staatsbürger sein können.»²¹⁸

Mit dem Erlass der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 bereiteten die deutschen Behörden die Entrechtung der jüdischen Bürger vor. Der Gewerbeverband vermutete, dass zahlreiche Juden Deutschland aufgrund des Reichsbürgergesetzes verlassen und sich nach einem neuen Wohnort umsehen würden. Deshalb forderte er die Regierung zu einer restriktiveren Zulassungspolitik auf. In seiner Begründung machte er aus seiner radikalen Abwehrhaltung keinen Hehl:

²¹³ LLA, RF 137/009, Arbeitsamt an Regierung, Oktober 1933.

²¹⁴ LLA, RF 137/009, Regierung an Gemeindevorstellungen, 27. 10. 1933.

²¹⁵ Siehe Kapitel 2.2.2.

²¹⁶ Zur liechtensteinischen Bürgerrechtsgesetzgebung siehe Wanger, Landesbürgerrecht, 1997.

²¹⁷ Zum neuen Gesetz siehe Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 17 f., und Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 351.

²¹⁸ LLA, RF 155/391, Amtsvermerk der Regierung, 31. 8. 1935.

«Es ist daher die vom Verbands ausgesprochene Befürchtung hinsichtlich einer Judeninvasion in Liechtenstein und einer damit verbundenen schweren wirtschaftlichen Bedrohung der liechtensteinischen Bevölkerung durchaus angebracht und die hohe fürstliche Regierung möge alles daran setzen, diese Gefahr vom Lande ferne zu halten.»²¹⁹

Da nach Auskunft des deutschen Generalkonsuls Hermann Voigt von Zürich die Juden ihre deutsche Staatsbürgerschaft bis auf weiteres behalten sollten,²²⁰ sah die Regierung keinen Anlass, neue Aufenthaltsbestimmungen zu erlassen. Stärker beunruhigte die Regierung indes das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das insbesondere Ehen zwischen deutschen Juden und Nichtjuden verbot.²²¹ Der deutsche Generalkonsul Voigt beschwichtigte die liechtensteinische Regierung damit, dass das Gesetz nur ein Rahmengesetz sei. Gemeint seien vor allem Ehen, die zur Umgehung der deutschen Gesetze geschlossen würden; schon länger in Liechtenstein wohnhafte Personen könnten ungeachtet dieser Gesetze heiraten.²²² Regierungsrat Büchel vereinbarte mit Voigt immerhin, Eheschliessungen von deutschen Staatsbürgern jeweils dem Konsulat in Zürich vorzulegen.²²³ Regierungschef Hoop arbeitete – vermutlich im Nachgang zum Gespräch von Büchel mit Voigt – einen Entwurf für eine Weisung an die Pfarrer aus:

«Die Regierung wird in jedem einzelnen Falle ein Ehesfähigkeitszeugnis der zuständigen Reichsbehörden einholen und prüft, ob durch die Eheschliessung nicht Konflikte mit den deutschen Reichsgesetzen erwachsen.»²²⁴

Vermutlich blieb es jedoch beim Entwurf.²²⁵ Hinzuzufügen ist, dass Ehen zwischen Partnern christlichen und nichtchristlichen Glaubens in Liechtenstein ohnehin nicht erlaubt waren.²²⁶

Ende September 1935 erkannte die Regierung einen Handlungsbedarf im Bereich der fremdenpolizeilichen Kontrolle und der Aufnahmebedingungen.²²⁷ Mit Beschluss vom 26. September 1935 regelte sie den Ablauf der Aufenthaltserteilung neu: Die Gemeinden sollten Interessenten jeweils direkt an die Regierung verweisen. Als wichtigste Neuerung führte die Regierung die Möglichkeit ein, eine Kautions von bis zu 20 000 Schweizer Franken zu verlangen. Diese blieb gesperrt für allfällige Verpflichtungen des Aufenthalts gegenüber dem

²¹⁹ LLA, RF 155/391, Gewerbeverband an Regierung, 3. 10. 1935.

²²⁰ LLA, RF 155/391, handschriftliche Notiz Hoop, 31. 9. 1935.

²²¹ Walk, Sonderrecht, 1996, S. 127, Nr. 637.

²²² LLA, RF 155/391, Amtsvermerk vom 3. 10. 1935.

²²³ Ebd.

²²⁴ LLA, RF 155/391, Amtsvermerk o. D., unterzeichnet von Hoop und Regierungssekretär Nigg.

²²⁵ In den Registern der Regierungsentscheide scheint kein derartiger Erlass auf. LLA, AS 1935, 15. 9. 1935–30. 10. 1935.

²²⁶ LLA, RF 175/161, Regierung an Hans Meili, 11. 11. 1937.

²²⁷ LLA, RF 155/068, Amtsvermerk, datiert mit 23. 9. 1934, gemeint war jedoch der 23. 9. 1935.

Staat Liechtenstein oder der Privatwirtschaft.²²⁸ Von einer Kautio absehen wollte die Regierung bei Bewerbern, die als Unternehmer Arbeitsplätze schufen.²²⁹

Schlüsseljahr 1938

1938 verschärfte sich die Aufnahmepolitik des Fürstentums wie in den meisten anderen europäischen und überseeischen Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen bedeutend.²³⁰ Bereits am 14. März 1938, also kurz nach dem deutschen Einmarsch in Österreich, wies die Regierung die liechtensteinische Bevölkerung an, keine Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, und erinnerte die Gemeinden daran, dass sie keine Aufenthaltsbewilligungen in eigener Regie erteilen durften.²³¹ Knapp drei Wochen nach dem «Anschluss» Österreichs verfügte Liechtenstein eine Einreise- und Aufenthaltssperre für «österreichische Emigranten» und teilte dies umgehend dem für Liechtenstein zuständigen deutschen Konsul Voigt mit.²³² Mit diesem Entschluss ging die liechtensteinische Regierung weiter als der schweizerische Bundesrat. Dieser hatte zwar am 28. März 1938 die Visumpflicht für Inhaber österreichischer Pässe beschlossen, die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Österreich jedoch nicht kategorisch ausgeschlossen.

Liechtensteins Zurückhaltung gegenüber der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen trat auch auf internationalem Parkett hervor. Wie die Schweiz lehnte es auch die liechtensteinische Regierung ab, der an der intergouvernementalen Konferenz in Genf vom Februar 1938 ausgearbeiteten «Convention über das Statut der Flüchtlinge aus Deutschland» beizutreten. Zugleich versicherte sie dem Völkerbund aber, dass sie die Bestimmungen soweit wie möglich anwenden werde.²³³

Am 4. August 1938 diskutierte der liechtensteinische Landtag zum ersten Mal über die Aufnahme von Flüchtlingen. Regierungschef Josef Hoop hielt in seinem Eingangsreferat fest:

«Wir werden gegenwärtig überschwemmt mit Gesuchen um Erteilung der Aufenthaltsbewilligungen im Lande. Nach der Praxis ist zu befürchten, dass sie nie mehr nach Deutschland zurückkehren dürfen und so bleiben sie dann in jenen Ländern, wo sie wohnen. Mir scheint es ratsam zu sein, wenn man mit äusserster Vorsicht bei Neuerteilung von Aufenthaltsbewilligungen vorgeht und die schwersten Bedingungen daranknüpft. Grundsätzlich wäre überhaupt kein Jude mehr aufzunehmen. Wenn ein Fall

²²⁸ LLA, RF 155/348, Regierung an Ortsvorstehungen und Sicherheitskorps, 28. 9. 1935.

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Bezeichnend für die Zurückhaltung der meisten Staaten ist das Scheitern der internationalen Flüchtlingskonferenz, die vom 6. bis 15. 6. in Evian stattfand. Siehe dazu beispielsweise Ben Elissar, *Diplomatie*, 1981, S. 240 f.

²³¹ LLA, RF 179/079, Bekanntmachung der liechtensteinischen Regierung vom 14. 3. 1938.

²³² LLA, RF 179/130, Regierung an deutsches Generalkonsulat in Zürich, 30. 3. 1938.

²³³ LLA, RF 178/492, Liechtenstein an das Generalsekretariat des Völkerbundes, 29. 4. 1938. Zur Haltung der Schweiz siehe UEK, *Flüchtlinge*, 2001, S. 55 f.

aus Gründen der Arbeitsbeschaffung besonders gut ist, dann soll dies nur zu erschwerten Bedingungen möglich sein. Als solche würde ich vorschlagen die Hinterlage von soviel Geld, als heute für die Einbürgerung verlangt wird und die Hinterlegung von einwandfreien Papieren, dass der Gesuchsteller ordnungsgemäss ausgereist ist, ebenso muss der betreffende sich allgemeiner Honorigkeit erfreuen.»²³⁴

Die Reaktion der Landtagsmitglieder zeigt, dass Hoop mit seinen einleitenden Worten die generelle Meinung vorweggenommen hatte. Alle Votanten waren sich im Grundsatz einig, dass Neuzuzüger besser kontrolliert werden sollten. Hoop räumte indes ein, dass es hart sein werde für jene, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen:

«In vielen Fällen wird es nicht leicht sein, aber immerhin haben wir einen gewissen Rückhalt, wenn der Landtag unserem Antrage zustimmt. Es wird vor allem bei denen happern, die kein Geld haben.»²³⁵

Peter Büchel (FBP) unterstützte Hoops Votum und unterbreitete zwei Anträge. Er schlug erstens vor, auch gewährte Aufenthaltsbewilligungen einer genauen Prüfung zu unterziehen, denn es könne «für uns noch einmal katastrophal werden». Ferner beantragte er in Anlehnung an den Vorschlag Hoops, die Kautionshöhe auf 50 000 Franken zu erhöhen: «Wenn sie das nicht leisten können, sind sie sowieso nicht interessant zum vorneherein.»²³⁶ Zwei Abgeordnete wünschten sich darüber hinaus auch eine generell striktere Kontrolle von Ausländern.

Der Landtag nahm beide Anträge von Büchel einstimmig an und beauftragte die Regierung, Bewilligungen nur noch bei «eminenter wirtschaftlicher Interesse» und auch dann nur bei einer Kautionshöhe von 50 000 Franken zu gewähren.²³⁷ Damit setzten die liechtensteinischen Behörden die Schranken für Flüchtlinge sehr hoch an. Nur äusserst wohlhabende Personen, deren Vermögen sich bereits im Ausland befand, hatten noch eine Chance, aufgenommen zu werden. Die Kritik der Schweiz an der liechtensteinischen Drittausländerpolitik spielte in der Diskussion des Landtages keine Rolle, es ging den verschiedenen Votanten primär darum, als risikoreich empfundene Einreisen von Personen, deren Rückkehr in den Heimatstaat oder materieller Unterhalt als nicht genügend abgesichert erschien, grundsätzlich zu verhindern. Wenn trotz dieser Vorbehalte weitere jüdische Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, dann nur, wenn sie für Liechtenstein ökonomisch interessant waren.

Ende 1938 trat die liechtensteinische Flüchtlingspolitik in ihre restriktivste Phase: Die Regierung beschloss am 1. Dezember 1938, generell keine Juden mehr aufzunehmen.²³⁸ «Die Regierung beschliesst, keine neuen Aufenthaltsbewilligungen an jüdische Flüchtlinge mehr zu

²³⁴ LLA, LTp, 1938, Sitzung vom 4. 8. 1938, S. 2.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Ebd., S. 3.

²³⁷ LLA, RF 182/199, Amtsvermerk vom 4. 8. 1938.

²³⁸ LLA, AS 1938, 1. 12. 1938, Traktandum Nr. 72.

erteilen.»²³⁹ Wie kam es zu diesem Entscheid? Die «Reichskristallnacht» hatte eine grosse Fluchtbewegung ausgelöst, die auch in Liechtenstein spürbar wurde.²⁴⁰ Zugleich hatten die Ereignisse in Deutschland die Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein zur Nachahmung inspiriert. Sie liess im Spätherbst 1938, Ende November sogar täglich, vor Häusern, in denen Juden wohnten, Böller explodieren.²⁴¹ Die Regierung nahm diese Opposition ernst. Sie war der Hauptauslöser, nicht aber alleiniger Grund für den Regierungsentscheid.²⁴² Ohne die bei Vertretern der liechtensteinischen Behörde weit verbreiteten Vorbehalte gegen die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen – es sei an die Flüchtlingsdebatte des Landtages im August 1938 erinnert – hätte die Regierung die Anliegen der oppositionellen VDBL nicht aufgenommen.

Die Vaterländische Union begrüsst den Entscheid der Regierung. An ihrer Delegiertenversammlung vom 11. Dezember 1938 verabschiedete sie eine Resolution, in der sie Gewalt jeglicher Art verurteilte.²⁴³ Sie sprach damit zweifellos die Gewaltaktionen der Volksdeutschen an. Den von der Regierung verfügten Einreisestopp begrüsst sie jedoch und forderte die Regierung zu weiterführenden Massnahmen auf, um die «Überfremdung» Liechtensteins zu verhindern:

«Die Delegiertenversammlung nimmt mit Genugtuung von dem Beschluss der Fürstl. Regierung Kenntnis, wonach künftighin keine Emigranten, die innen- und aussenpolitisch eine Belastung darstellen könnten, mehr in Liechtenstein Aufenthalt oder Niederlassung gewährt werden [sic]. Sie lädt Regierung und Landtag ein, dafür besorgt zu sein, dass dem Grundsatz «Liechtenstein den Liechtensteinern» mehr Nachachtung verschafft wird, nach Mitteln und Wegen zu suchen, das [sic] gegenwärtig in Liechtenstein lebende innen- und aussenpolitisch eine Belastung darstellende jüdische Emigranten binnen nützlicher und möglicher Frist das Land verlassen. Die Delegiertenversammlung hält die Durchführung obiger Anregungen als im Sinne einer Befriedung und Konsolidierung des Landes dringend notwendig. [...] Auch der zweite Punkt der Resolution ist angesichts einer immer stärker werdenden Überfremdung Liechtensteins durch in Deutschland missliebig gewordene Angehörige der jüdischen Rasse zu einer Grundforderung der Erhaltung der Selbständigkeit unseres Landes geworden. Liechtenstein ist ein kleines Land, das sich nicht erlauben darf, seine Eigenart und sein Volkstum durch eine gefährliche Überfremdung untergraben zu lassen ohne nicht Gefahr zu laufen, innere Auseinandersetzungen heraufzubeschwören, die dann in der Folge der Erhaltung der Selbständigkeit unseres Landes kaum dienstbar wären. Eine Umstellung der bisherigen Fremdenpolitik wird deshalb unerlässlich sein.»²⁴⁴

Die ablehnende Haltung der seit März 1938 an der Koalitionsregierung beteiligten VU gegenüber der Einreise von Juden tritt hier deutlich hervor. In ihrer Argumentation konstruierte

²³⁹ Abgedruckt in Liechtensteiner Vaterland, 7. 12. 1938, und Liechtensteiner Volksblatt, Nr. 141, 8. 12. 1938.

²⁴⁰ Im November 1938 suchten besonders viele Flüchtlinge um Aufenthalt in Liechtenstein nach. Siehe dazu Kapitel 4.2.1.3.

²⁴¹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 259–262.

²⁴² Ebd., S. 262.

²⁴³ Liechtensteiner Vaterland, Nr. 101, 17. 12. 1938.

die VU aus den – damals zirka 120 – anwesenden jüdischen Flüchtlingen eine Überfremdung Liechtensteins. Die VU wünschte sich eine restriktivere Flüchtlingspolitik Liechtensteins, insbesondere auch gegenüber denjenigen Flüchtlingen, die bereits in Liechtenstein Aufnahme gefunden hatten. Von der FBP sind keine Reaktionen zum Einreisestopp bekannt. Aufgrund der Landtagsdebatte im August 1938, an der auch FBP-Vertreter für Zurückhaltung bei der Erteilung von Einreiseerlaubnissen plädiert hatten, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Erlass auch in den Reihen der FBP auf Zustimmung stiess.

Das Problem der auf liechtensteinisches Gebiet entwichenen Kriegsgefangenen

Die Einreiseversuche und Aufenthaltsgesuche von jüdischen Flüchtlingen nahmen seit Ende 1939 ab. Ab 1940 war Liechtenstein primär mit einer anderen Flüchtlingsgruppe befasst: mit über die grüne Grenze nach Liechtenstein flüchtenden Kriegsgefangenen. Diesmal bewirkten die deutschen Behörden eine Praxisänderung Liechtensteins. Um die Flucht von Kriegsgefangenen nach Liechtenstein und in die Schweiz zu verhindern, wandte sich Konsul Voigt im Sommer 1941 mit der Bitte an die liechtensteinische Regierung, Liechtenstein solle übertretende Kriegsgefangene «nicht aufnehmen, sondern den deutschen Grenzbehörden wieder übergeben, ihnen aber auf keinen Fall den Übertritt auf schweizerisches Gebiet gestatten».²⁴⁵

Die liechtensteinische Regierung wollte diesen Entscheid nicht ohne Rücksprache mit Bern treffen und kontaktierte das Eidgenössische Politische Departement (EPD).²⁴⁶ In seinem Antwortschreiben zitierte das EPD Artikel 13, Absatz 1 der Haager Konvention, wonach es dem neutralen Staat freisteht, Kriegsgefangene aufzunehmen, aber einmal aufgenommene Kriegsgefangene nicht mehr ausgeschafft werden dürfen. Auf eine eigentliche Empfehlung verzichteten die schweizerischen Behörden indes.²⁴⁷

Die liechtensteinische Regierung entsprach schliesslich der Forderung Deutschlands und verpflichtete sich Ende August 1941, «kriegsgefangene Franzosen, die aus Deutschland auf liechtensteinisches Gebiet übertreten, nicht aufzunehmen, sondern den deutschen

²⁴⁴ PA-AV, Nr. 467, Bericht aus der Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union, o. D. [11. 12. 1938], siehe dazu auch Liechtensteiner Vaterland, Nr. 101, 17. 12. 1938.

²⁴⁵ LLA, RF 206/142, deutsches Konsulat an Regierung, 11. 7. 1941.

²⁴⁶ LLA, RF 206/142, Regierung an EPD, Abteilung für Auswärtiges, 19. 7. 1941.

²⁴⁷ LLA, RF 206/142, EPD an Regierung, 23. 7. 1941.

Grenzbehörden zu übergeben».²⁴⁸ Die Regierung informierte daraufhin das EPD, damit dieses die schweizerischen Grenzwächter entsprechend instruieren konnte.²⁴⁹

Kriegsende – Vorbereitungen in Liechtenstein

Ab Mitte 1941 bis kurz vor Kriegsende war Liechtenstein nicht mehr zum Handeln geordert. Über fremdenpolizeiliche Kompetenzen verfügte Liechtenstein seit April 1945 nicht mehr; gefragt waren nun ohnehin rein organisatorische Massnahmen zur Bewältigung des erwarteten Flüchtlingsstroms. In Absprache mit und mit logistischer Unterstützung der Schweiz wurde an der liechtensteinisch-deutschen Grenze ein Stacheldrahtzaun auf Kosten Liechtensteins erstellt.²⁵⁰ Auch wollte die Regierung Mitte April 1945 nochmals neue Hilfspolizisten anstellen. Mit dem Kriegsende im Mai 1945 erübrigte sich die vorgesehene Aufstockung der Hilfspolizei jedoch.

Im Hinblick auf die drohende Seuchengefahr verbot die liechtensteinische Regierung im April 1945 der Bevölkerung, Flüchtlinge privat zu beherbergen. Aufgegriffene Flüchtlinge sollten zum nächsten Polizeiposten gebracht werden.²⁵¹ Ausserdem beschloss sie, für die Flüchtlinge eine Hauskollekte durchzuführen,²⁵² und rief die Bevölkerung zu Geld- und Lebensmittelpenden auf.²⁵³

2.3.3 Schweizerische und liechtensteinische Flüchtlingskategorien, 1933–1945

Da Liechtenstein keine eigenen formalisierten Flüchtlingskategorien kannte, werden im Folgenden die schweizerischen Kategorien kurz dargestellt, zumal sich Liechtenstein teilweise daran orientierte und die schweizerischen Kategorien seit dem Inkrafttreten des neuen Fremdenpolizeiabkommens von 1941 auch im Fürstentum zur Anwendung gelangten.²⁵⁴

Die schweizerischen Behörden entwickelten aufgrund nationaler Gesetze und Völkerrechtssatzungen verschiedene Flüchtlingskategorien. Die wichtigste Unterscheidung war jene zwischen Militär- und Zivilflüchtlings. Bei der Behandlung der Militärflüchtlings

²⁴⁸ LLA, RF 206/142, Regierung an das deutsche Konsulat für Liechtenstein, 22. 8. 1941. Siehe dazu auch Krebs, Fürst, 1988, S. 559; Korfmacher, Exil, 1993, S. 131. Zur Umsetzung in die Praxis siehe Kapitel 3.2.3.

²⁴⁹ LLA, RF 206/142, Regierung an Generalkonsul Voigt, 13. 8. 1942.

²⁵⁰ LLA, RF 230/043, Armeestab, Geniechef der Armee an den Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, 3. 5. 1945. Insgesamt beliefen sich die Kosten auf rund 180 000 Franken. Die Regierung sah sich gezwungen, eigens dafür bei der Schweizerischen Volksbank einen Kredit aufzunehmen. LLA, RF 230/043, Regierung an Sparkasse, 19. 4. 1945.

²⁵¹ LLA, RF 230/043, Kundmachung vom 23. 4. 1945.

²⁵² LLA, RF 230/043, Regierungssitzung, 2. 3. 1945.

²⁵³ LLA, RF 230/043, Aufruf der Regierung, gez. Dr. Hoop, 27. 4. 1945.

²⁵⁴ Der folgende Abschnitt basiert auf Kälin, Rechtliche Aspekte, 2001, insbesondere S. 283 f.; UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 32–37, sowie Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957.

richtete sich die Schweiz grundsätzlich nach dem Haager Abkommen vom 7. Oktober 1907²⁵⁵ aus und teilte diese in Internierte, entwichene Kriegsgefangene, Deserteure, Refraktäre und Hospitalisierte ein.

Für die Behandlung der zivilen Flüchtlinge gab es zur fraglichen Zeit kaum völkerrechtlich bindende Bestimmungen; der völkerrechtliche Schutz der zivilen Flüchtlinge wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Die Schweiz orientierte sich primär an der nationalen Gesetzgebung, insbesondere am Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Bei den Zivilflüchtlingen unterschieden die Behörden die drei Kategorien Emigranten, Flüchtlinge und politische Flüchtlinge. Emigranten waren in der Regel noch vor dem Krieg oder zu Kriegsbeginn legal in die Schweiz eingereist und hatten von den Kantonen eine Toleranzbewilligung erhalten. Ihr Aufenthalt war zwar legal geregelt, jedoch von kurzfristiger Dauer, da ihnen die Pflicht zur Weiterreise auferlegt war. Ferner durften sie weder arbeiten noch sich politisch betätigen. Als politischer Flüchtling galt, wer aufgrund seiner politischen Gesinnung und Tätigkeit verfolgt wurde. Jüdische Flüchtlinge wurden explizit nicht als politische Flüchtlinge anerkannt. Ebenso schlossen die schweizerischen Behörden Flüchtlinge linker Gesinnung vom Recht auf politisches Asyl weitgehend aus. Zur rechtlichen Kategorie der Flüchtlinge gehörten Zivilpersonen, die während des Krieges meist illegal in die Schweiz gelangt waren und keine Toleranzbewilligung erhielten, sich also illegal aufhielten. Gemäss ANAG mussten sie ausgeschafft werden; wenn dies aus humanitären und praktischen Gründen nicht möglich war, wurden sie interniert.

Liechtenstein und die schweizerischen Flüchtlingskategorien

Die liechtensteinischen Behörden kannten als klar definierte Gruppen nur die Kategorien «politischer Flüchtling», «Deserteur» und «Refraktär». Bei der Behandlung von Deserteuren orientierten sie sich am Haager Abkommen. Als politische Flüchtlinge galten in Liechtenstein Personen, die in NS-Deutschland aufgrund ihrer politischen Tätigkeit und Einstellung verfolgt wurden. Die grösste Gruppe der Zivilflüchtlinge in Liechtenstein, die jüdischen Flüchtlinge, erhielten von der liechtensteinischen Regierung keine eigene Kategorie zugewiesen, sie galten

²⁵⁵ Der neutrale Staat hatte das Recht, nicht aber die Pflicht, fremde Truppen auf sein Gebiet übertreten zu lassen. Hatten diese die Grenze überschritten, musste sie der Staat internieren, das heisst, er hatte sie an einer erneuten Teilnahme an Kampfhandlungen zu hindern. In der Schweiz wurden solche Truppen entweder in ein Lager eingewiesen oder frei untergebracht. Auch zur Aufnahme entwichener Kriegsgefangener bestand für den neutralen Staat keine Pflicht, aber ein Recht. Die Schweiz nahm nur die aus deutscher Kriegsgefangenschaft entwichenen französischen Soldaten ausnahmslos auf. Diese konnten bis 1942 in das unbesetzte Territorium Frankreichs weiterreisen. Als dies nicht mehr möglich war, wurden die französischen Kriegsgefangenen interniert. Bei Kriegsgefangenen anderer Nationalität war das EJPD jedoch zurückhaltend, jeder Fall sollte sorgfältig geprüft werden. Besondere Vorsicht hielt man vor allem bei Juden, politischen Extremisten und Spionageverdächtigen für angezeigt. Kälén, Gutachten, 2001, S. 283 f.

weder als politische Flüchtlinge noch als Emigranten. Sie wurden als Ausländer behandelt, jedoch bis Kriegsende dreimal gesondert als «Juden» erfasst.²⁵⁶ Dabei unterschieden die Behörden nicht zwischen Juden, die vor 1933 als «normale» Aufenthalter nach Liechtenstein gekommen waren, und solchen, die aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung im Fürstentum Wohnsitz genommen hatten. Vielmehr wurden die Juden als eigene Gruppe von Ausländern betrachtet.²⁵⁷ Ab 1941 galten die jüdischen Flüchtlinge trotz des fremdenpolizeilichen Kompetenzenwechsels zwischen Liechtenstein und der Schweiz formal weiterhin nicht als Emigranten, wurden aber faktisch den Emigrantenbestimmungen unterstellt.²⁵⁸

²⁵⁶ Zu den Ausländerlisten der liechtensteinischen Behörden siehe Kapitel 4.1.

²⁵⁷ Zur Praxis siehe vor allem Kapitel 4.

²⁵⁸ BAR, E 4260 (C) 1974/34, Bd. 134, «Bericht über das bisherige Ergebnis der fremdenpolizeilichen Behandlung der Drittausländer in Liechtenstein, gemäss Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein vom 23. 1. 1941», 28. 1. 1944, S. 4.

3 Flucht über die liechtensteinische Grenze

Ziel des vorliegenden Kapitels ist es, die Fluchtbewegungen über Liechtenstein, die Praxis der schweizerischen und liechtensteinischen Grenz- und Polizeiorgane sowie die durch Liechtenstein hindurchführenden Fluchtrouten zu untersuchen.

Die wichtigsten Akteure an der Grenze

Durch den Abschluss des Zollvertrags mit der Schweiz im Jahr 1923 wurde Liechtenstein zu schweizerischem Zollgebiet, weshalb an der liechtensteinisch-österreichischen, ab März 1938 liechtensteinisch-deutschen Grenze das schweizerische Grenzwachtkorps den Waren- und Personenverkehr kontrollierte. Für die am liechtensteinischen Grenzabschnitt stehenden Grenzwächter galten grundsätzlich die gleichen Weisungen wie für ihre Kollegen an der schweizerischen Grenze.²⁵⁹ Die Grenz wacht unterhielt in Liechtenstein fünf Posten (Ruggell-Dorf, Schellenberg, Nendeln, Planken und Steg) und drei Zollämter (Ruggell-Strasse, Mauren und Schaanwald).²⁶⁰ Der Kommandant des liechtensteinischen Grenzabschnittes (Unterabschnitt III des Zollkreises III) hatte sein Büro in Schaan.²⁶¹ Zwischen 1933 und 1945 standen zu normalen Zeiten zwischen 45 (1934) und 55 (1938) schweizerische Grenz wach t beamtete an der liechtensteinischen Grenze. Zum Unterabschnitt III gehörten auch ein in Buchs und ein in Sevelen stationierter Grenzwächter. Während kritischer Phasen, beispielsweise nach dem «Anschluss» Österreichs, wurde die Anzahl Grenzwächter auf über achtzig erhöht.²⁶²

Am Vollzug der Flüchtlingspolitik an der liechtensteinischen Grenze waren auch die liechtensteinische Polizei und Hilfspolizei beteiligt. Das lediglich sieben Mann starke Sicherheitskorps hatte zur Aufgabe, illegal ins Land gelangte Personen ausfindig zu machen und gegebenenfalls auszuweisen. Zudem übernahmen die sieben Polizisten seit Beginn der dreissiger Jahre von der schweizerischen Grenz wacht Personen, die von dieser an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffen worden waren. Die liechtensteinische Hilfspolizei, die

²⁵⁹ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 40, Aufzeichnung, o. D., Kontext Grenzschutzdiskussion Januar/Februar 1934. Siehe dazu auch Kapitel 2.3.1.1.

²⁶⁰ LLA, RF 181/340, Dienstetat vom 1. 7. 1938, 3. Unterabschnitt: Liechtenstein.

²⁶¹ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Grenzwachtoffizier I L. Möhr an Grenzwachtkommandanten Chur, 22. 8. 1938.

²⁶² Erhöht wurde die Anzahl Grenzwächter insbesondere zu Beginn des Jahres 1934, als die Schweiz und Liechtenstein einen politischen Umsturz im benachbarten Österreich befürchteten, ferner als Reaktion auf den «Anschluss» Österreichs vom 12. 3. 1938 sowie auch im August 1938, als der schweizerische Bundesrat die Grenzen für Flüchtlinge ohne Visa schloss. Schliesslich beorderte die Oberzolldirektion bei Kriegsende, als an der Ostgrenze ein grosser Flüchtlingsandrang erwartet wurde, die Grenz wach trekru tenschule von Liestal an die liechtensteinisch-deutsche Grenze. Siehe dazu Kapitel 2.3.1.1, 3.3 und 3.4.3.

bei ihrer Gründung 1937 mit zwanzig Mann dotiert war,²⁶³ überwachte ab 1938 die liechtensteinisch-deutsche Grenze als Ergänzung zum schweizerischen Grenzwachtkorps. Ferner war auch das liechtensteinische Gefängnis, das damals nur einige Zellen im Untergeschoss des Regierungsgebäudes umfasste, eine wichtige Institution im Vollzug. Hier wurden manche illegal nach Liechtenstein eingereiste Personen vor ihrer Überweisung in die Schweiz beziehungsweise ihrer Ausweisung nach Österreich respektive Deutschland inhaftiert. Auf der österreichisch-deutschen Seite waren bis zum «Anschluss» die österreichische Gendarmerie und die österreichischen Zollbehörden mit illegal über die Grenze gelangten Personen befasst. Nach dem «Anschluss» oblag die Kontrolle der Grenze der deutschen Grenzpolizei, die wiederum der Gestapo unterstand. Seit Kriegsbeginn überwachten ferner Hilfsgrenzangestellte die deutsch-liechtensteinische Grenze.²⁶⁴

Vorgehensweise und Quellenlage zu den schweizerischen, liechtensteinischen und deutsch-österreichischen Akteuren

Die Erforschung des Geschehens an der Grenze, insbesondere die Erhebung von zuverlässigen Zahlen über vorübergehende Aufnahme respektive Weiterleitung der Flüchtlinge in die Schweiz sowie Rückweisungen nach Österreich beziehungsweise Deutschland ist aufgrund der Quellenlage nur beschränkt möglich. Die Akten der zentralen schweizerischen, liechtensteinischen und deutsch-österreichischen Akteure sind nur mehr vereinzelt vorhanden. Zur unvollständigen Überlieferung der Akten kommt hinzu, dass die Vorgänge an der Grenze nicht immer aufgezeichnet wurden. Gerade in Zeiten grosser Fluchtwellen verzeichnete die schweizerische Grenzwacht Rückweisungen nicht vollständig,²⁶⁵ auch das Sicherheitskorps in Liechtenstein führte über Verfahren mit Flüchtlingen nicht durchwegs Register,²⁶⁶ und von den Grenzbehörden in Feldkirch ist belegt, dass sie zur Zeit des «Anschlusses» Österreichs «normale» Rückstellungen nicht protokollierten.²⁶⁷

²⁶³ LLA, RF 220/311, «Kundmachung», 5. 8. 1943

²⁶⁴ Hager, Finanzverwaltung, 1976.

²⁶⁵ Koller, Entscheidungen, 1996, S. 97. Renata Broggini hat beispielsweise die Unvollständigkeit der Rückweisungsaufzeichnungen durch das im Tessin stationierte Grenzwachtkorps festgestellt. Broggini, Sources, 2002, S. 67.

²⁶⁶ Die als vollständig geltende Kartothek des Sicherheitskorps (Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer») enthält keine Karteikarten zu den rund dreissig Flüchtlingen, welche die Grenzwacht 1938 dem Sicherheitskorps zur weiteren Verfügung übergeben hat. Das Sicherheitskorps legte zu diesen Fällen offensichtlich keine Karten an.

²⁶⁷ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000, Nr. 975, Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an Amtsgericht Stockach, 29. 11. 1938.

Die wichtigste Quelle zur Tätigkeit des schweizerischen Grenzwachtkorps Abschnitt III (Rheintal bis Unterengadin) sind die für die Jahre 1937 bis 1939 vorliegenden Monatsberichte des Korps. Für den Abschnitt III ist sonst kein eigener Quellenbestand erhalten geblieben. Diese Berichte enthalten jeweils eine Statistik über die von der schweizerischen Grenzwehr aufgedeckten Grenzdelikte. Die Statistiken sind jedoch unterschiedlich aussagekräftig. Die Vorgänge an der liechtensteinischen Grenze sind nur in einem Drittel der Aufstellungen speziell ausgewiesen, zudem lassen sich die verwendeten Kategorien nicht immer eindeutig interpretieren. Ferner sind die Listen zum Teil unvollständig, wie anhand ergänzender Akten festgestellt werden konnte.²⁶⁸ Die vorliegenden Zahlen sind deshalb nur als Grössenordnung zu verstehen. Nebst den Monatsberichten sind einzelne Schreiben des Grenzwachtkorps an die Oberzolldirektion erhalten geblieben, von denen aber nicht bekannt ist, in welchem Gesamtzusammenhang sie stehen. Zum Territorialkommando 7 sowie zu der ihm unterstellten Heerespolizei Buchs sind mit Ausnahme einzelner Monatsberichte keine Akten mehr vorhanden.²⁶⁹ Die Akten der Kantonspolizei in Buchs sind in den Beständen der sanktgallischen Kantonspolizei aufgegangen. Diese sind ebenfalls unvollständig überliefert, insbesondere sind keine Einvernahmeprotokolle für die Zeit vor 1941 vorhanden.²⁷⁰ Dagegen finden sich Einvernahmeprotokolle des Territorialkommandos sowie auch der Kantonspolizei in den von der Eidgenössischen Polizeiabteilung angelegten Personendossiers, die für den Zeitraum zwischen 1938 und 1944 stichprobenweise eingesehen wurden.²⁷¹

Die überlieferten Akten des liechtensteinischen Sicherheitskorps und der liechtensteinischen Hilfspolizei für die Jahre 1933 bis 1945 wurden systematisch durchgesehen. Beide Bestände sind ebenfalls nicht vollständig, insbesondere ist der Umgang mit den aufgegriffenen Flüchtlingen praktisch nicht dokumentiert. Ferner wurden die kompletten Gefangenenbücher vom Gefängnis in Vaduz, die 1939 einsetzen, ausgewertet.²⁷² Die Gefangenenbücher enthalten Namen und Delikt, Zeit des Ein- und Austritts aus dem Gefängnis sowie Art der Haft und das weitere Verfahren. Da die Angaben sehr summarisch und der Sprachgebrauch nicht einheitlich sind, lassen diese Einträge manche Fragen offen. Zum einen ist das Delikt «illegaler Grenzübertritt» nie als solcher angegeben, sondern mit «Polizeihaft» umschrieben. «Polizeihaft» ist bis heute ein fester Begriff im Gefängniswesen. Die Polizeihaft dauert in der Regel nicht länger

²⁶⁸ Unvollständig sind die Aufstellungen vom Monat Juli 1938 und Dezember 1939, Kapitel 3.3 und 3.4. Ob die Angaben für die übrigen Monate vollständig sind, kann aufgrund fehlender ergänzender Akten nicht beurteilt werden.

²⁶⁹ Schweizerisches Bundesarchiv, Flüchtlingsakten, 1999.

²⁷⁰ Jäger, Schlussbericht, 2000, und schriftliche Auskunft Martin Jäger, 2. 5. 2003.

²⁷¹ Siehe dazu den folgenden Abschnitt über die quellenmässige Erfassung der Fluchtbewegungen über Liechtenstein.

²⁷² Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch.

als 24 Stunden und bedeutet, dass der Betreffende nur vorübergehend, bis zur Abklärung des weiteren Verfahrens beziehungsweise des eigentlichen Sachverhalts, in Haft gehalten wird. An der Grenze aufgegriffene Flüchtlinge wurden in Polizeihaft gehalten. Der Vermerk «Polizeihaft» ist also ein erster, aber kein eindeutiger Hinweis auf die Flüchtlingseigenschaft der inhaftierten Person. Ebenso wenig kann aufgrund der Einträge auf den jeweiligen Fluchtgrund geschlossen werden. Hinweise ergeben sich aus Familiennamen und Staatszugehörigkeitsangaben, bei entflohenen französischen Kriegsgefangenen ist unter dem Namen zuweilen die Bezeichnung «Flüchtling» oder «Kriegsgefangener» angebracht. Keinen Aufschluss gibt das Gefangenenbuch über die Frage, von wem die Einlieferung ins Gefängnis verfügt wurde, ausserdem ist auch nicht immer eindeutig ersichtlich, ob die Person nach Buchs oder Feldkirch gebracht wurde. «Abgeschoben» und «überstellt» wurden oft im gleichen Kontext gebraucht. «Abgeschoben» weist ziemlich eindeutig auf Ausweisung nach Österreich (ab 12. März 1938 Deutschland), also Feldkirch, hin. «Überstellt» bedeutet, dass der oder die Betreffende einem anderen Polizeikorps übergeben wurde; das kann sowohl ein schweizerisches wie auch ein deutsches Polizeikorps gewesen sein.

Von der deutschen Grenzpolizei ist kein eigener Bestand erhalten geblieben, deshalb wurden die Akten der ihr übergeordneten Behörden komplett durchgesehen.²⁷³ Diese enthalten vereinzelte Berichte der Grenzpolizei. Vollständig ausgewertet wurde auch das Gefangenenbuch der Justizanstalt Feldkirch für das Jahr 1938. Zudem konnten die Protokolle des Gendarmeriepostens Frastanz und drei Protokollbücher des Hauptzollamtes Feldkirch für die Jahre 1939 bis 1943 eingesehen werden. Mit Hilfe von Recherchen in den ebenfalls vollständig erhaltenen Registern des Landgerichtes Feldkirch konnten ferner mehrere Dossiers zu illegalen Grenzübertritten nach Liechtenstein gefunden werden.

Quellenmässige Erfassung der Fluchtbewegungen über Liechtenstein in die Schweiz

Erfolgreiche Fluchten über liechtensteinisches Staatsgebiet schlugen sich nur in sehr wenigen Fällen in den liechtensteinischen Polizei- und Regierungsakten nieder; schweizerische Archive enthalten diesbezüglich mehr Informationen. Im Zentrum des Interesses stand die Auper-Datenbank zur N-Serie der Eidgenössischen Polizeiabteilung (Flüchtlingsdossiers) im

²⁷³ Alle fraglichen Akten befinden sich im Vorarlberger Landesarchiv (VLA): VLA, Bezirkshauptmannschaft Feldkirch (1937–1939), Landesgericht Feldkirch, Strafsachen Vr (1938–1940), Landeshauptmannschaft Vorarlberg, Abt. Ia (1938/39), Landesregierung Vorarlberg, Präsidium (1937–1939), Landesregierung Vorarlberg, Abt. Ia (1937–1939), Landratsamt Feldkirch, Abt. 0 (1948–1945), Reichsstatthalter für Tirol und Vorarlberg, Abt. VI (1940/41).

Schweizerischen Bundesarchiv (BAR),²⁷⁴ die Datenbank zu den Flüchtlingsakten des Staatsarchivs St. Gallen (StASG)²⁷⁵ und die Datenbank zu den VSJF-Unterstützungsakten des Archivs für Zeitgeschichte in Zürich (AfZ). In den drei Datenbanken kann nach dem Ort des Grenzübertritts in die Schweiz gesucht werden. Flüchtlinge, die über Liechtenstein in die Schweiz einreisten, betraten entweder in Buchs, Haag, Salez, Sargans, Sennwald, Sevelen oder Trübbach schweizerisches Gebiet. Als Stichprobe wurde die Suche unter Buchs, dem wichtigsten Grenzübertrittsort, gewählt.²⁷⁶

Den Akten des VSJF, des StASG und der N-Serie ist gemeinsam, dass sie über den Grenzübertritt tendenziell sehr wenig Information enthalten, vor allem was die Art des Grenzübertrittes und den ersten Kontakt mit den schweizerischen und liechtensteinischen Behörden betrifft. Deshalb wurde auf eine vollständige Durchsicht der vorliegenden Akten verzichtet, zumal auch bei kompletter Auswertung nicht alle Grenzübertritte hätten erfasst werden können.²⁷⁷ Die Auswertung der Datenbanken und der Personendossiers lassen aber dennoch gewisse Muster der Fluchtbewegung erkennen.

3.1 Fluchtbewegungen durch Liechtenstein von 1933 bis 1945

3.1.1 Kategorien von über Liechtenstein Flüchtenden, 1938–1945

Die Erfolgchancen jener Menschen, die sich über liechtensteinisches Gebiet vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Sicherheit bringen wollten, wurden im Wesentlichen von ihrer Nationalität, ihrer Religion (beziehungsweise «Rasse»), der Gesetzgebung ihres Heimatstaates sowie den Vorgaben der schweizerischen Flüchtlingspolitik bestimmt. Wie

²⁷⁴ «Auper» steht für die automatische Personenregistratur der Eidgenössischen Polizeiabteilung, die sich im Schweizerischen Bundesarchiv befindet. Die Personenakten der N-Serie bestehen aus Schreiben der sanktgallischen Kantonspolizei in Buchs, des Territorialkommandos Sargans und der Heerespolizei. Zu Aufbau und Entstehungsgeschichte siehe Schweizerisches Bundesarchiv, Flüchtlingsakten, 1999, S. 203–218.

²⁷⁵ Die Datenbank basiert auf folgenden Beständen des Staatsarchivs St. Gallen: StASG, A 143/1.4–1.7 (Emigrantenkartei, 1938–1951), A 143/1.9 (Ausländerkartei, zirka 1930–1950), A 143/3 (Emigranten: Personendossiers, 1938–1950) sowie A 143/4 (Ausländer: Personendossiers, 1945–1953). Siehe dazu Jäger, Schlussbericht, 2000, S. 65.

²⁷⁶ Für die Zeit zwischen 1938 und Kriegsende scheinen in der Access-Tabelle zur N-Serie der Eidgenössischen Polizeiabteilung 1720 Einträge (Bundesarchiv Bern), in der VSJF-Datenbank 143 (AfZ) und in der St. Galler Flüchtlingsdatenbank 125 Einträge auf (StASG). In der N-Serie (BAR) wurden die Jahre 1938 bis 1944 ausgewertet; insgesamt ergab dies 140 Dossiers. Der Schnitt wurde aus zwei Gründen Ende 1944 gezogen: Die Flucht kurz vor Kriegsende war anderer Natur und anderen Ursprungs als jene davor. Zudem wäre die Konsultation von über 1600 Dossiers des Frühjahres 1945 zeitlich nicht möglich gewesen. Im Staatsarchiv St. Gallen wurden alle Dossiers zu 1938 und im VSJF-Archiv die Dossiers zu Flüchtlingen, die an der liechtensteinischen Grenze von schweizerischen Grenzwächtern entdeckt wurden, ausgewertet.

²⁷⁷ In den schweizerischen Akten schlugen sich Fluchten von Personen, die sich in der Schweiz nicht länger aufhielten, sondern gleich in ein anderes Land gelangt sind, meist nicht nieder. Zudem dokumentieren die Bundesakten die Flüchtlingseinreisen erst seit Kriegsbeginn vollständig; für die Zeit davor müssten die Kantonsarchive konsultiert werden.

unterschiedlich sich diese Rahmenbedingungen präsentierten, veranschaulichen die fünf folgenden Beispiele.

Legal konnte die Einreise von Flüchtlingen erfolgen, die entweder ein Visum besaßen oder die keiner speziellen Einreisebewilligung bedurften. Sie reisten meistens mit der Bahn über liechtensteinisches Gebiet. So zum Beispiel ein deutscher Staatsbürger, der in den dreissiger Jahren Deutschland wegen seiner politischen Gesinnung in Richtung Österreich verlassen hatte. Nach dem «Anschluss» Österreichs wurde er verhaftet. Unmittelbar nach seiner Freilassung im Oktober 1938 floh er über Liechtenstein in die Schweiz.²⁷⁸ Aufgrund seiner Staatsangehörigkeit und weil er nicht unter die NS-Rassengesetze fiel, konnte er in die Schweiz einreisen, ohne sich vorher ein Visum beschaffen zu müssen.²⁷⁹

Im Zug der Pogrome vom November 1938 verliess ein in Wien wohnender ungarischer Jude seinen bisherigen Wohnort fluchtartig²⁸⁰ und gelangte am 15. November bei Buchs in die Schweiz. Wahrscheinlich reiste auch er per Zug ein.²⁸¹ Aufgrund seiner jüdischen Herkunft war er in Wien zwar akut gefährdet, dank seines ungarischen Passes konnte er die Schweiz jedoch, ohne irgendwelche administrative Hürden überwinden zu müssen, legal erreichen.

Als jüdische Deutsche unterlagen hingegen die Brüder Eduard und Norbert Sommer dem Visumszwang, weshalb sie einzig auf illegalem Weg über die Grenze gelangen konnten. Im Dezember 1938 flüchteten sie von Frastanz aus zu Fuss über die Dreischwestern und von dort weiter über Liechtenstein nach Buchs.²⁸²

Im Unterschied dazu wurden Deserteure in der Schweiz aufgrund der geltenden Bestimmungen aufgenommen.²⁸³ Ein deutscher Soldat, der in Polen, Belgien, Luxemburg, Frankreich und danach im Osten Militärdienst geleistet hatte, und dem im Februar 1942 die Flucht über Liechtenstein nach Buchs gelang, durfte in der Schweiz bleiben.²⁸⁴

Noch schwieriger gestaltete sich die Flucht von Kriegsgefangenen, da sie die deutschen Behörden an ihrer Ausreise und teilweise²⁸⁵ auch die schweizerischen Behörden an der

²⁷⁸ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 59, Nr. 1065, Fragebogen der Eidg. Polizeiabteilung, o. D.

²⁷⁹ Der Bundesrat verfügte die allgemeine Visumspflicht am 5. 9. 1939. Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 169 f.

²⁸⁰ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2400, Nr. 29874, handschriftlicher Lebenslauf, o. D.

²⁸¹ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2400, Nr. 29874, Fragebogen der Eidg. Polizeiabteilung, o. D.

²⁸² BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 65, Nr. 02245, Lebenslauf von Sommer, 6. 8. 1940. Eduard und Norbert Sommer wurden in der Schweiz vorerst im Flüchtlingslager Diepoldsau untergebracht.

²⁸³ Zu den Bestimmungen siehe Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 190 f., und Kälin, Gutachten, 2001, Teil I, S. 337 f.

²⁸⁴ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 102, Nr. 3086 (Andreas Brandhuber), Einvernahmeprotokoll des Po. Of. Ter. Kdo Basel, 28. 10. 1942. Albert Ruffing, ebenfalls Deserteur, gelangte Ende November 1942 nach Nendeln, wo er sich bei der Grenzschutz freiwillig meldete. BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 387, Nr. 5246.

²⁸⁵ Zur unterschiedlichen Praxis der schweizerischen Behörden gegenüber den Kriegsgefangenen unterschiedlicher Nationalitäten siehe UEK, Flüchtlinge, 2001, 173 f.

Einreise hindern wollten. Ein jugoslawischer Kriegsgefangener, der in Nofels stationiert war, schaffte es im Oktober 1942, den Drahtverhau zur liechtensteinischen Grenze zu passieren, bevor ihn deutsche Zollorgane fassen konnten und es gelang ihm ebenfalls, die schweizerischen Grenzwächter zu umgehen.²⁸⁶ In der Schweiz wurde er erst in Haag entdeckt; später kam er in ein Arbeitslager bei Visp.²⁸⁷

3.1.2 Die vier Hauptphasen

Tabelle 1 gibt einen summarischen Überblick über die Fluchtbewegungen über Liechtenstein, also über diejenigen Personen, die zwischen 1933 und 1944 über liechtensteinisches Gebiet in die Schweiz flohen. Die Angaben basieren auf Schätzungen.²⁸⁸

Tabelle 1: Die Fluchtbewegung über Liechtenstein 1933–1944

Flüchtlingskategorien	1933-37	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Zivilflüchtlinge: JF								
Zivilflüchtlinge: NF			?	?	?	?	?	?
Zivilflüchtlinge: PF								
Militärflüchtlinge: D								
Militärflüchtlinge: K							?	?

JF: «Rassisch Verfolgte»; NF: «Notflüchtlinge»; PF: aufgrund der politischen Tätigkeit verfolgt; D: Deserteure; K: Kriegsgefangene

	0
?	Unbekannt
	zwischen 1 und 10
	zwischen 11 und 30
	zwischen 30 und 100
	mehr als 100

3.1.2.1 Erste Phase: 1933 bis zum «Anschluss» Österreichs

Das Fürstentum Liechtenstein war bis zum «Anschluss» Österreichs primär mit Einreiseversuchen von staaten-, schriften- und mittellosen Menschen konfrontiert, von denen viele aus Osteuropa stammten und in Westeuropa ihr wirtschaftliches Auskommen suchten.²⁸⁹

²⁸⁶ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 140, Nr. 03273, Kantonspolizei an Kommando Ter.kreis Sargans, 12. 10. 1942.

²⁸⁷ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 3059, Nr. 42270.

²⁸⁸ Die Schätzungen beruhen auf den Auswertungen der Regierungsakten der liechtensteinischen Regierung 1933–1945, des Gefangenenbuches des liechtensteinischen Gefängnisses, der Akten des liechtensteinischen Sicherheitskorps sowie der N-Serie der Eidgenössischen Polizeiabteilung. LLA, RF; Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch; LLA, V5; BAR, E 4264 (-) 1985/196.

²⁸⁹ Siehe dazu beispielsweise Sassen, Migranten, 2000, S. 109, und Kapitel 3.1.

Diese «Notflüchtlinge», wie Peter Geiger sie bezeichnete,²⁹⁰ versuchten sich mit Betteln und Hausieren über Wasser zu halten oder suchten nach einer festen Arbeitsstelle, was aber während der Krisenjahre sehr schwierig war. Unter diesen Menschen befanden sich vermutlich – auch wenn sie in den Quellen nicht explizit als solche bezeichnet wurden – Roma, Sinti und Jenische.²⁹¹ Vereinzelt betraten bereits vor 1938 NS-Flüchtlinge auf ihrer Flucht liechtensteinisches Gebiet.²⁹²

3.1.2.2 Zweite Phase: Vom «Anschluss» Österreichs bis Kriegsbeginn

Die Schweiz wurde nach dem «Anschluss» Österreichs zu einer wichtigen Fluchtdestination für Asylsuchende. Von März 1938 bis zum Kriegsbeginn im Spätsommer 1939 waren die Grenzkantone in der Nord- und Ostschweiz, die Kantone Graubünden, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Zürich, Aargau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, am stärksten von der Fluchtbewegung betroffen.²⁹³ Somit rückte auch Liechtenstein ins Blickfeld der Flüchtlinge, zumal es an einer der wichtigsten Verkehrsachsen zwischen Österreich und der Schweiz lag. Über liechtensteinisches Gebiet führten sowohl die wichtigste Bahnstrecke von Wien nach Zürich wie auch eine der wichtigsten Strassen zwischen Vorarlberg und der Schweiz.²⁹⁴

1938 und 1939 waren die meisten der über Liechtenstein flüchtenden Personen in ihrem Heimatstaat respektive Wohnsitzland wegen ihrer jüdischen Herkunft bedroht. Unmittelbar nach dem «Anschluss» nahm die Anzahl Zugpassagiere vor allem auf der Strecke zwischen Feldkirch und Buchs zu. Demgegenüber blieb die Anzahl Reisender über St. Margrethen fast stabil, nur wenige Ausreisende wählten diese Route.²⁹⁵ Nebst zurückkehrenden Touristen waren es vorwiegend jüdische Flüchtlinge, einige wenige Geistliche, hingegen fast keine politischen Flüchtlinge, die dem Terror in Österreich mit der Bahn über die Strecke Feldkirch–Buchs entfliehen wollten.²⁹⁶ Nebst den österreichischen und deutschen Juden flohen auch

²⁹⁰ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 87.

²⁹¹ Zumindest während der zwanziger Jahre reisten auch Bündner Jenische über liechtensteinisches Gebiet. Huonker, *Fahrendes Volk*, 1990, S. 163–170. Ferner ist für Februar 1938 die Existenz einer Zigeunergruppe in Vorarlberg belegt. VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1228, Nr. 151–550, Nr. 378 «Zigeunerbande Blach», Februar 1938.

²⁹² Siehe dazu Kapitel 3.2.1.

²⁹³ Hoerschelmann, *Exilland*, 1997, S. 98.

²⁹⁴ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, «Bericht über unsere Dienstreise an die schweizerisch-österreichische Grenze zum Augenschein der dort ausgeübten Passkontrollen», 16.–19. 3. 1938, S. 5.

²⁹⁵ Ebd., S. 6.

²⁹⁶ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III März 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 4. 1938, und BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, Plinio Maggetti «Bericht über unsere Dienstreise an die schweizerisch-österreichische Grenze zum Augenschein der dort ausgeübten Passkontrolle 16.–19. 3. 1938». Unter den im Zug durch Liechtenstein Flüchtenden befanden sich viele Künstler und Literaten, so zum Beispiel Carl Zuckmayer und Walter Mehring,

Juden polnischer, tschechischer und ungarischer Staatsangehörigkeit auf diesem Weg aus Österreich. Unter den Flüchtenden befanden sich ausserdem Schweizer Juden, die in ihren Heimatstaat zurückkehren wollten.²⁹⁷ Gleichzeitig setzte – wenn auch vorerst in kleinerem Umfang – die Flucht von jüdischen Flüchtlingen über die grüne Grenze nach und über Liechtenstein ein.

Die liechtensteinischen Behörden waren bei der Flucht per Bahn nur indirekt involviert, da der Schnellzug in Liechtenstein nicht anhielt. Kontrollen wurden – wenn überhaupt auf liechtensteinischem Gebiet – von deutschen oder schweizerischen Zollorganen durchgeführt. Anders sah dies bei den zu Fuss oder per Auto durch Liechtenstein Flüchtenden aus. Mit diesen Flüchtlingen waren die liechtensteinischen Behörden konfrontiert, falls sie sie an der Grenze oder im Landesinnern auf einer Patrouille aufgriffen. Sie hatten dann direkt über Aufnahme oder Rückweisung zu entscheiden.

Für die Flucht über die grüne Grenze nach Liechtenstein gab es grundsätzlich zwei Varianten: Zahlreiche Personen überschritten zwischen Ruggell und Schaanwald die grüne Grenze und gingen der Eisenbahnlinie entlang bis nach Buchs. Daneben wählten einige Flüchtlinge die Route über die liechtensteinischen Alpen: von Frastanz übers Saminatal, Steg, Sücka und Triesenberg, von Frastanz über die Dreischwestern nach Planken respektive nach Steg oder schliesslich von Frastanz über das Vorderälpele nach Nendeln. Die Flucht über die Berge war körperlich anstrengender, doch war die Gefahr, von den Grenzbehörden entdeckt zu werden, kleiner.²⁹⁸ Die meisten Menschen, die zu Fuss über Liechtenstein flüchteten, waren junge Männer, hingegen nahmen nur wenige Frauen und Familien oder ältere Männer dieses Wagnis auf sich.²⁹⁹

Im Zug der grossen Einreisewelle ab März 1938 gelangten wenigstens einige hundert jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich über Liechtenstein in die Schweiz. Ferner flohen zahlreiche jüdische Flüchtlinge im November 1938 sowohl aus dem NS-Machtbereich als auch aus Ungarn und der Tschechoslowakei über die deutsch-liechtensteinische Grenze in Richtung

deren damalige Erlebnisse später in ihrem literarischen Werk Niederschlag fanden. Siehe dazu Nachbauer, Zug, 1998, S. 273–289.

²⁹⁷ Zur Situation der Schweizer Juden in Österreich nach dem Einmarsch deutscher Truppen siehe Spuhler/Jud/Melichar/Wildmann, «Arisierungen», 2001, vor allem Kapitel 3.

²⁹⁸ Die Angaben basieren auf Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 27 ff., sowie auf den Quellenauswertungen der N-Serie der Eidgenössischen Polizeiabteilung, den Akten des liechtensteinischen Sicherheitskorps, der liechtensteinischen Regierung 1933–1945, des Landgerichtes Feldkirch und der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch. BAR, E 4264 (-) 1985/196; LLA, V5; LLA, RF; LGF, Vr, und VLA, BH-Fldk III-Pol.

²⁹⁹ Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 230, sowie BAR, E 4264 (-) 1985/196; LLA, V5; LLA, RF, LGF, Vr, und VLA, BH-Fldk III-Pol 1938.

Schweiz.³⁰⁰ Für das Jahr 1938 sind insgesamt 200 Fluchten über Liechtenstein in die Schweiz belegt.³⁰¹ Angesichts dessen, dass unmittelbar nach dem «Anschluss» jeden Tag zwischen vierhundert und sechshundert Passagiere mit der Bahn über Liechtenstein in die Schweiz fuhren³⁰² und von diesen Passagieren vermutlich jeweils ein grosser Teil jüdische Flüchtlinge waren,³⁰³ ist davon auszugehen, dass die eigentliche Zahl um ein Vielfaches höher liegt. Im Jahr 1939 flüchteten bedeutend weniger jüdische Flüchtlinge aus NS-Deutschland in Richtung Liechtenstein. Dokumentiert ist für 1939 die Flucht von fünfzig Personen über Liechtenstein. Auch diese Angabe ist zu niedrig.³⁰⁴

3.1.2.3 Dritte Phase: 1940–1944

In der dritten Phase traten neben die rassistisch und politisch Verfolgten sowie die Deserteure neue Flüchtlingskategorien: entwichene Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter machten den Grossteil der zwischen 1940 und 1942 über Liechtenstein flüchtenden Personen aus.³⁰⁵ In Vorarlberg bestanden in Grenznähe zu Liechtenstein mehrere Kriegsgefangenenlager und zivile Arbeitslager, in denen insgesamt über zehntausend Personen inhaftiert waren.³⁰⁶ Die Kriegsgefangenen stammten vor allem aus Frankreich, Polen, Belgien, Jugoslawien und Russland; die Zivilarbeiter kamen vorwiegend aus Italien, später auch aus der Tschechoslowakei, Serbien und weiteren besetzten Ländern. Besonders schlecht behandelt wurden die polnischen Zwangsarbeiter und die so genannten Ostarbeiter, welche aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren.³⁰⁷ Viele Kriegsgefangene versuchten ab 1940, die Nähe der liechtensteinischen Grenze zu nutzen und in Richtung Schweiz zu fliehen,³⁰⁸ was die deutschen Behörden mit verschiedenen Massnahmen zu verhindern suchten.³⁰⁹

³⁰⁰ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 271, Bericht von Berchtold, Herrn Baumann präsentiert, datiert 4. 11. 1938.

³⁰¹ Die Zahl errechnet sich aus den entsprechenden Einträgen der N-Serie, der VSJF-Datenbank und der St. Galler Flüchtlingsdossiers.

³⁰² VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Nr. 26 «Devisen: Wochenberichte, Grenzkontrollstelle Feldkirch», 14. 3. 1938: Devisenkontrolle auf der Strecke Langen–Buchs.

³⁰³ Genaue Angaben liegen nicht vor. Plinio Maggetti, der zwischen dem 16. und 19. 3. 1938 die liechtensteinisch/schweizerisch-deutsche Grenze besuchte, berichtete von «sehr vielen» Juden aus Österreich wie auch aus Polen, der «Tschechei» und aus Ungarn. Maggetti erzählte insbesondere von einer Stichprobe in einem Zug, in dem von 160 Reisenden achtzig jüdische Flüchtlinge waren. BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, , 16.–19. 3. 1938.

³⁰⁴ Die Zahl errechnet sich aus den entsprechenden Einträgen der N-Serie, der VSJF-Datenbank und der St. Galler Flüchtlingsdossiers.

³⁰⁵ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 93, Nr. 2675.

³⁰⁶ Brändle/Greussing, Fremdarbeiter, 1985, S. 163. Zur Zwangsarbeit allgemein siehe die grundlegende Monographie von Spoerer, Zwangsarbeit, 2001.

³⁰⁷ Brändle/Greussing, Fremdarbeiter, 1985, S. 161 f.

³⁰⁸ Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 242.

Einige Kriegsgefangene versuchten auch per Eisenbahn in die Schweiz zu fliehen.³¹⁰ Es waren dies vor allem Kriegsgefangene, die in weiter entfernten Lagern inhaftiert waren. Insgesamt gelang zwischen Frühjahr 1942 und Herbst 1943 mindestens sechzehn Kriegsgefangenen auf diese Weise die Flucht über Liechtenstein in die Schweiz.³¹¹

Nebst den Kriegsgefangenen flohen zwischen Kriegsbeginn und Kriegsende auch mindestens fünfzehn Deserteure über Liechtenstein.³¹² Am meisten Deserteure (sechs) wurden 1943 verzeichnet. Es handelte sich durchwegs um deutsche Staatsangehörige. Zwei Deserteure waren mit ihren Frauen respektive Verlobten auf der Flucht.³¹³

Zivilflüchtlinge

Von 1939 und bis kurz vor Kriegsende flüchteten vergleichsweise wenige Zivilflüchtlinge über liechtensteinisches Gebiet. Die grösste Fluchtwelle war 1942 zu verzeichnen, als mindestens dreissig Juden über Liechtenstein in die Schweiz flüchteten. Es waren dies jüdische Flüchtlinge aus der Slowakei, die unmittelbar von der Deportation nach Polen bedroht waren. Ihnen gelang die Flucht über Feldkirch und Liechtenstein in plombierten Kohlewaggons.³¹⁴ Die Fluchtgeschichten lesen sich alle sehr ähnlich: Die meisten Fluchten hatten ihren Ausgangspunkt in Medzilaborce, einer Stadt im Nordosten der Slowakei, nahe der polnischen Grenze. Der Grossteil der Flüchtlinge stammte aus Medzilaborce selbst, einige wenige waren aus anderen Regionen der Slowakei dahin geflüchtet. Ein Flüchtling berichtete, dass er im März 1942 vom 440 Kilometer entfernten Piestany (nordöstlich von Bratislava) nach Medzilaborce abgeschoben worden sei.³¹⁵ Zwischen Mai 1942, dem ersten belegten Fall, und Anfang Januar 1943, als die Fluchtbewegung ziemlich plötzlich endete, konnten sich mindestens dreissig slowakische Juden in die Schweiz retten. Das abrupte Abbrechen der Fluchtserie zu Beginn des Jahres 1943 hängt wohl mit den Fahndungserfolgen der deutschen

³⁰⁹ Siehe dazu Kapitel 3.2.2.

³¹⁰ Siehe dazu beispielsweise die Fluchtgeschichte des Franzosen Julien Parisot, der in Innsbruck im September 1943 unbemerkt in einen Eisenbahnwagen hatte schlüpfen können. Er kam am 16. 9. 1943 in Buchs an. BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 1154, Nr. 13370, Einvernahme Ter.Kdo Sargans, 8. 11. 1943.

³¹¹ Siehe dazu die Personendossiers der N-Serie, BAR, E 4264 (-) 1985/196.

³¹² Siehe dazu ebd.

³¹³ So gelangte im Sommer 1942 der deutsche Deserteur Josef Koweindl zusammen mit seiner Frau auf liechtensteinisches Gebiet. In Liechtenstein kamen sie mit einem Bewohner ins Gespräch, der ihnen riet, direkt in die Schweiz zu fliehen, da Liechtenstein Deserteure zurückstelle. Der betreffende Liechtensteiner verwechselte jedoch die Vereinbarung Liechtensteins mit Deutschland zur Zurückschaffung entwichener Kriegsgefangener. LLA, V5/1943/1224, Einvernahme Schutzmann Meier (Sicherheitskorps), 11. 10. 1943. Koweindl und seine Frau gelangten daraufhin direkt in die Schweiz, wo sie interniert wurden, LLA, V5/1943/1224.

³¹⁴ Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 265, und UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 138.

Zollwache zusammen. Das Hauptzollamt Feldkirch entdeckte in den Monaten Dezember 1942 und Januar 1943 bei der Kontrolle der in die Schweiz ausgehenden Züge insgesamt 46 jüdische Flüchtlinge «aus dem Osten».³¹⁶ Die deutschen Behörden schickten die aufgegriffenen Juden an den «Ausgangspunkt» ihrer Reise zurück oder nach Wien, «wo dann das entsprechende Verfahren gegen sie eingeleitet werden»³¹⁷ sollte.

Andere Flüchtlinge versuchten, per Fahrzeug in die Schweiz geschmuggelt zu werden. Einem slowakischen Ehepaar gelang im August 1942 die Flucht in einem Möbelwagen über Liechtenstein in die Schweiz. Das Ehepaar hatte eine Speditionsfirma besessen, die 1941 «arisiert» worden war. Der frühere Besitzer hatte als Angestellter in der Firma verbleiben und deshalb seine Flucht mit einem leeren Möbelwagen organisieren können. Er und seine Frau stiegen von unten in den Wagen ein, als er bereits zollplombiert war. Ihre Route führte sie über Feldkirch, Liechtenstein, Buchs nach Zürich, wo sie sich bei der Polizei meldeten.³¹⁸

Im Spätherbst 1942 floh eine aus Lemberg stammende Jüdin zu Fuss über Liechtenstein in die Schweiz. Sie hatte in Krakau einen ortskundigen Polen ausfindig machen können, der sie über die grüne Grenze bis nach Liechtenstein brachte. In Buchs angekommen, entdeckte sie ein Grenzwachtbeamter auf seiner Dienstreise.³¹⁹ In der Folge wurde sie aufgenommen und konnte bis nach dem Krieg in der Schweiz bleiben.³²⁰

Ab 1943 flohen nur noch wenige Juden über Liechtenstein in die Schweiz; insgesamt gelang die Flucht mindestens acht Verfolgten.³²¹ Zwischen 1941 und dem Kriegsende konnten ferner mindestens dreizehn politische Flüchtlinge über liechtensteinisches Gebiet fliehen. Es waren dies Gewerkschafter, Angehörige linker Parteien oder Personen, die nationalistisch motivierten Widerstandsgruppen angehörten.³²²

³¹⁵ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 622, Nr. 7268, Leopold Schwarz, Einvernahme durch Kantonspolizei St. Gallen, 12. 12. 1942.

³¹⁶ Stadtarchiv Feldkirch, Zollchroniken Hauptzollamt Feldkirch, Bd. 3, S. 129.

³¹⁷ VLA, DMG, Schachtel V/1, Oberstaatsanwalt beim Landgericht Feldkirch an Generalstaatsanwalt in Innsbruck, 10. 2. 1943.

³¹⁸ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 202, Nr. 3828, Leutnant Galay an Eidg. Polizeiabteilung, 25. 8. 1942.

³¹⁹ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 404, Nr. 05401, Grenzwachtkorps des II. Schweizer Zollkreises an Unterabschnittschef der eidg. Grenzwacht Stein a. Rhein, 30. 11. 1942.

³²⁰ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 404, Nr. 05401.

³²¹ So gelang beispielsweise dem Deutschen Ludwig Weinmann, der als «Mischling 1. Grades» galt, die Flucht über Liechtenstein in die Schweiz. Seine Freundin war «Arierin» und erwartete ein Kind von ihm, was unter das Delikt der «Rassenschande» fiel. Weinmann wollte Frau und Kind nicht gefährden und floh deshalb am 18. 7. 1944 über Tisis, Nendeln, Planken nach Buchs. BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2016, Nr. 23729, Einvernahmeprotokoll EJPD, Politische Abteilung, 21. 7. 1944.

³²² BAR, E 4264 (-) 1985/196.

3.1.2.4 Vierte Phase: Kriegsende

Ende April 1945 setzte der schon seit längerem erwartete Flüchtlingsstrom aus Vorarlberg ein. Mehr als siebentausend Flüchtlinge gelangten Ende April/Anfang Mai 1945 über die deutsch-liechtensteinische Grenze. Es waren dies vor allem ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, nichtdeutsche Kriegsfreiwillige, KZ-Häftlinge, zurückkehrende Schweizer und Liechtensteiner. Deutschland verzichtete zusehends auf die Ausreisekontrolle, hingegen wurden deutsche Staatsangehörige bis zuletzt genau überwacht.³²³

3.1.3 Verfahren der schweizerischen Behörden mit den durch Liechtenstein geflohenen Personen

Die Flüchtlinge, um die sich dieser Abschnitt dreht, wurden erst auf schweizerischem Gebiet entdeckt – meistens bei einer der Rheinbrücken. Spätestens ab 1941 leitete die Schweizer Heerespolizei die von ihr aufgegriffenen Flüchtlinge direkt an das Festungskommando Sargans weiter, von wo sie in der Regel in ein Lager gebracht wurden. Die sanktgallische Kantonspolizei blieb meist ohne Informationen über die Flüchtlingseinreisen und fühlte sich vom Vollzug ausgeschlossen, weshalb sie sich bei der Eidgenössischen Polizeiabteilung beschwerte.³²⁴

Über Liechtenstein nach St. Gallen eingereiste Flüchtlinge, die die Behörden nicht aufnehmen wollten, schaffte die St. Galler Polizei wieder nach Deutschland aus – zumindest in Einzelfällen auch über liechtensteinisches Gebiet. So berichtete ein Pole, der 1937 mehrmals zwischen der Schweiz und Österreich hin- und hergeschoben worden war, dass er nach seiner Freilassung in Buchs angewiesen wurde, zu Fuss Richtung Schaanwald zu wandern. Dabei sei ihm ein Schweizer Polizist in Zivil gefolgt, und in Schaanwald habe ihn ein Schweizer Grenzwächter Mitte Februar 1937 schwarz über die Grenze gebracht.³²⁵ Dieses Verfahren ist in zwei Fällen auch für die Kriegsjahre belegt. Bei der Vorbesprechung der Ausweisung eines über Liechtenstein in die Schweiz geflüchteten Polen wies die Eidgenössische Polizeiabteilung die sanktgallische Kantonspolizei an, Liechtenstein die Rücknahme des über Liechtenstein nach Deutschland zurückzuschaffenden Flüchtlings zu garantieren, falls die Ausschaffung

³²³ Schürch, Flüchtlingswesen, 1951, S. 49.

³²⁴ StASG, A 143/11.4, Polizeidepartement des Kantons St. Gallen an die Eidg. Polizeiabteilung, 8. 11. 1941. Die Antwort der Polizeiabteilung ist nicht überliefert. Aus den Akten der N-Serie geht aber hervor, dass die Einvernahmen weiterhin von der Heerespolizei zuhanden des Territorialkommandos Sargans durchgeführt wurden.

³²⁵ LLA, RF 170/128, Niederschrift, Sueskj Jaroslav, o. D.

misslingen sollte.³²⁶ Wie oft Ausschaffungen über Liechtenstein vollzogen wurden, ist nicht bekannt.

Im Folgenden wird dargestellt, wie die Behörden auf die Fluchtwellen reagierten und was mit den Flüchtlingen geschah, die im liechtensteinischen Grenzgebiet aufgegriffen wurden.

3.2 Die Abwehr von Flüchtlingen 1933–1945

3.2.1 Behördliche Praxis 1933–1937

Zu Beginn der 1930er Jahre galt die Aufmerksamkeit der liechtensteinischen Behörden vor allem der Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen. So berichtete die liechtensteinische Regierung in ihren Geschäftsberichten von 1931 und 1932 von einem zunehmenden «Vagantentum und Bettlerunwesen».³²⁷ Sie forderte deshalb vom schweizerischen Grenzwachtkorps eine schärfere Grenzkontrolle und beantragte insbesondere,

«fremde Hausierer und fahrende Musikanten nur dann einzulassen, wenn sie eine Bewilligung der Regierung vorweisen, wobei wir beifügen, dass wir eine Bewilligung nur ausnahmsweise stellen würden.»³²⁸

Als Reaktion auf die Reklamation eines Bewohners von Vaduz, wonach die «Bettlerplage» vor allem im Vaduzer Villenviertel stark zugenommen und «unerträgliche Ausmasse» angenommen habe, wies die liechtensteinische Regierung die Gemeindepolizisten Anfang 1932 an, regelmässig Kontrollen nach «Bettlern und Vaganten» durchzuführen.³²⁹ Wegen Bettelns und Mittellosigkeit wurde beispielsweise ein Österreicher abgeschoben. Die Grenzwacht hatte ihn in Planken Ende Mai 1933 wegen «unbefugter Einreise» angehalten und dem Gemeindevorstand Planken überstellt, von wo ihn die liechtensteinische Polizei übernahm und anderntags bei Planken nach Österreich zurückstellte.³³⁰

Wie die folgende Fallgeschichte zeigt, flohen bereits vor 1938 auch vom NS-Regime verfolgte Menschen über und nach Liechtenstein. Der deutsche Jude Erich Wurzler war wegen seiner Mitgliedschaft bei sozialdemokratischen Organisationen 1934 einige Monate in einem Konzentrationslager inhaftiert gewesen und befand sich seit seiner Freilassung auf der Flucht nach Frankreich.³³¹ Die schweizerischen Polizeibehörden griffen den schriftenlosen Wurzler

³²⁶ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 65, Nr. 2236, Eidg. Polizeiabteilung an Polizeikommando St. Gallen, 31. 8. 1940.

³²⁷ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1931, S. 37.

³²⁸ LLA, RF 125/324, Regierung (signiert Peter Büchel) an Richard Feix, 26. 1. 1932.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ LLA, RF 134/044, Sicherheitskorps an Regierung, 23. 5. 1933.

³³¹ LLA, RF 153/035, Sicherheitskorps Protokoll vom 26. 4. 1935.

auf und überstellten ihn nach Buchs mit der Anweisung, von dort nach Österreich auszureisen. Der betreffende Beamte gab ihm fünf Schilling und zeigte ihm von Buchs aus den Weg über Liechtenstein nach Österreich. Die österreichischen und schweizerischen Zollbeamten schoben ihn in der Folge dreimal zwischen Österreich und Liechtenstein hin und her. Nachdem Wurzler schon zum dritten Mal wieder nach Liechtenstein ausgeschafft und danach von der schweizerischen Grenzwehr aufgegriffen worden war, übergab ihn letztere im April 1935 der Polizei in Vaduz.³³² Danach verliert sich seine Spur.³³³

Die liechtensteinische Position gegenüber mittellos und schriftenlos Einreisenden war eindeutig. Sie waren unerwünscht, weil sie der öffentlichen Hand Kosten zu verursachen drohten und eine potentielle Belastung für den einheimischen Arbeitsmarkt darstellten. Wirtschaftsflüchtlinge wurden so schnell wie möglich abgeschoben.

Wie aus ihrem Rechenschaftsbericht zum Amtsjahr 1934 hervorgeht, legte die liechtensteinische Regierung grossen Wert auf eine wirkungsvolle Abwehr illegal Eingereister:

«Auch im Berichtsjahre erforderte die Ueberwachung der Einreise in unser Land die grösste Aufmerksamkeit. Einerseits musste unerwünschter Zuzug an Flüchtlingen, die teils ohne Papiere, teils auf die Gefahr hin, ihrer bisherigen Staatszugehörigkeit verlustig zu gehen, auf Schleichwegen in unser Land zu gelangen versuchen, abgehalten werden. [...] Teils mit Rücksicht hierauf wurde dann auch die eidgenössische Grenzwehr im Einvernehmen mit der Regierung verstärkt.»³³⁴

Um die in Liechtenstein unerwünschten Staaten- und Mittellosen zur Ausreise zu bewegen, bezahlte die Regierung in einigen Fällen eine Unterstützung «zwecks Ausschaffung». So erhielt ein staatenloser Flüchtling von Regierungschef Josef Hoop im März 1936 35 Franken.³³⁵

Während der dreissiger Jahre wiesen das schweizerische Grenzwehrcorps wie auch die liechtensteinische Polizei zahlreiche illegal eingereiste Personen zurück.³³⁶ Über die von der schweizerischen Grenzwehr auf liechtensteinischem Gebiet aufgehaltenen Personen zwischen 1934 und 1936 gibt Tabelle 2 Aufschluss.

³³² Ebd.

³³³ Wurzlers Name taucht weder in den liechtensteinischen Regierungs- oder Polizeiakten noch in den Akten des Bundesarchivs und des VSJF auf.

³³⁴ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1934, S. 36 f.

³³⁵ LLA, RF 158/001/060, Regierung an Landeskasse, 12. 3. 1935. Ein ähnlich gelagerter Fall findet sich unter LLA, RF 192/225. Regierung an Landeskasse, 24. 7. 1939: «Die Landeskasse wird angewiesen, dem Sicherheitskorps zur Abschiebung des Flüchtlings Johann Sterz einen Betrag von zwanzig (20) Franken auszuzahlen und bei Titel 7 zu verrechnen.»

³³⁶ Zahlen sind vor allem für die Tätigkeit der Grenzwehr vorhanden. Das Zahlenmaterial ist für die Zeit vor dem «Anschluss» Österreichs kompletter als für die in diesem Bericht im Vordergrund stehende Zeit nach März 1938.

Tabelle 2: Von der schweizerischen Grenzwatch an der liechtensteinischen Grenze aufgehaltene und zurückgewiesene Personen 1934–1936

Jahr	Rückweisungen	Verhaftet oder in der Grenzzone aufgegriffen und der Polizei übergeben*	Total Grenzaufgriffe
1934	449	67	516
1935	660	75	735
1936	1009	120	1129
Total	2118	262	2380

*Unbekannt, ob aufgenommen oder zurückgestellt.

Quelle: BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Bericht der Eidg. Oberzolldirektion, 30.3.1937

Mit Blick auf die Zahlen von 1934 bis 1936 ist festzustellen, dass 1936 mehr als doppelt so viele Rückweisungen nach Österreich durchgeführt wurden wie noch 1934. Dies ist sowohl auf einen verstärkten Zustrom als auch auf verschärfte Kontrollen zurückzuführen.³³⁷ Wegen Schriften- und Mittellosigkeit griff die liechtensteinische Polizei 1936 zusätzlich insgesamt 95 Personen verschiedener Nationalitäten – darunter 51 Staatenlose – auf. Die Aufgegriffenen stellte das Sicherheitskorps über die Grenze zurück. Oft handelte es sich um die gleichen Personen, die «jahraus jahrein»³³⁸ über die österreichisch-liechtensteinische Grenze hin und her geschoben wurden.³³⁹

Für das Jahr 1937 liegt für die Tätigkeit der schweizerischen Grenzwachter auf liechtensteinischem Gebiet kein gleichermassen aussagekräftiges Zahlenmaterial vor wie für die Vorjahre. Insgesamt wies das Grenzwachtkorps 1937 im gesamten Zollkreis III 1962 Menschen zurück oder übergab sie dem zuständigen Polizeikorps.³⁴⁰ Wie viele davon an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffen wurden, ist nur für die Monate August bis November 1937 bekannt. Von den in diesen vier Monaten von der Grenzwatch im Zollkreis III insgesamt aufgegriffenen 833 Personen waren 487 an die österreichisch-liechtensteinische Grenze gekommen, was rund die Hälfte aller verzeichneten «Grenzdelikte» ausmachte. Die liechtensteinische Grenze dürfte auch in den vorangehenden Monaten oft überschritten worden

³³⁷ In der «Schubstation» Feldkirch zeigte sich 1935 und 1936 ein ähnliches Bild: Die Anzahl in Feldkirch «schubbehandelter» Personen stieg von 565 im Jahr 1935 auf 830 im darauffolgenden Jahr. Auffallend war der starke Anstieg der Staatenlosen: waren es 1935 noch 162 Personen, so waren es 1936 bereits deren 380. Damit war der Höhepunkt noch nicht erreicht, 1937 wurden unter insgesamt 1248 «Schubbehandelten» gar 626 Staatenlose gezählt. VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Nr. 23, Bettlerunwesen, Liste der in der Schubstation in Feldkirch «schubbehandelten» Ausländer, 18. 5. 1938.

³³⁸ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1936, S. 38.

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ Die Zahl berechnet sich aus den in den Monatsberichten des Grenzwachtkorps, Abschnitt III, zu findenden Aufstellungen. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603.

sein.³⁴¹ Hervorzuheben ist, dass im August 1937 verschiedene Grenzwachtposten in Liechtenstein beobachteten, dass die österreichische Gendarmerie vermehrt versuchte, mittel- und schriftlich beziehungsweise staatenlose Personen über die liechtensteinische Grenze abzuschieben. Allein zwischen dem 3. und 5. August 1937 wiesen die Schweizer Grenzwachtposten in Ruggell, Schellenberg, Binzen, Schaanwald, Steg und Haag 42 Personen nach Österreich zurück.³⁴² Die «Überläufer», wie die Grenzwacht sie nannte, stammten vor allem aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Sie gaben an, dass sie von der österreichischen Gendarmerie per Auto von Bludenz nach Feldkirch transportiert und von dort an die Grenze geführt worden seien.³⁴³ Vermutlich handelte es sich auch hier teilweise um Menschen, die im Westen ein wirtschaftliches Auskommen suchten. Im Herbst 1937 kamen ferner vermehrt Kommunisten, unterstützt von Schmugglerorganisationen, an die schweizerische Ostgrenze, um nach Frankreich und Spanien weiterzureisen.³⁴⁴ Die Zahl der Überläufer nahm im September 1937 vorübergehend ab. Die schweizerische Grenzwacht führte dies auf Razzien der österreichischen Polizei zurück, die einige «verdächtige Personen (Kommunisten)» in Schutzhaft genommen hatte.³⁴⁵ Im darauf folgenden Monat stieg die Zahl der Überläufer wieder an, zudem leisteten diese heftigeren Widerstand gegen eine Verhaftung durch die Grenzwachtbeamten. Als Reiseziel gaben sie meistens Frankreich und Spanien an und trugen teilweise grössere Geldbeträge auf sich, was vermuten lässt, dass es sich um freiwillige Spanienkämpfer handelte.³⁴⁶

Die liechtensteinische Grenze wurde auch unmittelbar vor dem «Anschluss» Österreichs 1938 regelmässig von Personen, die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpften oder am spanischen Bürgerkrieg teilnehmen wollten, überschritten. Während der ersten zwei Monate 1938 griff die Grenzwacht im gesamten Zollkreis III an die zweihundert illegal Einreisende auf. Davon waren

³⁴¹ Die schweizerische Grenzwacht betonte in ihren Monatsberichten vom April und Juli, dass am liechtensteinisch-österreichischen Grenzabschnitt mehrmals besondere Kontrollen durchgeführt worden seien. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, Monatsbericht pro April, 8. 5. 1937, S. 2; und BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, Monatsbericht pro Juli, 7. 8. 1937, S. 2: «Auf Grund von verdächtigen Beobachtungen im Binsener-Riet wurde während Nächten eine verstärkte Besetzung durchgeführt.»

³⁴² BAR, E 6351 (F) 1, Bd. 522, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion, 13. 8. 1937.

³⁴³ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Direktion des III. Zollkreises an Oberzolldirektion in Bern, 31. 8. 1937.

³⁴⁴ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, Monatsbericht pro August, 8. 9. 1937. Zu den Spanienkämpfern, die durch Vorarlberg reisten, siehe Egger, Grenze, 1985, S. 237–241.

³⁴⁵ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, Monatsbericht pro September, 11. 10. 1937, S. 2.

³⁴⁶ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, Monatsbericht pro Oktober, 8. 11. 1937, S. 3–5.

mindestens zwanzig über die liechtensteinische Grenze gekommen.³⁴⁷ Vermutlich waren es aber erheblich mehr, zumal der liechtensteinische Grenzabschnitt noch Ende 1937 im Vergleich zu den übrigen Grenzabschnitten des Zollkreises III überdurchschnittlich frequentiert gewesen war.

Abschliessend ist hinzuzufügen, dass sich 1937 nicht nur schweizerische Grenzorgane über Abschiebungen unerwünschter Ausländer durch die Grenzbehörde des Nachbarstaates beklagten. Auch die Bezirkshauptmannschaft in Feldkirch monierte im Februar 1937 bei der liechtensteinischen Regierung, dass in letzter Zeit «auffallend viele Personen kurzerhand aus der Schweiz ausgeschafft und heimlich über die österreichische Grenze gestellt»³⁴⁸ worden seien.³⁴⁹

Diskussion um effizienten Grenzschutz

Wichtiger Traktandenpunkt bei den schweizerischen und liechtensteinischen Behörden in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre war angesichts der zahlreichen illegalen Grenzübertritte die Effizienz des Grenzschutzes an der schweizerischen und liechtensteinischen Grenze.³⁵⁰ Die Spitzen der schweizerischen Zoll- und Polizeibehörden bemängelten die ihrer Meinung nach zeitweilig lasche Handhabung des Grenzschutzes vor Ort durch die schweizerische Grenzwehr.³⁵¹

In den späteren dreissiger Jahren kritisierten Vertreter des an Liechtenstein angrenzenden Kantons St. Gallen die unzureichende Überwachung der liechtensteinischen Grenze und insbesondere die Tätigkeit der liechtensteinischen Polizei. Im März 1937 wollte der freisinnige St. Galler Nationalrat Johannes Jakob Gabathuler eine Interpellation zur Grenzsicherung an der liechtensteinischen Grenze einreichen.³⁵² Gabathuler führte aus, dass die Grenzkontrolle an der

³⁴⁷ Siehe Fälle in VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000.

³⁴⁸ LLA, RF 170/128, Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an die liechtensteinische Regierung, 20. 2. 1937.

³⁴⁹ LLA, RF 173/155, Sicherheitskorps an Regierung, 26. 7. 1937.

³⁵⁰ Der Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, konstatierte 1936 gegenüber Vertretern der Oberzolldirektion, dass der Grossteil der «unerwünschten Elemente» einerseits aus Deutschland, nämlich Juden, Kommunisten und politische Flüchtlinge, andererseits aus Österreich kämen. Österreich bezeichnete er als «Einfallstor im Osten» vieler arbeits- und schriftenloser Menschen. Er ordnete deshalb an, die illegal Einreisenden gleich an der Grenze zurückzuweisen, da die Ausschaffung bereits eingereister Flüchtlinge viel schwieriger sei. BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, Protokoll über die Besprechung der Frage betreffend die Mitwirkung des Zolldienstes bei der Durchführung der Fremdenpolizeikontrolle vom 17. 12. 1936.

³⁵¹ Anlass zu Kritik an der in Liechtenstein tätigen Grenzwehr gab der Fall eines im Herbst 1937 in Schaanwald eingereisten Ehepaars: Die Grenzbeamten hatten das tschechoslowakische Ehepaar Strelecký trotz des in ihren Pässen eingetragenen schweizerischen Ausweisungsvermerks einreisen lassen. BAR, E 4300 (-) 1971/4, Bd. 7, Eidg. Fremdenpolizei an Eidg. Polizeiabteilung, 30. 8. 1937.

³⁵² BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Notiz über die Vorsprache des Herrn Nationalrat Gabathuler, 2. 3. 1937, von Heinrich Rothmund zu Händen von Bundesrat Baumann.

liechtensteinisch-österreichischen Grenze sehr mangelhaft sei, weil die liechtensteinische Polizei ihre Pflicht nicht erfülle. Zudem sei sie personell zu schwach dotiert und falsch ausgebildet.³⁵³ Der Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, und die Oberzolldirektion waren demgegenüber der Meinung, dass die Grenzverhältnisse in Liechtenstein nicht schlechter als anderswo seien, und Rothmund wies speziell auf die Topographie der liechtensteinisch-österreichischen Grenze hin, die eine hermetische Grenzüberwachung unmöglich mache.³⁵⁴ Die Oberzolldirektion bezeichnete die Zusammenarbeit mit der liechtensteinischen Polizei als gut, räumte aber ein, dass deren Mannschaftsgrösse mit nur sieben Mann zu klein und zudem die Zahl der Überläufer im Zunehmen begriffen sei.³⁵⁵ Gabathuler reichte seine Interpellation schliesslich nicht ein. Das in St. Gallen herrschende Misstrauen gegenüber der Grenzbewachung an der liechtensteinisch-österreichischen Grenze blieb jedoch bestehen. Zwei Vertreter der sanktgallischen Behörden forderten in einer Besprechung mit Vertretern der Eidgenössischen Polizeiabteilung im Februar 1938 die Wiedereinführung der Grenzkontrolle zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Als Begründung führten sie unter anderem die unkontrollierbare wirtschaftliche Tätigkeit von Liechtensteinern in der Schweiz sowie die ungenügende Grenzsicherung durch die ihrer Meinung nach unzuverlässige liechtensteinische Polizei an: «Bei Ausschaffungen zieht es die Schweizer Polizei [...] vor, die Auszuschaffenden selbst über die österreichische Grenze zu stellen, oft 2 1/2 Stunden Fusswanderung durch Liechtenstein hindurch.»³⁵⁶ Die Forderung der sanktgallischen Behördenvertreter wurde erst am 22. September 1939 umgesetzt, als der Bundesrat als Reaktion auf den Kriegsbeginn die Wiedereinführung der Grenzkontrolle zwischen Liechtenstein und der Schweiz anordnete.

3.2.2 Die Praxis der liechtensteinisch-schweizerischen Grenz- und Polizeiorgane zwischen dem «Anschluss» Österreichs 1938 und dem Kriegsbeginn 1939

Durch die politische Entwicklung in Österreich beunruhigt, suchte die liechtensteinische Regierung am 11. März 1938 bei den schweizerischen Behörden um Verstärkung des Grenzschutzes an der Grenze zu Österreich durch schweizerische Soldaten an. Die Schweiz

³⁵³ Ebd.

³⁵⁴ Ebd. und BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Bericht der Eidg. Oberzolldirektion, 30. 3. 1937.

³⁵⁵ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Bericht der Eidg. Oberzolldirektion, 30. 3. 1937.

³⁵⁶ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Protokoll der Besprechung der Polizeiabteilung Dr. CB/U mit Keel und Richter, 8. 2. 1938. Mehrere Beispiele einer direkten Überstellung durch die Buchser Kantonspolizei auf österreichisches Gebiet finden sich in VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Nr. 23 Bettlerunwesen, beispielsweise Grenzkontrolle-Feldkirch Bahnpolizei Meldung, 22. 2. 1938.

wies das Gesuch aus neutralitätsrechtlichen Gründen ab, erhöhte aber die Zahl der Grenzwächter.³⁵⁷

Vom 12. bis zum 15. März 1938, unmittelbar nach dem «Anschluss» Österreichs, standen die Grenzwächter im St. Galler Rheintal und in Liechtenstein in Alarmbereitschaft.³⁵⁸ Die Postenchefs in Liechtenstein wurden instruiert, wie bei einem allfälligen Angriff auf Liechtenstein sowie bei anderen Vorfällen an der vorarlbergisch-liechtensteinischen Grenze vorzugehen sei.³⁵⁹ Zudem war bis zum 21. März ein Grenzwachtdetachement von Airolo in Buchs stationiert, das zur Unterstützung der Grenzwehr in heiklen Situationen bereitstand.³⁶⁰

Nach dem «Anschluss» setzte sogleich eine Fluchtbewegung aus Österreich über die schweizerische Ostgrenze ein. Um die Behörden in Bern über die Situation an der Grenze informieren zu können, begab sich Plinio Maggetti, ein Beamter der schweizerischen Fremdenpolizei, vom 16. bis 19. März 1938 an die schweizerische und die liechtensteinische Grenze zum ehemaligen Österreich.³⁶¹ Maggetti holte vor allem Informationen zum Bahnverkehr ein. Er stellte einen starken Andrang von fast ausschliesslich jüdischen Flüchtlingen fest. Dagegen hatte er keine «politischen» Flüchtlinge wie auch sehr wenige flüchtende österreichische Geistliche gesehen. Die Personenkontrolle konnte gemäss Maggetti nur sehr flüchtig durchgeführt werden. Seines Erachtens hätten insbesondere die jüdischen Flüchtlinge aufgrund der gesetzlichen Grundlagen zum Übertritt von Mittel- und Schriftenlosen³⁶² grösstenteils zurückgewiesen werden müssen, da die meisten mittellos waren. Zu Massentrückweisungen reichte gemäss Maggetti aber die Mannschaftsstärke der Grenzwehrtorgane nicht aus. Am Bahnhof Buchs teilten sich drei Grenzwächter ein kleines Büro mit einer kleinen Zelle.³⁶³ Er schlug vor, weitere drei Grenzwächter mit der Abfertigung der Reisenden zu betrauen. Zudem müsse der «Zeller» (Fahndungsregister der Schweiz) regelmässig nachgeschlagen werden, auch müssten die Räumlichkeiten vergrössert werden. Die

³⁵⁷ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 114–116.

³⁵⁸ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwehrtkommando III März 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 4. 1938, S. 3.

³⁵⁹ Ebd., S. 4.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, «Bericht über unsere Dienstreise an die schweizerisch-österreichische Grenze zum Augenschein der dort ausgeübten Passkontrollen», 16.–19. 3. 1938, S. 6.

³⁶² Das EJPD-Kreisschreiben Nr. 136 vom 27. 1. 1931 verordnete zum Schutz des schweizerischen Arbeitsmarktes die Wegweisung aller Personen, die eine potentielle Konkurrenz für die einheimischen Arbeitnehmer darstellten. Die Grenzwächter hatten deshalb die Aufgabe, alle mittel- und schriftlosen Einreisewilligen zurückzuweisen. UEK, Flüchtlinge 2001, S. 139, Anm. 31.

³⁶³ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Protokoll der Besprechung der Polizeiabteilung Dr. CB/U mit Keel und Richter, 8. 2. 1938, S. 5.

Umsetzung der Vorschläge war aber – da teuer, mit grossem Aufwand und praktischen Schwierigkeiten verbunden – nicht in nützlicher Frist möglich. Deshalb schlug Maggetti vor, für ehemalige österreichische Staatsbürger wieder die Visumspflicht einzuführen.³⁶⁴ Am 29. März 1938 beschloss der Bundesrat die Visumspflicht für österreichische Pässe und folgte somit dem Vorschlag Maggettis.³⁶⁵ In ihrer Begründung führte die schweizerische Regierung insbesondere die beschränkte Aufnahmekapazität der Schweiz an und betonte, dass die Schweiz nur Transitland sein könne.

Die verstärkte Grenzbewachung im Zug des «Anschlusses» hatte, wie folgende Fallgeschichte zeigt, abschreckenden Charakter: Ein polnischer Jude war 1937 als Deserteur in die Tschechoslowakei geflohen, wo er verhaftet und schliesslich angewiesen wurde, schwarz nach Österreich auszureisen. In Wien, wo ihn die Gesellschaft zur Förderung Christussuchender Juden finanziell unterstützte, blieb er bis Ende März 1938 und entschloss sich danach aus Furcht vor einer Inhaftierung, zu seiner Schwester nach Frankreich zu fliehen. Sein Plan war, mit der Bahn bis nach Feldkirch zu fahren und von dort aus zu Fuss schwarz in die Schweiz zu gelangen. In Feldkirch angekommen, liess er von seinen Plänen ab, da er von der gründlichen Bewachung der Grenze hörte:

«Da ich in Feldkirch erfuhr, dass die Grenzen gut bewacht sind und ein Durchkommen nicht möglich ist, habe ich mich heute der Polizei gestellt und glaubte, dass die Polizei mich eher in die Schweiz überstellt, als wieder zurück nach der Tschechoslowakei.»³⁶⁶

Er wurde jedoch nicht schwarz in die Schweiz überstellt, wie das die deutsche Grenzpolizei vor allem in den Sommer und Herbstmonaten des Jahres 1938 bei anderen Flüchtlingen in der Regel tat, sondern durch das Polizeiamt in Feldkirch lediglich angewiesen, Österreich sofort zu verlassen.³⁶⁷

Grenzkontrolle auf deutscher Seite

Auf der seit dem 12. März 1938 deutschen Seite gegenüber Schaanwald wurde die Grenzkontrolle gleich nach dem «Anschluss» durch Einheiten der SS, SA und der

³⁶⁴ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, «Bericht über unsere Dienstreise an die schweizerisch-österreichische Grenze zum Augenschein der dort ausgeübten Passkontrollen», 16.–19. 3. 1938, S. 7.

³⁶⁵ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, EJPD Kreisschreiben Nr. 207, 29. 3. 1938.

³⁶⁶ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000, Städt. Sicherheitswache Feldkirch ENr 237/38, Hersz Mordka Morgenbesser, Verbotener Grenzübertritt, 24. 3. 1938, Nr. 596.

³⁶⁷ VLA, BH-Fldk III-Pol, Schachtel 1229, Nr. 551–1000, Nr. 596, Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an städtisches Polizeiamt Feldkirch, 29. 3. 1938.

Schutzpolizei verstärkt.³⁶⁸ Seit der Annexion Österreichs führten die deutschen Grenzbehörden in Feldkirch Devisenkontrollen durch.³⁶⁹ Sie wiesen die Passagiere an, die Züge zu verlassen und untersuchten die Waggonen gründlich. Einer genauen Kontrolle mussten sich vor allem Systemgegner und jüdische Flüchtlinge unterziehen.³⁷⁰ Viele Flüchtlinge wurden wegen «Devisenvergehens» schon vor Erreichen der liechtensteinischen Grenze festgenommen: Zwischen dem 12. und 14. März 1938 wiesen die Behörden mindestens neunzig Flüchtlinge wegen Devisenvergehen in die Justizanstalt Feldkirch ein, viele trugen jüdisch klingende Namen.³⁷¹ Wie die Schriftsteller Walter Mehring und Carl Zuckmayer berichten, die kurz nach dem «Anschluss» im Zug von Österreich in die Schweiz flohen, herrschte am Feldkircher Bahnhof pure Willkür.³⁷²

Entwicklung der Fluchtbewegung 1938

Gegen Ende März 1938 nahmen die Fluchtversuche aus dem ehemaligen Österreich erheblich ab,³⁷³ im April war die Zureise von jüdischen Flüchtlingen bedeutend kleiner als erwartet.³⁷⁴ Dagegen gelangten weiterhin so genannte traditionelle Überläufer über die liechtensteinische Grenze.³⁷⁵ Die illegalen Grenzübertritte von Flüchtlingen an der schweizerischen Ostgrenze blieben auch in den Monaten Mai und Juni 1938 relativ gering.³⁷⁶ Die rückläufige Zahl der Einreiseversuche in den Monaten April bis Juni war in erster Linie eine Folge der neu eingeführten Visumpflicht; ein weiterer Grund waren die intensivierten Personenkontrollen im

³⁶⁸ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, «Bericht über unsere Dienstreise an die schweizerisch-österreichische Grenze zum Augenschein der dort ausgeübten Passkontrollen», 16.–19. 3. 1938, S. 6.

³⁶⁹ Feldkirch war bis zum Anschluss lediglich Inlandzollamt, übernahm jedoch ab dem 12. 3. 1938 die Devisenkontrolle. Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 240.

³⁷⁰ Ebd., S. 237; Schönherr, Vorarlberg, 1981, S. 51.

³⁷¹ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Nr. 26 Devisen: Wochenberichte Grenzkontrollstelle Feldkirch, 14. 3. 1938: Devisenkontrolle auf der Strecke Langen–Buchs, Bezirkshauptmannschaft 1938.

³⁷² Nachbauer, Zug, 1998, S. 273–288, siehe hierzu insbesondere S. 281.

³⁷³ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Grenzkontrollstelle Feldkirch, 30. 3. 1938: Devisenkontrolle auf der Strecke Langen–Buchs.

³⁷⁴ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III April 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 5. 5. 1938, S. 3.

³⁷⁵ So gelang es beispielsweise am 16. 3. 1938 zwei Staatenlosen und einem Rumänen, die liechtensteinische Grenze bei Tisis unerkannt zu überschreiten. Alle drei wurden in Sargans aufgegriffen und danach wieder nach Feldkirch überstellt. VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Grenzkontrollstelle Feldkirch Bahnpolizei, Meldung vom 16. 3. 1938. Analog erging es dem Österreicher Josef Rödl, der sich seit 1932 auf Wanderschaft befand. Er kam am 29. 3. 1938 bei Tisis auf Nebenwegen über die liechtensteinische Grenze. Verhaftet wurde er erst in Sargans am 30. 3. 1938, von wo er ebenfalls nach Feldkirch zurückgestellt wurde. VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000, Nr. 626 Geheime Staatspolizei an Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, 31. 3. 1938.

³⁷⁶ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III Mai 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 6. 1938, S. 6, und BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III Juni 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 6. 7. 1938, S. 7.

ehemaligen Österreich.³⁷⁷ So wurde beispielsweise ein aus Österreich stammender jüdischer Schriftsteller vor der liechtensteinischen Grenze angehalten. Die deutschen Grenzbehörden nahmen ihn am 26. Juni 1938 wegen versuchter illegaler Ausreise in Feldkirch fest und überführten ihn in das Gefangenenheim des Landgerichts Feldkirch.³⁷⁸ Auf Anfrage der Gestapo teilte die Staatspolizeileitstelle in Wien mit, dass der Betreffende einen Steuerrückstand von 428 Reichsmark hinterlassen habe «und daher mit dem nächsten Schubtransport nach Wien zu überstellen sei».³⁷⁹

Im Juli 1938 setzte ein bedeutender Flüchtlingsstrom über Liechtenstein ein. Dies hing mit der aggressiveren Gangart der österreichisch-deutschen Behörden zusammen, die nun systematisch daran gingen, die jüdische Bevölkerung des ehemaligen Österreich in die Nachbarländer zu vertreiben. So erhielten ab den Sommermonaten des Jahres 1938 in der «Ostmark» lebende Juden zwar den Ausreisevermerk und die Rückreisegarantie in ihre Pässe eingestempelt, gleichzeitig mussten sie aber eine Erklärung unterschreiben, wonach sie nicht mehr nach Deutschland zurückreisen würden. Bei Zuwiderhandlung drohte ihnen das Konzentrationslager.³⁸⁰ Zusätzlich wurden Juden direkt aus Wien per Eisenbahn nach Feldkirch gebracht und von dort nach kurzer Haft im Gefängnis über die deutsch-liechtensteinische respektive deutsch-schweizerische Grenze abgeschoben.³⁸¹ Die Flüchtlingseinreisen nach Liechtenstein gingen erst nach der durch die Schweiz verfügten Grenzsperrung vom 18. August 1938 zurück. Im Zug der «Reichskristallnacht» vom November 1938 flohen erneut mehrere Flüchtlinge über liechtensteinisches Gebiet.

Aufgegriffen, aufgenommen oder zurückgewiesen – Praxis der Grenzbehörden 1938

Infolge des «Anschlusses» setzte die liechtensteinische Regierung als Ergänzung zur schweizerischen Grenzschutz die liechtensteinische Landespolizei (Sicherheitskorps) und die Hilfspolizei zur Kontrolle und Überwachung der Einreise ein.³⁸² Die Angehörigen der

³⁷⁷ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 266, Vortrag zur Emigrantenfrage von Heinrich Rothmund bei der Kommission für staatsbürgerliche Bildung Zürich-Stadt am 23. 1. 1940 im Kongresshaus Zürich.

³⁷⁸ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 926/1938 Ferdinand Karpeles, und VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000, Nr. 915, Geheime Staatspolizei an Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, 18. 7. 1938.

³⁷⁹ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1229, Nr. 551–1000. Ähnlich erging es dem Wiener Juden Erich Andreas Gold. Die deutsche Grenzpolizei traf ihn Anfang April 1938 bei der Wiesbadenerhütte an und lieferte ihn wegen Devisenschmuggels ins Gefängnis Feldkirch ein. VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Einlieferungsbericht der Gefängnisverwaltung Feldkirch, 12. 4. 1938.

³⁸⁰ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Rothmund an EJPD-Vorsteher, 10. 8. 1938, «betr. Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich.»

³⁸¹ Siehe dazu Keller, Grüninger, 1993, S. 82; Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 82, sowie Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 254 f.

³⁸² Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1938, S. 37.

Hilfspolizei, die bereits zuvor als Seuchenwache wegen der aus Vorarlberg drohenden Maul- und Klauenseuche an der Grenze Dienst versehen hatten, patrouillierten zur Zeit des «Anschlusses» in Ruggell, Schellenberg, Mauren, Schaan und Triesenberg.³⁸³ Spätestens seit dem 10. August 1938 unterhielt die Hilfspolizei auch Posten in den liechtensteinischen Alpen, beim Saminabach, auf der Pfälzerhütte, am Sareiserjoch, am Mattlajoch und auf Gafadura.³⁸⁴ Wie aus einer summarischen Aufstellung für den Zeitraum März bis Mai 1938 hervorgeht, konnten die Angehörigen der Hilfspolizei zwischen dem 17. März und dem 23. Mai 1938 21 illegale Grenzübertritte aufdecken, und zwar im Gebiet von Mauren, Nendeln und Schaanwald.³⁸⁵ Die Liste enthält Angaben über Ort und Datum des Geschehens, eine Kategorisierung der Aufgegriffenen sowie Angaben über die weitere Verfahrensweise. Von den 21 Aufgegriffenen erscheinen auf der Liste zehn als «Staatenlose», einer figuriert als «Mann», acht als «Überläufer», einer als «polit. Flüchtling» sowie einer als «Schübling». Über die Verfahrensweise ist auf der Liste Folgendes vermerkt: Bei dreien (ein «Überläufer», der «politische Flüchtling» und der «Schübling») ist «aufgegriffen» angegeben, alle zehn Staatenlosen, zwei Überläufer und der «Mann» wurden «zurückgestellt», zwei weitere Überläufer wurden «angehalten», und bei drei Überläufern ist die Verfahrensweise unbekannt. Die verwendete Terminologie ist aus heutiger Sicht uneindeutig, zumal – von einer Ausnahme abgesehen – keine zusätzlichen Informationen vorhanden sind.

Bei den Bezeichnungen bleibt vor allem offen, ob sie auf unterschiedliche Fluchtgründe hinweisen: «Schübling», «Staatenloser» wie auch «Überläufer» wurde in den dreissiger Jahren allgemein für Wirtschaftsflüchtlinge verwendet, es könnte sich also bei allen drei Gruppen um dieselbe Kategorie von Flüchtlingen gehandelt haben. Am offensten ist der Begriff Überläufer, der spätestens nach dem «Anschluss» auch für die Bezeichnung von jüdischen Flüchtlingen Verwendung fand.³⁸⁶

Bei der Verfahrensweise sind die Bezeichnungen «zurückgewiesen» und «angehalten» eindeutig. Die Verfahrensweise «angehalten» bezieht sich auf folgende Begebenheit: Anfang April 1938 traf ein liechtensteinischer Hilfspolizist auf der Strasse zwischen Schaan und Nendeln zwei illegal eingereiste Männer an. Als er sie anhalten wollte, warf ihn der eine zu

³⁸³ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel, Diensterteilung der Hilfspolizei, 17. 3. 1938, und LLA, RF 183/082.

³⁸⁴ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel, Diensterteilung für die Hilfspolizei, Seuchenpolizei, o. D. Der Dienstplan bezieht sich auf die Zeit ab dem 11. 8. 1938.

³⁸⁵ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel, «Diensterteilung der Hilfspolizisten», o. D.

³⁸⁶ Siehe zum Beispiel Grüningers Reklamation beim Polizeiposten Buchs, zitiert nach Keller, Grüninger, 1993, S. 70 f.

Boden, worauf beide entkommen konnten.³⁸⁷ Die Verfahrensart «aufgegriffen» scheint auf die vorübergehende Aufnahme und Übergabe an das Sicherheitskorps zur weiteren Entscheidung hinzuweisen. Dies erscheint um so plausibler, als beim einzigen politischen Flüchtling «aufgegriffen» vermerkt war und die Verwendung des Begriffs «politischer Flüchtling» zu diesem Zeitpunkt tendenziell ein Recht auf Aufenthalt implizierte. Trotz der verbleibenden Unsicherheiten kann davon ausgegangen werden, dass es sich beim kleineren Teil um NS-Verfolgte handelte und die Hilfspolizei mindestens dreizehn der Angehaltenen vor Ort über die Grenze zurückwies. Wie viele illegale Grenzübertritte die Hilfspolizei nach Mai 1938 aufdeckte, ist unbekannt, da keine entsprechenden Dokumente vorliegen.

Das liechtensteinische Sicherheitskorps stellte zwischen dem 12. und 25. März 1938 mindestens fünfzehn illegal eingereiste Personen aus Osteuropa wegen Mittellosigkeit und zum Teil Staatenlosigkeit nach Feldkirch zurück.³⁸⁸ Dagegen ist nicht bekannt, wie viele NS-Flüchtlinge das Sicherheitskorps entdeckte.³⁸⁹ Auch hier fehlen weiterführende Akten.

Besser dokumentiert ist für 1938 die Tätigkeit der Hauptakteurin an der liechtensteinischen Grenze, der schweizerischen Grenzwacht. Die in dem von St. Gallen bis ins Unterengadin reichenden Zollkreis III stationierten Grenzwächter wiesen im März 1938 102 Menschen auf der Zollstrasse und im Zwischengelände zurück. Zudem übergaben sie 45 Personen den lokalen Polizeistellen zur weiteren Entscheidung. Unklar bleibt, wie viele der insgesamt 147 verzeichneten Personen auf liechtensteinischem Gebiet aufgegriffen wurden. Ebenso wenig ist bekannt, was mit jenen geschah, die der liechtensteinischen Polizei übergeben wurden, insbesondere ob sie aufgenommen oder zurückgewiesen wurden. Schliesslich kann auch nicht bestimmt werden, wie viele der Aufgegriffenen NS-Verfolgte waren.

Im Unterschied zum Monat März 1938 erstellte die Grenzwacht in den Monaten April und Mai eine eigene Statistik für Liechtenstein. Im April 1938 wies sie in Liechtenstein insgesamt 36 Menschen zurück und übergab 21 Personen der liechtensteinischen Polizei.³⁹⁰ Im Vergleich dazu waren im sanktgallischen Rheintal nur insgesamt 25 Grenzdelikte zu verzeichnen gewesen, in Graubünden gar nur dreizehn. Wie 1937 reisten also auch im Frühjahr 1938 besonders viele Menschen illegal über Liechtenstein ein. Es bleibt aber offen, bei wie vielen es

³⁸⁷ LLA, RF 179/334. Sicherheitskorps (Brunhart) an Regierung, 6. 4. 1938. Angehörige des Sicherheitskorps entdeckten später jenen, der Seger zu Boden geworfen hatte, und schafften ihn nach Feldkirch aus.

³⁸⁸ LLA, V5/1938/196, V5/1938/335, V5/1938/371.

³⁸⁹ Der einzige Tätigkeitsbericht des Sicherheitskorps ist für das Jahr 1943 überliefert. Daraus geht die Abschiebung von sechs Personen wegen «unbefugten Grenzübertrettes» hervor. LLA, RF 222/156, Tätigkeitsbericht des Sicherheitskorps für das Jahr 1943 vom 20. 1. 1944.

sich um NS-Flüchtlinge handelte und wie die liechtensteinische Polizei mit den von der Grenzwacht übernommenen Personen verfuhr.

Im Monat Mai 1938 griff die Grenzwacht insgesamt 21 Personen auf, davon wies sie dreizehn zurück, übergab sieben der liechtensteinischen Polizei und bezeichnete eine als politischen Flüchtling.³⁹¹ Im Monat Juni 1938 verzeichnete die Grenzwacht 21 Rückweisungen, vier Personen überstellte sie der liechtensteinischen Polizei und führte erneut zwei Aufgegriffene als politische Flüchtlinge auf. Von den in den Monaten Mai und Juni 1938 Aufgegriffenen konnten nur drei Personen identifiziert werden: Am 22. Mai 1938 überschritt der Österreicher Jude Felix Grünbaum die deutsch-liechtensteinische Grenze. Er wurde von der schweizerischen Grenzwacht entdeckt und der sanktgallischen Kantonspolizei in Sennwald übergeben.³⁹² Diese hielt ihn für nicht asylwürdig und stellte ihn über die Grenze nach Deutschland zurück, wo ihn die Geheime Staatspolizei (Gestapo) des Bahnhofs Feldkirch wiederum aufgriff und am 23. Mai 1938 in die Justizanstalt Feldkirch einwies.³⁹³ Über das weitere Schicksal Grünbaums ist wenig bekannt. Fest steht lediglich, dass er sechs Jahre später im Konzentrationslager Auschwitz ums Leben kam.³⁹⁴ Am 20. Juni griffen Grenzwachtbeamte in Schellenberg den jüdischen Flüchtling Julius Metsch auf.³⁹⁵ Was mit Metsch danach geschah, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Hingegen kann das weitere Schicksal von dem in Ruggell von der schweizerischen Grenzwacht entdeckten jüdischen Ungarn Heinrich Hecht nachgezeichnet werden. Hecht wohnte bis zu seiner Flucht in Wien. Vom Grenzwachtposten Ruggell aufgegriffen, wurde er Ende Juni 1938 – wie Grünbaum – nach Sennwald überwiesen.³⁹⁶ Anders als Grünbaum schaffte die sanktgallische Polizei Hecht nicht aus. Hecht verbrachte einige Tage in Lausanne und Basel, von wo er nach Frankreich ausreiste. Im September 1942 flüchtete er vor der Deportation aus Frankreich erneut in die Schweiz, wo er schliesslich bis

³⁹⁰ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III April 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 5. 5. 1938, S. 5.

³⁹¹ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III Mai 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 6. 1938, S. 6.

³⁹² BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 28. 5. 1938.

³⁹³ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 809/1938 Felix Grünbaum.

³⁹⁴ www.doew.at, Felix Grünbaum, geb. 7. 9. 1911, Stand 24. 3. 2003.

³⁹⁵ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Oberzolldirektion an Abteilung für Auswärtiges, 5. 7. 1938. Zu Metschs Flucht siehe auch Kapitel 3.5.

³⁹⁶ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Oberzolldirektion an Abteilung für Auswärtiges, 27. 6. 1938.

Kriegsende bleiben konnte.³⁹⁷ Ob Grünbaum, Hecht und Metsch die einzigen jüdischen Flüchtlinge waren, die in den Monaten Mai und Juni 1938 aufgegriffen wurden, ist unbekannt.

Die Flüchtlingswelle vom Juli und August 1938

Im Juli 1938 verzeichneten die Schweizer Behörden erstmals Grenzübertritte von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Österreich, die kein Rückreisevisum, vielfach nicht einmal einen Pass besaßen. Zunächst versuchten einige Flüchtlinge schwarz über die Grenze nach Graubünden zu gelangen, danach erfolgten die Übertritte vor allem im «schwer übersehbaren liechtensteinisch-deutschen Grenzgebiet».³⁹⁸ Später setzte auch rheinabwärts im Rheintal, sodann in Kreuzlingen, Diessenhofen, Schaffhausen und in Basel ein Flüchtlingsstrom ein.³⁹⁹ Ende Juli 1938 nahmen die Einreiseversuche von jüdischen Flüchtlingen nochmals deutlich zu, hingegen wurden «zweifelhafte Elemente» und «Spanienkämpfer» kaum mehr aufgegriffen, wie dem Monatsbericht des Grenzwachtkorps Abschnitt III zu entnehmen ist:

«Nachdem in Oesterreich alles was sich nicht durch Arbeit ausweisen konnte, in die Arbeitslager gesteckt wurde, ist für die Grenzwaache eine Entlastung eingetreten. Es werden nur mehr vereinzelt zweifelhafte Elemente aufgegriffen. Die freiwilligen <Spanienfahrer> sind von der Bildfläche verschwunden.»⁴⁰⁰

Anders als in den vorangehenden und folgenden Monaten sind die Vorgänge an der liechtensteinisch-deutschen Grenze für den Monat Juli 1938 relativ gut dokumentiert, weshalb ein vergleichsweise zuverlässiger Gesamtüberblick gewonnen werden kann (Tabelle 3).

³⁹⁷ BAR, E 4264 (-) 1985/197, Bd. 18, Nr. 3960, Heinrich Hecht, Arrondissement Territorial I, Procès-Verbal d'audition, 2. 9. 1942. In der Statistik der Grenzwacht wurde Hecht vermutlich als politischer Flüchtling geführt; bei Metsch ist dies unklar, weil keine weiteren Informationen zu ihm vorliegen.

³⁹⁸ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Rothmund an EJPD Vorsteher, 10. 8. 1938, «betr. Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich».

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III, Juli 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 9. 8. 1938, S. 5.

Tabelle 3: Die Grenzaufgriffe der schweizerischen Grenzwehr im gesamten Zollkreis III Juli 1938

	Rheintal	Liechtenstein	Graubünden	Total
Auf erlaubter Zollstrasse zurückgewiesen	12	4	4	20
Auf unerlaubtem Weg zurückgewiesen	2	16	-	18
Verhaftet, der Polizei übergeben	15	14 [17] [*]	3	32
Deserteure	-	-	1	1
Politische Flüchtlinge	7	25	14	46
Total	36	59	22	117

^{*}Die Angabe von 14 Aufgegriffenen erwies sich als unvollständig. Die Grenzwehr leitete im Monat Juli mindestens 17 Flüchtlinge an die liechtensteinische Polizei weiter, BAR, E 2001 (d) -/3, Bd. 267 sowie BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17.

Quelle: BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603. S. 5, Monatsbericht Grenzwehrkommando III Juli 1938.

Zuerst entdeckten Angehörige der schweizerischen Grenzwehr am 9. Juli 1938 fünf Flüchtlinge in Schaanwald⁴⁰¹ und fünf Flüchtlinge in Binzen.⁴⁰² Drei der in Binzen aufgegriffenen Flüchtlinge kamen von Wien her. Sie waren vom 20. Juni bis 7. Juli in der Justizanstalt Feldkirch inhaftiert gewesen und danach an die Gestapo des Bahnhofs Feldkirch übergeben worden, die die Flüchtlinge vermutlich anwies, wie sie «schwarz» nach Liechtenstein gelangen konnten.⁴⁰³ Über den Fluchtgrund heisst es im Protokoll der Grenzwehr Folgendes:

«Diese Flüchtlinge gaben an, dass sie wegen ihrer jüdischen Abstammung gezwungen worden seien, das Land zu verlassen, ansonsten sie in das Konzentrationslager Dachau verbracht würden. Sie waren alle mit Heimatschein versehen und hatten insgesamt 25 Mark bei sich. Die Flüchtlinge beabsichtigten, sich nach Frankreich zu begeben. Sie wurden der Polizei in Vaduz übergeben.»⁴⁰⁴

Die Grenzwehr übergab alle zehn Flüchtlinge der liechtensteinischen Polizei. Von diesen zehn Personen gelangten mindestens drei noch am Tag ihres Grenzübertrittes von Liechtenstein in die Schweiz.⁴⁰⁵ Über das weitere Verfahren mit den anderen sieben Flüchtlingen liegen keine Dokumente vor.

⁴⁰¹ Es waren dies Fritz Beer, Eduard und David Meinbach, Bernhard Hirschli, Alexander Löbl. Alexander Löbl und Bernhard Hirschli waren vom 24. 6. bis 8. 7. 1938 in der Justizanstalt Feldkirch inhaftiert. Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 928/1938 Löbl Alexander, und 927/1938 Hirschli Bernhard.

⁴⁰² Chaim Wolf Kerbes, Richard Stocmann, Erich Weiss, Wilhelm Stubnitzer, Rudolf Back. BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an Oberzolldirektion in Bern, 11. 7. 1938.

⁴⁰³ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 1938/893 Back Rudolf, 1938/894 Kerbes Chaim, 1938/895 Stubnitzer Wilhelm, 1938/936 Back Rudolf, 1938/937 Kerbes Chaim, 1938/938 Stubnitzer Wilhelm.

⁴⁰⁴ BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an Oberzolldirektion in Bern, 11. 7. 1938.

⁴⁰⁵ Fritz Beer. AfZ, VSJF, 1.4, B.211. Eduard und David Meinbach. AfZ, VSJF, 1.4, M.323.

Ab Mitte Juli häuften sich die Grenzaufgriffe. Die Grenzwatch überwies am 18. Juli 1938 drei in Schaanwald entdeckte Flüchtlinge der liechtensteinischen Polizei.⁴⁰⁶ Auch sie wurden der sanktgallischen Kantonspolizei in Buchs überstellt.⁴⁰⁷ Einen Tag später hielt die Grenzwatch in Schaanwald nochmals einen jüdischen Österreicher auf und führte ihn ebenfalls der liechtensteinischen Landespolizei zu. Wie diese mit dem Flüchtling verfuhr, ist unbekannt.⁴⁰⁸ Am 21. Juli 1938 griff der Grenzwatchposten Planken erneut drei Flüchtlinge auf und überbrachte auch sie der Vaduzer Polizei.⁴⁰⁹ Die weitere Verfahrensweise bleibt unklar. Aufgrund des späteren Schicksals eines der drei Flüchtlinge, Heinrich Adler, sind zwei Varianten denkbar: entweder die Zurückweisung über die Grenze nach Deutschland oder die Überführung nach Buchs und Basel und von dort nach Frankreich. Sicher ist jedenfalls, dass sich Heinrich Adler später in Frankreich aufhielt. Dort wurde er zwischen August 1941 und Frühjahr 1943 ins Durchgangslager Drancy und am 4. März 1943 – wie weitere 3700 Juden aus Frankreich – nach Sobibor im östlichen Generalgouvernement deportiert, wo er vermutlich ermordet wurde.⁴¹⁰

Zusätzlich zu den siebzehn an die liechtensteinische Polizei übergebenen Flüchtlingen griff die Grenzwatch Ende Juli weitere 23 jüdische Flüchtlinge auf, die sie jedoch unter der Spalte «politische Flüchtlinge» vermerkte. Im Monatsbericht hielt sie dazu fest:

«In einigen Fällen wurden politische Flüchtlinge durch die Polizei in brutaler Weise wieder abgeschoben. Da es sich bei den Flüchtlingen fast ausnahmslos um Juden handelt, werden diese nunmehr der Kultusgemeinde Basel zugeführt, welche für die Weiterleitung dieser Leute sorgt, sodass von der Zurückweisung Umgang genommen wird.»⁴¹¹

Unbekannt ist, welche Polizei hier angesprochen war, ob jene auf schweizerischer, liechtensteinischer oder auf deutscher Seite. Wichtig ist jedenfalls der Hinweis, dass jüdische Flüchtlinge nicht zurückgewiesen wurden. Die Recherche im Journal der Basler Polizei förderte zutage, dass vom 27. bis 28. Juli 1938 23 im liechtensteinischen Grenzgebiet aufgegriffene jüdische Flüchtlinge nach Buchs gelangten und von dort dem Sekretär der

⁴⁰⁶ BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an Oberzolldirektion in Bern, 19. 7. 1938.

⁴⁰⁷ BAR, E 4264 (-) 1988/2, Bd. 466, P 49207, Max, Hugo und Sigmund Leitner.

⁴⁰⁸ BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Gerhard Klebinder, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an Oberzolldirektion in Bern, 19. 7. 1938.

⁴⁰⁹ Kurt Fleischer, Heinrich Adler und Ignatz Feuerstein, BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 26. 7. 1938.

⁴¹⁰ www.doew.at, Heinrich Adler, geb. 8. 3. 1919, Stand 23. 3. 2003. Zu Drancy und Sobibor siehe beispielsweise Benz/Graml/Weiss, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 2001, S. 433 f., 734.

⁴¹¹ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwatchkommando III, Juli 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 9. 8. 1938, S. 5.

Israelitischen Fürsorge Basel, Nordmann, übergeben wurden.⁴¹² Ebenfalls nach Basel und von dort weiter an die französische Grenze überstellten die schweizerischen Behörden zwei Flüchtlinge, die aufgrund ihrer politischen Einstellung aus Österreich fliehen mussten, nach Definition des Bundes also als politische Flüchtlinge galten.⁴¹³ Insgesamt brachten die schweizerischen Behörden Ende Juli 25 Flüchtlinge nach Basel. Die Anzahl deckt sich mit der Angabe unter der Spalte «politische Flüchtlinge». Abgesehen von dieser numerischen Übereinstimmung passt auch die Tatsache, dass die 25 im Journal aufgelisteten Flüchtlinge nicht zurückgewiesen wurden, mit der Bezeichnung «politische Flüchtlinge» zusammen, zumal politische Flüchtlinge nach schweizerischen Bestimmungen aufzunehmen waren. Im Monat Juli wurden an der liechtensteinisch-deutschen Grenze jedoch auch mindestens zwanzig Personen zurückgewiesen. Hintergrund und Schicksal der Zurückgewiesenen bleiben unbekannt.

Für den Monat Juli 1938 ist zusammenfassend festzuhalten, dass die schweizerischen Grenzwächter – im Gegensatz zu ihrer Praxis der Monate Mai und Juni 1938 – die aufgegriffenen Flüchtlinge nicht der sanktgallischen Kantonspolizei, sondern zumindest bis zum 26. Juli 1938 der liechtensteinischen Landespolizei übergaben. Bei sechs der an die liechtensteinische Polizei überstellten Flüchtlinge ist sicher, dass sie danach nach Buchs gebracht wurden. Bei elf Flüchtlingen ist das weitere Verfahren nicht bekannt. Gesichert ist nur, dass sie nicht in Liechtenstein aufgenommen wurden, sondern entweder nach Deutschland zurückgeschafft oder nach Buchs überstellt wurden. Auffallend ist die Praxisänderung des schweizerischen Grenzwachtkorps Ende Juli: Jüdische Flüchtlinge wurden nun direkt nach Buchs und von dort nach Basel überführt.

Die Fluchtbewegung aus dem ehemaligen Österreich erreichte ihren Höhepunkt im August 1938.⁴¹⁴ Hauptsächlich betroffen war in den ersten Augusttagen vor allem Basel sowie etwas später auch das sanktgallische Diepoldsau, wo beim «alten Rhein» eine seichte, leicht begehbare Stelle existierte.⁴¹⁵ Demgegenüber verlor Liechtenstein als Durchgangsland an

⁴¹² StABS, Journal M 8 1938, Anhang, S. 152–160. Zur Überführung von Flüchtlingen von der schweizerischen Ostgrenze nach Basel siehe Wacker, Bern, 1992, S. 115, insbesondere Anm. 130. In den Beständen der israelitischen Gemeinde in Basel konnte kein Hinweis zu dieser Aktion gefunden werden, ebenso wenig in den Akten des Liechtensteinischen Landesarchivs oder in jenen des Grenzwachtkorps/Oberzolldirektion.

⁴¹³ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Oberzolldirektion an Abteilung für Auswärtiges, 3. 8. 1938; StABS, Journal M 8 1938, Anhang, S. 155, 27. 7. 1938.

⁴¹⁴ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Postenchef Diepoldsau an Grenzwachtkommando Chur, 15. 8. 1938.

⁴¹⁵ In Diepoldsau trafen allein zwischen dem 12. und 15. 8. 1938 76 Flüchtlinge ein. BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 12, Jezler Robert, «Grenzübertritt österreichischer Flüchtlinge» (2. Bericht), 16. 8. 1938. Aufgrund des grossen Ansturms sah sich die

Bedeutung⁴¹⁶ Von Anfang August bis zur Grenzsperrung vom 18. August gelang jedoch immer noch mindestens siebzig Flüchtlingen die Flucht über Liechtenstein in den Kanton St. Gallen.⁴¹⁷ Gemäss «Liechtensteiner Vaterland» vom 20. August 1938, versuchten pro Tag sechs bis acht Flüchtlinge den Übertritt nach Liechtenstein.⁴¹⁸ Allerdings ist unbekannt, wie viele von diesen Flüchtlingen an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffen wurden und wie viele unerkannt in die Schweiz gelangten. Die vorhandenen Quellen erlauben für den Monat August nur punktuell Einblick ins Grenzgeschehen. Für die Zeit bis zur Einführung der schweizerischen Grenzsperrung sind an der deutsch-liechtensteinischen Grenze elf Grenzaufgriffe belegt. Es handelte sich dabei um zehn Juden⁴¹⁹ und einen politischen Flüchtling.⁴²⁰

Am 5. August 1938 griff die Grenzschutz beiseitensweise den staatenlosen Juden Leo Klein bei Schaanwald auf. Klein war aus Deutschland ausgewiesen worden und fuhr deshalb im Juni 1938 in Richtung Vorarlberg. Dort wurde er verhaftet und in die Justizanstalt Feldkirch eingeliefert.⁴²¹ Nach seiner Haftentlassung wiesen ihn die deutschen Behörden an, Deutschland innerhalb von 24 Stunden zu verlassen, schriftlich- und mittellos – die Gendarmerie Feldkirch hatte ihm alle Wertgegenstände abgenommen.⁴²² Ob die Grenzschutz ihn an die liechtensteinischen Behörden weiterleitete, konnte nicht ermittelt werden, sicher aber ist, dass er kurz nach seinem Aufgriff in die Schweiz überführt wurde, wo er ins Lager Degersheim kam.⁴²³ Von den insgesamt elf bis zur Einführung der schweizerischen Grenzsperrung vom 18. August 1938 an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffenen Flüchtlingen wurden wenigstens

sanktgallische Polizei im August veranlasst, in Diepoldsau ein Unterkunfts- und Sammelager einzurichten. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III August 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 9. 1938, S. 4.

⁴¹⁶ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 12, Jezler Robert, «Grenzübertritt österreichischer Flüchtlinge» (1. Bericht), 11. 8. 1938.

⁴¹⁷ StASG, Fremdenpolizeikartei. Allerdings ist zu beachten, dass Hauptmann Paul Grüniger die Einreisedaten einiger Flüchtlinge vordatiert hat, um zu kaschieren, dass er ihnen die Einreise nach St. Gallen noch nach der Grenzsperrung vom 18. 8. 1938 erlaubt hat. Deshalb ist es denkbar, dass einige der siebzig Flüchtlinge erst später über Liechtenstein nach St. Gallen gelangt sind.

⁴¹⁸ Liechtensteiner Vaterland, Nr. 67, 20. 8. 1938.

⁴¹⁹ Leo Klein (aufgegriffen am 5. 8. 1938), BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 8. 8. 1938; Walter Hauser (8. 8. 1938), BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 11. 8. 1938; Emil Agid, Henny Herzer, Edith Josefthal, Hans Friedmann, Egon Hans Arnheim und Johann Edelstein (alle am 9. 8. 1938), BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Grenzschutzkorps des III. Schweiz. Zollkreises an das Grenzschutz-Kommando III, 9. 8. 1938; Walter Klipper und Otto Zivchlava (14. 8. 1938), BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 15. 8. 1938.

⁴²⁰ Der «politische» Flüchtling führte 1330 Reichsmark und Schmuck im Wert von 1000 Reichsmark mit sich. Seine genauen Fluchtgründe sind unbekannt, BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 15. 8. 1938.

⁴²¹ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 829/1938 Leo Klein.

⁴²² BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 8. 8. 1938.

⁴²³ StASG, Fremdenpolizeikartei, Leo Klein.

neun in die Schweiz überführt. Die Grenzwatch übergab – im Gegensatz zu ihrer Praxis Ende Juli 1938 – ab Anfang August zumindest in Einzelfällen erneut Flüchtlinge den liechtensteinischen Polizeibehörden, im Monat August mindestens sieben Personen. Davon befanden sich später mindestens sechs in der Schweiz.⁴²⁴

Die schweizerische Grenzsperrung vom 18. August 1938 und die Auswirkungen auf den liechtensteinischen Grenzabschnitt

Angesichts des Flüchtlingsstroms verhängte der schweizerische Bundesrat am 18. August 1938 eine totale Grenzsperrung. Im betreffenden Kreisschreiben wies die Eidgenössische Fremdenpolizei die schweizerischen Grenzbehörden an, Personen ohne Visum zurückzuweisen und der deutschen Grenzpolizei zu übergeben.⁴²⁵

Auf Schweizer Seite wurde die Grenze im Rheintal durch freiwillige militärische Grenzschutzkompanien verstärkt. Dies war aus Neutralitätsgründen in Liechtenstein nicht möglich, weshalb vier Grenzwächter aus St. Margrethen und Diepoldsau nach Liechtenstein versetzt wurden.⁴²⁶ Am 19. August 1938 erhielt das in Liechtenstein stationierte Grenzwachtkorps ferner Verstärkung durch 25 Grenzwächter des Grenzwachtdetachements

⁴²⁴ Walter Hauser wurde von der liechtensteinischen Polizei nach Buchs geführt, StASG, A 143/01.7 sowie BAR, E 2001 (D) - /3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 11. 8. 1938. Zu Emil Agid siehe Keller, Grüniger, 1993, S. 152. Emil Agid schilderte seine Flucht in einem Leserbrief an das «Israelitische Wochenblatt». Er berichtete, dass er in Feldkirch eine Gruppe von fünf Leuten angetroffen habe, die bereits ein Taxi organisiert hätten. Sie seien bis an die Grenze geführt und instruiert worden, wo sie die Grenze passieren sollten. Abgemacht sei gewesen, dass sie in Liechtenstein abgeholt würden. Angehörige des schweizerischen Grenzwachtkorps entdeckten sie aber, nahmen sie fest und brachten sie nach Vaduz. Danach kamen sie nach Buchs. Israelitisches Wochenblatt, 26. 7. 1985 (Privatarchiv Stefan Keller). In einem Interview mit Stefan Keller vom 18. und 22. 10. 1991 erzählte Agid, dass sie nach ihrem Aufgriff von der Vaduzer Polizei in ein Hotel gebracht worden seien. Dort hätten sie übernachten dürfen, obwohl sie kein Geld bei sich hatten. Auf entsprechende Anfrage habe die Hotelbesitzerin gesagt, dass der Fürst die Weisung erlassen habe, dass alle Flüchtlinge auf seine Kosten zu verköstigen seien. Das von Agid genannte Ehepaar waren Johann Edelstein und Edith Josefthal, die kurz nach ihrer Flucht in der Schweiz heirateten. Edith Edelstein-Josefthal hat ihre Fluchtgeschichte ebenfalls in einem Brief an Stefan Keller geschildert. Edith Edelstein-Josefthal an Stefan Keller, 21. 10. 1991 (Privatarchiv Stefan Keller). Im Gegensatz zu Emil Agid gab sie an, auf dem Posten der Vaduzer Polizei – vermutlich in den Zellen des Gefängnisses im Regierungsgebäude – übernachtet zu haben. Da schriftliche Quellen fehlen, ist unbekannt, wie sich die Geschichte zugetragen hat. Jedenfalls weilten später Henny Herzer, Emil Agid, Edith Josefthal später in der Schweiz, StASG, Fremdenpolizeikartei. Egon Arnheim gelangte offensichtlich weiter nach Shanghai, wo er den Krieg überlebte. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Wien, 06 Finanzen, Kartei der Sammelstellen b, Dossier 7299 Hans Egon Arnheim. Auch Walter Klipper und Otto Zichlawa weilten später im Lager bei Diepoldsau. allerdings konnte nicht eruiert werden, ob die Grenzwatch oder die liechtensteinische Polizei die beiden in die Schweiz überführt haben, Fremdenpolizeikartei, Walter Klipper und Otto Zivchlawa (in der Kartei als Zivchlawa aufgeführt).

⁴²⁵ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 12, Kreisschreiben der Eidg. Fremdenpolizei an die Grenzpolizeiposten der schweizerisch-deutschen Grenze, 10. 8. 1938.

⁴²⁶ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Grenzwachtoffizier I L. Möhr an Grenzwachtkommandanten Chur, 22. 8. 1938.

Airolo.⁴²⁷ Die liechtensteinische Grenze zu Deutschland war nun von insgesamt 81 Grenzwächtern bewacht, 29 mehr als üblich.⁴²⁸

Die deutschen Behörden auf Vorarlberger Seite registrierten die intensivierte Grenzbewachung auf der liechtensteinisch-schweizerischen Seite. Sie erkannten, dass diese Verstärkung keinen militärischen Zweck hatte, sondern die Einreise von Juden aus der «Ostmark» verhindern sollte. Nach Ansicht des Gendarmeriepostens Hohenems war die Grenze von Seiten der Schweiz so gut bewacht, «dass niemand mehr durchkommen kann».⁴²⁹ Durch die angeordneten Massnahmen konnte das «Eindringen von jüdischen Flüchtlingen in grösserer Zahl» verhindert werden.⁴³⁰ Die Zahlen aus dem Bericht der Grenzschutz zum Monat August zeigen, dass im Zollkreis III zahlreiche Flüchtlinge aufgegriffen und zurückgewiesen wurden.

Tabelle 4: Die Grenzaufgriffe der schweizerischen Grenzschutz im gesamten Zollkreis III August 1938

Auf erlaubter Zollstrasse zurückgewiesen	43
Auf unerlaubten Übergangsstellen zurückgewiesen	195
Verhaftet oder in der Grenzzone aufgegriffen und der Polizei übergeben	198
Deserteure übernommen	3
Total	439

Quelle: BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III August 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8.9.1938

Insgesamt wiesen die Beamten der Grenzschutz im August 1938 im gesamten Zollkreis III (Rheintal, Liechtenstein, Graubünden bis Unterengadin) mindestens 238 Personen, davon wohl ein grosser Teil Flüchtlinge, direkt zurück und übergaben 198 weitere Personen der Polizei. Wie viele davon an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffen und an die liechtensteinische Polizei überführt wurden, kann nicht beziffert werden. Als die Flüchtlingseinreisen nachliessen, verfügte die Eidgenössische Oberzolldirektion Mitte September 1938 den Rückzug der Mannschaft aus Airolo.⁴³¹

⁴²⁷ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III August 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 9. 1938, S. 2 f.

⁴²⁸ Zusätzlich zu den 25 Grenzwächtern aus Airolo blieben auch die vier aus Diepoldsau stammenden Grenzwächter bis auf weiteres in Liechtenstein. Die Verstärkung aus St. Margrethen kehrte bereits am 19. 8. 1938 wieder dorthin zurück. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III August 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 9. 1938, S. 2.

⁴²⁹ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Gendarmeriepostenkommando Hohenems, Bezirk Feldkirch, Vorarlberg E. Nr. 1626, «Grenzbesetzung durch die Schweiz», an Grenzpolizeikommissariat in Bregenz, Landesgendarmeriekommando in Bregenz, Bezirkshauptmannschaft Feldkirch und Bezirksgendarmeriekommando in Feldkirch, 19. 8. 1938.

⁴³⁰ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Grenzschutzoffizier I an Zollkreisdirektion III, Chur, 22. 8. 1938.

⁴³¹ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 13, Oberzolldirektion an Zollkreisdirektion Chur, 17. 9. 1938. Siehe dazu auch BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III September 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 10. 1938, S. 2.

Die Tätigkeit des SIG-Präsidenten an der liechtensteinischen Grenze im August 1938

Die Flüchtlingswelle vom August 1938 bedeutete für den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG), der für den grössten Teil der Unterhaltskosten für die jüdischen Flüchtlinge aufkommen musste, eine grosse Belastung.⁴³² Der Präsident des SIG, Saly Mayer, fuhr auf Aufforderung Rothmunds am 28. Juli 1938 unter anderem an die liechtensteinische Grenze bei Buchs, um die dortige Situation zu erkunden. Als die Einreisen weiter anhielten, wandte sich Saly Mayer am 9. August telefonisch an den in Buchs stationierten Hauptmann Gabathuler mit der Frage, ob die Grenze eigentlich gesperrt sei oder nicht. Zwei Tage später forderte er Gabathuler auf, Einreisen «unter allen Umständen» zu verhindern. Gabathuler setzte dem entgegen, dass eine hermetische Abschlüssung der Grenze nicht möglich sei. Saly Mayers Bemühungen gingen dahin, die Zahl der neu zu betreuenden Flüchtlinge angesichts der bereits enormen finanziellen Belastung für den SIG möglichst gering zu halten, weshalb er sich nach «Absprache mit Zürich» am 11. August dafür aussprach, neun in Feldkirch wartende Flüchtlinge, die über Liechtenstein in die Schweiz gelangen wollten, nicht aufzunehmen, sondern sich «mit den bereits in der Schweiz Befindlichen zu befassen».⁴³³ Ob dies ein Einzelfall war, ist unbekannt.

Obwohl sich die fraglichen Flüchtlinge an der deutsch-liechtensteinischen Grenze befanden, wurde von schweizerischer und schliesslich von privater Seite über sie verfügt. Ob und was die liechtensteinischen beziehungsweise die schweizerischen Behörden davon wussten, bleibt unbekannt. Allerdings ist es kaum wahrscheinlich, dass weder die liechtensteinischen noch die schweizerischen Behörden davon Kenntnis hatten. Es scheint, als ob die an und für sich verantwortlichen Behörden hier dem SIG freie Hand liessen und sich somit ihrer Verantwortung entledigten. Die Entscheidung über die Aufnahme dieser Flüchtlinge wurde somit einer privaten Hilfsorganisation überlassen, die ihrerseits unter grossem politischem und finanziellem Druck stand.

Illegale Grenzübertritte im Spätherbst 1938

Im September waren bedeutend weniger Grenzdelikte zu verzeichnen. Im gesamten Gebiet des Zollkreises III wiesen die Grenzwächter 56 Personen zurück und übergaben 34 Personen der

⁴³² Siehe UEK, Flüchtlinge, 2001, Kapitel 5.3.1, vor allem S. 262–269.

⁴³³ AfZ, SIG, Aufstellung der Tätigkeit des SIG im Herbst 1938.

Polizei. Zudem wurde ein Deserteur übernommen.⁴³⁴ Auch im Oktober blieb es ziemlich ruhig, wie der Grenzschutzbericht festhielt:

«Der Versuch zur legalen oder illegalen Einreise von Juden hat sozusagen vollständig aufgehört. Die Deutschen scheinen die Juden von der Grenze ganz fernzuhalten. Dagegen wurden einzelne Einreiseversuche aus Italien festgestellt und verhindert.»⁴³⁵

Infolge der Pogrome im «Dritten Reich» flohen im November 1938 wieder vermehrt Verfolgte des NS-Regimes in die Schweiz. Der «Emigrantenandrang» war laut Monatsbericht der schweizerischen Grenzschutz besonders in den Grenzabschnitten Diepoldsau und Binzen-Schaanwald sehr gross; die Grenzschutz griff in der Zeit nach der «Reichskristallnacht» täglich zehn bis fünfzehn Flüchtlinge auf.⁴³⁶ Neben den jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland versuchten Anfang November auch vermehrt Juden aus Ungarn und der Tschechoslowakei, die in ihren Heimatstaaten ebenfalls antisemitischen Erlassen ausgesetzt waren, bei Buchs (über Liechtenstein) in die Schweiz zu gelangen.⁴³⁷ Insgesamt wiesen die Grenzschutz während des Monats November 1938 im Zollkreis III 105 Personen zurück und übergaben 27 Aufgegriffene den lokalen Polizeikörpern. Sie wiesen also – dies im Gegensatz zu den vorherigen Monaten – die meisten Aufgehaltenen direkt zurück und überstellten knapp ein Fünftel aller Aufgegriffenen an die kantonalen Polizeibehörden.⁴³⁸ Dies war wohl eine Folge der restriktiveren Weisungen des Bundes.

Zahlen zu Rückweisung und Aufnahme 1938

Aufgrund der lückenhaften Quellenlage können für Liechtenstein keine Gesamtzahlen über Rückweisungen, vorübergehende Aufnahmen und Überstellungen in die Schweiz genannt werden. Die nachfolgenden Zahlen sind immer nur als unterste Grenze zu verstehen.

Zwischen März und Dezember 1938 wiesen die Grenzschutz des Zollkreises III im gesamten Gebiet zwischen dem St. Galler Rheintal und dem Unterengadin mindestens 849 Personen zurück; ausserdem übergaben sie 455 den lokalen Polizeikörpern zur weiteren Verfügung, registrierten 74 politische Flüchtlinge und sechs Deserteure.

⁴³⁴ BAR, E 4300 (B) -/3, Bd. 13. Siehe dazu auch Monatsbericht Grenzschutzkommando III September 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 10. 1938, S. 5; BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Oberzolldirektion an Zollkreisdirektion Chur, 17. 9. 1938.

⁴³⁵ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III September 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 10. 1938, S. 4 f.

⁴³⁶ Ebd.

⁴³⁷ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 271, Bericht von Berchtold, Herrn Baumann präsentiert, datiert 4. 11. 1938.

⁴³⁸ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III November 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 12. 1938, S. 5.

Wie viele davon an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffen wurden, kann aufgrund der fehlenden Angaben nicht für den gesamten Zeitraum bestimmt werden. Insgesamt ist der Aufgriff von 209 Personen an der liechtensteinischen Grenze belegt (Tabelle 5).⁴³⁹

Tabelle 5: Aufstellung der dokumentierten Grenzaufgriffe im liechtensteinischen Grenzabschnitt zwischen März und Dezember 1938

Von der Grenzwatch oder der liechtensteinischen Polizei zurückgewiesen	113
Von der Grenzwatch direkt in die Schweiz überwiesen	28
An die liechtensteinische Polizei übergeben und von dieser an schweizerische Behörden überführt	15
An die liechtensteinische Polizei übergeben, weitere Verfahrensweise unbekannt	13
Unbekannt, ob aufgenommen oder zurückgewiesen	40

Quellen: Die Angaben beruhen auf der Auswertung der folgenden Quellenbestände: BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267; BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17; BAR, E 6351 (F) -/1, Monatsberichte des schweizerischen Grenzwachtkorps sowie LLA, V5/1938.

Die Angabe von 209 Grenzaufgriffen ist zweifellos zu tief, da in dieser Zahl der einreisestarke Monat August nur teilweise und der ebenfalls einreisestarke Monat November gar nicht enthalten sind. Ferner ist auch unklar, wie viele der 209 angehaltenen Personen Flüchtlinge waren. Von den 209 aufgegriffenen Personen wurden mindestens 43 in die Schweiz überführt und 113 zurückgewiesen. Bei 53 Personen ist die Verfahrensweise unbekannt. Zumindest 28 der 209 aufgegriffenen Personen wurden dem liechtensteinischen Polizeikorps übergeben, davon lebten fünfzehn später in der Schweiz. Bei den dreizehn anderen an die liechtensteinische Polizei überstellten Flüchtlingen ist nicht klar, ob sie ebenfalls in die Schweiz überführt oder ob sie nach Deutschland zurückgewiesen wurden. Eindeutig ist jedenfalls, dass keiner der Flüchtlinge, die den liechtensteinischen Behörden übergeben worden waren und deren Identität feststeht, in Liechtenstein Aufenthalt erhielt. Diese Flüchtlinge wurden entweder in die Schweiz überstellt oder zurückgewiesen.

Kenntnis über Grenzgeschehen in der liechtensteinischen Bevölkerung

Inwieweit die liechtensteinische Bevölkerung über das Grenzgeschehen im Bild war, ist unklar. In den liechtensteinischen Zeitungen war zwischen Juli und August 1938 über die Vorgänge am liechtensteinischen Grenzabschnitt wenig zu lesen. Die beiden Blätter berichteten erst ausführlicher über die Fluchtwelle aus Österreich, als die Schweiz die Grenzen geschlossen hatte. Aber auch dann konzentrierte sich die Berichterstattung vorwiegend auf die Vorgänge

⁴³⁹ Die Angaben basieren auf den separaten Aufstellungen für Liechtenstein in den Grenzwatchberichten der Monate April, Mai, Juni, Juli und Oktober, auf den einzelnen Schreiben des Grenzwachtkorps an die übergeordneten Behörden (soweit vorhanden) sowie auf vereinzelt Berichten der liechtensteinischen Polizei.

am schweizerischen Grenzabschnitt.⁴⁴⁰ Über die Begebenheiten an der liechtensteinischen Grenze war einzig am 20. August 1938 im «Vaterland» Näheres zu lesen:

«In letzter Zeit hat ein überraschend stark einsetzender Zustrom von Emigranten aus dem alten Oesterreich eingesetzt. Auch bei uns in Liechtenstein, das heute infolge der strengen Grenzkontrolle gewiss kein idealer Uebergang mehr für illegalen Grenzübertritt bildet, tauchen täglich noch 6-8 solcher Emigranten auf.»⁴⁴¹

Im «Volksblatt» vom 23. August 1938 war hingegen nur vermerkt, dass der Grenzschutz auch an der liechtensteinisch-deutschen Grenze verstärkt worden sei, um zu verhindern, dass die Flüchtlinge auf Liechtenstein ausweichen würden.⁴⁴²

Wie aus einem Schreiben des liechtensteinischen Treuhänders Guido Feger hervorgeht, waren zumindest einige Liechtensteiner etwas genauer über die Vorgänge an der Grenze informiert. Feger schrieb Ende August 1938 an einen Kunden, dass sich an der schweizerisch-deutschen und liechtensteinisch-deutschen Grenze «herzerreissende Szenen» abspielten.⁴⁴³

Flüchtlingseinreisen und behördliche Praxis bis zum Kriegsbeginn im Herbst 1939

Der Grenzverkehr zwischen Liechtenstein und Deutschland war während des ganzen Jahres 1939 sehr gering. Auch wurden im Vergleich zum Vorjahr erheblich weniger Grenzdelikte festgestellt. Allerdings erlauben die Akten weniger präzise Aussagen.⁴⁴⁴ Insgesamt scheint die Praxis während des Jahres 1939 ähnlich gewesen zu sein wie Ende 1938: Die Mehrheit der illegal Eingereisten wurde direkt zurückgewiesen.

Erster belegter Fall eines versuchten Grenzübertrettes im Jahr 1939 war der Versuch eines aus Wien stammenden Juden im März 1939. Auf liechtensteinischem Gebiet griff ihn ein schweizerischer Grenzwächter auf und übergab ihn der Zollaufsichtsstelle Tisis, die ihn zur Verfügung des Landgerichtes Feldkirch in die Justizanstalt Feldkirch überstellte. Die Gestapogrenzpolizei ersuchte die Staatsanwaltschaft, den Aufgegriffenen nach Abschluss des Verfahrens zwecks Abschiebung dem Grenzpolizeiposten Feldkirch zu überstellen.⁴⁴⁵ Am 5. April wurde er zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt, sein weiteres Schicksal ist unbekannt.⁴⁴⁶

⁴⁴⁰ Das Liechtensteiner Volksblatt berichtete beispielsweise in zwei Artikeln ausführlich über die Verhältnisse im Lager Diepoldsau. Liechtensteiner Volksblatt, Nr. 96, 25. 8. 1938; Nr. 98, 27. 8. 1938.

⁴⁴¹ Liechtensteiner Vaterland, Nr. 67, 20. 8. 1938.

⁴⁴² Liechtensteiner Volksblatt, Nr. 95, 23. 8. 1938.

⁴⁴³ PA-AT, Dossier 73, Landwirtschafts AG 1936–1948, Feger an Alexander Landesmann, 24. 8. 1938.

⁴⁴⁴ Abgesehen von den Monatsberichten der Grenzschutz liegen nur ganz vereinzelt ergänzende Schreiben vor.

⁴⁴⁵ VLA, LGF, Vr 95/1939, Roman Paul, Gestapo Grenzpolizeiposten an Staatsanwaltschaft, 10. 3. 1939.

⁴⁴⁶ VLA, LGF, Vr 95/1939, Roman Paul, Gerichtsentscheid, 5. 4. 1939.

Die grösste Zahl an jüdischen Flüchtlingen, die die deutsch-liechtensteinische Grenze zu überschreiten versuchten, war 1939 in der zweiten Julihälfte zu verzeichnen:⁴⁴⁷

«In der zweiten Hälfte Juli wurde ein grosser Andrang von jüdischen Flüchtlingen im Riet zwischen Binslen und Schaanwald festgestellt. Beim Aufgreifen dieser Flüchtlinge haben die Diensthunde wesentlich mitgewirkt.»⁴⁴⁸

Die Grenzschutz wies im Juli 1939 32 Personen zurück und übergab zwei weitere Personen der liechtensteinischen Polizei. Ob es sich bei den an die liechtensteinische Polizei übergebenen Personen um Flüchtlinge handelte und was später mit ihnen passierte, konnte nicht geklärt werden. Die liechtensteinische Polizei schob im Juli 1939 jedenfalls vier Personen (drei Staatenlose und einen Ungarn), deren Hintergrund nicht bekannt ist, nach Deutschland ab.⁴⁴⁹ Am liechtensteinischen Grenzabschnitt wurden im gleichen Monat zudem mindestens vier Juden aus dem ehemaligen Österreich von der «liechtensteinischen Grenzschutz» bei Tisis nach Deutschland überstellt, wobei nicht klar ist, ob mit liechtensteinischer Grenzschutz das liechtensteinische Polizeikorps oder die schweizerische Grenzschutz gemeint war.⁴⁵⁰ Einem der vier Juden gelang es später, nach Frankreich zu fliehen, wo er bis zur Besetzung durch die deutschen Truppen in Lyon wohnhaft war. Im September 1942 sah er sich erneut zur Flucht gezwungen, diesmal gelang es ihm, in die Schweiz zu entkommen.⁴⁵¹

Ende August 1939, als mit dem Beginn des Kriegs gerechnet wurde, waren die Eisenbahnzüge aus Vorarlberg in Richtung Schweiz stark besetzt. Neben Juden verliessen vorwiegend Engländer und Franzosen die «Ostmark», weil sie eine Grenzsperr oder sonstige Massnahmen befürchteten, die ihre Rückkehr verunmöglichen würden.⁴⁵² Insgesamt verzeichnete das Grenzschutzkorps im August mit 51 Grenzdelikten im gesamten Zollkreis bedeutend mehr Vorfälle als während der vorangegangenen Monate. Von den 51 illegal eingereisten Personen wurden 39 zurückgewiesen, zehn der Polizei übergeben und zwei als politische Flüchtlinge bezeichnet. Wiederum ist es nicht möglich, zu eruieren, wie viele von diesen Personen am liechtensteinischen Grenzabschnitt aufgegriffen wurden. Näheres ist einzig zur Rückweisung eines ungarischen Staatsangehörigen bekannt. Er war schriftenlos, da die Polizei in Budapest

⁴⁴⁷ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III Juli 1939, an Zollkreisdirektion III Chur, 7. 8. 1939, S. 3.

⁴⁴⁸ Ebd.

⁴⁴⁹ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1939/53–56.

⁴⁵⁰ VLA, BH-Fldk III-Pol 1939, Schachtel 1233, Nr. 300–500, Nr. 549, Gendarmeriestation Feldkirch an Landrat, 13. 7. 1939, Moritz Rolf Cisinsky, Moritz Adolf Brand, Kurt Rachwalski und Siegfried Fibach.

⁴⁵¹ AfZ, VSJF Dossier F.186, Fragebogen des VSJF, 10. 12. 1946. Das Schicksal der anderen drei Flüchtlinge konnte nicht geklärt werden.

⁴⁵² Stadtarchiv Feldkirch, Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 2, S. 139.

seinen Pass infolge seiner politischen Tätigkeit beschlagnahmt hatte. In der Nacht vom 4. August 1939 kam er bei Tisis schwarz über die Grenze. Auf der Strasse nach Vaduz entdeckten ihn schweizerische Grenzwächter und stellten ihn zurück. Mit Zustimmung der deutschen Grenzorgane unternahm der Ungare erneut den Versuch, die Grenze zu überschreiten. Diesmal kam er bis nach Schaan, dort hielten ihn liechtensteinische Polizisten in Zivil auf⁴⁵³ und brachten ihn an die Grenze zurück.⁴⁵⁴

Die schweizerische Grenzwehr wies zwischen Januar 1939 und Kriegsbeginn im gesamten Zollkreis III 195 Personen zurück, übergab sechzig den lokalen Polizeibehörden, verzeichnete sechs Deserteure sowie zwei politische Flüchtlinge und führte eine Person unter der Kategorie «Andere» auf.⁴⁵⁵ Tabelle 6 führt die Grenzaufgriffe an der liechtensteinischen Grenze von Januar 1939 bis Kriegsbeginn auf.

Tabelle 6: Aufstellung der dokumentierten Grenzaufgriffe im liechtensteinischen Grenzabschnitt zwischen Januar und 1. September 1939

Von der Grenzwehr oder der liechtensteinischen Polizei zurückgewiesen	47
An die liechtensteinische Polizei übergeben, weitere Verfahrensweise unbekannt	3

Quellen: Die Angaben beruhen auf der Auswertung der folgenden Quellenbestände: BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267; BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17; BAR, E 6351 (F) -/1, Monatsberichte des schweizerischen Grenzwachtkorps sowie LLA, V5/1938.

An der liechtensteinischen Grenze wurden mindestens 47 Personen zurückgewiesen und drei der liechtensteinischen Polizei übergeben. Es fällt auf, dass die meisten Aufgegriffenen direkt an der Grenze zurückgewiesen wurden. Allerdings sind auch diese Angaben sehr vorsichtig zu bewerten, da sie mit Sicherheit unvollständig sind.⁴⁵⁶

3.2.3 Die Grenzpraxis der liechtensteinischen und schweizerischen Behörden von Kriegsausbruch bis Kriegsende

In Erwartung des Kriegsbeginns wurde die Grenzbewachung sowohl auf liechtensteinischer wie auch auf deutscher Seite verstärkt. Die deutschen Zollbeamten erhielten bereits im August 1939 die Weisung, die Grenze «unauffällig verschärft» zu kontrollieren.⁴⁵⁷ Am 25. August 1939 richtete der Verstärkte Grenzaufsichtsdienst (VGAD) in Feldkirch einen Stützpunkt ein.

⁴⁵³ VLA, LGF, Vr 319/39, Gulyas Wilhelm. Aussage von Gulyas Wilhelm, o. D.

⁴⁵⁴ VLA, BH-Fldk III-Pol 1939, Schachtel 1232, Nr. 501–700, Gestapo Grenzpolizeiposten Vorarlberg, Vormerkung, 7. 8. 1939.

⁴⁵⁵ BAR, E 6351 (F) -/1, B. 603, Monatsberichte des Grenzwachtkommandos III, 1939.

⁴⁵⁶ Sie basieren auf den gesonderten Aufstellungen der Grenzwehr-Monatsberichte April und Juli 1939, Gerichtsfällen des Landgerichts Feldkirch, auf Einträgen des liechtensteinischen Gefangenenbuchs sowie auf Berichten der liechtensteinischen Polizei.

⁴⁵⁷ Stadtarchiv Feldkirch, Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 3, S. 238–243.

Am 4. September 1939 wurde der Grenzverkehr eingeschränkt.⁴⁵⁸ Angesichts des unmittelbar bevorstehenden Krieges wurde die liechtensteinische Hilfspolizei am 29. August 1939 als Ergänzung zur schweizerischen Grenzwehr zum Grenzschutz einberufen. Priorität hatte die Überwachung der Alpenübergänge.⁴⁵⁹ Zu diesem Zweck richtete die liechtensteinische Hilfspolizei im Steg einen Posten mit acht Mann ein, zwei weitere Hilfspolizisten wurden auf Gafadura stationiert. Von Schaanwald bis an den Rhein verrichteten weitere sechs Hilfspolizisten ihren Dienst.⁴⁶⁰ Am 22. September 1939 beschloss der schweizerische Bundesrat, die Grenze zwischen Liechtenstein und der Schweiz wieder kontrollieren zu lassen. An den Rheinbrücken überwachten nun Heerespolizisten den Grenzverkehr.⁴⁶¹

Nach Kriegsbeginn am 1. September 1939 waren nur noch vereinzelte Grenzdelikte zu verzeichnen. Vermutlich trug die strengere Grenzüberwachung dazu bei, dass weniger Fluchtversuche unternommen wurden. Die Grenzwehr deckte im Monat September 1939 im ganzen Zollkreis III lediglich dreizehn Grenzdelikte auf.⁴⁶² Mitte September wurden zwei Staatenlose und ein Mann aus Estland ins Gefängnis Vaduz eingeliefert. Alle drei wurden ohne Verzug nach Deutschland abgeschoben.⁴⁶³ Ferner ist für den 22. Oktober 1939 eine Rückweisung von zwei deutschen Juden durch die schweizerische Grenzwehr belegt. Die beiden hatten versucht, bei Tisis über die Grenze zu gelangen. Von der schweizerischen Grenzwehr auf deutsches Gebiet zurückgestellt, fielen sie der deutschen Grenzpolizei in die Hände, welche sie ins Gefangenhaus einwies.⁴⁶⁴ Abgesehen davon blieb es im liechtensteinischen Grenzgebiet bis im Dezember 1939 ruhig. Am 21. Dezember wurde aus dem Gefängnis in Vaduz ein dort inhaftierter staatenloser Ingenieur abgeschoben, vermutlich nach Feldkirch.⁴⁶⁵ Ende Dezember 1939 floh ein aus dem Arbeitslager Rodewald bei Hannover entwichener Kellner aus Wien bei Binzen illegal über die Grenze.⁴⁶⁶ Die Grenzwehr übergab ihn dem liechtensteinischen Sicherheitskorps, das ihn nach Buchs brachte. Von dort wurde er –

⁴⁵⁸ Stadtarchiv Feldkirch, Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 2, S. 143.

⁴⁵⁹ Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1939, S. 38, und LLA, RF 193/056, , 29. 8. 1939.

⁴⁶⁰ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel September-Diensteinteilung 1939.

⁴⁶¹ Siehe dazu Kapitel 2.3.1.1.

⁴⁶² BAR, E 6351 (F) -/1, B. 603, Monatsbericht Grenzwehrkommando III September 1939, an Zollkreisdirektion III Chur, 5. 10. 1939, S. 2.

⁴⁶³ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenbuch, Einträge 1939/65–67.

⁴⁶⁴ VLA, LGF, Vr 422/39, Erich Grusdat, Geheime Staatspolizei Grenzpolizeiposten Feldkirch an Staatsanwaltschaft Feldkirch, 23. 10. 1939. Das Dossier enthält auch Akten zu David Spott, der zusammen mit Grusdat geflohen war.

⁴⁶⁵ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenbuch, 1939/79 Alfred Zellinsky.

⁴⁶⁶ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Direktion des III. schweiz. Zollkreises an die Oberzolldirektion in Bern, 2. 1. 1939.

wie die 23 jüdischen Flüchtlinge Ende Juli 1938 – nach Basel überführt, wo ihn die Basler Polizei zur Ausreise nach Frankreich bei St. Louis an die Grenze stellte.⁴⁶⁷

Flucht von Kriegsgefangenen an die liechtensteinische Grenze – Reaktion der deutschen und liechtensteinischen Behörden

Im Unterschied zur Aufnahme von Deserteuren und Zivilflüchtlingen bestand zwischen Liechtenstein und NS-Deutschland ab August 1941 eine Absprache über die Behandlung der auf liechtensteinisches Gebiet geflohenen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen.⁴⁶⁸

Fluchtversuche von Kriegsgefangenen nach Liechtenstein werden ab 1940 aktenkundig. Die deutschen Zollbehörden versuchten solche Fluchten zu verhindern und errichteten im Frühjahr 1940 einen 14 Kilometer langen und 1,2 Meter hohen Stacheldrahtzaun vom Rhein bis zum Älple bei Frastanz. Nicht befestigt wurden das Grenztobel und der Felsen am Schellenberg, weil diese eine natürliche Grenzsperre bilden. Der Zaun wurde im Mai 1940 fertiggestellt, er musste aber ständig ausgebessert werden. Er erwies sich insbesondere als zu niedrig und wurde deshalb 1942 auf zwei bis 2,5 Meter erhöht.⁴⁶⁹ Da er aus Stacheldraht war, konnte er nicht mit einfachen Messern durchtrennt, sondern musste überklettert werden.⁴⁷⁰ Die abhaltende Wirkung des Zauns war gross:

«Dem jetzigen Grenzzaun ist es zweifellos mitzuverdanken, dass im Bezirk Feldkirch die Versuche, die grüne Grenze zu überschreiten, sicher nur selten gelungen sind. Als Erfolg konnte mehrmals festgestellt werden, dass Flüchtlinge entweder nachts am Zaun umkehrten, um dann bei Tag wieder einen Grenzübertritt zu versuchen, bei dem sie aufgegriffen wurden oder dass sie dem Zaun entlang gingen, um eine Lücke oder eine leicht ersteigbare Stelle zu suchen, wobei sie einem Posten in die Hände liefen.»⁴⁷¹

Die deutschen Grenzbeamten setzten alles daran, entwichene Kriegsgefangene aufzufinden, und gingen mit ihnen unzögerlich um: Ein Hilfszollbetriebsassistent erschoss im Juni 1941 an

⁴⁶⁷ StABS, Journal M 8 1938, T 269. Anhand dieses Falles wird im übrigen deutlich, dass die Aufzeichnungen der Grenzschutz nicht immer vollständig sind, denn der Dezember-Bericht verzeichnet keinen einzigen Übertritt auf liechtensteinisches Gebiet, BAR, E 6351 (F) -/1, B. 603, Monatsbericht Grenzschutzkommando III Dezember 1939, an Zollkreisdirektion III Chur, 6. 1. 1940.

⁴⁶⁸ Siehe Kapitel 2.3.2.

⁴⁶⁹ Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 241. Ein deutscher Grenzschutz erzählte einem Schweizer Kollegen im Herbst 1942, dass sie den Grenzzaun erhöhen und befestigen würden. Dabei betonte er aber, dass diese Massnahme nicht gegen die Schweizer, sondern gegen die Flucht von «inneren Feinden» gerichtet sei. NARA, RG 84, Legation Bern, Confidential Files 1940–49, Box 4, Vertraulicher Bericht an Secretary of State, 24. 10. 1942, Consul General Woods' Visit to Liechtenstein, fol. 2.

⁴⁷⁰ Dies berichtete beispielsweise eine Dreiergruppe jugoslawischer Kriegsgefangener aus Dornbirn am 27. 3. 1943. BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 842, Nr. 09687, Einvernahme durch Kantonspolizei, 28. 3. 1943.

⁴⁷¹ Feldkirch, Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 3, S. 242 f.

der Grenzaufsichtsstelle Tisis einen aufgegriffenen französischen Kriegsgefangenen.⁴⁷² Wurden Fluchtversuche bekannt, riegelten die deutschen Zollbeamten den Grenzraum ab, um den Übertritt auf liechtensteinisches Gebiet zu verhindern. So sperrten die Grenzbeamten beispielsweise in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai 1941 die deutsch-liechtensteinische Grenze von 21 Uhr bis 2 Uhr ab, weil sechs französische Kriegsgefangene aus dem Lager Felsenau entwichen waren.⁴⁷³ Der deutsche Zolldienst verhinderte zahlreiche Fluchtversuche: Im Grenzgebiet zu Liechtenstein verhaftete er im Jahr 1941 mindestens 284 entwichene Kriegsgefangene, zwischen Januar und Oktober 1942 532 sowie zwischen November 1942 und März 1943 nochmals 121 Kriegsgefangene.⁴⁷⁴

Trotz der von den deutschen Behörden ergriffenen Massnahmen gelang einzelnen Kriegsgefangenen die Flucht auf liechtensteinisches Staatsgebiet. Anfang Oktober 1940 konnten zwei aus München entflozene französische Kriegsgefangene bis nach Liechtenstein gelangen. Dort waren sie einstweilen im Gefängnis inhaftiert. Da die liechtensteinische Regierung nicht wusste, wie sie mit den geflohenen Franzosen verfahren sollte, gelangte Regierungschef Josef Hoop an die Eidgenössische Fremdenpolizei und schlug vor, die beiden Franzosen in der Schweiz auf Kosten Liechtensteins zu internieren.⁴⁷⁵ Auf Ersuchen der Fremdenpolizei übergab die liechtensteinische Polizei die beiden Franzosen der sanktgallischen Kantonspolizei in Buchs, von wo sie ins unbesetzte Frankreich gebracht wurden.⁴⁷⁶ Für den Umgang mit Kriegsgefangenen anderer Staatsangehörigkeit, namentlich Polen und Tschechen, wies Heinrich Rothmund, Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Liechtenstein «dringend» an, diese unverzüglich wieder über die Grenze zurückzuschieben.⁴⁷⁷ Die liechtensteinische Polizei hatte die von Bern gewünschte Praxis bereits bisher angewandt.⁴⁷⁸

⁴⁷² Ebd., S. 71. Von der Erschiessung eines Flüchtlings zu Beginn der vierziger Jahre berichtet auch der Grenzwächter Albert Kiechler, der zwischen 1941 und 1948 beim Grenzwachtposten Ruggell-Strasse tätig war. Interview mit Albert Kiechler, 14. 8. 2003.

⁴⁷³ Stadtarchiv Feldkirch, Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 3, S. 69.

⁴⁷⁴ Ebd., S. 104, 118, 132.

⁴⁷⁵ LLA, RF 201/208, Regierung an Eidg. Fremdenpolizei, 11. 10. 1940 (falsch datiert mit 11. 1. 1940). Zu den beiden Kriegsgefangenen siehe die Einträge im Buch des Gefangenenhauses Vaduz. Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, Einträge 1940/52 und 1940/53.

⁴⁷⁶ LLA, RF 201/208, Eidg. Polizeiabteilung an Regierung, 18. 10. 1940.

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Regierungschef Hoop führte folgendes aus: LLA, RF 201/208, Regierung an die Eidg. Polizeiabteilung, 21. 10. 1940.

Zwischen Oktober 1940 und Juli 1941 gelangten mindestens 34 entflozene Kriegsgefangene nach Liechtenstein; sie wurden – vermutlich von der liechtensteinischen Polizei – zuerst ins Gefängnis in Vaduz und von dort nach Buchs gebracht.⁴⁷⁹

Mitte 1941 erfuhr die bestehende Praxis im Umgang mit Kriegsgefangenen eine bedeutende Änderung. Die deutschen Behörden rangen der liechtensteinischen Regierung im August 1941 das Versprechen ab, die an die liechtensteinische Grenze gelangten französischen Kriegsgefangenen auf deutsches Gebiet zurückzustellen und den deutschen Grenzbehörden zu übergeben.⁴⁸⁰ Infolgedessen brach die Serie der Überstellungen ins liechtensteinische Gefängnis ab; nach Juli 1941 wurden dort keine Überweisungen von französischen Kriegsgefangenen nach Buchs mehr aktenkundig.⁴⁸¹

Wenige Monate nach Abschluss dieser Vereinbarung beklagte sich der Leiter der auslanddeutschen NSDAP Friedrich Bock bei der liechtensteinischen Regierung, dass die schweizerische Grenzschutz Kriegsgefangene nach wie vor in die Schweiz überstelle. Weder die Regierung noch der Chef des liechtensteinischen Sicherheitskorps, Wachtmeister Brunhart, wussten davon.⁴⁸² Nun zeigte sich, dass in Liechtenstein und in der Schweiz unterschiedliche Auffassungen bestanden, was die Entscheidungskompetenz hinsichtlich der an die liechtensteinische Grenze gelangten Flüchtlinge betraf. Der von Regierungschef Hoop kontaktierte Grenzschutzsektionschef Denoth stellte sich auf den Standpunkt, dass die Grenzschutz an die Weisungen der ihr vorgesetzten Behörde gebunden sei,⁴⁸³ worauf Hoop das EPD bat, bei der Umsetzung der Vereinbarung mit Deutschland behilflich zu sein.⁴⁸⁴ Im Mai 1942 erhielt die Regierung wieder Nachricht von einem Gefangenen, der angeblich von der schweizerischen Grenzschutz direkt nach Buchs gebracht worden war, weshalb der Regierungschef die Angelegenheit den Polizeibehörden in Bern unterbreitete. Der Sachverhalt wurde dort als nicht eindeutig eingestuft, weshalb Ende Juni 1942 eine Konferenz organisiert wurde.⁴⁸⁵ Die Berner Behörden liessen sich mit der Beratung der Konferenzergebnisse viel

⁴⁷⁹ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch 1940 und 1941.

⁴⁸⁰ Zur Vereinbarung siehe Kapitel 2.3.2.

⁴⁸¹ Einzig im Oktober 1942 wurden nochmals drei französische Kriegsgefangene ins Gefängnis eingeliefert. Die Regierung liess sie jedoch nicht nach Buchs überstellen, sondern behielt sie während mehrerer Monate in Haft. Zum Schicksal dieser drei Kriegsgefangenen siehe unten.

⁴⁸² LLA, RF 206/142, Amtsvermerk Hoop, 8. 10. 1941.

⁴⁸³ Ebd.

⁴⁸⁴ LLA, RF 206/142, liechtensteinische Regierung an deutsches Generalkonsulat in Zürich, 13. 8. 1942.

⁴⁸⁵ LLA, RF 206/142, handschriftlicher Vermerk von Hoop, 10. 5. 1942 und 19. 5. 1942. An der Besprechung, die am 22. 6. 1942 stattfand, nahmen Jezler, Schürch, Hoop und Vogt teil. LLA, RF 206/142, Amtsvermerk vom 22. 6. 1942. Über die erfolgten Schritte informierte Hoop jeweils die Feldkircher Gestapobeamten Hübner und Kriener. LLA, RF 206/142, handschriftlicher Vermerk, 21. 5. 1942.

Zeit, noch im August 1942 wartete Liechtenstein auf eine Antwort. Dagegen erhielt Vaduz im August desselben Jahres ein Beschwerdeschreiben des deutschen Konsulats für Liechtenstein, das die Umsetzung der Abmachung als ungenügend bezeichnete:

«Wie das Oberkommando der deutschen Wehrmacht nunmehr mitteilt, konnte eine praktische Auswirkung dieser Zusage bisher nicht beobachtet werden, im Gegenteil sind Fälle bekannt geworden, in denen die liechtensteinische Regierung ihre Zusage offensichtlich nicht erfüllt hat.»⁴⁸⁶

Die schweizerische Grenzwehr habe von ihr aufgegriffene Kriegsgefangene in die Schweiz entweichen lassen, was der Regierung bestimmt nicht verborgen geblieben sei.⁴⁸⁷ Die liechtensteinische Regierung schob die Verantwortung den schweizerischen Behörden zu:

«Wie Sie [...] zu ersehen belieben, hat die fürstliche Regierung den Willen, die der Reichsregierung abgegebene Erklärung über die Rückstellung französischer Kriegsgefangener strikte einzuhalten und es ist der bei den Eidgenössischen Behörden bestehenden Unklarheit der Rechtslage zuzuschreiben, dass in einzelnen Fällen die Erklärung nicht eingehalten werden konnte.»⁴⁸⁸

Nun drängte die Regierung bei den Berner Behörden auf eine rasche Klärung der offenen Punkte⁴⁸⁹ und forderte besondere Instruktionen für die in Liechtenstein stationierten Grenzwächter.⁴⁹⁰

Die schweizerische Grenzwehr führte jedoch zumindest bis im August 1942 ihre bisherige Praxis fort. Vier am 9. August 1942 in Nendeln angehaltene Kriegsgefangene brachte ein Grenzwächter in Zivil direkt nach Buchs. Liechtensteinische Nationalsozialisten hatten von der Flucht erfahren und gingen den Kriegsgefangenen entgegen, vermutlich mit dem Ziel, diese eigenhändig nach Deutschland zurückzuschaffen. Da aber ein schweizerischer Grenzwächter dabei war, zogen sie sich zurück.⁴⁹¹

Mitte September akzeptierten die schweizerischen Behörden die Forderungen der liechtensteinischen Regierung doch noch. Das EPD teilte nunmehr mit,

«dass die schweizerischen Grenzwachstorgane Weisung erhielten, entwichene französische Kriegsgefangene, die auf liechtensteinischem Gebiet aufgegriffen werden, auf die Tatsache des Betretens liechtensteinischen Hoheitsgebietes und auf die damit verbundenen Folgen aufmerksam zu machen. Kriegsgefangene, die sich nicht zur Umkehr entschliessen, werden von den Grenzwachorganen der liechtensteinischen Polizei dadurch zur Verfügung gehalten, dass diese die in Betracht kommenden

⁴⁸⁶ LLA, RF 206/142, deutsches Konsulat für das Fürstentum Liechtenstein an Regierungschef Hoop, 11. 8. 1942.

⁴⁸⁷ Ebd.

⁴⁸⁸ LLA, RF 206/142, Regierung an deutsches Konsulat für das Fürstentum Liechtenstein, 13. 8. 1941.

⁴⁸⁹ LLA, RF 206/142, Regierung an EJPD (R. Jezler), 13. 8. 1942.

⁴⁹⁰ LLA, RF 206/142, Regierung an EPD, 17. 8. 1942.

⁴⁹¹ LLA, V5/1942/969, Amtsvermerk Eberle (Sicherheitskorps), 15. 8. 1942.

liechtensteinischen Polizeiorgane zur sofortigen weiteren Veranlassung unverzüglich verständigen werden.»⁴⁹²

Infolgedessen instruierte die liechtensteinische Regierung das liechtensteinische Sicherheitskorps, von Grenzwächtern übernommene Kriegsgefangene direkt den deutschen Grenzorganen zu übergeben.⁴⁹³ Parallel dazu erliess auch die Oberzolldirektion spezielle Weisungen für die Grenzwächter in Liechtenstein. Zurückzuweisen waren demnach mit Ausnahme von politischen Flüchtlingen und Deserteuren alle Personen, die ohne gültiges Visum an die liechtensteinisch-deutsche Grenze gelangt waren, also auch Kriegsgefangene.⁴⁹⁴

Der Wortlaut der schweizerischen Weisung war den deutschen Behörden zu wenig eindeutig. Sie verlangten insbesondere die explizite Verpflichtung zur Übergabe an die deutschen Behörden und die Gültigkeit der Abmachung für Gefangene aller Nationalitäten. Es folgten erneut Besprechungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein, deren Resultate nicht schriftlich überliefert sind. Auffallend ist aber der sich Ende Dezember 1942 abzeichnende Kurswechsel der liechtensteinischen Regierung: Sie ging auf die deutschen Forderungen nicht mehr bedingungslos ein, sondern machte geltend, dass sie aus Arbeitsmarktgründen mittlerweile daran interessiert sei, einzelne Kriegsgefangene in Liechtenstein zurückzubehalten. Immerhin garantierte sie, die Gefangenen nicht in die Schweiz zu überweisen.⁴⁹⁵ Die Vorschläge vermochten die deutschen Behörden nicht zu überzeugen, sie beharrten weiterhin auf ihren Forderungen.⁴⁹⁶

Am 3. Januar 1943 ereignete sich ein für Vaduz unangenehmer Zwischenfall. Zwei von den drei im Gefängnis in Vaduz festgehaltenen Kriegsgefangenen gelang die Flucht in die Schweiz.⁴⁹⁷ Die Kriegsgefangenen hatten sich seit dem 5. Oktober 1942 in liechtensteinischer Haft befunden, da sich die liechtensteinische Regierung offensichtlich nicht hatte entschliessen können, sie entweder in die Schweiz oder nach Deutschland zu überweisen.⁴⁹⁸ Von der Flucht in Kenntnis gesetzt, verlangte Regierungschef Hoop umgehend die Rückführung der beiden Franzosen an Liechtenstein, was die Eidgenössische Polizeiabteilung aber entschieden

⁴⁹² LLA, RF 206/142, EPD an Regierung, 14. 9. 1942.

⁴⁹³ LLA, RF 206/142, Regierung an deutsches Generalkonsulat, 23. 9. 1942.

⁴⁹⁴ BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 522, Grenzwachtkorps des III. Schweiz. Zollkreises, Sektoroffizier I an Oberzolldirektion, 26. 11. 1942.

⁴⁹⁵ LLA, RF 206/142, Regierung an deutsches Generalkonsulat, 28. 12. 1942.

⁴⁹⁶ LLA, RF 206/142, deutsches Generalkonsul an Regierung, 29. 1. 1943.

⁴⁹⁷ Zum Vorgang der Flucht siehe LLA, RF 206/142, Amtsvermerk, 12. 1. 1943, und «Aeusserung», 14. 1. 1943.

⁴⁹⁸ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, Einträge 1942/40, 1942/41 und 1942/42.

ablehnte.⁴⁹⁹ Der dritte Franzose wurde Mitte Januar 1943 als Knecht im Bürgerheim Vaduz angestellt⁵⁰⁰, was die deutschen Behörden zuerst kritisierten. Sie bestanden weiterhin auf die Überstellung nach Deutschland. Schliesslich stimmten auch sie dem Verbleib des mittlerweile als Knecht arbeitenden Franzosen in Liechtenstein zu, forderten im Gegenzug aber die lückenlose Anwendung der Vereinbarung aus dem Jahr 1941. Die liechtensteinische Regierung wünschte jedoch, auf die Ausdehnung der Vereinbarung auf alle Nationalitäten zu verzichten.⁵⁰¹ In mehreren Besprechungen mit dem deutschen Generalkonsul Hermann Voigt legte die liechtensteinische Regierung dar, dass sie wegen der schweizerischen Einwände die Abmachung nicht genau nach den deutschen Vorstellungen umsetzen könne. Der Nachfolger von Voigt, Karl Dienstmann, gelangte im November 1943 zur Einsicht, dass die liechtensteinischen Behörden wirklich keinen Handlungsspielraum in ihrer Praxis an der Grenze hätten und es deshalb keinen Sinn mache, von Liechtenstein andere Zusagen zu erzwingen.⁵⁰² Vermutlich überzeugten die Darlegungen des Konsuls seine vorgesetzte Behörde, jedenfalls war in dieser Angelegenheit nichts mehr zu vernehmen.

Ob und wie viele französische Kriegsgefangene an der liechtensteinischen Grenze zurückgewiesen wurden, muss offen bleiben. Wenn bis heute kein einziger Fall eines zurückgewiesenen französischen Kriegsgefangenen dokumentiert ist, so ist dies angesichts der wenigen erhaltenen Dokumente kein Beleg dafür, dass keiner der nach Liechtenstein entkommenen französischen Kriegsgefangenen zurückgewiesen wurde.⁵⁰³

Aus den beharrlichen Vorsprachen in Bern und den Anweisungen an die liechtensteinische Polizei geht jedenfalls hervor, dass die Regierung des Fürstentums bis wenigstens im Herbst 1942 gewillt war, das inhumane Abkommen verbal umzusetzen.⁵⁰⁴ Erst aufgrund der offenkundigen schweizerischen Widerstände versuchte Liechtenstein ab Ende 1942 die mit Deutschland getroffene Vereinbarung nicht mehr zu erfüllen.

⁴⁹⁹ LLA, RF 206/142, Eidg. Polizeiabteilung an Regierungschef, 24. 2. 1943.

⁵⁰⁰ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1943/3 Elie Brisse.

⁵⁰¹ LLA, RF 206/142, Amtsvermerk vom 29. 10. 1943.

⁵⁰² PA/AA, Gesandtschaft Bern, Bd. 2837, Generalkonsul Dienstmann an Auswärtiges Amt Berlin, 4. 11. 1943.

⁵⁰³ Zur Tätigkeit der Grenzwatch an der deutsch-liechtensteinischen Grenze sind zwischen 1940 und 1945 keine eigenen Überlieferungen vorhanden, und zudem weisen die Bestände der liechtensteinischen Polizei grosse Lücken auf.

⁵⁰⁴ Im Herbst 1942 erklärte Hoop dem zu Besuch weilenden englischen Generalkonsul, dass nach Liechtenstein fliehende Kriegsflüchtlinge schnell in die Schweiz und von dort nach Frankreich überbracht würden. NARA, RG 84, Legation Bern, Confidential Files 1940–49, Box 4, Vertraulicher Bericht an Secretary of State, 24. 10. 1942, Consul General Woods' Visit to Liechtenstein, fol. 2. Der Darstellung von Woods widersprechen aber die von der Regierung Ende September 1942 dem Sicherheitskorps erteilten Weisungen, wonach aufgegriffene Kriegsgefangene den deutschen Behörden zu übergeben seien.

Diskussionslos zurückgewiesen wurden an der liechtensteinischen ebenso wie an der schweizerischen Grenze polnische und tschechische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.⁵⁰⁵ Drei aus den Solvay-Werken bei Buchenau/Thüringen geflüchtete und bis an die liechtensteinische Grenze gelangte polnische Kriegsgefangene wies die schweizerische Grenzwehr am 23. August 1941 nach Deutschland zurück, worauf die Gestapo sie verhaftete. Den drei Polen wurde vorgeworfen, sie hätten sich in der Schweiz der polnischen Legion anschliessen und so gegen Deutschland kämpfen wollen. Der zweite Senat des Volksgerichtshofes verurteilte sie im August 1942 wegen «Schädigung des Wohls des deutschen Volkes und landesverräterischer Feindbegünstigung» zum Tod.⁵⁰⁶

In den – sehr lückenhaften – Akten der schweizerischen und liechtensteinischen Grenz- respektive Polizeibehörden konnten keine eindeutigen Hinweise auf weitere Rückweisungen von osteuropäischen Kriegsgefangenen durch die Grenzwehr oder die liechtensteinische Polizei gefunden werden. In den Gefangenenbüchern des liechtensteinischen Gefängnisses scheinen zwischen 1940 und 1942 immerhin mehrere Einträge von Osteuropäern auf, die für kurze Zeit im Gefangenenhaus inhaftiert waren und danach nach Feldkirch ausgeschafft wurden. Es könnte sein, dass es sich dabei um entflozene Kriegsgefangene handelte.

Verfahren mit an der liechtensteinischen Grenze aufgegriffenen Flüchtlingen

Flüchtlinge, die an der liechtensteinisch-deutschen Grenze von schweizerischen Grenzwächtern aufgegriffen wurden, wurden mit Ausnahme der Kriegsgefangenen⁵⁰⁷ gemäss den schweizerischen Bestimmungen behandelt. Die folgende Fallgeschichte illustriert das übliche Verfahren bei mutmasslichen politischen Flüchtlingen und Deserteuren: Der deutsche Staatsangehörige Georg Pittner, der als Sohn einer Schweizerin in der Schweiz aufgewachsen war, war in die Wehrmacht einberufen worden. Als er im April 1943 für einige Wochen in Tirol war, nutzte er die Gelegenheit zur Flucht. Er gelangte mit der Bahn bis nach Feldkirch, marschierte nach Frastanz und kam schliesslich über den Sarojasattel ins liechtensteinische Planken, wo ihn ein schweizerischer Grenzwächter entdeckte. Dieser begleitete Pittner bis zur Rheinbrücke nach Buchs, wo er ihn der Heerespolizei übergab.⁵⁰⁸ In der Schweiz wurde Pittner interniert.⁵⁰⁹

⁵⁰⁵ LLA, RF 201/208, Regierung an die Eidg. Polizeiabteilung, 21. 10. 1940.

⁵⁰⁶ Egger, Grenze, 1985, S. 254, und BArch, R 3017, ORA/VGH/66.

⁵⁰⁷ Siehe dazu den Abschnitt «Flucht von Kriegsgefangenen an die liechtensteinische Grenze».

⁵⁰⁸ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 848, Nr. 9755, Kantonspolizei St. Gallen Einvernahmeprotokoll, 15. 4. 1943.

⁵⁰⁹ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 848, Nr. 9755, Internierungsbeschluss der Eidg. Polizeiabteilung, 6. 5. 1943.

Den Entscheid über Aufnahme oder Rückweisung fällten die schweizerischen Behörden. Die Grenzwachtbeamten nahmen, wenn sie einen Flüchtling aufgriffen, jeweils mit der schweizerischen Heerespolizei Rücksprache, die daraufhin entschied, ob sie den Flüchtling übernahm oder nicht.⁵¹⁰ Flüchtlinge, die aufgrund der Weisungen zumindest vorübergehend aufgenommen wurden, überstellte die Grenzwacht ab Anfang der vierziger Jahre⁵¹¹ in der Regel direkt der schweizerischen Heerespolizei in Buchs,⁵¹² obwohl die Grenzwacht im liechtensteinischen Gebiet keine polizeilichen Kompetenzen besass und sich darauf hätte beschränken müssen, die Flüchtlinge nach Buchs zu weisen.⁵¹³ Das Vorgehen der Grenzwacht in den vierziger Jahren bedeutete eine Praxisänderung im Vergleich zum Verfahren von 1938 und 1939, als sie die Flüchtlinge zumindest zeitweise der liechtensteinischen Polizei übergab.

In der Schweiz prüften die Behörden die Fluchtgründe und entschieden über das weitere Vorgehen. Erachteten sie die Gründe des Eingereisten zur Aufnahme für nicht ausreichend, liessen sie ihn wieder ausschaffen, oft über liechtensteinisches Gebiet. So beim deutschen Willy Mangelberger, der angab, im Gefängnis in Regensburg wegen Fahnenflucht inhaftiert gewesen zu sein.⁵¹⁴ Er floh bis nach Vorarlberg und gelangte über die Dreischwestern nach Liechtenstein. Er wurde am 21. Juli 1941 in Schaan verhaftet und ins liechtensteinische Gefängnis, danach nach St. Gallen gebracht.⁵¹⁵ Die schweizerischen Behörden glaubten Mangelbergers Aussagen aber nicht und beschlossen seine Ausschaffung. Die Eidgenössische Polizeiabteilung hielt Mangelberger für eine «liederliche und asoziale Person», die sich in die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland nicht einordnen lasse.⁵¹⁶ Mangelberger wurde am 6. August erneut ins liechtensteinische Gefängnis überwiesen und gleichentags nach Feldkirch abgeschoben.⁵¹⁷

⁵¹⁰ Interview mit Albert Kiechler, 14. 8. 2003.

⁵¹¹ Es ist nicht bekannt, seit wann die Flüchtlinge direkt nach Buchs überführt wurden. Jedenfalls datiert die letzte Überweisung eines Flüchtlings durch die schweizerische Grenzwacht an das liechtensteinische Sicherheitskorps auf Ende Dezember 1939.

⁵¹² BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Protokoll der Konferenz vom 6. 4. 1945 in Bern, S. 4. Beispiele von Personen, die von Grenzwächtern nach Buchs überführt wurden: BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 17, Nr. 03578, Franz Fischer, politischer Flüchtling; BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 140, Nr. 03273, Kantonspolizei St. Gallen, 9. 5. 1942, August und Ludmilla Merta, politische Flüchtlinge, und BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 1074, Nr. 12446, Eugen Kaminsky, politischer Flüchtling.

⁵¹³ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 62, Protokoll der Konferenz vom 6. 4. 1945 in Bern, S. 4.

⁵¹⁴ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 94, Nr. 2694, Einvernahme auf dem Zentralposten der Kantonspolizei St. Gallen, 23. 7. 1941.

⁵¹⁵ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1941/64 Willy Mangelberger.

⁵¹⁶ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 94, Nr. 2694, Eidg. Polizeiabteilung an Polizeikommando St. Gallen, 23. 7. 1941.

⁵¹⁷ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1941/68 Willy Mangelberger.

Griff die liechtensteinische Polizei illegal einreisende Personen auf, nahm die liechtensteinische Regierung zumindest in Einzelfällen – sofern sie nicht ohnehin Rückweisung beschloss – Rücksprache mit den schweizerischen Behörden. Dies war bei Jonas Koskas der Fall. Koskas stammte ursprünglich aus Petersburg, wohnte später in Warschau, wo er Kontakt zu Kommunisten hatte und Schriftleiter einer polnischen Zeitung wurde. Seinen Angaben zufolge waren Anfang März 1941 einige Mitarbeiter verhaftet worden, weshalb er aus Furcht, das gleiche Schicksal zu erleiden, die Flucht ergriff. Er fuhr mit der Bahn bis nach Feldkirch, von wo aus er zu Fuss bei Schaanwald über die grüne Grenze gelangte. Zwischen Nendeln und Schaan wurde er verhaftet und ins liechtensteinische Gefängnis eingeliefert. Die liechtensteinische Regierung fragte die schweizerischen Behörden an, ob die Schweiz ihn übernehmen würde. Da die Schweiz dies ablehnte, erteilte die liechtensteinische Regierung dem Sicherheitskorps den Auftrag, Koskas nach Deutschland auszuschaffen. Zwischen Schaan und Nendeln blieb der betreffende liechtensteinische Polizist jedoch etwas weit zurück. Koskas nutzte diese Unachtsamkeit und entwich. Er schaffte es bis an die Schweizer Grenze, wo ihn Schweizer Soldaten verhafteten.⁵¹⁸ Der Fall Koskas zeigt auf, wie sich die liechtensteinische Regierung verhielt, wenn die Schweiz einen Flüchtling, den Liechtenstein nicht aufnehmen wollte, ebenfalls nicht übernehmen wollte.

Praxisänderung: Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen ab Juli 1944

Gegen Kriegsende nahm die Schweiz eine Kursänderung ihrer bisherigen Flüchtlingspolitik vor. Mit Weisung vom 12. Juli 1944 waren nun alle an «Leib und Leben» gefährdeten Personen aufzunehmen; damit wurden jüdische Flüchtlinge erstmals offiziell als gefährdet anerkannt.⁵¹⁹ Diese Weisung wurde auch an der liechtensteinisch-deutschen Grenze umgesetzt. Im Juli 1944 floh eine deutsche Jüdin aus Köln mit ihren beiden Kindern, die als Mischlinge ersten Grades galten, über die Alpen nach Liechtenstein. Die Frau gab an, Anfang 1944 neuen Verfolgungsmassnahmen ausgesetzt gewesen zu sein und gleichzeitig durch den Luftkrieg alles verloren zu haben. In Liechtenstein wurde sie am 29. Juli 1944 von Grenzwächtern entdeckt und mit ihren Kindern dem sanktgallischen Polizeiposten Sennwald mit der Begründung übergeben, es handle sich um Flüchtlinge, die wegen ihrer «Rassezugehörigkeit» verfolgt würden.⁵²⁰

⁵¹⁸ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 87, Nr. 2590, Polizeikommando St. Gallen, Posten St. Gallen, 27. 3. 1941.

⁵¹⁹ Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 293–296.

Durch deutsche Grenzbehörden verhinderte Fluchten von Zivilflüchtlingen 1939–1945

Hatten die deutsch-österreichischen Behörden 1938 noch versucht, die jüdische Bevölkerung über die deutsch-liechtensteinische Grenze abzuschieben, so gingen sie später dazu über, Fluchtversuche von jüdischen Flüchtlingen und auch anderen Zivilflüchtlingen zu verhindern.⁵²¹ So gelang es den deutschen Grenzbehörden ab Ende 1938 in mehreren Fällen, die Flucht nach Liechtenstein zu unterbinden.⁵²² Sehr tragisch verlief der missglückte Fluchtversuch der holländischen Jüdin Elisabeth Sloves und ihres nichtjüdischen Freundes Eduard Roth, Wehrmachtsangehöriger in den Niederlanden. Die beiden hatten sich Mitte 1940 in Rotterdam kennengelernt. Ende 1940 entschloss sich das Paar, das ein Kind erwartete, zur Flucht.⁵²³ In Tosters wurden sie von der deutschen Grenzaufsichtsstelle entdeckt und nach Feldkirch überstellt.⁵²⁴ In einem unbeaufsichtigten Moment schoss der verzweifelte Roth mit seiner Pistole auf Sloves und tötete sich danach selbst. Sloves überlebte die Verletzung, was danach mit ihr geschah, ist jedoch nicht bekannt.⁵²⁵ Sloves und Roth waren kein Einzelfall. Zumindest zwei weitere Flüchtlinge begingen Selbstmord, weil die deutschen Behörden sie nicht nach Liechtenstein ausreisen liessen.⁵²⁶

Grenzsicherungsmassnahmen und fremdenpolizeiliches Verfahren am Kriegsende

Die liechtensteinische Regierung erwartete 1943, dass der Krieg wieder näher an die eigene Grenze rücken würde, und befürchtete insbesondere, dass ein grosser Flüchtlingsstrom Ruhe und Ordnung gefährden könnte. Aus diesem Grund begann sie Mitte 1943, die Hilfspolizei auszubauen.⁵²⁷ Die Ausbildung der neuen Hilfspolizisten war im August 1944 so weit

⁵²⁰ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 1197, Nr. 13913, Einvernahme Posten Buchs Bahnhof an Ter.kdo Kreis Sargans, 31. 7. 1944.

⁵²¹ Siehe beispielsweise VLA, LGF, Vr 816/38.

⁵²² Siehe mehrere Fälle in den Akten des Landgerichtes Feldkirch, VLA, LGF, Vr 1938–1941.

⁵²³ VLA, LGF, Vr 5/1941, Sloves Elisabeth, Roth Eduard, Staatliche Kriminalpolizei Kriminalkommissariat Feldkirch, 12. 12. 1940.

⁵²⁴ VLA, LGF, Vr 5/1941, Sloves Elisabeth, Roth Eduard, Staatliche Kriminalpolizei Kriminalkommissariat Feldkirch, Meldung, 11. 12. 1940.

⁵²⁵ Zum Aufgriff von Roth und Sloves siehe auch den Eintrag in der Chronik des Hauptzollamts Feldkirch, Bd. 3, S. 52. «Aufgriff eines fahnenflüchtigen Soldaten, der in Begleitung einer Jüdin versuchte, in die Schweiz zu gelangen. Festnahme durch Männer der Grenzaufsichtsstelle Tosters unweit der Grenze. Selbstmord des Fahnenflüchtigen nach seiner Festnahme.»

⁵²⁶ VLA, BH-Fldk III-Pol 1938, Schachtel 1227, Nr. 1–150, Gendarmeriepostenkommando Feldkirch Vorarlberg E. Nr. 3309 an Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, 13. 11. 1938.

⁵²⁷ LLA, RF 220/311, Wortlaut der «Kundmachung» vom 28. 7. 1943: «Je näher der Krieg unseren Grenzen kommt, umso grösser ist die Gefahr, dass auch unser Land in irgendwelcher Form in Mitleidenschaft gezogen wird. Da im besonderen leicht Ereignisse eintreten können, die die Aufrechterhalt [sic] von Ruhe und Ordnung erschweren (Flüchtlinge, Katastrophen wegen Bombenabwürfen etc.) sieht sich die fürstliche Regierung veranlasst, in jeder Gemeinde eine

fortgeschritten, dass sie zur Instruktion für die Grenzbewachung durch einen Grenzwachtfunktionär bereit waren.⁵²⁸ Die Direktion des III. schweizerischen Zollkreises war damit einverstanden, diese Aufgabe zu übernehmen, wollte aber die Zusicherung, dass die Öffentlichkeit nichts von der engen Zusammenarbeit erfahren würde, die liechtensteinische Presse also nichts darüber verlauten liess.⁵²⁹ In Fragen der Grenzsicherung war die Hilfspolizei dem Grenzwachtkommando unterstellt.⁵³⁰

In der zweiten Aprilhälfte 1945 setzte der seit längerem erwartete Flüchtlingsstrom aus Vorarlberg ein; am 22. April sperrte der schweizerische Bundesrat die Ostgrenze. Nur St. Margrethen und der Übergang Schaanwald-Buchs blieben geöffnet.⁵³¹ Die schweizerische Grenzwacht und die liechtensteinische Hilfspolizei wurden von der Grenzwachtrekrutenschule Liestal unterstützt.⁵³²

Viele Flüchtlinge versuchten entlang der übrigen Grenze nach Liechtenstein zu gelangen. Ehemalige Fremdarbeiter und Kriegsgefangene wurden an den offiziellen Grenzübergang Schaanwald verwiesen, dagegen wurden ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Gruppierungen kategorisch zurückgewiesen.⁵³³ Die in Schaanwald ankommenden Flüchtlinge wurden von der Grenzwacht kontrolliert und – sofern diese den Fluchtgrund anerkannte – per Bahn nach Buchs ins Quarantänelager gebracht. Gemäss Aufstellungen der liechtensteinischen Regierung überschritten zwischen dem 25. April und dem 2. Mai rund 7370 Menschen die liechtensteinische Grenze bei Schaanwald.⁵³⁴ Nach Nationen aufgeschlüsselt waren dies 3424 Franzosen, 1234 Russen, 759 Polen, gegen 300 Holländer, Italiener und Griechen, 156 Schweizer und 123 Liechtensteiner. Am meisten Einreisen – nämlich 2950 – waren am 2. Mai zu verzeichnen.⁵³⁵ Da der Andrang enorm war, bildete sich auf Vorarlberger Seite eine grosse Menschenansammlung, und es kam an diesem Tag fast zu einem Sturm auf die Grenze. Die in Tisis wartende Menge durchbrach die auf deutschem Gebiet aufgestellten Abschränkungen und drang bis an die liechtensteinische Grenze vor. Die schweizerische Grenzwacht befürchtete,

Ordnungsmannschaft aufzustellen, die neben der Polizei und Hilfspolizei nötigenfalls über die öffentliche Sicherheit wachen.»

⁵²⁸ LLA, RF 220/311, liechtensteinische Regierung an Zollkreisdirektion, 2. 8. 1944.

⁵²⁹ LLA, RF 226/250, Direktion III. Zollkreis an liechtensteinische Regierung, 12. 9. 1944.

⁵³⁰ LLA, Hilfspolizei, Aktenbündel, Amtsvermerk vom 25. 10. 1944.

⁵³¹ Wyss, Eidgenössisches Grenzwachtkorps, 3/1971 (Juni), 23. Fortsetzung, S. 95.

⁵³² Geiger, Brandung, 1998, S. 60.

⁵³³ Wyss, Eidgenössisches Grenzwachtkorps, 6/1971 (Dezember), 25. Fortsetzung, S. 230.

⁵³⁴ LLA, RF 230/043. Die Zahl errechnet sich aus den täglichen Aufstellungen über Grenzverkehr bei Schaanwald vom 25. 4. bis zum 2. 5. 1945.

⁵³⁵ LLA, RF 230/043, Grenzübertritte in Schaanwald am 2. 5. 1945.

dass auch die Hindernisse auf liechtensteinischem Gebiet dem Druck der Menschenmenge nicht standhalten würden.⁵³⁶ Sie wollte das Durchbrechen unbedingt verhindern, weil sich unter der Menschenmenge einige «unerwünschte» Personen befanden, so Mitglieder der Vichyregierung und österreichische Kollaborateure, die in ihrem Auto angeblich grosse Vermögenswerte mit sich führten.⁵³⁷ Schliesslich erwiesen sich die Befürchtungen als unbegründet – der 2. Mai verlief ohne weitere Zwischenfälle.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 erreichte ferner eine Kompanie nationalrussischer Soldaten, die in der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, via Nofels die liechtensteinische Grenze. Oberst Wyss von der schweizerischen Grenzwacht, Fürst Franz Josef II. sowie die liechtensteinische Regierung kamen sogleich nach Schellenberg, um das weitere Vorgehen zu beraten. Sie beschlossen die vorübergehende Internierung der Soldaten.⁵³⁸ Gleichzeitig mit den ehemaligen Wehrmachtsoldaten hatten auch einige Zivilflüchtlinge die liechtensteinische Grenze überschritten. Diese wurden anderntags bei Schaanwald nach Deutschland zurückgestellt.⁵³⁹

Die kurzzeitige Betreuung von mehreren tausend Menschen bei Kriegsende stellte eine beträchtliche organisatorische Herausforderung dar. Besonders eingeprägt haben sich in das kollektive Gedächtnis Bilder von Pfadfindern und Fürstin Gina, die die Flüchtlinge an der Grenze Liechtensteins betreuten.⁵⁴⁰

3.3 Fluchthilfe in und über Liechtenstein

In diesem Unterkapitel stehen jene Menschen im Zentrum, die entgegen den geltenden Bestimmungen den Flüchtlingen halfen, über liechtensteinisches Gebiet in die Schweiz zu gelangen, und sie so vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten retteten. Wie überall an der schweizerischen Ostgrenze⁵⁴¹ arbeiteten auch am deutsch-liechtensteinischen Grenzabschnitt Netzwerke von Fluchthelfern, die regelmässig und in grösserem Stil Flüchtlinge über die Grenze schmuggelten. Daneben haben auch einzelne Liechtensteiner und in

⁵³⁶ Wyss, Eidgenössisches Grenzwachtkorps, 6/1971 (Dezember), 25. Fortsetzung, S. 230.

⁵³⁷ Ebd. Bereits am 24. 4. 1945 hatten Pierre Laval, der Ministerpräsident der Vichy-Regierung, sowie zwei seiner Kabinettsmitglieder versucht, nach Liechtenstein einzureisen, waren aber abgewiesen worden. Zur versuchten Einreise von Vichy-Regierungsmitgliedern siehe BAR, E 4001 (C) -/1, Bd. 261, Jezler an von Steiger, 24. 4. 1945.

⁵³⁸ Zur Behandlung der russischen Soldaten und der sie begleitenden Personen siehe Kapitel 4.5 und Geiger/Schlapp, Russen, 1996.

⁵³⁹ Geiger, Brandung, 1998, S. 64 f.

⁵⁴⁰ Ebd., S. 61.

⁵⁴¹ Siehe dazu Keller, Grüninger, 1993, insbesondere S. 61–65.

Liechtenstein wohnende Ausländer spontan geholfen, indem sie entweder Flüchtlinge bei sich beherbergten, sie in die Schweiz begleiteten oder sie auf andere Art und Weise unterstützten.

Spontane Hilfe

Die meisten spontanen Hilfen sind für das Jahr 1938 belegt, als zahlreiche Juden versuchten, sich über die grüne Grenze nach Liechtenstein zu retten.

Auf spontane Hilfe von Liechtensteinern konnte der polnische Jude Freides Feiweil zählen. Er war 1937 aus der polnischen Armee desertiert und danach über die Tschechoslowakei nach Wien geflohen. Dort entschloss er sich, nach Frankreich zu fahren. In Feldkirch wurde er im April 1938 von deutschen Polizisten aufgegriffen.⁵⁴² Sie rieten ihm, schwarz in die Schweiz zu gelangen, und zeigten ihm den Weg über die grüne Grenze.⁵⁴³ Feiweil gelangte unerkannt auf liechtensteinisches Gebiet. In Schaan fragte er zwei junge Liechtensteiner, die auf einem Feld arbeiteten, nach einem Taxi, um nach Trübbach zu gelangen. Einer der beiden führte Feiweil zu seinem Vater, Christoph Kaufmann, der sich schliesslich bereit erklärte, mit Feiweil per Rad nach Trübbach zu fahren, worauf ihm Feiweil fünf Franken bezahlte. Bereits vor Trübbach fielen sie aber einem Kantonspolizisten auf, der sie anhielt. Er liess Kaufmann gehen, nahm Feiweil aber nach Buchs zur Einvernahme mit.⁵⁴⁴ Anschliessend stellten die Schweizer Behörden Feiweil nach Feldkirch zurück, worauf die deutsche Grenzpolizei ihn der Feldkircher Justizanstalt übergab.⁵⁴⁵ Der liechtensteinische Fluchthelfer Kaufmann erhielt auf Antrag der sanktgallischen Kantonspolizei eine Busse von fünf Franken und wurde verwarnet.⁵⁴⁶

Jüdischen Flüchtlingen, die die Flucht über die grüne Grenze versuchten, hat auch ein Bauer aus Planken, Oskar Gantner, geholfen.⁵⁴⁷ Er liess vier Flüchtlinge – drei Männer und eine schwangere Frau, die im September 1938 durchnässt, ausgehungert und frierend von Deutschland aus über den Sarojasattel nach Planken gekommen waren – in seinem Heustall übernachten und bewirtete sie. Anderntags organisierte er die Weiterfahrt durch einen in Schaan lebenden Schweizer Garagisten nach Zürich. Ein Beamter der schweizerischen Grenzschutz erfuhr später durch liechtensteinische Drittpersonen von diesem Vorfall und leitete die Information an die liechtensteinische Landespolizei weiter, die in der Folge Erhebungen

⁵⁴² Zu der von NS-Deutschland beabsichtigten Zwangsauswanderung siehe Friedländer, Reich, 1997, Kapitel 6–8.

⁵⁴³ LLA, RF 179/455, Kantonspolizei St. Gallen, Posten Buchs, F. Gabathuler an Bezirksamt Werdenberg, 9. 4. 1938.

⁵⁴⁴ LLA, RF 179/455, Sicherheitskorps an Regierung, 16. 4. 1938.

⁵⁴⁵ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 682/1938 Freides Feiweil.

⁵⁴⁶ LLA, RF 179/455, Regierung an Christoph Kaufmann, 21. 4. 1938.

⁵⁴⁷ Siehe dazu Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 442.

durchführte.⁵⁴⁸ Die liechtensteinische Regierung erteilte beiden Fluchthelfern eine scharfe Rüge. Zu strengeren Massnahmen griff die schweizerische Fremdenpolizei – sie verhängte über Oskar Gantner eine Einreisesperre.⁵⁴⁹

Nur wenige Informationen sind zur Hilfestellung des österreichischen Taxifahrers Oskar Tiefenthaler aus Levis überliefert. Der damals vierzigjährige Tiefenthaler zeigte am 20. Juni 1938 dem aus Wien stammenden Julius Metsch bei Schellenberg den Weg nach Liechtenstein unter Umgehung der Grenzkontrolle. Das Grenzwachtkorps entdeckte Metsch dennoch. Vom Sicherheitskorps einvernommen, sagte Tiefenthaler aus, es habe sich nur um eine Gefälligkeit gehandelt und er selber habe nichts dabei verdient.⁵⁵⁰

Um spontane Fluchthilfe handelte es sich auch bei der folgenden Fallgeschichte. Die «arische» Mutter des in Wien wohnenden «Halbjuden» Lothar Langer bat im Sommer 1938 einen Bekannten, Johann Pichler, ebenfalls aus Wien, ihren Sohn gegen Bezahlung über die Grenze in die Schweiz zu schmuggeln. Pichler willigte ein, da er seit 1932 meist arbeitslos war und Geld benötigte.⁵⁵¹ In der Schweiz wollte Langer auf sein Visum warten. Pichler und Langer fuhren am 19. August 1938 nach Vorarlberg. Sie wollten am 21. August 1938 bei Nofels die liechtensteinische Grenze überschreiten, fielen jedoch kurz vor ihrem Ziel den deutschen Grenzorganen in die Hände.⁵⁵²

Ferner schmuggelte der arbeitslose Gottlieb Strickler aus Zürich 1939 zweimal Flüchtlinge über die deutsch-liechtensteinische Grenze. Strickler hatte in Zürich Flüchtlinge kennengelernt, die ihn baten, ihnen bei der Flucht ihrer Verwandten in die Schweiz behilflich zu sein. Er willigte ein, die Eltern eines Flüchtlings von Feldkirch abzuholen und in die Schweiz zu bringen. Die Flucht vom 22. Januar 1939 gelang und Strickler konnte das Ehepaar unerkannt in die Schweiz schleusen. Hingegen misslang sein zweiter Versuch. In Schaanwald hielt ein Grenzwächter Strickler zusammen mit den drei Flüchtlingen auf. Die Flüchtlinge wurden, vermutlich durch die Kantonspolizei Buchs, tags darauf nach Deutschland zurückgeschafft.

⁵⁴⁸ LLA, V5 1938/1067, Eidg. Grenzwachtkorps (Korporal Ladner) an Sicherheitskorps, 5. 9. 1938.

⁵⁴⁹ LLA, RF 183/033, Eidg. Fremdenpolizei an Regierung, 9. 1. 1940.

⁵⁵⁰ LLA, RF 181/169, Sicherheitskorps an Regierung, 21. 6. 1938. Zu Tiefenthalers Biographie siehe Interview von Edwin Tiefenthaler mit Franz Tiefenthaler, dem Sohn von Oskar, vom 23. 4. 2003. LLA, 0417/2003. Auf die damalige Tat von Oskar Tiefenthaler angesprochen, erzählte Sohn Franz Tiefenthaler, dass man gewusst habe, dass «einmal etwas vorgefallen» sei, sein Vater habe zu Hause aber nie darüber geredet.

⁵⁵¹ VLA, LGF, Vr 816/38, Langer Lothar, Pichler Johann, Vernehmung des Beschuldigten, 25. 8. 1938.

⁵⁵² VLA, LGF, Vr 816/38, Langer Lothar, Pichler Johann, Geheime Staatspolizei Grenzpolizeiposten Feldkirch an Staatsanwaltschaft Feldkirch, 23. 8. 1939, und Geheime Staatspolizei Grenzpolizeiposten Feldkirch, Vernehmlassungsniederschrift Langer Lothar, 22. 8. 1938.

Strickler erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Tagen, die er im Gefängnis in Vaduz verbüsst.⁵⁵³

Der Regierungskanzlist Anton Seger schöpfte seinen Handlungsspielraum aus, um einem Flüchtling zu helfen.⁵⁵⁴ Karl Wittel, ein deutscher Militärdienstverweigerer, war drei Monate nach Kriegsbeginn nach Liechtenstein geflüchtet. Er hatte Deutschland im Sommer 1939 verlassen, um nicht in die Wehrmacht eingezogen zu werden, und war in die Schweiz gelangt, aus der er ausgewiesen wurde. Auch die liechtensteinische Regierung verweigerte ihm die Aufenthaltsbewilligung. Wittel befürchtete, in Deutschland erschossen zu werden. Seger hatte Mitleid und stellte ihm einen liechtensteinischen Pass aus, damit er über die Schweiz in ein Drittland gelangen konnte. Der falsche Pass wurde aber im September 1940 in Basel entdeckt. Es kam zu einem Verfahren am Landgericht Vaduz, das Seger mit einer halbjährigen Gehaltskürzung bestrafte.⁵⁵⁵ Später verliess Seger seine Arbeitsstelle beim Staat freiwillig. Das Vertrauensverhältnis hatte nicht mehr wiederhergestellt werden können. Seger kritisierte vor allem, dass die liechtensteinischen Behörden gegenüber ihm und den liechtensteinischen Nationalsozialisten unterschiedliche Massstäbe anlegten.⁵⁵⁶ Sein Vergehen rechtfertigte er damit, dass kurz zuvor ein Österreicher zurückgestellt worden war, von dem man sich erzählte, dass er erschossen worden sei. Er habe aus Mitleid gehandelt.⁵⁵⁷ Segers Hilfeleistung steht im Vergleich zur Tätigkeit der übrigen liechtensteinischen Behörden einmalig da.

Eine weitere Flucht mittels Kohlewaggon über Liechtenstein in die Schweiz hätte durch die Vermittlung der in Liechtenstein wohnenden Schweizerin Agathe Hälmli⁵⁵⁸ erfolgen sollen.⁵⁵⁹ Der Slowake Harry Beckmann, ein Neffe des liechtensteinischen Neubürgers Fritz Deutsch, war 1942 per Kohlewaggon nach Buchs geflohen und lag danach mit einer Verletzung im Spital Grabs.⁵⁶⁰ Er konnte deshalb die Flucht seiner Mutter und Schwester nicht selbst organisieren und bat die Sekretärin des liechtensteinischen Anwalts Helmuth Merlin, der mit der Einbürgerung seines Onkels betraut gewesen war, um Hilfe. Agathe Hälmli nahm im Einverständnis mit ihrem Chef Kontakt zum Vermittlungsmann sowie zu Beckmanns Mutter

⁵⁵³ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 444.

⁵⁵⁴ Eine kurze Darstellung zum Fall von Anton Seger befindet sich bei Geiger, Brandung, 1998, S. 73.

⁵⁵⁵ Zur Erhebung siehe LLA, RF 202/420, und zum Verfahren am Gericht LLA, S 73/226, 6. 9. 1940.

⁵⁵⁶ LLA, RF 225/294, Seger an Regierung, 29. 6. 1944.

⁵⁵⁷ LLA, S 73/226, 6. 9. 1940.

⁵⁵⁸ Agathe Hälmli wohnte seit Ende 1936 in Liechtenstein. LLA, RF 184/132, Fremdenverkehrsstatistik, 15. 7. 1938.

⁵⁵⁹ Zur Flucht per Kohlewaggons siehe Kapitel 3.1.2.3.

⁵⁶⁰ LLA, V5/1945/838, Schweizerische Bundesanwaltschaft, Abhörungsprotokoll, 12. 10. 1945.

und seiner Schwester auf.⁵⁶¹ Die Flucht kam nicht zustande. Laut Hälmlis hatten die beiden Frauen «doch nicht den Mut zu kommen, als es noch Zeit war».⁵⁶² Hälmlis versuchte Fluchthilfe war nach Kriegsende Gegenstand einer Erhebung durch das Sicherheitskorps, da gemäss Aussage des ehemaligen Gestapochefs in Feldkirch, Karl Kriener, Hälmlis Agentin der Gestapo gewesen sei und privaten Nachrichtendienst betrieben habe.⁵⁶³ Mangels Beweisen stellte die Regierung das Verfahren gegen Hälmlis ein.⁵⁶⁴

Noch kurz vor Kriegsende ist eine spontane Hilfsaktion belegt: Der Pfarrer von Eschen half im Oktober 1944 einem saatenlosen «Halbarier», der über Feldkirch und Nendeln nach Eschen geflohen war. Er beherbergte den Flüchtling und riet ihm, sich den schweizerischen Behörden zu stellen. Der Flüchtling meldete sich tags darauf auf der Rheinbrücke bei Buchs bei der Heerespolizei.⁵⁶⁵

Organisierte Fluchthilfe

Vor dem «Anschluss» Österreichs agierte vom Vorarlberger Gasthaus «Bazora» (Frastanzer Alpen) aus eine Fluchthilfeorganisation, die Spanienkämpfer in die Schweiz schmuggelte, damit diese weiter nach Spanien gelangen konnten. Am Fluchthelferring waren Schweizer, Österreicher und Liechtensteiner beteiligt; Organisatorin war die Österreicherin Melanie Ernst. Laut Erhebungen des Sicherheitsdirektors Vorarlberg wirkten dabei sechs liechtensteinische Transportunternehmen von Mauren, Nendeln, Schaan und Vaduz mit. Die Vorarlberger Landesbehörden liessen die Organisation 1937 aufliegen und verhafteten mehrere Beteiligte.⁵⁶⁶ Vermutlich haben mehrere dieser Spanienfluchthelfer später auch jüdische Flüchtlinge über die deutsch-liechtensteinische Grenze in die Schweiz geführt. Belegt ist diese unter veränderten Vorzeichen fortgesetzte Fluchthilfetätigkeit zumindest für den Liechtensteiner Hubert Ritter, der 1937 Spanienkämpfer nach Basel geführt hatte.

Der grösste bis heute bekannte Fluchthelferring, welcher NS-Flüchtlinge vom ehemaligen Österreich über Liechtenstein in die Schweiz brachte, hatte seinen Ausgangspunkt im Gasthaus Ochsen in Feldkirch. Die deutschen Polizeiorgane schickten im Sommer und Herbst 1938 aufgegriffene Flüchtlinge mit der Anweisung in den Ochsen, Deutschland in Richtung Schweiz

⁵⁶¹ LLA, V5/1945/838, Sicherheitskorps an Regierung, 17. 10. 1945.

⁵⁶² LLA, RF 230/478, Hälmlis an Polizeikorps Vaduz, 28. 7. 1945.

⁵⁶³ LLA, VA/1945/838, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 3. 7. 1945.

⁵⁶⁴ LLA, V5/1945/838, liechtensteinische Regierung an Sicherheitskorps, 8. 11. 1945.

⁵⁶⁵ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2138, Nr. 25529, Kantonspolizei St. Gallen, Posten Buchs Bahnhof, an Ter.kdo Sargans, 23. 10. 1944. Der Pfarrer von Eschen war in jenen Jahren Ludwig Jenal.

⁵⁶⁶ Siehe dazu VLA, LGF, Vr 624/37, Scheurer Albert.

zu verlassen. Von Juli 1938 bis Anfang 1939 nahmen im Ochsén zahlreiche Fluchtversuche ihren Anfang. Wichtige Kontaktperson war ein im Ochsén arbeitender Kellner, Paul Geier. Geier und ein Liechtensteiner namens Johann Schädler warben als Mithelfer verschiedene Personen in Liechtenstein an – bekannt sind Gebhard Lorenz, Theodor Heeb, Rudolf Oehri und Hubert Ritter.⁵⁶⁷ Der Österreicher Gebhard Lorenz, der bei Taxi Laternser arbeitete, wollte am 20. Juli 1938 fünf Flüchtlinge in die Schweiz fahren. Zwischen Nendeln und Schaan wurde er aber von einem Grenzwächter angehalten und zum Polizeiposten Buchs geführt.⁵⁶⁸ Lorenz gab an, dies sei seine erste Fahrt mit Flüchtlingen gewesen. Trotz des misslungenen Versuchs vom 20. Juli 1938 fuhr Lorenz am 20. August nochmals sieben Flüchtlinge in die Schweiz. Die Flucht glückte, er brachte die österreichischen Juden bis nach Sargans, wo sie ein Bekannter übernahm. Die liechtensteinischen Behörden erfuhren durch den Polizeiposten Buchs am nächsten Morgen von Lorenz' Fluchthilfe und leiteten eine Untersuchung ein.⁵⁶⁹ Lorenz wurde in der Folge erneut scharf verwarnt.⁵⁷⁰ Im August 1938 unternahmen auch die Ruggeller Rudolf Oehri und Theodor Heeb mehrere Fluchthilfeaktionen. Sie holten die Flüchtlinge jeweils kurz nach ihrem Grenzübertritt auf liechtensteinischem Gebiet ab und führten sie in die Schweiz.⁵⁷¹ Einmal arbeitete Oehri mit Hubert Ritter aus Mauren zusammen, nachdem Heeb in Feldkirch wegen Verdachts auf Devisenschmuggel verhaftet worden war.⁵⁷² Auch Ritters Tätigkeit flog auf, und die Regierung verwarnte ihn. Wie Lorenz liess es auch Hubert Ritter trotz behördlicher Verwarnung nicht dabei bewenden, sondern schmuggelte mindestens bis Anfang 1939 weiterhin Flüchtlinge über die Grenze.⁵⁷³

Der heute am besten bekannte Passeur, Paul Geier, wurde am 31. Juli 1938, als er beim Grenzpolizeiposten Feldkirch fünf Juden zur Ausreise anmelden wollte, festgenommen und in die Justizanstalt Feldkirch eingewiesen. Die Gestapo verhaftete ihn wegen seiner Hilfe bei illegalen Grenzübertritten von Juden in die Schweiz, obwohl er diese bisher im Einvernehmen mit der Gestapo organisiert hatte.⁵⁷⁴ Aus unbekanntem Grund änderte die Gestapo Ende Juli 1938 offensichtlich ihre Praxis gegenüber Geier. Die fünf Flüchtlinge konnten hingegen nach der Kontrolle durch die Gestapo ungehindert mit der Bahn nach Buchs und St. Gallen gelangen.

⁵⁶⁷ Zu diesen Fluchthelfern siehe auch Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 441–445.

⁵⁶⁸ LLA, RF 182/104, Sicherheitskorps an Regierung, 25. 7. 1938.

⁵⁶⁹ LLA, RF 182/491, Sicherheitskorps an Regierung, 22. 8. 1938.

⁵⁷⁰ LLA, RF 182/491, handschriftlicher Vermerk auf Schreiben des Sicherheitskorps an Regierung, 22. 8. 1938.

⁵⁷¹ Geiger, Krisenzeit, 1997, Bd. 2, S. 442.

⁵⁷² Zu einem Verfahren am Landgericht Feldkirch kam es aber nicht. VLA, LGF, Register.

⁵⁷³ LLA, RF 189/161, Polizeikommando des Kantons Zürich an das liechtensteinische Sicherheitskorps, 25. 1. 1939.

Richard Kohn, einer der Flüchtlinge, reichte von St. Gallen aus Klage gegen Geier wegen Betruges ein. Geier habe sich den Betrag für die Fluchthilfe in der Höhe von 320 Reichsmark bezahlen lassen, die Flüchtlinge dann aber an die Gestapo Feldkirch ausgeliefert und sich nicht mehr um sie gekümmert.⁵⁷⁵ Geier hingegen behauptete, dass er nur 120 Reichsmark erhalten habe und dass er die Flüchtlinge nicht überstellt, sondern sie – in der Annahme, die Ausreise sei in Ordnung – bei der Gestapo lediglich angemeldet habe. Infolge seiner Verhaftung habe er die Flüchtlinge nicht mehr in die Schweiz bringen können.⁵⁷⁶ Zu einer Gerichtsverhandlung kam es nicht. Geier wurde am 26. Oktober 1938 wieder freigelassen.⁵⁷⁷ Die vom Gasthof Ochsen aus operierende Fluchthilfeorganisation schleuste trotz der Verhaftung Geiers weiterhin zahlreiche Juden in die Schweiz. Geier selber verlagerte später seine Fluchthilfetätigkeit an die Schweizer Grenze.⁵⁷⁸

Am 8. August 1938 hätten vermutlich ebenfalls mit Unterstützung der vom Gasthof Ochsen aus agierenden Fluchthilfeorganisation weitere sechs Flüchtlinge über Liechtenstein in die Schweiz gerettet werden sollen. Der Posten der schweizerischen Grenzwacht Riet-Mitte entdeckte die Flüchtlinge aber, bevor sie in Liechtenstein mit dem Auto abgeholt werden konnten. Bei ihrer Einvernahme gaben die Aufgegriffenen an, dass sie in einem Gasthaus in Feldkirch die Anweisung zur Flucht erhalten hätten und in Mauren von einem Auto hätten abgeholt werden sollen.⁵⁷⁹

Von der Organisation, die vom Ochsen aus arbeitete, erhielten verschiedene schweizerische Behörden Kenntnis. So berichtete die Kantonspolizei Zürich Anfang August 1938, dass über Feldkirch eingereiste Flüchtlinge anlässlich ihrer Einvernahmen «immer wieder» erzählten, dass sie nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis, «wenn sie sich nach dem Grenzübertritt erkundigen, nach dem Gasthof <Ochsen> in Feldkirch gewiesen werden». Weiter erklärten die Flüchtlinge, «dass sich dort ein Mann in Zivil befinde, der sich gegen Entgelt bereit erklärte, diese Flüchtlinge jeweils über die liechtensteinische [sic] Grenze, in Richtung Schaanwald zu bringen». Die Flüchtlinge hatten den Eindruck, dass der betreffende Mann ein «Polizeibeamter in Zivil» gewesen sei. Anfang August waren der Zürcher Kantonspolizei dreizehn solche Fälle

⁵⁷⁴ VLA, LGF, Vr 802/38, Geier Paul, Geheime Staatspolizei, Grenzpolizeiposten Feldkirch Bahnhof an Staatsanwalt, 18. 8. 1938.

⁵⁷⁵ VLA, LGF, Vr 802/38, Geier Paul, Polizeikommando des Kantons St. Gallen, 10. 8. 1939.

⁵⁷⁶ VLA, LGF, Vr 802/83, Geier Paul, Fluchthelfer, Geheime Staatspolizei, Grenzpolizeiposten Feldkirch Bahnhof, an Staatsanwaltschaft Feldkirch, 18. 8. 1938.

⁵⁷⁷ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 1063/1938 Geier Paul.

⁵⁷⁸ Zur Person Geiers siehe Wanner, KZ-Mauthausen, 1998, S. 211 f.

⁵⁷⁹ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Posten Binslen an Grenzwachtkommando 3 Chur, 9. 8. 1938. Die Flüchtlinge wurden nicht zurückgewiesen (siehe dazu Kapitel 3.2.2).

bekannt. Sie ging davon aus, dass dies nur die Spitze des Eisbergs sei.⁵⁸⁰ Die direkten und indirekten Überstellungen von jüdischen Flüchtlingen durch deutsche Behörden veranlassten Rothmund im August 1938, beim deutschen Gesandten in der Schweiz, Otto Köcher, vorstellig zu werden. Rothmund erwähnte insbesondere die Fluchtroute über den Gasthof Ochsen in Feldkirch.⁵⁸¹ Auch Polizeihauptmann Paul Grüninger aus St. Gallen erfuhr von den Zürcher Ermittlungen. Er reklamierte daraufhin beim Polizeiposten Buchs, dass in den letzten Tagen wiederholt «Überläufer (Juden und politisch belastete) ohne jegliche Kontrolle» durchgekommen seien. Grüninger vermutete «verschiedene Helfershelfer am Werk». Möglicherweise dachte er dabei auch an die Mithilfe durch schweizerische oder liechtensteinische Beamte, da er auf die quasi inexistente Kontrolle hinwies.⁵⁸²

Von als Fluchthelfer tätigen Grenzwächtern schrieb auch Franz Pollak⁵⁸³ 1985 in einem Leserbrief an das «Israelitische Wochenblatt». Er gab an, öfters vom schweizerischen Grenzposten in Schaanwald benachrichtigt worden zu sein, wonach wiederum ein «Patient» an die Grenze gekommen sei. Er habe diese Flüchtlinge jeweils nach Einbruch der Dunkelheit abgeholt und nach St. Gallen geschmuggelt.⁵⁸⁴ Moshe Posener, der als Knabe 1936 mit seinen Eltern nach Liechtenstein geflüchtet war und in Mauren wohnte, berichtete, dass ein Beamter des liechtensteinischen Sicherheitskorps die aufgegriffenen Flüchtlinge jeweils seinen Eltern gebracht habe, die dann den weiteren Transport in die Schweiz organisiert hätten.⁵⁸⁵

Eine weitere organisierte Fluchtroute verlief zwischen August und Oktober 1938 über Mauren. Der Österreicher Michael Blenke und der liechtensteinische Staatsangehörige Xaver Ritter – beide wohnten in Vorarlberg nahe der liechtensteinischen Grenze – wiesen den Flüchtlingen jeweils den Weg über die Grenze zum Haus von Ida Fehr in Mauren, das direkt hinter der Grenze lag.⁵⁸⁶ Dort angekommen wurden die Flüchtlinge über den weiteren Weg instruiert.⁵⁸⁷ Wie im Fall Gantner scheint auch dieser Fluchthelferring von einem Liechtensteiner bei der

⁵⁸⁰ BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Polizeikorps des Kantons Zürich an Polizeikommando Zürich, 3. 8. 1938.

⁵⁸¹ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 267, Notiz über eine Besprechung mit dem deutschen Gesandten über die Frage der Flüchtlinge aus Deutsch-Österreich, 3. 8. 1938, S. 1.

⁵⁸² Zitiert nach Keller, Grüninger, 1993, S. 70 f.

⁵⁸³ Franz Pollak betrieb in Mauren eine Handschuhfabrikation. 1939 gelang es ihm als einem der wenigen in Liechtenstein wohnenden jüdischen Flüchtlinge, in die Schweiz überzusiedeln. Die liechtensteinischen Behörden mussten aber garantieren, dass Pollak nach Ablauf seiner Aufenthaltsbewilligung jederzeit nach Liechtenstein zurückkehren könne. BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 400, Nr. 236755.

⁵⁸⁴ Yad Vashem, 0.48/88.2, Leserbrief von Pollak Franz J., «Paragraphen gegen Menschen», IW-Forum, Israelitisches Wochenblatt, Nr. 38, 20. 9. 1985.

⁵⁸⁵ Interview von Doron Niederland mit Moshe Posener, 9. 9. 2002.

⁵⁸⁶ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 443.

⁵⁸⁷ LLA, RF 184/196, Grenzwachtposten Binsan an Grw. U.-A.-Chef 3, Schaan, 9. 11. 1938.

schweizerischen Grenzschutz denunziert worden zu sein.⁵⁸⁸ Ida Fehr stritt bei ihrer Einvernahme alles ab, erhielt aber von der Regierung dennoch eine scharfe Verwarnung «für den Fall, dass sie tatsächlich einmal Juden beherbergt» haben sollte.⁵⁸⁹

Ferner führte der österreichische Taxifahrer Karl Rummer im Auftrag seines Chefs, des Taxiunternehmers Rudolf Rädler, am 13. August 1938 vier jüdische Flüchtlinge von Mauren nach Zürich,⁵⁹⁰ doch wurde auch dieser Fall von schweizerischen Beamten aufgedeckt, denen die widersprüchlichen Angaben von Rummer aufgefallen waren.⁵⁹¹ Das Taxiunternehmen Rädler organisierte vermutlich öfters Fahrten im Auftrag von Flüchtlingen.

Im Grenzgebiet Frastanz-Liechtenstein betätigten sich als Fluchthelfer vor allem ehemalige Schmuggler, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit ortskundig waren.⁵⁹² Möglicherweise handelte es sich ebenfalls um solche ehemaligen Schmuggler, als der Gendarmerieposten Frastanz 1938 von mehreren «schwarzen Ausreisen» aus Deutschland über Frastanz nach Liechtenstein mit Hilfe von ortskundigen Fluchthelfern berichtete. Auf frischer Tat konnte die Gendarmerie Frastanz am 18. Juli 1938 Josef Wezani, Schuhmacher aus Frastanz, ertappen. Die Gestapo verhaftete ihn und lieferte ihn in das Gefangenhaus des Landgerichts Feldkirch ein.⁵⁹³ Zu einem Gerichtsverfahren kam es jedoch nicht. Wezani wurde kurze Zeit später wieder freigelassen.⁵⁹⁴ Wezani war übrigens der Schwiegersohn der oben erwähnten Ida Fehr aus Mauren,⁵⁹⁵ somit könnte eine Verbindung zwischen der Fluchthelfertätigkeit der beiden bestanden haben.

Die schweizerischen Behörden verfolgten die Aktivitäten der Fluchthelfer aufmerksam, jedoch gelang es vermutlich nur in wenigen Fällen, ihnen auf die Spur zu kommen, da die schweizerischen Behörden bei ihrer Überwachungstätigkeit praktisch auf sich allein gestellt waren: Die liechtensteinische Polizei überführte nur einen einzigen Fluchthelfer. Ob dies beabsichtigt oder nur auf Nachlässigkeit zurückzuführen war, kann nicht beantwortet werden; möglicherweise war die geringe Erfolgsquote primär eine Folge der schwachen Dotierung des liechtensteinischen Polizeikorps.

⁵⁸⁸ LLA, RF 184/196, Sicherheitskorps an Regierung, 17. 11. 1938.

⁵⁸⁹ Geiger, Krisenzeit, 1997, Bd. 2, S. 443.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 441.

⁵⁹¹ LLA, RF 182/342, Sicherheitskorps an Regierung, 21. 8. 1938. Siehe auch Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 441.

⁵⁹² Wanner, Flüchtlinge, 1998, S. 256 f.

⁵⁹³ Landesgendarmeriekommando, Gendarmerie Frastanz, Protokoll 1938.

⁵⁹⁴ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 1022/1938 Josef Wezani.

⁵⁹⁵ Zur Verbindung zwischen Wezani und Ida Fehr siehe LLA, RF 148/345.

Die Bestrafung der auf liechtensteinischem Gebiet gefassten Fluchthelfer oblag den liechtensteinischen Behörden. Im August 1938 legte die Oberzolldirektion der Eidgenössischen Polizeiabteilung einige Fälle von «Fluchthelferei» durch Einheimische im Zollkreis III dar und wies auf die Praxis Liechtensteins hin: «D'après les renseignements obtenus par notre personnel, le Gouvernement du Liechtenstein punit les individus de l'espèce en leur infligeant des fortes amendes et même de la prison.»⁵⁹⁶

Bei genauerer Betrachtung der liechtensteinischen Praxis gegenüber gefassten Fluchthelfern erweisen sich die Informationen der schweizerischen Grenzschutz als unvollständig. Die liechtensteinischen Behörden verurteilten zwar einen Fluchthelfer, Gottlieb Strickler, zu drei Tagen Gefängnis und belegten Christoph Kaufmann mit einer Busse von 5 Franken. Regierungskanzlist Anton Seger wurde ferner mit einer halbjährigen Gehaltskürzung bestraft. In den übrigen Fällen verwarnte die Regierung die Fluchthelfer jedoch lediglich.

3.4 Fazit

Die Fluchtbewegung über Liechtenstein lässt sich vereinfacht gesprochen in vier Hauptphasen unterteilen: Zwischen 1933 und Anfang 1938 gelangten vor allem so genannte Notflüchtlinge nach Liechtenstein, die mittel- und oft auch staatenlos waren und nach einem wirtschaftlichen Auskommen suchten. Die zweite Phase dauerte vom «Anschluss» Österreichs im März 1938 bis zum Kriegsbeginn im Herbst 1939. Während dieser Phase flohen Hunderte von jüdischen Flüchtlingen über liechtensteinisches Gebiet in die Schweiz. Unmittelbar nach dem «Anschluss» Österreichs erfolgten diese Fluchten meistens mit der Bahn von Feldkirch nach Buchs. Zwischen Juli und September 1938 nahm die Fluchtbewegung über die grüne Grenze dramatische Ausmasse an. Ab August 1938 verlagerte sie sich zusehends gegen Norden, an die Grenze bei Diepoldsau, wo eine seichte Stelle im alten Rhein bestand. Zwischen 1940 und 1943/44 (Phase 3) war Liechtenstein vor allem Durchgangsland für geflohene Kriegsgefangene und Zivilarbeiter. Bei Kriegsende (Phase 4) versuchten tausende ehemalige Gefangene, nichtdeutsche Kriegsfreiwillige, KZ-Häftlinge und zurückkehrende Schweizer und Liechtensteiner das Reichsgebiet über Liechtenstein zu verlassen. Unter diesen Personen befanden sich allerdings auch ehemalige NS-Funktionäre.

Nicht in die Phasen einordnen lassen sich Deserteure und Personen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit flüchteten. Zu solchen Fluchten kam es während des ganzen Zeitraums (1938 bis 1945), jedoch nie in grösserem Ausmass.

⁵⁹⁶ BAR, E 4320 (B) 1991/243, Bd. 17, Eidg. Oberzolldirektion an Eidg. Polizeiabteilung, 31. 8. 1938.

Behördliche Praxis beidseits der liechtensteinisch-österreichisch/deutschen Grenze

Die Flüchtenden waren mit Abwehrmassnahmen beidseits der Grenze konfrontiert. In den Jahren vor dem «Anschluss» wollten sowohl die Schweiz und Liechtenstein als auch Österreich Notflüchtlinge am Grenzübertritt hindern oder, falls die Grenze bereits überschritten war, diese wieder loswerden.

Seit dem «Anschluss» kontrollierten die deutschen Behörden die aus Österreich flüchtenden Juden und Systemgegner genau, um Devisenvergehen aufzudecken. Im Sommer und Herbst 1938 gingen die deutsch-österreichischen Behörden dazu über, mittellos gewordene Juden in die benachbarten Länder abzuschieben. Auf der liechtensteinisch-schweizerischen Seite versuchten die Behörden jedoch, die Grenzen möglichst hermetisch abzuriegeln. Ab 1941 war Juden die Flucht aus dem NS-Machtgebiet untersagt. Ferner versuchten die NS-Behörden, auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter am Übertritt in ein anderes Land zu hindern.

Tätigkeit der liechtensteinischen und schweizerischen Grenzbehörden

Wichtigste Akteurin an der liechtensteinischen Grenze war die schweizerische Grenzschutz. Sie wurde unterstützt von der liechtensteinischen Polizei (Sicherheitskorps und Hilfspolizei). Die zwischen Liechtenstein und Österreich beziehungsweise ab 1938 dem «Dritten Reich» stehenden Angehörigen der schweizerischen Grenzschutz befolgten die Anweisungen der schweizerischen Behörden. Kraft seiner Souveränität als autonomem Staat stand es Liechtenstein grundsätzlich zu, über die Massnahmen an der Grenze mitzubestimmen. Zu Differenzen zwischen dem Fürstentum und der Schweiz führte 1941/42 die Frage, wie mit entwichenen französischen Kriegsgefangenen umzugehen sei. Untergeordnete schweizerische Stellen zögerten zunächst und machten geltend, dass sie an die Weisungen der Oberzolldienststelle gebunden seien. Schliesslich musste die Schweiz aber anerkennen, dass Liechtenstein das Recht zustand, eine eigene Politik zu verfolgen.⁵⁹⁷ Seine staatliche Autonomie schöpfte das Fürstentum in Grenzfragen einzig im Hinblick auf die restriktivere Behandlung von Kriegsgefangenen aus.

In der Frage der Behandlung der jüdischen Flüchtlinge entwickelte Liechtenstein dagegen keine eigenständige Position. Die schweizerische Grenzschutz handelte deshalb wie anderswo an der schweizerischen Grenze: Flüchtlinge, die sie nicht von sich aus zurückwies, überwies sie bis spätestens 1939 entweder der liechtensteinischen Polizei oder der Kantonspolizei in St. Gallen. Dabei ist unklar, nach welchen Kriterien sie entschied, ob die aufgegriffenen

⁵⁹⁷ Ab 1941 beschränkte sich dieses Recht auf die Wegweisung von Flüchtlingen. Bei einer Aufnahme musste die liechtensteinische Regierung mit den schweizerischen Behörden Rücksprache nehmen.

Flüchtlinge nach Buchs oder Vaduz zu überführen waren. Sicher ist hingegen, dass es während des Kriegs – vermutlich spätestens ab 1940 – zu einer Praxisänderung kam und die Grenzwächter nunmehr alle Flüchtlinge direkt an die Schweizer Heerespolizei überstellten.

Bei Flüchtlingen, die die Grenzschutz dem liechtensteinischen Sicherheitskorps zur weiteren Verfügung übergab, waren die liechtensteinischen Behörden gefordert, eine aktive Rolle zu spielen. Zum Umgang der liechtensteinischen Regierung mit schwarz über die liechtensteinische Grenze gelangten NS-Flüchtlingen konnten keine Dokumente gefunden werden. Möglich ist, dass sich das Sicherheitskorps in Einzelfällen mit der Regierung besprach; aufgrund mangelnder Akten lässt sich dies aber nicht mehr rekonstruieren. Das vollständige Fehlen von Akten in den ziemlich komplett überlieferten Regierungsakten lässt aber erahnen, dass die Regierung sich mit diesen Fragen nicht eingehend befasste. Ihren Handlungsspielraum nahmen die liechtensteinischen Behörden dahingehend wahr, dass sie keine der an der Grenze aufgegriffenen Personen im Land behielten und somit den Beschluss der Regierung vom 30. März 1938, keine Flüchtlinge aus dem ehemaligen Österreich aufzunehmen, konsequent umsetzten.

Wie die liechtensteinischen Behörden über Rückweisung oder Überstellung in die Schweiz entschieden, ist erst für das Jahr 1941 in einem Fall explizit dokumentiert: Weil die Schweiz den betreffenden Flüchtling nicht übernehmen wollte, beschloss Liechtenstein, ihn zurückzuweisen. Es ist davon auszugehen, dass diese Praxis auch in den Jahren zuvor gegolten hat. Denn aufgrund des Zollvertrags konnte Liechtenstein gegen den Willen der schweizerischen Behörden keine Drittausländer in die Schweiz abschieben. Erfolgt Überstellungen in die Schweiz, so waren sie wohl mit den sanktgallischen oder eidgenössischen Polizeibehörden abgesprochen; von ihrem Entscheid hing primär das weitere Schicksal der Flüchtlinge ab.

Über Liechtenstein fliehende Personen hatten bis Anfang 1939 das Glück, dass der sanktgallische Polizeihauptmann Paul Grüniger bis zu seiner Absetzung im Januar 1939 zahlreiche Menschen entgegen der schweizerischen Weisungen einreisen liess.⁵⁹⁸ Überlebten die an der liechtensteinischen Grenze angehaltenen Flüchtlinge, so war dies in der Regel das Verdienst der schweizerischen Behörden, weil sie die Flüchtlinge in die Schweiz einreisen liessen.

⁵⁹⁸ Zu Grüniger siehe Keller, Grüniger, 1993.

Fluchthilfe durch und über Liechtenstein

Zahlreiche Einzelpersonen und Fluchthilfeorganisationen halfen Flüchtlingen auf ihrer Flucht durch Liechtenstein. Am bekanntesten ist die vom Gasthof Ochsen in Feldkirch aus operierende Organisation, die zwischen Sommer 1938 und Anfang 1939, eventuell auch über diese Zeitspanne hinaus, Flüchtlinge über liechtensteinisches Gebiet führte. Diese Unterstützung wurde von den Behörden in mehreren Fällen aufgedeckt; entweder wurden die Pässeure noch in Liechtenstein aufgehalten oder ihre Fluchthilfetätigkeit wurde nachher publik. Insgesamt wurden mindestens 53 Flüchtlinge auf ihrer Flucht über liechtensteinisches Gebiet in die Schweiz unterstützt, sei es vor Ort, indem sie beispielsweise in Liechtenstein beherbergt und versorgt wurden, sei es, dass sie von Feldkirch aus über liechtensteinisches Gebiet in die Schweiz geschleust wurden.

4 Gewährung, Verweigerung und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen

4.1 Aufgenommene Flüchtlinge 1933–1945, Zahlen im Überblick

Einleitend wird der heutige Wissensstand über die Zahl der sich damals in Liechtenstein aufhaltenden Flüchtlinge präsentiert. Die Angaben in Tabelle 7 sind als Richtgrössen zu verstehen, insbesondere können die mit einem Stern (*) bezeichneten Felder keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Tabelle 7: Zwischen 1935 und 1946 in Liechtenstein anwesende Flüchtlinge

Jahr	Zivilflüchtlinge			Militärflüchtlinge	
	Jüdische Flüchtlinge	Katholische, freireligiöse Flüchtlinge	Politische Flüchtlinge	Deserteure	Russische Internierte
1935	25 ^{*1}	85 ^{*2}		–	–
1937	92 ^{*3}	unbekannt	–	–	–
1938	118 ^{*4}	mindestens 38 ⁵	–	–	–
1940	110 ^{*6}	unbekannt	1 ⁷	unbekannt	–
1943	83 ^{*8}	unbekannt	–	–	–
1944	Unbekannt	unbekannt	–	–	
1945	Unbekannt	unbekannt	–	–	494 ⁹
1946	72 ^{*10}	unbekannt	–	–	

*Diese Zahlen sind als minimale Richtwerte zu betrachten.

1 LLA, V5/1935/1292, Liste der hier wohnenden Juden, 20. 11. 1935 (Datum Stempelaufdruck). Liste abzüglich der bereits vor 1933 in Liechtenstein wohnhaften Personen jüdischen Glaubens (zwanzig Personen). Zu den vor 1933 eingereisten Juden siehe unten.

2 Es waren dies die Mitglieder einer so genannten freireligiösen Gemeinschaft aus Neuhoof bei Fulda (siehe Kapitel 4.2.1.1). Zu den Zahlenangaben siehe Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 439.

3 LLA, V5/1937/1148, Verzeichnis über die in Liechtenstein mit Bewilligung der fürstlichen Regierung wohnhaften Juden, 15. 11. 1937 (Anzahl Juden abzüglich der bereits vor 1933 in Liechtenstein wohnhaften Menschen jüdischen Glaubens respektive jüdischer Herkunft zuzüglich der auf der Liste fehlenden Flüchtlinge).

4 Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 430.

5 Es handelte sich um die letzten 38 verbleibenden Mitglieder der freireligiösen Gemeinschaft Almbruderhof im Triesenberg. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 439. Hinzuzurechnen wären die katholischen Flüchtlinge, vor allem Ordensbrüder und Ordensschwestern, deren Anzahl jedoch unbekannt ist.

6 LLA, V5/1940/0499, Verzeichnis der in Liechtenstein wohnhaften Juden und Emigranten, 10. 5. 1940 (Anzahl Juden abzüglich der bereits vor 1933 in Liechtenstein wohnhaften Menschen jüdischen Glaubens respektive jüdischer Herkunft zuzüglich der auf der Liste fehlenden Flüchtlinge).

7 LLA, RF 195/390.

8 BAR, E 4260 (C) 1974/34, Bd. 143, Bericht über das bisherige Ergebnis der fremdenpolizeilichen Behandlung der Drittausländer in Liechtenstein, gemäss Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein vom 23. 1. 1941, 28. 1. 1944, S. 3.

9 Geiger/Schlapp, Russen, 1996, S. 23.

10 LLA, RF 238/474, Liste der Emigranten in Liechtenstein, 2. 3. 1946.

Grundlage dieser Übersicht bilden die Flüchtlingslisten der liechtensteinischen Behörden.⁵⁹⁹ Die Listen sind unvollständig und uneinheitlich aufgebaut – insbesondere die Kategorisierung der Flüchtlinge erfolgte jeweils nach anderen Gesichtspunkten. Die Angaben können also nur als Richtwerte gelten. Besonders aussagekräftig sind die Aufstellungen für die Anzahl jüdischer Flüchtlinge. Dank ihnen lässt sich die Grössenordnung der im Land aufgenommenen Flüchtlinge bestimmen.

Der Fokus der ersten zwei Listen (1935 und 1937) lag auf der Zählung der im Land befindlichen jüdischen Ausländer, die anderen Flüchtlinge aus Deutschland fanden keine Erwähnung. Diese Listen unterscheiden nicht zwischen Juden, die vor 1933 in Liechtenstein lebten, und solchen, die wegen der politischen Entwicklung in NS-Deutschland nach Liechtenstein geflohen waren. In der Erhebung von 1940 erfassten die liechtensteinischen Behörden «Juden» und «Emigranten». In der Kategorie «Emigranten» befanden sich aber auch eine Frau und eine vierköpfige Familie, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft nach Liechtenstein geflohen waren. Ferner waren als «Emigrant» Aufenthalter wie Rudolf Ruscheweyh⁶⁰⁰ aufgeführt, der Rüstungslieferungen unter anderem aus der Schweiz und Liechtenstein an NS-Deutschland vermittelte, also nicht verfolgungsbedingt nach Liechtenstein gekommen war. Andererseits fehlten auf der Liste Menschen, die aufgrund ihrer katholischen oder so genannt freireligiösen Haltung nach Liechtenstein geflüchtet waren.

Ungefähr die Hälfte der rund 45 Juden, die 1935 in Liechtenstein wohnten, hatte sich vor 1933 in Liechtenstein niedergelassen. Es waren Privatiere oder Inhaber kleiner Unternehmungen.⁶⁰¹ Zwischen 1935 und 1937 erhielten ungefähr siebzig weitere Flüchtlinge, die wegen der nationalsozialistischen Verfolgung aus Deutschland geflüchtet waren, in Liechtenstein Aufenthalt. In den Jahren 1937 und 1938 konnten weitere 65 Flüchtlinge aus dem NS-Machtbereich sich in Liechtenstein niederlassen. Gleichzeitig verliessen rund vierzig Flüchtlinge das Fürstentum in Richtung Übersee oder der Schweiz; vier in Liechtenstein niedergelassene Flüchtlinge starben. 1939/40 wurden nochmals etwa zwanzig Flüchtlinge aufgenommen, ungefähr ebenso viele verliessen Liechtenstein im gleichen Zeitraum. Somit lebten im Frühjahr 1940 etwa 110 jüdische Flüchtlinge im Fürstentum, davon waren 29

⁵⁹⁹ Die liechtensteinischen Behörden verzeichneten die in Liechtenstein lebenden (jüdischen) Flüchtlinge in den Jahren 1935, 1937, 1940 und 1946. Ausserdem erhoben sie im November 1938 alle nach 1934 eingereisten Ausländer. 1943 und 1944 registrierten sie alle in Liechtenstein wohnenden Refraktäre und Deserteure.

⁶⁰⁰ Zu Rudolf Ruscheweyh siehe Marxer/Ruch, Industriebetriebe, 2005; Tisa, Kunstmarkt, 2005; Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005.

Personen lediglich «toleriert». Bei einem Flüchtling war «keine Bew[illigung]» vermerkt.⁶⁰² Während des Krieges verliessen mindestens vierzig jüdische Flüchtlinge Liechtenstein, bis 1946 insgesamt knapp sechzig. 1946 lebten noch zwischen fünfzig und sechzig jüdische Flüchtlinge in Liechtenstein.

Zwischen 1933 und 1945 hielten sich insgesamt zwischen 200 und 210 aus dem NS-Machtbereich geflohene Juden zumindest vorübergehend in Liechtenstein auf.⁶⁰³ Davon waren ungefähr vierzig Personen ohne Bewilligung nach Liechtenstein gelangt. Abgesehen von den ab 1933 als Flüchtlinge in Liechtenstein aufgenommenen Juden, lebten in Liechtenstein zur Zeit des Nationalsozialismus mehrere Juden, die zum Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme in Liechtenstein in ihren Heimatstaaten (Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Polen) nicht verfolgt gewesen waren, also als reguläre Aufenthalter nach Liechtenstein gekommen waren. Deshalb werden sie nicht zu den in Liechtenstein aufgenommenen Flüchtlingen gezählt. Der Aufenthalt in Liechtenstein entwickelte für sie ab 1933 jedoch die gleiche schützende Wirkung wie für die ab 1933 nach Liechtenstein geflohenen Menschen. 1935 lebten zwischen zwanzig und fünfundzwanzig solche Aufenthalter in Liechtenstein, 1937 waren es noch ungefähr achtzehn, 1940 noch etwa vierzehn. Gleich wie die jüdischen Flüchtlinge wurden auch sie spätestens 1941 von Deutschland ausgebürgert, verloren infolgedessen ihre Niederlassungsbewilligung und erhielten ebenfalls eine Toleranzbewilligung. Spätestens jetzt besaßen sie den gleichen Aufenthaltsstatus wie die seit 1933 nach Liechtenstein geflohenen Juden.

Neben den jüdischen Flüchtlingen lebten in Liechtenstein einige katholische und von 1934 an gegen neunzig so genannte freireligiöse Flüchtlinge, die bis 1938 nach Grossbritannien auswanderten. Bei Kriegsende nahm Liechtenstein vorübergehend gut 430 auf liechtensteinisches Gebiet übergetretene russische Soldaten mit Begleitpersonal, zusammen 494 Personen, auf. Sie gehörten einer Truppe an, die als Teil der deutschen Wehrmacht unter der Leitung des russischen Emigranten Arthur Holmston gegen die Sowjetunion gekämpft hatte.⁶⁰⁴

⁶⁰¹ So zum Beispiel Andor Obersohn, Grosshandel mit Rauchrequisiten und Metallwaren nach dem Auslande (Rauchrequisiter- und Metallwaren-Handels-Anstalt); Gebrüder Herz, AG für chemische Werte. Zur 1931 gegründeten Unternehmung von Obersohn siehe Wenaweser/Wanger, Industrien, 2000, S. 29.

⁶⁰² LLA, V5/1940/499, «Verzeichnis der in Liechtenstein wohnhaften Juden und Emigranten».

⁶⁰³ Dazu kamen rund zehn eingebürgerte Juden, die sich entweder gleich nach ihrer Einbürgerung in Liechtenstein niederliessen oder ab 1941 aus dem NS-Machtraum nach Liechtenstein flüchteten (siehe dazu Kapitel 5.2).

⁶⁰⁴ Siehe dazu Geiger/Schlapp, Russen, 1996, und Geiger, Brandung, 1998, S. 64 f.

Zu erwähnen ist schliesslich noch eine weitere Gruppe von Personen, die zwar als normale Aufenthalter nach Liechtenstein gekommen waren, die aber seit Kriegsbeginn in NS-Deutschland ebenfalls gefährdet gewesen wären – die so genannten Refraktäre, die in Liechtenstein lebten und sich weigerten, dem Stellungsbefehl der deutschen Wehrmacht Folge zu leisten. Deshalb verloren sie ihre Schriften und wurden von der liechtensteinischen Regierung auf «Toleranz» gesetzt. 1943 lebten etwa 25 Refraktäre in Liechtenstein.⁶⁰⁵

Im Gegensatz zu den in Liechtenstein aufgenommenen Flüchtlingen und tolerierten Personen stehen die zahlreichen Flüchtlinge – die genaue Zahl ist unbekannt –, die erfolglos um Asyl angesucht hatten. Daher stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Regierung Aufenthaltsbewilligungen erteilte oder verweigerte.

4.2 Praxis der Regierung bei schriftlichen Aufenthaltsgesuchen 1933–1945

«Die Religionszugehörigkeit spielte für die Behandlung von Einreise- und Aufenthaltsgesuchen keinerlei Rolle. [...] Die Zulassung von Ausländern nach Liechtenstein erfolgte unter allgemeinen fremdenpolizeilichen Gesichtspunkten. Vorbedingung für eine Domizilnahme war die persönliche Integrität, selbstverständlich spielte [sic] das Alter und die zur Verfügung stehenden Mittel eine Rolle und insbesondere wurde darauf geachtet, dass gültige Ausweispapiere vorlagen.»⁶⁰⁶

Mit diesen Worten beschrieb ein Beamter der liechtensteinischen Fremdenpolizei im Jahr 1959 die fremdenpolizeiliche Praxis Liechtensteins während der dreissiger Jahre. Die Fremdenpolizei verfasste dieses Schreiben auf Anfrage von Alice Marx. Marx war zusammen mit ihrer inzwischen verstorbenen Mutter 1935 aus Deutschland nach Liechtenstein geflohen und hatte dort bis 1938 gewohnt. Sie benötigte diese Bestätigung im Rahmen eines Restitutionsverfahrens in Freiburg im Breisgau. Das Landesamt für Wiedergutmachung in Freiburg hatte ihren Antrag auf Wiedergutmachung mit der Begründung abgelehnt, dass die vorgelegte Sachverhaltsdarstellung nicht stimmen könne, da Liechtenstein zum fraglichen Zeitpunkt keine Daueraufenthaltsbewilligungen an deutsche Juden erteilt habe.⁶⁰⁷ Dass die Version des Freiburger Landesamtes nicht zutraf, zeigt der Aufenthalt von zirka hundert Juden im Fürstentum am Ende der dreissiger Jahre.

Wie folgendes Zitat der liechtensteinischen Regierung vom August 1938 zeigt, achtete sie bei Aufenthaltsgesuchen teilweise sehr wohl darauf, ob der Antragsteller als «Jude» oder «Arier» galt und übernahm dabei die entsprechende NS-Terminologie:

⁶⁰⁵ LLA, V5/1944/0002, «Liste der reichsdeutschen Deserteure und Refraktäre», 21. 7. 1944.

⁶⁰⁶ LLA, RF 181/331, Bestätigung der liechtensteinischen Fremdenpolizei, 18. 4. 1959.

⁶⁰⁷ Siehe Schriftwechsel in LLA, RF 181/331.

«In Beantwortung Ihres Schreibens [...] ersuche ich noch um Mitteilung, ob es sich bei Genanntem um einen Arier oder Juden handelt. In letzterem Falle wäre die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung mit etwelchen Schwierigkeiten verbunden.»⁶⁰⁸

Die Politik der liechtensteinischen Regierung gegenüber jüdischen Flüchtlingen, die vom deutschen Machtbereich aus schriftliche Aufenthaltsgesuche an die Regierung richteten, war uneinheitlich. Im Folgenden gilt es zu klären, unter welchen Umständen die liechtensteinische Regierung Flüchtlinge einreisen liess.

Zur Quellenlage und Quellenkritik

Dieses Kapitel stützt sich in erster Linie auf die nahezu vollständig erhaltenen Akten der liechtensteinischen Regierung, die bis 1941 weitgehend autonom über die Einreisegesuche befand. Die Akten wurden für die Schlüsseljahre 1938 bis 1940 systematisch ausgewertet. Für die übrigen Jahre wurde in der Datenbank zu den Akten der liechtensteinischen Regierung nach einschlägigen Begriffen gesucht.⁶⁰⁹ Da von den Regierungssitzungen keine Verhandlungsprotokolle erstellt wurden, sind die Überlegungen der Regierung in der Regel nicht ausdrücklich belegt. Die Haltung der Regierung oder einzelner Regierungsmitglieder floss einzig in Landtagsdebatten sowie in einige Antwortschreiben an jüdische Gesuchsteller explizit ein. Dies ist bei der Interpretation der Regierungspolitik zu beachten. Ergänzende Bedeutung kam den Akten des liechtensteinischen Sicherheitskorps, der Eidgenössischen Polizeiabteilung und für das Jahr 1938 den Aufenthaltsakten der Gemeinde Vaduz zu.⁶¹⁰

Die exakte Zahl der Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen lässt sich – trotz kompletter Durchsicht der Akten – auch für die Jahre 1938 bis 1940 nicht bestimmen. Erstens geht nicht aus allen Dossiers zweifelsfrei hervor, welche Motive den Anfragen zugrunde lagen,⁶¹¹ und zweitens fehlen in Einzelfällen die Dossiers zu den Aufenthaltsgesuchen. Die ermittelten Zahlenwerte sind deshalb als Minimalangaben zu verstehen, die aber mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht mehr als 12 Prozent von der effektiven Anzahl der

⁶⁰⁸ LLA, RF 182/404, Regierung (Hoop) an Institut auf dem Rosenberg in St. Gallen, 27. 8. 1938.

⁶⁰⁹ Als Suchbegriffe wurden «Aufenthalt», «Domizilnahme», «Einreise», «Niederlassung», «Wegweisung». «jud» und «jüdisch» verwendet.

⁶¹⁰ Die Gemeinden konnten seit 1933 zwar nicht mehr selbständig über Aufenthaltsgesuche entscheiden, ihre Stellungnahmen konnten unter Umständen aber weiterhin von erheblichem Gewicht sein, siehe Kapitel 2.3.2.

⁶¹¹ Die Gesuchsteller argumentierten sehr unterschiedlich. Während die einen ihren Auswanderungsgrund offen benannten und ihrer grossen Verzweiflung Ausdruck gaben, führten andere sekundäre Gründe an, beispielsweise gesundheitlicher oder devisentechnischer Art. In vorliegender Studie wurden auch Aufenthaltssuchende als Flüchtlinge gezählt, die zwar nicht konkret auf ihre Verfolgung in Deutschland hinwiesen, die aber von einer geplanten Auswanderung nach Übersee oder Palästina berichteten und deren Familienname Indiz für eine jüdische Herkunft war.

Aufenthaltsgesuche abweichen.⁶¹² Weniger genau kann die maximale Abweichungsquote bei der von den Aufenthaltsgesuchen betroffenen Personen bestimmt werden, da oft Angaben darüber fehlen, wie viele Familienmitglieder nach Liechtenstein kommen wollten. Die zuverlässigste Richtgrösse ist deshalb jene der Aufenthaltsgesuche.

Entscheidungsgrundsätze und Entscheidungswege

Die Regierung kannte in der fraglichen Zeit noch keine formalisierte Ressortverteilung. Es scheint aber, dass der stellvertretende Regierungschef Alois Vogt zumindest seit Beginn der vierziger Jahre für das Polizeiwesen und somit auch für die Flüchtlingsfragen verantwortlich war, da er mehrmals allein in Bern fremdenpolizeiliche Besprechungen führte. Aufenthaltsgesuche wurden aber vom ganzen Regierungskollegium entschieden. Die Gesuchsteller, die die Grundbedingungen nicht erfüllten oder von vorneherein als uninteressant galten, lehnte der Regierungschef in etlichen Fällen von sich aus ab, ohne die Gesamtregierung darüber verhandeln zu lassen.⁶¹³

Vereinzelte richteten österreichische Juden ihre Gesuche auch an den Fürsten. Dieser leitete sie – manchmal mit einer Empfehlung – an die Regierung weiter. Die aus einer jüdischen Familie stammende Fürstin Elsa hat sich wiederholt bei den schweizerischen und liechtensteinischen Behörden für Verwandte eingesetzt.⁶¹⁴

Die liechtensteinische Regierung erteilte eine Aufenthaltsbewilligung grundsätzlich nur Personen, die gültige Heimatschriften, ein Leumundszeugnis und einen Strafregisterauszug vorlegen konnten. Im Zug der Wirtschaftskrise verlangte die Regierung zudem von den meisten Aufenthaltsbewerbern, dass sie auf die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit in Liechtenstein verzichteten.⁶¹⁵ Ferner hatten die Aufenthaltsansuchenden genügend eigene Mittel zur Bestreitung des eigenen Unterhalts nachzuweisen, denn Liechtenstein wollte für Ausländer keine Fürsorgegelder ausgeben.

So hing es vom Goodwill einzelner Privatpersonen ab, wenn Mittellose in Liechtenstein bleiben konnten. Zwei jüdische Frauen aus Deutschland, Margarethe und Gertrud Chantoff, die

⁶¹² Von den zwischen 1938 und 1940 eingegangenen Gesuchen lassen sich sieben Prozent nicht einordnen. Dazu sind die verschollenen Dossiers zu addieren. Deren genaue Anzahl ist zwar unbekannt, dürfte aber nicht mehr als fünf Prozent betragen. Auskunft von Landesarchivar Paul Vogt, 22. 7. 2003.

⁶¹³ Dies war beispielsweise im Februar 1938 beim schriftenlosen Kurt Münzer der Fall. LLA, RF 178/263, Kurt Münzer.

⁶¹⁴ BAR, E 4800.1 (-) 1967/111, Bd. 2, Carl Brunner an EPD, 27. 12. 1944. Zu zwei Gesuchen konnten konkrete Hinweise gefunden werden, siehe Lily Weiss, Kapitel 4.2.2, und Marie von Glaser, Kapitel 4.2.2.

⁶¹⁵ Zum Beispiel LLA, RF 136/131, Herbert Simon. Liechtensteinische Regierung an Herbert Simon, 15. 9. 1933: «[...] es werden gegenwärtig für Arbeitsannahme und andere Erwerbszwecke nur in Ausnahmefällen Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen erteilt.»

seit 1933 in der Schweiz gewohnt hatten, suchten im Februar 1935 um Aufenthalt in Liechtenstein nach. Normalerweise hätte die Regierung den mittellosen Frauen die Aufenthaltsbewilligung verweigert. Da aber der Pfarr-Resignat Johann Büchel das Gesuch für Mutter und Tochter Chantoff stellte,⁶¹⁶ waren sowohl die Gemeindevorsteherung Schaan⁶¹⁷ als auch die Regierung mit einem befristeten Aufenthalt einverstanden. Allerdings machte die Regierung Büchel auf die unsichere materielle Lage der beiden Frauen aufmerksam:

«Ich habe aber immer Ihnen nicht verheimlichen wollen, dass nach Auskünften, die uns zugekommen sind, die beiden Damen nur von Unterstützungen leben. Fürchten Euer Hochwürden nicht, vielleicht selber einmal zu Schaden zu kommen? Wir bitten Sie um Ihre Aeusserung, worauf wir dann endgültig Beschluss fassen werden.»⁶¹⁸

Schliesslich gewährte die Regierung Margarethe und Gertrud Chantoff eine befristete Aufenthaltsbewilligung, nach deren Ablauf im Januar 1936 sie die Ausweisung der beiden Frauen verfügte.⁶¹⁹ Trotz ihres Beschlusses tolerierte die Regierung Margarethe und Gertrud Chantoff jedoch weiterhin. Ende 1938 drohte sie jedoch mit der Ausschaffung, da Margarethe und Gertrud Chantoff die nunmehr verlangte Kautions von 30 000 Franken nicht stellen konnten.⁶²⁰ Nachdem Gertrud Chantoff im Oktober 1938 verstorben war, verliess Margarethe Chantoff Liechtenstein Ende August des darauf folgenden Jahres.⁶²¹

Abgesehen von ihrer oft prekären materiellen Lage, war für jüdische Flüchtlinge auch die Beibringung eines Leumundszeugnisses meist schwierig, da ihnen die NS-Behörden politisch motivierte Vergehen zur Last legten. Deshalb bat ein liechtensteinischer Rechtsagent 1934, als er einem Klienten die liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung verschaffen wollte, auf das Leumundszeugnis zu verzichten.⁶²² Die Regierung beharrte jedoch hier wie auch in den meisten anderen Fällen darauf.⁶²³

⁶¹⁶ LLA, RF 150/442, Pfarr-Resignat Joh. Büchel an Anton Frommelt, Landtagspräsident, 2. 5. 1935.

⁶¹⁷ LLA, RF 150/442, Äusserung Gemeinde-Vorsteherung Schaan, 16. 5. 1935.

⁶¹⁸ LLA, RF 150/442, liechtensteinische Regierung an Pfarrer Johann Büchel, 23. 5. 1935.

⁶¹⁹ LLA, RF 150/442, liechtensteinische Regierung an Gertrud und Margarethe Chantoff, 1. 2. 1936.

⁶²⁰ LLA, RF 178/474, Regierung an Gertrud Chantoff, 8. 10. 1938. Zudem hatte Gertrud Chantoff im Juni 1938 eine Verwarnung erhalten, weil sie mehrmals in einer «ganz unzureichenden Bekleidung» auf ihrem Balkon gesehen worden war. Die Regierung drohte ihr die sofortige Ausweisung an, falls dies nochmals vorkommen sollte. Das moralisch korrekte Verhalten der in Liechtenstein lebenden Ausländer war wichtig. So liess die Regierung den Ungarn Aurel Koreck, der schon länger in Liechtenstein gewohnt hatte, ausweisen, weil er zweimal versucht hatte, sich das Leben zu nehmen, und auf Befragung hin angab, nach wie vor Suizid begehen zu wollen. LLA, RF 189/219, Sicherheitskorps an Regierung, 13. 2. 1939.

⁶²¹ LLA, RF 192/368.

⁶²² LLA, RF 146/171, Louis Seeger an liechtensteinische Regierung, 25. 7. 1934.

⁶²³ LLA, RF 146/171, Regierung an Louis Seeger, 25. 7. 1934.

Um die Aussagen und die Person des Aufenthaltswerbers zu überprüfen, holte die Regierung vereinzelt Informationen von ausländischen Privatdetekteien ein – in Deutschland vor allem vom Auskunftsbüro Schimmelpfeng in Berlin.⁶²⁴ Daneben waren auch die vom Gesuchsteller angegebenen Referenzen sehr wichtig.

4.2.1 Entscheidungspraxis der Regierung bei Aufenthaltsgesuchen von 1933 bis zum Fremdenpolizeiabkommen von 1941

4.2.1.1 Aufenthaltsgesuche bis 1935

Als erste bekamen die jüdischen Ärzte, Anwälte und Beamten die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland zu spüren. Mit dem im April 1933 erlassenen Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums begann ihre schrittweise Ausgrenzung aus dem Berufsleben. Zu den ersten Aufenthaltsbewerbern in Liechtenstein zählten Ärzte und Beamte. Daneben versuchten in der Frühphase des NS-Regimes Akademiker und Privatis nach Liechtenstein zu gelangen. Dagegen befanden sich unter den Aufenthaltsansuchenden erst wenige Unternehmer. Ferner suchte eine freireligiöse Gemeinschaft, die in NS-Deutschland ausgegrenzt wurde, in Liechtenstein Zuflucht, und ausserdem suchten Flüchtlinge aus Russland um Aufenthalt an. Einige der Gesuchsteller hatten in der Schweiz keine Bewilligung oder keine Aufenthaltsverlängerung erhalten und versuchten deshalb, sich in Liechtenstein niederzulassen. Dies war auch später oft der Fall. Liechtenstein war selten die erste Wahl – Flüchtlinge versuchten in der Regel zuerst, eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz zu erhalten.⁶²⁵

Einige Aufenthaltssuchende meldeten sich nicht mehr, nachdem ihnen die Bedingungen mitgeteilt worden waren: Entweder konnten sie die gestellten Bedingungen nicht erfüllen (gültiger Heimatschein, Leumundszeugnis), oder sie hatten in der Zwischenzeit einen anderen Aufenthaltsstaat gefunden.

Die liechtensteinische Regierung verfolgte eine zurückhaltende Politik, wie sie beispielsweise im Oktober 1933 dem liechtensteinischen Anwalt Ludwig Marxer auf Anfrage mitteilte:

«Wir gestatten uns, darauf hinzuweisen, dass auch die Schweiz gegenwärtig ausserordentlich zurückhaltend ist in der Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, da die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, dass gewisse Leute z. B. aus Deutschland durch Massnahmen ihres

⁶²⁴ Zum Beispiel LLA, RF 136/549, Friedländer Ernst, und LLA, RF 150/158, Ernst und Berta Zimmermann. Diese Praxis war bei den Einbürgerungen üblich: Spätestens seit 1930 und bis ungefähr 1935 fragte die Regierung regelmässig Schimmelpfeng um Auskunft an. LLA, V5.

⁶²⁵ So hatten beispielsweise Leopold Baum und Leo Moos zuvor vergeblich versucht, eine schweizerische Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003, und Interview mit Walter Moos, 24. 10. 2003.

Heimatsstaates vaterlandslos werden, wodurch natürlich beträchtliche Schwierigkeiten entstehen können. Für Erwerbszwecke geben wir gegenwärtig überhaupt höchst selten Bewilligungen.»⁶²⁶

Anfragen von Ärzten lehnte die Regierung mit Hinweis auf die in Liechtenstein bestehende Bedürfnisklausel generell ab.⁶²⁷ Auch Beamte konnten nicht auf die liechtensteinische Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis hoffen.⁶²⁸ Abgelehnt wurden ebenso die Gesuche von Personen, die mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten schweizerische Unternehmen konkurrenziert hätten.⁶²⁹ Einfacher hatten es Privatiere, die den Arbeitsmarkt nicht belasteten und dem Land Geld zuführten. Die Regierung hiess solche Gesuche in der Regel gut.⁶³⁰ Dagegen erhielt 1933 eine russische Familie, die dem Bürgerkrieg entflohen war, keinen Aufenthalt, weil sie schriftlos war.⁶³¹

Gesuche von deutschen Flüchtlingen unterbreitete die liechtensteinische Regierung meistens der Eidgenössischen Fremdenpolizei. So legte sie der schweizerischen Fremdenpolizei das Gesuch des deutschen Juden Kurt Kauffmann vor, der im Mai 1933 nach Liechtenstein ziehen wollte. Kauffmann war bei den schweizerischen Behörden noch nicht aktenkundig geworden, weshalb die schweizerische Fremdenpolizeibehörde grundsätzlich nichts gegen seine Aufenthaltsnahme einzuwenden hatte. Sie regte die liechtensteinische Regierung aber an, herauszufinden, ob es sich bei Kauffmann um einen jüdischen Flüchtling handelte:

«[...] sollte es sich um einen Israeliten handeln, so dürfen wir immerhin die Erteilung einer nur befristeten Aufenthaltsbewilligung empfehlen, in der Meinung, dass er alsdann in einem anderen Lande ein festes Domizil nehme.»⁶³²

Die fremdenpolizeiliche Empfehlung verhallte bei der fürstlichen Regierung nicht ungehört. Sie ersuchte Kauffmann um Angabe seiner Konfession und erteilte ihm schliesslich eine auf sechs Monate befristete Aufenthaltsbewilligung.⁶³³

Deutlicher wurde die schweizerische Fremdenpolizei im September 1933 beim Aufenthaltsgesuch des deutschen Juden Walter Davidsohn, der zuvor vergebens in der Schweiz um eine Aufenthaltsbewilligung nachgesucht hatte. Die schweizerische Fremdenpolizeibehörde

⁶²⁶ LLA, RF 136/450, Regierung an Ludwig Marxer, 24. 10. 1933.

⁶²⁷ Siehe dazu zum Beispiel LLA, RF 136/063, Josef Sander.

⁶²⁸ Zum Beispiel LLA, RF 136/268, Ernst Rosenfeld.

⁶²⁹ Dies war bei folgenden zwei Gesuchstellern der Fall: bei dem Lederfabrikanten Salke Kanarek (LLA, RF 136/535) und beim Toilettenartikelfabrikanten Alfred Wurzinger (LLA, RF 148/237).

⁶³⁰ Als Beispiel wäre hier das Ehepaar Walter und Wally Pincus sowie Walters Bruder zu nennen. Sie erhielten 1933 für drei Monate Kuraufenthalt in Triesenberg. LLA, RF 135/491. Zu Pincus' späterem Schicksal siehe Kapitel 4.3.

⁶³¹ LLA, RF 133/076, Miroff an liechtensteinische Regierung, 8. 4. 1933, und liechtensteinische Regierung an Miroff, 9. 4. 1933.

⁶³² LLA, RF 134/039, Eidg. Fremdenpolizei an fürstliche Regierung, 31. 5. 1933.

räumte ein, dass Liechtenstein Davidsohn aufnehmen dürfe, obschon die schweizerischen Behörden Davidsohns Gesuch abgelehnt hatten. Ihre ablehnende Haltung legte sie jedoch unmissverständlich dar:

«Es ist selbstverständlich, dass Sie vollständig frei sind, solche Fälle nach Ihrem Gutdünken zu entscheiden. Wir gestatten uns jedoch, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass wir ganz allgemein gegenüber aus Deutschland kommenden jüdischen Niederlassungsbewerbern zur Zeit sehr zurückhaltend sein müssen; unter anderen Gründen auch schon wegen der bestehenden Gefahr eintretender Schriftenlosigkeit. Auch möchten wir darauf hinweisen, dass vom schweizerischen Standpunkt aus betrachtet es natürlicherweise zu gewissen Unzukömmlichkeiten führen wird, wenn Ausländer, denen die Niederlassung in der Schweiz verweigert wurde, alsdann im benachbarten Liechtenstein zur Wohnsitznahme zugelassen werden.»⁶³⁴

In der Folge verweigerte die liechtensteinische Regierung Davidsohn die Aufenthaltsbewilligung.⁶³⁵ Dessen ungeachtet bürgerte Liechtenstein Davidsohn im darauf folgenden Jahr ein.⁶³⁶

Auch dem Ehepaar Annemarie und Max Sachs erteilte Liechtenstein zuerst einen abschlägigen Bescheid, nachdem sich das liechtensteinische Arbeitsamt gegen das Gesuch ausgesprochen und auch die Eidgenössische Fremdenpolizei der Regierung empfohlen hatte, die Einreise abzulehnen.⁶³⁷ Gegenüber Sachs führte die Regierung aus, dass die Fremdenpolizei «gegen die Stattgebung» des Gesuches sei und sie deshalb aufgrund der Verträge verpflichtet sei, den Entscheid zu übernehmen.⁶³⁸ Das Ehepaar Sachs weilte dennoch spätestens seit 1935 in Liechtenstein und Max Sachs erhielt im April dieses Jahres auch die Bewilligung zur Führung einer in Liechtenstein ansässigen Domizilgesellschaft.⁶³⁹ Die Regierung hatte offensichtlich ihre Meinung geändert, wobei die Gründe für diesen Meinungsumschwung unbekannt sind.

Während der Frühphase der Fluchtbewegung nach Liechtenstein unterbreitete die liechtensteinische Regierung also die meisten Anfragen der schweizerischen Fremdenpolizei, handelte aber nicht in allen Fällen nach deren Auffassung.

⁶³³ LLA, RF 134/039, liechtensteinische Regierung an Kauffmann, 8. 6. 1933.

⁶³⁴ LLA, RF 136/050, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 15. 9. 1933.

⁶³⁵ LLA, RF 136/050, liechtensteinische Regierung an Guido Feger, 19. 9. 1933.

⁶³⁶ Siehe Kapitel 5.1.

⁶³⁷ LLA, RF 146/241, Eidg. Fremdenpolizei an Regierung, 30. 8. 1934.

⁶³⁸ LLA, RF 146/241, liechtensteinische Regierung an Max Sachs, 1. 9. 1934.

⁶³⁹ LLA, RF 153/012, Regierung an Max Sachs, 25. 4. 1935.

«Almbruderhof»

Als grösste zivile Flüchtlingsgruppe wurde die freireligiöse Gemeinschaft Bruderhof aus Hessen-Nassau⁶⁴⁰ im April 1934 in Liechtenstein aufgenommen. Der Bruderhof unter der Leitung von Eberhard Arnold hatte auf Druck der Nationalsozialisten hin seine Siedlung in Neuhoof bei Fulda aufgeben müssen.⁶⁴¹ Die Regierung klärte ab, um welche Art von Gruppierung es sich handelte und ob sie deren Anwesenheit in Liechtenstein verantworten könne. Die eingeholten Informationen fielen positiv aus, und da auch der Arbeitsmarkt nicht belastet wurde, erlaubte die Regierung der Gemeinschaft, in Liechtenstein Wohnsitz zu nehmen. Die Gemeinschaft musste sich aber verpflichten, keine deutschen Wehrdienstpflichtigen und Staatenlosen bei sich aufzunehmen.⁶⁴² Der Almbruderhof, wie er sich fortan nannte, liess sich oberhalb von Triesenberg im Oberen Silum nieder, wo er ein Gästehaus mietete.⁶⁴³ In der Gemeinde Triesenberg regte sich 1935 aber Skepsis. Der Gemeindevorstand konnte zwar durch die detaillierten Ausführungen der Regierung von der Unbedenklichkeit des Bruderhofes überzeugt werden,⁶⁴⁴ die Triesenberger Bevölkerung blieb jedoch misstrauisch, und einige Triesenberger lancierten eine Wegweisungsinitiative: Die Gemeindeversammlung sprach sich mit 122 gegen 106 Stimmen bei 35 Enthaltungen und sieben ungültigen Stimmen relativ knapp für den Verbleib der Religionsgemeinschaft aus.⁶⁴⁵ Im Gegenzug musste sich der Almbruderhof verpflichten, Grundstücke nur mit Zustimmung der Bevölkerung zu erwerben und nicht mehr als neunzig Menschen gleichzeitig aufzunehmen.⁶⁴⁶

Die Almbruderschaft Silum war weitgehend autonom organisiert, sie unterhielt insbesondere eine eigene Schule, die unter der Aufsicht des liechtensteinischen Landesschulrats stand.⁶⁴⁷ Ferner betrieb der Bruderhof von Liechtenstein aus eine Versandstelle für die Bücher des Eberhard-Arnold-Verlages GmbH⁶⁴⁸ und führte eine kleine Handwerkstätte, in der drei bis vier Mitglieder kunstgewerbliche Gegenstände herstellten.⁶⁴⁹ Ab 1936 übersiedelte die

⁶⁴⁰ LLA, RF 144/232, Gemeindekanzlei Trogen an Regierung, 26. 3. 1934.

⁶⁴¹ LLA, RF 144/232, Pierre Ceresole an Ferdinand Risch, Gemeindevorsteher Schaan, 10. 3. 1934.

⁶⁴² LLA, RF 144/232, Regierung an Eberhard Arnold, 27. 4. 1934, und Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 439.

⁶⁴³ LLA, RF 144/232, Abschrift des Pachtvertrages zwischen Joachim Beck und Eberhard Arnold, 21. 3. 1934.

⁶⁴⁴ LLA, RF 144/232, Regierung an Ortsvorsteher Triesenberg, 17. 7. 1935, und Ortsvorsteher Triesenberg an Regierung, 22. 7. 1935.

⁶⁴⁵ LLA, RF 155/234, Gemeinde-Vorsteher Triesenberg an Regierung, 23. 10. 1935.

⁶⁴⁶ LLA, RF 155/234, Gemeindeabstimmung vom 20. 10. 1935.

⁶⁴⁷ LLA, RF 144/232, Regierung an Schulgemeinde Almbruderhof Triesenberg, 13. 7. 1934.

⁶⁴⁸ LLA, RF 144/232, Regierung an Eberhard Arnold, 4. 5. 1934.

⁶⁴⁹ LLA, RF 144/232, Regierung an Almbruderschaft Silum, 30. 5. 1934, und Eberhard Arnold an Regierung, o. D.

Gemeinschaft sukzessive nach England, im März 1938 verliessen die letzten rund dreissig verbliebenen Mitglieder Liechtenstein.⁶⁵⁰ Die «Brudergemeinschaft» war, abgesehen von der nationalrussischen Truppe unter Holmston,⁶⁵¹ die grösste zusammengehörende Flüchtlingsgruppe, die Liechtenstein zwischen 1933 und Kriegsende bei sich aufnahm.

4.2.1.2 Deutlicher Anstieg von Einreisegesuchen 1935 – Praxisänderung der Regierung

1935 war mit zirka 30 bis 35 Einreisegesuchen ein markanter Anstieg der Gesuche von Flüchtlingen – meist verfolgten Juden aus Deutschland – zu verzeichnen. Die Regierung bewilligte von diesen Gesuchen etwas mehr als die Hälfte (16 bis 20). Die Aufnahmepolitik der Regierung veränderte sich dabei in zweierlei Hinsicht: Erstens führte sie als Reaktion auf die steigende Zahl der Gesuche die Möglichkeit ein, Kautionen von bis zu 20 000 Franken zu verlangen.⁶⁵² Damit erschwerten die liechtensteinischen Behörden die Aufenthaltsnahme erheblich. Hatten sie schon vorher darauf geachtet, nur Personen aufzunehmen, die sich über genügend Mittel für den Unterhalt ausweisen konnten, gingen sie nun einen wesentlichen Schritt weiter. Nur noch überdurchschnittlich Begüterte, die ihre Guthaben bereits ins Ausland transferiert hatten oder dort auf vermögende Verwandte zählen konnten, kamen als Aufenthalter in Frage. Zweitens rückte die Regierung angesichts der Wirtschaftskrise, die 1935 in Liechtenstein ihren Höhepunkt erreichte, von ihrem bisherigen Grundsatz ab, auf eine Industrialisierung Liechtensteins zugunsten der Schweiz zu verzichten.⁶⁵³ So führte das Arbeitsamt zum Gesuch eines deutschen Juden, der in Vaduz eine Darmsortieranstalt errichten wollte, aus:

«Nachdem sich die Arbeitsmarktlage in der Schweiz sich für unsere Arbeiterschaft sich [sic] immer verschlechtert so müssen wir die Arbeitsgelegenheiten in Liechtenstein möglichst ausbauen und würden wir daher die Bewilligung für das instehende [sic] Gesuch befürworten, jedoch mit der Bedingung, dass im Betriebe auch hiesige Arbeiter Beschäftigung finden.»⁶⁵⁴

Das folgende Fallbeispiel soll das ab 1935 übliche Verfahren und die zentralen Mechanismen verdeutlichen: Der liechtensteinische Anwalt Ludwig Marxer und Rechtsagent Josef Ospelt wollten im Juli 1935 eine Gesellschaft zur Fabrikation von Rohrbogen gründen. Sie betonten die guten Erfolgsaussichten und forderten, weil sie nicht Fachleute waren, die Aufenthaltsbewilligung für den Fachmann Max Hirsch, der in Deutschland als Jude verfolgt

⁶⁵⁰ Über die genaue Anzahl liegen leicht abweichende Zahlen vor: Geiger spricht von 38 Mitgliedern (Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 439), während die Liste des Sicherheitskorps 33 Mitglieder verzeichnet (LLA, V5/1938/133).

⁶⁵¹ Siehe dazu Kapitel 4.5.

⁶⁵² Die Kautionen waren bei der Liechtensteinischen Sparkasse zu deponieren, die nur mit Einwilligung der Regierung allfällige Freigaben tätigen konnte. Zu den Kautionen siehe Kapitel 4.2.4.

⁶⁵³ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 271 f.

war. Marxer und Ospelt versprachen, zu Beginn fünf bis sechs liechtensteinische Arbeiter zu beschäftigen:

«Wir sind der Ansicht, in der gegenwärtigen schweren Lage durch diese Gründung dem Lande einen Dienst zu erweisen; denn es scheint uns wichtig, wenn auch nur einigen Arbeitern Verdienst gegeben werden kann, und dieses ist der Zweck vorliegenden Ansuchens.»⁶⁵⁵

Die Regierung konsultierte vorgängig zu ihrem Entscheid das Arbeitsamt und den Verband für Handel und Gewerbe. Das Arbeitsamt wollte insbesondere wissen, ob alle Arbeitnehmer dem liechtensteinischen Arbeitsmarkt entnommen würden. Die Gewerbe-genossenschaft äusserte sich nicht dazu, weil sie das Gesuch für erledigt hielt.⁶⁵⁶ Die Regierung beschloss Ende September 1935, Hirsch aufzunehmen und die Gewerbekonzession zu erteilen, wenn nachweisbar mehrere Arbeitsplätze entstünden.⁶⁵⁷ Kurz nachdem die Regierung den Gewerbeschein ausgefertigt hatte,⁶⁵⁸ beschwerte sich der Liechtensteinische Verband für Handel und Gewerbe doch noch über die Bewilligung. Die Beschwerde blieb jedoch erfolglos, die Regierung erhielt die Konzession aufrecht.⁶⁵⁹

Das Aufenthaltsgesuch von Hirsch und sein Gang durch die liechtensteinischen Institutionen ist in vierfacher Hinsicht exemplarisch: Die Regierung holte, wenn es sich um Gesuche für Arbeitsbewilligungen und Firmenkonzessionen handelte, jeweils die Stellungnahme des Arbeitsamts und der Gewerbe-genossenschaft ein. Zweitens verzichtete sie darauf, die Eidgenössische Fremdenpolizei zu konsultieren. Drittens spielten bei der Aufenthaltsnahme von Hirsch ein liechtensteinischer Anwalt und ein liechtensteinischer Rechtsagent eine wichtige Rolle. Sie traten als Gründer der Firma auf und stellten in dieser Funktion ein Aufenthaltsgesuch für Hirsch, das die Regierung quasi erteilen musste, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, in Krisenzeiten die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Viertens werden die starken Konkurrenzängste der Gewerbe-genossenschaft und ihr Bemühen, unerwünschte Konkurrenten fernzuhalten, deutlich.⁶⁶⁰

1935 kam es zu weiteren Unternehmensgründungen durch jüdische Flüchtlinge. In Eschen errichteten zwei Flüchtlinge die Rheintalischen Bekleidungswerke AG.⁶⁶¹ Ferner gründete ein

⁶⁵⁴ LLA, V112, Personendossier Leopold Greif, Äusserung des liechtensteinischen Arbeitsamtes, 6. 7. 1935.

⁶⁵⁵ LLA, RF 150/039, Marxer und Ospelt an liechtensteinische Regierung, 26. 7. 1935.

⁶⁵⁶ LLA, RF 150/039, Arbeitsamt an Regierung, 30. 8. 1935.

⁶⁵⁷ LLA, RF 150/039, Regierungsbeschluss vom 12. 9. 1935, liechtensteinische Regierung an Ospelt und Marxer, 17. 9. 1935, sowie liechtensteinische Regierung an Ospelt und Marxer, 25. 9. 1935.

⁶⁵⁸ LLA, RF 150/039, Gewerbeschein vom 29. 1. 1936.

⁶⁵⁹ LLA, RF 150/039, Gewerbe-genossenschaft an Regierung, 5. 2. 1936.

⁶⁶⁰ Zur Haltung des Gewerbeverbandes bei Unternehmensgründungen siehe Kapitel 6.2.1.

⁶⁶¹ Zur Gründung der Rheintalischen Kleiderfabrik AG durch Richard Graetz und Hans Schifftan siehe LLA, RF 155/172.

Flüchtling eine Aktiengesellschaft zur Fabrikation und zum Handel für Metzgereibedarfsartikel.⁶⁶² Ferner durfte ein weiterer Flüchtling nach Liechtenstein unter der Bedingung kommen, dass er in seinem Betrieb von Beginn weg zwei Arbeiter beschäftigen und eine Kautions in der Höhe von 5000 Franken hinterlegen würde.⁶⁶³ Mit dem Werbebüro Weil konnte sich auch ein Dienstleistungsbetrieb niederlassen. Für Rudolf Weils Aufenthaltsgesuch hatte sich das schweizerische Kaufhaus Jelmoli stark gemacht. Jelmoli gab gegenüber der Regierung an, trotz langer Suche keinen Ersatz für seinen langjährigen Werber gefunden zu haben, und sicherte der Regierung zu, Weil genügend Aufträge zu erteilen. Die Rede war von einem Auftragsvolumen von bis zu 70 000 Franken pro Jahr, worauf die Regierung trotz der Gegenwehr des Arbeitsamts Weil zusammen mit seinen beiden Grafikern, ebenfalls deutsche Juden, nach Liechtenstein einreisen liess.⁶⁶⁴

Flüchtlinge, die in Liechtenstein ein Unternehmen gründen wollten, hatten also – sofern sie die liechtensteinische Wirtschaft nicht konkurrenzten – gute Chancen, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Eine weitere viel versprechende Strategie war es, die Gründung einer Domizilgesellschaft in Aussicht zu stellen und gleichzeitig um Aufenthaltsbewilligung anzufragen. Mit Hilfe von Ludwig Marxer gelang einer deutschen jüdischen Familie im Juli 1937 auf diese Weise die Einreise nach Liechtenstein. Der Familienvater errichtete eine Domizilgesellschaft mit einem Kapital von 20 000 Franken mit dem Zweck, ein chemisch-pharmazeutisches Laboratorium zu errichten.⁶⁶⁵

Mit Rücksicht auf schweizerische Interessen lehnte die Regierung primär die Aufenthaltsgesuche von Personen ab, die als Vertreter in der Schweiz arbeiten wollten und damit den schweizerischen Arbeitsmarkt direkt belastet hätten.⁶⁶⁶ Ebenso wurden die Gesuche von Flüchtlingen abgelehnt, deren Unterhalt nicht gesichert schien.⁶⁶⁷ Von den jüdischen Flüchtlingen, die in Liechtenstein ein Unternehmen gründen wollten, wurde einzig ein Gesuchssteller zurückgewiesen, weil dieser mit seiner geplanten Fabrik für Damenkonfektion

⁶⁶² LLA, V112, Personendossier Leopold Greif, Regierung an Ludwig Marxer, 29. 10. 1935.

⁶⁶³ LLA, RF 155/118, liechtensteinische Regierung an Georg Bloch, 25. 10. 1935. Allerdings ist nicht bekannt, um welche Art von Unternehmen es sich handelte und ob es überhaupt zur Aufnahme des Betriebs kam. Jedenfalls verliess Georg Bloch Liechtenstein bereits 1937 wieder. LLA, RF 155/118.

⁶⁶⁴ LLA, RF 155/139, Aufenthaltsnahme Rudolf Weil; LLA, RF 156/270, Aufenthaltsnahme Siegbert Jaks; LLA, RF 156/272, Aufenthaltsnahme Kurt Schönlanek.

⁶⁶⁵ LLA, RF 172/367, Dossier Moses Strauss und Familie.

⁶⁶⁶ Zum Beispiel LLA, RF 152/228, Erlanger Siegbert und Emanuel.

⁶⁶⁷ So war Erwin Meier, ehemaliger Beamter der deutschen Saarregierung, trotz seiner monatlichen Pension von 300 Reichsmark in Liechtenstein nicht erwünscht. Die liechtensteinische Regierung hielt es nämlich für unwahrscheinlich, dass die deutsche Clearingbehörde dem Transfer seiner Pension zustimmen würde. LLA, RF 157/016, liechtensteinische Regierung an Ernst Müller, 11. 12. 1935.

nach Ansicht der Gewerbebegrenzungsgesellschaft das einheimische Gewerbe konkurrenziert hätte.⁶⁶⁸ Aufenthaltsgesuche von jüdischen Ärzten und mindestens zwei weiteren jüdischen Flüchtlingen wurden ebenfalls abgelehnt. Einer der Abgewiesenen liess es nicht bei der abschlägigen Antwort der Regierung bewenden und fragte nach den Gründen für die Absage.⁶⁶⁹ Die Regierung antwortete knapp mit «Überfremdung»; allfällige andere Gründe wie den Druck von schweizerischer Seite oder die schwierige Wirtschaftslage erwähnte sie nicht.⁶⁷⁰

1935 waren jüdische Unternehmer in Liechtenstein also willkommen, sofern sie Arbeitsplätze zu schaffen versprachen und das einheimische Gewerbe nicht (oder nur in geringem Mass) konkurrenzierten. Jüdische Flüchtlinge dagegen, die für Liechtenstein keinen besonderen Vorteil generierten, wurden als Überfremdungsfaktor betrachtet und deshalb abgewiesen, auch wenn sie den liechtensteinischen Arbeitsmarkt nicht belastet hätten und der öffentlichen Hand nicht zur Last gefallen wären.

Aufenthaltsgesuche von 1936 bis zum «Anschluss» Österreichs im März 1938

1936 nahmen die Gesuche von Flüchtlingen vorübergehend ab, stiegen jedoch 1937 mit der forcierten «Arisierung» in Deutschland wieder an. Ab 1937 interessierten sich deutlich mehr Gewerbetreibende und Unternehmer für Liechtenstein: in diesem Jahr wurden zwischen 25 und 30 Gesuche eingereicht.

Die Handlungslinien, die 1935 bestimmend waren, blieben bis zum «Anschluss» unverändert. Abgelehnt wurden Vorhaben, die nicht genügend Arbeitsplätze für Einheimische schufen oder die bestehenden Betriebe konkurrenziert hätten.⁶⁷¹ Bei einem Gesuchsteller, der 1936 in Liechtenstein eine chemisch-technische Fabrik errichten wollte, sprachen laut Regierungsangaben vor allem zwei Gründe gegen eine Bewilligung: einerseits die Opposition

⁶⁶⁸ LLA, RF 153/424, Dossier Hermann Hirsch.

⁶⁶⁹ LLA, RF 154/333, Erich Ries an liechtensteinische Regierung, 23. 9. 1935.

⁶⁷⁰ LLA, RF 154/333, liechtensteinische Regierung an Erich Ries, 25. 9. 1935.

⁶⁷¹ LLA, RF 163/041, Dossier Fritz Guggenheimer. Das Gesuch einer vierköpfigen Familie, die in Liechtenstein Matratzen herstellen wollte und angab, zu Beginn fünf Arbeiter einzustellen, wurde von der Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, dass das Verhältnis Neuzuzüger – geschaffene Arbeitsplätze nicht günstig genug sei, da es fast eins zu eins betrage. Zudem war die einheimische Fabrikation von Matratzen laut Regierung ausreichend. LLA, RF 163/041, Regierung an Ludwig Marxer, 14. 7. 1936. Beim Gesuch der Familie Katz war für die Ablehnung ausschlaggebend, dass in Liechtenstein bereits eine Hosenfabrik bestand, die durch die Neugründung einer weiteren Fabrik konkurrenziert worden wäre. Deshalb erhielten die Söhne, die die Hosenfabrik zu gründen beabsichtigten, keine Bewilligung. Ihren Eltern dagegen wäre eine Aufenthaltsbewilligung erteilt worden. LLA, RF 161/384, liechtensteinische Regierung an Gustav Katz, 6. 5. 1936.

gegen einen weiteren Zuzug von Juden zu Beginn des Jahres 1936⁶⁷² sowie andererseits schweizerische Bedenken.⁶⁷³

1936 holte die Regierung mehrere Unternehmer nach Liechtenstein, die folgende Betriebe gründen wollten: eine Handschuhfabrik in Mauren,⁶⁷⁴ eine Blusenfabrik,⁶⁷⁵ einen Velohandel⁶⁷⁶, eine Käserei⁶⁷⁷ und eine Aktiengesellschaft.⁶⁷⁸ Ausserdem stimmte sie dem Aufenthalt von zwei deutschen Juden zu, die eine bestehende Bettfedernfabrikationsstätte in Vaduz gekauft hatten und deren Ausbau beabsichtigten.⁶⁷⁹ Zudem erhielten drei deutsche Vertreter, die bereits bei schweizerischen Unternehmen arbeiteten, die gesuchte Aufenthaltsbewilligung.⁶⁸⁰ Hinzu kamen mehrere Privatis, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen.⁶⁸¹ Davon hatten sich zwei in Liechtenstein vorgängig ein Haus gekauft und sich damit eine Rechtfertigung für ihren Aufenthalt in Liechtenstein geschaffen.⁶⁸² Ab Mitte der dreissiger Jahre kann generell beobachtet werden, dass Flüchtlinge versuchten, vollendete Tatsachen zu schaffen, so dass die Regierung mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Aufenthaltsbewilligung erteilen würde.⁶⁸³

Für den Aufenthalt in Liechtenstein sprachen Mitte der dreissiger Jahre nach wie vor die Nähe zur Schweiz, die Möglichkeit, erwerbstätig zu sein, die Tatsache, dass Liechtenstein keine Devisenbewirtschaftung kannte, und teilweise sicher der Umstand, dass Deutsch gesprochen wurde. Allerdings wirkten die Kautionspflicht und die antisemitischen Auswüchse in «Heimatdienst» und «Vaterland» im Zug der Hetze gegen Sally Isenberg abschreckend.⁶⁸⁴ So verzichteten die deutschen Flüchtlinge Ludwig Oppenheimer und seine Mutter auf ihre 1936 erhaltene liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung, als sie von den Aktionen gegen Isenberg

⁶⁷² Damit sprach die Regierung wohl die antisemitischen Artikel im «Vaterland» an: Redaktor von Vogelsang schrieb am 8. 2. 1936, dass Juden den Namen Liechtensteins in den «Kot» ziehen würden. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 441. Zum Antisemitismus in Liechtenstein in den dreissiger Jahren siehe auch Kapitel 2.2.3.

⁶⁷³ LLA, RF 160/053, Regierung an Anwalt Otto Rohner, 23. 3. 1936.

⁶⁷⁴ LLA, RF 160/213, der Inhaber der Handschuhfabrik war Franz-Josef Pollak.

⁶⁷⁵ LLA, RF 172/141, Dossier Martin Jany.

⁶⁷⁶ LLA RF 173/454, Dossier Paul Weinberger und Albert Ries.

⁶⁷⁷ LLA, RF 175/398, Josef Strauss.

⁶⁷⁸ LLA, RF 171/067, Ernst Kälbermann.

⁶⁷⁹ LLA, RF 160/213, Sigmund Hanauer und Hermann Schmidt.

⁶⁸⁰ LLA, RF 172/180, Max Ries; LLA, RF 173/486, Siegfried Thalheimer; LLA, RF 169/378, Erwin Meier.

⁶⁸¹ Beispielsweise Manfred Solinger. LLA, RF 170/104.

⁶⁸² LLA, RF 159/206, Wolf Walter Ludwig, und LLA, RF 165/563, Lehmann Ella.

⁶⁸³ Dies war beispielsweise auch bei Hermann Schmidt und Sigmund Hanauer der Fall, die vor ihrem Aufenthaltsgesuch eine in Vaduz ansässige Bettfedernfirma erworben hatten, wodurch sich eine Niederlassung in Liechtenstein fast aufdrängte LLA, RF 160/214.

⁶⁸⁴ Zur Kampagne gegen Isenberg siehe Kapitel 2.2.3.

vernahmen.⁶⁸⁵ Sie folgerten daraus, dass in Liechtenstein «eine sehr aktive antisemitische Partei» bestand,⁶⁸⁶ und liessen sich stattdessen in Monaco nieder. Oppenheimer schrieb der liechtensteinischen Regierung:

«Sie werden sicher verstehen, dass es meiner Mutter und mir etwas widerstrebt hat, unseren Wohnsitz in einem Lande zu nehmen, dessen Regierung uns zwar in gütiger Weise die Aufenthaltsbewilligung erteilt hatte, in dem aber ein ansehnlicher Teil der Staatsbürger wahrscheinlich doch unsere Anwesenheit nur ungern sehen würde.»⁶⁸⁷

Oppenheimer war vermutlich kein Einzelfall. Gemäss Regierungschef Hoop sah auch ein Unternehmen wegen der antisemitischen Agitation gegen Isenberg davon ab, sich in Liechtenstein niederzulassen.⁶⁸⁸ Hoop warnte deshalb verschiedentlich vor einem offen zur Schau gestellten Antisemitismus, aus Angst, wichtige Investoren zu verlieren.⁶⁸⁹

Nebst jüdischen Flüchtlingen fragte 1937 auch eine katholische Ordensgemeinschaft in Liechtenstein um Aufnahme nach. Die Maristen-Schulbrüder aus Niederbayern suchten eine neue Wirkungsstätte, nachdem das bayrische Unterrichtsministerium ihre Schulen Ende Dezember 1936 verboten hatte;⁶⁹⁰ eine geeignete Liegenschaft in Vaduz stand in Aussicht. Nachdem die Regierung, der Landesschulrat und das bischöfliche Ordinariat in Chur die Aufnahme befürwortet hatten, konnte das Collegium Marianum im September 1937 seinen Schulbetrieb mit knapp dreissig Schülern aufnehmen.⁶⁹¹ So kam Liechtenstein als Folge der Verdrängung katholischer Orden in Deutschland zu seinem ersten Gymnasium.

4.2.1.3 Aufenthaltsgesuche vom «Anschluss» Österreichs bis zum Fremdenpolizeiabkommen von 1941

Die deutsche Einverleibung Österreichs im März 1938 und die forcierte Judenverfolgung im Altreich lösten eine grosse Fluchtwelle aus; die Fluchtbewegung nach Liechtenstein erreichte damit ihren Höhepunkt.

⁶⁸⁵ Zur antisemitischen Hetze gegen Sally Isenberg siehe Kapitel 2.2.3.

⁶⁸⁶ LLA, RF 161/354, Ludwig Oppenheimer an liechtensteinische Regierung, 5. 8. 1936.

⁶⁸⁷ Ebd.

⁶⁸⁸ Mitteilung von Regierungschef Hoop in der Debatte um die Einbürgerung von Max Bloch. LLA, LTP, 1936, Sitzung vom 18. 6. 1936. Siehe dazu Kapitel 5.1.

⁶⁸⁹ Siehe zum Beispiel Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 397 f., sowie LLA, RF 176/493, Sammeldossier, handschriftliche Notizen zum Wirtschaftsprogramm der Regierung.

⁶⁹⁰ LLA, RF 172/154, Provinzial der deutschen Maristen-Schulbrüder an liechtensteinische Regierung, 4. 6. 1937.

⁶⁹¹ LLA, RF 172/154, Augustin Knapp, Direktor der Anstalt Sankta Maria in Neuherberg bei München an liechtensteinische Regierung, 8. 7. 1937, und Schülerliste vom 20. 9. 1937. Im ersten Jahr bestand die Schule aus drei Klassen, je einer ersten und dritten Klasse des Realgymnasiums und einer Klasse der Handelsabteilung. Unter den Schülern befanden sich zwei jüdische Flüchtlingsknaben, Werner Wollenberger und Ernst Friedländer.

Während bis Ende Juni 1938 im Vergleich zu den Vorjahren nicht besonders viele Gesuche eingingen, versuchte in der zweiten Jahreshälfte eine auffallend hohe Zahl von Verfolgten in Liechtenstein Aufnahme zu finden.⁶⁹² Ab August 1938 fragten jeden Monat mindestens zehn Flüchtlinge um eine Aufenthaltsbewilligung in Liechtenstein an. Die meisten Gesuche, nämlich 24, wurden im Monat Oktober gestellt. Die Gesuchsteller stammten bis August mehrheitlich aus Deutschland, danach suchten auch viele ehemalige Österreicher um Aufenthalt an. Die ursprüngliche Herkunft lässt sich indes nicht in jedem Fall ermitteln, da aus den schriftlichen Aufenthaltsgesuchen die Staatsangehörigkeit oft nicht hervorgeht und die österreichischen Staatsangehörigen nach dem «Anschluss» zu deutschen Staatsbürgern geworden waren.

Die Aufnahmepolitik der liechtensteinischen Behörden wurde nach dem «Anschluss» sehr restriktiv. Bereits Ende März 1938 beschloss die Regierung, keine «österreichischen Emigranten» aufzunehmen, im August desselben Jahres erhöhte der Landtag die Aufenthaltskaution auf 50 000 Franken, und im Dezember 1938 verfügte die Regierung einen Zulassungsstopp für jüdische Flüchtlinge.⁶⁹³

Insgesamt gingen im Jahr 1938 bei der liechtensteinischen Regierung mindestens 115 Einreisegesuche (für mindestens 210 Einzelpersonen) von Menschen ein, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft oder ihrer politischen Tätigkeit von den Nationalsozialisten verfolgt wurden (Tabelle 8).

⁶⁹² Dasselbe Bild zeigte sich, wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, auch an der Grenze, wo erst seit Juli 1938 eine deutliche Zunahme der Einreiseversuche zu verzeichnen war. BAR, E 6351 (F) -/1, Bd. 603, Monatsbericht Grenzwachtkommando III Juli 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 9. 8. 1938, S. 5, und Monatsbericht Grenzwachtkommando III August 1938, an Zollkreisdirektion III Chur, 8. 9. 1938.

⁶⁹³ Siehe dazu Kapitel 2.3.2.

Tabelle 8: Schriftliche Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen 1938

Monat (Datum des Regierungsentscheids)	Bewilligte Gesuche	Abgelehnte Gesuche	Keine Reaktion des Gesuchstellers	Total Gesuche
Januar	1 (2)	3 (5)	0	4 (7)
Februar	1 (4)	3 (5)	0	4 (9)
März	1 (4)	5 (6)	0	6 (10)
April	0	1 (2)	0	1 (2)
Mai	2 (7)	0	2 (2)	4 (9)
Juni	3 (9)	3 (4)	1 (1)	7 (14)
Juli	0	5 (12)	2 (2)	7 (14)
August	2 (4)	9 (16)	0	11 (21)
September	2 (6)	9 (13)	0	11 (19)
Oktober	1 (1)	18 (32)	5 (11)	24 (44)
November	14 (26)	4 (4)	0	18 (30)
Dezember	0 (0)	17 (32)	1 (2)	18 (34)
Total	27 (63)	77 (131)	11 (18)	115 (211)

Die Zahlen in Klammern bezeichnen die von den Gesuchen betroffene Anzahl Personen.

Quelle: LLA, RF 175–185.

Die Regierung behandelte zehn dieser Gesuche noch vor dem 12. März 1938 und lehnte acht davon ab. Es waren dies Gesuche von Juden, die in Liechtenstein auf ein Visum nach Übersee warten⁶⁹⁴ oder in Liechtenstein eine neue wirtschaftliche Existenz gründen wollten. Nur zwei Gesuche wurden gutgeheissen. Bei Alfred Richard und seiner Frau war vermutlich entscheidend, dass er seit 1929 eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Vaduz besass.⁶⁹⁵ Leopold Baum wiederum trat als Kompagnon in eine bestehende Kokosweberei ein und versprach, die Arbeitnehmerzahl zu verdoppeln. Überdies verfügte er über gute Beziehungen in der Schweiz, die erforderliche Kautions stellte sein schweizerischer Schwiegervater.⁶⁹⁶

Von den im Jahr 1938 eingegangenen und zur Entscheidung gelangten Gesuchen lehnte die Regierung 77 ab (rund 130 Flüchtlinge betreffend) und genehmigte 27 (zirka 63 Flüchtlinge betreffend). Die Aufnahmequote lag somit bei etwa 26 Prozent, die Ablehnungsquote bei 74 Prozent. Elf weitere Gesuchsteller meldeten sich nach dem ersten Kontakt mit der Regierung

⁶⁹⁴ LLA, RF 185/254, Hans Spitz.

⁶⁹⁵ LLA, RF 176/142, Regierung an Alfred Richard, 29. 1. 1938. Das Ehepaar Richard lebte spätestens seit November 1938 in Buenos Aires. PA-M&P, Concordia-Gesellschaft 22, Alfred Richard aus Buenos Aires an Ludwig Marxer, 9. 11. 1938. Offiziell gaben Richard und seine Frau ihren Aufenthalt in Vaduz am 27. 12. 1940 auf. LLA, RF 202/335, Ludwig Marxer an Regierung, 27. 12. 1940.

⁶⁹⁶ LLA, RF 176/438, und LLA, RF 175/183.

nicht mehr. Möglicherweise fanden sie ein anderes Aufnahmeland, doch spielten vermutlich auch die restriktiven Bedingungen eine wichtige Rolle für den Abbruch des Kontakts.

In der Folge soll dargestellt werden, nach welchen Kriterien die Regierung ihre Entscheide fällte. Zwei Fallbeispiele veranschaulichen die Politik der Regierung nach dem März 1938. Rosa Creazzo aus Italien fragte Ende Juni 1938 für ihre Schwester, die mit ihrer Familie in Wien wohnte, um die Aufenthaltsbewilligung an:

«Unsere gesamte Familie waren gute Österreicher und ehrliche Leute und alles wäre auch für die im neuen Österreich verbliebenen Mitglieder gut gegangen, wenn sie nicht einen für die heutigen Strömungen schrecklichen Fehler hätte – sie ist nämlich nichtarisch.»⁶⁹⁷

Die Regierung lehnte das Gesuch aus «Überfremdungsgründen» ab.⁶⁹⁸

Im Frühsommer 1938 suchte auch der Deutsche Ferdinand Bachenheimer um Aufenthalt für sich, seine Frau und seinen Sohn an. Im Vergleich zu Rosa Creazzo und ihrer Schwester war Bachenheimers Ausgangslage insofern günstig, als er Kontakte zur Kokosweberei Eschen besass, die einige liechtensteinische Arbeiter beschäftigte. Die Kokosweberei reichte ein Aufenthaltsgesuch für ihn ein und führte aus, dass sie ihn aufgrund seiner Erfahrung und Kompetenzen sowie wegen seiner Kontakte als Vertreter einstellen wolle.⁶⁹⁹ Ausserdem war Bachenheimers Bruder Direktor der schweizerischen Warenhauskette EPA sowie der Brann AG. Die Kokosweberei versprach sich von dieser Beziehung viele Aufträge und stellte die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Aussicht. Obwohl der von der Regierung beigezogene Arbeitsausschuss des Arbeitsamtes empfahl, den Zuzug von «ausländischem Kanzlei- und technischem Personal» aufs Notwendigste zu beschränken,⁷⁰⁰ war die Regierung bereit, die Familie Bachenheimer gegen eine Kautions von 10 000 Franken während eines Jahres in Liechtenstein wohnen zu lassen.⁷⁰¹

Abgelehnte Gesuche

Wie die oben erwähnte Rosa Creazzo konnten auch zahlreiche andere 1938 abgewiesene Gesuchsteller aus dem jeweiligen Antwortschreiben ersehen, dass sie aus «Überfremdungsgründen» in Liechtenstein unerwünscht waren. Sogar Gesuche, bei welchen

⁶⁹⁷ LLA, RF 181/371, Rosa Creazzo an liechtensteinische Regierung, 24. 6. 1938.

⁶⁹⁸ LLA, RF 181/371, liechtensteinische Regierung an Rosa Creazzo, 12. 7. 1938.

⁶⁹⁹ LLA, RF 180/456, Kokosweberei Eschen an liechtensteinische Regierung, 1. 6. 1938.

⁷⁰⁰ LLA, RF 180/456, Arbeitsamt an liechtensteinische Regierung, 22. 6. 1938.

⁷⁰¹ LLA, RF 181/270, liechtensteinische Regierung an Kokosweberei Eschen, 12. 7. 1938, und liechtensteinische Regierung an Ernst Schafhauser, 1. 8. 1938.

Transitvisa und Schiffskarten schon vorlagen, lehnte die Regierung ab.⁷⁰² Auch Bewerber mit genügend Kapital erhielten die Aufenthaltsbewilligung nicht ohne weiteres. Hierfür waren primär ideologische und innenpolitische Gründe massgebend: Juden als Aufenthaltsbewerber waren unerwünscht.⁷⁰³

Das weitere Schicksal der zurückgewiesenen Flüchtlinge kann nur in den wenigsten Fällen weiterverfolgt werden, da in den Briefen wichtige Angaben wie Geburtsdatum und Heimatort, die eine sichere Identifikation ermöglichen würden, meistens fehlen. Eindeutig identifiziert werden konnten beispielsweise Alfred Rehberger und seine Mutter Irma aus Wien. Die beiden hatten sich im August 1938 erfolglos um die liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung bemüht.⁷⁰⁴ Es gelang ihnen nicht, Österreich zu verlassen, denn 1942 wurde Irma Rehberger von Wien aus nach Theresienstadt und von dort nach Treblinka, ihr Sohn Alfred in das in der Nähe von Minsk gelegene Vernichtungslager Maly Trostinec deportiert. Beide überlebten ihre Deportation nicht, die genauen Todesumstände sind unbekannt.⁷⁰⁵

Flüchtlingsaufnahmen

Bereits bestehende Beziehungen zu Liechtenstein wurden 1938 noch wichtiger, vor allem wenn sie von ökonomischer Bedeutung waren. Von den 55 zwischen März und Dezember 1938 aufgenommenen Flüchtlingen besaßen nur gerade eine Familie und eine Einzelperson keine engeren Beziehungen zu Liechtenstein, bevor sie um Aufenthalt nachsuchten: Meist handelte es sich bei diesen Kontakten um Flüchtlinge, die schon eine Weile in Liechtenstein lebten oder in Liechtenstein eingebürgert worden waren und nun ihre Verwandten und Bekannten ins Fürstentum nachkommen lassen konnten.

So gelang es unter anderen dem Mitbesitzer der Bettfedernfabrik in Vaduz, durch Vermittlung seines Anwaltes seine Schwiegereltern nach Liechtenstein zu bringen.⁷⁰⁶ Am erfolgreichsten nahm Walter Wolf, der seit 1936 in Liechtenstein Wohnsitz hatte,⁷⁰⁷ faktisch aber in der Schweiz wohnte, diese Möglichkeit wahr. Ihm gelang es, jeweils vertreten durch Ludwig Marxer, zwischen Anfang September und Ende November 1938 für acht Verwandte und Bekannte die liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung zu erwirken, was einem Viertel aller

⁷⁰² LLA, RF 182/471, Mella Balasser.

⁷⁰³ LLA, RF 182/144, Aufenthaltsbescheinigung der liechtensteinischen Regierung an Guttman, 31. 10. 1938.

⁷⁰⁴ LLA, RF 182/274, liechtensteinische Regierung an Alfred Rehberger, 13. 8. 1938.

⁷⁰⁵ www.doew.at, Alfred Rehberger, geb. 30. 12. 1905, und Irma Rehberger, geb. 22. 11. 1873, Stand 2003.

⁷⁰⁶ LLA RF 184/223, Dossier Gesuch von Hermann Schmidt für Thekla und Theodor Bergmann.

⁷⁰⁷ Zur Aufenthaltsnahme von Walter Wolf siehe LLA, RF 159/206.

im fraglichen Zeitraum Aufgenommenen (33) entspricht.⁷⁰⁸ Sein Erfolg hing vermutlich primär mit seinem ökonomischen Gewicht zusammen. Walter Wolf war Hauptaktionär der Holdinggesellschaft Sapt AG in Zürich, die – wie Marxer im Schreiben betreffend Haymann ausdrücklich betonte – «ein grosses Paket der Aktien des Warenhauses Jelmoli» besass.⁷⁰⁹ Jelmoli seinerseits war ein wichtiger Kunde des liechtensteinischen Gewerbes, und die Regierung bedankte sich regelmässig für die Einkäufe im Fürstentum.⁷¹⁰

Auch liechtensteinische Neubürger versuchten, ihre Familienmitglieder nach Liechtenstein in Sicherheit zu bringen. So wollte der in Arthur Holti umbenannte Arthur Horowitz⁷¹¹ Ende August 1938 drei seiner Brüder und seine Mutter nach Liechtenstein holen; die Regierung bemerkte dazu, dass sie aus Gründen der «Überfremdung» jedoch grundsätzlich keine Flüchtlinge mehr aufnehme.⁷¹² Sie scheute sich also nicht, selbst gegenüber liechtensteinischen Juden wie im Fall Holti/Horowitz von einer drohenden Überfremdung zu sprechen. Angesichts von Holtis Verdiensten⁷¹³ erklärte sich die Regierung bereit, seinen Wunsch dennoch zu erfüllen.⁷¹⁴ Der Form halber musste er jedoch eine «grössere Kautiön» hinterlegen. Holti schlug 5000 Franken vor – gerade ein Zehntel des vom Landtag im August 1938 festgesetzten Betrags – und trat dabei sehr selbstsicher auf, indem er auf seine bisherigen Unterstützungsleistungen verwies.⁷¹⁵ Gleichzeitig verpflichtete er sich, für den Unterhalt der Familie zu bürgen. Die Regierung gab sich damit zufrieden und liess die Angehörigen Holtis nach Liechtenstein einreisen.⁷¹⁶

Als einzige Flüchtlinge, die vor ihrer Aufnahme in Liechtenstein über keine besonderen Beziehungen nach Liechtenstein verfügt hatten, wurden im Herbst 1938 Ernst Guttman und die Familie Haas in Liechtenstein aufgenommen. Die beiden ersten Gesuche von Guttman

⁷⁰⁸ LLA, RF 183/086, Heilbronner Emma und Regina; LLA, RF 183/477, Schmidt Robert und Carry; LLA, RF 184/226, Dreifuss Eugen; LLA, RF 184/235, Haymann Paula und Hans; LLA, RF 184/271, Frank Meta.

⁷⁰⁹ Wolf war damit Hauptaktionär von Jelmoli. RF 195/062, Marxer an liechtensteinische Regierung, 11. 12. 1939.

⁷¹⁰ Zur Bedeutung von Jelmoli siehe LLA, RF 190/160. Die liechtensteinische Regierung bedankte sich beispielsweise am 1. 4. 1939 für das schon «sooft bewiesene Interesse». LLA, RF 190/160, liechtensteinische Regierung an Jacob, Grands Magasins Jelmoli SA, 1. 4. 1939.

⁷¹¹ LLA, RF 180/143.

⁷¹² LLA, RF 182/418, liechtensteinische Regierung an Arthur Holti, 28. 8. 1938.

⁷¹³ Holti hatte der Gemeinde Eschen 1935 100 000 Franken zinsfrei geliehen, damit diese Wasserleitungen bauen konnte. Die Sparkasse erhielt 1935 ebenfalls ein Darlehen von 400 000 Franken zu einem günstigen Zins. HALV, Kabinettkanzlei 1935, 135/35, Lt. N/S Reg. vom 30. 10. 1935.

⁷¹⁴ LLA, RF 182/418, liechtensteinische Regierung an Arthur Holti, 28. 8. 1938. Die Regierung verlieh Arthur Holti für seine Verdienste um Liechtenstein im November des darauffolgenden Jahres den Titel «fürstlicher Rat». LLA, RF 195/067, Regierung an Arthur Holti, 9. 11. 1939.

⁷¹⁵ LLA, RF 182/418, Arthur Holti an liechtensteinische Regierung, 31. 8. 1938

⁷¹⁶ LLA, RF 182/418, Regierung an Arthur Holti, 9. 9. 1938.

hatte die Regierung nach gängiger Praxis abgelehnt, doch blieben Guttman und sein Rechtsvertreter Ludwig Hasler hartnäckig.⁷¹⁷ Guttman erhöhte sein Kautionsangebot von 10 000 auf 30 000 Franken, und Hasler betonte die Solvenz von Guttman, der im Land auch «sein ganzes Geld» verbrauchen würde. Hasler benutzte ferner ein des öfteren angeführtes Argument, dass nämlich nächstens einige Juden ausreisen würden, so dass durch die Anwesenheit Gutmans die «Quote nicht überschritten» werde.⁷¹⁸ Die Strategie verfehlte ihre Wirkung nicht: Guttman wurde mit Beschluss vom 30. Oktober 1938 Aufenthalt in Liechtenstein gewährt.⁷¹⁹ Felix Haas wiederum besass Beteiligungen an mehreren internationalen Gesellschaften. Er wollte sich mit seiner Familie im Oktober 1938 in Liechtenstein niederlassen. Sein Anwalt Ludwig Marxer schlug Haas vor, eine Gesellschaft zu gründen, die das Aufenthaltsgesuch für ihn stellen sollte.⁷²⁰ Dies war Teil einer gängigen Strategie, um eine Aufenthaltsbewilligung zu erlangen. Haas ging aber nicht darauf ein – er erhielt die Aufenthaltsbewilligung auch so, gegen Bezahlung einer Kautionsleistung von 75 000 Franken und von 1500 Franken Jahressteuern.⁷²¹

Zeitliche Verteilung der genehmigten und abgelehnten Aufenthaltsgesuche 1938

Aus Tabelle 8 geht hervor, dass einzig im November 1938 die erteilten Bewilligungen die abgelehnten Gesuche deutlich überstiegen: Vier Gesuche (vier Personen betreffend) wurden abgelehnt, während dreizehn Gesuche (25 Personen betreffend) angenommen wurden. Von den im November 1938 aufgenommenen Personen hatten – mit Ausnahme der oben erwähnten Familie Haas – alle Gesuchsteller in Liechtenstein lebende Verwandte, Bekannte oder Geschäftspartner, die sich persönlich bei der Regierung für sie einsetzten. In einem Fall verzichtete die Regierung sogar auf jegliche Kautionsleistung. Auch bei anderen Gesuchen im November verlangte sie geringere Kautionen, obwohl der Landtag im August 1938 beschlossen hatte, Aufenthalt nur noch bei eminentem wirtschaftlichem Interesse und nach Hinterlegung einer Kautionsleistung von 50 000 Franken zu gewähren. Es ist anzunehmen, dass sich die Verwandten

⁷¹⁷ LLA, RF 182/144, liechtensteinische Regierung an Ludwig Hasler, 4. 8. 1938, und liechtensteinische Regierung an Ludwig Hasler, 16. 9. 1938.

⁷¹⁸ LLA, RF 182/144, Ludwig Hasler an liechtensteinische Regierung, 10. 9. 1938.

⁷¹⁹ LLA, RF 182/144, Aufenthaltsbescheinigung der liechtensteinischen Regierung an Guttman, 31. 10. 1938.

⁷²⁰ PA-M&P, Dossier Felix Haas (3/9), Ludwig Marxer an S. Persitz, 10. 10. 1938. Simon Persitz war ein Onkel von Ernst Kälbermann, der den Kontakt zwischen Marxer und Persitz/Haas vermittelte. Ernst Kälbermann hatte 1937 die Aufenthaltsbewilligung in Liechtenstein erhalten, nachdem er eine Aktiengesellschaft gegründet hatte. LLA, RF 171/067.

⁷²¹ LLA, RF 183/478, liechtensteinische Regierung an Felix Haas, 9. 11. 1938. Da Felix Haas seine Vermögensinteressen in Jugoslawien regelmässig wahren wollte, hatte er für sich und seine Familie ein Dauertransitvisum durch die Schweiz beantragt, das ihm die schweizerische Fremdenpolizei aber verweigerte. Deshalb verzichtete die Familie Haas im April

und Bekannten aus Liechtenstein angesichts der Radikalisierung der Judenverfolgung im Spätherbst 1938 und vor allem nach der «Reichskristallnacht» vom 9./10. November vermehrt und energischer bei der liechtensteinischen Regierung Gehör verschafften. Die Regierung hatte Kenntnis von den Novemberpogromen und wollte es wohl deshalb nicht verantworten, die Flüchtlinge abzuweisen, zumal sie die Gesuchsteller kannte. Der Regierung fiel es offensichtlich schwer, einflussreichen Persönlichkeiten den Wunsch nach Familiennachzug abzuschlagen. Einer kritischen Rückfrage der schweizerischen Fremdenpolizei zu der im September 1938 aufgenommenen Familie Horowitz/Holti entgegnete die Regierung: «Die Gründe der Aufenthaltsbewilligung sind mehr persönlicher Natur.»⁷²²

Der Einreisestopp für jüdische Flüchtlinge vom Dezember 1938 – die liechtensteinische Aufnahmepraxis bis 1941

Nach der grosszügigen Praxis im November 1938 nahm die Regierung Anfang Dezember 1938 einen drastischen Kurswechsel vor. Am 1. Dezember beschloss sie, keine jüdischen Flüchtlinge mehr aufzunehmen.⁷²³ In der Folge nahm die Regierung keines der im Dezember 1938 eingereichten Gesuche an, sondern lehnte alle siebzehn Gesuche (dreissig Personen betreffend) ab. Nun nützten auch die besten Beziehungen nichts mehr. Als Arthur Holti Ende 1938 die Gesellschafterin seiner Mutter und zwölf weitere Frauen aus seiner Verwandtschaft nach Liechtenstein holen wollte,⁷²⁴ bemerkte die Regierung, dass sie aus aussen- und innenpolitischen Gründen momentan mit der Erteilung von Aufenthaltsgesuchen sehr vorsichtig sei, und bat ihn, sein Gesuch zurückzuziehen.⁷²⁵ Holti plante, die Frauen im Kloster St. Elisabeth in Schaan unterzubringen, und wäre für die gesamten Unterhaltskosten aufgekommen. Die Regierung argumentierte, eine solche Aufnahme könne zu diplomatischen Problemen mit Deutschland führen. Allerdings setzte Deutschland zu diesem Zeitpunkt noch alles daran, die innerhalb seiner Landesgrenzen wohnenden Juden so schnell wie möglich zur Ausreise zu bewegen. Komplikationen mit Deutschland wären also kaum zu erwarten gewesen. Zudem war der Entschluss vom 1. Dezember 1938 vor allem aufgrund innenpolitischer Erwägungen gefasst worden.⁷²⁶

1939 wieder auf die Aufenthaltsbewilligung im Fürstentum. LLA, RF 183/478, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung 24. 2. 1939 (Verweigerung des Visums), und S. Persitz an liechtensteinische Regierung, 11. 4. 1939.

⁷²² LLA, RF 189/386, liechtensteinische Regierung an die Eidg. Fremdenpolizei, 19. 2. 1939.

⁷²³ LLA, AS 1938, Traktandum Nr. 72, 1. 12. 1938.

⁷²⁴ LLA, RF 185/266, Arthur Holti an Regierung, 26. 12. 1938.

⁷²⁵ LLA, RF 185/266, liechtensteinische Regierung an Arthur Holti, 7. 1. 1939.

⁷²⁶ Siehe Kapitel 2.3.2.

Der Zulassungsstopp vom Dezember 1938 behielt seine Wirkung auch 1939 weitgehend. Anlässlich einer Debatte über Einbürgerungen von Juden in der Landtagssitzung vom 11. Januar 1939 betonte Hoop die restriktive Zulassungspolitik der liechtensteinischen Regierung gegenüber jüdischen Flüchtlingen:

«Wir haben ein paar Juden hereingelassen, aber seit einiger Zeit haben wir regelmässig abgewiesen und lassen keinen mehr herin [sic]. Ferner haben wir den Beschluss des Landtages insofern angewendet, dass wir getrachtet haben, die Juden abzuschieben. Es wird allmählich eine Säuberung geben.»⁷²⁷

Durch seine Wortwahl suggerierte Hoop, dass die Juden in Liechtenstein störten, sozusagen eine Verunreinigung darstellten, von welcher Liechtenstein «gesäubert» werden müsse. Hoops Ausführungen waren Teil seiner Verteidigungsstrategie gegen die ständigen Angriffe von VU-Präsident Otto Schaedler, der die Regierung regelmässig wegen der Aufnahme von Juden kritisierte. Die Anlehnung an die NS-Terminologie und die Vorbehalte gegenüber der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen gehen aus dem Votum jedoch deutlich hervor.

Ab 1939 bis zum Inkrafttreten des Fremdenpolizeiabkommens vom Januar 1941 wurden bedeutend weniger Einreisegesuche gestellt. Mindestens die Hälfte der Gesuchsteller stammte aus Deutschland, einige waren ehemalige österreichische Staatsangehörige. Hinzu kamen einige wenige Gesuche aus Ungarn und der Tschechoslowakei, ein Gesuch aus Italien⁷²⁸ sowie mehrere Anfragen von Flüchtlingen, die nicht länger in der Schweiz bleiben konnten.⁷²⁹ Die grösste Zahl an Gesuchen traf im Februar 1939 ein, danach gingen die Anfragen deutlich zurück. Die meisten Gesuchsteller gaben an, nicht längerfristig in Liechtenstein bleiben zu wollen, sondern machten geltend, dass sie bereits Schiffskarten für Übersee und Affidavits⁷³⁰ besaßen. Die restriktive Haltung der liechtensteinischen Regierung änderte sich nicht mehr grundlegend, auch wenn sie in Einzelfällen davon abrückte.

Wie aus Tabelle 9 hervorgeht, standen 1939 zehn angenommenen Aufenthaltsgesuchen (zwanzig Personen) 55 abgelehnte Gesuche (107 Personen) gegenüber. Die Aufnahmepolitik wurde 1939 im Vergleich zu 1938 also noch wesentlich restriktiver. 1940 erhielten von den fünfzehn Gesuchstellern einzig die Mutter eines in Liechtenstein wohnhaften Juden sowie eine jüdische Familie eine liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung; ein Gesuchsteller meldete sich nach der ersten Antwort der Regierung nicht mehr.

⁷²⁷ LLA, LTp, 1939, Sitzung vom 11. 1. 1939, S. 5.

⁷²⁸ LLA, RF 189/228, Enrico Nathan.

⁷²⁹ Zum Beispiel Helene Baruch, LLA, 193/0262, liechtensteinische Regierung an Helene Baruch, 23. 3. 1939.

Tabelle 9: Schriftliche Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen von 1939 bis 1940

Jahr (Datum des Regierungsentscheids)	Bewilligte Gesuche	Abgelehnte Gesuche	Keine Reaktion des Gesuchstellers	Total Gesuche
1939	10 (20)	55 (107)	2 (4)	67 (132)
1940	2 (7)	12 (24)	1 (6)	15 (37)

Die Zahlen in Klammern bezeichnen die von den Gesuchen betroffene Anzahl Flüchtlinge.

Quelle: LLA, RF 180–200, sowie LLA, V112.

Grundsätzlich ging es der Regierung darum, weitere jüdische Flüchtlinge von Liechtenstein fernzuhalten. Ludwig Marxer, der im August 1940 beim Gesuch eines Klienten geltend machte, dass mittlerweile doch einige Juden ausgereist seien und deshalb weitere einreisen könnten, erhielt von der Regierung zur Antwort: «Wir haben nicht die Absicht, die von hier weggewanderten Emigranten durch neue zu ersetzen.»⁷³¹ Die restriktive Haltung gegenüber jüdischen Gesuchstellern wird im folgenden Fallbeispiel besonders deutlich: Franz Pollak, der in Liechtenstein eine Handschuhfabrikation betrieb, wollte Anfang April 1940 zwei Facharbeiter aus der Tschechoslowakei nach Liechtenstein holen. Die Regierung lehnte die Einreise des «nichtarischen» Arbeiters ab, weil seine «Rückreise nicht gesichert» sei,⁷³² während sie den anderen, nichtjüdischen Facharbeiter in Liechtenstein aufnehmen wollte. Da nach Darstellung von Franz Pollak die deutschen Behörden «arische» Facharbeiter nicht mehr ausreisen liessen, er aber zur Aufrechterhaltung seines Betriebes unbedingt einen Facharbeiter benötigte, versuchte er Ende April 1940 nochmals, den jüdischen Fachmann nach Liechtenstein zu holen,⁷³³ was die Regierung erneut entschieden ablehnte.⁷³⁴

Die Regierung wies Gesuche auch ab, wenn die Weiterreise gesichert war oder die Risiken minim waren.⁷³⁵ So erhielt beispielsweise eine vierundsiebzigjährige Flüchtlingsfrau aus Deutschland, die 20 000 Franken als Kautions hinterlegt hätte und ein Affidavit für die Vereinigten Staaten besass, die liechtensteinische Bewilligung nicht. Hoop teilte dem Rechtsvertreter der alten Frau im Juni 1939 mit, «dass wir nicht in der Lage sind, für eine jüdische Emigrantin die vorübergehende Aufenthaltsbewilligung in Liechtenstein zu

⁷³⁰ Die USA verlangten von Flüchtlingen die Beibringung eines Affidavit of Support. Aufgrund dieses Dokuments verpflichtete sich eine Drittperson, für den Aufenthalt der betreffenden Person(en) aufzukommen.

⁷³¹ LLA, RF 197/039, liechtensteinische Regierung an Ludwig Marxer, 5. 8. 1940.

⁷³² LLA, RF 195/080, liechtensteinische Regierung an Franz Pollak, 8. 4. 1940.

⁷³³ LLA, RF 195/080, Franz Pollak an liechtensteinische Regierung, 29. 4. 1940.

⁷³⁴ Ebd. und liechtensteinische Regierung an Franz Pollak, 12. 5. 1940.

⁷³⁵ LLA, RF 190/071, Helmuth Merlin an liechtensteinische Regierung, 23. 3. 1939; liechtensteinische Regierung an Helmuth Merlin, 30. 3. 1939.

erteilen». ⁷³⁶ Selbst neue Unternehmen waren nicht mehr willkommen, sofern die Unternehmer jüdisch waren. ⁷³⁷ Einzige Ausnahme dazu bildete Benjamin Sommer, der 1940 zusammen mit dem Ingenieur Franz Gasser in Schaan eine Werkstofffabrik gründen wollte. ⁷³⁸ Laut Sommers Tochter erhielt er die Aufenthaltsbewilligung nur unter der Bedingung, hundert Arbeitsplätze zu schaffen. ⁷³⁹ Die Aeterna nahm ihren Betrieb zwar auf, stellte ihn jedoch aufgrund verschiedener Probleme bald wieder ein.

1939 und 1940 standen hinter fast allen erfolgreichen Gesuchen Personen, die über wichtige Beziehungen zu Liechtenstein verfügten. Beziehungen allein waren aber nicht ausreichend, denn es wurden auch zahlreiche Gesuche abgelehnt, die von Liechtensteinern respektive in Liechtenstein wohnenden Flüchtlingen eingereicht worden waren. ⁷⁴⁰ Es ist nicht in jedem Fall klar erkennbar, nach welchen Kriterien die Regierung die Gesuche bewilligte. Einerseits schien Hartnäckigkeit wichtig zu sein: Von den zehn 1939 erteilten Bewilligungen hatte die Regierung sieben im ersten Anlauf abgelehnt. Andererseits scheinen auch die ökonomischen Folgen für das Fürstentum von Bedeutung gewesen zu sein: Erfolgreich einsetzen konnte sich beispielsweise die Schweizer Firma Möbel Pfister im März 1939 für Phillip Rosenau. Das Möbelhaus versprach, von Rosenau Möbel aus liechtensteinischer Produktion zu beziehen. Ferner war Fritz Pfister bereit, für Rosenau eine Kautions von 30 000 Franken zu stellen. ⁷⁴¹ In der Folge schloss Phillip Rosenau mit der liechtensteinischen Schreinereigenossenschaft einen Vertrag ab, worin er sich verpflichtete, bei den liechtensteinischen Schreinereien im ersten Jahr

⁷³⁶ LLA, RF 191/121, liechtensteinische Regierung an Ludwig Hasler, 9. 6. 1939.

⁷³⁷ Beispielsweise wurden die Gesuche der deutschen Lucia Neuwirth, die eine Trikotfabrik in Liechtenstein gründen wollte, und des deutschen Ehepaars Curt Ehrenhaus, das in Liechtenstein eine Papierfabrik zu errichten beabsichtigte, abgelehnt. LLA, RF 185/301, Lucia Neuwirth; LLA, RF 190/023, Curt Ehrenhaus.

⁷³⁸ LLA, RF 192/431.

⁷³⁹ Yad Vashem, 0.48/88.2, ohne Autorenschaft [Susi Pugatsch-Sommer] an Joseph Walk, 21. 1. 1985.

⁷⁴⁰ So suchte der liechtensteinische Neubürger Ottmar Strauss 1939 vergebens um Aufenthalt für drei Verwandte an, obwohl die Gemeinde Eschen sein Gesuch unterstützte und die drei Frauen bereits ein Affidavit zur Einreise in die Vereinigten Staaten vorweisen konnten. LLA, RF 189/041, Ottmar Strauss an liechtensteinische Regierung, 24. 1. 1939; Gemeinde Eschen an liechtensteinische Regierung, 24. 1. 1939; liechtensteinische Regierung an Gemeinde Eschen, 29. 1. 1939. Auch der in Liechtenstein wohnende Flüchtling Franz Posener konnte seine Schwiegereltern nicht nach Liechtenstein holen. LLA, RF 189/127. Anfang Februar blieb auch ein Gesuch der Bank in Liechtenstein erfolglos, obwohl die Bank die besonderen Beziehungen der Ansuchenden zu Liechtenstein unterstrich: «Wir sind uns bei unserem Gesuche vollkommen bewusst, dass durch die beiden Damen keine wesentliche Steuerkraft [...] zugeführt würde, glauben jedoch im Hinblick auf die verwandtschaftlichen Beziehungen der Genannten zu dem verstorbenen Prof. Dr. Landmann, – dem seinerzeitigen Verfasser des liechtensteinischen Steuerrechtes und Berater der Fürstl. Regierung in verschiedenen Belangen – dass die hohe Fürstliche Regierung in diesem Spezialfall eine Ausnahme von der derzeitlichen Praxis zugestehen und den beiden alten Damen die Aufenthaltsbewilligung erteilt werde.» Die Regierung ging aber nicht darauf ein und lehnte das Gesuch ab. LLA, RF 189/204. Siehe ferner LLA, RF 195/490, Feistmann Fritz (Strauss Josef) sowie LLA, RF 197/495, Heinrich und Else Sängler (Rudolf Weil).

⁷⁴¹ LLA, V112, Personendossier Phillip Rosenau, Phillip Rosenau an liechtensteinische Regierung, 25. 12. 1938.

Fabrikate im Wert von 10 000 Franken und in den folgenden Jahren Waren im Wert von 30 000 Franken zu beziehen.⁷⁴² Der Vertrag mit Rosenau erschloss den liechtensteinischen Schreibern neue Absatzkanäle auf dem schweizerischen Markt.

Die Bedrohungslage der Gesuchsteller wurde von der Regierung verschieden gewichtet, wie folgende Fälle zeigen. Walter Wolf und Martha Bachenheimer reichten Ende 1939 ein Aufenthaltsgesuch für Verwandte ein. Wolf betonte, dies sei sein letzter Antrag, denn alle seine Verwandten wären damit gerettet. Die Gemeinde Schaan befürwortete das Anliegen, da Wolf der grösste «Wohltäter der Armen unserer Gemeinde & zudem ein sehr guter Steuerzahler» sei.⁷⁴³ Die Regierung genehmigte die Einreise von Wolfs Verwandten ebenfalls,⁷⁴⁴ zumal Paula Haymann, für welche Wolf 1938 die Bewilligung hatte erreichen können, auf den Aufenthalt verzichtete.⁷⁴⁵ 1939 bemühte sich auch Martha Bachenheimer, die seit 1938 in Liechtenstein wohnte, um eine Aufenthaltsbewilligung für ihre in Kassel lebende Mutter. Diese erhielt indes keine Bewilligung, wie ihr die Regierung im Februar mitteilte: «Es sind in letzter Zeit besonders strenge Bestimmungen geschaffen worden, die es uns unmöglich machen, Ihnen zu entsprechen.»⁷⁴⁶ Verzweifelt wandte sich Martha Bachenheimer im November desselben Jahres nochmals an die Regierung, da sie für ihre Mutter das Schlimmste befürchtete, denn es «droht in Folge der Ereignisse in Polen der Abtransport der Nichtarier in dieses von den Deutschen eroberte Land. Was das für die 68-jährige Frau bedeutet, kann die hohe Regierung wohl selbst ermessen.»⁷⁴⁷ Die Regierung lehnte eine Bewilligung erneut ab, solange nicht Gewähr bestand, dass Berta Adler innert vier Wochen wieder ausreisen würde.⁷⁴⁸ Walter Wolf und sein Anwalt Ludwig Marxer konnten also zur selben Zeit erreichen, was Martha Bachenheimer versagt blieb: die Aufenthaltsgenehmigung für zwei Verwandte. Hingegen scheint die Aufnahme der Mutter eines in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlings auf deren Bedrohungslage zurückgegangen zu sein.⁷⁴⁹ Die Praxis der Regierung war offensichtlich uneinheitlich.

⁷⁴² LLA, V112, Personendossier Phillip Rosenau, Schreinerereignossenschaft an liechtensteinische Regierung, 8. 2. 1939, und Vereinbarung Schreinerereignossenschaft und Rosenau, 22. 3. 1939.

⁷⁴³ LLA, RF 195/062, Gemeinde-Vorsteherung Schaan an liechtensteinische Regierung, 11. 12. 1939.

⁷⁴⁴ LLA, RF 195/062, liechtensteinische Regierung an Ludwig Marxer, 16. 12. 1939.

⁷⁴⁵ LLA, RF 195/062, Ludwig Marxer an liechtensteinische Regierung, 11. 12. 1939.

⁷⁴⁶ LLA, RF 185/416, liechtensteinische Regierung an Martha Bachenheimer, 1. 2. 1939.

⁷⁴⁷ LLA, RF 185/416, Martha Bachenheimer an liechtensteinische Regierung, 7. 11. 1939.

⁷⁴⁸ LLA, RF 185/416, liechtensteinische Regierung an Martha Bachenheimer, 7. 12. 1939.

⁷⁴⁹ Dorothea Jaks, die Mutter von Siegfried Jaks, konnte 1940 nach Liechtenstein gelangen und starb dort 1942. LLA, RF 194/152, Regierung (gez. Vogt) an Eidg. Fremdenpolizei, 16. 2. 1940

Die Flüchtlingspolitik der Regierung wurde im übrigen auch zwischen 1939 und 1941 kritisch beobachtet. Der Landtagsabgeordnete Otto Schaedler bemerkte im November 1939 anlässlich einer Einbürgerungsdebatte, dass immer wieder neue Zuwanderungen stattfinden würden, und verwies dabei auf zwei kürzlich eingereiste Brüder: Diese hätten den Aufenthalt mit Tricks erschlichen.⁷⁵⁰ Hoop versprach, den Fall zu prüfen, doch konnten die beiden Flüchtlinge in Liechtenstein bleiben.⁷⁵¹ Auch wenn der Landtag bei Aufenthaltsbewilligungen nicht mitbestimmen konnte, so verfolgte dort zumindest der Präsident der Vaterländischen Union Otto Schaedler die Politik der Regierung sehr aufmerksam. Die liechtensteinische Regierung musste damit rechnen, dass sie auf Opposition stiess, wenn sie ausnahmsweise von ihrer restriktiven Praxis abrückte.

Die Haltung der schweizerischen Behörden zwischen 1933 und 1941

Im Folgenden soll ein Blick auf die Haltung der Schweiz und die Folgen dieser Haltung für Liechtenstein geworfen werden. Die Kompetenzen der Schweiz gegenüber Liechtenstein waren im Fremdenpolizeiabkommen von 1923 nicht eindeutig geregelt. Liechtenstein hatte grundsätzlich freie Hand bei der Erteilung von Einreisebewilligungen, verpflichtete sich aber, die Direktiven der Eidgenössischen Fremdenpolizei weitgehend zu berücksichtigen. Die Fremdenpolizei konnte lediglich über Personen verfügen, die aus der Schweiz weggewiesen worden waren oder die unter schweizerischer Einreisesperre standen.

Aufgrund der Intervention durch die schweizerische Fremdenpolizei wurden einige Gesuche abgelehnt und einzelne Flüchtlinge aus Liechtenstein ausgewiesen. Allerdings zeigte sich die schweizerische Fremdenpolizei unter Umständen bereit, auch entgegen den eigenen Bestimmungen Flüchtlinge in Liechtenstein zu dulden. Als sie beispielsweise im Juni 1934 bemerkte, dass der polnische Jude Josef Pomeranz, über den sie eine Grenzsperr verhängt hatte, nun in Liechtenstein wohnte, verlangte sie vorerst seine Ausweisung.⁷⁵² Pomeranz arbeitete bei der Parfümeriefabrikation Orosa AG seines Onkels und war laut dem Gemeindevorsteher von Schaan wichtig für die Prosperität des Unternehmens. Sollte Pomeranz weggewiesen werden, befürchtete der Gemeindevorsteher den Verlust von sechs Arbeitsplätzen, weshalb er sich für Pomeranz einsetzte. Schliesslich willigte die schweizerische Fremdenpolizei in einen Kompromiss ein: Pomeranz durfte in Liechtenstein bleiben,

⁷⁵⁰ LLA, LTp, 1939, Sitzung vom 14. 11. 1939, S. 2.

⁷⁵¹ LLA, RF 191/310, Schönwalter. Im Dossier liegt einzig eine Aktennotiz zum Vorwurf Schaedlers.

⁷⁵² LLA, RF 145/416, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 8. 6. 1934.

vorausgesetzt dass er nicht in die Schweiz einreiste.⁷⁵³ Josef Pomeranz weilte bis mindestens Dezember 1935 in Liechtenstein. Bei entsprechend begründeter Intervention war die Eidgenössische Fremdenpolizei also bereit, Zugeständnisse an Liechtenstein zu machen.

Was die Einreise von Flüchtlingen anbelangt, ist der Einfluss der schweizerischen Behörden nicht eindeutig bestimmbar. Die schweizerische Fremdenpolizei erfuhr nicht zwangsläufig von den Gesuchen. Sie erhielt davon Kenntnis, wenn die Gesuche bei einer schweizerischen Vertretung eingereicht wurden oder wenn die Regierung offiziell um eine Stellungnahme anfragte. Die Regierung tat dies vor allem in der Frühphase (1933/34) regelmässig. In ihren Antworten versuchte die Fremdenpolizei durch unterschwelligen Druck, die Aufenthaltsnahme von «unerwünschten» Ausländern in Liechtenstein zu verhindern.⁷⁵⁴ Ihr Hauptaugenmerk galt den jüdischen Flüchtlingen und ganz besonders intervenierte sie gegen Aufenthaltsbewerber, die bereits erfolglos um eine schweizerische Aufenthaltsbewilligung angesucht hatten oder die schweizerische Unternehmen zu konkurrenzieren drohten. So opponierte sie zum Beispiel gegen einen polnischen Staatsbürger, der im Herbst 1933 in Triesen eine Lederfabrik gründen wollte.⁷⁵⁵ Daraufhin beurteilte die liechtensteinische Regierung das Gesuch abschlägig, riet dem Gesuchsteller aber, sich 1934 nochmals zu melden. Auf das erneute Gesuch trat die Regierung dennoch nicht ein: «Liechtenstein würde riskieren, dass die Schweiz gegen Ihre Niederlassung Einspruch erhebt. Dieser Einspruch müsste bei der vorliegenden Sachlage aber berücksichtigt werden.»⁷⁵⁶ Die liechtensteinische Regierung befürchtete eine Einsprache, die sie aufgrund des Fremdenpolizeiabkommens nicht unbedingt hätte berücksichtigen müssen, die sie aber mit Rücksicht auf die guten Beziehungen in ihre Entscheidungsfindung einbezog. Wie sich zeigte, berücksichtigte die liechtensteinische Regierung die Stellungnahmen oft, aber keinesfalls immer.⁷⁵⁷

Nach 1934 liegen praktisch keine Stellungnahmen der Schweiz zu Einreisegesuchen mehr vor; Liechtenstein fragte weniger oft nach. Die schweizerischen Behörden verhielten sich ihrerseits im fremdenpolizeilichen Tagesgeschäft passiv, dies schloss jedoch schweizerische Stellungnahmen an fremdenpolizeilichen Konferenzen nicht aus.⁷⁵⁸ Im Fürstentum war die Haltung der Schweiz bekannt, und sie wurde, insbesondere die wirtschaftlichen Konkurrenzängste, über weite Strecken nach wie vor mit berücksichtigt. Es scheint, als ob die

⁷⁵³ LLA, RF 145/416.

⁷⁵⁴ Siehe dazu Kapitel 4.2.1.

⁷⁵⁵ LLA, RF 136/535, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 21. 11. 1933.

⁷⁵⁶ LLA, RF 136/535, Regierung an Salke Kanarek, 9. 3. 1934.

⁷⁵⁷ Siehe dazu Kapitel 4.2.1.1.

liechtensteinische Regierung sich reiflich überlegte, bei welchen Fällen sie eine Einsprache riskieren und wo sie die Haltung Berns nachvollziehen wollte.

Mit dem «Anschluss» Österreichs an Deutschland 1938 ging die Schweiz zu einer deutlich aktiveren Politik über als in den Jahren zuvor. Im Gegensatz zu früher versah sie nun die bei schweizerischen Vertretungen eingegangenen Visumsgesuche mit einem Kommentar, aus dem ersichtlich war, welche Entscheidung sie vom Fürstentum erwartete. Schweizerische diplomatische Vertretungen nahmen ferner selbst dann vermehrt Rücksprache bei der Ausstellung von Visa, wenn die Bewilligung der liechtensteinischen Regierung bereits vorlag. Liechtenstein musste sich manchmal energisch dafür einsetzen, dass die Visa wirklich ausgestellt wurden. Bei den schweizerischen Behörden herrschte zweifellos ein gewisses Malaise, weil sie keine rechtliche Handhabe hatten, um Drittausländern die Einreise nach Liechtenstein zu verwehren. Dem Fürstentum blieb somit ein gewisser Handlungsspielraum, den es nutzte, wenn es ein Interesse an der Einreise einer bestimmten Person hatte.

4.2.2 Behandlung der Aufenthaltsgesuche von 1941 bis zum Kriegsende

Anfang 1941 trat die liechtensteinische Flüchtlingspraxis als Folge des neuen Fremdenpolizeiabkommens mit der Schweiz in eine neue Phase: Ohne Zustimmung der Eidgenössischen Fremdenpolizei konnte Liechtenstein keine Einreisen mehr bewilligen.⁷⁵⁹ Da die schweizerische Politik gegenüber jüdischen Flüchtlingen, die in der Schweiz Zuflucht suchten, sehr zurückhaltend war, war auch zu erwarten, dass Gesuche um Einreise nach Liechtenstein auf Ablehnung stossen würden.

Zur Aufnahmepolitik ab 1941 können weniger verlässliche Zahlen als zu den vorangehenden Zeitabschnitten präsentiert werden, da mindestens zwanzig Dossiers zu Aufenthaltsgesuchen unauffindbar sind.⁷⁶⁰ Wie viele von diesen Dossiers Gesuche von Flüchtlingen betrafen, ist nicht mehr bestimmbar. Trotzdem kann allgemein festgehalten werden, dass ab 1941 bei den Behörden in Liechtenstein deutlich weniger Gesuche als in den Vorjahren gestellt wurden. Zwischen 1941 und 1945 wurden 35 Gesuche von Flüchtlingen aktenkundig. Mindestens zwei

⁷⁵⁸ Siehe dazu Kapitel 2.3.1.2.

⁷⁵⁹ LGBI. 1941, Nr. 4, Vereinbarung zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen vom 23. 1. 1941.

⁷⁶⁰ Die Fremdenpolizeiakten der Eidgenössischen Fremdenpolizei sind nur noch zu einem Bruchteil vorhanden. BAR, Flüchtlingsakten, 1999, S. 33 f. Die Kompetenzverlagerung zeigt sich auch in der Aktenablieferung: Sind die Aufenthaltsakten für die Zeit bis 1940 im Bestand der Regierungsakten im liechtensteinischen Landesarchiv nahezu vollständig erhalten, fehlen von den Aufenthaltsgesuchen ab 1941 bis zum Kriegsende mindestens 35 Dossiers. Wie viele davon Flüchtlinge betreffen, ist nicht bekannt. Mindestens fünfzehn der Dossiers, die in den Regierungsakten fehlen, sind

Interessenten, die aufgrund informeller Abklärungen die Aussichtslosigkeit ihres Gesuches erkannten, stellten kein formales Gesuch, weshalb sich ihr Wunsch, in Liechtenstein Aufnahme zu finden, nicht in den Regierungsakten niederschlug.⁷⁶¹

Die meisten Gesuchsteller hatten Verwandte oder Bekannte in der Schweiz oder in Liechtenstein, die den Antrag für sie stellten und dabei gelegentlich auch ihre eigenen Verdienste um die liechtensteinische Wirtschaft unterstrichen.⁷⁶² Die Gesuche trugen nun einen anderen Charakter, da die deutsche Judenpolitik mittlerweile in die Phase der «Endlösung», der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung, getreten war: Die jüdischen Gesuchsteller, die sich vor allem noch in Deutschland oder Frankreich befanden, waren unmittelbar von Deportation und Ermordung bedroht.

Schweizerisch-liechtensteinische Praxis, 1941–1945

Den Grossteil der 35 aktenkundigen Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen zwischen 1941 und dem Kriegsende, nämlich rund zwei Drittel, lehnte die liechtensteinische Regierung ab, ohne sie schweizerischen Stellen zu unterbreiten. Es handelte sich dabei entweder um Ansuchen, die sie ohnehin abgelehnt hätte, oder um solche, bei denen sie davon ausging, dass die schweizerischen Behörden die Zustimmung verweigern würden. Ersteres war beispielsweise bei dem Gesuch eines in der Schweiz wohnenden Deutschen der Fall. Er schlug der liechtensteinischen Regierung im März 1941 vor, durch seine Vermittlung Transitaufenthalt für Emigranten zu gewähren, um den liechtensteinischen Fremdenverkehr anzukurbeln, der sich in einer Krise befand. Der Gesuchsteller wollte 200 Franken Kautions pro Person stellen als Garantie dafür, dass die Flüchtlinge der öffentlichen Hand nicht zur Last fallen würden.⁷⁶³ In ihrer kategorischen Absage führte die Regierung aus, sie sei «nicht mehr in der Lage, Emigranten eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen».⁷⁶⁴ Unter den Gesuchen, die die Regierung von

in die Akten der liechtensteinischen Fremdenpolizei übergegangen, die 1947 gegründet wurde. Die restlichen zwanzig Dossiers sind jedoch vermutlich zur Stellungnahme nach Bern gesandt worden, wo sie wohl auch verblieben.

⁷⁶¹ Die beiden informellen Anfragen konnten in den Akten von Guido Feger gefunden werden: 1942 wollte der liechtensteinische Neubürger Moritz Mündheim seinen Sohn nach Liechtenstein holen. Feger klärte bei Regierungschef Hoop informell ab, ob ein entsprechender Antrag Aussicht auf Erfolg hätte. Da Hoop davon ausging, dass die Fremdenpolizei dagegen sein würde, verzichtete Mündheim darauf, überhaupt ein Gesuch einzureichen. PA-AT, Dossier 71, Frieden GmbH. Auch im November 1943 verzichtete Feger darauf, ein offizielles Gesuch zu stellen. Diesmal hatte er im Auftrag des ehemaligen SIG-Präsidenten Saly Mayer informell bei der Regierung angefragt und hatte Folgendes erfahren: «Die Bedenken die hier vorliegen, sind fremdenpolizeilicher und auch innenpolitischer Art und gründen auf Erfahrungen und auf mögliche Entwicklungen.» PA-AT, Dossier 53, All. Treuhand AG 1944, Feger an Saly Mayer, 23. 11. 1943.

⁷⁶² LLA, RF 214/222, Benjamin Sommer für seinen Bruder Isaak; LLA, RF 213/477, Leopold Baum für Schwester Fanny Haberer.

⁷⁶³ LLA, RF 204/435, Hans Wolffers an Regierung, 27. 3. 1941.

⁷⁶⁴ LLA, RF 204/435, Regierung an Hans Wolffers, 27. 3. 1941.

vornherein abschlägig beurteilte, befanden sich auch solche von in Liechtenstein lebenden Flüchtlingen, die um ihre im NS-Machtraum lebenden Verwandten fürchteten.⁷⁶⁵

Unterbreitete die Regierung der schweizerischen Fremdenpolizei aber ein Gesuch, so standen die Erfolgchancen gut. Die schweizerische Praxis war jedenfalls nicht eindeutig ablehnend. Den Antrag eines seit 1938 in Liechtenstein wohnenden Flüchtlings, der im September 1944 seinen Schwager und dessen Ehefrau, die in Ungarn unmittelbar von der Deportation bedroht waren, nach Liechtenstein retten wollte, lehnte die schweizerische Fremdenpolizeibehörde zwar mit deutlichen Worten ab:

«Nach den beim Emigrantenbureau eingezogenen Erkundigungen würde bei vorliegendem Verwandtschaftsgrade die Einreise noch bewilligt, wenn der in der Schweiz lebende Interessent Schweizerbürger ist. Dies ist hier nicht der Fall, weshalb eine Einreise in die Schweiz kaum in Frage kommen würde.»⁷⁶⁶

Sechs andere Gesuche bewilligte die Eidgenössische Fremdenpolizei hingegen, wenn auch erst nach mehreren Vorstössen. Setzte sich die liechtensteinische Regierung gegenüber der Fremdenpolizei für ein Gesuch besonders ein, so war die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese von ihrer restriktiven Haltung abrückte. Franziska Weiss, die seit 1939 als Flüchtling in Liechtenstein lebte, wollte im Frühjahr 1941 ihre in Wien weilende Mutter Berta Heim ins Fürstentum holen, da diese von der Deportation nach Polen bedroht und ihre Auswanderung in die USA noch nicht spruchreif war. Weiss bot eine Kautions zwischen 15 000 und 20 000 Franken an.⁷⁶⁷ Die schweizerische Fremdenpolizei lehnte das Gesuch am 21. Mai 1941 ab, weil die Weiterreise von Berta Heim nicht gesichert war.⁷⁶⁸ Als Berta Heim im Oktober 1941 die Aufforderung erhielt, sich für die Deportation nach Polen bereitzuhalten, fragte ihre Tochter nochmals an. Sie wurde dabei von Fürstin Elsa unterstützt, da der Ehemann von Franziska Weiss in Wien der Anwalt von Fürstin Elsa gewesen war.⁷⁶⁹ Darauf stimmte die Eidgenössische Fremdenpolizei der Einreise zu.⁷⁷⁰ Berta Heim konnte die Bewilligung jedoch nicht sofort nutzen, da sie von den deutschen Behörden keine Ausweispapiere erhielt. Als letzte Einreisefrist setzte die Fremdenpolizei den 15. Februar 1942, danach hätte wieder ein neues Gesuch gestellt werden müssen. Schliesslich musste Berta Heim auch diesen Termin ungenutzt

⁷⁶⁵ Beispielsweise Lina Skopall für ihre Eltern (LLA, RF 205/081); Benjamin Sommer für seinen Bruder Isaak Sommer (LLA, RF 214/222); sowie Leopold Baum für seine Schwester Fanny Haberer (LLA, RF 213/477) Fanny Haberer wurde später nach Auschwitz deportiert, wo sie ums Leben kam. LLA, RF 214/059, Ludwig Marxer an liechtensteinische Regierung, 1. 10. 1942; Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003.

⁷⁶⁶ LLA, RF 226/202, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 7. 9. 1944.

⁷⁶⁷ LLA, RF 204/410, Lily Weiss an liechtensteinische Regierung, 18. 3. 1941.

⁷⁶⁸ LLA, RF 204/410, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 21. 5. 1941.

⁷⁶⁹ LLA, RF 204/410, liechtensteinische Regierung an Eidg. Fremdenpolizei, 21. 10. 1941.

⁷⁷⁰ LLA, RF 204/410, Sparkasse an liechtensteinische Regierung, 4. 12. 1941.

verstreichen lassen.⁷⁷¹ Was mit ihr schliesslich geschah, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.⁷⁷²

Verzweifelt versuchten auch die liechtensteinischen Neubürger Moritz und Anny Gruental ab Oktober 1941, ihre Tochter mitsamt Familie von Holland nach Liechtenstein zu holen. Nach mehreren erfolglosen Anfragen gelang es der liechtensteinischen Regierung Anfang Januar 1943 doch noch, die Zustimmung der Eidgenössischen Fremdenpolizei zu erhalten.⁷⁷³ Bedingung war die Hinterlegung einer Kautions von 50 000 Franken, zudem musste sich die Familie verpflichten, sich ausschliesslich in Liechtenstein aufzuhalten und nicht zu arbeiten.⁷⁷⁴ Die Einreise nach Liechtenstein scheiterte schliesslich an den deutschen Behörden, die die Familie Klestadt nicht ausreisen liessen, obwohl die Ausreisebewilligung mehrmals in greifbare Nähe gerückt war.⁷⁷⁵ Spätestens seit Juli 1944 befand sich die ganze Familie im Austausch-Interniertenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen.⁷⁷⁶ Bertold Klestadt starb am 5. Februar 1945 im Lager, Ruth Klestadt und ihre Söhne wurden bei Kriegsende befreit.⁷⁷⁷ Gleich wie Berta Heim und der Familie Klestadt-Gruental ging es mindestens drei Einzelpersonen. Ihnen gelang die Einreise nach Liechtenstein nicht, obwohl von schweizerisch-liechtensteinischer Seite eine Bewilligung vorlag. Bei wenigstens einer der drei Personen steht fest, dass sie danach nach Theresienstadt deportiert wurde und 1942 starb.⁷⁷⁸ Dagegen schaffte es die ehemalige Österreicherin Marie von Glaser, nicht nur die liechtensteinisch-schweizerische Einreisebewilligung zu erhalten, sondern auch den NS-Machtbereich zu verlassen. Die siebzugjährige Journalistin und Schriftstellerin lebte in Wien und war mit Fürstin Elsa bekannt.⁷⁷⁹ Die schweizerische Fremdenpolizei befürwortete die Einreisebewilligung

⁷⁷¹ LLA, RF 204/410, Sparkasse an liechtensteinische Regierung, 13. 6. 1942.

⁷⁷² Möglicherweise war sie unter den im Frühjahr 1942 aus Wien nach Osten Deportierten. Auf der Holocaustopfer-Liste des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), die 62 000 der 65 459 ermordeten Österreicher namentlich erfasst, taucht Berta Heim aber nicht auf (www.doew.at, Stand 17. 7. 2003). Zur Deportation der Wiener Juden ab Oktober 1941 siehe Freund/Safrian, Vertreibung, 2000, S. 774–783.

⁷⁷³ LLA, RF 207/301, Einreisebewilligung vom 4. 2. 1943.

⁷⁷⁴ LLA, RF 207/301, liechtensteinische Regierung an Eidg. Fremdenpolizei, 23. 12. 1942; Eidg. Fremdenpolizei an schweizerisches Konsulat in Köln, 4. 2. 1943.

⁷⁷⁵ Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz, Deutschland und Paraguay, deren Staatsbürgerschaft die Familie Klestadt 1942 erhalten hatte, siehe Zeugin/Sandkühler, Freikäufe, 2001, S. 126–133.

⁷⁷⁶ BAR, E 7160-08 (-) 1968/28, Bd. 273, Deutsche Verrechnungskasse an Schweizerische Verrechnungsstelle, 10. 7. 1944.

⁷⁷⁷ Zeugin/Sandkühler, Freikäufe, 2001, S. 132. Ruth Klestadt und ihre Söhne kamen nach dem Krieg für einige Zeit nach Liechtenstein. LLA, RF 207/301, Amtsbestätigung der liechtensteinischen Regierung, 6. 7. 1945.

⁷⁷⁸ Zum Schicksal von Amalie Strauss siehe Kapitel 4.2.3. Zu den Einreisegesuchen des Neubürgers Gustav Altmann für Lina Lilienfeld im März 1943 und für Gustav Droller im März 1945 siehe LLA, RF 224/189, Lina Lilienfeld, sowie BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 22, und LLA, RF 227/109.

⁷⁷⁹ LLA, V112, Personendossier Marie von Glaser, Ritter an Regierung, 22. 4. 1941. Kabinettssekretär Rupert Ritter stellte das Gesuch in Vaduz für von Glaser.

unter der Bedingung, dass Glaser sich in Liechtenstein weder politisch noch journalistisch betätige.⁷⁸⁰ Marie von Glaser lebte zwischen 1941 und 1955 in Liechtenstein,⁷⁸¹ bevor sie nach Wien zurückkehrte.⁷⁸²

Zwischen 1941 und dem Flüchtlingsstrom am Kriegsende erreichte nur Marie von Glaser das rettende Liechtenstein. Der Grossteil der Gesuche wurde abgelehnt, und die Einreisebewilligungen, die erteilt wurden, kamen zu spät und konnten von den betreffenden Flüchtlingen nicht mehr genutzt werden.

Dagegen kursierten bei deutschen Amtsstellen im Juni 1942 Gerüchte, wonach wieder regelmässig jüdische Flüchtlinge nach Liechtenstein eingereist seien.⁷⁸³ Dass diese Information falsch war, war dem deutschen Konsul Voigt bekannt, wie eine Depesche an das Auswärtige Amt zeigt:

«Wenn dies der Fall wäre, würde sich eine zu starke innenpolitische Opposition gegen die Regierung ergeben. Im Gegenteil steht die Regierung den Juden durchaus ablehnend gegenüber und sucht, soweit dies nach der bestehenden Gesetzgebung möglich ist, den Zuzug von Juden zu verhindern und die Abwanderung der Juden zu fördern.»⁷⁸⁴

Gesuche von in der Schweiz lebenden Flüchtlingen zur Einreise nach Liechtenstein

Auch 1941 trafen noch vereinzelte Gesuche von Flüchtlingen, die in der Schweiz lebten, bei den liechtensteinischen Behörden ein. Aufnehmen durfte das Fürstentum jene, die weder aus der Schweiz ausgewiesen worden waren noch einer schweizerischen Einreisesperre unterlagen. Auch bei jenen, die von der Schweiz nach Liechtenstein ziehen wollten, achtete die Eidgenössische Fremdenpolizei darauf, dass Liechtenstein nicht zur «Ausweichstation» für unerwünschte Ausländer wurde.⁷⁸⁵ Die schweizerischen Bedenken und Befürchtungen waren unbegründet. Liechtenstein wollte grundsätzlich keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. So lehnten die liechtensteinischen Behörden Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen, deren

⁷⁸⁰ LLA, V112, Personendossier Marie von Glaser, Eidg. Fremdenpolizei an Regierung, 6. 10. 1941.

⁷⁸¹ LLA, V112, Personendossier Marie von Glaser, Rupert Ritter an Regierung, 20. 6. 1947.

⁷⁸² LLA, V112, Personendossier Marie von Glaser, Regierung an Marie von Glaser, 25. 2. 1955.

⁷⁸³ PA/AA, Inland II A/B, R 99426, Reichssicherheitshauptamt an Auswärtiges Amt, 17. 2. 1942.

⁷⁸⁴ PA/AA, Inland II A/B, R 99426, Juden in Liechtenstein, Generalkonsulat Zürich an Auswärtiges Amt, 29. 3. 1942, und Generalkonsulat in Zürich an Auswärtiges Amt, 18. 6. 1942.

⁷⁸⁵ Ein Beispiel findet sich in LLA, RF 227/298: Der deutsche Staatsbürger Herbert Schmidt, der für eine Zürcher Firma arbeitete und infolge des Kriegsverlaufs nicht mehr nach Lörrach zurückkehren konnte, wollte sich in Liechtenstein niederlassen. Die schweizerische Fremdenpolizei antwortete mit klaren Worten: «Wenn die Mitarbeit Schmidts [...] von so ausschlaggebender Bedeutung ist und sie auch im schweizerischen Interesse liegen sollte, so wäre in erster Linie der Kanton Zürich zuständig, sich zu einem Aufenthaltsverlängerungsgesuch auszusprechen. Sie werden mit uns einig gehen, dass Liechtenstein nicht zu einer Ausweichstation für Ausländer werden soll, deren Aufenthalt in der Schweiz aus irgendwelchen Gründen nicht in Frage kommt.» LLA, RF 227/298, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 16. 12. 1944.

Rückreise in die Schweiz nicht gesichert war, grundsätzlich ab. Die Regierung verweigerte beispielsweise dem in der Schweiz internierten Flüchtling Emil Baum, der von seinem in Liechtenstein wohnenden Bruder aufgenommen worden wäre, die Aufenthaltsbewilligung, da die eidgenössischen Behörden Emil Baum kein Rückreisevisum ausstellen wollten.⁷⁸⁶ Flüchtlingen aus der Schweiz, deren Visum bald ablief, drohte die liechtensteinische Regierung mit der Ausschaffung.⁷⁸⁷

Als einzigen in der Schweiz lebenden Flüchtling nahm Liechtenstein während des Kriegs Georg Milani auf. Milani hatte als unehelicher Sohn eines Liechtensteiners bis Kriegsbeginn in Liechtenstein gelebt und war aufgrund seiner italienischen Staatsangehörigkeit in die italienische Armee einberufen worden. Nach dem Zusammenbruch Italiens 1943 konnte er in die Schweiz fliehen, worauf ihn seine Tante nach Liechtenstein holen wollte. Die Einreise wurde bewilligt, Milani musste sich aber verpflichten, in der Landwirtschaft zu arbeiten.⁷⁸⁸ Zu diesem Zeitpunkt fehlte es in Liechtenstein an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, weshalb Milani eine Lücke auf dem liechtensteinischen Arbeitsmarkt füllen konnte.

Per-procura-Heiraten in Liechtenstein

Ein fremdenpolizeilicher Spezialfall waren vier Heiraten von Flüchtlingen zwischen Juni 1941 und Juni 1944, die per procura (durch Stellvertretung) geschlossen wurden. Die Anwesenheit eines der beiden Ehepartner und ein vom abwesenden Partner bevollmächtigter Vertreter reichten aus, um in Liechtenstein heiraten zu können. Diese Eigenheit des liechtensteinischen Eherechts machten sich vier Paare zunutze, die aufgrund ihrer geographischen Distanz, der internationalen Visums- und der deutschen Ausreisebestimmungen voneinander getrennt waren. Bei drei Eheschliessungen war der Bräutigam jüdischer Schweizer, während die jüdische Braut sich noch im NS-Machtbereich befand und von der Verfolgung bedroht war.⁷⁸⁹

⁷⁸⁶ Siehe dazu das Unterstützungsdossier des VSJF: AfZ, VSJF, 1.4, B.159.

⁷⁸⁷ Dies war beispielsweise der Fall bei Elisabeth Eisenmann, die mit ihrer Familie als Flüchtling im Tessin wohnte. Sie wollte zwei ihrer Kinder in Liechtenstein zur Schule schicken und verbrachte deshalb einen Monat in Liechtenstein, LLA RF 220/301, Elisabeth Eisenmann, Gesuch ohne Datum. Die Regierung wollte die Kinder nur aufnehmen, sofern die Rückreise ins Tessin gesichert war, LLA RF 220/301, liechtensteinische Regierung an Elisabeth Eisenmann, 10. 8.1943. Als sie herausfand, dass das Visum für die Schweiz nur noch kurze Zeit gültig war, drohte sie Elisabeth Eisenmann, sie auszuschaffen, sollte sie nicht bis zum Ablauf des Visums Liechtenstein freiwillig verlassen haben, LLA RF 220/301, liechtensteinische Regierung an Sicherheitskorps, 18. 8.1943. Eisenmann kam der Aufforderung der Regierung schliesslich nach und reiste mit ihren Kindern rechtzeitig in den Kanton Tessin zurück, LLA RF 220/301, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 20. 8.1943.

⁷⁸⁸ LLA, RF 221/280, Regierung an EJPD, 27. 10. 1943. Milani konnte sich am 26. 11. 1945 in Balzers gebührenfrei einbürgern lassen. LLA, V4/1945/03.

⁷⁸⁹ Jakob Neufeld lebte in Luzern, seine Freundin in den Niederlanden, LLA, RF 213/498; David Sussmann wollte die in Ungarn festgehaltene Marianna Judith Hirsch heiraten LLA, RF 225/085; Max Braunschweigs Verlobte Debora Katz lebte in den Niederlanden LLA, RF 205/178.

Durch die Eheschliessung erhielten die Frauen automatisch die schweizerische Staatsbürgerschaft, womit sie in die Schweiz einreisen konnten und sich ihre Chancen erhöhten, von den deutschen Behörden eine Ausreisebewilligung zu erhalten. Der vierte Fall war anders geartet: Die Braut war staatenlose Jüdin aus Brunn und befand sich als Flüchtling in der Schweiz. Ihr Verlobter war Engländer und wohnte in Leeds. Die beiden heirateten, damit sie zusammen in England wohnen konnten.⁷⁹⁰

Die Vertreter der Braut beziehungsweise des Bräutigams sowie die Trauzeugen waren mit einer Ausnahme jeweils in Liechtenstein lebende Flüchtlinge.⁷⁹¹ Kurt Schönlink, der sich 1935 nach Liechtenstein in Sicherheit gebracht hatte, war in drei Hochzeiten involviert. Es ist anzunehmen, dass er bei der Organisation der Heiraten eine Rolle spielte. Eine Eheschliessung wurde vom liechtensteinischen Anwalt Ludwig Marxer organisiert, der auch als Trauzeuge auftrat.⁷⁹² Durch diese Möglichkeit der Eheschliessung konnten drei im NS-Machtbereich verfolgte Jüdinnen vermutlich ins sichere Ausland fliehen. Damit erhielt das liechtensteinische Ehegesetz eine lebensrettende Funktion. Die liechtensteinische Regierung und die Schweizer Fremdenpolizei spielten dabei keine massgebliche Rolle, zumal drei der Partner Schweizer waren und für den Aufenthalt in Liechtenstein keine spezielle Bewilligung benötigten. Bei der in die Schweiz geflohenen staatenlosen Jüdin, die nach England ausreisen wollte, galt es abzusichern, dass sie nach Ablauf ihres dreimonatigen Aufenthaltes wieder in die Schweiz zurückkehren konnte. Die Aufgabe der liechtensteinischen Behörden erstreckte sich daneben hauptsächlich darauf, die Gesetzmässigkeit der Eheschliessung zu prüfen.

Verwandte der Fürstenfamilie bei Kriegsende

Gegen Kriegsende suchten wiederholt ausländische Verwandte der Fürstenfamilie um Aufenthalt in Liechtenstein an. Die Eidgenössische Fremdenpolizei hatte grundsätzlich Verständnis für die Gesuche, wollte aber aus innen- und aussenpolitischen Gründen nicht allen entsprechen, da die meisten Verwandten nach Ansicht der Fremdenpolizei Diplomatenpässe besaßen und mit diesen von Liechtenstein aus ungehindert in die Schweiz gelangen konnten. Die schweizerischen Behörden erwarteten, dass sich die fürstlichen Verwandten, die ein grossstädtisches Leben gewohnt waren, in Liechtenstein früher oder später langweilen würden; zudem vermuteten sie, dass die Gesuchsteller auch aus Erwerbszwecken in die Schweiz

⁷⁹⁰ LLA, RF 208/478, Elisabeth Suschitzky und Irwin Beckwith.

⁷⁹¹ Beim Ehepaar Suschitzky/Beckwith vertrat Kurt Schönlink den Ehemann, Bernhard Lämmle und Max Alexander fungierten als Trauzeugen. Bei der Eheschliessung von Sussmann und Hirsch war Emanuel Erlanger der Vertreter, und als Trauzeugen wirkten Rudolf Bermann und Kurt Schönlink. Bei der Trauung des Ehepaars Neufeld/van Meekren fungierten Kurt Schönlink als Vertreter, Rudolf Bermann und Siegbert Jaks als Trauzeugen.

⁷⁹² LLA, RF 205/178, Eheprotokoll vom 29. 6. 1941.

gelangen wollten. Schliesslich war die Fremdenpolizei gegen die Ansammlung eines Grossteils des ungarischen Adels in Liechtenstein oder der Schweiz, zumal dies auch den Clearingverkehr stark belastet hätte.⁷⁹³ Das EPD verständigte sich im Januar 1945 mit der liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern dahingehend, dass nur in äusserst dringenden Fällen fürstliche Verwandte nach Liechtenstein einreisen sollten.⁷⁹⁴

Zum Konflikt zwischen Liechtenstein und der Schweiz kam es wegen der ungarischen Staatsangehörigen Gräfin Maria Berchtold, die trotz eines abgelaufenen Visums am 12. März 1945 mit der Bahn bei Buchs einreiste. Prinzessin Marizza von Liechtenstein sprach beim Grenzposten in Buchs vor und erwirkte so die Einreise.⁷⁹⁵ Die schweizerische Fremdenpolizei war brüskiert und beschwerte sich.⁷⁹⁶ Berchtold gab an, aus Angst vor der Verfolgung durch die Deutschen nicht zurückreisen zu können. Bundesrat Eduard von Steiger verfügte schliesslich die Ausweisung, denn Gräfin Berchtold sei «eine derjenigen Personen, für die das Asylrecht nicht gemacht ist. Eine wirkliche Gefährdung ist noch nicht dargetan.»⁷⁹⁷ Das Wiedererwägungsgesuch wurde zwar abgelehnt,⁷⁹⁸ die Gräfin befand sich aber auch 1947 noch in der Schweiz.

Unter den Flüchtlingen, die bei Kriegsende einreisten, befand sich mit Caja Palffy eine weitere Verwandte der Fürstenfamilie. Sie gelangte Ende April 1945 nach Liechtenstein, wurde zur Quarantäne nach Buchs überführt und danach «nach Vaduz freigegeben». Die schweizerische Fremdenpolizei kritisierte im Nachgang die liechtensteinischen Behörden, weil Palffy in Liechtenstein bleiben konnte, obwohl sie keine Bewilligung besass. Sie wollte verhindern, dass Palffy sich in der Schweiz niederliess, und verlangte deshalb eine Erklärung von ihr, wonach sie kein Einreisegesuch in die Schweiz stellen werde. Palffy blieb bis auf weiteres in Liechtenstein und erwarb schliesslich die französische Staatsbürgerschaft.⁷⁹⁹

⁷⁹³ BAR, E 4800.1 (-) 1967/111, Bd. 2, Eidg. Fremdenpolizei (Brunner) an EPD, 27. 12. 1944.

⁷⁹⁴ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 6, EPD an Eidg. Fremdenpolizei, 27. 1. 1945.

⁷⁹⁵ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2559, Nr. 32038, Hofmann vertraulich an Fischli, 14. 3. 1945.

⁷⁹⁶ LLA, RF 228/003, Eidg. Fremdenpolizei an Regierung, 15. 3. 1945, und BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2559, Nr. 32038, Kommando Territorialkreis Sargans, 15. 3. 1945.

⁷⁹⁷ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2559, Nr. 32038, EJPD-Vorsteher von Steiger an Jezler, 27. 3. 1945.

⁷⁹⁸ BAR, E 4264 (-) 1985/196, Bd. 2559, Nr. 32038, Polizeiabteilung an Münch, Chef des Ter. Dienstes Armeekommando, 5. 4. 1945.

⁷⁹⁹ LLA, RF 230/342.

4.2.3 Rolle von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren in der Entscheidungsfindung der liechtensteinischen Regierung

Die Rolle des Arbeitsamtes und der Gewerbegeossenschaft

Die liechtensteinische Regierung fragte in den dreissiger Jahren jeweils das Arbeitsamt und die Gewerbegeossenschaft um eine Stellungnahme an, bevor sie über Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen entschied. Das Arbeitsamt tendierte angesichts der Arbeitslosigkeit in Liechtenstein dahin, keine ausländischen Arbeitskräfte in Liechtenstein zu beschäftigen. Bewilligungen an Ausländer sollten nur erteilt werden, wenn dadurch Stellen für einheimische Arbeitnehmer entstanden.⁸⁰⁰ Grundsätzlich erhielten die in Liechtenstein zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte nur befristete Aufenthaltsbewilligungen. Die Hauptsorge des Arbeitsamtes ging dahin, dass die ausländischen Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit wieder in ihren Heimatstaat abgeschoben werden konnten. Deshalb erschien der Zuzug von Juden problematisch, da das Arbeitsamt davon ausging, dass sie eines Tages nicht mehr nach Deutschland zurückkehren konnten.⁸⁰¹ Das Arbeitsamt erkundigte sich jeweils danach, ob der Antragsteller als «arisch» oder «jüdisch» galt.⁸⁰²

Das Gesuch einer Deutschen, die als Fachfrau die Errichtung einer Textilfabrik mitorganisieren sollte, befürwortete das Arbeitsamt, «nachdem die Direktrice eine Arierin ist, sodass die Möglichkeit besteht, dieselbe wieder aus dem Land zu bringen, sofern wir für sie kein Interesse mehr haben».⁸⁰³ Dagegen empfahl der Vorsteher des Arbeitsamtes Mitte Februar 1938 das Aufenthaltsgesuch eines in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlings für dessen Neffen zur Ablehnung, da dieser Jude sei und die Gefahr bestehe, dass er nicht mehr nach Deutschland zurückreisen könne.⁸⁰⁴

Wie folgende Fallgeschichte zeigt, veranlasste das Arbeitsamt sogar den Entzug einer erteilten Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, als bekannt wurde, dass der Neuzuzüger Jude war: Der deutsche Staatsbürger Karl Grundmann hatte Anfang 1939 eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung als Gartenarbeiter bei einer Gärtnerei in Schaan erhalten. Als er auf dem Arbeitsamt seinen Pass abgab, wurde klar, dass Grundmann Jude war. Postwendend zog das

⁸⁰⁰ Dies wird beispielsweise an der Antwort des Arbeitsamts im Fall von Ernst Groll, einem deutschen Buchhändler, der in Liechtenstein Aufenthalt nehmen wollte, deutlich: «Das Arbeitsamt ist bei der derzeitigen Lage nicht für Erteilung von Niederlassungsbewilligungen und sollen solche nur, wo ein grosser Vorteil für die Arbeiterschaft oder für das Land und die Arbeiterschaft herauschaut, erteilt werden.» LLA, RF 1444/119, Arbeitsamt an liechtensteinische Regierung, 16. 3. 1934.

⁸⁰¹ LLA, RF 148/321, Walser an liechtensteinische Regierung, 9. 11. 1934.

⁸⁰² LLA, RF 185/301, Arbeitsamt an Lucie Neuwirth, 11. 1. 1939.

⁸⁰³ LLA, RF 190/176, Stellungnahme des Arbeitsamts vom 28. 4. 1939.

Arbeitsamt die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung zurück und wies ihn an, Liechtenstein am gleichen Tag zu verlassen, was er gemäss Polizeiberichten auch tat.⁸⁰⁵ Einem reformierten Pfarrer aus Zürich, der sich für Grundmann einsetzte, antwortete die liechtensteinische Regierung:

«Wir konnten dem Grundmann die Aufenthaltsbewilligung in Liechtenstein nicht gewähren, nachdem uns dessen nichtarische Abstammung bekannt wurde, denn es hätte für uns die Gefahr bestanden, dass Grundmann eines schönen Tages keine Heimatpapiere mehr erhalten hätte. Hätte Grundmann uns seine nichtarische Abstammung nicht verschwiegen, so hätte er auch nie die Einreisebewilligung von uns erhalten.»⁸⁰⁶

Bei seinen Stellungnahmen achtete das Arbeitsamt auch darauf, ob der Gesuchsteller von Liechtenstein aus schweizerische Gewerbebetriebe konkurrenzierte. Wenn dies der Fall war, empfahl es die Gesuche in der Regel zur Ablehnung.⁸⁰⁷ Die Regierung nahm die Stellungnahme des Arbeitsamtes ernst und fällte nur selten davon abweichende Entscheide; dem Arbeitsamt kam damit eine wichtige Rolle in der Frage der Aufenthaltsgewährung zu.

Die Gewerbegeossenschaft war in ihren Stellungnahmen tendenziell restriktiver als das Arbeitsamt. In den meisten beabsichtigten Betriebsgründungen sah sie eine Bedrohung für das liechtensteinische Gewerbe. Sie argumentierte primär aus Konkurrenzängsten heraus, zumal sie allgemein den Eindruck hatte, von den liechtensteinischen Behörden nicht genügend vor der ausländischen Konkurrenz geschützt zu werden.⁸⁰⁸ Bei ihren Empfehlungen bezog sie jeweils auch den schweizerischen Standpunkt mit ein. Inwieweit dies primär ein Vorwand zum Schutz der eigenen Interessen war, kann nicht beurteilt werden,⁸⁰⁹ doch spielten bei der Gewerbegeossenschaft auch antisemitische Beweggründe eine bedeutsame Rolle: Gesuche von Juden lehnte sie fast durchgehend ab. So opponierte sie beispielsweise im September 1935 gegen das Aufenthaltsgesuch eines deutschen Kaufmanns nicht nur, weil seine Anwesenheit Liechtenstein keinen grossen Nutzen gebracht hätte, sondern empfahl «prinzipielle

⁸⁰⁴ LLA, RF 178/315, Amtsvermerk Arbeitsamt Hermann Walser, 18. 2. 1938. Siehe dazu auch Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 431.

⁸⁰⁵ LLA, RF 190/124, Stellungnahme Arbeitsamt, 19. 4. 1939.

⁸⁰⁶ LLA, RF 190/124, liechtensteinische Regierung an Gelpke, 5. 5. 1939.

⁸⁰⁷ Ein Beispiel findet sich in LLA, RF 152/282, Arbeitsamt an liechtensteinische Regierung, 7. 2. 1935.

⁸⁰⁸ Die Gewerbegeossenschaft war insbesondere der Meinung, dass das liechtensteinische Gewerbe bei öffentlichen Vergaben nicht genügend berücksichtigt werde. LLA, RF 193/392, Protokoll vom 22. 9. 1939.

⁸⁰⁹ Gegen die Erteilung der Gewerbe- und Aufenthaltsbewilligung aus Gründen der Konkurrenz für die Schweiz stellte sich der Verband beispielsweise bei Alfred Wurzinger, der in Liechtenstein Toilettenartikel hätte herstellen wollen. LLA, RF 148/237, Gewerbeverband an liechtensteinische Regierung, 8. 11. 1934. Aus Konkurrenzängsten für das einheimische Gewerbe lehnte die Gewerbegeossenschaft das Gesuch von Hermann Hirsch ab, der in Liechtenstein eine kleine Fabrikation für Damenkleider gründen wollte. LLA, RF 153/424, Gewerbeverband an liechtensteinische Regierung, 24. 6. 1935.

Ablehnung», weil er Jude war.⁸¹⁰ Als Rechtsagent Oswald Bühler aus Mauren zusammen mit einem St. Galler Unternehmer 1935 eine kleine Textilfabrik mit zirka zwanzig Mitarbeitern gründen und zwei jüdische Fachkräfte beiziehen wollte, brachen die gegensätzlichen Standpunkte zwischen der Regierung und dem Verband für Handel und Gewerbe auf. Dieser war dagegen, weil die beiden Gesuchsteller keine Textildachleute waren und durch die Gründung zwei Juden nach Liechtenstein gekommen wären.⁸¹¹ Dies veranlasste Regierungschef Hoop zu einer ungewohnt ausführlichen und deutlichen Stellungnahme, in welcher er die schwierige wirtschaftliche Situation Liechtensteins und die Notwendigkeit der Ansiedelung von Firmen darlegte. Ferner zerstreute er die Bedenken des Verbandes, wonach die deutschen Juden aufgrund des Gesetzes staatenlos werden könnten.⁸¹² Sowohl der Schneidermeisterverband wie auch der Verband für Handel und Gewerbe versuchten daraufhin, zumindest einschränkende Auflagen für die neue Fabrik zu erreichen.⁸¹³ Die Regierung bewilligte die Unternehmensgründung hingegen ohne die gewünschten Einschränkungen; einzige Bedingung war, dass die Fabrik die hergestellten Kleider nicht selber verkaufte, sondern diese an Wiederverkäufer veräusserte.⁸¹⁴ In anderen Fällen gelang es der Gewerbegeossenschaft jedoch, die Aufnahme von potentiellen Konkurrenten zu verhindern.⁸¹⁵

Rolle der liechtensteinischen Anwälte und Rechtsagenten

Die liechtensteinischen Rechtsanwälte, Rechtsagenten⁸¹⁶ und Treuhänder vertraten viele Flüchtlinge, die nach Liechtenstein kommen oder ihre bestehende Aufenthaltsbewilligung verlängern wollten. Diese Tätigkeit von Anwälten ist bis anhin weitgehend unerforscht.⁸¹⁷ Für liechtensteinische Anwälte stellten Aufenthaltsgesuche – wenn sie in ihrer Bedeutung auch hinter den Einbürgerungen und dem Gesellschaftswesen bedeutend zurückblieben – zumindest

⁸¹⁰ LLA, RF 155/339, Handel und Gewerbeverband an liechtensteinische Regierung, 2. 10. 1935.

⁸¹¹ LLA, RF 155/172, Liechtensteinischer Verband für Handel & Gewerbe, 17. 9. 1935.

⁸¹² LLA, RF 155/172, Regierungschef Hoop an liechtensteinischen Gewerbeverband, 17. 9. 1938.

⁸¹³ LLA, RF 155/172, Liechtensteinischer Verband für Handel & Gewerbe, 3. 10. 1935 und liechtensteinischer Schneidermeisterverband, 30. 9. 1935.

⁸¹⁴ LLA, RF 155/172, liechtensteinische Regierung an Rheintalische Kleiderfabrik Eschen, 14. 1. 1936.

⁸¹⁵ Siehe dazu beispielsweise LLA, RF 153/424, Hermann Hirsch.

⁸¹⁶ Zur Führung einer Rechtsagentur benötigte man eine Konzession, die von der liechtensteinischen Regierung ausgestellt wurde. Die Konzession umfasste folgende Berechtigungen: 1. zur Vertretung von Parteien vor allen Gerichten und Gerichtsinstanzen in Zivil- und Strafsachen, 2. zur Vertretung von Parteien vor allen Verwaltungsbehörden, 3. zur Beratung in Syndikats- und Steuersachen, 4. zur Übernahme und Durchführung von Kommissions- und Inkassogeschäften, 5. zur geschäftsmässigen Auskunftserteilung und Beratung von Parteien in rechtlicher und kommerzieller Hinsicht. LLA, RF 123/187, Regierungschef Hoop an Hilda Seeger, 26. 10. 1931. Zur Tätigkeit der Rechtsagenten auf dem Finanzplatz siehe Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005.

⁸¹⁷ Weder in den allgemeinen Werken zu Liechtenstein während dieser Epoche noch in der 2003 erschienenen Monographie über das Büro Marxer wird darauf eingegangen. Merki, Landkanzlei, 2003.

bis Ende 1938 einen wichtigen Teil ihrer Aufgaben dar. Bei diesen Klienten handelte es sich vorwiegend um vermögende Privatpersonen.

Auf der Suche nach neuen Kunden beschritt Guido Feger von der Allgemeinen Treuhandgesellschaft 1935 einen Weg, der das Missfallen der Regierung auf sich zog. Feger liess 1935 in saarländischen Zeitungen ein Inserat erscheinen, in welchem er für den Aufenthalt in Liechtenstein warb. Die Regierung erfuhr davon durch den Deutschen Hermann Sieger,⁸¹⁸ der als Kurator des liechtensteinischen Postmuseums amtierte und eine wichtige Stellung im liechtensteinischen und im deutschen Briefmarkenhandel innehatte. Sieger war ferner Vertrauensmann von Regierungschef Hoop und vermittelte ihm Kontakte zu den nationalsozialistischen Behörden.⁸¹⁹ Sieger warnte die Regierung 1935 vor der Aufnahme von Saar-Flüchtlingen, da dadurch unweigerlich zwischenstaatliche Komplikationen mit Deutschland entstehen würden.⁸²⁰ Der von der Regierung gerügte Feger sicherte zu, die Inserate zurückzuziehen, hielt aber auch fest, dass er und seine Gesellschaft Liechtenstein und einzelnen Gemeinden bereits bedeutende finanzielle Einnahmen verschafft hätten.⁸²¹

Die liechtensteinischen Rechtsvertreter präsentierten ihre Aufenthaltsgesuche strategisch geschickt und sprachen jeweils die den liechtensteinischen Behörden wichtigen Punkte an. Sie traten auch mit der bisweilen notwendigen Hartnäckigkeit auf und stellten ein Gesuch wenn nötig mehrmals. Der wichtigste Antragsteller von Aufenthaltsgesuchen im Jahr 1938 war Ludwig Marxer. Fast die Hälfte aller 1938 aufgenommenen Flüchtlinge hatte sich von Marxer vertreten lassen.⁸²² Zwischen 1933 und 1945 vertrat Marxer mindestens fünfzig Flüchtlinge bei der Aufenthaltsnahme, viele auch wieder bei Aufenthaltsverlängerungen. So war Marxer nicht nur der wichtigste Anwalt bei Einbürgerungen,⁸²³ sondern auch – zumindest 1938 – bei Aufenthaltsfragen. Marxers Gesuche waren oft erfolgreich. Sein Erfolg hing mit seinem grossen Einfluss bei der Regierung und teilweise auch mit der Wahl seiner Klienten zusammen. Er vertrat primär zahlungsfähige, viel versprechende Klienten, die oft auch über entsprechende Beziehungen verfügten.

⁸¹⁸ LLA, RF 151/175, Herman E. Sieger an liechtensteinische Regierung, 16. 1. 1935.

⁸¹⁹ Zur Rolle Siegers für Liechtenstein siehe Tisa, Kunstmarkt, 2005; Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2; Schremser, Vogt, 1999, S. 62, 75, sowie Carl, Liechtenstein, 1988, S. 436–438.

⁸²⁰ LLA, RF 151/175, Herman E. Sieger an liechtensteinische Regierung, 16. 1. 1935.

⁸²¹ LLA, RF 152/070, Allgemeine Treuhandgesellschaft, Guido Feger an liechtensteinische Regierung, 29. 1. 1935.

⁸²² Dies geht aus den Regierungsakten des Jahres 1938 hervor.

⁸²³ Marxer betreute rund die Hälfte aller Einbürgerungsgesuche zwischen 1933 und 1945. Veronika Marxer, Einbürgerungen, interner UHK-Bericht 2004.

Neben Marxer reichten folgende liechtensteinische Anwälte und Rechtsagenten Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen ein: Guido Feger war vor allem Anfang bis Mitte der dreissiger Jahre aktiv, Ludwig Hasler während der ganzen Zeitspanne, Helmuth Merlin und Alois Ritter primär zwischen 1938 und 1940.

Bedeutung der schweizerischen Unternehmen

Einzelne schweizerische Unternehmer versuchten, ihre Verwandten oder Geschäftspartner nach Liechtenstein in Sicherheit zu bringen. Soweit bekannt, hatten sich die meisten der fraglichen Personen zuvor in der Schweiz vergeblich um eine Aufenthaltsbewilligung bemüht. Deshalb wichen sie nach Liechtenstein aus, wo sie gegenüber den Behörden den konkreten Nutzen ihrer Niederlassung für Liechtenstein und das liechtensteinische Gewerbe herausstrichen. Erfolgreich waren die oben erwähnten Gesuche von Walter Wolf (Jelmoli), Rudolf Weil (Jelmoli) und Phillip Rosenau (Möbel Pfister). Ferner bat die schweizerische Spinnerei Jenny, Spoerry & Cie., welche in Triesen eine grosse Weberei betrieb, die liechtensteinische Regierung Ende November 1941, Amalie Strauss – die Gattin beziehungsweise Mutter zweier langjähriger Angestellter, die den Absatz der Produktion der Triesner Weberei sicherten – in Liechtenstein aufzunehmen. Strauss besitze zwar ein US-Visum, aufgrund ihres hohen Alters könne sie möglicherweise aber nicht allein reisen und bleibe deshalb allenfalls dauerhaft in Liechtenstein.⁸²⁴ Vor seiner Anfrage an die liechtensteinische Regierung hatte Jenny beim deutschen Generalkonsul Hermann Voigt und bei den Behörden in Bern sondiert und sich ihrer Zustimmung versichert. So sprach auch von Seiten Liechtensteins nichts gegen Amalie Strauss' Aufenthalt, und die Bewilligung wurde ausgestellt.⁸²⁵ Strauss gelang es aber nicht, die Ausreisebewilligung zu erhalten, sie wurde am 1. Juni 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 15. September ermordet wurde.⁸²⁶

Im Gegensatz zu den obgenannten Gesuchen schweizerischer Unternehmer war dasjenige des Einkaufschefs der schweizerischen Loeb AG für seine Schwester und seine Mutter erfolglos. Die Regierung lehnte das Gesuch im Juli 1939 ab,⁸²⁷ obwohl Ludwig Hasler in Aussicht stellte, dass dadurch Arbeit geschaffen werden könne, da der Gesuchsteller aufgrund seiner Funktion in Liechtenstein Aufträge erteilen könne.⁸²⁸ Für den negativen Entscheid war wohl die generell restriktive Politik während des Jahres 1939 ausschlaggebend.

⁸²⁴ LLA, RF 207/462, Caspar Jenny an liechtensteinische Regierung, Aufenthaltsgesuch für Strauss Amalie, 25. 11. 1941.

⁸²⁵ LLA, RF 207/462, liechtensteinische Regierung an Jenny, 11. 12. 1941.

⁸²⁶ www.doew.at, Amalie Strauss, geb. 29. 7. 1856.

⁸²⁷ LLA, RF 191/486, liechtensteinische Regierung an Ludwig Hasler, 21. 7. 1939.

⁸²⁸ LLA, RF 191/486, Ludwig Hasler an liechtensteinische Regierung, 28. 6. 1939.

4.2.4 Praxis bei Kautionserhebungen und Bedeutung der Kautionen

Die liechtensteinische Regierung reagierte 1935 auf die vielen Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen mit der Einführung einer Kaution. Diese musste in liechtensteinischen Wertpapieren oder in Schweizer Franken hinterlegt werden. Die Regierung führte die Kaution zwar gezielt mit Blick auf die Zuwanderung von Flüchtlingen ein, es sind aber auch Fälle von anderen Aufenthaltsbewerbern bekannt, die eine Kaution entrichten mussten.⁸²⁹ Flüchtlinge, die keine Kaution stellen konnten, mussten eine Erklärung unterschreiben, wonach sie der öffentlichen Hand nicht zur Last fallen würden.⁸³⁰

Mit der Einführung einer Kaution wollte die liechtensteinische Regierung den Lebensunterhalt der Flüchtlinge und gleichzeitig die Liquidität der Liechtensteinischen Landesbank sichern, deren Zahlungsfähigkeit zwischen 1933 und 1936 gefährdet war. Ende der dreissiger Jahre war ein Drittel der in der Landesbank hinterlegten ausländischen Depots Kautionen von Eingebürgerten oder Niedergelassenen.⁸³¹ Anlässlich einer schweizerisch-liechtensteinischen Fremdenpolizeibesprechung vom März 1939 bemerkte Hoop zur liechtensteinischen Flüchtlings- und Kautionspolitik, dass die Regierung die «Zulassung von Emigranten [...] abgestoppt» habe; sie verlange von diesen «eine Kaution von einigen 10 000 Franken», denn sie sei «darauf angewiesen, alles anzuspannen, damit Geld ins Land komme».⁸³²

Die abschreckende Wirkung der Kaution war augenfällig; allein der Hinweis auf ihre Höhe genügte, um zahlreiche potentielle Gesuchsteller von der Einreichung eines Antrags abzuhalten.⁸³³ Ein deutscher Flüchtling verzichtete im Herbst 1939 auf die liechtensteinische Aufenthaltsbewilligung, als er in St. Gallen die Aufenthaltsbewilligung gegen eine Kaution von 5000 Franken erhalten konnte.⁸³⁴ Auch in der Schweiz wurden die Folgen der liechtensteinischen Kautionspolitik wahrgenommen. So berichtete das Polizeidepartement der Eidgenössischen Fremdenpolizei im März 1939, dass in Liechtenstein nicht mehr viele Flüchtlinge wohnten, was unter anderem auf die hohen Kautionen zurückzuführen sei.⁸³⁵

⁸²⁹ LLA, RF 178/434, Joseph Lee, englischer Staatsbürger, sowie LLA, RF 200/043, Schaufler Ernst, deutscher Staatsbürger.

⁸³⁰ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, VSJF an Emil Erlanger, 5. 7. 1944.

⁸³¹ Siehe dazu Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005, insbes. S. 129–131; 135f.

⁸³² BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Besprechungen zwischen der liechtensteinischen Landesregierung und den eidgenössischen Behörden, 30. 3. 1939.

⁸³³ So erhielt der für sich und seine Familie um Aufenthalt ansuchende Deutsche Karl Landsberg am 24. 8. 1938 zwar keine explizit ablehnende Antwort, doch war sie so abgefasst, dass Landsberg erkennen musste, dass er den finanziellen Ansprüchen Liechtensteins nicht genügen konnte. LLA, RF 182/368, liechtensteinische Regierung an Landsberg, 24. 8. 1938.

⁸³⁴ LLA, RF 193/031, Amtsvermerk vom 24. 8. 1939.

⁸³⁵ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Polizeidepartement St. Gallen an Eidg. Fremdenpolizei, 20. 3. 1939.

Höhe der Kautionen

Für die Erhebung der Kaution gab es Richtlinien, aber keine genauen Ausführungsbestimmungen, die eine einheitliche Praxis bewirkt hätten. Bei der Einführung der Kaution im September 1935 betrug diese zwischen 15 000 und 20 000 Schweizer Franken. Im August 1938 erhöhte der Landtag die zu leistende Kaution auf nunmehr 50 000 Franken.⁸³⁶ Die effektiv erhobenen Kautionen richteten sich jedoch nach dem Ermessen der Regierung und variierten beispielsweise im Herbst 1938 sehr stark. Während ein Flüchtling sich verpflichten musste, im Fall einer Heirat seine Kaution von 50 000 Franken auf 100 000 Franken zu erhöhen,⁸³⁷ erhielt eine allein stehende Frau die Bewilligung gegen die Hinterlegung einer vergleichsweise bescheidenen Kaution von 10 000 Franken. Aber auch 10 000 Franken waren ein sehr hoher Betrag, wenn man bedenkt, dass dies dem doppelten durchschnittlichen Jahresgehalt eines gelernten Arbeiters in der Schweiz entsprach.⁸³⁸ Die überaus hohen Kautionen Liechtensteins konnten sich daher nur sehr wohlhabende Menschen leisten. Die Kaution erlangte damit eine bedeutsame Selektionsfunktion für die Aufnahme von Flüchtlingen. Verhältnismässig hoch waren in Liechtenstein auch die Pauschalsteuern angesetzt, die die meisten Flüchtlinge entrichten mussten. 1938 betrugen sie in der Regel zwischen 1000 und 1500 Franken jährlich.⁸³⁹

Vergleich zur schweizerischen Praxis

Für Toleranzbewilligungen erhoben auch die schweizerischen Kantone Kautionen, die zur Deckung öffentlich-rechtlicher Ansprüche vorgesehen waren.⁸⁴⁰ Zusätzlich zu den Kautionen verlangten einige Kantone den Nachweis erheblicher Subsistenzmittel. Diese Praxis ist noch kaum erforscht.⁸⁴¹ Die geforderten Kautionen waren von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich. Als Negativbeispiel wird in der Literatur der Kanton Thurgau genannt: Auf dessen Kautionskonten lagen 1941 für 142 Toleranzbewilligungen Kautionen in der Höhe von 467 981.50 Franken, was einem Durchschnitt von 3225 Franken entsprach.⁸⁴² Die Gesamtsumme der auf den Kautionskonten der Liechtensteinischen Landesbank liegenden Kautionen ist für die Monate Mai 1940 und August 1940 bekannt. Für rund fünfzig Aufenthaltsbewilligungen an Flüchtlinge waren im Monat Mai 1940 496 150 Franken an

⁸³⁶ Siehe dazu Kapitel 2.3.2.

⁸³⁷ LLA, RF 184/226, liechtensteinische Regierung an Ludwig Marxer, 19. 11. 1938.

⁸³⁸ Ritzmann-Blickenstorfer, Statistik, 1996, S. 464.

⁸³⁹ Siehe beispielsweise LLA, RF 183/478, Felix Haas.

⁸⁴⁰ Metzger, Wörterbuch, 1996, S. 318.

⁸⁴¹ Hinweise finden sich in UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 316, 318.

Kautionen hinterlegt,⁸⁴³ was einem Durchschnitt von zirka 10 125 Franken entsprach. Von den ungefähr fünfzig Bewilligungen waren zwölf ohne Kaution ergangen, die höchste Kaution betrug 70 000 Franken für drei erwachsene Personen. Bis August 1940 wanderten fünf Personen (drei Bewilligungen) aus, was die Kautionssumme auf 370 864 Franken sinken liess,⁸⁴⁴ der Durchschnitt lag nun bei ungefähr 8062 Franken. Sowohl im Monat Mai als auch im August 1940 waren die hinterlegten Kautionen in Liechtenstein erheblich höher als im Kanton Thurgau, wobei nicht bekannt ist, ob der Kanton Thurgau nebst den Kautionen noch Garantien auf Subsistenzmittel verlangte.

Kautionsfreigaben und -umwandlungen

Verschiedentlich versuchten Flüchtlinge während ihres Aufenthalts in Liechtenstein zumindest einen Teil ihrer Kaution zurückzuerhalten oder in Gegenden zu transferieren, die sie – je nach Kriegsverlauf – als sicherer empfanden. So erkundigten sich im Frühjahr 1940 Flüchtlinge und Eingebürgerte, ob sie ihre als Kaution deponierten Wertpapiere in die Innerschweiz oder die Westschweiz transferieren könnten. Die Regierung war grundsätzlich damit einverstanden, die Wertpapiere mussten aber in der Liechtensteinischen Sparkasse auf die entsprechenden Namen verbucht bleiben und durften ohne Zustimmung der Regierung nicht freigegeben werden.⁸⁴⁵

Kautionsfreigaben – selbst befristete – gewährte die Regierung selten, Umwandlungsvorschläge lehnte sie ebenfalls meistens ab.⁸⁴⁶ Auch die Anfrage eines Flüchtlings, der eine Geldentwertung befürchtete und deshalb seine Kaution zurückverlangte, wurde abschlägig beantwortet.⁸⁴⁷ Dagegen stimmte die Regierung zeitlich befristeten Freigaben zu, sofern die Flüchtlinge diese benötigten, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten oder auszubauen: So erhielt ein Unternehmer im Oktober 1940 4000 Franken seiner Kaution für die Dauer eines halben Jahres freigestellt, damit er den von ihm geplanten Betrieb gründen konnte.⁸⁴⁸ Aus Geschäftsgründen erhielt auch ein Briefmarkenhändler jeweils anlässlich der

⁸⁴² Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 214, und UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 320.

⁸⁴³ LLA, RF 199/076, Landesbank an Regierung, 10. 5. 1940.

⁸⁴⁴ LLA, RF 199/414, Landesbank an Regierung, 12. 8. 1940. Auf dieser Liste fehlen zwei Kautionsleistungen. Nicht aufgeführt sind die Kaution von Rudolf Ottenstein (10 000 Franken) und Albert Ries (10 000 Franken). Im Gegensatz zur Liste vom 10. 5. 1940 enthält die Augustliste nur die hinterlegten Barkautionen. Um die Vergleichbarkeit der beiden Listen zu gewährleisten, mussten deshalb zu den auf der Augustliste aufscheinenden Beträgen noch die hinterlegten Obligationen dazugezählt werden.

⁸⁴⁵ LLA, RF 197/383, liechtensteinische Regierung an Sparkasse, 4. 3. 1940.

⁸⁴⁶ Abgelehnt wurde beispielsweise der Antrag Arthur Holtis, die für seine Familie hinterlegte Kaution als schweizerische Wehranleihe zeichnen zu dürfen, LLA, RF 197/395, Holti an liechtensteinische Regierung, 5. 3. 1940.

⁸⁴⁷ LLA, RF 197/330, liechtensteinische Regierung an Ottenstein, 6. 3. 1940.

⁸⁴⁸ LLA, RF 164/287, liechtensteinische Regierung an Rudolf Ottenstein, 29. 10. 1940.

Erstausgabe von neuen Briefmarkenserien eine vorübergehende Freigabe seiner Kautions von 4000 Franken.⁸⁴⁹ Den grössten Betrag gab die Regierung frei, damit ein Flüchtling seine Spitalkosten bezahlen konnte. Im Mai 1943 wurden zunächst 5000 Franken freigestellt,⁸⁵⁰ im Juli 1944 liess die Regierung nochmals 30 000 Franken auszahlen.⁸⁵¹ Allerdings hatte der deutsche Jude mit 55 000 Franken eine besonders hohe Kautions stellen müssen; selbst nach diesen namhaften Auszahlungen lagen auf seinem Kautionskonto immer noch 20 000 Franken.

Die Regierung selbst griff dann auf die Kautionskonti zu, wenn Flüchtlinge oder Eingebürgerte ihre Steuern nicht bezahlten.⁸⁵² Ausserdem erlaubte sie auch Freigaben, wenn ein Flüchtling seinen Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten konnte: Ferdinand Lauchheimer, der 1939 durch Vermittlung seines Schwagers nach Liechtenstein einreisen konnte,⁸⁵³ kam ab 1940 nicht mehr umhin, für seinen Lebensunterhalt seine Kautions anzutasten. Zwischen Mai 1940 und Juni 1941 hob er monatlich 200 Franken ab.⁸⁵⁴ Diese regelmässigen Auszahlungen weckten bei der Regierung Bedenken. So fragte sie im Mai 1942 bei der Sparkasse an, wie viel Geld noch auf Lauchheimers Konto liege.⁸⁵⁵ Ausserdem liess sie abklären, ob Lauchheimer erwerbstätig war.⁸⁵⁶ Da sich zeigte, dass Lauchheimer bei einem anderen Flüchtling arbeitete und pro Monat 100 Franken verdiente,⁸⁵⁷ stellte die Regierung die Zahlungen aus seinem Konto ein: «Nachdem infolge der guten Jahreszeit gegenwärtig die Möglichkeit für Sie besteht, Ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, teilen wir Ihnen mit, dass wir bis auf Weiteres nicht mehr in der Lage sein werden, Ihnen Unterhaltsbeiträge aus Ihrer Kautions freizugeben.»⁸⁵⁸ Durch diesen Entscheid der Regierung alarmiert, setzte sich Moses Strauss⁸⁵⁹, der liechtensteinische Kontaktmann zum Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen (VSIA), mit dem VSIA im Mai 1942 in Verbindung. Strauss bat den VSIA, Kontakt zu begüterten Verwandten von Lauchheimer in den USA und Palästina

⁸⁴⁹ Siehe beispielsweise LLA, RF 195/106.

⁸⁵⁰ LLA, RF 219/079, liechtensteinische Regierung an Berthold Lewin, 3. 5. 1943.

⁸⁵¹ LLA, RF 225/326, liechtensteinische Regierung an Berthold Lewin, 12. 7. 1944.

⁸⁵² Die Regierung wies die Liechtensteinische Sparkasse beispielsweise am 16. 5. 1943 an, vom Kautionskonto von Saly Weil 400 Franken an die Gemeindesteuerkasse in Vaduz zur Begleichung von Weils angehäuften Steuerschulden zu überweisen. LLA, RF 219/293, Regierung an Sparkasse, 16. 5. 1943.

⁸⁵³ Simon Herz eröffnete für Ferdinand Lauchheimer auch ein Kautionskonto. LLA, RF 199/385.

⁸⁵⁴ LLA, RF 199/043.

⁸⁵⁵ LLA, RF 208/482, liechtensteinische Regierung an Sparkasse in Vaduz, 8. 5. 1942.

⁸⁵⁶ LLA, RF 208/482, liechtensteinische Regierung an Sicherheitskorps, 11. 5. 1942.

⁸⁵⁷ LLA, RF 208/482, Erhebung durch Sicherheitskorps (Bericht), 18. 5. 1942.

⁸⁵⁸ LLA, RF 208/482, liechtensteinische Regierung an Ferdinand Lauchheimer, 27. 5. 1942.

⁸⁵⁹ Zur Tätigkeit von Moses Strauss für die in Liechtenstein lebenden Juden siehe Kapitel 6.

herzustellen und bei der Transferierung von Unterstützungsbeiträgen zu helfen.⁸⁶⁰ Ob der Transfer zustande kam, ist nicht bekannt. Jedenfalls stellte Lauchheimer im Juli 1942 erneut einen Antrag auf Kautionsfreigabe, damit er Brennmaterial für den kommenden Winter einkaufen konnte. Die Regierung war damit einverstanden.⁸⁶¹ Es folgten weitere Freigaben für wichtige Einkäufe und zur Begleichung von Steuerschulden. Lauchheimer wurde im Januar 1943 erneut arbeitslos und benötigte wieder Geld von seinem Kautionskonto. Anfang März 1944 war die hinterlegte Kaution vermutlich aufgebraucht.⁸⁶² Das Ehepaar Lauchheimer war nun vollständig auf die Unterstützung durch den Hilfsverein der Juden in Liechtenstein⁸⁶³ angewiesen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die Kautionen nicht nur den Aufenthalt finanziell absicherten, sondern auch ein wirkungsvolles Mittel darstellten, um Flüchtlinge von Liechtenstein fernzuhalten und dringend benötigtes Kapital zur Stärkung der Liquidität der einheimischen Banken ins Land zu holen.

4.3 Umgang der liechtensteinischen Behörden mit in Liechtenstein aufgegriffenen Flüchtlingen 1933–1945

Im Folgenden soll das Schicksal jener Flüchtlinge untersucht werden, die, ohne ein Einreise- und Aufenthaltsgesuch gestellt zu haben, nach Liechtenstein einreisten und dort nach einiger Zeit entdeckt wurden. Bis 1938 waren dies in erster Linie Flüchtlinge, deren Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz nicht verlängert worden war. Nach dem «Anschluss» Österreichs handelte es sich vor allem um deutsche und österreichische Juden, die auf ihrer Flucht aus dem ehemaligen Österreich in Liechtenstein Station machten und dort zum Beispiel auf ihr Visum für die Einreise in ein Drittland warteten.⁸⁶⁴ Sie konnten je nach Nationalität und «Rassezugehörigkeit» legal nach Liechtenstein einreisen,⁸⁶⁵ hätten aber für Aufenthalte, die länger als drei Monate dauerten, eine Aufenthaltsbewilligung anfordern müssen.

Für die Überwachung der illegal anwesenden Flüchtlinge war die liechtensteinische Polizei zuständig. Die Polizeibeamten meldeten der Regierung illegale Aufenthalter und kontrollierten,

⁸⁶⁰ AfZ, VSJF, I.4, L.136, Moses Strauss an VSIA, 31. 5. 1942.

⁸⁶¹ LLA, RF 208/482, Ferdinand Lauchheimer an liechtensteinische Regierung, 25. 7. 1942.

⁸⁶² Diese Aussage basiert auf eigenen Berechnungen sowie auf dem Umstand, dass die letzte Auszahlung am 1. 3. 1944 erfolgte. LLA, RF 222/166, Regierung an Sparkasse, 1. 3. 1944.

⁸⁶³ Zur Gründung und Tätigkeit des Hilfsvereins siehe Kapitel 6.3.

⁸⁶⁴ So kam beispielsweise Hermann Poras im September 1938 nach Liechtenstein, wohnte vorläufig im Vaduzerhof und gab an, auf das US-amerikanische Visum zu warten. LLA, RF 184/418. Im Mai 1939 erhielt er eine befristete Aufenthaltsbewilligung des Kantons Genf. LLA, RF 191/100.

⁸⁶⁵ Siehe dazu Kapitel 3.1.

ob die Flüchtlinge, für die eine Ausweisungsverfügung bestand, Liechtenstein auch tatsächlich verliessen.⁸⁶⁶

Illegale Einreise und Aufenthalt 1933–1939: Flüchtlinge aus der Schweiz

Bis zur Wiedereinführung der Grenzkontrolle im September 1939 konnten in der Schweiz lebende Flüchtlinge ohne Kontrolle nach Liechtenstein gelangen. Insgesamt reisten bis im Herbst 1939 mindestens zwanzig Flüchtlinge (fünf Familien, zwei Einzelpersonen)⁸⁶⁷ ohne Bewilligung der liechtensteinischen Regierung aus der Schweiz nach Liechtenstein ein.

Die liechtensteinischen Behörden versuchten, Flüchtlinge, die sich in Liechtenstein aufhielten, aber noch eine gültige schweizerische Aufenthaltsbewilligung besaßen, vor deren Ablauf zur Rückkehr in die Schweiz zu bewegen. Demgemäss beantragte die liechtensteinische Polizei, einen in der Schweiz aufgenommenen Flüchtling, der zwischenzeitlich nach Liechtenstein gekommen war, auszuweisen, solange seine schweizerische Toleranzbewilligung noch gültig war.⁸⁶⁸ Die Haltung des Sicherheitskorps gegenüber solchen Flüchtlingen stimmte mit jener der Regierung überein, denn beide wollten sie verhindern, dass sich Ausländer in Liechtenstein aufhielten, die hier festzusitzen drohten und gegebenenfalls unterstützungsbedürftig wurden. Regelmässig Besuch von liechtensteinischen Polizeibeamten erhielt ab Oktober 1938 beispielsweise das Ehepaar Walter und Wally Pincus, das 1933 von der Schweiz nach Liechtenstein gekommen war und seither mit kleineren Unterbrüchen zusammen mit dem gehörlosen Bruder von Walter Pincus in Liechtenstein lebte. Nachdem die Regierung die Familie seit Mitte der dreissiger Jahre wiederholt und jeweils erfolglos zur Weiterreise aufgefordert hatte, erliess sie im Oktober 1938 den «endgültigen Ausweisungsbeschluss».⁸⁶⁹ In der Folge gingen Polizeibeamte regelmässig bei der Familie Pincus vorbei, um sie zur Ausreise aufzufordern. Ein liechtensteinischer Polizeibeamter berichtete im März 1939, dass Pincus noch immer im Gasthaus Löwen in Vaduz sei. Pincus gebe jedesmal zu Protokoll, dass er auf eine baldige Ausreisemöglichkeit hoffe. Der Beamte war aber der Meinung, dass dies nur ein Lippenbekenntnis sei: «Es macht eher den Anschein als ob Dr. Pincus sich gar nicht ernstlich

⁸⁶⁶ Die liechtensteinische Polizei überwachte beispielsweise die Ausreise der jüdischen Flüchtlingsfamilie Luft, die zwischen November 1938 und März 1939 im Gasthof Dux in Schaan wohnte. Nach der zweiten Ausweisungsverfügung verliess die Familie Schaan. Wohin sie ging, ist nicht bekannt. LLA, RF 184/306.

⁸⁶⁷ Zum Beispiel kam die Familie Harry Weinreb aus der Schweiz nach Liechtenstein. Sie durfte im Fürstentum kurzfristig bleiben, nachdem ein Bekannter der Familie sich verpflichtete, für deren Aufenthalt aufzukommen und eine Kautions von 10 000 Franken zu stellen. LLA, RF 185/027.

⁸⁶⁸ LLA, RF 185/276, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 7. 1. 1939. Bauer bezeichnete sich selbst als Dissident und galt in Deutschland vermutlich als jüdisch. LLA, RF 184/132, Gg. Müller an Regierung, 19. 11. 1938.

⁸⁶⁹ LLA, RF 179/408, Walter Pincus.

bemühe von hier fort zu kommen.»⁸⁷⁰ Die Regierung wies Pincus deshalb erneut an, das Land zu verlassen, «widrigenfalls Sie in ihre Heimat abgeschoben werden».⁸⁷¹ Aber nichts passierte, die Regierung belass die Familie bis Kriegsende im Land, auch wenn sie das Sicherheitskorps im August 1939 nochmals anwies, nach Pincus zu suchen.⁸⁷²

Aus der Schweiz kamen im März 1939 auch Max Friesländer und Familie, nachdem sie dort keine Aufenthaltsbewilligung erhalten hatten, sondern ihnen stattdessen ein Beamter der Eidgenössischen Fremdenpolizei geraten hatte, nach Liechtenstein zu gehen.⁸⁷³ Der betreffende Beamte wurde von seinen Vorgesetzten gerügt, zumal die eidgenössischen Behörden zu verhindern suchten, dass in der Schweiz unerwünschte Ausländer nach Liechtenstein auswichen.⁸⁷⁴ Kurz nach seiner Ankunft in Liechtenstein schilderte Friesländer gegenüber seiner Ansprechpartnerin beim VSIA, die Situation in Liechtenstein und erklärte, welche Strategie zu verfolgen sei, wenn man sich im Fürstentum niederlassen wolle:

«Es ist alles programmgemäss verlaufen und es scheint, dass meine Reise in [sic] Bern somit doch nicht so ganz zwecklos war und es würde mich ausserordentlich freuen, wenn ich mit dem aus Bern zurückgebrachten Hinweis Ihnen auch für ähnlich gelagerte Fälle, wie dem meinen eine neue Anregung geliefert habe. [...] Die einzelnen Dörfer sind natürlich sehr klein und es empfiehlt sich, nur in wirklich ganz dringenden Fällen davon Gebrauch zu machen und gegebenen Falles nach dem einzelnen Dorfe jeweils nur eine einzige Person oder Familie zu dirigieren, wobei von einem Emigrantentum überhaupt nichts erwähnt werden darf. Es empfiehlt sich, nicht privat sondern möglichst nur in einem Gasthof zu wohnen, weil die Anmeldung dann vom Gasthof aus erfolgt und ohne, dass man selbst zum Ortsvorsteher laufen muss.»⁸⁷⁵

Die liechtensteinischen Behörden erhielten rasch Kenntnis vom illegalen Aufenthalt und verfügten die Ausweisung der Familie Friesländer im April 1939.⁸⁷⁶ In der Folge lebte die Familie Friesländer in ständiger Angst. Verzweifelt schrieb Friesländer Anfang Mai 1939 an die Sachbearbeiterin des VSIA:

«Gerade während ich diese Zeilen an Sie schrieb, war wieder einmal ein Polizeibeamter hier bei mir, um festzustellen, ob ich auch dem letzten Ausweisungsbefehl nachgekommen sei und fand mich natürlich noch hier. Ich weiss nicht, was aus der Sache noch werden wird und bin wirklich jetzt auf das Schlimmste gefasst. [...] Ich bin tatsächlich down von all den Aufregungen, denn, wie mir der Polizeibeamte eröffnete, kann mich nur das Aufwarten mit einem Visum davor retten, nicht an die

⁸⁷⁰ LLA, RF 190/058, Sicherheitskorps an Regierung, 22. 3. 1939.

⁸⁷¹ LLA, RF 190/058, Regierung an Pincus, 31. 3. 1939.

⁸⁷² LLA, RF 190/058, Regierung an Sicherheitskorps, 31. 8. 1939.

⁸⁷³ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 7. 3. 1939, und BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Protokoll der Besprechung zwischen der liechtensteinischen Landesregierung und den eidgenössischen Behörden vom 30. 3. 1939, S. 8.

⁸⁷⁴ BAR, E 4300 (B) 1969/122, Bd. 10, Protokoll der Besprechung zwischen der liechtensteinischen Landesregierung und den eidgenössischen Behörden vom 30. 3. 1939, S. 8.

⁸⁷⁵ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 7. 3. 1939.

⁸⁷⁶ LLA, RF 189/472, liechtensteinische Regierung an Friesländer, 19. 4. 1939.

Grenze gestellt zu werden. L'stein ist zu klein, um verborgen bleiben zu können, und um sich wo anders zu verbergen, muss man vor allem, um sich bewegen zu können, Geld haben, das, wie Sie ja leider nun mal wissen, bei mir ein knapper Artikel ist.»⁸⁷⁷

Friesländers Hoffnung auf baldige Ausreise nach einem sicheren Drittstaat blieb trotz diverser Bemühungen unerfüllt.⁸⁷⁸ Immerhin konnten die Kinder Clara und Julius im Oktober 1939 nach Palästina ausreisen.⁸⁷⁹ Die liechtensteinische Regierung erlaubte dem Ehepaar Friesländer trotz anfänglicher Ausweisungsverfügungen schliesslich, bis auf weiteres in Liechtenstein zu bleiben. Friesländer wurde in seinen Bemühungen durch Max Schönwalter unterstützt, der als Mitbesitzer der Schekolin AG einige Arbeitsplätze geschaffen hatte, ein gewisses ökonomisches Gewicht und gute Beziehungen zum Schaaner Gemeindevorsteher besass.⁸⁸⁰ Da dieser bereit war, die Familie Friesländer bis auf weiteres in seiner Gemeinde zu dulden, erteilte die Regierung der Familie eine jederzeit widerrufbare Toleranzbewilligung, ermahnte sie aber, sich «mit aller Beschleunigung» um eine Ausreisemöglichkeit zu bemühen.⁸⁸¹ Trotz diverser Initiativen gelang dem Ehepaar Friesländer die Ausreise erst nach Kriegsende im August 1945.⁸⁸²

Die Rhetorik der Regierung gegenüber den beiden Familien war unnachgiebig; sie erliess mehrere Ausweisungsverfügungen und setzte die Flüchtlinge ständigem Druck aus. Sie schickte in regelmässigen Abständen Polizisten vorbei, die sie an die Ausweisungsverfügungen erinnerten. Die Flüchtlinge lebten in grosser Angst, schliesslich doch ausgewiesen zu werden. Die Regierung scheute sich in letzter Instanz aber davor, die Ausweisungsbeschlüsse zu vollziehen.

Weniger Goodwill wurde dem deutschen jüdischen Briefmarkenhändler Friedrich Auerbach entgegengebracht, der seit 1934 in der Schweiz wohnte und sich 1937 in Liechtenstein niederliess.⁸⁸³ Seine Bemühungen, die liechtensteinische Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, scheiterten daran, dass er keine gültigen Heimatpapiere beibringen konnte.⁸⁸⁴ Da Auerbach nach Darstellung der Sektion Briefmarken der Gewerbege nossenschaft Briefmarken unter dem Nominalwert verkauft und damit das liechtensteinische Briefmarkengewerbe geschädigt hatte,

⁸⁷⁷ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 9. 5. 1939.

⁸⁷⁸ Friesländers Ausreiseziele waren Palästina, Australien und England.

⁸⁷⁹ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, VSIA an Max Friesländer, 17. 11. 1939.

⁸⁸⁰ LLA, RF 189/472, Sicherheitskorps an Max Friesländer, 9. 5. 1939.

⁸⁸¹ LLA, RF 189/472, liechtensteinische Regierung an Max Friesländer, 12. 5. 1939.

⁸⁸² AfZ, VSJF, 1.4, F.620, VSJF an liechtensteinische Fremdenpolizei in Vaduz, 25. 8. 1958.

⁸⁸³ Zu Auerbach siehe auch Tisa, Kunstmarkt, 2005, Kapitel 3.1.3.

⁸⁸⁴ LLA, RF 174/064, Friedrich Auerbach an Ludwig Marxer, 22. 12. 1937.

beantragte die Gewerbege nossenschaft die Ausweisung Auerbachs.⁸⁸⁵ Die Ausweisung erging auf Ende Dezember 1937, Auerbachs Rechtsvertreter, Ludwig Marxer, konnte aber eine Fristerstreckung bis Anfang 1938 erreichen.⁸⁸⁶ Vier der in Liechtenstein tätigen Briefmarkenhändler drängten jedoch auf eine sofortige Ausweisung:

«Wir haben im übrigen in Erfahrung gebracht, dass Auerbach mit dem 31. Dezember 1937 das Land hätte verlassen sollen. Die Fürstliche Regierung, die im Falle Woter bewiesen hat, dass sie Schädlinge rasch und entschlossen abzubefördern versteht, wird von den unterzeichneten Händlern gebeten, alle Massnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass diesen Händlern und damit darüber hinaus dem Briefmarkenwesen Liechtensteins durch das verantwortungslose Verhalten des Auerbach ein schwerer Schaden zugefügt wird.»⁸⁸⁷

Als Auerbach auch die letzte ihm gesetzte Frist verstreichen liess, drohte ihm die Regierung mit der polizeilichen Ausschaffung,⁸⁸⁸ woraufhin Auerbach am 10. Februar 1938 nach Feldkirch ausreiste.⁸⁸⁹ Kurz nach dem «Anschluss» Österreichs schrieb der liechtensteinische Briefmarkenhändlerverband die Regierung erneut an und forderte die Verhängung einer Einreisesperre über Auerbach.⁸⁹⁰

«Die illegale Tätigkeit des Dr. Auerbach veranlasst uns die hohe fürstliche Regierung zu bitten, gegen Dr. A. ein Einreiseverbot zu erlassen. [...] nicht unerwähnt möchten wir lassen, dass Dr. A. wegen der neuen politischen Verhältnisse wohl kaum auf die Dauer in Feldkirch sein kann und evt. Liechtenstein als politischer Flüchtling zur Last fallen wird. Schon aus diesem Grunde wäre ein vorzeitiges Einreiseverbot sehr angebracht.»⁸⁹¹

Auch diesmal kam die Regierung der Forderung von Auerbachs Konkurrenten nach; Auerbachs Rekurs wurde abgewiesen. In seiner Argumentation beharrte die liechtensteinische Verwaltungsbeschwerdeinstanz darauf, dass Auerbach ausgewiesen worden sei, weil er die Bestimmungen wissentlich umgangen habe:

«Nachdem Dr. Auerbach glaubt, sich leich terdings über diese Bestimmungen hinwegsetzen zu sollen ist er, besonders aber mit Rücksicht auf die von zuständiger Berufsorganisation beanstandete Art seiner Betätigung, als unerwünschter Ausländer zu betrachten. Da Dr. Auerbach aus Deutschland ausgereist ist, ohne seine Verhältnisse zu regeln, ist auch die Gefahr künftiger Schriftenlosigkeit nicht von der Hand zu weisen.»⁸⁹²

⁸⁸⁵ LLA, RF 174/064, liechtensteinische Regierung an Friedrich Auerbach, 13. 12. 1937, und liechtensteinische Regierung an Hermann Sieger, 22. 12. 1937.

⁸⁸⁶ LLA, RF 174/064, Ludwig Marxer an liechtensteinische Regierung, 23. 12. 1937.

⁸⁸⁷ LLA, RF 174/064, vier Briefmarkenhändler (Siegbert Tausk, Siegfried Feger, die übrigen Unterschriften sind unleserlich) an liechtensteinische Regierung, 8. 1. 1938.

⁸⁸⁸ LLA, RF 174/064, liechtensteinische Regierung an Auerbach, 7. 2. 1938.

⁸⁸⁹ LLA, RF 174/064, Auerbach an liechtensteinische Regierung, 10. 2. 1938

⁸⁹⁰ LLA, RF 174/064, Liechtensteinischer Briefmarkenhändlerverband an liechtensteinische Regierung, 17. 3. 1938.

⁸⁹¹ Ebd.

⁸⁹² LLA, RF 174/064, Entscheidung der fürstl. liechtenst. Verwaltungs-Beschwerdeinstanz, 18. 6. 1938.

Aus den Ausführungen der Beschwerdeinstanz geht eine deutliche Ignoranz gegenüber den Vorgängen in Deutschland hervor. Ob sich Auerbach noch rechtzeitig vor den Nationalsozialisten in Sicherheit bringen konnte, ist nicht bekannt.

Liechtenstein wies auch Flüchtlinge, die sich ohne Bewilligung in Liechtenstein aufhielten und einer Einreisesperre in die Schweiz unterlagen, unverzüglich aus.⁸⁹³ So beauftragte die Regierung das Sicherheitskorps mit der Suche nach den Brüdern Martin und Erich Bendheim, als sie am 4. November 1939 erfuhr, dass sich die aus der Schweiz ausgewiesenen deutschen Staatsbürger angeblich in Liechtenstein aufhielten.⁸⁹⁴ Der Ausgang der Erhebungen ist nicht bekannt, doch vermerkte Regierungschef Hoop Ende November 1939 handschriftlich, «Bendheim ist ausgereist u. wurde von der Schweizer Polizei nach Deutschland überstellt».⁸⁹⁵ Martin Bendheim gelangte im Dezember nochmals nach Liechtenstein, worauf ihn das Sicherheitskorps festnahm und ins liechtensteinische Gefängnis einwies. Bendheims Antrag auf Kurzaufenthalt vom 22. Dezember 1939 war erfolglos, obwohl er darlegte, dass sein Leben in Deutschland bedroht sei. Die liechtensteinische Polizei schaffte ihn am 30. Dezember 1939 nach Feldkirch aus.⁸⁹⁶ Hoop notierte: «Bendheim ist nach Feldkirch überstellt worden.»⁸⁹⁷ Dort wurde er in die Justizanstalt eingeliefert, von wo ihn die Gestapo am 29. Februar 1940 übernahm.⁸⁹⁸ Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

1940 befanden sich noch zirka zehn der aus der Schweiz nach Liechtenstein eingereisten Flüchtlinge in Liechtenstein. Nun versuchte die liechtensteinische Regierung, die Eidgenössische Polizeiabteilung dazu zu bewegen, die aus der Schweiz eingereisten Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Die Antwort der Polizeiabteilung war vermutlich negativ, jedenfalls blieben alle fraglichen Flüchtlinge bis Kriegsende in Liechtenstein.⁸⁹⁹ 1943 bemühte sich die Regierung ferner um die Einweisung einer Familie in ein Internierungslager, weil sie

⁸⁹³ Siehe dazu beispielsweise LLA, RF 178/154. Die schweizerische Fremdenpolizei erfuhr, dass das aus der Schweiz ausgewiesene Ehepaar Adler sich in Liechtenstein aufhielt, und wies Liechtenstein an, das Ehepaar Adler ebenfalls auszuweisen. Die liechtensteinische Regierung leistete dieser Aufforderung am 15. 2. 1938 Folge. Ein weiteres Beispiel findet sich unter LLA, RF 134/372, Josef Baum.

⁸⁹⁴ LLA, RF 194/470, Amtsvermerk vom 4. 11. 1939.

⁸⁹⁵ LLA, RF 194/470, handschriftliche Notiz, 30. 11. 1939/81.

⁸⁹⁶ Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1939/81 Martin Bendheim.

⁸⁹⁷ LLA, RF 194/470, handschriftlicher Vermerk von Regierungschef Hoop, 2. 1. 1940.

⁸⁹⁸ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 1939/727 Martin Bendheim.

⁸⁹⁹ LLA, RF 200/443, liechtensteinische Regierung an Eidg. Polizeiabteilung, 17. 9. 1940. In ihrem Schreiben erwähnte die Regierung Walter, Wally und Kurt Pincus, Georg Reich, Lily Weiss, Berta Höchheimer sowie Paul Wollenberger und Familie. Hingegen fand das Ehepaar Friesländer, das ebenfalls aus der Schweiz nach Liechtenstein gelangt war, keine Erwähnung.

der öffentlichen Hand zur Last zu fallen drohte.⁹⁰⁰ Die Schweizer Fremdenpolizei wies aber jede Verantwortung von sich und lehnte den Vorschlag ab.⁹⁰¹ Im Übrigen lehnte es auch Liechtenstein ab, durch Liechtenstein eingereiste oder ehemals in Liechtenstein wohnhafte Flüchtlinge, die nun in der Schweiz wohnten, nach Liechtenstein zurückzunehmen.⁹⁰²

Illegale Einreise und Aufenthalt: Flüchtlinge aus dem NS-Machtbereich seit März 1938

Nach dem «Anschluss» befürchteten die liechtensteinischen Behörden die illegale Einreise von Flüchtlingen aus Österreich. Bereits am 14. März 1938 erliess die Regierung eine Bekanntmachung, wonach Privaten die Aufnahme von Flüchtlingen verboten sei.⁹⁰³ Als Reaktion auf ein Kreisschreiben des EJPD vom 8. April 1938, das eine Kontrolle der sich in Hotels aufhaltenden Österreicher verordnete, wies die Regierung das Sicherheitskorps am 9. April 1938 an, alle Gaststätten auf deutsche und österreichische Emigranten zu kontrollieren.⁹⁰⁴ Im November 1938 liess die Regierung zudem alle seit 1934 eingereisten Ausländer zählen. Sie reagierte damit auf eine Meldung, wonach im Vaduzer Waldhotel viele jüdische Gäste wohnten. Am Stichtag, dem 21. November 1938, befanden sich mindestens 118 jüdische Flüchtlinge in Liechtenstein.⁹⁰⁵ Davon waren mindestens zwanzig im Herbst 1938 eingereist, ohne eine Bewilligung eingeholt zu haben.⁹⁰⁶ Die meisten wohnten in Hotels, vier Flüchtlinge erhielten im Kloster Schaan Unterkunft.⁹⁰⁷ Die Regierung versuchte diese Flüchtlinge, die aufgrund des Fremdenpolizeiabkommens von Liechtenstein hätten aufgenommen werden können, so schnell wie möglich zur Ausreise zu bewegen. Zudem wies sie das Sicherheitskorps an, das Kloster in Schaan zu überwachen und zu kontrollieren, ob dort «wieder solche Fremde sich einnisten».⁹⁰⁸ Mit Ausnahme eines Flüchtlings war keiner der 1938 illegal Eingereisten bei

⁹⁰⁰ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, liechtensteinische Regierung an Eidg. Fremdenpolizei, 19. 1. 1943. Zur materiellen Notlage der Familie Wollenberger und anderer in Liechtenstein aufgenommener Flüchtlinge siehe Kapitel 6.3.

⁹⁰¹ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 12. 2. 1943.

⁹⁰² Siehe dazu beispielsweise Alfred Bloch und seine Frau, die zwischen 1935 und 1939 in Liechtenstein gewohnt hatten. Das Ehepaar war im Herbst 1939 in die Schweiz ausgereist, um von dort nach Grossbritannien zu gelangen, da sie ein britisches Einreisevisum erhalten hatten. Die Auswanderung misslang jedoch. Daraufhin entzog die Eidgenössische Fremdenpolizei dem Ehepaar Bloch die Aufenthaltsbewilligung und forderte es auf, nach Liechtenstein zurückzukehren. Eine entsprechende Anfrage von Alfred Bloch lehnte die liechtensteinische Regierung im März 1940 jedoch ab. LLA, RF 191/316, Regierung an Alfred Bloch, 21. 3. 1940.

⁹⁰³ LLA, RF 179/079, Bekanntmachung, 14. 3. 1938.

⁹⁰⁴ LLA, RF 179/342, Regierung an Sicherheitskorps, 9. 4. 1938. Das Ergebnis der Kontrollen ist nicht bekannt.

⁹⁰⁵ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 430.

⁹⁰⁶ LLA, RF 184/132, siehe verschiedene Anmeldungen und Aufenthaltslisten.

⁹⁰⁷ LLA, RF 184/132, siehe verschiedene Aufenthaltslisten.

⁹⁰⁸ LLA, RF 183/462, liechtensteinische Regierung an Sicherheitskorps, 27. 10. 1938. Die vier jüdischen Flüchtlinge waren mindestens bis zum 21. 11. 1938 in Liechtenstein. LLA, RF 184/132, Liste der Gäste im Erholungsheim St. Elisabeth (Kloster Schaan), o. D.

Kriegsbeginn noch im Land. Ob den anderen die Ausreise in ein Drittland gelang oder ob sie ausgeschafft wurden, kann aufgrund der vorliegenden Quellen nicht gesagt werden. Als einziger, der 1938 ohne Bewilligung eingereist war, verblieb Georg Elgard die ganze Kriegszeit über im Fürstentum. Elgard floh Ende 1936 aus Deutschland, hielt sich zunächst in der Schweiz und danach in Italien auf, sah sich aber aufgrund der italienischen Rassengesetze erneut zur Flucht veranlasst und kam im Sommer 1938 nach Liechtenstein. Anscheinend erteilte ihm der Schaaner Ortsvorsteher eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung.⁹⁰⁹ Die Regierung erfuhr erst 1940 davon: Sie verweigerte Elgard eine Aufenthaltsbewilligung und wies ihn an, Liechtenstein schnellstmöglich zu verlassen, tolerierte dessen ungeachtet seinen Aufenthalt im Land bis zum Kriegsende.⁹¹⁰

Nebst den aus rassistischen Gründen Verfolgten versuchten auch vereinzelt politische Flüchtlinge, in Liechtenstein Aufenthalt zu nehmen. Ende September 1939 gelangte der österreichisch-deutsche Hilfsgrenzangestellte Johann Broch nach Liechtenstein und erklärte, dass er als Gegner des nationalsozialistischen Regimes nicht mehr nach Feldkirch zurückkehren könne, weil ihm dort die Todesstrafe drohe. Der Leiter der deutschen Auslandsorganisation der NSDAP in Liechtenstein Friedrich Bock erhielt von Brochs Einreise Kenntnis und versuchte ihn zu überreden, nach Deutschland zurückzukehren. Er werde sich dafür einsetzen, dass ihm nichts passiere. Broch misstraute Bock aber und sagte aus:

«Auf Grund dessen, dass Dr. Bock in Liechtenstein eine führende Stelle als Nazi innehat, [habe ich] diesem noch weniger getraut, trotzdem er mir garantierte, er werde sich bei meinem Kommandanten einsetzen, dass ich straflos ausgehe. Ich habe anfänglich zugesagt, doch als ich auf das Zimmer kam, erinnerte ich mich der Rotteraffäre und glaubte, auch ich könnte hier in die Falle gehen.»⁹¹¹

Broch wollte nach Argentinien auswandern, wo er gemäss eigenen Angaben bereits zwölf Jahre gelebt hatte. Das Sicherheitskorps überstellte ihn am 29. September 1939 ins liechtensteinische Gefängnis.⁹¹² Bock mischte sich in die Entscheidungsfindung der Regierung ein, indem er dem Regierungschef mitteilte, dass sich Broch bereits zu einer freiwilligen Heimkehr entschieden habe. Da die liechtensteinischen Behörden Broch vorerst noch für einen Deserteur hielten, erklärte Hoop gegenüber Bock, dass man Deserteure nicht zur Rückkehr zwingen könne. Weitere Abklärungen ergaben indes, dass Broch als Angestellter der Reichsfinanzverwaltung nicht den Militärgesetzen unterstellt war. Weil er über das weitere Verfahren unsicher war,

⁹⁰⁹ LLA, RF 198/501, Bericht des Sicherheitskorps an die Regierung, 14. 5. 1940.

⁹¹⁰ LLA, RF 198/501, liechtensteinische Regierung an Elgard, 24. 5. 1940. Zu Georg Elgard siehe vor allem AfZ, VSJF, I.4, E.146.

⁹¹¹ LLA, RF 193/381, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 29. 7. 1939.

⁹¹² Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1939/68 Broch Johann.

wandte sich Hoop an Rothmund, der es ablehnte, Broch zu übernehmen, sofern dieser kein Deserteur sei. Daraufhin setzte Hoop Broch, «der übrigens den Eindruck eines pathologischen Menschen machte»,⁹¹³ den Sachverhalt auseinander; Broch erklärte daraufhin, dass er zurückkehren wolle.⁹¹⁴ Am 30. September 1939 übergab ein liechtensteinischer Polizist Broch beim Zollamt Tisis den deutschen Zollorganen.⁹¹⁵ Der anwesende deutsche Bezirkszollkommissar berichtete über die Übergabe: «Polizeiwachtmeister Brunhart erklärte mir, den HIGA [Hilfsgrenzangestellten] Broch nur dann übergeben zu dürfen, wenn feststehe, dass 1. Broch nicht als Soldat anzusehen sei und 2. Broch für sein Verhalten nicht mit dem Tode bestraft werde.»⁹¹⁶ Bei der Überstellung Brochs war auch Bock anwesend, der dem anwesenden Zollbeamten erklärte, dass Broch freiwillig zurückkehre. Der Einzelrichter des Landgerichtes Feldkirch verurteilte Broch Anfang 1940 zu sechs Monaten strengem Arrest.⁹¹⁷

Die liechtensteinische Regierung klärte also ab, was Broch in Deutschland zu gewärtigen hatte, und wollte eine Garantie von den deutschen Behörden, dass Broch kein Todesurteil drohte. Problematisch bleibt aber, dass Friedrich Bock als Führer der deutschen Auslandsorganisation der NSDAP in dieser Angelegenheit mitreden konnte und dass die Regierung zu keinem Zeitpunkt erwog, Broch in Liechtenstein zu behalten. Harsche Kritik am Verhalten der Regierung übte Regierungskanzlist Anton Seger, der vom ganzen Vorfall vermutlich genauere Kenntnis hatte:

«Ich will nur zum Beispiel erwähnen, welche Exekutivrolle er [Bock] bei der «freiwilligen Übersiedlung» eines bei der Finanzwache angestellten Feldkircher Bürgers gespielt hat. Was da in Liechtenstein möglich war, das wird ein Chronikschreiber späteren Geschlechtern dann erzählen.»⁹¹⁸

Im Dezember 1939 floh der Deutsche Heinrich Manitz nach Liechtenstein und erklärte, aus politischen Gründen nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu können.⁹¹⁹ Als Beweis konnte er mehrere Urteile, Anklagen und Vorladungen wegen Vergehen gegen das «Heimtückegesetz» vorweisen.⁹²⁰ Zunächst prüfte die Regierung die Möglichkeit, Manitz nach Frankreich zu überstellen, das französische Konsulat hielt dies aber für ausgeschlossen.⁹²¹ Mitte Januar 1940 beschloss die Regierung deshalb, Manitz in Liechtenstein aufzunehmen und

⁹¹³ LLA, RF 193/381, Amtsvermerk Josef Hoop, 30. 9. 1939.

⁹¹⁴ Ebd.

⁹¹⁵ VLA, LGF, Vr 442/39, Broch Johann Kajetan, Bezirkszollkommissar an Vorsteher Hauptzollamt, 30. 9. 1939.

⁹¹⁶ VLA, LGF, Vr 442/39, Broch Johann Kajetan, Bezirkszollkommissar an Vorsteher Hauptzollamt, 30. 9. 1939.

⁹¹⁷ VLA, LGF, Vr 442/39, Broch Johann Kajetan, Urteil vom Einzelrichter des Landgerichtes Feldkirch, 3. 1. 1940.

⁹¹⁸ LLA, RF 194/454, Seger an Regierung, 28. 11. 1939.

⁹¹⁹ LLA, V5 1392/39, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 23. 12. 1939.

⁹²⁰ LLA, V5/1939/1392, Sicherheitskorps an Regierung, mit Beilagen, 23. 12. 1939.

⁹²¹ LLA, RF 195/390, Amtsvermerk vom 12. 1. 1940.

ihn «nach Möglichkeit zu beschäftigen».⁹²² In Liechtenstein war Manitz allerdings einer nationalsozialistisch motivierten Kampagne ausgesetzt. Ortsgruppenleiter Bock beklagte sich mehrmals, dass Manitz gegen Deutschland hetze.⁹²³ Manitz hingegen gab an, sich zurückzuhalten, und erzählte auch, dass er einmal auf dem Nachhauseweg von jüngeren Männern mit Steinen beworfen worden sei. Im Juni erhielt die Regierung davon Kenntnis, dass Manitz bei einem Schneider Schulden habe.⁹²⁴ Daraufhin forderte sie Manitz' Arbeitgeber auf, die Schulden direkt von seinem Gehalt abzuziehen.⁹²⁵ Kurze Zeit danach entschied die Regierung, Manitz in Schutzhaft zu nehmen und ins liechtensteinische Gefängnis einzuliefern.⁹²⁶ Die Gründe dafür sind unklar, zumal Schutzhaft sowohl die vorübergehende Verwahrung von Personen zum Schutz der staatlichen Sicherheit als auch zum Schutz der Person selbst bezeichnen konnte.⁹²⁷ Schliesslich übergab das liechtensteinische Sicherheitskorps Manitz auf «eigen [sic] Wunsch» am 5. Juli 1940 an die deutschen Polizeiorgane in Feldkirch,⁹²⁸ die ihn gleichentags ins Gefangenenhaus des Landgerichts Feldkirch einlieferten.⁹²⁹ Von dort überstellte ihn die Gestapo Mitte Juli nach Innsbruck ins Gefängnis.⁹³⁰ Manitz war bis Mai 1942 in verschiedenen deutschen Gefängnissen inhaftiert; sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt, ausser dass er den Krieg überlebte.⁹³¹

⁹²² LLA, V5 1392/39, handschriftliche Notiz auf einem Schreiben des Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 23. 12. 1939. Manitz wurde von einem Schlosser in Vaduz angestellt.

⁹²³ LLA, RF 195/390, Bericht Sicherheitskorps, 8. 3. 1940, und Bericht Brunhart, 15. 3. 1940, sowie Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer», 258/1940 Manitz Heinrich: Erhebungen wegen politischer Äusserung. Wegen der Reklamationen gewährte die Regierung Bock Einblick in Unterlagen von Manitz, worauf sich Bock überschwenglich bedankte: «Ich würde mich sehr freuen, wenn die von Manitz jetzt abgegebene Erklärung, sich endlich etwas zurückzuhalten, zutreffen würde. Auf jeden Fall habe ich mich sehr zu bedanken für die Möglichkeit, die Sie mir gegeben haben durch Einsichtnahme in die Unterlagen». Bock an Regierung, 1. 4. 1940.

⁹²⁴ Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer», 619/1949 Manitz Heinrich: Schuldenmachen, und LLA, V5 1392/39, Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 4. 6. 1940.

⁹²⁵ LLA, RF 195/390, Regierung an Manitz und an seinen Arbeitgeber Wenzel Oehri, 6. 6. 1940.

⁹²⁶ LLA, RF 195/390, Sicherheitskorps an Regierung, 18. 6. 1940.

⁹²⁷ Zur damaligen Zeit war die erstgenannte Bedeutung des Begriffs Schutzhaft vorherrschend. In NS-Deutschland diente die Schutzhaft zur Ausschaltung von politischen Gegnern. Unter dem Vorwand des Staatsschutzes wurden Tausende von politischen Gegnern inhaftiert und so deren Widerstandsarbeit unmöglich gemacht. Benz/Graml/Weiss, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 2001, S. 717.

⁹²⁸ Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer», 682/1949 Manitz Heinrich: Einlieferung und Überstellung nach Feldkirch; Liechtensteinisches Landesgefängnis Vaduz, Gefangenenbuch, 1940/39 Manitz Heinrich, und LLA, V5 1392/39, Heinrich Manitz an Polizeiamt Vaduz, 30. 1. 1961: «Auf eigen [sic] Wunsch verlassen und vom Herrn Polizeimeister Brunhard, der Polizei Feldkirch (Vorarlberg) übergeben wurde.»

⁹²⁹ Justizanstalt Feldkirch, Häftlings-Protokoll des Landgerichtes Feldkirch, 1940/362 Manitz Heinrich.

⁹³⁰ Ebd.

⁹³¹ LLA, V5 1392/39, Sozialbehörde Freie und Hansestadt Hamburg an Sicherheitskorps, 7. 3. 1962.

Weshalb Manitz «freiwillig» nach Deutschland zurückgekehrt war und vor welche Alternative ihn die liechtensteinischen Behörden gestellt hatten, ist nicht bekannt. Die ständige Hetze von Friedrich Bock dürfte zur Ausreise von Manitz beigetragen haben.

4.4 Verlängerung und Entzug von erteilten Aufenthaltsbewilligungen

Die meisten der in Liechtenstein aufgenommenen Flüchtlinge erhielten befristete Aufenthaltsbewilligungen. Vielen gelang die angestrebte Auswanderung in ein Drittland nicht, und sie mussten sich um die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung bemühen. Während bisher die Frage nach der Erteilung von Bewilligungen im Zentrum stand, soll hier der Frage nachgegangen werden, wie Liechtenstein und die Schweiz mit Gesuchen um eine Aufenthaltsverlängerung verfahren.

4.4.1 Praxis zwischen 1933 und 1941

Während die liechtensteinische Regierung in den dreissiger Jahren bereitwillig Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligung gewährt hatte, verhärtete sich ihre Praxis nach dem «Anschluss» Österreichs zusehends, insbesondere nach August 1938, als der Landtag beschloss, Verlängerungen nur noch unter erschwerten Bedingungen zu gewähren. Die Flüchtlinge, die nun um Verlängerung nachsuchten, mussten eine deutlich höhere Kautionsumlage als bisher hinterlegen. Die Regierung wies im Herbst 1938 beispielsweise zwei nahezu mittellose Flüchtlingsfrauen (Mutter und Tochter) an, ihre Kautionsumlage von 800 auf 30 000 Franken zu erhöhen, andernfalls sie Liechtenstein verlassen müssten.⁹³² 30 000 Franken waren jedoch für Flüchtlinge, die nicht begütert waren, kaum aufzubringen. Konnte die Forderung nicht erfüllt werden, setzte die Regierung die Flüchtlinge auf Toleranz und forderte sie zur baldigen Ausreise auf.

Bei einigen Flüchtlingen versuchten die liechtensteinischen Behörden erst gar nicht, eine höhere Kautionsumlage einzufordern, sondern erliessen geradewegs eine Ausweisungsverfügung. So forderten sie einen deutschen Juden, der mit seiner Familie seit September 1935 in Liechtenstein wohnte, Ende Dezember 1938 auf, das Land möglichst bald zu verlassen: «Das Regierungskollegium ist der Ansicht, dass Sie sich möglichst bald nach einem neuen Wohnsitz umsehen sollen. Bis Sie einen neuen Wohnsitz gefunden haben, wird Ihr Aufenthalt in Vaduz toleriert werden.»⁹³³ Der Familie gelang es indes nicht, ein anderes Aufenthaltsland zu finden, so dass ihre Toleranzbewilligung bis nach Kriegende verlängert werden musste.

⁹³² Siehe Kapitel 4.2.

⁹³³ LLA, RF 184/419, liechtensteinische Regierung an Leopold Greif, 20. 12. 1938.

Eine andere jüdische Familie, die keine gültigen Heimatscheine mehr besass, stellte die Regierung im September 1939 vor die Wahl, entweder 55 000 Franken Kautions oder gültige Heimatscheine zu hinterlegen. Da beides unmöglich war, erhielt auch sie nur noch eine Toleranzbewilligung,⁹³⁴ die ihr jeweils bis Kriegsende verlängert wurde.

Auf Toleranz gesetzt wurde Anfang 1940 ebenfalls eine andere Familie, die ihre abgelaufene Aufenthaltsbewilligung nicht mehr erneuert hatte. Gemäss Mitteilung der Gemeinde Mauren war die Firma der Familie, die Moden AG in Mauren, schon länger stillgelegt und beschäftigte keine Arbeiter mehr, weshalb «so auf die Dauer der Aufenthalt in der Gemeinde Mauren nicht gewährt werden» könne.⁹³⁵ Auf Anfrage teilte der Familienvater mit, dass er von den deutschen Behörden keine neuen Heimatpapiere mehr erhalte. Er bat die Regierung, ihm und seiner Familie dennoch Aufenthalt zu gewähren.⁹³⁶ Die Regierung hingegen wies ihn an, so schnell wie möglich einen neuen Aufenthaltsort zu finden, und erteilte ihm eine jederzeit widerrufbare Toleranzbewilligung.⁹³⁷ Auch diese Familie wurde schliesslich bis auf weiteres in Liechtenstein toleriert und verbrachte dort die gesamte Kriegszeit.

Wohnten die Flüchtlinge bereits länger in Liechtenstein, verloren sie zwar ihre offizielle Aufenthaltsbewilligung, konnten aber weiterhin in Liechtenstein bleiben. Die Situation der Flüchtlinge blieb allerdings unsicher, denn sie konnten theoretisch jederzeit ausgewiesen werden, zumal die Regierung sie regelmässig aufforderte, sich aktiv um eine Ausreisemöglichkeit zu bemühen.⁹³⁸ Dass die Regierung Flüchtlinge ohne gültige Papiere duldet, ist vor allem auf die kleinräumigen Verhältnisse in Liechtenstein zurückzuführen. Die Flüchtlinge waren in der Umgebung bekannt, so dass die Regierungsvertreter die möglichen Folgen einer Ausschaffung kaum ignorieren konnten.⁹³⁹ Der Vollzug von Ausweisungsbeschlüssen bei schon länger in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlingen hätte möglicherweise Proteste in der liechtensteinischen Öffentlichkeit hervorgerufen.

⁹³⁴ LLA, RF 192/028, liechtensteinische Regierung an Moses Strauss, 24. 8. 1939, und V5/1940/499, «Verzeichnis der in Liechtenstein wohnhaften Juden und Emigranten», 10. 5. 1940. Zu weiteren Kautionserhöhungen siehe Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, 438.

⁹³⁵ LLA, RF 195/133, Stellungnahme der Gemeindevorsteherung Mauren, 30. 12. 1939.

⁹³⁶ LLA, RF 195/133, Franz Posener an Regierung, 29. 12. 1939.

⁹³⁷ LLA, RF 195/133, Regierung an Franz Posener, 8. 1. 1940.

⁹³⁸ Zum Beispiel die Brüder von Max Schönwalder. LLA, RF 194/154.

⁹³⁹ Dass die persönliche Konfrontation mit Flüchtlingen zu humanen Entscheidungen entgegen den bestehenden Bestimmungen führen konnte, ist auch bei Exponenten der restriktiven schweizerischen Flüchtlingspolitik bekannt. So verzichtete der Chef der Eidgenössischen Polizeibehörde Heinrich Rothmund auf die Wegweisung einer Gruppe von Flüchtlingen an der schweizerisch-französischen Grenze, weil zwei «herzige Kinder» dabei waren und er «doch noch glauben musste, die Leute wären in Lebensgefahr bei einer Rückweisung». Roschewski, Rothmund, 1996, S. 124 f., und

Regierungschef-Stellvertreter Vogt brachte das Dilemma auf den Punkt: «Wir können bei solchen, die hier sind, nur einen ständigen Druck ausüben, dass sie langsam verschwinden. Man kann sie nicht einfach an die Grenze stellen.»⁹⁴⁰ Gleich wie den oben dargestellten Familien ging es vielen anderen. Im Mai 1940 waren 29 der in Liechtenstein wohnenden Flüchtlinge auf Toleranz gesetzt.⁹⁴¹ Sie alle konnten die Kriegszeit im Fürstentum verbringen.

4.4.2 Schweizerisch-liechtensteinische Praxis ab 1941

Mit Inkrafttreten des Fremdenpolizeiabkommens vom Januar 1941 wurde die schweizerische Fremdenpolizei zur obersten Instanz für die Verlängerung von liechtensteinischen Aufenthaltsbewilligungen. Sie überprüfte den Status von allen in Liechtenstein wohnenden Ausländern und entschied über die Art der Aufenthaltsverlängerung.⁹⁴² Die liechtensteinische Regierung konnte ihren Standpunkt einbringen und nach wie vor autonom Ausländer ausweisen. Zwischen 1941 und Anfang 1944 beantragte die liechtensteinische Regierung zwei Wegweisungen aus Liechtenstein.⁹⁴³

Die Eidgenössische Fremdenpolizei benötigte fast drei Jahre, um einen Überblick über alle Drittausländer in Liechtenstein zu erhalten und alle Fälle zu regeln. Das Überprüfungsverfahren zog sich so lange hin, weil Liechtenstein bis anhin ein relativ pragmatisches Verfahren angewandt hatte, das den formalen Ansprüchen der schweizerischen Behörden nicht genügte. Anlässlich des Kontrollverfahrens wurden sogar in Liechtenstein lebende Ausländer entdeckt, von deren Anwesenheit die liechtensteinischen Behörden bisher nichts gewusst hatten. Woher diese Ausländer stammten, wann und aus welchem Grund sie nach Liechtenstein kamen, konnte nicht eruiert werden.⁹⁴⁴

Von den 1177 anwesenden Ausländern entliess die Fremdenpolizei Anfang Dezember 1943 690 Personen aus der schweizerischen Kontrolle. Diese 690 Ausländer waren seit langem in Liechtenstein wohnhaft und besaßen gültige Ausweis- und Heimatpapiere. Daneben erteilte

Mächler, Abgrund, 1996, S. 206. Auch Flüchtlinge, die direkt bei den Behörden in Bern vorsprachen, hatten bessere Chancen, nicht ausgeschafft zu werden. Koller, Entscheidungen, 1996, S. 60.

⁹⁴⁰ LLA, LTp, Sitzung vom 11. 1. 1939, Alois Vogt, S. 5.

⁹⁴¹ LLA, V5/1940/499, «Verzeichnis der in Liechtenstein wohnhaften Juden und Emigranten», 10. 5. 1940.

⁹⁴² In der Folge legte die Schweizer Fremdenpolizei zu jedem in Liechtenstein wohnenden Ausländer ein Fremdenpolizeidossier an. Von diesen Dossiers ist jedoch nur noch ein verschwindend kleiner Bruchteil vorhanden. Zur Aktenüberlieferung der Eidgenössischen Fremdenpolizei siehe Schweizerisches Bundesarchiv, Flüchtlingsakten, 1999, S. 33 f.

⁹⁴³ Die Ausweisung von Jan Hilse konnte nicht vollzogen werden, weil er Refraktär war. BAR, E 4260 (C) 1974/34, Bd. 143, «Bericht über das bisherige Ergebnis der fremdenpolizeilichen Behandlung der Drittausländer in Liechtenstein, gemäss Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein» vom 23. 1. 1941, 28. 1. 1944, S. 2.

⁹⁴⁴ Ebd.

die schweizerische Fremdenpolizeibehörde zwischen 1941 und 1943 208 Aufenthalts- und 279 Toleranzbewilligungen. Unter den Personen mit einer Toleranzbewilligung befanden sich 156 Schriftenlose und 108 Staatenlose. 93 der staatenlosen Personen waren jüdische Flüchtlinge.⁹⁴⁵

Seit die schweizerischen Behörden über Aufenthaltsverlängerungen entschieden, erhielten in Liechtenstein wohnende Juden oft nur noch Toleranzbewilligungen, weil nach Ansicht der schweizerischen Fremdenpolizei nicht sicher war, ob ihre Ausweispapiere weiterhin erneuert würden.⁹⁴⁶ Mit der 11. Verordnung zum deutschen Reichsbürgergesetz vom November 1941 wurden alle im Ausland lebenden Juden ausgebürgert. Deshalb wurden nun – wie auch in der Schweiz – alle im Fürstentum lebenden Juden auf Toleranz gesetzt. Hingegen wies die Eidgenössische Fremdenpolizei ausgehend von der Überlegung, dass diese faktisch nur in die Schweiz hätten ausweichen können, bis Kriegsende keine in Liechtenstein lebende Flüchtlinge aus.⁹⁴⁷

Die behördliche Praxis gegenüber deutschen Refraktären

Eine weitere Gruppe von Flüchtlingen entstand zu Beginn der vierziger Jahre, als deutsche Dienstpflichtige, die in Liechtenstein lebten, sich weigerten, der Einberufung in die Wehrmacht Folge zu leisten. Sie erhielten von den deutschen Stellen keine neuen amtlichen Dokumente mehr und wurden schriftenlos. Folglich verloren sie ihre Aufenthaltsbewilligung in Liechtenstein und konnten nur noch eine Toleranzbewilligung erhalten. In Liechtenstein waren 1943 zehn, 1944 mindestens zwanzig Männer davon betroffen.⁹⁴⁸

Die liechtensteinische Regierung wies mit Otto Ruther mindestens einen Refraktär aus. Ruther war als unehelicher Sohn eines Liechtensteiners und einer Deutschen in Liechtenstein aufgewachsen und hatte dort sein ganzes Leben verbracht. Er fragte die Regierung an, ob er auch als Refraktär weiterhin in Liechtenstein wohnen könne. Die Regierung beschloss jedoch im November 1942 seine Ausweisung.⁹⁴⁹ Da Ruther dem Ausweisungsbeschluss nicht nachkam, forderte ihn die Regierung Ende Januar 1943 auf, Liechtenstein innerhalb von acht

⁹⁴⁵ Ebd., S. 1–3.

⁹⁴⁶ So erhielt zum Beispiel die Familie Schulhof, die 1939 nach Liechtenstein gekommen war, im Mai 1941 nur noch eine Toleranzbewilligung. LLA, RF 205/089, Bemerkung der Eidg. Fremdenpolizei, 16. 5. 1941.

⁹⁴⁷ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 126, Nr. 203567, Eidg. Fremdenpolizei an Rekurssektion des EJPD, 20. 1. 1947; und BAR, E 4260 (C) 1974/34, Bd. 143, «Bericht über das bisherige Ergebnis der fremdenpolizeilichen Behandlung der Drittausländer in Liechtenstein, gemäss Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein» vom 23. 1. 1941, 28. 1. 1944, S. 4.

⁹⁴⁸ Siehe dazu die verschiedenen Aufstellungen in LLA, RF 219/287, und Rechenschaftsbericht der liechtensteinischen Regierung 1944, S. 49.

⁹⁴⁹ PA-AV, Nr. 146, Klage an Landgericht von Otto und Maria Ruther-Kaiser, 8. 5. 1946, und Anwalt Isenring an Vogt, alt Regierungschef-Stellvertreter, 25. 1. 1946, S. 3.

Tagen zu verlassen, ansonsten er zwangsweise ausgeschafft werde.⁹⁵⁰ Zuvor hatte Ruther auch Drohbriefe erhalten, weshalb er sich vor Anschlägen fürchtete.⁹⁵¹ Da Ruther davon ausging, in Deutschland für sein Vergehen mit dem Tod bestraft zu werden, entschloss er sich, der Ausweisung zuvorzukommen und in die Schweiz zu fliehen. Vor seiner Flucht Anfang Februar 1943 legte er der Regierung die Gründe für sein Nichteinrücken schriftlich dar und betonte, dass die Schweiz keine Refraktäre ausweise.⁹⁵² Ruther nahm in die Schweiz 4000 Franken als Kautions mit. Die schweizerischen Behörden beschlossen, Ruther vorerst nicht auszuweisen; die Polizeiabteilung des EJPD verfügte seine Internierung in der Strafanstalt Witzwil.⁹⁵³ Die liechtensteinische Ausweisungsverfügung und die Flucht Ruthers in die Schweiz erregten den Unmut der schweizerischen Behörden. Nach Ansicht der schweizerischen Fremdenpolizei kam das Verhalten der liechtensteinischen Regierung einer – wenn auch indirekten – Abschiebung Ruthers hinter «unserem Rücken» in die Schweiz gleich. Das Vorgehen der liechtensteinischen Regierung widersprach aus schweizerischer Sicht dem Fremdenpolizeiabkommen, laut welchem sich die beiden Länder keine unerwünschten Ausländer zuschieben sollten.⁹⁵⁴ Die Fremdenpolizei regte deshalb bei der Polizeiabteilung des EJPD an, bei der liechtensteinischen Regierung vorstellig zu werden, damit diese Ruther zurücknehme und kein Präzedenzfall entstehe.⁹⁵⁵ Sie befürchtete, dass weitere Refraktäre in die Schweiz kommen würden.

Auch in Liechtenstein meldeten sich Stimmen zu Wort, die die Rücknahme Ruthers forderten⁹⁵⁶ – mit Erfolg: Die liechtensteinische Regierung verpflichtete sich im Juni 1943, Ruther wieder aufzunehmen und als politischen Flüchtling anzuerkennen.⁹⁵⁷ Mitte Juli des gleichen Jahres kam Ruther nach Liechtenstein zurück, wo er seine bisherige Arbeit vorerst wieder aufnehmen konnte.⁹⁵⁸

⁹⁵⁰ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 748, N 8553, Einvernahme durch Ter. Kdo. 3, o. D.

⁹⁵¹ PA-AV, Nr. 146, Klage an Landgericht von Otto und Maria Ruther-Kaiser, 8. 5. 1946, und Anwalt Isenring an Vogt, alt Regierungschef-Stellvertreter, 25. 1. 1946, S. 4.

⁹⁵² LLA, V112, Personendossier Otto Ruther, Otto Ruther an liechtensteinische Regierung, 1. 2. 1943.

⁹⁵³ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 748, N 8553, Eidg. Fremdenpolizei an Eidg. Polizeiabteilung, 25. 3. 1943, und Oswald Bühler an EJPD, Jezler, 5. 6. 1943.

⁹⁵⁴ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 748, N 8553, Eidg. Fremdenpolizei an Eidg. Polizeiabteilung, 25. 3. 1943.

⁹⁵⁵ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 748, N 8553, Eidg. Fremdenpolizei an Eidg. Polizeiabteilung, 25. 3. 1943.

⁹⁵⁶ Ein Einwohner von Mauren forderte die Regierung am 8. 5. 1943 auf, das «geschehene Unrecht» rückgängig zu machen, auch wenn «uns diese Handlung [...] aufgezwungen wurde (Druck).» LLA, V112, Personendossier Otto Ruther, Unterschrift unleserlich, an Regierung, 8. 5. 1943.

⁹⁵⁷ BAR, E 4264 (-) 1985/195, Bd. 748, N 8553, Oswald Bühler an EJPD, Jezler, 5. 6. 1943.

⁹⁵⁸ PA-AV, Nr. 387, Klage an Landgericht von Otto und Maria Ruther-Kaiser, 8. 5. 1946, und Anwalt Isenring an Vogt, alt Regierungschef-Stellvertreter, 25. 1. 1946.

Weshalb die liechtensteinische Regierung Ruther ausgewiesen hatte, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Nach dem Krieg klagte Ruther gegen Friedrich Bock, da dieser damals die Regierung zu seiner Ausweisung sowie später zu seiner Entlassung gedrängt haben soll.⁹⁵⁹ Ob dies der Fall war, kann heute nicht mehr schlüssig beurteilt werden. Hoop führte im November 1945 aus, dass das deutsche Konsulat in der Refraktärenfrage allgemein grossen Druck aufgesetzt habe, ohne allerdings explizit die Ausweisung Ruthers verlangt zu haben:

«Generalkonsul Dr. Voigt und auch die deutschen Grenzbehörden haben uns bei jeder Gelegenheit wissen lassen, dass sie es nicht dulden könnten, dass in Liechtenstein sich ein Refraktärennest herausbilden kann. Ich musste zur Ansicht kommen, dass es sich um eine Frage handelte, die für das Land unangenehme Konsequenzen haben könnte. [...] Es ist aber vollständig falsch, zu behaupten, Dr. Bock habe von mir bzw. von der Regierung die Auslieferung des Ruther nach Deutschland verlangt.»⁹⁶⁰

Der ehemalige Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt gab im Zusammenhang mit einem anderen Prozess zu Protokoll, dass Bock nie konkret Druck – weder in Einzelfällen noch allgemein – ausgeübt habe, dass ein allgemeiner Druck aber doch spürbar gewesen sei.⁹⁶¹ Sicher ist, dass sowohl Bock als auch das deutsche Konsulat die Situation der Refraktäre in Liechtenstein mit Misstrauen verfolgten. So beklagte sich Bock im September 1943 bei der Regierung, dass in Liechtenstein die Refraktäre besser behandelt würden als in der Schweiz, zumal sie noch arbeiten könnten, währenddem die Schweiz dies nicht zulasse.⁹⁶² Zudem bezichtigte Bock die in Liechtenstein wohnenden Refraktäre der kommunistischen Agitation. Dies veranlasste die liechtensteinische Regierung zu einer Erklärung, wonach die in Liechtenstein wohnenden Refraktäre gemäss den schweizerischen Vorschriften behandelt würden.⁹⁶³ In der Schweiz durften Refraktäre keine Erwerbstätigkeit ausüben, die auch von einem Einheimischen ausgeführt werden konnte.⁹⁶⁴ Zwei Wochen nach der Reklamation Bocks beauftragte die Regierung das Arbeitsamt, zu überprüfen, bei wem und in welcher Funktion die sich im Land befindlichen Refraktäre arbeiteten.⁹⁶⁵ Vier der zehn Refraktäre waren Angestellte, die anderen sechs waren in leitender Stellung tätig, arbeiteten selbständig oder gar nicht. Zwei arbeiteten bei der Presta und verloren ihre Arbeitsstelle mit sofortiger Wirkung.⁹⁶⁶ Zudem forderte die Regierung auch die Entlassung des dritten Refraktärs, der in einem Kaufhaus

⁹⁵⁹ PA-AV, Nr. 387.

⁹⁶⁰ LLA, RF 230/478, Zeugenaussage Dr. Josef Hoop, Alt-Regierungschef, 24. 11. 1945.

⁹⁶¹ PA-AV, Nr. 146, Alois Vogt an Dr. jur. Eisenring, 28. 1. 1946.

⁹⁶² LLA, RF 219/336, Amtsvermerk vom 14. 9. 1943.

⁹⁶³ LLA, RF 219/287, «Mitgeteilt», o. D.

⁹⁶⁴ LLA, RF 219/287, Regierung an Arbeitsamt, 1. 10. 1943.

⁹⁶⁵ LLA, RF 219/287, liechtensteinische Regierung an Arbeitsamt, 1. 10. 1943.

⁹⁶⁶ Benno Hagen und Otto Ruther, LLA, RF 219/287, Arbeitsamt an liechtensteinische Regierung, 26. 10. 1943.

arbeitete.⁹⁶⁷ Im Gegensatz zu den ehemaligen Angestellten der Presta konnte der beim Kaufhaus arbeitende Refraktär seine Stelle bis mindestens August 1944 behalten.⁹⁶⁸ Der vierte unselbständig arbeitende Refraktär war Gerber und durfte weiterhin arbeiten, weil kein anderer Liechtensteiner diesen Beruf ausübte.⁹⁶⁹

Im Mai 1944 reagierte die Regierung erneut auf Druckversuche der Deutschen. So beschloss sie, dass alle Refraktäre und Deserteure sich zwei Monate dem landwirtschaftlichen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen mussten.⁹⁷⁰ Das deutsche Konsulat zeigte sich mit dem Vorgehen der Regierung sehr zufrieden:

«Die Notiz, die das ›Liechtensteiner Vaterland‹ in Nr. 38 am 10. Mai unter der Überschrift ›Einberufung zum Landdienst‹ brachte, habe ich zum Anlass genommen, nach Berlin zu berichten und meiner lebhaften Genugtuung Ausdruck zu geben, dass es unseren Bemühungen gelungen sei, die für die Beruhigung der vaterlandstreuen und anständigen Deutschen in Liechtenstein notwendige Diskriminierung der Vaterlandsverräter und Deserteure nunmehr durchzusetzen.»⁹⁷¹

Die deutschen Behörden und die Spitze der liechtensteinischen Auslandsorganisation der NSDAP beobachteten zumindest zeitweise sehr genau, wie Liechtenstein die dort wohnenden Refraktäre behandelte. Ging die Regierung zu wenig weit, intervenierte sie.

4.5 Gewährung und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen nach Kriegsende

Die in Liechtenstein verbliebenen Flüchtlinge blieben auch nach Kriegsende auf Toleranz gesetzt, da sie alle staatenlos waren. Im Juni 1946 erliess die Eidgenössische Fremdenpolizei in Absprache mit Regierungschef-Stellvertreter Ferdinand Nigg aus «Arbeitsmarkt- und Überfremdungsgründen» gegen neunzehn in Liechtenstein lebende Flüchtlinge Wegweisungsverfügungen. Davon betroffen waren vor allem Mittellose und Unselbständigerwerbende.⁹⁷² Zumindest bei Rudolf Ottenstein trug die Ausweisung den Charakter einer persönlichen Abrechnung, da die schweizerische Fremdenpolizei ihn aufgrund seines «nicht einwandfreien» Verhaltens als unerwünschten Ausländer betrachtete, der keine

⁹⁶⁷ Otto Jagschitz, LLA, RF 219/287, liechtensteinische Regierung an Arbeitsamt Vaduz, 28. 10. 1943.

⁹⁶⁸ LLA, RF 219/287, Franz Hilbe an Regierung, 16. 8. 1944.

⁹⁶⁹ LLA, RF 219/287, Arbeitsamt an Regierung, 26. 10. 1943.

⁹⁷⁰ LLA, RF 219/287, liechtensteinische Regierung an Arbeitsamt Vaduz, 28. 10. 1943; Jan Hilse an liechtensteinische Regierung, 15. 6. 1944, und liechtensteinische Regierung an das deutsche Generalkonsulat, 21. 6. 1944. Für die Durchführung des Arbeitsdienstes war das Arbeitsamt zuständig.

⁹⁷¹ LLA, RF 219/287, deutsches Konsulat für das Fürstentum Liechtenstein an Regierungschef, 31. 5. 1944.

⁹⁷² LLA, RF 239/240, Eidg. Fremdenpolizei an liechtensteinische Regierung, 4. 6. 1946. Folgende Flüchtlinge erhielten eine Ausweisungsverfügung zugestellt: Georg Elgard; Emil Erlanger; Maria Kober; Rudolf, Gerda, Marianne und Walter Ottenstein; Benjamin, Frieda, Suse, Ella und Alfred Sommer; Paula Piepiorka; Erich Posener; Georg Reich; Phillipp und Martha Rosenau; Kurt Schönlink sowie Franziska Weiss.

weitere Duldung verdiene. Die Fremdenpolizei verzieh es Ottenstein insbesondere nicht, dass er einen Artikel im «Schweizerischen Beobachter» veranlasst hatte, der kritisch über die schlechte Behandlung der in Liechtenstein wohnenden Flüchtlinge durch die schweizerischen Behörden berichtete.⁹⁷³

Die liechtensteinische Regierung war ausser bei Emanuel Erlanger mit allen Wegweisungen einverstanden; für Erlanger forderte sie weiterhin eine Toleranzbewilligung.⁹⁷⁴ Die Eidgenössische Fremdenpolizei war über die Stellungnahme der liechtensteinischen Regierung erstaunt:

«Er besitzt keinerlei nähere Beziehungen zum Lande, die eine Festsetzung rechtfertigen würden. Auch seine wirtschaftliche Tätigkeit ist uninteressant. Bei einem Rückgang der Hochkonjunktur bedeutet seine Tätigkeit vielmehr eine arbeitsmarktliche Belastung.»⁹⁷⁵

Erlanger reichte Rekurs ein. Die Fremdenpolizei war gegenüber Erlanger besonders sensibilisiert, da sie ihn 1937 ausgewiesen hatte und nun befürchtete, dass er sich in der Schweiz «festsetzen» würde, sobald die Visumspflicht wegfalle.⁹⁷⁶ Erlanger konnte immerhin zuerst eine Ausdehnung der Ausreisefrist bis Ende März 1947 erreichen. Auch wenn das EJPD den Rekurs ablehnte, hob es im Mai 1948 die Ausreisefrist wegen der damaligen «Auswanderungsschwierigkeiten» auf, betonte aber den befristeten Charakter der Bewilligung.⁹⁷⁷ Erlanger konnte jedoch bis zu seinem Tod in Liechtenstein bleiben. Die anderen Betroffenen reichten ebenfalls Rekurs ein. Zumindest Ottensteins Rekurs wurde abgelehnt, doch auch ihn belassen die Behörden schliesslich in Liechtenstein.⁹⁷⁸

Schwieriger war es, anstelle einer Toleranzbewilligung eine Aufenthaltsbewilligung oder gar eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten. Voraussetzung für eine Niederlassungsbewilligung war der Besitz einer Staatsbürgerschaft. So lehnte die Regierung im Herbst 1948 den entsprechenden Antrag eines staatenlosen Ehepaars mit Hinweis auf ihre Staatenlosigkeit ab.⁹⁷⁹

⁹⁷³ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 176, Nr. 233620, Stellungnahme der Eidg. Fremdenpolizei an die Rekurssektion des EJPD, 1. 10. 1947.

⁹⁷⁴ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 126, Nr. 203567, liechtensteinische Regierung an Eidg. Fremdenpolizei, 3. 8. 1946.

⁹⁷⁵ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 126, Nr. 203567, Eidg. Fremdenpolizei an Regierung, 20. 9. 1946.

⁹⁷⁶ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 126, Nr. 203567, Eidg. Fremdenpolizei an Rekurssektion des EJPD, 20. 1. 1947.

⁹⁷⁷ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 126, Nr. 203567, EJPD an den Verband schweizerischer jüdischer Flüchtlingshilfen, 27. 5. 1948: «Dieser Entscheid bedeutet jedoch nicht seine dauernde Zulassung in Liechtenstein.»

⁹⁷⁸ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 176, Nr. 233620.

⁹⁷⁹ LLA, V112, Personendossier Max Alexander, Regierung an Max Alexander, 16. 1. 1948, und LLA, V112, Personendossier Berta Alexander, Berta Alexander an Regierung, 27. 12. 1947. Auf diesem Schreiben befinden sich ebenfalls die Äusserung der Gemeinde Schaan, 17. 1. 1947, und der Entscheid der Regierung vom 12. 2. 1948.

Beide waren bis 1949 auf Toleranz gesetzt. Im Herbst 1949 erhielten sie immerhin eine befristete Aufenthaltsbewilligung, die jährlich zu verlängern war.⁹⁸⁰

Einige der ausgebürgerten ehemaligen deutschen Staatsangehörigen wollten aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands ihre frühere Staatsbürgerschaft nicht wieder annehmen. Diese Haltung stiess sowohl bei den liechtensteinischen wie auch schweizerischen Behörden auf Unverständnis, und die Betroffenen mussten darum kämpfen, nicht als Deutsche wahrgenommen zu werden.⁹⁸¹ Die liechtensteinische Regierung und Gemeinden verweigerten den im Land verbliebenen Staatenlosen auch in den fünfziger Jahren konsequent die Niederlassungsbewilligung, obschon einzelne schweizerische Kantone inzwischen von dieser Politik abgerückt waren und selbst Staatenlosen das Niederlassungsrecht gewährten, sofern sie über 65 Jahre alt waren. Die in Liechtenstein lebenden Staatenlosen forderten eine Angleichung an die schweizerische Praxis.⁹⁸² Die Regierung, die diese Anliegen bisher kategorisch abgelehnt hatte, legte Ende März 1951 die Frage dem liechtensteinischen Landtag vor. Auch dort stiess das Begehren auf eindeutige Ablehnung.⁹⁸³ Regierungschef Alexander Frick führte in seinem Eingangsreferat aus, dass die Staatenlosen «schon noch ein klein wenig fühlen [sollen], dass sie keine Papiere besitzen». Erteile man diesen jetzt die Niederlassung, würden sie sich nie mehr um neue Papiere kümmern. Die Hälfte der 98 Staatenlosen waren ehemalige jüdische Flüchtlinge, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft theoretisch wieder hätten beantragen können. Ihr Verhalten wurde besonders kritisiert. Der ehemalige Regierungschef-Stellvertreter Vogt richtete als erster Votant die Aufmerksamkeit auf die staatenlosen jüdischen Flüchtlinge. Auch wenn er ihren Standpunkt aus persönlicher Warte zu verstehen vorgab, verurteilte er ihre Haltung aus Sicht des Staates, da dieser die Anzahl staatenloser Aufenthalter naturgemäss gering halten wolle: «Nun gibt es noch Leute, die Schriften erwerben könnten, aber aus irgend einem bockbeinigen Standpunkt heraus solche Schriften nicht erwerben.»⁹⁸⁴ Die Positionen waren bezogen, alle sich zu Wort meldenden Landtagsabgeordneten erachteten die Anwesenheit von Staatenlosen als ein Problem, weil sie fürchteten, dass «wir diese Leute ja dauernd hier haben»⁹⁸⁵ und diese im Falle von Bedürftigkeit unterstützt werden müssten. Ein Abgeordneter schlug sogar Zwangsmassnahmen

⁹⁸⁰ LLA, V112, Personendossier Max Alexander, Regierung Aufenthaltsbewilligung, 5. 12. 1949, und LLA, V112, Personendossier Berta Alexander, Regierung Aufenthaltsbewilligung an Berta Alexander, 21. 9. 1949.

⁹⁸¹ Siehe hierzu zum Beispiel LLA, V112, Personendossier Rudolf Bermann, sowie PA-EB, Schaan.

⁹⁸² Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 143 f.

⁹⁸³ Zur Debatte siehe LLA, LTp, 1951, Sitzung vom 29. 3. 1951, und Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 143 f.

⁹⁸⁴ LLA, LTp, 1951, Sitzung vom 29. 3. 1951, S. 24.

⁹⁸⁵ Ebd.

vor, um die Staatenlosen zu zwingen, ihre ehemalige Staatsangehörigkeit wieder anzunehmen. Frick fand diesen Vorschlag zu weitgehend, einerseits weil dies Liechtenstein in Verruf bringen könnte, andererseits aber auch aus menschlichen Erwägungen. Am deutlichsten ergriff Oswald Bühler für die Staatenlosen Partei. Er war der Meinung, dass Liechtenstein froh sein könne, nur 98 Staatenlose beherbergen zu müssen: «Wenn nun noch der eine oder andere bei uns hängen blieb, so ist das noch keine Katastrophe.»⁹⁸⁶ Er fand als einziger Verständnis für die spezielle Situation der ausgebürgerten Deutschen:

«Die Durchführung des Vorschlages des Abgeordneten Hasler – dass die Staatenlosen zur Annahme einer Staatsbürgerschaft gezwungen werden sollen – ist rechtlich ganz unhaltbar. Man muss sich immerhin ein wenig in die Situation dieser Leute hineinfühlen können. Es gibt Staatenlose im Lande, die früher eine grosse Verwandtschaft hatten, deren Mitglieder alle im Gasofen liquidiert wurden. Dass dies nicht gerade freundliche Gefühle gegenüber dem Urheberstaat hinterlässt, braucht nicht betont zu werden. Bis zu einem gewissen Grad sind diese Gefühle wirklich berechtigt.»⁹⁸⁷

Jedoch lehnte auch Bühler die Erteilung der Niederlassungsbewilligung an die Staatenlosen ab und schlug lediglich vor, bei bedürftigen Familien die Toleranzgebühren zu reduzieren. Die Staatenlosen erhielten aufgrund der eindeutigen Stellungnahme des Landtages weiterhin nur befristete Bewilligungen.

Einer derjenigen, die aus den von Bühler vorgebrachten Argumenten nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollten, war Rudolf Bermann. Bermann wartete 27 Jahre auf die Niederlassungsbewilligung, die ihm erst Ende 1962 erteilt wurde.⁹⁸⁸ Auch sein Bemühen um Einbürgerung blieb lange Zeit erfolglos. Schliesslich nahm die Gemeinde Gamprin ihn und seine Familie am 14. August 1973 ins liechtensteinische Bürgerrecht auf, nachdem Schaan im April 1970 eine Einbürgerung noch abgelehnt hatte.⁹⁸⁹

Dagegen entschied sich ein anderer ehemaliger Flüchtling 1955, seine frühere deutsche Staatsbürgerschaft wieder anzunehmen, und beantragte bei der liechtensteinischen Fremdenpolizei die Niederlassungsbewilligung.⁹⁹⁰ Die Gemeinde Vaduz lehnte das Gesuch dennoch ab.⁹⁹¹ Der Gesuchsteller war über den Entscheid erstaunt, zumal die liechtensteinische

⁹⁸⁶ Ebd., S. 27.

⁹⁸⁷ Ebd., S. 28.

⁹⁸⁸ LLA, V112, Personendossier Rudolf Bermann, Niederlassungsbewilligung vom 27. 12. 1962, ausgestellt von der Fürstlichen Regierung, Abtg. Fremdenpolizei.

⁹⁸⁹ PA-EB, Gemeindebulletin Schaan April 1970 und handschriftliche Notizen Alice Bermann.

⁹⁹⁰ Rosenau besass seit Mai 1949 eine befristete Aufenthaltsbewilligung, die er jedes Jahr neu zu beantragen hatte. LLA, V112, Personendossier Philip Rosenau, Regierung Aufenthaltsverlängerung an Philip Rosenau, 3. 5. 1949, und Rosenau an liechtensteinische Fremdenpolizei, 9. 3. 1949.

⁹⁹¹ LLA, V112, Personendossier Phillip Rosenau, Gemeindevorsteher Vaduz an liechtensteinische Fremdenpolizei, 2. 1. 1956.

Regierung versprochen hatte, dass die Staatenlosen die Niederlassungsbewilligung erhielten, sobald sie ihre ehemalige Staatsangehörigkeit wieder annähmen. Er stellte deshalb ein Wiedererwägungsgesuch, das die Gemeinde Vaduz im Februar 1956 schliesslich guthiess.⁹⁹²

Die Internierten der Holmston-Truppe

Unmittelbar vor Kriegsende bewegten vor allem die knapp fünfhundert Internierten,⁹⁹³ die unter dem Kommando des Exilrussen Arthur Holmston als Teil der Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, die liechtensteinische Öffentlichkeit. Sie wurden am 3. Mai 1945 vorläufig im Fürstentum aufgenommen. Doch begriff sich Liechtenstein als Transitland und fragte bereits am 5. Mai 1945 die Schweiz an, ob sie die Internierten übernehmen oder allenfalls durch schweizerisches Gebiet nach Norditalien passieren lassen würde, damit sie dort den US-amerikanischen Besatzungsbehörden übergeben werden könnten. Die liechtensteinische Regierung hatte offensichtlich Bedenken, die Internierten den Franzosen zu übergeben, die sie dann den Sowjets «ans Messer liefern» würden.⁹⁹⁴ Die Schweiz lehnte das Ansinnen aber ab. Viele der sowjetischen Staatsbürger wollten nicht in ihre Heimat zurück, da sie für die Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatten und Repressalien befürchteten. Dennoch reisten im ersten Monat 158 Soldaten, die in die Sowjetunion zurückkehren wollten, nach Vorarlberg ab und begaben sich in französische Kriegsgefangenschaft.⁹⁹⁵ Danach entschieden sich nur noch wenige freiwillig für die Ausreise nach Vorarlberg, da Gerüchte von Erschiessungen durch die Sowjets bekannt wurden.

Verstiessen die russischen Internierten gegen Verhaltensregeln, so schreckte die Regierung nicht vor Ausschaffungen zurück. Bis Ende Dezember 1945 wies sie neun Russen – aus vergleichsweise geringen Anlässen – nach Vorarlberg aus.⁹⁹⁶ Zwei Russen hatten beispielsweise bei einem Bauern in Gamprin Butterschmalz gestohlen und wurden deshalb Ende Juni 1945 nach Feldkirch abgeschoben.⁹⁹⁷

⁹⁹² LLA, V112, Personendossier Phillip Rosenau, Gemeindevorsteher Vaduz an liechtensteinische Fremdenpolizei, 17. 2. 1956. Die bei der Aufenthaltsnahme hinterlegte Kautionssumme von 20 000 Franken wurde erst am 30. 1. 1958 freigegeben. LLA, V112, Personendossier Phillip Rosenau, Regierung an liechtensteinische Landesbank, 30. 1. 1958.

⁹⁹³ Unter den 494 Internierten befanden sich knapp 440 Angehörige der Sowjetunion, zwei polnische Offiziere, rund zwanzig Deutsche, ein Brite, ein Schweizer und etwas über dreissig Frauen sowie zwei Kinder. Geiger, Brandung, 1998, S. 64.

⁹⁹⁴ Geiger/Schlapp, Russen, 1996, S. 25, 85.

⁹⁹⁵ Ebd., S. 29.

⁹⁹⁶ Siehe ebd., S. 87, 139.

⁹⁹⁷ LLA, V5/1945/964, liechtensteinisches Sicherheitskorps an liechtensteinische Regierung, 29. 6. 1945.

Nach Ablauf einer mehrwöchigen Quarantänefrist wurde den Internierten erlaubt, als Hilfskräfte in der Landwirtschaft zu arbeiten.⁹⁹⁸ Sie schlossen damit eine Lücke, denn in Liechtenstein fehlte es bei Kriegsende an Knechten.⁹⁹⁹ Trotz ihrer Integration in den Arbeitsmarkt waren die ehemaligen Soldaten nicht länger erwünscht. In einem an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassenden Schreiben drängte Fürst Franz Josef Ende Juni 1945 darauf, dass die Angehörigen der Holmston-Armee das Land baldmöglichst verlassen sollten. Als Gründe gab er die Versorgungskosten wie auch aussenpolitische Überlegungen an. Insbesondere befürchtete er, dass liechtensteinische Staatsbürger und ihr Besitz in den russisch besetzten Gebieten zur Verantwortung gezogen würden.¹⁰⁰⁰ Dass er dabei auch an die eigenen ausgedehnten Güter in den besetzten Gebieten dachte, liegt auf der Hand und erklärt den dringlichen Ton. Auch die liechtensteinische Regierung und die Sowjetunion wünschten eine baldige Ausreise. Die Sowjetunion erhöhte ihren Druck kontinuierlich. Die erste Sowjetdelegation gelangte Mitte August 1945 nach Vaduz, als sich noch 260 Internierte in Liechtenstein befanden. An einer Versammlung von Regierung, Internierten und der Sowjetkommission forderten die liechtensteinische Regierung und die Sowjetkommission die sowjetischen Staatsangehörigen zur Heimkehr auf. Die Kommission versicherte ihnen, dass ihnen in der Sowjetunion volle Amnestie gewährt würde. Vorerst folgten nur achtzig Internierte der Aufforderung. Die liechtensteinischen Behörden waren damit nicht zufrieden und beschlossen deshalb, die Internierten so schnell wie möglich unter Ausübung entsprechenden Drucks fortzuschaffen. Auch der Druck von sowjetischer Seite nahm zu; Ende August 1945 forderte ein sowjetischer Vertreter die Zwangsausschaffung – ein Anliegen, dem sich die Regierung zunächst nicht grundsätzlich verschloss. Als die Regierung aber auf Verlangen der Sowjetkommission alle verbleibenden Internierten in die Turnhalle nach Vaduz zitierte und bei Verweigerung die Herbeischaffung durch die Polizei androhte, zeigte sich entschiedene Gegenwehr, nicht nur von Seiten der russischen Internierten. Eine Delegation der liechtensteinischen Bevölkerung sprach vor, und auch der Bischof von Chur und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf wurden vorstellig und bezogen Stellung gegen die Ausweisung. Infolgedessen entschieden Regierung und Landtag Anfang September 1945, von Zwangsheimschaffungen abzusehen, beschlossen aber gleichzeitig, dass die Internierten «schärfer angefasst» werden sollten. Insgesamt reisten 104 Internierte in Begleitung der Sowjetkommission aus. Die freiwillig zurückgekehrten Nationalrussen wurden

⁹⁹⁸ Geiger/Schlapp, *Russen*, 1996, S. 82.

⁹⁹⁹ Korfmacher, *Exil*, 1993, S. 135.

entgegen den sowjetischen Versprechungen vermutlich mit mehreren Jahren Zwangsarbeitslager bestraft.¹⁰⁰¹

Im September 1945 befanden sich noch 153 sowjetische Internierte in Liechtenstein. Die Sowjetkommission meldete sich noch bis im Frühjahr 1946 regelmässig, ohne ihr Ziel zu erreichen. Ende Dezember 1945 kamen die Internierten nach Schaan in ein neu errichtetes Lager. Die lang ersehnte Lösung für die restlichen Internierten präsentierte sich 1947. General Holmston erreichte die Einreisebewilligung nach Argentinien, wo schliesslich hundert der in Liechtenstein internierten Nationalrussen Aufenthalt fanden.¹⁰⁰²

Teile der liechtensteinischen Bevölkerung solidarisierten sich mit den Internierten: während Monaten versteckten zwei Liechtensteiner zwei Kriegsgefangene, da befürchtet werden musste, dass sie zwangsweise ausgeschafft würden.¹⁰⁰³ Zudem lancierten einige Schaaner Einwohner Ende 1945 eine Initiative, die die Regierung verpflichten sollte, allen bedürftigen Menschen Schutz zu gewähren. Nach Auffassung der Regierung und der schweizerischen Behörden versties diese Vorlage jedoch gegen das liechtensteinisch-schweizerische Fremdenpolizeiabkommen, weshalb die Initiative für ungültig erklärt wurde.¹⁰⁰⁴

4.6 Fazit

Zwischen 1933 und 1945 fanden insgesamt 210 jüdische Flüchtlinge für kürzere oder längere Zeit Aufnahme in Liechtenstein. Hinzu kamen rund zwanzig Juden und Jüdinnen, die zum Zeitpunkt ihrer Aufenthaltsnahme in Liechtenstein in ihren Heimatstaaten Polen, Holland, oder Österreich noch nicht bedroht waren, dank ihrer frühen Niederlassung in Liechtenstein aber ebenfalls vor der nationalsozialistischen Verfolgung geschützt waren. Daneben hielt sich mit dem Almbruderhof zwischen 1935 und 1938 eine aus Deutschland vertriebene grössere freireligiöse Gemeinschaft in Liechtenstein auf. Die grösste Gruppe der vorübergehend Aufgenommenen bildeten die 494 Kriegsinternierten unter Arthur Holmston, die während des Kriegs im Dienst der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatten.

Die liechtensteinische Regierung verfolgte grundsätzlich eine restriktive Aufnahmepolitik; sie lehnte die Mehrheit der schriftlichen Einreisegesuche ab. In die Entscheidungsfindung der

¹⁰⁰⁰ LLA, RF 230/043, Kabinettskanzlei Seiner Durchlaucht des regierenden Fürsten von Liechtenstein, 27. 6. 1945, gez. von Kabinettssekretär Ritter.

¹⁰⁰¹ Geiger/Schlapp, Russen, 1996, S. 136.

¹⁰⁰² Ebd., S. 142.

¹⁰⁰³ LLA, V5/1946/648, Hermann Walser und Peter Wachter.

¹⁰⁰⁴ LLA, RF 232/333, Regierung an Bernhard Kaiser, 11. 1. 1946.

Regierung waren vor allem das Arbeitsamt und die Gewerbegeossenschaft involviert. Ihnen kam teilweise eine massgebende Rolle zu, da die Regierung ihren Anträgen oft Folge leistete.

Die restriktive Haltung in der Aufnahmepolitik hing zu Beginn der dreissiger Jahre vor allem mit der prekären Wirtschaftslage zusammen. Zudem massen die liechtensteinischen Behörden dem schweizerischen Standpunkt grosses Gewicht bei, hatten sie sich im März 1933 doch verpflichtet, die schweizerischen Flüchtlingsbestimmungen einzuhalten. Ferner lehnte die Regierung – meistens auf Antrag des Arbeitsamtes – Gesuche ab, wenn sie befürchtete, dass die Gesuchsteller die schweizerische Wirtschaft konkurrenzieren würden. Dies betraf jüdische Flüchtlinge gleich wie andere Gesuchsteller. Von dieser rücksichtsvollen Haltung gegenüber den schweizerischen Interessen rückte die liechtensteinische Regierung ab Mitte der dreissiger Jahre zusehends ab, als sie auch Einwanderer aufzunehmen begann, die für die schweizerische Wirtschaft eine potentielle Konkurrenz darstellten und in der Schweiz unerwünscht waren. Dagegen wurden ab Mitte der dreissiger Jahre vermehrt Bedenken gegenüber der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen manifest. So lehnte die Regierung im September 1935 das erste Mal ein Gesuch eines Flüchtlings mit der Begründung der «Überfremdung» ab. Ferner bestanden auch Befürchtungen, wonach die Flüchtlinge aufgrund der deutschen Gesetze nicht mehr nach Deutschland zurückkehren könnten.

Ab 1938 verloren wirtschaftliche Überlegungen an Bedeutung. Die Einverleibung Österreichs und die sich verschärfende Judenpolitik auch im Altreich führten zu neuen Flüchtlingsströmen. Die europäischen Staaten und die USA reagierten mit einer noch restriktiveren Aufnahmepolitik. Jüdische Flüchtlinge wurden auch in Liechtenstein nur noch ausnahmsweise aufgenommen. Die liechtensteinische Regierung fragte mehrmals nach, ob es sich bei den Flüchtlingen um «arische» oder «jüdische» Personen handelte. Den Antworten der Regierung und den Diskussionen im Landtag nach zu schliessen, gewannen einerseits die Angst, die Flüchtlinge nicht mehr fortzubringen, andererseits Überfremdungsängste und Antisemitismus bedeutend an Gewicht. Vom März 1938 bis Ende des Jahres lehnte die Regierung drei Viertel der Gesuche von jüdischen Flüchtlingen ab, ein Viertel bewilligte sie. Ab Ende 1938 nahm sie eine noch restriktivere Haltung ein. Nun reichten weder geordnete finanzielle Verhältnisse noch genügend Subsistenzmittel zur Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung, ausser die Gesuchsteller verfügten über wichtige Beziehungen in Liechtenstein oder gewichtige wirtschaftliche Interessen standen auf dem Spiel. Die Schweiz wurde kaum mehr in die Beschlussfassung einbezogen, doch deckten sich die Befürchtungen in der Schweiz und in Liechtenstein ohnehin weitgehend. Die Bedenken der schweizerischen Behörden, Liechtenstein könnte zu einem Einfallstor werden, erwiesen sich als unbegründet.

Der Druck der nationalsozialistischen Bewegung im Fürstentum beeinflusste die liechtensteinische Flüchtlingspolitik im Herbst 1938 ebenfalls. Die Grundhaltung der Regierung gegenüber der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen wurde durch die Aktivität der liechtensteinischen Nationalsozialisten aber nicht grundsätzlich verändert, diese hatte sich bereits zuvor, beispielsweise im August 1938, als restriktiv manifestiert.

Ab 1938 wurde die Regierung auch bei erteilten Bewilligungen vorsichtiger. Vielen im Fürstentum wohnhaften Flüchtlingen wurde nahe gelegt, innerhalb nützlicher Frist einen neuen Aufenthaltsort zu suchen. Dies gelang bei weitem nicht allen. Mit wenigen Ausnahmen konnten die Flüchtlinge aber im Land verbleiben. Die Regierung scheute sich offenbar davor, persönlich bekannte Flüchtlinge – manche waren schon länger in Liechtenstein wohnhaft – an die Grenze zu stellen. Sie versuchte stattdessen, den Druck zu erhöhen, indem das Sicherheitskorps in regelmässigen Abständen kontrollierte, ob die unerwünschten Flüchtlinge dem Ausweisungsbeschluss nachgekommen waren.

Nebst der Behandlung von schriftlichen Einreisegesuchen musste sich die Regierung auch mit Flüchtlingen auseinandersetzen, die illegal nach Liechtenstein gekommen waren und sich hier in Hotels, Pensionen und Gasthöfen aufhielten. In den dreissiger Jahren reisten vor allem in der Schweiz unerwünschte Ausländer, ab Herbst 1938 Flüchtlinge aus dem gesamten NS-Machtbereich ins Fürstentum ein. Insgesamt waren es etwa vierzig Flüchtlinge, die «illegal» in Liechtenstein Aufenthalt nahmen. Während von der ersten Gruppe ein Grossteil in Liechtenstein bleiben konnte, befand sich von den ab Herbst 1938 illegal Eingereisten bei Kriegsbeginn nur noch ein Flüchtling im Fürstentum.

1941 übernahm die Eidgenössische Fremdenpolizei faktisch die fremdenpolizeiliche Kontrolle in Liechtenstein. Die Politik blieb restriktiv, jedoch befürwortete die Schweiz einige Einreisegesuche, die von der liechtensteinischen Regierung stark unterstützt wurden. Zu Konflikten und Unstimmigkeiten zwischen Liechtenstein und der Schweiz kam es selten.

Mit dem Beginn der «Endlösung» 1941 wurde es für die Flüchtlinge schwieriger, überhaupt eine Ausreiseerlaubnis aus dem NS-Raum zu erhalten. Nur eine einzige Flüchtlingsfrau konnte sich seit Abschluss des Fremdenpolizeiabkommens nach Liechtenstein retten; die restlichen erteilten Einreisebewilligungen verfielen ungenutzt.

Unmittelbar nach Kriegsende galt die liechtensteinische Aufmerksamkeit vor allem der nationalrussischen Armee von Arthur Holmston, die Anfang Mai 1945 nach Liechtenstein übergetreten war. Bis August 1945 erhöhten die liechtensteinischen Behörden den Druck kontinuierlich, um die im Land verbliebenen Internierten zur «freiwilligen» Rückkehr zu bewegen. Proteste im In- und Ausland bewogen die Regierung schliesslich dazu, von ihrem

ursprünglichen Vorhaben abzusehen und die verbliebenen sowjetischen Wehrmachtsoldaten zu tolerieren, bis sie ein Ausreiseland fanden.

In der Nachkriegszeit ergingen von der schweizerischen Fremdenpolizei in Absprache mit den liechtensteinischen Behörden mehrere Wegweisungsverfügungen. Die entsprechenden Rekurse wurden zwar abgelehnt, die Flüchtlinge konnten aber dennoch im Land verbleiben.

5 Einbürgerung von Flüchtlingen aus NS-Deutschland

Das liechtensteinische Einbürgerungsgesetz unterschied sich in einem wichtigen Punkt von jenem der meisten anderen europäischen Staaten. Für den Erwerb des liechtensteinischen Bürgerrechts war kein effektiver Aufenthalt in Liechtenstein, sondern die Bezahlung einer Taxe von mehreren zehntausend Franken ausschlaggebend. Eine mehrjährige Domizilpflicht bestand zwar ab 1934, jedoch nur theoretisch.¹⁰⁰⁵ Das folgende Kapitel legt den Schwerpunkt auf die jüdischen Flüchtlinge aus NS-Deutschland, die sich durch den Erwerb des liechtensteinischen Bürgerrechts vor der nationalsozialistischen Verfolgung retten wollten.

Die Einbürgerungskandidaten

Zu Beginn der dreissiger Jahre interessierten sich vor allem Emigranten aus Osteuropa und Steuerflüchtlinge aus Deutschland für die liechtensteinische Staatsbürgerschaft.¹⁰⁰⁶ Mit Hitlers Machtantritt kam eine neue Gruppe von Bewerbern dazu: Flüchtlinge aus NS-Deutschland.¹⁰⁰⁷ Durch den Besitz der Staatsbürgerschaft eines neutralen Staates war es für jüdische Flüchtlinge einfacher, sich in einem Drittstaat niederlassen zu können. Der liechtensteinische Pass verschaffte, sofern er anerkannt wurde, die notwendige Bewegungsfreiheit.¹⁰⁰⁸ Zudem hofften Flüchtlinge mit einer neuen Staatsangehörigkeit, dass ihr in Deutschland liegender Besitz dem nationalsozialistischen Zugriff entzogen sein würde, da für Juden ausländischer Staatsbürgerschaft bis 1943 wichtige Ausnahmeregelungen bestanden.¹⁰⁰⁹ Ferner war die liechtensteinische Staatsbürgerschaft insofern attraktiv, als das Fürstentum und die Schweiz einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bildeten.

Zwischen 1933 und dem Kriegsende erwarben 239 Personen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Die letzte Einbürgerung eines deutschen Juden fand 1940 statt. Aus den Akten geht die Motivation der Einbürgerungskandidaten nicht immer eindeutig hervor, weshalb die Zahl der NS-Verfolgten unter den Eingebürgerten nur als ungefähre Grösse bekannt ist. Von den 223 zwischen 1933 und 1940 eingebürgerten Personen waren mindestens 62 Prozent jüdischer Abstammung oder liessen sich wegen der jüdischen Herkunft eines Familienmitglieds in Liechtenstein einbürgern. Mindestens die Hälfte der Einbürgerungsgesuche wurde von Juden

¹⁰⁰⁵ Siehe zu den Gesetzen Kapitel 5.1.

¹⁰⁰⁶ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2003, S. 59.

¹⁰⁰⁷ LLA, V4/1933–1940. Siehe dazu auch Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 207.

¹⁰⁰⁸ LLA, RF 204/461. Dank ihrer liechtensteinischen Staatsbürgerschaft konnte Marie Fürst vermutlich noch 1939 in die USA auswandern. Ihr Vater hatte 1932 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben, da er und seine Frau staatenlos waren.

¹⁰⁰⁹ Spuhler/Jud/Melichar/Wildmann, «Arisierungen», 2001, S. 53, und Lindner, Reichskommissariat, 1991.

gestellt.¹⁰¹⁰ Tabelle 10 dokumentiert die Einbürgerung von Jüdinnen und Juden in Liechtenstein zwischen 1930 und 1940.

Tabelle 10: Einbürgerungsfälle, Personen insgesamt und Personen jüdischer Abstammung 1930–1944

Jahr	Einbürgerungsfälle	Eingebürgerte Personen insgesamt	Davon Personen jüdischer Abstammung und Angehörige:	
			Absolut	In Prozent der insgesamt eingebürgerten Personen
1930	7	18	3	16
1931	36	81	29	36
1932	21	45	11	24
1933	2	6	3	50
1934	12	23	15	65
1935	6	13	8	61
1936	12	25	10	40
1937	30	73	46	63
1938	9	23	19	83
1939	23	50	31	62
1940	6	10	7	70
1941	2	3	–	–
1942	–	–	–	–
1943	2	3	–	–
1944	3	10	–	–
Total	171	383	182	48

Quelle: Tabelle erstellt von Marxer Veronika, Einbürgerungen, interner UHK-Bericht, 2004, S. 4.

Die meisten jüdischen Neubürger waren vormalige deutsche Staatsangehörige, aber nur eine kleine Minderheit wohnte zum Zeitpunkt der Einbürgerung noch in Deutschland. Ungefähr die Hälfte war bereits in die Schweiz gelangt. Dort konnten sich die Flüchtlinge aufgrund der bestehenden Domizilpflicht nicht einbürgern, vereinzelte waren auch von der Ausweisung bedroht.¹⁰¹¹

Die gesetzlichen Grundlagen und das Einbürgerungsverfahren

Das Einbürgerungsverfahren war dreistufig: zunächst ging das Gesuch an die Gemeinde, danach an die Regierung; der definitive Entscheid lag beim Fürsten.¹⁰¹² Wichtigste Bedingung für die Aufnahme ins Bürgerrecht war die Bezahlung einer hohen Taxe. Hingegen bestand

¹⁰¹⁰ Veronika Marxer, Einbürgerungen, interner UHK-Bericht 2004, S. 5. Am höchsten war die Quote der jüdischen Einbürgerungen im Jahr 1938 (mindestens 83 Prozent).

¹⁰¹¹ So liess sich beispielsweise die Familie Jolles am 16. 1. 1939 in Liechtenstein einbürgern. Am 24. 1. übersandte das Polizeibüro des Kantons Graubünden die Wegweisungsverfügung der Familie aus der Schweiz. Die liechtensteinische Regierung teilte dem Polizeibüro mit, dass sich Jolles zur Zeit auf Reisen befinde, dass sie ihm aber die Wegweisungsverfügung nach dessen Rückkehr zusenden werde. Die erfolgte Einbürgerung verschwieg die Regierung, LLA, RF 189/034.

¹⁰¹² Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 9.

keine Wohnsitzpflicht. Ende Januar 1938 schränkte der Landtag den Kreis der möglichen Bürgerrechtskandidaten vorübergehend ein. Es sollten nur noch Kandidaten, die mindestens fünfzig Jahre alt waren, eingebürgert werden. Dazu führte der Landtag neue Taxen für minderjährige Kinder ein.¹⁰¹³ Auch der Verfahrensablauf wurde leicht geändert. Nun entschieden zuerst Landtag und Regierung über ein Gesuch, bevor die Gemeinden darüber befanden.¹⁰¹⁴ In der Praxis wurden die Beschlüsse nur bedingt umgesetzt. Bewerber, die jünger als fünfzig Jahre waren, lehnte die Regierung bis Ende 1938 zwar von vornherein ab,¹⁰¹⁵ aber schon 1939 wurde mehreren Kandidaten, die zum Teil erheblich jünger waren, das liechtensteinische Bürgerrecht wieder zugesprochen.¹⁰¹⁶ Auch die Regelung, wonach zuerst die Regierung und der Landtag über ein Gesuch zu befinden hatten, wurde 1938 nicht durchgesetzt. Deshalb beantragte Vizeregierungschef Alois Vogt im Januar 1939, kein Gesuch mehr zu behandeln, dem die Gemeinden bereits zugestimmt hatten.¹⁰¹⁷

Da die Einbürgerungstaxen sehr hoch waren, konnten sich nur sehr Reiche die liechtensteinische Staatsbürgerschaft leisten. Viele Gesuchsteller meldeten sich nicht mehr, nachdem sie von der Höhe der Taxen erfahren hatten, oder sahen mit Hinweis auf die Kosten von einer Fortsetzung des Verfahrens ab.¹⁰¹⁸ Die Gebühr setzte sich aus einer Gemeindetaxe, einer Landestaxe (50 Prozent der Gemeindetaxe) und einer Verwaltungstaxe von 1000 Franken zusammen.¹⁰¹⁹ Während der dreissiger Jahre stiegen die Taxen als Reaktion auf die steigende Nachfrage deutlich an: Kostete eine Einbürgerung anfänglich noch zwischen 10 000 und 15 000 Schweizer Franken,¹⁰²⁰ betrug die Taxe 1934 bereits zwischen 16 000 und 19 000 Franken,¹⁰²¹ 1935 22 500 Franken,¹⁰²² 1937 hob der Landtag die Gebühr auf insgesamt 37 500

¹⁰¹³ Für die Söhne mussten folglich ebenfalls mindestens 25 000 Franken Gemeindetaxe bezahlt werden, während sich die Gebühr für minderjährige Töchter auf 12 500 Franken belief. Zudem betrug die jährliche Einbürgerungssteuer neu mindestens 1000 Franken. LLA, LTp, 1938, Sitzung vom 31. 1. 1938.

¹⁰¹⁴ LLA, LTp, 1938, Sitzung vom 31. 1. 1938.

¹⁰¹⁵ Beispielsweise erhielt Erika Michel, die ihren Sohn einbürgern wollte, eine abschlägige Antwort. LLA, RF 179/041, Regierung an Erika Michel, 11. 3. 1938.

¹⁰¹⁶ LLA, V4/1939/01, Jolles Heinrich.

¹⁰¹⁷ LLA, RF 185/267, Regierung an Parteienvertreter, 5. 1. 1939.

¹⁰¹⁸ Zum Beispiel meldete sich der Anwalt Fritz Conradin, der seinem Klienten, einem achtzehnjährigen «Halb-Arier», die liechtensteinische Staatsbürgerschaft verschaffen wollte, nach der Antwort der Regierung nicht mehr. LLA, RF 181/146.

¹⁰¹⁹ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 98.

¹⁰²⁰ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 31.

¹⁰²¹ Davon entfielen 10 000 bis 12 000 Franken auf die Gemeinde und 5000 bis 6000 Franken aufs Land. Hinzu kam noch die erwähnte Gebühr von 1000 Franken. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 98.

¹⁰²² Nun beliefen sich die Gemeindetaxe auf 15 000 Franken und die Landestaxe auf 7500 Franken. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 98.

Franken an.¹⁰²³ Ende 1939 bezog der Landtag auch die allfälligen Nachkommen der Neubürger in die Taxerhebung mit ein. Für jedes nachgeborene Kind hatten die Neubürger nun 10 000 Franken nachzuzahlen.¹⁰²⁴ Zudem hatten die Neubürger ab 1936 namhafte Kautionen zu hinterlegen oder Pfandbriefe der Sparkasse in der Höhe von 30 000 Franken zu kaufen.¹⁰²⁵

Die liechtensteinischen Behörden knüpften die Einbürgerung abgesehen von der Entrichtung von Einbürgerungstaxen zuweilen noch an weitere Bedingungen. Ein Rechtsanwalt musste sich verpflichten, seinen Beruf im Land nicht auszuüben und mehrere mussten versprechen, ihre Staatsbürgerschaft im Falle von Armengeössigkeit wieder abzugeben.¹⁰²⁶

Die ökonomische Bedeutung der Einbürgerungen für Liechtenstein

Die Einnahmen aus den Einbürgerungen stellten eine der vier tragenden Säulen des liechtensteinischen Finanzhaushaltes dar.¹⁰²⁷ Zudem trugen die Einbürgerungskautionen zur Stützung der Landesbank bei, indem sie die Bank mit dringend benötigter Liquidität versorgten.¹⁰²⁸ Zwischen 1933 und 1940 nahmen Staat und Gemeinden insgesamt 3 786 900 Franken Einbürgerungstaxen ein¹⁰²⁹ und der Sparkasse flossen 1 110 000 Franken Einbürgerungskautionen zu.¹⁰³⁰ Allein im Jahr 1937 beliefen sich die Landeseinnahmen aus Einbürgerungen beispielsweise auf 380 000 Franken, was 12,3 Prozent der gesamten Staatseinnahmen ausmachte. Die Gemeinden nahmen im selben Jahr 676 000 Franken ein und konnten mit den Geldern dringend notwendige Investitionen tätigen.¹⁰³¹ Zu erwähnen sind auch die den Neubürgern auferlegten Steuern, die dem Staat beträchtliche Mehreinnahmen brachten.¹⁰³² Darüber hinaus spendeten die Neubürger in ihren neuen Gemeinden Geld für

¹⁰²³ 25 000 Franken für die Gemeinden und 12 500 Franken Landestaxe. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 98. Zur Entwicklung der Taxen siehe auch Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 31 f.

¹⁰²⁴ LLA, LTp, 1939, Sitzung vom 14. 11. 1939, S. 2.

¹⁰²⁵ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 31.

¹⁰²⁶ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 101.

¹⁰²⁷ Ebd., Bd. 1, S. 200.

¹⁰²⁸ Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005, S. 740.

¹⁰²⁹ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 81.

¹⁰³⁰ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 208.

¹⁰³¹ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 34. Unter den Gemeinden entbrannte zuweilen ein eigentlicher Konkurrenzkampf um die vor allem Anfang der vierziger Jahre selten gewordenen Einbürgerungen. So meldete beispielsweise die Gemeinde Eschen 1941 bei der Regierung ihr Interesse an, nachdem sie gehört hatte, dass eine Einbürgerung in Aussicht stand. LLA, RF 204/394.

¹⁰³² Die Steuern betrugen je nach Einkommen zwischen 100 und 1000 Franken. Allein zwischen 1930 und 1937 wurden mit Neubürgern Steuervereinbarungen von insgesamt 69 850 Franken getroffen. Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 33. Eingebürgerte, die ihre Steuern nicht bezahlten, erhielten ihren Pass nicht mehr erneuert, Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 101.

gemeinnützige Zwecke.¹⁰³³ Es ist offensichtlich, dass für die liechtensteinischen Behörden der Finanzaspekt der Einbürgerungen ausschlaggebend war.¹⁰³⁴

Einflussnahme durch die Schweiz und NS-Deutschland

Die Einbürgerungen waren in den dreissiger Jahren der wichtigste fremdenpolizeiliche Streitpunkt zwischen der Schweiz und Liechtenstein.¹⁰³⁵ Die schweizerischen Behörden versuchten seit Beginn der dreissiger Jahre, Liechtenstein von seiner bisherigen Einbürgerungspraxis abzubringen. Bis Anfang 1939 trugen die liechtensteinischen Behörden in ihrer Einbürgerungspraxis den schweizerischen Vorbehalten wenig Rechnung. Erst im Januar 1939 drängte Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt im Landtag darauf, mit Rücksicht auf die Schweiz weniger Einbürgerungen vorzunehmen.¹⁰³⁶ In der schweizerischen Beurteilung der liechtensteinischen Einbürgerungen spielten neben wirtschaftlichen Konkurrenzängsten auch Überfremdungsängste eine wichtige Rolle. Nach Ansicht der schweizerischen Fremdenpolizei waren die liechtensteinischen Neubürger nicht genügend assimiliert, da sie nie oder nur für kurze Zeit im Fürstentum gewohnt hatten. Hinzu kam, dass die schweizerische Diplomatie Liechtenstein im Ausland vertrat und somit auch den diplomatischen Schutz für die liechtensteinischen Neubürger wahrzunehmen hatte.¹⁰³⁷ 1939 einigten sich die schweizerischen Behörden und die liechtensteinische Regierung darauf, dass die Schweiz die Wahrnehmung des diplomatischen Schutzes von Neubürgern ablehnen konnte.¹⁰³⁸ Immerhin erklärte sich Bern auf Drängen Liechtensteins 1940 bereit, in den Fällen, in denen sie den diplomatischen Schutz nicht übernehmen wollte, wenigstens die Wünsche der liechtensteinischen Regierung an die betreffenden Drittstaaten weiterzuleiten.¹⁰³⁹

Mit Abschluss des Fremdenpolizeiabkommens Anfang 1941 verlor Liechtenstein seine Einbürgerungskompetenzen weitgehend. Fortan begutachtete das EJPD sämtliche Gesuche, und der Bundesrat konnte bei allen Kandidaten Einspruch erheben, die nicht mindestens zwei Jahre in Liechtenstein gewohnt hatten.¹⁰⁴⁰ Die Zahl der Einbürgerungen ging in der Folge deutlich

¹⁰³³ Ebd.

¹⁰³⁴ Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 102.

¹⁰³⁵ Siehe dazu Kapitel 2.3.

¹⁰³⁶ LLA, LTp, 1939, Sitzung vom 11. 1. 1939, insbesondere S. 1, Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt: «Die Situation wird für das Land dauernd schwieriger und wir verlieren zusehends auch das Vertrauen in Bern. Ich gehe so nicht mehr nach Bern, weil diese Frage immer wieder dort gestellt wird.»

¹⁰³⁷ Bereits 1930 wurden Klagen von einem schweizerischen Diplomaten in Ungarn laut, der die Interessen eines liechtensteinischen Neubürgers verteidigen musste. Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 10 f.

¹⁰³⁸ Ebd., S. 47.

¹⁰³⁹ Heeb/Marxer, Migrationspolitik, 2001, S. 42.

¹⁰⁴⁰ LLA, RF 245/448, EPD an Regierung, 23. 1. 1941.

zurück: Zwischen 1941 und dem Kriegsende fanden nur noch sieben Einbürgerungen (sechzehn Personen betreffend) statt.¹⁰⁴¹

Abgesehen von der Schweiz beobachtete auch NS-Deutschland die liechtensteinische Einbürgerungspraxis aufmerksam. Als Folge der Entführung von Fritz und Alfred Rotter und der darauf folgenden Diskussionen wurde das Bürgerrechtsgesetz von 1920 revidiert, die neue Fassung trat am 4. Januar 1934 in Kraft. Neu war eine dreijährige Wohnsitzpflicht, von der aber «in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen und ausnahmsweise» abgesehen werden konnte.¹⁰⁴² Die liechtensteinischen Behörden machten in der Folge während des untersuchten Zeitraums durchwegs von der Ausnahmeklausel Gebrauch, denn keiner der Kandidaten erfüllte die dreijährige Wohnsitzpflicht. Die Einführung der Domizilpflicht war Teil der Strategie, Deutschland zufriedenzustellen.¹⁰⁴³

5.1 Die liechtensteinische Einbürgerungspraxis 1933–1945

Insgesamt erwarben zwischen 1933 und 1945 110 bis 130 jüdische Flüchtlinge (zwischen 42 und 53 Einbürgerungsfälle) die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Während 1933 im Anschluss an die Entführung der Gebrüder Rotter nur noch zwei Einbürgerungsfälle behandelt wurden,¹⁰⁴⁴ stieg die Zahl der Einbürgerungen im darauf folgenden Jahr wieder markant an. 1934 erfolgten zwölf Einbürgerungen, etwa die Hälfte betraf Juden aus Deutschland. Im Jahr 1937, als weit mehr Einbürgerungsgesuche gutgeheissen wurden als in den übrigen Jahren, gelangten dreissig Einkäufe ins liechtensteinische Bürgerrecht zum Abschluss; mindestens siebzehn der Gesuche waren auf die jüdische Abstammung der Bewerber zurückzuführen.¹⁰⁴⁵ 1939 erreichte die Einbürgerungsbewegung mit 23 Fällen einen weiteren Höhepunkt.

Zumindest zwischen 1937 und 1939 erteilte Liechtenstein mehr jüdischen Flüchtlingen das Bürgerrecht, als es Flüchtlinge aufnahm.¹⁰⁴⁶ Liechtenstein bürgerte insbesondere im Dezember 1938 und zu Beginn des Jahres 1939 noch Flüchtlinge ein, während die Aufnahme von Flüchtlingen gestoppt war. Da die Einbürgerungen aufgrund der hohen Einkaufsgebühren erhebliches Kapital ins Land brachten, war es für Liechtenstein sehr viel lukrativer, Flüchtlinge aus Deutschland einzubürgern, als ihnen eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Ein weiterer

¹⁰⁴¹ LLA, V4/1941–1945.

¹⁰⁴² Das Gesetz vom 14. 11. 1933 trat am 10. 1. 1934 in Kraft. LGBl. 1934, Nr. 1, Gesetz über Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, 4. 1. 1934.

¹⁰⁴³ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 17, sowie Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 59.

¹⁰⁴⁴ Marxer, Einbürgerungen, interner UHK-Bericht 2004.

¹⁰⁴⁵ Ebd.

¹⁰⁴⁶ Ungefähr 95 aufgenommenen Flüchtlingen standen mindestens 110 eingebürgerte Jüdinnen und Juden gegenüber.

Grund für diese Einbürgerungen war auch, dass sich die Neubürger in der Regel nicht in Liechtenstein niederliessen und sie für das Land aufgrund der entrichteten Einbürgerungstaxen und der hinterlegten Kautionen kein finanzielles Risiko bargen.

Haltung der beteiligten Instanzen und Personen

Bis 1938 (und faktisch teilweise auch noch später) behandelten als erste die Gemeinden die Einbürgerungsgesuche. In der Regel wurden sie von den Gemeindeversammlungen mit grosser Mehrheit angenommen.¹⁰⁴⁷ Ob es auch zu ablehnenden Entscheiden in den Gemeinden kam, ist für die in Frage kommende Zeit noch nicht untersucht. Ablehnende Stellungnahmen waren vermutlich eher die Ausnahme, da die Gemeinden stärker als das Land von den Einnahmen abhängig waren.

Viele Einbürgerungskandidaten meldeten sich jeweils zuerst bei der Regierung. 1933 lehnte die Regierung mehrere Bewerber ungeachtet ihrer Motivation mit Hinweis auf das in Vorbereitung stehende Einbürgerungsgesetz ab.¹⁰⁴⁸ 1938, nach dem «Anschluss» Österreichs, wies die Regierung vorerst alle Bewerber zurück. Erst im September 1938 kam es wieder zu Einbürgerungen.¹⁰⁴⁹

Anders als bei den Aufenthaltsgesuchen fragte die Regierung bei Einbürgerungen die Eidgenössische Fremdenpolizei bis 1940 nicht nach ihrer Meinung. Daher entstand beispielsweise beim deutschen Juden Walter Davidsohn, der 1934 eingebürgert wurde, die paradoxe Situation, dass die liechtensteinische Regierung seinen Aufenthalt im Herbst 1933 wegen der kritischen Stellungnahme der Fremdenpolizei ablehnte, seiner Einbürgerung aber im Juli des darauf folgenden Jahres zustimmte. Offensichtlich achtete die Regierung bei den Einbürgerungen weniger auf schweizerische Interessen als bei den Flüchtlingsaufnahmen.

Diskussionen im Landtag – Jude als Rasse oder Jude als Mensch

Mit dem neuen Gesetz von 1933 konnte auch der Landtag zu den Einbürgerungen Stellung beziehen.¹⁰⁵⁰ Vereinzelt kam es nun zu Diskussionen darüber, inwieweit ausländische Standpunkte in die Beurteilung von Einbürgerungen einzubeziehen seien. Antisemitische Stimmen waren vorerst noch keine zu hören. Dies änderte sich mit dem Einzug der VU in den

¹⁰⁴⁷ Am knappsten war das Resultat bei Josef Stieglmayer. Die Gemeindeversammlung Schaan sprach sich im Oktober 1935 mit 106 gegen 81 Stimmen für seine Aufnahme aus. LLA, V4/1935/04.

¹⁰⁴⁸ LLA, RF 136/131. Herbert Simon beispielsweise war Katholik, er wollte sich in einem katholischen Land niederlassen.

¹⁰⁴⁹ Siehe dazu LLA, RF 179–181.

¹⁰⁵⁰ Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 17.

Landtag 1936.¹⁰⁵¹ Nun kam es verschiedentlich zu antisemitisch gefärbten Grundsatzdiskussionen, die jeweils von VU-Präsident Otto Schaedler lanciert wurden.¹⁰⁵² Gleich bei seiner ersten Teilnahme an einer Einbürgerungsdebatte machte Schaedler klar, dass nun vermehrt mit Opposition gegen die Einbürgerung jüdischer Gesuchsteller zu rechnen war: «Dr. Schädler [sic] beantragt, die Aufnahme des Bürgerrechtswerbers abzulehnen, weil er Jude sei und die Unterlagen nicht vollauf entsprächen.»¹⁰⁵³ Schaedler empfand die Anwesenheit von Juden als Bedrohung für die liechtensteinische Eigenart:

«Wir sind ein eigenes Völklein und ich bin dagegen, dass der Charakter unseres Volkes durch fremdstämmige Menschen verunreinigt wird. Ich prophezeie nicht viel, aber ich glaube, es geht in Erfüllung, dass wenn die Judeneinbürgerung lay [sic] gehandhabt wird, das Judenproblem in unserem Lande auftaucht und die, welche heute schützend mitmachen, werden dann mithelden [sic] müssen, sie hinauszuerwerfen. Wenn ein Jude sich irgendwo festsetzt, so wird er dafür sorgen, dass der nächste wieder ein Jude ist. Der Antisemitismus wird bei uns erst kommen. Damit er aber nicht akut werde schneiden wir das Übel bei der Wurzel ab. Ich möchte nur auf den Fall Rotter verweisen.»¹⁰⁵⁴

Paradoxerweise behauptete Schaedler, der seit Jahren antisemitische Ideen im «Heimatsdienst» propagieren liess, durch seine Haltung unter anderem zu verhindern, dass der Antisemitismus in Liechtenstein überhandnehme.¹⁰⁵⁵ Auf entsprechende Rückfrage von Regierungschef Hoop räumte Schaedler ein, dass er gegen Juden als Arbeitgeber nichts einzuwenden habe, schliesslich könne man diesen die Aufenthaltsbewilligung auch wieder entziehen.

Am energischsten verwahrte sich Landtagspräsident und Regierungschef-Stellvertreter Anton Frommelt dagegen, Antisemitismus nach nationalsozialistischem Vorbild auch in Liechtenstein aufkommen zu lassen. Er distanzierte sich vom nationalsozialistischen Rassengedanken:

«Es ist verfehlt, nach dem Blut zu urteilen. Man soll den Menschen nach seinem Charakter beurteilen. Es hat auch anständige Menschen unter den Nichtariern. Vom christlichen Standpunkte aus ist Mensch eben Mensch und es kommt nicht auf die Rasse an, sondern auf das, was einer tut. Diese Beurteilung nach Rasse und Blut ist zusehr nach ausländischen Verhältnissen entlehnt und wir haben keinen Grund, diesen Standpunkt auch bei uns anzuwenden. Diese Rassengeschichten sollte man bei uns zum Verschwinden bringen.»¹⁰⁵⁶

¹⁰⁵¹ Einige Historiker haben die antisemitischen Stellungnahmen von 1936 bereits hervorgehoben. Als erster hat sich Joseph Walk damit befasst, inzwischen haben auch Norbert Korfmaier, Peter Geiger und Tobias Ritter diese Debatten untersucht. Walk, Liechtenstein, 1986, S. 391; Korfmaier, Exil, 1993, S. 120–124; Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 99 f.; Ritter, Einbürgerungspolitik, 2001, S. 27–29.

¹⁰⁵² Vogt, Landtag, 1987, S. 178, 209.

¹⁰⁵³ LLA, LTp, 1936, Sitzung vom 18. 6. 1936, S. 1.

¹⁰⁵⁴ Ebd., S. 3.

¹⁰⁵⁵ Mit dieser Argumentationsweise stand Schaedler nicht allein da. Auch die Exponenten der schweizerischen Flüchtlingspolitik bedienten sich dieses Arguments, um ihre ablehnende Haltung gegenüber Juden zu rechtfertigen. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 66; Friedländer, Reich, 1997, S. 285 f.

¹⁰⁵⁶ LLA, LTp, Sitzung vom 18. 6. 1936, S. 2, Votum Anton Frommelt.

Allerdings widersprach Frommelt dem Bild vom tendenziell problematischen «Nichtarier» nicht völlig, indem er in seinem Votum den anständigen Juden unterschwellig als Ausnahme darstellte. Ob er dies aus Rücksichtnahme auf die Opposition so formulierte, ist offen. Jedenfalls war Frommelt das einzige Behördenmitglied, das aus grundsätzlichen Überlegungen gegen den rassistisch motivierten Antisemitismus offen Stellung bezog.

Regierungschef Hoop machte ökonomische Überlegungen zugunsten von Einbürgerungen geltend, machte aber keinen Hehl daraus, «dass er nicht ein grosser Freund sei von allzuviel Juden».¹⁰⁵⁷ Er war der Meinung, dass Liechtenstein ökonomisch auf Juden angewiesen sei und dass mit Ausnahme des Falles Rotter bis jetzt noch keine Schwierigkeiten entstanden seien.

Obige Argumentationsmuster setzten sich in den späteren Einbürgerungsdebatten fort. Die Vertreter der oppositionellen VU kämpften gegen den konfessionellen «Mischmasch»¹⁰⁵⁸ und behaupteten, die Neubürger würden durch ihr Verhalten den internationalen Ruf Liechtensteins schädigen.¹⁰⁵⁹ Die Vertreter der Regierungspartei argumentierten in erster Linie ökonomisch, betonten aber ebenfalls ihre Bedenken gegenüber der Einbürgerung von Juden. Die Voten der FBP-Landtagsabgeordneten waren sicherlich teilweise darauf ausgerichtet, die Bedenken der VU zu zerstreuen, indem sie sich wie die VU-Vertreter ebenfalls skeptisch äusserten, ihr Handeln aber mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit entschuldigten. Die Äusserungen der FBP-Vertreter entsprangen jedoch nicht nur politischem Kalkül. Aus ihren Voten gingen ebenfalls Vorbehalte gegenüber Juden hervor. Am deutlichsten sprach sich weiterhin Landtagspräsident Anton Frommelt gegen den rassistisch definierten Antisemitismus aus.¹⁰⁶⁰

In Gemeinden, denen VU-Exponenten vorstanden, setzten sich hingegen auch Abgeordnete der VU für die lukrativen Einbürgerungen ein. Die Pole Antisemitismus versus wirtschaftliche Notwendigkeit traten am deutlichsten in der Diskussion um die Einbürgerung von Georg Tietz und Familie in der Gemeinde Triesen hervor. Diesmal beantragte ein VU-Landtagsabgeordneter, Vorsteher Ferdinand Heidegger aus Triesen, die Einbürgerung in seine Gemeinde. Der Landtag lehnte das Gesuch jedoch ab, sowohl Vertreter der VU als auch der FBP stimmten dagegen. Heidegger war über das Ergebnis sehr bestürzt: «Die Gemeinde Triesen ist in grösster Not, so müssen wir die Arbeiten einstellen. Wir haben bereits schon einen Vorschuss darauf genommen.» Schliesslich nahm der Landtag nach eindringlichen Voten aus beiden Parteien einen Kurswechsel vor und befürwortete die Einbürgerung der Familie

¹⁰⁵⁷ LLA, LTp, Sitzung vom 18. 6. 1936, S. 2, Votum Josef Hoop.

¹⁰⁵⁸ LLA, LTp, 1936, Sitzung vom 29. 10. 1936, S. 1, Votum Schaedler.

¹⁰⁵⁹ LLA, LTp, 1939, Sitzung vom 14. 11. 1939, Traktandum 1.

¹⁰⁶⁰ LLA, LTp 1933–1939.

Tietz im zweiten Durchgang. Durch die Einbürgerung flossen der Gemeinde Triesen 20 000 Franken zu.¹⁰⁶¹ Ökonomische Überlegungen behielten schliesslich auch bei denjenigen Landtagsabgeordneten, die Einbürgerungen von Juden grundsätzlich verhindern wollten, den Vorrang gegenüber antisemitisch motivierten Vorbehalten. An der Diskussion um den Fall Tietz wird deutlich: Der mehr oder weniger offene Antisemitismus wurde vom finanziellen Nutzen, den die Einbürgerungen abwarfen, teilweise in Schranken gehalten.

5.2 Schutzwirkung des liechtensteinischen Bürgerrechts – Flucht nach Liechtenstein

Nach Hitlers Machtantritt waren alle in Deutschland lebenden Juden, gleich welcher Nationalität, von antisemitischer Verfolgung bedroht. Die Theaterdirektoren Alfred und Fritz Schaie, die als Kulturschaffende der antisemitischen Hetze besonders ausgesetzt waren, flohen schon Anfang 1933 aus Deutschland und kamen nach kurzer Zwischenstation in der Schweiz nach Liechtenstein, wo sie 1931 das Bürgerrecht erworben hatten. Die Wahlheimat Liechtenstein war für die Brüder aber kein sicherer Zufluchtsort. Sie fielen einem nationalsozialistisch motivierten Entführungsversuch zum Opfer.¹⁰⁶² Antisemitismus hatte in Liechtenstein das erste Mal gewalttätige Formen angenommen. Dabei war es bezeichnend, dass gerade liechtensteinische Neubürger davon betroffen waren. In Teilen der liechtensteinischen Bevölkerung bestand ein gewisses Unbehagen, teils auch antisemitische Vorurteile gegenüber jüdischen Neubürgern.

Nur wenige der nach 1933 eingebürgerten Flüchtlinge liessen sich im Fürstentum nieder.¹⁰⁶³ Die Bedeutung der neuen Staatsbürgerschaft lag offensichtlich weniger in der liechtensteinischen Niederlassungsbewilligung als in der weltweiten Bewegungsfreiheit, die der liechtensteinische Pass verschaffte. Einigen Eingebürgerten gelang die Ausreise nach Übersee, viele blieben an ihrem bisherigen Wohnort, etwa in den Niederlanden oder in Frankreich. Infolge des deutschen Eroberungszuges gerieten ab 1940 einige Neubürger in akute Gefahr, weshalb sie nun versuchten, nach Liechtenstein zu fliehen.

¹⁰⁶¹ LLA, V4/1937/10.

¹⁰⁶² Siehe dazu Kapitel 2.2.3.

¹⁰⁶³ Nach ihrer Einbürgerung lebten folgende Neubürger zumindest zeitweise in Liechtenstein: Walter Davidsohn (LLA, V4/1934/6); Othmar Strauss (LLA, V4/1937/13); Paul Ernst Herlitz (LLA, V4/1937/28); Martin Tietz (LLA, RF 185/020) sowie vermutlich auch Franz und Auguste Niermann (LLA, V4/1936/01). Siehe dazu auch Tisa, Kunstmarkt, 2005, S. 91–96.

Flucht von liechtensteinischen Neubürgern nach Liechtenstein

Nach der Annexion beziehungsweise Besetzung ihres aktuellen Aufenthaltsstaates durch NS-Deutschland waren mindestens zwei Familien und zwei jüdische Frauen mit liechtensteinischer Staatsbürgerschaft von nationalsozialistischer Verfolgung bedroht. An diesen Beispielen lässt sich ermessen, welchen Schutz das liechtensteinische Staatsbürgerrecht entfaltete und mit welchem Erfolg sich die schweizerische Diplomatie für die Bedrohten einsetzte.

Als erster geriet Moritz Gruental in Bedrängnis. Nach seiner Einbürgerung im Oktober 1937 blieb das Ehepaar Gruental weiterhin in den Niederlanden wohnhaft.¹⁰⁶⁴ Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde Gruental von der Wehrmacht verhaftet. Die Demarchen des schweizerischen Gesandten in Den Haag blieben vorerst erfolglos.¹⁰⁶⁵ Anscheinend war die Verhaftung aufgrund eines alten Steuersteckbriefes aus Düsseldorf erfolgt, deshalb wurde Gruental nach Düsseldorf überführt.¹⁰⁶⁶ Zwei Monate nach seiner Verhaftung sprach Gruental im schweizerischen Generalkonsulat Düsseldorf vor und äusserte sich zuversichtlich, dass das Verfahren wegen Devisenvergehens in einigen Wochen abgeschlossen sein würde.¹⁰⁶⁷ Als er Ende Oktober 1940 ausreisen wollte, hielten ihn die deutschen Behörden erneut zurück, da die Reichsfluchtsteuer noch nicht bezahlt war.¹⁰⁶⁸ Nach späterer Darstellung Gruentals waren nicht nur finanzielle Gründe für die Verhaftung ausschlaggebend gewesen. Er stand auch im Verdacht, für eine britische Gesellschaft tätig gewesen zu sein und deutsche Interessen geschädigt zu haben.¹⁰⁶⁹ Schliesslich gelang es Gruental dank einer Lösegeldzahlung von 20 000 Franken, die über den schweizerischen Anwalt Arthur Wiederkehr lief,¹⁰⁷⁰ doch noch, sich in Liechtenstein in Sicherheit zu bringen, wo er Mitte November 1940 – nach ungefähr vier Monaten Haft – endlich ankam.¹⁰⁷¹ In einem Bericht an die Abteilung für Auswärtiges in Bern führte Gruental nach seiner Freilassung aus, dass ihm die Lösegeldzahlung sowie die liechtensteinische Staatsbürgerschaft die Flucht aus Deutschland ermöglicht hätten.¹⁰⁷²

¹⁰⁶⁴ LLA, V4/1937/20.

¹⁰⁶⁵ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, Gesandtschaft in Den Haag an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 18. 6. 1940.

¹⁰⁶⁶ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, Gesandtschaft in Den Haag an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 22. 7. 1940.

¹⁰⁶⁷ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, Konsulat Düsseldorf an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 27. 9. 1940.

¹⁰⁶⁸ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, Konsulat Düsseldorf an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 30. 10. 1940.

¹⁰⁶⁹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, «Sachliche Darstellung» des Ing. M. Gruental an EPD, 1. 7. 1941.

¹⁰⁷⁰ Zeugin/Sandkühler, Freikäufe, 2001, S. 126.

¹⁰⁷¹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, Konsulat Düsseldorf an Abteilung für Auswärtiges, 11. 11. 1940.

¹⁰⁷² BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 26, «Sachliche Darstellung» des Ing. M. Gruental an EPD, 1. 7. 1941.

Die jüdische Familie Altmann, die im Februar 1938 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben hatte,¹⁰⁷³ war in Paris wohnhaft. Bereits in den ersten Monaten nach der Besetzung Nordfrankreichs erliessen die deutschen Militärbefehlshaber antisemitische Bestimmungen. Gustav Altmann versuchte seit Ende 1940 auszuwandern, hatte aber Schwierigkeiten, die Ausreisebewilligung zu erhalten. Ferner wollte er Frankreich nicht verlassen, bevor seine Ausreise nach Übersee organisiert war. Das kubanische Visum für die Familie Altmann lag Ende Dezember 1940 vor.¹⁰⁷⁴ Ausser Altmanns Sohn Robert, der sich damals in Genf befand, reiste aber kein weiteres Familienmitglied nach Kuba. Die Situation der in der deutsch besetzten Nordzone Frankreichs wohnenden Juden verschärfte sich zusehends. Die diplomatischen Vertreter der Schweiz versuchten seit Sommer 1942, einen Rücktransport für die verbliebenen Schweizer Juden zu organisieren.¹⁰⁷⁵ Die Bedrohung war akut. Die erste schweizerische Familie war im Juli 1942 nach Auschwitz deportiert worden.¹⁰⁷⁶ Nach einigen Verzögerungen kam der Rücktransport Anfang 1943 zustande und 191 Schweizer Juden aus der Nordzone wurden in die Schweiz zurückgeführt. Mit ihnen konnten sich als einzige Liechtensteiner Gustav Altmann und eine seiner Töchter retten.¹⁰⁷⁷ Die Rückreise von Altmanns Frau Berta verzögerte sich aus unbekannten Gründen. Berta Altmann verblieb vorerst mit zwei Töchtern in Paris. Ab Frühjahr 1943 schrieb die liechtensteinische Regierung regelmässig nach Bern, um die Ausreise voranzutreiben, da sich Gustav Altmann grosse Sorgen machte. Schliesslich erhielten Mutter und Töchter Altmann ein deutsches Transitvisum und kamen Mitte August 1943 in Basel an.¹⁰⁷⁸

Ausreisen konnte dank ihrer liechtensteinischen Staatsbürgerschaft auch Marie Frankl, die seit 1925 Bürgerin von Schellenberg war. Sie war als Jüdin in Wien 1943 trotz ihrer liechtensteinischen Staatsbürgerschaft akut bedroht, weil die Nationalsozialisten seit dem 1. April 1943 nicht mehr zwischen ausländischen und einheimischen Juden unterschieden. Das EPD forderte deshalb Frankl auf, einen Ausreisevermerk zu beantragen und Wien zu verlassen. Gleichzeitig beauftragte das EPD die Gesandtschaft in Berlin, das Visumsgesuch bei den deutschen Behörden zu befürworten.¹⁰⁷⁹ Das erste Gesuch Frankls für einen Ausreisevermerk wiesen die betreffenden Stellen in Wien ab. Deshalb setzte sich die schweizerische

¹⁰⁷³ LLA, V4/1938/05.

¹⁰⁷⁴ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 22, Cubanisches Konsulat in Genf an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 3. 3. 1941.

¹⁰⁷⁵ Die Situation der Schweizer Juden in Frankreich beschreiben Papaux, Attitude, 2000, S. 29–38, und Picard, Schweiz, 1997, S. 187–193.

¹⁰⁷⁶ Speck, Rothschild, 2001, S. 44–47.

¹⁰⁷⁷ Altmann, Memoiren, 2000, S. 18.

¹⁰⁷⁸ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 22, Telegramm des schweizerischen Konsulats Paris an EPD, 13. 8. 1943.

Gesandtschaft in Berlin zehn Tage später erneut und diesmal mit Erfolg für Frankl ein.¹⁰⁸⁰ Dank der Intervention der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin wurde der zunächst verweigerte deutsche Ausreisevermerk ausgestellt, und Maria Frankl konnte nach Liechtenstein gelangen.¹⁰⁸¹

Der letzte Fall – zweifellos der dramatischste von allen – ist jener von Valeska von Hoffmann. Ihr Mann, Philipp von Hoffmann, hatte sich 1932 in Liechtenstein einbürgern lassen.¹⁰⁸² Durch ihre Heirat wurde auch Valeska liechtensteinische Staatsbürgerin. Valeska von Hoffmann stammte aus Wien und galt aufgrund ihrer jüdischen Vorfahren als Jüdin. Das Paar lebte seit 1932 in Meran.¹⁰⁸³ Philipp von Hoffmann starb 1943. Nach der Besetzung Italiens durch Deutschland befanden sich auch die in Italien lebenden Juden in höchster Lebensgefahr. Im Herbst 1943 traf in Liechtenstein die Nachricht ein, Valeska von Hoffmann sei deportiert worden.¹⁰⁸⁴ Sogleich beauftragte die liechtensteinische Regierung die Schweiz, sich für Hoffmann einzusetzen. Die schweizerischen Gesandtschaften in Rom und in Berlin forderten daraufhin die Freilassung von Hoffmanns.¹⁰⁸⁵ Mehrfach tauchten Berichte auf, von Hoffmann sei nun freigelassen worden, doch bewahrheiteten sie sich nicht.¹⁰⁸⁶ Ende 1943 entschieden die deutschen Behörden, Valeska von Hoffmann als «Austauschobjekt» im Austausch von politischen Gefangenen zu benutzen. Offensichtlich mangelte es in Deutschland hierfür an geeigneten «Austauschobjekten». Valeska von Hoffmann sollte die deutsche Verhandlungsposition stärken.¹⁰⁸⁷ Dies war jedoch nur möglich, wenn sie als politische Gefangene galt. Der entsprechende «Nachweis» konnte schliesslich erbracht werden. Der Chef

¹⁰⁷⁹ LLA, RF 218/418, EPD an liechtensteinische Regierung, 12. 3. 1943.

¹⁰⁸⁰ Am 8. 4. wies der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes den Polizeipräsidenten in Wien an, den Ausreisevermerk zur «einmaligen Ausreise nach Liechtenstein» zu erteilen. PA/AA, Inland II A/B, R 99426, Juden in Liechtenstein, schweizerische Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 13. 3. 1943; schweizerische Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 23. 3. 1943, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes an Auswärtiges Amt, 8. 4. 1943, Auswärtiges Amt an schweizerische Gesandtschaft, 29. 4. 1943.

¹⁰⁸¹ LLA, RF 200/201.

¹⁰⁸² LLA, V4/1932/09.

¹⁰⁸³ Geiger, Liechtensteinerin, 2004, S. 105 f.

¹⁰⁸⁴ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 43, Rüfenacht an Abteilung für Auswärtiges (EPD), 29. 9. 1943, Abteilung für Auswärtiges (EPD) an Rüfenacht, 6. 10. 1943. Von Hoffmann wurde am 16. 9. 1943 mit 24 anderen Juden aus Meran verhaftet. Geiger, Liechtensteinerin, 2004, S. 110.

¹⁰⁸⁵ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt Berlin, 27. 9. 1943, und schweizerische Gesandtschaft Berlin an Auswärtiges Amt, 19. 10. 1943.

¹⁰⁸⁶ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 43, Abteilung für Auswärtiges (Stucki) an Frölicher, 13. 10. 1943, und LLA, RF 221/150, EPD an Regierung, 23. 2. 1944.

¹⁰⁸⁷ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, Gesandtschaftsrat von Hostiz an Generalkonsul Speiser, 4. 11. 1943, und Auswärtiges Amt an Reichssicherheitshauptamt, SS-Obersturmbannführer Eichmann, 11. 11. 1943.

der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes berichtete auf Anfrage, dass von Hoffmann gegen Deutschland agitiert habe und auch als Spionin tätig gewesen sei.¹⁰⁸⁸ Nach mehreren ergebnislosen Nachfragen erhielt die schweizerische Gesandtschaft in Berlin im April 1944 folgenden Bescheid:

«Die Nachprüfung der Angelegenheit der liechtensteinischen Staatsangehörigen Valeska von Hoffmann hat ergeben, dass die Genannte während ihres Aufenthaltes in Italien durch ständige Fühlungnahme mit deutschfeindlichen Elementen sich reichsfeindlich betätigt hat. Weiterhin ist sie dringend der Spionage verdächtig. Unter diesen Umständen kann der Ausreise der Genannten nicht zugestimmt werden.»¹⁰⁸⁹

Die Abteilung für Auswärtiges in Bern fand das Vorgehen der deutschen Behörden unzulässig und setzte die diplomatischen Bemühungen fort.¹⁰⁹⁰ Im Sommer 1944 schien es, als ob der Austausch von in der Schweiz gefangenen deutschen Spionen mit von Hoffmann gelingen könnte. Doch wünschten nun die Schweizer Behörden den Austausch aus unbekannten Gründen nicht mehr.¹⁰⁹¹ Stattdessen drängte die schweizerische Gesandtschaft in Berlin im Auftrag Liechtensteins weiterhin auf von Hoffmanns Freilassung. Ab September wäre der Austausch selbst mit Zustimmung der Schweiz nicht mehr möglich gewesen, da von Hoffmann inzwischen nach Ravensbrück überführt worden war und der Chef des Sicherheitsdienstes einen Austausch nun aus Sicherheitsgründen ablehnte.¹⁰⁹² Die deutschen Behörden bemühten sich in der Folge nicht besonders um die Beilegung des Falles. Wie einem internen Schreiben vom 20. Dezember 1944 zu entnehmen ist, waren im Auswärtigen Amt Akten zeitweilig verloren gegangen, was die Wiederaufnahme des Falles verzögert hätte. Dies wurde aber nicht als problematisch empfunden, sondern führte zum Entschluss, nicht zu reagieren, bis die Schweiz erneut intervenieren würde.¹⁰⁹³ Die Freilassung von Valeska von Hoffmann konnte bis zum Kriegsende nicht erwirkt werden. Sie überlebte die Kriegsjahre im KZ und kehrte danach nach Meran zurück.¹⁰⁹⁴ Während keiner von den anderen 24 Juden, die gleichzeitig mit von Hoffmann aus Meran deportiert worden waren, überlebte,¹⁰⁹⁵ blieb Valeska von Hoffmann

¹⁰⁸⁸ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, 12. 4. 1944.

¹⁰⁸⁹ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, Auswärtiges Amt an schweizerische Gesandtschaft, 27. 4. 1944.

¹⁰⁹⁰ BAR, E 2200.53 (-) -/20, Bd. 43, Abteilung für Auswärtiges (EPD) an Regierung, 11. 5. 1944, und PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, schweizerische Gesandtschaft an Auswärtiges Amt, 23. 6. 1944 und 4. 9. 1944. In beiden Noten drängte die schweizerische Gesandtschaft auf Freilassung.

¹⁰⁹¹ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, handschriftliche Aufzeichnung, 29. 7. 1944.

¹⁰⁹² PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, Thadden, 5. 9. 1944.

¹⁰⁹³ PA/AA, Inland II A/B, 83-26, Juden in Liechtenstein, Valeska von Hoffmann, maschinenschriftliche Notiz, 20. 12. 1944.

¹⁰⁹⁴ LLA, RF 221/150, liechtensteinische Gesandtschaft an liechtensteinische Regierung, 10. 10. 1945.

¹⁰⁹⁵ Geiger, Liechtensteinerin, 2004, S. 112.

dank der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft und den liechtensteinischen und schweizerischen Bemühungen Schlimmeres erspart.

Die Bilanz zur Schutzwirkung der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft fällt somit positiv aus. Alle der heute bekannten Fälle von im NS-Gebiet bedrohten liechtensteinischen Staatsangehörigen überlebten. Allerdings war Gruentals Freilassung nur aufgrund der Bezahlung von 20 000 Franken und jene von Hoffmanns bis Kriegsende überhaupt nicht möglich.

Die schweizerische Diplomatie setzte sich für die Belange der liechtensteinischen Juden ein, obwohl die Schweiz das Fürstentum 1939 dazu gedrängt hatte, offiziell auf den diplomatischen Schutz für seine Neubürger durch die Schweiz zu verzichten. Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht eine Diskussion aus dem Jahr 1943 zwischen Hans Frölicher, schweizerischer Gesandter in Berlin, und Peter Anton Feldscher, Chef der Abteilung für fremde Interessen der Gesandtschaft Berlin. Frölicher warf die Frage auf, ob liechtensteinische Neubürger überhaupt diplomatischen Schutz beanspruchen könnten. Daraufhin führte Feldscher aus, dass alle Schweizer und Liechtensteiner Anrecht darauf hätten, egal auf welche Weise sie ihr Staatsbürgerrecht erhalten hatten.¹⁰⁹⁶ Diese Auffassung scheint sich auch bei den anderen Diplomaten durchgesetzt zu haben.

Die schweizerischen Aussenstellen engagierten sich nicht nur für den Schutz von Leib und Leben, sondern auch für den Schutz der im NS-Machtbereich verbliebenen Vermögenswerte, was in zahlreichen Fällen zu Interventionen führte. Der Erfolg solcher Schritte war unterschiedlich. Er hing vor allem davon ab, seit wann die fragliche Person liechtensteinischer Bürger war. Ging die Einbürgerung vor den Anfang des «Arisierungsverfahrens» zurück, bestanden reelle Chancen, die Werte freizubekommen, war das Gegenteil der Fall, so waren Interventionen in der Regel erfolglos.¹⁰⁹⁷

Fluchtversuche durch Erwerb der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft

Mehrere in den besetzten Niederlanden festgehaltene deutsche Juden versuchten ferner, über den Erwerb der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft nach Liechtenstein zu fliehen. Diese

¹⁰⁹⁶ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 30, Dossier Arthur Holti.

¹⁰⁹⁷ So gelang es dem schweizerischen Konsulat in Wien, das Wiener Schloss der oben erwähnten Marie Frankl, Bürgerin seit 1925, im Herbst 1943 vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu retten. LLA, RF 218/418. Dagegen konnte die «Arisierung» der Firma von Moritz Arndt nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das «Arisierungsverfahren» lief seit Mitte Dezember 1938, Arndt erwarb die liechtensteinische Staatsbürgerschaft jedoch erst am 28. 1. 1939. LLA, V4/1939/06 und LLA, RF 190/235. Zur Wirkung der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft beim Schutz von Vermögenswerten liechtensteinischer Neubürger siehe insbesondere Lussy/López, Finanzbeziehungen, 2005, insbes. S. 182 und Kapitel 3.5.

Bemühungen liefen über die schweizerische Anwältin Anna Hochberg, die zusammen mit ihrem Mann bis 1942 in den Niederlanden gewohnt hatte, bevor sie in die Schweiz zurückkehrte. Sie versuchte mehrmals, durch Vermittlung von Lösegeldzahlungen an die deutschen Behörden bedrohte Juden freizukaufen.¹⁰⁹⁸

Abgesehen von Freikäufen versuchte Anna Hochberg auch in mindestens zwei Fällen, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft zu vermitteln, wodurch die Betroffenen gemäss der Schweizer Anwältin «zwar nicht ohne Weiteres eine Ausreise-Erlaubnis erwarten konnten, aber als Bürger eines neutralen Landes allenfalls von sämtlichen Judenmassnahmen, auch den vermögensrechtlichen, befreit worden wären».¹⁰⁹⁹ Bei diesen beiden Versuchen handelte es sich um Nachkommen von liechtensteinischen Neubürgern. Im ersten Fall sollten auf diese Weise die Tochter von Rudolf Floersheim, die nun Frank hiess, und ihre Familie gerettet werden. Hochberg bot der Familie Frank die liechtensteinische Staatsbürgerschaft für 150 000 Franken an.¹¹⁰⁰ Sie hielt die Chancen für eine Einbürgerung der Familie Frank für sehr günstig, da der Vater von Frank, Rudolf Floersheim, «zu seiner Zeit sehr viel für Liechtenstein getan hat».¹¹⁰¹ Die Verhandlungen scheiterten aber aus unbekannten Gründen, und die Familie wurde nach Bergen-Belsen transportiert, wo sie am 23. April 1945 befreit wurde.¹¹⁰²

Beim zweiten Fall handelte es sich um die Tochter des Neubürgers Moritz Gruental, Ruth Klestadt und ihre Familie.¹¹⁰³ Anna Hochberg suchte die Eltern Gruental in Vaduz auf und traf sich auch mit Anwalt Alois Ritter, um die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten zu besprechen.¹¹⁰⁴ Berthold Klestadt und seine Frau reichten selbst ein Einbürgerungsgesuch bei der liechtensteinischen Regierung ein. Diese äusserte sich grundsätzlich positiv, betrachtete eine Einbürgerung aufgrund der Formalitäten, die erfüllt werden mussten, jedoch als sehr schwierig.¹¹⁰⁵ Die Familie Klestadt wurde nicht eingebürgert und blieb im

¹⁰⁹⁸ Indes klappte keiner dieser Freikäufe. Die Alliierten setzten sie dessenungeachtet Ende 1942 wegen ihrer Tätigkeit als Vermittlerin zusammen mit einem weiteren Schweizer Anwalt auf die schwarze Liste. Zu den Freikaufversuchen schweizerischer Akteure siehe Zeugin/Sandkühler, Freikäufe, 2001.

¹⁰⁹⁹ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 274, Stellungnahme von Anna Hochberg zu Handen des EPD, o. D., Eingangsdatum 23. 12. 1942.

¹¹⁰⁰ Zeugin/Sandkühler, Lösegelderpressungen, 2001, S. 90.

¹¹⁰¹ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 274, Stellungnahme von Anna Hochberg zu Handen des EPD, o. D., Eingangsdatum 23. 12. 1942.

¹¹⁰² Zeugin/Sandkühler, Lösegelderpressungen, 2001, S. 90.

¹¹⁰³ BAR, E 2001 (D) -/3, Bd. 274, Stellungnahme von Anna Hochberg zu Handen des EPD, o. D., Eingangsdatum 23. 12. 1942.

¹¹⁰⁴ Ebd.

¹¹⁰⁵ LLA, RF 221/054. Das Dossier endet abrupt.

Internierten austauschlager Bergen-Belsen festgehalten. Berthold Klestadt starb dort im Frühjahr 1945, während seine Frau und die Kinder den Krieg überlebten.¹¹⁰⁶

Die Versuche von ausländischen Juden, die sich im NS-Machtgebiet in nationalsozialistischer Gefangenschaft befanden, mittels Erwerb der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft eine Ausreiseerlaubnis nach Liechtenstein zu erhalten, schlugen allesamt fehl. Dagegen gelang es einigen liechtensteinischen Neubürgern, ihre Verwandten nach Liechtenstein zu holen.¹¹⁰⁷

¹¹⁰⁶ Siehe Kapitel 4.2.2.

¹¹⁰⁷ Siehe dazu insbesondere Kapitel 4.2.1.3.

6 Flüchtlingsalltag in Liechtenstein

Im Folgenden stehen die Flüchtlinge im Mittelpunkt, die zur Zeit des Nationalsozialismus in Liechtenstein gelebt haben. Es soll ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation untersucht und nach ihren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt gefragt werden.

6.1 Gesellschaftliche und religiöse Aspekte

Gefühl der Bedrohung

Da Liechtenstein ab März 1938 an Deutschland grenzte, keine eigene Armee das Fürstentum schützte, und da eine aktive und unüberhörbare nationalsozialistische Bewegung in Liechtenstein agitierte, fühlten sich die hier wohnenden Flüchtlinge generell unsicher. Viele erwarteten einen baldigen Umsturz nach österreichischem Muster. In der so genannten Putschnacht vom 24. März 1939, als liechtensteinische Nationalsozialisten den «Anschluss» Liechtensteins an Deutschland forcieren wollten, floh ein Grossteil der jüdischen Flüchtlinge vorübergehend in die Schweiz, die meisten ins nahegelegene Buchs.¹¹⁰⁸ Bei Kriegsbeginn begaben sich erneut mehrere liechtensteinische Flüchtlinge auf sanktgallisches Gebiet und kehrten einige Tage später nach Liechtenstein zurück.¹¹⁰⁹ Das permanente Gefühl der Unsicherheit geht auch aus Anfragen von Flüchtlingen hervor. Ein deutscher Jude, der mit seiner Familie im März 1939 nach Liechtenstein geflohen war, beantragte im Mai 1940 bei der Eidgenössischen Polizeiabteilung die Aufenthaltserlaubnis für einen Westschweizer Kanton, beispielsweise Genf. Er wollte dort mit seiner Frau das Visum für Palästina abwarten:

«Mich darüber auszulassen, was mich den Antrag stellen lässt, den Empfang des Zertifikates für meine Frau und mich nicht in Liechtenstein abwarten zu müssen – in so unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze – sondern irgendwo in der Schweiz – möglichst Genfersee oder sonstwo wo Sie es verlangen – dürfte sich wohl erübrigen, da Ihnen die z. Zt. herrschende Unruhe unter uns jüdischen Emigranten im Fürstentum Liechtenstein ja nicht unbekannt sein wird.»¹¹¹⁰

Ein anderer Flüchtling, der seit 1938 mit seiner Familie in Liechtenstein wohnte, regte bei der liechtensteinischen Regierung Anfang 1940 an, sie möge bei den schweizerischen Behörden vorstellig werden, um im Fall eines deutschen Angriffs auf Liechtenstein den

¹¹⁰⁸ LLA, RF 190/195, «Verzeichnis der Juden, die am 24. und 26. 3. 1939 von Liechtenstein abgereist sind.» Die jüdischen Flüchtlinge haben sich bei ihrer Flucht in die Schweiz nicht untereinander abgesprochen. Walter Moos, der 1937 mit seinen Eltern nach Liechtenstein gekommen war, erzählte, dass seine Familie in der Putschnacht mittels Telefonanruf gewarnt worden sei. Daraufhin seien sie Hals über Kopf nach Buchs geflohen. Interview mit Walter Moos, 24. 10. 2003.

¹¹⁰⁹ Interview mit Walter Moos, 24. 10. 2003.

¹¹¹⁰ LLA, RF 199/049, Max Friesländer an Polizeiabteilung, 17. 5. 1940.

liechtensteinischen Flüchtlingen die Flucht in die Westschweiz zu ermöglichen.¹¹¹¹ Mit der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 – die Westschweiz grenzte nun ebenfalls direkt an den NS-Machtraum – erübrigte sich nach Auffassung des Chefs der Polizeiabteilung Heinrich Rothmund die Anfrage, die von der schweizerischen Fremdenpolizei ohnehin nicht gutgeheissen worden wäre.¹¹¹² Das Gefühl der Bedrohung blieb bei den meisten Flüchtlingen bis kurz vor Kriegsende bestehen, weshalb die meisten versuchten, Liechtenstein möglichst schnell zu verlassen.¹¹¹³

Alltag im Spannungsfeld von gesellschaftlicher Integration und Antisemitismus

Die Aussagen von Zeitzeugen zeichnen ein widersprüchliches Bild vom Kontakt der Flüchtlinge zur lokalen Bevölkerung und zu den liechtensteinischen Behörden. Auf der einen Seite erinnern sich damalige Flüchtlingskinder daran, recht schnell integriert gewesen zu sein. Zwei Zeitzeugen, die im Kindesalter nach Liechtenstein kamen, erzählen heute, dass sie zwar zuerst als Exoten wahrgenommen worden seien, sich aber bemüht hätten, schnell Dialekt zu lernen; dies habe bei ihrer Integration stark geholfen.¹¹¹⁴ Die Erinnerungen sind generell von Dankbarkeit geprägt, der Kontakt zur Bevölkerung wird grundsätzlich als angenehm beschrieben. Inwieweit die Kontakte zur liechtensteinischen Bevölkerung über den üblichen Alltagskontakt hinausgingen, ist nicht abschliessend zu beantworten. Es scheint, dass sich die engeren Kontakte weitgehend auf den Kreis der Flüchtlinge beschränkten.

Auf ihr Verhältnis zu den Behörden angesprochen, hoben die meisten Zeitzeugen den guten Kontakt zu Regierungssekretär Ferdinand Nigg hervor.¹¹¹⁵ Nigg besorgte in den vierziger Jahren den fremdenpolizeilichen Schriftverkehr zwischen Bern und Liechtenstein und war deshalb oft Ansprechpartner von Flüchtlingen.¹¹¹⁶ Sehr schlecht kommt in den Erinnerungen der liechtensteinischen Flüchtlinge die Eidgenössische Fremdenpolizei weg, sie habe die Fremdenpolitik in Liechtenstein dominiert und sei «fremdenhässig» gewesen.¹¹¹⁷ Die damaligen Flüchtlinge lasten ihre negativen Erfahrungen primär der Schweizer Fremdenpolizei an, obwohl teils auch die liechtensteinische Regierung dafür verantwortlich war. So berichtete

¹¹¹¹ LLA, RF 199/165, Amtsvermerk o. D.

¹¹¹² LLA, RF 199/165, Heinrich Rothmund an Regierungschef, 1. 7. 1940. Siehe dazu auch Korfmacher, Exil, 1993, S. 130.

¹¹¹³ Zu den Auswanderungsversuchen der in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlinge siehe Kapitel 6.4.

¹¹¹⁴ Interview mit Walter Otten, 21. 2. 2003, und Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003.

¹¹¹⁵ Yad Vashem, 0.48/88.2, Susi Pugatsch-Sommer an Prof. Walk, o. D., und Edith Guggenheim-Strauss an Prof. Walk, 21. 1. 1985. Ferner Interview von Doron Niederland mit Susi Pugatsch-Sommer, 10. 10. 2002, sowie Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003.

¹¹¹⁶ Ferdinand Nigg wurde 1945 Regierungschef-Stellvertreter und war unter anderem für den Fremdenpolizeibereich zuständig.

ein Zeitzeuge, die schweizerische Fremdenpolizei habe Anfang 1939 die Einreise seiner Grosseltern nach Liechtenstein verhindert. Die Dokumente im Liechtensteinischen Landesarchiv zeigen aber, dass die Fremdenpolizei das Gesuch, welches im Konsulat Breslau eingegangen war, der liechtensteinischen Regierung wie gewohnt zur Stellungnahme vorlegte, ohne dazu ihre Meinung zu äussern. Die liechtensteinische Regierung lehnte den Antrag – gleich wie alle anderen Anträge zu Beginn des Jahres 1939 – ab und teilte der schweizerischen Fremdenpolizei ihren Entscheid mit, woraufhin diese das Konsulat in Breslau entsprechend instruierte.¹¹¹⁸

Neben den allgemein eher positiven Erinnerungen an die Bevölkerung und die Regierung liegen aber auch Berichte von Diskriminierungen im Alltag wie auch von regelmässigen Übergriffen durch nationalsozialistisch gesinnte Liechtensteiner und Deutsche vor. Ein Flüchtling, der von den frühen dreissiger Jahren bis zum Kriegsende in Liechtenstein lebte, erzählte, dass die Präsenz des Antisemitismus stark mit der allgemeinen Zukunftserwartung zusammenhing: Als der Endsieg der Deutschen nach dem Fall Frankreichs im Sommer 1940 nah schien, waren die jüdischen Flüchtlinge vermehrt mit Pöbeleien und Anrempelungen konfrontiert.¹¹¹⁹ Wie folgendes Beispiel zeigt, kamen auch danach noch antisemitisch motivierte Übergriffe vor. Im November 1943 beschwerte sich ein in Vaduz wohnender Flüchtling, dass er von einem Vaduzer Einwohner und dessen Kindern ständig belästigt werde. Sie würden ihm Jude nachrufen und hätten ihn auch mit Steinen beworfen. Die Regierung warnte daraufhin den Beschuldigten, worauf dieser Folgendes zu Protokoll gab: «[...] er werde es den Kindern sagen, aber er wisse nichts davon, dass so etwas vorgekommen sei. Uebrigens habe er schon genug, wenn es nur schon Jude heisse, was Jud sei, sei für ihn ...»¹¹²⁰

Eine Jüdin, die als Kind in Liechtenstein lebte, bekam Antisemitismus vor allem von Seiten der Schulkameraden zu spüren. Sie erzählte, öfters von ihren Mitschülern als «Saujud» bezeichnet worden zu sein.¹¹²¹ Eine andere jüdische Frau, die als Kind in Liechtenstein lebte, betonte den Unterschied zwischen dem Klima an der Volksschule und der Klosterschule. Ihre Schwester scheint in der Klosterschule gut akzeptiert gewesen zu sein, ihr Bruder in der Volksschule hatte

¹¹¹⁷ Interview mit Walter Otten, 21. 2. 2003.

¹¹¹⁸ Zum Hergang siehe LLA, RF 189/127.

¹¹¹⁹ Yad Vashem, 0.48/88.2, Rudolf Bermann an Prof. Walk, 8. 2. 1984.

¹¹²⁰ LLA, RF 222/016, Amtsvermerk vom 29. 11. 1943.

¹¹²¹ Yad Vashem, 0.48/88.2, Edith Guggenheim-Strauss an Prof. Walk, 21. 1. 1938. Walk, Liechtenstein, 1986, S. 417. Zum korrekten Umgang der Schulnonnen und Schulbrüder ist hinzuzufügen, dass ein Grossteil von ihnen selbst aus Deutschland geflüchtet war und deshalb vielleicht vermehrt Verständnis für andere Flüchtlinge aufbrachte. Zur Flucht der Maristen-Schulbrüder und deren Aufnahme in Liechtenstein siehe Kapitel 4.2.1.1.

aber unter antisemitischen Pöbeleien zu leiden.¹¹²² Zu Beginn des Jahres 1942 nahmen antisemitisch motivierte Belästigungen jüdischer Flüchtlingskinder durch Vaduzer Schulkinder derartige Ausmasse an, dass die Eltern der betroffenen Kinder bei der Regierung um Abhilfe baten. Die Beamten der liechtensteinischen Polizei erfassten daraufhin die Personalien der elf Hauptbeteiligten, die zwischen zwölf und fünfzehn Jahre alt waren.¹¹²³ Ob die Schüler bestraft wurden, ist unbekannt.

Wie die Äusserung einer jüdischen Schülerin zeigt, machten aber auch Lehrer antisemitische Bemerkungen. In ihrer Klasse unterrichtete ein Lehrer «Rassenkunde» und forderte dabei die anderen Schüler auf, sie genauer zu betrachten, denn sie sehe typisch jüdisch aus.¹¹²⁴ Dagegen erzählten zwei Zeitzeugen, deren Lehrer als Antisemiten bekannt waren, sie seien gleich wie die anderen Schüler behandelt worden.¹¹²⁵

Juden waren ferner in einigen Vereinen unerwünscht, so in der akademischen Verbindung Rheinmark,¹¹²⁶ im Skiclub von Schaan¹¹²⁷ und in drei Pfadfinderabteilungen.¹¹²⁸ Bei den Pfadfindern ist die Nichtaufnahme von jüdischen Kindern für die Abteilung Schaan belegt. Eine pfadfinderinterne Untersuchung kam im Jahr 2000 zum Schluss, dass es sich dabei um einen Einzelfall gehandelt habe, der vor allem auf die Einstellung des dortigen Abteilungsleiters zurückzuführen sei. Dieser Schluss lässt ausser acht, dass der Korpsleiter der liechtensteinischen Pfadfinder, Prinz Emanuel, 1938 den Grundsatzentscheid fällte, dass nur Katholiken Mitglieder der Pfadfinder sein durften und Nichtkatholiken nur «als Gäste für bestimmte Zeiten oder Gelegenheiten» zuzulassen waren. Damit war klar: Nichtkatholische Pfadfinder hatten grundsätzlich keinen vollwertigen Platz im katholischen Pfadfinderkorps. Der Abteilungsleiter von Schaan befolgte also lediglich die Anweisungen von Prinz Emanuel, als er zwei jüdische Flüchtlingsknaben aus Schaan nicht aufnehmen wollte.¹¹²⁹ Dass ein Knabe in Mauren dennoch bei den Pfadfindern mitwirken durfte, ist vor diesem Hintergrund eher als Ausnahme zu werten.

¹¹²² Yad Vashem, 0.48/88.2, Susi Pugatsch-Sommer an Prof. Walk, o. D.

¹¹²³ LLA, V5/1942/1240, Sicherheitskorps an Regierung, 12. 1. 1942.

¹¹²⁴ Interview von Doron Niederland mit Edith Strauss-Guggenheim, 15. 12. 2002.

¹¹²⁵ Interview mit Walter Otten, 21. 2. 2003, und Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003.

¹¹²⁶ Geiger, Referat, 26. 5. 1997.

¹¹²⁷ Interview mit einem Zeitzeugen.

¹¹²⁸ Ob dies auch bei anderen Vereinen der Fall war, ist nicht bekannt.

¹¹²⁹ Biedermann/Büchel-Thalmeier/Geiger/Kranz/Ospelt, Pfadfinderschaft, 2000, S. 227. Vom Schaaner Verbot war auch Walter Otten betroffen, der gerne bei den Pfadfindern mitgewirkt hätte. Doch habe es geheissen, dass Juden bei den Pfadfindern nicht zugelassen seien, weshalb ihm sein Vater den Beitritt verboten habe, obwohl er als getaufter Katholik theoretisch hätte beitreten können. Interview mit Walter Otten, 21. 2. 2003.

Bei den Mädchen war es die Korpskommandantin Prinzessin Louisanne von Liechtenstein, die den Eltern jüdischer Pfadfinderinnen 1942 in Vaduz und Schaan den Austritt nahelegte.¹¹³⁰ In ihrer Begründung machte die Korpsleiterin die besondere Situation in Europa und Liechtenstein geltend, die den Verbleib der jüdischen Mädchen bei den Pfadfinderinnen unmöglich mache.¹¹³¹ Zu Solidaritätskundgebungen seitens der anderen Pfadfinderinnen kam es nicht, obwohl die ausgeschlossenen Mädchen sehr beliebt gewesen sein sollen.¹¹³² Gemäss der bereits erwähnten pfadfinderinternen Untersuchung wollte Louisanne von Liechtenstein durch den Ausschluss der Mädchen die Abteilung vor allem vor Angriffen der Hitler-Jugend-Abteilungen schützen. Sie habe nur auf Druck besorgter Eltern reagiert. Diese Aussage wird jedoch nicht explizit belegt. Die eigentlichen Gründe bleiben vielmehr unbekannt. Die obige Erklärung mag teilweise zutreffen, doch blendet sie die persönliche Einstellung von Louisanne von Liechtenstein und deren Umgebung aus. Möglicherweise hegten von Liechtenstein und ihre Umgebung die gleichen Vorbehalte gegenüber nichtkatholischen Mädchen wie Prinz Emanuel.

Antisemitismus der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL)

Die öffentliche Antisemitismusdiskussion dominierte die Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein (VDBL). Sie trug zum ambivalenten Gefühl der in Liechtenstein lebenden Juden massgebend bei. In dem zwischen 1940 und 1943 erscheinenden VDBL-Blatt «Umbruch» wurden regelmässig Artikel publiziert, die die in Liechtenstein wohnenden Juden angriffen und diffamierten.¹¹³³ Martin Hilti, der Schriftleiter des «Umbruchs», behauptete beispielsweise im Juli 1942, zwei Flüchtlinge spionierten durch Liechtenstein fahrende Eisenbahnwagen aus und ein jüdischer Neubürger sende Informationen nach England.¹¹³⁴ Die Erhebungen des Sicherheitskorps verliefen ergebnislos, doch hielt Hilti gegenüber der liechtensteinischen Polizei an seiner Version fest:

¹¹³⁰ Biedermann/Büchel-Thalmeier/Geiger/Kranz/Ospelt, Pfadfinderschaft, 2000, schrieben in ihrer Untersuchung nur vom Ausschluss aus Vaduz, nicht aber von jenem aus Schaan. Die Schaaner Eltern hätten ihre Kinder freiwillig aus der Pfadfinderabteilung genommen. Wie aber die Zeitzeugin Elisabeth Guggenheim-Strauss berichtet, war sie als Schaaner Pfadfinderin ebenfalls ausgeschlossen worden. Interview von Doron Niederland mit Edith Guggenheim-Strauss, 15. 12. 2002, und Walk, Liechtenstein, 1986, S. 417. Siehe dazu auch Schreiben von Prinzessin von Liechtenstein an Guggenheims Eltern, von Liechtenstein an Moses Strauss, 7. 2. 1942, Privatbesitz Frau Edith Guggenheim-Strauss.

¹¹³¹ Interview von Doron Niederland mit Edith Strauss-Guggenheim, 15. 12. 2002.

¹¹³² Biedermann/Büchel-Thalmeier/Geiger/Kranz/Ospelt, Pfadfinderschaft, 2000, S. 226.

¹¹³³ Siehe dazu vor allem Walk, Liechtenstein, 1986, S. 413–417.

¹¹³⁴ Der Umbruch, Nr. 154, 11. 7. 1942.

«Wir wissen aber bestimmt, dass es so ist und was die Juden überhaupt treiben. Wollenberger, Lauchheimer, Grünthal und – Ottenstein in Schaan scheint in dieser Sache auch nicht ganz sauber zu sein.»¹¹³⁵

Auf den Einwand der liechtensteinischen Polizisten, dass sie zur Überführung eines Täters Tatsachen benötigten und dass mit Hiltis Angaben in Ermangelung wirklich verwertbarer Unterlagen nicht viel anzufangen sei, erklärte Hilti: «Wir wissen das und es ist schliesslich Sache der Polizei, den Beweis zu erbringen und nicht unsere.»¹¹³⁶ Martin Hilti, ein führender Kopf der Volksdeutschen Bewegung Liechtensteins, hielt am Bild des spionierenden, «mauschelnden Juden» trotz fehlender Beweise fest.

Viele Flüchtlinge wurden von Hilti belästigt und beschimpft. So bezichtigte er beispielsweise einen Flüchtling aus Schaan, der in Begleitung einer Schweizerin ein Schaaner Restaurant aufsuchen wollte, der «Rassenschande».¹¹³⁷ Im Herbst 1944 reichte Hilti ferner eine Beschwerde ein, wonach ein deutscher Flüchtling, dem er zufällig begegnet war, ihn und seinen deutschen Gast angepöbelt habe.¹¹³⁸ Auch hier war die Klage offenbar unbegründet.¹¹³⁹

In einem 1995 publizierten Interview räumte Martin Hilti ein, dass er aufgrund der grossen Probleme in Liechtenstein eine Zeitlang die Lösung für Liechtensteins Probleme im Nationalsozialismus zu finden geglaubt habe.¹¹⁴⁰ Als er dann aber realisiert habe, was in Deutschland wirklich vor sich ging, habe er sich zurückgezogen. Tatsache ist jedoch, dass Hilti in den vierziger Jahren ein führender Antisemit in Liechtenstein war und der von ihm geleitete «Umbruch» beispielsweise im Herbst 1942 forderte, die in Liechtenstein lebenden Juden mit dem Judenstern zu kennzeichnen und sie in ein Arbeitslager einzuweisen.¹¹⁴¹ Die Vorgänge im NS-Machtbereich waren ihm – beispielsweise aufgrund des im «Umbruch» publizierten Briefes eines liechtensteinischen SS-Freiwilligen – bereits bekannt: «Ein paar Stunden Heimurlaub für

¹¹³⁵ LLA, V5/1942/1037, Sicherheitskorps an Regierung, 26. 8. 1942.

¹¹³⁶ Ebd.

¹¹³⁷ Interview mit der Tochter des Betroffenen.

¹¹³⁸ LLA, RF 226/220, Hilti an Regierung, 11. 9. 1944.

¹¹³⁹ LLA, RF 226/220, Sicherheitskorps an Regierung, 14. 9. 1944, und Regierung an Martin Hilti, 19. 9. 1944.

¹¹⁴⁰ Martin Hilti, zum 80. Geburtstag, 1995, S. 20. Zu seiner nationalsozialistischen Vergangenheit führte Hilti aus: «Und dann hörten wir Stimmen aus Deutschland, die versprachen, dass alles besser sein könne, dass es vorwärts gehen könnte. Wir hörten nur die schönen Worte, die mich eine Zeitlang anzogen. Ich stehe dazu. Auch in Liechtenstein hatten wir riesige Probleme. Das Land war mausarm, mit einer nicht unproblematischen Regierung. Uns Junge bestärkte dies in der Meinung, man müsste eigentlich die so positiv tönenden Verhältnisse in Deutschland weitertragen. Wenn ich heute auf das zurückblicke, was sich dann ereignet hat ... Als ich begriffen habe, was da vor sich geht, da konnte ich nicht mehr mitgehen.»

¹¹⁴¹ Walk, Liechtenstein, 1986, S. 416 f.

uns SS-Freiwillige und die Judenfrage in Liechtenstein wäre gelöst.»¹¹⁴² Hilti blieb jedoch trotz seines Wissens bis Kriegsende Mitglied der VDBL.

Die Hetze im «Umbruch» verunsicherte die in Liechtenstein wohnenden Juden stark. Sie veranlasste einen im Fürstentum lebenden deutschen Juden, 1942 bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei vorzusprechen. Er hatte grosse Angst vor den «Umbruch-Leuten» und bat die Fremdenpolizei um eine Intervention bei den liechtensteinischen Behörden, damit diese vermehrt gegen die VDBL vorgehe. Die Berner Behörden lehnten dies jedoch ab, da Liechtenstein ein souveräner Staat sei.¹¹⁴³

Wohnsituation der Flüchtlinge

Anders als in der Schweiz gab es im Fürstentum bis Kriegsende keine Flüchtlingslager.¹¹⁴⁴ Die in Liechtenstein aufgenommenen Zivilflüchtlinge wohnten alle privat, entweder in Hotels, bei Liechtensteinern in Untermiete¹¹⁴⁵ oder in eigenen Wohnungen. Dies brachte den Vorteil des freien Aufenthalts und den Nachteil von tendenziell sehr hohen Kosten. Einige Flüchtlinge wohnten jahrelang in Hotels.¹¹⁴⁶ Flüchtlinge waren ab Mitte der dreissiger Jahre Dauergäste der liechtensteinischen Hotellerie. Sie füllten zumindest teilweise die Lücke, die im Tourismus aufgrund der unsicheren internationalen Situation Ende der dreissiger Jahre entstand war.¹¹⁴⁷ In den Herbstmonaten des Jahres 1938 waren beispielsweise zwei Drittel der Gäste der Pension Strub jüdische Flüchtlinge.¹¹⁴⁸ Die liechtensteinischen Behörden versuchten mindestens in Einzelfällen, den liechtensteinischen Gaststätten Flüchtlinge als Gäste zuzuhalten. Ein Flüchtling, der mit seiner Familie im Herbst 1939 ohne Bewilligung eingereist war, wurde vom betreffenden Gemeindevorsteher unter der Bedingung geduldet, dass er und seine Familie nicht privat, sondern in einem Gasthof wohnten. Dabei empfahl der Gemeindevorsteher der Familie einen Gasthof, der von einem Verwandten geführt wurde.¹¹⁴⁹ Auch einem anderen Flüchtling verwehrte die Regierung, privat zu wohnen. Der Aufenthalt im Hotel für ihn, seine Frau und

¹¹⁴² Der Umbruch, 19. 6. 1942, zitiert nach Walk, Liechtenstein, 1986, S. 417.

¹¹⁴³ BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 176, Nr. 233620, Vorsprache Rudolf Ottenstein, 5. 5. 1942.

¹¹⁴⁴ Als einzige wurden die am 3. 5. 1945 nach Liechtenstein gelangten Angehörigen der nationalrussischen Armee in Lagern untergebracht.

¹¹⁴⁵ LLA, RF 197/428, Bericht des Sicherheitskorps an Regierung, 8. 3. 1940.

¹¹⁴⁶ Rudolf Engel war beispielsweise während mindestens vier Jahren in der Pension Strub wohnhaft.

¹¹⁴⁷ So scheint beispielsweise das Waldhotel in Vaduz monatelang fast leer gewesen zu sein. LLA, RF 204/365, Carl Brodtbeck an Regierung, 23. 4. 1941. Zur Ankurbelung der Hotellerie veranlasste der Leiter des Waldhotels die liechtensteinische Regierung im Frühling 1942, bei der schweizerischen Fremdenpolizei den Antrag zu stellen, einen Grenzverkehr für in Buchs und Altendorf wohnhafte Ausländer einzurichten. Diese Idee lehnten aber alle massgebenden schweizerischen Stellen ab. Siehe dazu StASG, A 143/11.4, Pol. Abteilung an Polizeikommando St. Gallen, 30. 4. 1942.

¹¹⁴⁸ LLA, RF 184/132, Pension Strub an Regierung, o. D. [Ende November 1938].

seinen Bruder kam ihn auf 400 Franken pro Monat zu stehen und führte dazu, dass seine ohnehin begrenzten Mittel noch schneller aufgezehrt waren, zumal er auch seinen Beruf als Arzt nicht ausüben durfte.¹¹⁵⁰

Einige wenige begüterte Flüchtlinge konnten sich es leisten, in Liechtenstein ein Haus zu erwerben, so gehörten mehrere Villen im Vaduzer Villenviertel jüdischen Flüchtlingen respektive Neubürgern.¹¹⁵¹

Zu Beginn der vierziger Jahre wurde der Wohnraum in Liechtenstein knapp. Für jüdische Flüchtlinge war es nun besonders schwierig, eine neue Wohnung zu finden, wenn ihnen die bisherige gekündigt wurde. Besonders prekär wurde es, wenn in der eigenen Gemeinde keine neue Unterkunft zu finden war. Die Gemeinden teilten ihre freien Wohnungen zuerst Einheimischen zu. Sie wollten aus Angst, Flüchtlinge eines Tages finanziell unterstützen zu müssen, keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.¹¹⁵²

Möglichkeiten zur Religionsausübung

Die liechtensteinische Gesellschaft gehörte traditionell fast zu hundert Prozent dem katholischen Glauben an. Aufgrund der in der liechtensteinischen Verfassung von 1921 verankerten Religionsfreiheit¹¹⁵³ durften jedoch auch die im Land wohnenden Juden ihre Religion – mit Ausnahme des Schächtens von Grosstieren¹¹⁵⁴ – frei praktizieren. 1936 beabsichtigten einige Flüchtlinge, in Liechtenstein eine jüdische Kultusgemeinde zu gründen. Gemäss dem Hauptinitianten, Sigmund Hanauer, hätten zwanzig der damals sechzig im Land wohnenden Familien eine eigene Kultusgemeinde begrüsst.¹¹⁵⁵ Die Bestrebungen blieben allerdings ergebnislos. In der Folge drehte sich die Diskussion unter den Juden in Liechtenstein um die religiöse Anbindung an die St. Galler Kultusgemeinde. Ein in Schaan lebender Flüchtling fragte 1937 in St. Gallen an, unter welchen Bedingungen die jüdische Gemeinde liechtensteinische Flüchtlinge als Mitglieder aufnehmen.¹¹⁵⁶ Er bat um möglichst günstige Bedingungen, da die meisten Flüchtlinge noch nicht lange in Liechtenstein seien und sich erst eine neue Existenzgrundlage schaffen müssten. Ein Vorstandsmitglied der sanktgallischen Gemeinde war der Ansicht, dass es den liechtensteinischen Juden nur darum gehe, günstig am

¹¹⁴⁹ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 30. 3. 1939.

¹¹⁵⁰ AfZ, VSJF, 1.4, P.212, Ludwig Glaser an Israelitische Flüchtlingshilfe St. Gallen, 22. 8. 1939.

¹¹⁵¹ Tisa, Kunstmarkt, 2005, S. 36.

¹¹⁵² AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Moses Strauss an VSJF, 17. 5. 1942.

¹¹⁵³ Siehe beispielsweise Korfmacher, Exil, 1993, S. 115.

¹¹⁵⁴ Das Schächten von Grosstieren war in Liechtenstein seit 1936 verboten, Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 498.

¹¹⁵⁵ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 18. 6. 1936, Traktandum 16.

Bestattungswesen teilzuhaben. Der Vorstand sprach sich dennoch für die Aufnahme von liechtensteinischen Flüchtlingen aus; die Eintrittstaxe belief sich auf 100 Franken für Ehepaare und 75 Franken für Einzelpersonen, die Jahressteuern sollten nach dem Vermögen festgelegt werden.¹¹⁵⁷ Trotz dieses Entgegenkommens traten nur wenige Flüchtlinge der jüdischen Gemeinde St. Gallen bei.¹¹⁵⁸ Dennoch bestanden weiterhin religiöse Kontakte zwischen Liechtenstein und St. Gallen. Zwischen 1936 und Ende 1947 wurden zwölf in Liechtenstein verstorbene Juden in St. Gallen beerdigt.¹¹⁵⁹ Zur Teilnahme an den Beerdigungen erhielten die Familienmitglieder und Bekannten von der Eidgenössischen Fremdenpolizei jeweils ein kollektives Visum.¹¹⁶⁰ Ferner erteilte ein St. Galler Rabbiner jüdischen Kindern aus Liechtenstein einmal wöchentlich in Buchs Religionsunterricht.¹¹⁶¹ Auch fuhren jüdische Frauen jeweils zum rituellen Bad nach St. Gallen.¹¹⁶² Durch die Ausleihe einer Tora-Rolle an Moses Strauss von Schaan ermöglichte die jüdische Gemeinde St. Gallen den liechtensteinischen Juden, Gottesdienste in Liechtenstein zu feiern.¹¹⁶³ Moses Strauss schächtete auch Hühner gemäss Ritual.¹¹⁶⁴ Das Mazzenmehl, das zur Herstellung von Mazzeknödel, dem ungesäuerten Brot für das Pessachfest, benötigt wurde, konnte zumindest in Einzelfällen aus der Schweiz bezogen werden.¹¹⁶⁵

Gegen Ende des Kriegs wurde die Frage des Eintritts von Juden in die jüdische Gemeinde St. Gallen wieder aktuell. Ein Vorstandsmitglied nahm mit Moses Strauss Kontakt auf und schlug vor, dass die Juden in Liechtenstein sich einzeln als Mitglieder anmelden sollten. In der Folge

¹¹⁵⁶ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 14. 5. 1937, Traktandum 14.

¹¹⁵⁷ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 15. 7. 1937.

¹¹⁵⁸ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 2. 9. 1937, Traktandum 12: Marie Feldheim aus Schaan wolle in die Gemeinde eintreten. Im Protokoll vom 16. 11. 1937 heisst es, dass die Werbung der in Liechtenstein ansässigen Juden noch zu keinem Resultat geführt habe. Marie Feldheim blieb vermutlich ein Einzelfall.

¹¹⁵⁹ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Israelitischer Wohltätigkeitsverein, Hauptversammlungen, Protokolle der Generalversammlungen 1936–1947. An den Generalversammlungen wurde jeweils der in St. Gallen beerdigten Juden gedacht.

¹¹⁶⁰ Für die Teilnahme an der Beerdigung von Dorothea Jaks in St. Gallen erhielten beispielsweise neun in Liechtenstein wohnende Flüchtlinge ein Visum. BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 176, Nr. 233620, Einreisebewilligung, 8. 9. 1942.

¹¹⁶¹ Interview von Doron Niederland mit Susi Pugatsch-Sommer, 10. 10. 2002; Interview von Doron Niederland mit Edith Strauss-Guggenheim, 15. 12. 2002; Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003.

¹¹⁶² Interview von Doron Niederland mit Edith Strauss-Guggenheim, 15. 12. 2002.

¹¹⁶³ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 12. 4. 1938, Traktandum 5, und Mappe Diverses, Bescheinigung, St. Gallen, 15. 3. 1938.

¹¹⁶⁴ Interview von Doron Niederland mit Edith Strauss-Guggenheim, 15. 12. 2002.

¹¹⁶⁵ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, div. Korrespondenz; Interview von Doron Niederland mit Moshe Posener, 9. 9. 2002.

wurde eine Adressliste der Juden Liechtensteins zusammengestellt, und diese wurden um eine Mitgliedschaft angefragt.¹¹⁶⁶ Inwieweit diese Werbung erfolgreich war, ist nicht bekannt.

6.2 Wirtschaftliche Tätigkeit der in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlinge

6.2.1 Flüchtlinge als Unternehmer

Die Regierung erlaubte ab Mitte der dreissiger Jahre vor allem jenen Flüchtlingen den Aufenthalt im Fürstentum, die einen Betrieb gründeten oder übernahmen und Arbeitsplätze schufen. Insgesamt bewilligte die Regierung knapp zwanzig Flüchtlingen die Gründung eines Unternehmens, wovon etwa drei Projekte schliesslich nicht realisiert wurden. Ferner übernahmen Flüchtlinge zwei Unternehmen (die Bettfedernfabrik in Schaan-Vaduz und die Kokosweberei in Eschen), erweiterten sie und beschäftigten mehrere liechtensteinische Arbeitnehmer. An vier weiteren Betrieben von Juden, die vor 1933 gegründet worden waren, beteiligten sich nach Hitlers Machtantritt jüdische Flüchtlinge und bauten sie teilweise bedeutend aus.¹¹⁶⁷ Drei Flüchtlinge gründeten erst nach ihrer Aufenthaltsnahme ein Unternehmen, mit dem Ziel, damit ihren Lebensunterhalt zu sichern. Ein Flüchtling stellte Polierscheiben her,¹¹⁶⁸ zwei andere führten zusammen eine Spielwarenfabrik.¹¹⁶⁹

Die Gesamtzahl der durch die jüdischen Unternehmer geschaffenen Arbeitsplätze konnte nicht eruiert werden. Es liegen nur vereinzelte Zahlen vor. Der grösste jüdische Textilunternehmer gab 1935 an, zwischen sechzig und hundert Heimarbeiterinnen zu beschäftigen.¹¹⁷⁰ Zu Beginn des Jahres 1939 beschäftigten die sechs durch Flüchtlinge gegründeten oder erweiterten Exportfirmen insgesamt gegen sechzig Mitarbeiter.¹¹⁷¹

Ein Grossteil der neuen Betriebe war im Textilbereich tätig und vergab Arbeitsaufträge in Heimarbeit. Im April 1938 waren gemäss Aufzeichnung der liechtensteinischen Regierung etwa die Hälfte der wichtigsten Exportbetriebe in Liechtenstein Betriebe von Flüchtlingen.¹¹⁷²

¹¹⁶⁶ Archiv der jüdischen Gemeinde St. Gallen, Protokolle Vorstand, 30. 3. 1944, Traktandum 4.

¹¹⁶⁷ Dies war bei folgenden Flüchtlingen beziehungsweise Unternehmen der Fall: Leo und Simon Herz, AG für chemische Werte; Max Schönwalter und Bernhard Nussbaum, Schekolin AG; Andor Obersohn Celluba, Celluloidwarenfabrik und Robert Kronstein, St. Franziskus Apotheke Vaduz (Alleinkonzessionär seit 1932).

¹¹⁶⁸ Siehe hierzu Ottenstein, Versuch, 1969, und zum Bewilligungsverfahren LLA, RF 190/030.

¹¹⁶⁹ Wenaweser/Wanger, Industrien, 2000, S. 51–53.

¹¹⁷⁰ LLA, RF 151/090, Amtsvermerk vom 16. 7. 1935.

¹¹⁷¹ LLA, RF 195/307.

¹¹⁷² LLA, RF 179/448, Regierung an Director de Comercio e Industria Doctor Andrés Maspero Castro, Argentinien, 21. 4. 1938. Andrés Maspero hatte die Regierung nach den wichtigsten Exportfirmen gefragt, worauf die Regierung eine Liste von zwölf Unternehmen zusammenstellte, wovon sieben Flüchtlingen gehörten: Boui-Fix AG, Rheintalische

Regierungschef Hoop schätzte die wirtschaftliche Tätigkeit der jüdischen Flüchtlinge als wichtig ein. Im Frühjahr 1938 vertrat er die Meinung, Liechtenstein habe die «Wahl zwischen einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einige[n] Juden – oder Arbeitslosigkeit, Hunger, Verelendung».¹¹⁷³ Dabei dachte er vermutlich nicht nur an Juden als Arbeitgeber, sondern auch an die Einbürgerung von Juden, mit deren Taxen Notstandsarbeiten finanziert werden konnten, sowie an die Gründung von Finanzgesellschaften durch Juden.¹¹⁷⁴

Regelmässiger Streitpunkt zwischen Liechtenstein und der Schweiz war ab Mitte der dreissiger Jahre die berufliche Tätigkeit von Drittausländern, insbesondere von Flüchtlingen, die von Liechtenstein aus als Handelsreisende in der Schweiz tätig waren. Die schweizerischen Behörden argumentierten, dass in der Schweiz lebende Flüchtlinge nicht arbeiten dürften und das gleiche auch für die liechtensteinischen Flüchtlinge gelten müsse. Liechtenstein dagegen machte geltend, dass die Betroffenen auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen seien, um ihren Aufenthalt und ihre Steuern zu bestreiten. Die liechtensteinische Regierung beklagte sich im August 1936, dass trotz gesetzlicher Grundlagen für liechtensteinische Handelsreisende in der Schweiz erhebliche Schwierigkeiten bestünden. Sie würden wegen angeblicher Verstösse gegen die Vorschriften mit einer Einreisesperre bedroht. Im Herbst 1936 waren in mehreren Fällen Rekurse hängig.¹¹⁷⁵ Die liechtensteinische Regierung setzte sich beispielsweise für den deutschen Flüchtling Rudolf Weil ein, der seit 1935 in Vaduz ein Büro für Reklameberatung betrieb und sich dazu für Kundenbesuche jeden Monat einige Tage in der Schweiz aufhielt.¹¹⁷⁶ Gegen die über ihn verhängte Einreisesperre reichte die liechtensteinische Regierung Rekurs ein mit dem Hinweis, dass Weil acht Schweizer beschäftige und alle Drucksachen in der Schweiz drucken lasse.¹¹⁷⁷ Aus der Korrespondenz zwischen schweizerischer Fremdenpolizei, Eidgenössischer Polizeiabteilung und dem Eidgenössischen Politischen Departement gehen Konkurrenzängste und antisemitisch motivierte Vorbehalte hervor. Im Fall Weil schrieb die Eidgenössische Fremdenpolizei beispielsweise: «Gerade darum, weil sie [die Juden] Deutschland als Tätigkeitsgebiet verloren haben, beglücken sie in vermehrtem Masse die

Kleiderwarenfabrik, Rheintalische Handschuhmanufaktur, Discus Fahrrad AG, Schekolin AG, Rheintalische Kleineisenindustrie, Kokosweberei AG.

¹¹⁷³ LLA, RF 176/493, Sammeldossier «Unabhängigkeit Liechtensteins», handschriftliche Notizen zum Wirtschaftsprogramm der Regierung. Siehe auch Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 2, S. 90.

¹¹⁷⁴ Gemäss dem liechtensteinischen Anwalt Guido Feger stammte 1934 mehr als die Hälfte des in Liechtenstein investierten oder von hier aus verwalteten Kapitals von Juden. Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 397 f.

¹¹⁷⁵ Folgende Flüchtlinge reichten Rekurse ein: Friedrich Hanauer, Leo und Simon Herz, Siegbert Eichbronner, Hans Georg Bloch (ebenfalls für die Firma Weil tätig). BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Fremdenpolizei an EPD, 11. 9. 1936.

¹¹⁷⁶ Zur Aufenthaltsnahme von Rudolf Weil siehe Kapitel 4.2.1.2.

¹¹⁷⁷ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Regierung an EPD, 17. 8. 1936.

Schweiz mit ihrer Tätigkeit, die gerade in Krisenzeiten unerwünscht ist.»¹¹⁷⁸ Das EJPD wies den Rekurs von Weil ab.¹¹⁷⁹ Auch in anderen Fällen nützte die Einsprache der Regierung nichts.¹¹⁸⁰

Mit der Wiedereinführung der Grenzkontrolle zwischen Liechtenstein und der Schweiz ab September 1939 wurde der Bewegungsradius der in Liechtenstein lebenden Drittausländer stark eingeschränkt. Für jeden Aufenthalt in der Schweiz, der über die kleine Grenzverkehrszone hinausging, mussten sie bei der Fremdenpolizei in Bern ein Visum beantragen, das Bern – vor allem, wenn es um berufliche Tätigkeit ging – nur widerwillig ausstellte. Auch die kantonalen Stellen waren sehr zurückhaltend. Als Liechtenstein Anfang 1940 bei der Kantonspolizei Zürich mit der Bitte vorstellig wurde, Liechtensteinern grosszügiger Arbeitsbewilligungen zu erteilen, erklärte sich diese dazu bereit, schloss aber explizit «ganz neuzugewanderte Leute, wie Bachenheimer, Lindemann u. s. w.» von der Zusage aus.¹¹⁸¹

Die liechtensteinische Regierung versuchte Mitte 1941 erneut, Zugeständnisse der schweizerischen Behörden zu erreichen. So baten liechtensteinische Regierungsmitglieder im August 1941 die Eidgenössische Fremdenpolizei mehrmals, in Liechtenstein wohnenden ausländischen Geschäftsleuten und auch solchen, die in der Schweiz keine Geschäftsinteressen verfolgten, aber sonst gerne ab und zu der «liechtensteinischen Enge» entfliehen wollten, grosszügiger Visa zu erteilen.¹¹⁸² Dabei machte Regierungschef Hoop gegenüber den schweizerischen Behörden auch humanitäre Überlegungen geltend. Er erwähnte den Fall von zwei Flüchtlingen «nichtarischer Abstammung», die Deutschland verlassen hatten, um «der Einweisung in ein Konzentrationslager» zu entgehen:

«Der fürstlichen Regierung liegt daran, aus arbeitsmarktlichen, aber auch aus steuerlichen und humanitären Gründen eine Regelung für vorgenannte Personen zu erreichen und wäre der Polizei-Abteilung zu Dank verpflichtet, wenn sie alle diese Fälle wohlwollend prüfen würde.»¹¹⁸³

Die Anträge stiessen in Bern auf Unverständnis – sie wurden als eigentliche Beschwerde gegen die schweizerische Praxis aufgefasst und als ungerechtfertigt zurückgewiesen.¹¹⁸⁴

¹¹⁷⁸ BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Fremdenpolizei an EPD, 11. 9. 1936.

¹¹⁷⁹ BAR, E 2001 (E) 1969/262, EJPD, Entscheid zu Weil, 21. 9. 1937.

¹¹⁸⁰ Siehe dazu beispielsweise auch BAR, E 2001 (E) 1969/262, Bd. 8, Eidg. Fremdenpolizei an Eidgenössische Polizeiabteilung Bern, 2. 3. 1937.

¹¹⁸¹ LLA, RF 195/385, Amtsvermerk vom 24. 1. 1940.

¹¹⁸² BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Regierung (Vogt) an EJPD, 13. 8. 1941, und Regierung (Hoop) an Abteilung für Auswärtiges, o. D., eingegangen am 30. 8. 1941.

¹¹⁸³ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Regierung (Hoop) an Abteilung für Auswärtiges, o. D., eingegangen am 30. 8. 1941.

Dementsprechend wenig konnten Vogt und Hoop im Spätherbst 1941 an einer Besprechung mit schweizerischen Fremdenpolizeivertretern in Bern erreichen. Vogts Idee, Flüchtlingen pro Jahr neunzig Tage Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren, war chancenlos. Heinrich Rothmund opponierte vor allem, weil in der Schweiz wohnende Flüchtlinge in der Regel keine Arbeitserlaubnis erhielten. Er wollte die liechtensteinischen Flüchtlinge nicht besserstellen und schloss mit der Bemerkung: «Wie wir unsere Emigranten durchhalten müssen, so muss Liechtenstein die seinigen behalten und wenn sie nichts haben, für sie aufkommen.»¹¹⁸⁵ Die restriktive Haltung Berns trat auch im Falle des aus Deutschland stammenden jüdischen Briefmarkenhändlers Siegbert Tausk hervor. Tausk stellte im April 1943 ein Einreisegesuch für die Schweiz, um dort Briefmarken einkaufen zu können. Als Begründung gab er an, dass die Anforderungen an sein Geschäft gestiegen seien, seit deutsche Briefmarkenhändler in die Wehrmacht hatten einrücken müssen. Die Antwort aus Bern war klar und deutlich:

«Wir beehren uns, Ihnen auch zu Handen von anderen Gesuchsstellern mit analogen Gesuchen mitzuteilen, dass wir grundsätzlich kein Interesse daran haben, wenn sich Emigranten und Refraktäre auf Kosten von Ausländern (mögen letztere nun dieser oder jener Kriegspartei angehören), die den Einberufungsbefehlen Folge leisten, ihre Geschäfte, Betriebe usw. ausbauen oder sonst wie ihre berufliche Position verbessern.»¹¹⁸⁶

Deshalb werde Siegbert Tausk bis auf weiteres kein Visum mehr erhalten. Die restriktive Haltung der schweizerischen Behörden führte dazu, dass jüdische Unternehmer aus Liechtenstein nach neuen Wegen suchten, um im schweizerischen Wirtschaftsraum tätig sein zu können. So wechselte beispielsweise ein jüdischer Kaufmann seine Strategie: Er bewarb seine schweizerischen Klienten bis zum Ende der Visumspflicht vor allem telefonisch.¹¹⁸⁷ Andere banden einflussreiche Schweizer Unternehmer und Persönlichkeiten ins Unternehmen ein. Im Verwaltungsrat der Kokosweberei Eschen AG sassen seit 1939 ein einflussreicher Textilunternehmer aus St. Gallen sowie ein Oberst der Schweizer Armee. Beide setzten sich im Interesse des Unternehmens regelmässig bei den schweizerischen Behörden ein und konnten erwirken, dass der Geschäftsführer der Kokosweberei verhältnismässig leicht Einreisevisa für die Schweiz erhielt.¹¹⁸⁸

¹¹⁸⁴ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Bericht vom 26. 8. 1941 (zum Schreiben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Vogt vom 13. 8. 1941), und Ergänzungsbericht vom 1. 10. 1941 (zur zweiten Beschwerdeschrift der fürstlich-liechtensteinischen Regierung, o. D., eingegangen am 30. 8. 1941).

¹¹⁸⁵ BAR, E 4300 (B) -/1, Bd. 10, Konferenz vom 3. 10. 1941 zwischen Hoop, Vogt, Rothmund und Brunner.

¹¹⁸⁶ BAR, E 4300 (B) 1963/122, Bd. 10, Fremdenpolizei (E. Hoffmann) an Regierung, 16. 4. 1943.

¹¹⁸⁷ PA-EB, handschriftliche Notiz Alice Bermann, o.D.

¹¹⁸⁸ Interview mit Fritz Baum, 18. 7. 2003.

Konkurrenzängste und antisemitische Vorbehalte des liechtensteinischen Gewerbes

Die liechtensteinische Gewerbe-genossenschaft reagierte mit Konkurrenzängsten auf die Ankunft von jüdischen Unternehmern. Daneben mischten sich auch antisemitische Stereotype in ihre Wahrnehmung. Die Gewerbe-genossenschaft beobachtete die wirtschaftliche Tätigkeit der jüdischen Flüchtlinge genau und berichtete der Regierung, wenn sich die neuen Konkurrenten ihrer Meinung nach unzulässig gebärdeten. Sie intervenierte mehrmals wegen Rudolf Engel, der Strickereifabrikate in Heimarbeit herstellen liess. Insbesondere verlangte sie im Herbst 1935, dass Engel eine Kautions stellen müsse, da die finanzielle Basis seiner Firma unsicher sei und er seine Angestellten nicht regelmässig entlöhne.¹¹⁸⁹ Mit der Forderung der Gewerbe-genossenschaft konfrontiert, drohte Rudolf Engel, Liechtenstein zu verlassen, falls er eine Kautions hinterlegen müsse. Die Regierung sah in der Folge davon ab, zumal die Gewerbe-genossenschaft auch auf mehrere Anfragen hin nicht genau darlegen konnte, worin das Problem bei Engel bestand.¹¹⁹⁰ Im Dezember 1938 waren erneut Klagen zu hören, Rudolf Engel bezahle seinen Angestellten keine Löhne. Erhebungen des Sicherheitskorps ergaben, dass die Gerüchte übertrieben und weitgehend unbegründet waren.¹¹⁹¹

Als eine seit 1921 in Liechtenstein wohnende deutsche Staatsbürgerin die Konzession von Rudolf Engel übernehmen wollte und angab, sie werde das Geschäft wie Engel weiterführen,¹¹⁹² opponierte der Gewerbeverband und teilte mit,

«dass sich unser Ausschuss einstimmig gegen das Gesuch gestellt hat weil mit Engel Rudolf bis heute die schlechtesten Erfahrungen gemacht wurden. Es würde sich in diesem Falle nur um ein getarntes Judengeschäft handeln.»¹¹⁹³

Die Regierung lehnte das Gesuch infolgedessen ab.¹¹⁹⁴ Die Gewerbe-genossenschaft verhinderte auch, dass der Sohn Franz Engel nach dem Tod seines Vaters 1941 die Konzession auf seinen Namen übertragen lassen konnte.¹¹⁹⁵ Auch den Gewerbeschein, um den Franz Engel im Oktober 1941 nachsuchte, wurde ihm wegen der Konkurrenzängste der Gewerbe-genossenschaft verweigert, obwohl Engel darauf hinwies, dass er und seine Mutter ohne Erwerbsmöglichkeit in Not geraten würden. Die Devise der Gewerbe-genossenschaft war

¹¹⁸⁹ LLA, RF 154/276, Liechtensteiner Verband für Gewerbe und Handel an liechtensteinische Regierung, 16. 8. 1935.

¹¹⁹⁰ LLA, RF 154/276, liechtensteinische Regierung an Liechtensteiner Verband für Gewerbe und Handel, 16. 9. 1935.

¹¹⁹¹ So erwies sich beispielsweise die Anschuldigung der Gewerbe-genossenschaft vom Dezember 1938, wonach die Firma Engel ihre Angestellten nicht bezahle, als weitgehend unbegründet. LLA, RF 207/138.

¹¹⁹² LLA, RF 193/400, Amtsvermerk vom 28. 8. 1939.

¹¹⁹³ LLA, RF 193/400, Äusserung der Gewerbe-genossenschaft, 30. 8. 1939.

¹¹⁹⁴ LLA, RF 193/400, Regierung an Mina Kilga, 21. 9. 1939.

¹¹⁹⁵ LLA, RF 205/294, Gewerbe-genossenschaft an Regierung, 14. 5. 1941.

klar: «Liechtensteinische Kräfte beschäftigen sich mit der Herstellung und dem Verkauf von Strickwaren und eine weitere Konkurrenzierung sollte vermieden werden.»¹¹⁹⁶

Einsprache erhob die Gewerbe-genossenschaft auch bei Leopold Baum, der 1939 seine bisherige Gesellschaft auflöste und zusammen mit zwei Schweizern eine Aktiengesellschaft gründete, die die industrielle Bearbeitung von Kokosgarnen und Fasern sowie den Handel mit diesen Produkten zum Zweck hatte. Die Regierung erteilte die Bewilligung Mitte Januar 1940. Die Gewerbe-genossenschaft wollte dies kurze Zeit später wieder rückgängig machen: «Durch die Firma Baum & Co. hat nun wieder eine weitere Überfremdung und Verjudung in unserem Lande stattgefunden, ohne dass das Land besondere Vorteile hat.»¹¹⁹⁷ Die Regierung wies die Einsprache ab und Baum konnte seine Gesellschaft wie geplant weiterführen.

Im Februar 1940 erregte ein anderer Umstand den Unmut der Gewerbe-genossenschaft: Kürzlich aus Liechtenstein ausgewanderte Ausländer hätten ihr Umzugsgut, das sie vor weniger als fünf Jahren zollfrei eingeführt hatten, in Liechtenstein billig verkauft und dadurch das einheimische Schreiner-gewerbe auf unzulässige Weise konkurrenziert: «Wenn solche Herrschaften schon aus irgend einem Grund wegen Ab- oder Auswanderung notgedrungen Möbelstücke verkaufen müssen, so sollen diese den vollen Zollsatz bezahlen.»¹¹⁹⁸ Die drei beanstandeten Fälle betrafen allesamt Flüchtlinge.¹¹⁹⁹

6.2.2 Arbeitsbewilligung zu unselbständiger Erwerbstätigkeit

Wie in der Schweiz unterlagen Flüchtlinge auch in Liechtenstein – mit Ausnahme der Unternehmer – grundsätzlich einem strikten Arbeitsverbot. Eine Ausnahme machte die Regierung bei Heinrich Manitz, den sie Ende 1939 als politischen Flüchtling anerkannte und den sie «nach Möglichkeit zu beschäftigen» suchte.¹²⁰⁰ Manitz, der ausgebildeter Schlosser war, wurde von einer Schlosserei in Vaduz angestellt.¹²⁰¹

Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge hatte auf Flüchtlinge verheerende Auswirkungen, da ihnen keine normale Lebensgrundlage ermöglicht wurde. Mehrere Flüchtlinge, beispielsweise ein Arzt¹²⁰², waren aufgrund ihres Arbeitsverbotes auf externe Unterstützung angewiesen. Das

¹¹⁹⁶ LLA, RF 205/294, Äusserung der Gewerbe-genossenschaft, 2. 1. 1942.

¹¹⁹⁷ LLA, RF 194/487, Gewerbe-genossenschaft an Regierung, 23. 2. 1940.

¹¹⁹⁸ Ebd.

¹¹⁹⁹ Es waren dies Walter Feldheim, Hermann Kirschenblüth und Siegbert Eichholz. LLA, RF 197/284, Gewerbe-genossenschaft an Regierung, 23. 2. 1940, Regierung an Gewerbe-genossenschaft, 26. 2. 1940, sowie Gewerbe-genossenschaft an Regierung, 11. 5. 1940.

¹²⁰⁰ LLA, AS, Regierungssitzung, 19. 1. 1940.

¹²⁰¹ LLA, V5/1939/1392, handschriftliche Notiz auf dem Bericht des Sicherheitskorps an die Regierung, 23. 12. 1939.

¹²⁰² AfZ, VSJF, 1.4, P.212, Ludwig Glaser an Israelitische Flüchtlingshilfe St. Gallen, 22. 8. 1939.

Arbeitsverbot wurde jedoch nicht in jeder Hinsicht strikte durchgehalten: Die Regierung zeigte sich bisweilen verständnisvoll, wenn mittellose Flüchtlinge versuchten, durch «illegale» Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ärmere Flüchtlinge bemühten sich, durch kleine Arbeiten zu ihren Lebenshaltungskosten beizutragen. So bügelte ein gehörloser Flüchtling Wäsche, erledigte Botengänge und verrichtete weitere Hausarbeiten in der Pension, wo er, sein Bruder und dessen Frau wohnten.¹²⁰³ Zwei Flüchtlinge konnten sich mit dem Verkauf von Umzugsgut von auswandernden Flüchtlingen eine Zeitlang finanziell über Wasser halten.¹²⁰⁴ Ein anderer Flüchtling arbeitete zwei Jahre als landwirtschaftlicher Praktikant bei einem Bauern – sein Lohn bestand aus Kartoffeln und Gemüse – und liess sich danach von der Regierung ein Zeugnis über seine landwirtschaftliche Ausbildung ausstellen.¹²⁰⁵ Dessen Frau strickte und verkaufte ihre Strickwaren.¹²⁰⁶ Eine weitere Erwerbsmöglichkeit war das – allerdings ungern gesehene – Hausieren¹²⁰⁷ oder Vertreiben einer Zeitung, beispielsweise des «Tagesanzeigers»¹²⁰⁸.

Die Situation auf dem liechtensteinischen Arbeitsmarkt entspannte sich Anfang der vierziger Jahre zusehends, so dass nun vermehrt auch Flüchtlinge ohne eigenes Unternehmen eine Arbeitsstelle annehmen durften. Ein Flüchtling berichtete 1942:

«[...] so hat sich in einer Hinsicht die Situation für die, welche arbeiten wollen und können, gebessert, denn durch die Anbauschlacht, vor allem aber durch die jetzt bevorstehende Eröffnung eines grossen Industrieunternehmens im nahen Eschen, wie auch durch die vielen Grenzgänger – d. h. Einheimische, welche tagsüber in Deutschland arbeiten – ist ein solcher Mangel an Arbeitskräften eingetreten, dass die hiesige Regierung den Emigranten eine manuelle Tätigkeit <gegen Vergütung> gestattet.»¹²⁰⁹

Die Regierung achtete jedoch darauf, Flüchtlinge nur in Bereichen arbeiten zu lassen, in denen es an liechtensteinischen Arbeitskräften mangelte. Am einfachsten war es, die Arbeitsbewilligung als landwirtschaftliche Hilfskraft zu erhalten, aber diese Art der Tätigkeit war gerade für ältere, kranke Flüchtlinge ungeeignet.¹²¹⁰ Hingegen waren beispielsweise Sekretariatsarbeiten weiterhin vorwiegend Schweizern und Liechtensteinern vorbehalten. Ein älterer und kranker Flüchtling bat im Februar 1942 um eine Arbeitserlaubnis, damit er dem Jüdischen Hilfsverein nicht zur Last falle. Laut Arbeitsamt waren für ihn aufgrund seiner

¹²⁰³ AfZ, VSJF, 1.4, P.212, Ludwig Glaser an Israelitische Flüchtlingshilfe St. Gallen, 22. 8. 1939.

¹²⁰⁴ LLA, V5/1942/1037.

¹²⁰⁵ LLA, RF 202/423, Amtsbestätigung der Regierung, 10. 11. 1941.

¹²⁰⁶ AfZ, VSJF, 1.4, F.620.

¹²⁰⁷ Walk, Liechtenstein, 1986, S. 415.

¹²⁰⁸ Landesmuseum Liechtenstein, «Berichte aus der liechtensteinischen Judenschaft, Vaduz, am 28. Mai 1942», Posener Franz.

¹²⁰⁹ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 19. 5. 1942.

angeschlagenen Gesundheit nur leichte Arbeiten wie beispielsweise Büroarbeit zumutbar. Der fragliche Flüchtling erhielt zwar eine Arbeitsbewilligung, doch betonte die liechtensteinische Regierung ausdrücklich, dass er keine kaufmännische Stelle annehmen dürfe.¹²¹¹ Regierung und Arbeitsamt lehnten ferner das Gesuch eines Flüchtlings ab, seinem Sohn die Tätigkeit als Volontär bei einer Garage in Vaduz zu erlauben, obwohl der Gesuchsteller beteuerte, dass deswegen kein Liechtensteiner arbeitslos werde.¹²¹²

Abgesehen von der Schwierigkeit, eine Arbeitsbewilligung zu erhalten, war es für die Flüchtlinge auch nicht einfach, einen Arbeitgeber zu finden, der Flüchtlinge einstellte. In Einzelfällen ist bekannt, wer wo und in welcher Funktion tätig war. Am ehesten wurden Flüchtlinge von anderen Flüchtlingen angestellt.¹²¹³ Ein Flüchtling, der bisher im Ingenieurbüro eines anderen Flüchtlings gearbeitet hatte, wechselte später zur neugegründeten Presta, wo er als Hilfsarbeiter 1.10 Franken pro Stunde verdiente.¹²¹⁴ Die Regierung verweigerte ihm jedoch die notwendige Bewilligung kurz nach Arbeitsantritt bei der Presta, weil sich für diese Stelle genügend liechtensteinische Arbeitskräfte interessierten.¹²¹⁵ Ob er weiterhin arbeiten konnte, ist nicht bekannt, jedenfalls stellte das liechtensteinische Polizeikorps 1943 über ihn Erhebungen wegen «Arbeitsannahme ohne Bewilligung» an.¹²¹⁶

Eine Arbeitsstelle zu erhalten war für die Flüchtlinge nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus psychischen und sozialen Gründen wichtig, wie dies ein Flüchtling auf den Punkt brachte:

«Praktisch bekommt man der Judenhetze wegen natürlich nur bei Emigranten Arbeit, aber man ist dadurch etwas wert geworden, und kann jetzt seinen Lohn verlangen, wenn man eine Arbeit hat.»¹²¹⁷

Eine Gesamtlösung sah die Regierung für die sowjetischen Militärinternierten vor, die am 2./3. Mai 1945 die liechtensteinische Grenze überschritten. Alle, die es wünschten, fanden nach Ablauf der Quarantänefrist Ende Mai 1945 eine Arbeitsstelle. Die erste Gruppe begann Anfang Juni als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter. Sie füllten eine Lücke im Arbeitsmarkt, einheimische

¹²¹⁰ Siehe dazu beispielsweise AfZ, VSJF, 1.4, P. 355, Erich Posener an H. Albin, 8. 9. 1946.

¹²¹¹ LLA, RF 208/415, Regierung an Posener, 12. 2. 1942.

¹²¹² LLA, RF 197/413, Regierung an Georg Lindemann, 29. 3. 1940.

¹²¹³ Max Friesländer arbeitete bei Rudolf Ottenstein, AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger (VSIA), 19. 5. 1942; Ferdinand Lauchheimer war beim Spielwarenhersteller Max Alexander tätig, LLA, RF 208/482, Erhebung durch Sicherheitskorps, Bericht, 18. 5. 1942; Leopold Greif war 1943 teils ebenfalls beim Spielwarenfabrikanten Alexander, teils bei der Bäckerei Wolf in Vaduz tätig, LLA, V112, Personendossier Leopold Greif, Regierung an Leopold Greif, 3. 7. 1943.

¹²¹⁴ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Boritzer (VSIA), 12. 7. 1942.

¹²¹⁵ LLA, RF 212/466, Regierung an Max Friesländer, 22. 7. 1942.

¹²¹⁶ Die Resultate der Erhebung sind allerdings nicht bekannt. Liechtensteinische Landespolizei, Karteikasten alt, «Ausländer», 510/1943, Max Friesländer «Arbeitsannahme ohne Bewilligung».

¹²¹⁷ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Max Friesländer an Ettlinger, 19. 5. 1942.

Knechte fehlten nämlich.¹²¹⁸ Einige russische Internierte arbeiteten auch in Industriebetrieben, so beispielsweise bei der Kokosweberei in Eschen.¹²¹⁹ Die Arbeitgeber zahlten ihnen einen kleinen Lohn und verpflegten sie, was die Internierungskosten für Liechtenstein reduzierte.

Im Gegensatz zur Schweiz unternahm Liechtenstein – auch nach dem Krieg – keine Bestrebungen, um «ihre» Flüchtlinge weiterzubilden respektive umzuschulen. Als ein Flüchtling sich im Bereich Leder- respektive Wäschezuschneiden weiterbilden wollte und einen Antrag für einen in der Schweiz angebotenen Kurs stellte, reagierte die schweizerische Fremdenpolizei ungehalten. Liechtenstein setze sich im Hinblick auf die berufliche Qualifizierung der im Land wohnenden Flüchtlinge nur ungenügend ein und wolle auch diese Last der Schweiz zuschieben.¹²²⁰ Die Fremdenpolizei wies das Gesuch zuerst ab, da sie einen Präzedenzfall verhindern wollte.¹²²¹ Schliesslich erhielt der betreffende Flüchtling 1947 doch noch die Bewilligung zur Teilnahme an einem Kürschnerkurs. Für die Kosten kamen der liechtensteinische Hilfsverein und der VSJF auf.¹²²²

6.3 Finanzielle Unterstützung mittelloser Flüchtlinge

Wie in Kapitel 4 dargelegt, wurden im Fürstentum grundsätzlich vor allem begüterte Flüchtlinge aufgenommen, die über genügend Mittel für ihren Unterhalt verfügten. Trotz dieser Auswahl durch die Regierung wurden einzelne Flüchtlinge während ihres Aufenthaltes im Fürstentum unterstützungsbedürftig. Teilweise waren dies Personen, die während der Frühphase der nationalsozialistischen Herrschaft nach Liechtenstein geflohen waren, als die Aufnahmebedingungen noch weniger restriktiv waren. Dazu kamen solche, die dank ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen nach Liechtenstein kommen konnten, sowie Flüchtlinge, die sich ohne Bewilligung in Liechtenstein niedergelassen hatten und später von den liechtensteinischen Behörden toleriert wurden.

Materieller Notstand konnte selbst bei vormals begüterten Flüchtlingen eintreten. Aufgrund der Clearingbestimmungen zwischen der Schweiz und Deutschland, die auch für Liechtenstein galten,¹²²³ und der sich verschärfenden Devisenausfuhrbestimmungen in Deutschland wurde es für die geflohenen Juden immer schwieriger, ihre in Deutschland liegenden Vermögenswerte an ihren aktuellen Wohnort zu transferieren. Dabei bestanden unterschiedliche Bestimmungen

¹²¹⁸ Korfmaier, Exil, 1993, S. 135.

¹²¹⁹ Interview mit Fritz Baum, 4. 10. 2003.

¹²²⁰ LLA, RF 238/317/2, Fremdenpolizei an Regierung, 3. 5. 1946.

¹²²¹ AfZ, VSJF, 1.4., P 355, VSJF an Hilfsverein, 16. 9. 1946.

¹²²² AfZ, VSJF, 1.4., P 355, Jüdische Flüchtlingshilfe St. Gallen an VSJF, 16. 6. 1947.

für den Transfer von Kapitalien (Bargeld, Guthaben auf Bankkonten oder Wertschriften) und den daraus resultierenden Erträgen (Zinsen, Dividenden, Mietzinsen) sowie Unterstützungszahlungen, Pensionen und Honoraren. Flüchtlinge konnten ihre in NS-Deutschland liegenden Kapitalien nur in Einzelfällen, und zwar im Rahmen des Kapitalhärtefalltransfers, in die Schweiz respektive nach Liechtenstein überweisen lassen.¹²²⁴

Einzig bekannter Fall dieser Art in Liechtenstein war jener der Deutschen Annemarie Sachs. Sachs weilte seit 1935 mit ihrem Mann als Flüchtling in Vaduz. Da Max Sachs schwer krank war, musste er sich von einem Arzt behandeln lassen. Die Rechnungen konnte Annemarie Sachs – ihr Mann war inzwischen verstorben – nicht bezahlen. Auf Antrag der liechtensteinischen Regierung stufte das Eidgenössische Volksdepartement (EVD) Annemarie Sachs als Kapitalhärtefall ein und erteilte zwei Transferbewilligungen über insgesamt 911.25 Reichsmark zur Begleichung der offenen Arzthonore.¹²²⁵

Im Gegensatz zu den einschränkenden Bestimmungen zum Kapitalientransfer konnten sich zu Beginn der dreissiger Jahre alle in der Schweiz niedergelassenen Personen ungeachtet ihrer Nationalität ihre Erträge aus in Deutschland befindlichen Kapitalien überweisen lassen. Auch war der Transfer von Honoraren, Pensionen, Renten und Unterstützungszahlungen grundsätzlich erlaubt. Die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen und dergleichen wurden im Verlauf der dreissiger Jahre aber zusehends restriktiver.¹²²⁶ Die Behörden beider Staaten waren besonders daran interessiert, Flüchtlinge aus dem Ertragstransfer auszuschliessen. Sie erreichten dies mit sich ergänzenden Bestimmungen schrittweise.¹²²⁷ Anfang Januar 1940 waren fast alle im schweizerischen Wirtschaftsraum wohnenden Flüchtlinge vom Transfer der Kapitalerträge ausgeschlossen.¹²²⁸ In Liechtenstein wohnende Drittausländer – vor allem die hier im Zentrum stehenden Flüchtlinge

¹²²³ Siehe dazu insbesondere LLA, RF 194/398.

¹²²⁴ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 236.

¹²²⁵ LLA, RF 175/305, Volkswirtschaftsdepartement an Regierung, 28. 12. 1937, und Volkswirtschaftsdepartement an Regierung, 28. 12. 1937.

¹²²⁶ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 242 f.

¹²²⁷ Die Schweizer Clearingbehörden versuchten den Kreis der Anspruchsberechtigten einzuschränken, indem sie von den kantonalen Fremdenpolizeibehörden verlangten, nur Flüchtlinge aufzunehmen, die das Clearing nicht belasteten. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 236. Eine Aufstellung der Clearingabkommen und der Zusatzverträge findet sich in Frech, Clearing, 2001, S. 67. Das deutsch-schweizerische Clearingabkommen vom 30. 6. 1937 schloss alle in der Schweiz respektive in Liechtenstein wohnenden Ausländer, die nach dem 1. 7. 1937 von Deutschland gekommen waren, von der Transferberechtigung aus. Mit dem Abkommen vom 5. 7. 1939 konnten auch alle nach dem 1. 1. 1935 Eingereisten keine Kapitalerträge mehr überweisen lassen, und mit dem Zusatzabkommen vom 24. 10. 1939 war nicht mehr das Domizil, sondern die Nationalität für die Anspruchsberechtigung entscheidend. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 242–248.

¹²²⁸ Die schweizerische Clearingkommission beschloss am 5. 1. 1940, alle Ausländer ohne Niederlassungsbewilligung vom Transfer auszuschliessen. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 248.

– konnten also spätestens ab 1940 kaum mehr finanzielle Mittel aus Deutschland beziehen.¹²²⁹ Unter diesen Umständen vermochten die im Fürstentum lebenden Flüchtlinge mit ihren in Deutschland liegenden Vermögenswerten weder ihren Lebensunterhalt bestreiten noch ihre weitere Auswanderung finanzieren. Waren die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht, wurden sie von der Unterstützung abhängig, sofern sie keine Arbeitsbewilligung erhielten oder arbeitsunfähig waren.

Die Institutionalisierung der Flüchtlingsfinanzierung – Gründung und Tätigkeit des Hilfsvereins der Juden in Liechtenstein 1940–1945

Die liechtensteinische Regierung wies grundsätzlich jede Unterstützungspflicht für in finanzielle Not geratene Ausländer von sich. Flüchtlingen, die für ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr aufkommen konnten, blieb nichts anderes übrig, als an Privatpersonen und Hilfsvereine zu gelangen. Der Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen (VSIA) unterstützte in den dreissiger Jahren einige mittellose Juden in Liechtenstein. Die Anfrage eines in Liechtenstein lebenden Flüchtlings führte 1939 jedoch zum Grundsatzentscheid des Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Saly Mayer, dass kein Geld mehr nach Liechtenstein fliessen sollte:

«Grundsätzlich lehnen wir es ab, Liechtenstein als Bestandteil unseres Tätigkeitsgebietes anzuerkennen. Materiell hat es dort genügend bemittelte Juden, um diesen oder ähnliche Fälle selbst bewältigen, d. h. selbst eine Flüchtlingshilfe durchführen zu können. Allfällige Folgen, die aus Gleichgültigkeit oder Verständnislosigkeit sich ergeben, unterliegen der Verantwortung dieser liechtensteinischen Juden. Wir vertreten den grundsätzlichen Standpunkt, dass kein Geld ins Ausland zu schicken sei. Vor mehr als einem Jahr hat man versucht, die jüdischen Kreise in Liechtenstein an unsere Sammelaktion anzuschliessen mit dem kläglichen Ergebnis von Fr. 700 für 1938.»¹²³⁰

Fortan unterstützte der VSIA nur noch eine Flüchtlingsfamilie, die von der Schweiz nach Liechtenstein gezogen war.¹²³¹

In Liechtenstein existierten zwei Unterstützungsvereine der dort ansässigen Juden. Das Jüdische Hilfskomitee für Liechtenstein war eine lose organisierte Unterstützungsaktion für mittellose Flüchtlinge in Liechtenstein. Über seine Hintergründe ist wenig bekannt; es war spätestens seit Herbst 1939 tätig. Moses Strauss und Max Schönwalter scheinen wichtige Akteure gewesen zu sein. Strauss war auch die liechtensteinische Kontaktperson für den

¹²²⁹ LLA, RF 194/398, Regierung an Schweizerische Verrechnungsstelle, 9. 1. 1940

¹²³⁰ AfZ, VSJF, 1.4, P.212, Israelitische Flüchtlingshilfe St. Gallen an VSIA, 31. 8. 1939.

¹²³¹ AfZ, VSJF, 1.4, F.620.

VSIA.¹²³² Das Komitee unterstützte zwischen fünf und sechs Familien und beteiligte sich 1938 mit 1400 Franken an der Sammlung der schweizerischen Flüchtlingshilfe.¹²³³ Es verfügte nach eigenen Angaben über sehr beschränkte Mittel und versuchte deshalb, auch von eingebürgerten Juden finanzielle Unterstützung zu erhalten.¹²³⁴ In der Folge bezahlten mehrere liechtensteinische Neubürger, die meistens über ihre liechtensteinischen Rechtsvertreter angefragt wurden, Unterstützungsleistungen. Zwischen Herbst 1939 und Sommer 1940 kamen so immerhin 1630 Franken zusammen.¹²³⁵ Im Mai 1940 bezeichnete das Hilfskomitee seine finanzielle Lage dennoch als sehr prekär: «Durch die Zeitverhältnisse droht unsere Flüchtlingshilfe in einigen Wochen in grosse Schwierigkeiten zu geraten.»¹²³⁶ Das Hilfskomitee stellte seine Tätigkeit vermutlich spätestens im Herbst 1940 ein. An seine Stelle trat der im September 1940 gegründete Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, dessen Gründung auf die Initiative der liechtensteinischen Regierung zurückging.¹²³⁷ Hintergrund dieses Schrittes bildete wohl der Umstand, dass die Regierung 1940 zum ersten Mal regelmässig Beträge vom Kautionskonto eines Flüchtlings freigeben musste, damit dieser seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte.¹²³⁸

Mit der Gründung des Hilfsvereins sollte die Unterstützung bedürftiger Personen ohne finanzielle Belastung des Staatshaushalts sichergestellt werden. Die Selbsthilfe der Juden lag somit im Interesse des liechtensteinischen Staats. Die Regierung erklärte die Mitgliedschaft für alle in Liechtenstein lebenden Juden für obligatorisch, vordergründig um dem «Verein einen durchgreifenden Erfolg zu sichern»,¹²³⁹ in Wirklichkeit aber wohl vielmehr, um sämtliche

¹²³² AfZ, VSJF, 1.4, F.620, VSIA an Children and Youth aliyah, 4. 9. 1939, und AfZ, VSJF, 1.4, P.212, handschriftliche Notiz auf dem Schreiben von Walter Pincus an Jüdische Flüchtlingshilfe Zürich, 20. 11. 1938: [...] soll sich an Vertrauensmann in Schaan, Dr. med. Strauss wenden.»

¹²³³ AfZ, VSJF Personendossier, P.212, VSIA an Saly Mayer, 18. 9. 1939.

¹²³⁴ So gelangte das Hilfskomitee im Herbst 1939 und Frühling des darauffolgenden Jahres an Moritz Mündheim über seinen Anwalt Guido Feger. PA-AT, Dossier 71, Frieden GmbH. Feger unterbreitete Mündheim die Anfragen des Komitees und fügte bei, dass er persönlich die Notlage verschiedener jüdischer Emigranten in Liechtenstein kenne und die angestrebte Hilfe für unerlässlich halte. Feger an Mündheim, 11. 12. 1939.

¹²³⁵ Landesmuseum Liechtenstein, «Berichte aus der liechtensteinischen Judenschaft, Vaduz, am 28. Mai 1942». Die Liste enthält die Namen von 71 in Liechtenstein lebenden Flüchtlingen, liechtensteinischen Neubürgern sowie vereinzelt externen Personen, die in Kontakt mit den Flüchtlingen in Liechtenstein standen und gibt an, wer wieviel an das Komitee respektive an den Verein einbezahlt hat. Allerdings bezieht sich der Grossteil der Angaben auf 1939/Anfang 1940, hingegen scheinen fast keine Angaben zur Zeit zwischen zweite Jahreshälfte 1940 und der Datum der Niederschrift auf.

¹²³⁶ PA-AT, Dossier 71, Frieden GmbH, Jüdisches Hilfskomitee für Liechtenstein an Guido Feger, 28. 5. 1940.

¹²³⁷ Interview mit Fritz Baum, 10. 4. 2003; PA/AA, Inland II A/B, R99426, Juden in Liechtenstein, Generalkonsulat Zürich an Auswärtiges Amt, 18. 6. 1942. Ein Mitglied der liechtensteinischen Regierung war an der Ausarbeitung der Statuten beteiligt. LLA, RF 221/163, Hilfsverein der Juden in Liechtenstein an Regierung, 13. 9. 1943.

¹²³⁸ Zu den Kautionsfreigaben an Ferdinand Lauchheimer siehe Kapitel 4.2.4.

¹²³⁹ LLA, RF 200/057, Regierung an Hans Horowitz, 19. 9. 1940.

Juden in den Verein einzubinden und damit eine allfällige Belastung der Staatskasse möglichst gering zu halten. In der Folge schrieb die Regierung alle Juden an und drohte mit Entzug der Aufenthaltsbewilligung bei Nichtbeitritt.¹²⁴⁰ Gemäss dem Bericht einer Mitarbeiterin des Nachfolgeverbandes des VSIA, des Verbands Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF), aus dem Jahr 1946 soll die liechtensteinische Regierung den Hilfsverein anlässlich seiner Gründung auch verpflichtet haben, eine Kautions von 4000 Franken zu hinterlegen, um die Unterstützung der hilfsbedürftigen Flüchtlinge zu sichern. Diese Kautions habe der Hilfsverein nur mit Erlaubnis der Regierung antasten dürfen.¹²⁴¹

Der Hilfsverein bestand aus drei Organen, dem Vorstand, dem Ausschuss und der Mitgliederversammlung. Der dreiköpfige Vorstand setzte die Mitgliederbeiträge fest und entschied über Unterstützungen. Der Ausschuss, in dem vier Mitglieder Einsitz nahmen, kontrollierte die Tätigkeit des Vorstands. Vorstand sowie Ausschuss wurden von der Mitgliederversammlung gewählt, die zweimal jährlich zusammentrat.¹²⁴² Abgesehen von seiner Hauptfunktion als Unterstützungsverein wurde der Hilfsverein auch zum Sprachrohr der in Liechtenstein wohnenden Flüchtlinge. Er fungierte als Bindeglied zwischen seinen Mitgliedern und den liechtensteinischen Behörden. So dankte der Hilfsverein bei Kriegsende im Namen aller in Liechtenstein aufgenommenen jüdischen Flüchtlinge der liechtensteinischen Regierung für ihre Haltung gegenüber den Aufgenommenen.¹²⁴³

Bei der Finanzierung war der Hilfsverein praktisch auf sich allein gestellt. Vom liechtensteinischen Staat erhielt er keinerlei finanzielle Unterstützung. Die liechtensteinische Regierung liess ihm lediglich indirekte Hilfe zukommen, als sie ab Juli 1943 auf die Hälfte der Toleranzgebühren für neun unterstützungsbedürftige Flüchtlinge verzichtete.¹²⁴⁴ Wichtigste Einnahmequelle des Hilfsvereins bildeten die Mitgliederbeiträge. Daneben erhielt er auch kleinere Zuschüsse vom VSIA.¹²⁴⁵ Die Mitgliederbeiträge wurden vom Vorstand nach Vermögen und Einkommen des jeweiligen Mitglieds festgesetzt. Die Höhe der Beiträge war ein internes Politikum, so erhoben sich beispielsweise an der Generalversammlung vom April

¹²⁴⁰ LLA, RF 200/057, Regierung an Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, 8. 10. 1940, als Beilage das undatierte Schreiben, das an alle Juden ging: «Wer diesen Beitritt nicht vollzieht, verzichtet auf den weiteren Aufenthalt in Liechtenstein und geht jeder Bewilligung verlustig.»

¹²⁴¹ AfZ, SIG-Archiv, Ressort Flüchtlinge und Soziales, Betreuung von Flüchtlingen und Bedürftigen, Sekretariatsakten 1953, «Bericht über meinen Besuch in Liechtenstein am 13. 11. 1946» von C. Catala, 18. 11. 1946.

¹²⁴² LLA, RF 200/057, Statuten. Zu Organisation und Aufgaben des Hilfsvereins siehe auch Korfmacher, Exil, 1993, S. 133–135.

¹²⁴³ LLA, RF 230/365, Hilfsverein der Juden in Liechtenstein an Regierung, 8. 5. 1945.

¹²⁴⁴ LLA, RF 220/033, Regierung an Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, 3. 7. 1943.

¹²⁴⁵ Interview mit Fritz Baum, 18. 7. 2003.

1942 Stimmen, die forderten, dass die finanzielle Bürde besser verteilt werden und vor allem die begüterten Juden mehr bezahlen sollten.¹²⁴⁶ Zwei Mitglieder, die tiefere Beträge entrichten wollten, als der Vorstand bestimmt hatte, wies die Regierung in einem harschen Schreiben zurecht. Sie rekapitulierte die Statuten und wies die Betroffenen an, sich an diese zu halten: «Wenn Sie evtl. Schwierigkeiten machen würden, ziehen Sie sich Zwangsmassnahmen des Staates zu.»¹²⁴⁷

Von Dritthilfe weitgehend ausgeschlossen, versuchte der Hilfsverein auch, die Eingebürgerten zu finanziellen Beiträgen zu bewegen, beschritt also den gleichen Weg wie schon das Hilfskomitee. Die Resultate seiner Bemühungen schienen aber unbefriedigend gewesen zu sein, weshalb der Hilfsverein bei der Regierung im Frühling 1944 anregte, die Zwangsmitgliedschaft auch für jüdische Liechtensteiner einzuführen. Die Regierung lehnte dies ab, da nach ihrer Darstellung entsprechende gesetzliche Grundlagen fehlten.¹²⁴⁸ Einige Eingebürgerte beteiligten sich jedoch auch ohne formellen Zwang an der Unterstützung für in Liechtenstein wohnende bedürftige Flüchtlinge.¹²⁴⁹ Ferner fragte der Hilfsverein US-amerikanische Hilfskomitees um finanzielle Hilfe an. Die Regierung unterstützte ihn dabei und betonte dessen finanziell unsichere Lage;¹²⁵⁰ die Bestrebungen blieben jedoch erfolglos.¹²⁵¹ Abgesehen von der Suche nach neuen Finanzquellen versuchte der Hilfsverein auch, die Unterstützungsbeiträge tief zu halten beziehungsweise zu senken. Dies versuchte er zu erreichen, indem er die Regierung um Arbeitserlaubnis für mittellose Flüchtlinge anfragte.¹²⁵² Da es in Liechtenstein ab Beginn der vierziger Jahre an Arbeitskräften mangelte, stiess der Hilfsverein bei der Regierung teilweise auf Zustimmung.¹²⁵³

Unmittelbar nach seiner Gründung betreute der Hilfsverein bereits sechs Familien und kam für das Notwendigste auf. Der Hilfsverein wollte ferner durch gezielte Unterstützung verhindern, dass sich Flüchtlinge verschulden mussten. Er verlangte von den Unterstützungsbedürftigen, über anstehende Ausgaben im Voraus informiert zu werden, und weigerte sich, bereits

¹²⁴⁶ LLA, RF 200/057, Protokoll des Hilfsvereins der Juden in Liechtenstein über die Generalversammlung vom 14. 4. 1942.

¹²⁴⁷ LLA, RF 222/478, Regierung an Friesländer Max und Moos Leo, 11. 2. 1944.

¹²⁴⁸ LLA, RF 200/057, Regierung an Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, 22. 4. 1944. Im Gegenzug suchte sie jedoch mit einem Neubürger, der in Liechtenstein wohnte und von dem der Hilfsverein besondere Zahlungen erwartete, das Gespräch. LLA, RF 200/057, Regierung an Moritz Gruental.

¹²⁴⁹ Landesmuseum Liechtenstein, «Berichte aus der liechtensteinischen Judenschaft, Vaduz, am 28. Mai 1942».

¹²⁵⁰ LLA, RF 200/057, Bestätigung der Regierung, 18. 11. 1940.

¹²⁵¹ Interview mit Fritz Baum, 18. 7. 2003.

¹²⁵² LLA, RF 200/057, Protokoll über die Generalversammlung vom 14. 4. 1942.

¹²⁵³ Zum Arbeitskräftemangel siehe Korfmacher, Exil, 1993, S. 135, und Geiger, Liechtenstein, 2000, S. 38. Zur unselbständigen Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen in Liechtenstein siehe Kapitel 6.2.

aufgelaufene Schulden zu tilgen.¹²⁵⁴ Zu einem umfangreichen Briefwechsel zwischen Hilfsverein, Regierung, der betroffenen Familie und dem Rechtsagenten Oswald Bühler kam es im Fall von Elise Posener, der Mutter von Franz und Erich Posener.¹²⁵⁵ Der Hilfsverein lehnte die Bezahlung von Spitalkosten für Elise Posener aus prinzipiellen Gründen ab, weil er nicht vorgängig über die entstehenden Kosten informiert worden war. Daraufhin protestierte Bühler bei der Regierung und machte geltend, dass in Liechtenstein viele reiche Juden lebten. Er hielt es deshalb für

«notwendig dass bei dieser Gesellschaft etwas energisch dreingefahren wird [...]. Liechtenstein hat wegen dieser Gruppe schon erhebliche Schwierigkeiten gehabt, und es dürfte nicht notwendig sein, dass der Staat noch Auslagen hat, solange diese Leute noch grosse Vermögen besitzen.»¹²⁵⁶

Inzwischen meldete sich auch die Gemeinde Vaduz, die Franz Posener die Kosten für den Spitalaufenthalt seiner Mutter von insgesamt 733.60 Franken (1941 und 1942) vorgestreckt hatte. Entgegen der Abmachung stellte Posener nach zwei Monaten seine Ratenzahlungen an die Gemeinde ein.¹²⁵⁷ Daraufhin liess die Regierung das Geld aus dem Armenfonds überweisen und hielt Posener an, die Schulden bei ihr zu begleichen.¹²⁵⁸ Die Diskussion, wie die alte und zuckerkrankte Elise Posener unterzubringen sei und wie viel der Hilfsverein zu bezahlen habe, erübrigte sich durch den Tod von Elise Posener Ende November 1943.¹²⁵⁹

Grosse Schwierigkeiten, finanzielle Unterstützung zu erhalten, hatte die Familie Wollenberger. Anna Wollenberger und ihre beiden Kinder waren seit 1937 in Liechtenstein wohnhaft, wo die Kinder das Gymnasium Marianum respektive die Volksschule besuchten. Paul Wollenberger kam erst 1939 definitiv nach Schaan. Mutter und Kinder Wollenberger waren katholisch, der Vater galt als «nichtarisch». Zu Beginn konnte die Familie die für den Unterhalt notwendigen Mittel aus Deutschland transferieren lassen, nach Kriegsbeginn erhielten sie aber keine Zahlungen mehr.¹²⁶⁰ Anfang 1940 hatte die Familie ihr Vermögen aufgebraucht und wurde von Unterstützung abhängig. Auf Veranlassung des Schaaner Ortsvorstehers erhielt Paul Wollenberger von anderen in Liechtenstein wohnenden Flüchtlingen eine einmalige Zahlung

¹²⁵⁴ LLA, RF 221/163, Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, Gemeindevorstellung Vaduz, 13. 9. 1943.

¹²⁵⁵ Sowohl Franz als auch Erich Posener waren zeitweise von der Unterstützung des Vereins abhängig; Franz allein musste zwischen Herbst 1941 und November 1943 mit über 4000 Franken unterstützt werden, LLA, RF 221/163, Hilfsverein der Juden in Liechtenstein, 19. 11. 1943.

¹²⁵⁶ LLA, RF 221/163, Oswald Bühler an die Regierung, 16. 11. 1943.

¹²⁵⁷ LLA, RF 221/163, Gemeindevorstellung Vaduz an Regierung, 4. 11. 1943.

¹²⁵⁸ LLA, RF 221/163, Regierung an fürstliche Landeskasse, 22. 11. 1943.

¹²⁵⁹ LLA, RF 221/163, Aktenvermerk, 29. 11. 1943.

¹²⁶⁰ LLA, V5/1942/1037, Paul Wollenberger an Sicherheitskorps, 11. 9. 1942.

von 425 Franken und dazu während eines halben Jahres monatlich je 75 Franken.¹²⁶¹ Ferner wurden seine Kinder seit Januar 1940 vom Schweizerischen Hilfswerk für Emigrantenkinder mit monatlich 60 Franken unterstützt. Der Unterhalt der Familie Wollenberger war aber längerfristig nicht gesichert, so dass sich Paul Wollenberger im August 1940 in ein schweizerisches Arbeitslager einweisen lassen wollte, was die Eidgenössische Fremdenpolizei aber ablehnte.¹²⁶² Zwischendurch konnte Wollenberger etwas Geld verdienen, indem er den Haushalt verschiedener wegziehender Flüchtlinge auflöste und verwertete. Weiter verkaufte die Familie Wollenberger 1941 ihre eigene Wohnzimmereinrichtung, um sich über Wasser zu halten.¹²⁶³ Im Oktober 1941 versuchte Paul Wollenberger auch, eine Arbeitserlaubnis für kaufmännische Hilfsarbeiten zu erhalten. Der Entscheid der Regierung ist jedoch nicht bekannt.¹²⁶⁴ Die Mittel scheinen jedenfalls weiterhin nicht gereicht zu haben, Wollenberger versuchte erneut, sich in ein schweizerisches Arbeitslager einweisen zu lassen, im Dezember 1942 schliesslich mit Erfolg. Seine Familie blieb jedoch weiterhin unterstützungsbedürftig, zumal ihr 1942 die Wohnung gekündigt wurde. Angesichts dessen wollte die Regierung nun auch Frau Wollenberger und die Kinder in ein schweizerisches Flüchtlingslager einweisen lassen:

«Da es uns bisher nicht gelungen ist, Frau Wollenberger und deren Kinder zu einer Arbeit anzuhalten, bleibt uns nichts anderes übrig, als ihre Verbringung in ein Interniertenlager zu beantragen. Da es infolge der Umtriebe des nun internierten Paul Wollenberger auch nicht möglich ist, für dessen Familie eine Wohnung aufzutreiben, bitten wir Sie ebenso höflich wie dringend, der baldigen Einweisung in ein Interniertenlager zuzustimmen.»¹²⁶⁵

Die Schweiz lehnte das liechtensteinische Ansinnen ab.¹²⁶⁶ Nun mussten die liechtensteinischen Behörden aktiv werden. Die Regierung wies Frau Wollenberger und ihre Tochter im Januar 1943 vorübergehend ins Kloster Elisabeth nach Schaan und bezahlte für einen Monat die Wohnkosten in Höhe von 92.95 Franken.¹²⁶⁷ Als Anna Wollenberger wenige Monate später noch immer keine feste Arbeitsstelle gefunden hatte, die ihr erlaubt hätte, sich eine eigene Wohnung zu leisten, erhielt sie von der Regierung ein harsches Schreiben:

¹²⁶¹ LLA, RF 213/386, Paul Wollenberger an liechtensteinisches Sicherheitskorps, 11. 9. 1942.

¹²⁶² LLA, RF 200/264, Regierung an Fremdenpolizei, 13. 8. 1940, und LLA, RF 200/264, Fremdenpolizei an Regierung, 30. 8. 1940.

¹²⁶³ LLA, V5/1942/1037, Paul Wollenberger an Sicherheitskorps, 11. 9. 1942.

¹²⁶⁴ LLA, RF 207/138, Paul Wollenberger an Regierung, 4. 10. 1941. In den Regierungsprotokollen findet sich kein entsprechender Entscheid.

¹²⁶⁵ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Regierung an Fremdenpolizei, 19. 1. 1943.

¹²⁶⁶ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Fremdenpolizei an Regierung, 12. 2. 1943.

¹²⁶⁷ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Kloster Schaan, Provinzoberin an Regierung, 24. 2. 1943, und Regierung an Landeskasse, 8. 3. 1943.

«Wir haben Ihnen damals vorgehalten, dass Sie in dieser Zeit unbedingt sich um irgendwelche Arbeit umsehen müssen und dass es nicht angängig ist, und in höchstem Grade allenthalben missbilligt wird, dass sie von Mitteln anderer lebend Ihre Kinder noch studieren lassen, anstatt sie irgendwo mit bezahlter Arbeit unterzubringen. Wie wir erfahren, haben Sie in der Zwischenzeit keine Anstalten gemacht, unseren Vorschlägen nachzuleben.»¹²⁶⁸

Anna Wollenberger arbeitete aber bereits seit mehreren Monaten als schlecht bezahlte Haushalthilfe in einer Familie, da ihr das Arbeitsamt die Ausübung ihres Berufes als Stenotypistin verweigerte. Ihre Kinder waren fünfzehn und sechzehn Jahre alt.¹²⁶⁹ Die finanzielle Situation blieb prekär. Der Caritas-Verband in Liechtenstein verweigerte der Familie im Dezember 1943 jede Unterstützung, weil sie «derart schlecht beleumdet war».¹²⁷⁰ Auch der Hilfsverein der Juden in Liechtenstein stellte im Dezember 1943 die Zahlungen ein, weil die Familie katholisch war und Wollenberger in der Schweiz weilte.¹²⁷¹ Schliesslich fand Anna Wollenberger im März 1944 eine Arbeitsstelle im Haushalt einer Familie, wo sie auch wohnen konnte.¹²⁷²

Als der Familie 1940 das Geld ausging und sie obdachlos wurde, versuchte die Regierung, die Familie in die Schweiz abzuschieben. Da dies nicht gelang, unterstützte sie sie während eines Monats. Sie betrachtete die Notlage als selbstverschuldet und warf der Familie vor, nicht genügend Eigeninitiative aufzubringen. Dabei ignorierte sie die Unmöglichkeit, Guthaben aus Deutschland transferieren zu lassen, ebenso wie das Arbeitsverbot für Anna Wollenberger als Stenotypistin. Zusätzlich erschwert wurde die Situation der Familie durch den Umstand, dass sie halb christlich, halb jüdisch war und sich deshalb kein Hilfswerk für sie verantwortlich fühlte.

Finanzierung des Hilfsvereins in der Nachkriegszeit

Eine schwere finanzielle Notlage trat für den Hilfsverein nach Kriegsende ein, als einige relativ begüterte Juden auswanderten. Nun verteilte sich die finanzielle Last, die unverändert blieb, auf noch weniger Schultern. 1946 kam eine Vertreterin des VSJF – veranlasst durch einige Wegweisungsentscheide der Schweizer Fremdenpolizei – nach Liechtenstein, um sich nach der Situation der dortigen Flüchtlinge zu erkundigen. Die Mitarbeiterin kam zum Schluss, dass die liechtensteinische Regierung sich gegenüber den jüdischen Flüchtlingen zwar generell anständig verhalten habe, betonte aber auch, dass viele Flüchtlinge bei ihrer Einreise grössere

¹²⁶⁸ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Regierung an Anna Wollenberger, 7. 4. 1943.

¹²⁶⁹ LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Anna Wollenberger an Regierung, 8. 4. 1943.

¹²⁷⁰ AfZ, VSJF, 1.4, W.758, Caritas Basel an Susanne Bloch, Basel, 1. 12. 1943.

¹²⁷¹ AfZ, VSJF, 1.4, W.758, Hilfsverein der Juden in Liechtenstein an VSJF, 9. 12. 1943.

¹²⁷² LLA, V112, Personendossier Anna Wollenberger, Anna Wollenberger an Regierung, 15. 5. 1944.

Kautionen hatten stellen müssen und von den Behörden gezwungen worden waren, Unternehmen zu gründen, in denen Liechtensteiner beschäftigt wurden. Die VSJF-Vertreterin war von der finanziell äusserst angespannten Lage des Hilfsvereins sehr überrascht. Den damaligen monatlichen Einnahmen von 290 Franken standen Ausgaben in der Höhe von 805 Franken gegenüber, nicht inbegriffen Arztrechnungen, Medikamente und dergleichen. Kleider konnten gar nie bezahlt werden. Die Unterstützungen, die der Hilfsverein an die Bedürftigen auszahlen konnte, lagen unter dem Durchschnitt der schweizerischen Ansätze.¹²⁷³ In Liechtenstein erhielt 1946 eine allein stehende Person monatlich 115 Franken und ein Ehepaar 180 Franken. Der VSJF unterstützte demgegenüber Einzelpersonen mit 130 Franken und Ehepaare mit 240 Franken.¹²⁷⁴

Zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Hilfsverein und dem VSJF kam es erst in den fünfziger Jahren. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch sechs jüdische Familien in Liechtenstein. Die meisten dieser Familien waren mittlerweile den jüdischen Gemeinden in St. Gallen oder Zürich beigetreten. Als Mitglieder zahlten sie gesonderte Beträge für die Flüchtlingshilfe in der Schweiz. Sie baten deshalb den VSJF 1953, die drei im Fürstentum verbliebenen mittellosen Flüchtlinge zu betreuen.¹²⁷⁵ Der VSJF war grundsätzlich dazu bereit, wollte aber, dass sich – ähnlich wie dies in der Schweiz der Fall war – der liechtensteinische Staat an der Flüchtlingshilfe finanziell beteiligte. Infolgedessen wurde der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) im Februar 1953 bei der liechtensteinischen Regierung vorstellig und regte diese an, sich zusammen mit dem SIG an der Unterstützung der in Liechtenstein lebenden Flüchtlinge zu beteiligen.¹²⁷⁶ Die Regierung wies das Ansinnen allerdings kategorisch zurück:

«Wir [...] teilen Ihnen mit, dass in Liechtenstein ein jüdischer Selbsthilfeverband besteht, der die Aufgabe unternommen hat, bedürftige Juden zu unterstützen ohne das Land in Anspruch zu nehmen. Die Statuten dieses Vereines wurden seinerzeit von der Regierung genehmigt und nur aus diesem Grunde konnte das kleine Land den Zuzug von Emigranten und Flüchtlingen gutheissen.»¹²⁷⁷

Die liechtensteinischen Behörden hielten so selbst Jahre nach dem Krieg, als sich die liechtensteinische Wirtschaft im Aufschwung befand, an ihrer Haltung fest und wiesen die Verantwortung für die Flüchtlingsfinanzierung von sich.

¹²⁷³ AfZ, SIG-Archiv, Ressort Flüchtlinge und Soziales, Betreuung von Flüchtlingen und Bedürftigen, Sekretariatsakten 1953, «Bericht über meinen Besuch in Liechtenstein am 13. 11. 1946» von C. Catala, 18. 11. 1946.

¹²⁷⁴ AfZ, SIG-Archiv, Ressort Flüchtlinge und Soziales, Betreuung von Flüchtlingen und Bedürftigen, Sekretariatsakten 1953, «Bericht über meinen Besuch in Liechtenstein am 13. 11. 1946» von C. Catala, 18. 11. 1946.

¹²⁷⁵ AfZ, SIG-Archiv, Ressort Flüchtlinge und Soziales, Betreuung von Flüchtlingen und Bedürftigen, Sekretariatsakten 1953, und AfZ, SIG-Archiv, Protokolle der SIG-Geschäftsleitung, 1953, Traktandum A5 1953.

¹²⁷⁶ LLA, RF 268/133, SIG an Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, 2. 2. 1953.

¹²⁷⁷ LLA, RF 268/133, Regierung an SIG, 6. 3. 1953.

Der Hilfsverein der Juden in Liechtenstein löste sich im Mai 1954 auf.¹²⁷⁸ Seine Reserven in der Höhe von 6000 Franken übergab er dem VSJF, der sich anschliessend um die letzten Unterstützungsfälle kümmerte.¹²⁷⁹

Die in Liechtenstein weiterhin wohnhaften Flüchtlinge waren auch bezüglich der 1954 in Kraft gesetzten Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) schlechter gestellt als die in der Schweiz wohnhaften Flüchtlinge.¹²⁸⁰ 1964 stellte der VSJF für Berta Höchheimer, die seit 1935 in Liechtenstein wohnte und spätestens seit 1943 vom Hilfsverein unterstützt werden musste, bei der liechtensteinischen AHV-Behörde das Gesuch für eine Übergangsrente. Die liechtensteinische AHV-Verwaltung entschied sich in erster Instanz dagegen, indem sie geltend machte, dass Berta Höchheimer nicht mehr als Flüchtling zu betrachten sei.¹²⁸¹ Sie bezog sich dabei auf das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, das Liechtenstein im Dezember desselben Jahres ratifiziert hatte.¹²⁸² Sie führte aus, dass jemand, der trotz seiner Staatenlosigkeit an seinen früheren Wohnort zurückkehren könnte, nicht mehr als Flüchtling zu betrachten sei. Die daraufhin vom VSJF angegangene Regierung stellte sich auf den gleichen Standpunkt.¹²⁸³ Das von der liechtensteinischen AHV-Verwaltung und Regierung herangezogene Statut sah aber eine Ausnahmeklausel für Flüchtlinge vor, wonach die Rückkehr bei triftigen Gründen, die auf die frühere Verfolgung zurückgehen, verweigert werden kann.¹²⁸⁴ Nach erneuter Intervention der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH), die auf diese Ausnahmeklausel aufmerksam machte, teilte die Regierung mit, dass Höchheimer keine Rente zustehe, selbst wenn sie als Flüchtling anerkannt würde, da die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen im liechtensteinischen AHV-Gesetz fehlten.¹²⁸⁵ Während in der schweizerischen AHV spezielle Übergangsrenten für Flüchtlinge vorgesehen waren, kannte die liechtensteinische AHV keine solchen Renten. In der Frage, ob Berta Höchheimer noch Flüchtling sei oder nicht, argumentierten die AHV-Verwaltung und die Regierung unsensibel angesichts der Situation einer ehemaligen NS-Verfolgten.

¹²⁷⁸ LLA, RF 270/358, Alexander an Regierung, 3. 5. 1954.

¹²⁷⁹ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, VSJF an Emil Erlanger, 5. 7. 1964.

¹²⁸⁰ Ebd.

¹²⁸¹ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, AHV-Verwaltung des Fürstentums Liechtenstein an VSJF, 17. 1. 1964.

¹²⁸² LGBl. 1956, Nr. 15, Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 21. 12. 1956.

¹²⁸³ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, Regierung an VSJF, 15. 2. 1964.

¹²⁸⁴ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe an Regierung, 24. 2. 1964.

¹²⁸⁵ AfZ, VSJF, 1.4, H.547, Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe an VSJF, 2. 5. 1964.

6.4 Emigrationsbemühungen vor, während und nach dem Krieg

Die meisten der in Liechtenstein wohnhaften Flüchtlinge wollten früher oder später in ein Drittland ausreisen.¹²⁸⁶ Sie suchten einen neuen Heimatstaat, wo sie sich in sicherer Entfernung zur NS-Herrschaft befanden und wo sie arbeiten konnten. Die Ausreisemöglichkeiten verschlechterten sich gegen Ende der dreissiger Jahre aus verschiedenen Gründen zusehends. Die traditionellen Einwanderungsländer in Übersee nahmen immer weniger Flüchtlinge auf, gleichzeitig schränkte Grossbritannien die Einreise nach Palästina ein. Hinzu kamen bürokratische Schranken. Durchreisevisen etwa durch Frankreich und Spanien waren kaum noch erhältlich. Mit Kriegsbeginn weigerten sich ferner gewisse Schifffahrtsgesellschaften alliierter Länder, deutsche Passagiere mitzunehmen, und viele Reiserouten waren durch die Kriegshandlungen zeitweise gesperrt. Zudem fehlten infolge «Arisierung», aufgezwungener Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeit, die im NS-Machtraum liegenden Vermögenswerte in den aktuellen Aufenthaltsstaat zu transferieren, oft die notwendigen Mittel zur Auswanderung in ein Drittland. Verschiedene internationale und schweizerische Hilfswerke unterstützten die schweizerischen Flüchtlinge bei ihren Auswanderungsbestrebungen, und auch die schweizerischen Bundesbehörden stellten Mittel zur Auswanderung zur Verfügung. Die in Liechtenstein wohnenden Flüchtlinge konnten jedoch nur auf internationale Hilfe oder Unterstützung durch Verwandte zählen, da der liechtensteinische Staat sich nicht an diesen Bestrebungen beteiligte und dem Hilfsverein der Juden in Liechtenstein die entsprechenden Finanzen wohl fehlten.

Die in den frühen dreissiger Jahren nach Liechtenstein gelangten Flüchtlinge verliessen das Land in vielen Fällen innerhalb von ein bis zwei Jahren Aufenthalt wieder, weil sie in ein ihnen sicher scheinendes Drittland ausreisen konnten. Es waren dies meist eher begüterte Personen, die die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und sich früh um eine Ausreisemöglichkeit bemüht hatten. Dauerhaft in Liechtenstein blieben vor allem jene, die 1938 oder später eingereist waren. Sie waren mit restriktiveren Einreisebestimmungen der potentiellen Aufnahmeländer konfrontiert und verfügten in der Regel nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel.

Unbedingt auswandern wollten beispielsweise Max Friesländer und seine Familie. Mit Hilfe des VSIA und der Kinder- und Jugend-Aliyah¹²⁸⁷ gelang im Oktober 1939 die Ausreise der

¹²⁸⁶ Yad Vashem, 0.48/88.2, Rudolf Bermann an Josef Walk, 8. 2. 1984.

¹²⁸⁷ Die Kinder- und Jugend-Aliyah wurde 1933 von Recha Freier aus Berlin gegründet und hatte zum Ziel, jüdische Kinder und Jugendliche aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Palästina in Sicherheit zu bringen. In Palästina wurden die Kinder in speziellen Jugenddörfern untergebracht. Während des Kriegs konnte diese Organisation gegen 10 000 Kinder und Jugendliche aus dem NS-Machtbereich retten (<http://religion.orf.at/projekt02/news/>, Stand 30. 6. 2003).

beiden Kinder nach Palästina. Die Ausreise der Eltern gestaltete sich hingegen als sehr schwierig. Der VSJA half zwar bei der Organisation, das notwendige Geld konnte jedoch nicht aufgebracht werden, zumal auch die Eidgenössische Polizeiabteilung, die in der Schweiz wohnhafte Flüchtlinge bei ihrer Ausreise zuweilen unterstützte, nichts beitragen wollte, da die Familie Friesländer nicht in der Schweiz wohnte.¹²⁸⁸ Die Eltern Friesländer konnten erst im Herbst 1945 nach Palästina ausreisen.¹²⁸⁹

Wie die Familie Friesländer verliessen viele Flüchtlinge, denen die Ausreise bis Kriegsende verwehrt war, Liechtenstein kurz nach dem Krieg. Zurück blieben jene, die aufgrund ihres Alters oder Gesundheitszustandes nicht mehr ausreisen konnten, und jene, die sich im Fürstentum eine solide wirtschaftliche Basis geschaffen hatten.¹²⁹⁰ Im Mai 1946 lebten noch etwa 75 jüdische Flüchtlinge in Liechtenstein,¹²⁹¹ 1947 noch rund vierzig Personen.¹²⁹²

6.5 Fazit

Der Alltag der Flüchtlinge in Liechtenstein war von einem omnipräsenten Gefühl der Bedrohung geprägt, zumal die liechtensteinische Grenze militärisch ungeschützt war und in Liechtenstein eine starke nationalsozialistische Bewegung existierte.

Liechtensteins Flüchtlinge waren mit einem latenten bis virulenten Antisemitismus konfrontiert. Am bekanntesten sind die antisemitischen Ausfälle der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL). Allerdings würde es den allgemeinen Verhältnissen nicht gerecht, den Blick allein auf den Antisemitismus der VDBL zu richten. Denn die Übergänge vom christlichen Antijudaismus zum rassischen Antisemitismus im Stile der VDBL waren bisweilen fließend. Die liechtensteinischen Flüchtlinge waren auch mit Antisemitismus ausserhalb der VDBL-Kreise konfrontiert, wie beispielsweise die Weigerung verschiedener Vereine, sie in die Reihen ihrer Mitglieder aufzunehmen, belegt. Der alltägliche Kontakt zur Bevölkerung wird von den ehemaligen Flüchtlingen heute jedoch als generell angenehm beschrieben.

Obwohl Liechtenstein bei der Aufnahme von Flüchtlingen stark auf ihre Vermögensverhältnisse achtete, wurden Ende der dreissiger Jahre einige der aufgenommenen Flüchtlinge unterstützungsbedürftig. Der Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen

¹²⁸⁸ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, Polizeiabteilung an VSJF, 12. 5. 1942.

¹²⁸⁹ AfZ, VSJF, 1.4, F.620, VSJF an Fremdenpolizei in Vaduz, 25. 8. 1958.

¹²⁹⁰ So zum Beispiel Rudolf Berman, Rudolf Ottenstein und Leopold Baum.

¹²⁹¹ LLA, RF 238/474, Liste der Emigranten in Liechtenstein, 2. 3. 1946.

¹²⁹² LLA, V112, Fremdenpolizeidossiers.

(VSIA) unterstützte zuerst noch einige Flüchtlinge, doch fällte der Präsident des SIG 1939 den Grundsatzentscheid, dass mit schweizerischen Mitteln keine Flüchtlinge mehr in Liechtenstein unterstützt werden sollten, da die finanzielle Bürde in der Schweiz sehr schwer wog. In Liechtenstein formierte sich ein Jüdisches Hilfskomitee für Liechtenstein, das lose organisiert war und bei punktuelltem Bedarf unterstützend wirkte. Die Mittel des Hilfskomitees scheinen aber nicht gereicht zu haben. Ferner wurde 1940 der erste Flüchtling vollständig von seiner Kautionsabhängigkeit befreit. Infolgedessen hielt die liechtensteinische Regierung im Mai 1940 die in Liechtenstein wohnenden Juden an, über den neu ins Leben gerufenen Hilfsverein der Juden in Liechtenstein den Lebensunterhalt ihrer bedürftigen Glaubensgenossen zu sichern. Alle in Liechtenstein wohnhaften Juden – mit Ausnahme der Eingebürgerten – hatten diesem Verein beizutreten und Mitgliederbeiträge zu entrichten, die auf der Grundlage ihrer materiellen Situation bemessen waren. Die finanziellen Verhältnisse des Hilfsvereins waren bis zu seiner Auflösung im Jahr 1954 kritisch. Die Unterstützungsbeiträge an die Flüchtlinge lagen deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Die liechtensteinische Regierung war auch während der Nachkriegszeit nicht bereit, die letzten in Liechtenstein verbleibenden mittellosen Flüchtlinge zumindest teilweise zu unterstützen. Als der Schweizerische Israelitische Gemeindebund 1953 bei der Regierung vorstellig wurde und diese bat, sich ähnlich der Schweiz an den Unterhaltskosten für Flüchtlinge zu beteiligen, lehnte die Regierung dies weiterhin ab.

Jene Flüchtlinge, die als Unternehmer oder Handelsvertreter nach Liechtenstein gekommen waren, beschäftigten etliche Liechtensteiner und trugen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bei. Sie waren vorwiegend im Textilbereich tätig und vergaben zahlreiche Aufträge in Heimarbeit. Nach Einschätzung von Regierungschef Josef Hoop leisteten die jüdischen Flüchtlinge einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Prosperität der liechtensteinischen Wirtschaft. Einige Flüchtlinge waren als Handelsreisende in der Schweiz tätig. Dies führte regelmässig zu Unstimmigkeiten zwischen Bern und Vaduz. Die schweizerischen Behörden erblickten in der beruflichen Tätigkeit von Drittausländern eine unerwünschte Konkurrenzierung der schweizerischen Wirtschaft und verhängten bereits aus geringfügigem Anlass eine Einreisesperre über die betreffenden Personen. Besonders schwierig wurde es für die Flüchtlinge, als die Schweiz im September 1939 die Grenze zwischen Liechtenstein und der Schweiz wieder kontrollierte und Drittausländer für die Einreise in die Schweiz nunmehr ein Visum benötigten, sofern sie sich nicht nur im Gebiet des kleinen Grenzverkehrs aufhalten wollten. Die Eidgenössische Fremdenpolizei gewährte solche Visa sehr zurückhaltend. Flüchtlinge, die weiterhin auf dem schweizerischen Markt tätig sein wollten, änderten deshalb

ihre Strategie. Sie banden einflussreiche Schweizer in den Verwaltungsrat ihrer Unternehmen ein oder warben ihre Kunden nunmehr vor allem telefonisch an.

In Liechtenstein selbst waren die neuen Gewerbetreibenden und Kleinindustriellen nicht überall gleich willkommen. Das einheimische Gewerbe fürchtete sich vor einer weiteren Konkurrenzierung und versuchte deshalb, über die liechtensteinische Gewerbe-genossenschaft der Konkurrenz entgegenzuwirken. Abgesehen von Konkurrenzängsten spielten bei der Gewerbe-genossenschaft teilweise auch antisemitisch motivierte Vorbehalte eine Rolle.

Flüchtlingen, die nicht als Unternehmensgründer nach Liechtenstein kamen, war die Annahme einer bezahlten Arbeit grundsätzlich verboten. Von diesem Verbot rückte die Regierung ab 1940 vor allem bei Flüchtlingen ab, deren Mittel aufgezehrt waren. Hingegen achteten die liechtensteinischen Behörden nach wie vor darauf, dass die Flüchtlinge- keine liechtensteinischen Arbeitskräfte konkurrenzten. War dies der Fall, so blieben sie weiterhin von der Unterstützung durch den Hilfsverein abhängig. Die sich ab 1941 allmählich abzeichnende Vollbeschäftigung in Liechtenstein erleichterte den jüdischen Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich.

Die Mehrheit der nach Liechtenstein gekommenen Flüchtlinge wollte vor allem nach der Einverleibung Österreichs ins «Dritte Reich» in ein als sicherer empfundenes Drittland auswandern. Dies gelang vor allem jenen Flüchtlingen, die vergleichsweise früh nach Liechtenstein gekommen waren. Sie waren mit noch verhältnismässig liberalen Einreisebestimmungen konfrontiert und verfügten anscheinend auch über die notwendigen finanziellen Mittel.

Von den 125 im Jahr 1940 in Liechtenstein lebenden Flüchtlingen blieben nach Kriegsende ungefähr zwanzig Personen definitiv in Liechtenstein. Es waren dies teils Unternehmer, die sich in Liechtenstein eine neue wirtschaftliche Grundlage geschaffen hatten, teils Personen, die aufgrund des erlittenen Unrechts nicht nach Deutschland zurückkehren wollten und aufgrund ihrer Staatenlosigkeit kaum ein anderes Aufnahmeland fanden. Schliesslich entschieden sich einige Flüchtlinge für den Verbleib in Liechtenstein, weil sie in der Zwischenzeit dort heimisch geworden waren und keinen Grund sahen oder – etwa aufgrund des fortgeschrittenen Alters – keine Kraft mehr aufbrachten, anderswo ein neues soziales Netz aufzubauen.

7 Die Frage des Vergleichs von Flüchtlingspolitiken am Beispiel von Liechtenstein

Die europäischen (Nachbar-)Staaten wie auch jene aus Übersee wurden durch die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in NS-Deutschland vor neue Fragen gestellt. Dem Flüchtlingsandrang aus Deutschland konnte sich kein Land entziehen. Jeder Staat war gefordert, angesichts dieser neuen Gruppe von Einwanderern Position zu beziehen und eine eigene Praxis zu entwickeln. Wie haben andere Staaten im Vergleich zu Liechtenstein auf diese Herausforderung reagiert?

Der vorliegende Beitrag versteht sich als Standortbestimmung der bisherigen Vergleichsforschung. Die Frage des Vergleichs wurde sowohl in der Geschichtsforschung (wenn auch nur vereinzelt) als auch in der öffentlichen Diskussion (etwa als Reaktion auf die Publikation von Flüchtlingsstudien) gestellt. Die bisherigen Ansätze werden präsentiert und eingeordnet. Am Beispiel von Liechtenstein werden zwei verschiedene Vergleichsansätze angewendet und Grundlagen für weitere Forschungen gelegt. Das vorliegende Kapitel versteht sich nicht als abschliessende Reflexion zur Umsetzung des vergleichenden Ansatzes in der Flüchtlingspolitikforschung, sondern als Diskussionsbeitrag und Ausgangspunkt für weitere Forschungen im Vergleichsbereich.

Die Immigrationsbestrebungen von Juden und Jüdinnen sowie Personen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit und Gesinnung in Deutschland verfolgt wurden, trafen in den potentiellen Aufnahmeländern selbstredend auf kein fremdengesetzliches Vakuum. Die Staaten besaßen Bestimmungen darüber, wie unterschiedliche Gruppen von Ausländern einreisen und sich niederlassen durften. War die Einreisepolitik vieler Staaten bis zu Beginn des zwanzigsten Jahrhundert vergleichsweise liberal gewesen, verschärfte sich die Praxis der einzelnen Staaten spätestens ab Ende der zwanziger Jahre unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise deutlich. Am Vorabend der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte sich das Klima für Migrantinnen und Migranten in Europa bereits bedeutend verschlechtert.¹²⁹³ Wie Michael Marrus in seinem Standardwerk zur europäischen Flüchtlingsgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts festhält, kommen Flüchtlinge immer zum falschen Zeitpunkt. Lakonisch fügt er hinzu, dass dieser Befund auf wenige Flüchtlingsgruppen so genau zugetroffen habe wie auf jene, die ab den dreissiger Jahren vor dem Nationalsozialismus flohen.¹²⁹⁴

¹²⁹³ Siehe dazu beispielsweise Marrus, *Unerwünschte*, 1999, S. 154–157; Caestecker/Moor, *Refugee policies*, 2003, S. 30f.

¹²⁹⁴ Marrus, *Unerwünschte*, 1999, S. 154.

Die Folgen eines grossen Flüchtlingsstroms inmitten Europas liessen sich nicht allein im nationalen Rahmen bewältigen. Die internationale Gemeinschaft hatte in den zwanziger Jahren im Zusammenhang mit den sogenannten Nansen-Flüchtlings gezeigt, wie international erarbeitete Lösungen für grössere Flüchtlingsgruppen aussehen konnten.¹²⁹⁵ Die internationale Problemlösungsk Kooperation, so gut sie in Bezug auf die Flüchtlinge aus Russland funktioniert hatte, versagte bezüglich der jüdischen Flüchtlinge beinahe vollständig. Das Scheitern der Konferenz von Evian im Sommer 1938 ist als exemplarisch für die Weigerung der Staatengemeinschaft, Flüchtlinge aus NS-Deutschland im grösseren Umfang aufzunehmen, in die Geschichte eingegangen. An der Konferenz von Evian wie an früheren und späteren Zusammenkünften erklärte sich kein Land bereit, die Hauptgruppe der Verfolgten aus Deutschland, die jüdischen Flüchtlinge, bereitwillig aufzunehmen.¹²⁹⁶

Die Vergleichsdiskussion in der historisch interessierten Öffentlichkeit – ein Beispiel

Vergleiche zwischen Flüchtlingspolitiken mehrerer Staaten waren bis vor kurzem in der Geschichtswissenschaft eher die Ausnahme. Die Debatte wurde und wird hingegen teilweise sehr intensiv in der historisch interessierten Öffentlichkeit geführt. Als Beispiel soll hier die Rezeption des 1999 publizierten Flüchtlingsberichtes der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) angeführt werden.¹²⁹⁷ Angesichts der kritischen Beurteilung der damaligen Flüchtlingspolitik durch die unter der Leitung von Jean-François Bergier stehenden UEK, die gemeinhin als Bergier-Kommission bezeichnet wird, tauchten in der Öffentlichkeit Fragen nach dem Verhalten anderer Staaten auf. Damit war die Frage verbunden, ob die Schweiz nicht doch humaner als andere Staaten gewesen sei – ob sie nicht als grosszügiger Staat unter den Restriktiven gelten könnte. Im Dickicht von Schuld- und Unschuldfragen versprochen insbesondere auch Zahlenvergleiche vermeintliche Orientierungshilfe. Sie galten als Beweis dafür, dass die Realität trotz des restriktiven Diskurses der Behörden vergleichsweise positiv aussah, da sich doch zahlreiche Menschen in die Schweiz retten konnten. Kritiker warfen der Kommission vor, bewusst auf eine

¹²⁹⁵ Siehe dazu beispielsweise Marrus, *Unerwünschte*, 1999, insbes. S. 99–104.

¹²⁹⁶ Zur Konferenz von Evian siehe vor allem Ben Elissar, *Diplomatie*, 1981, S. 240 ff.

¹²⁹⁷ Die schweizerische Diskussion wird herangezogen, weil es in der – kleinräumig strukturierten – Öffentlichkeit Liechtensteins zu keiner ähnlichen Debatte kam. Die Veröffentlichungen der liechtensteinischen Historikerkommission wurden in den liechtensteinischen Zeitungen in kurzen Beiträgen dargestellt, zu eigentlichen Debatten über deren Inhalt und deren Vorgehensweise kam es jedoch nicht.

Interessant wäre eine (west-)europäische, beziehungsweise amerikanische, Vergleichsgeschichte über die Rezeption und das öffentliche Bewusstsein gegenüber der Flüchtlingsfrage zur Zeit des Nationalsozialismus.

internationale Einbettung und Vergleiche (von Aufnahmezahlen) zwischen Ländern verzichtet zu haben, da diese die kritischen Schlussfolgerungen der UEK relativiert hätten.¹²⁹⁸

Am Beispiel der Diskussion um den Flüchtlingsbericht der Bergier-Kommission wird deutlich: Vergleiche im Allgemeinen und Zahlenvergleiche im Besonderen können in politisch geladenen Diskussionen grosses Gewicht erhalten, wenn sie eine Relativierung der unangenehmen Fakten versprechen. Die Aussagekraft der im Zentrum stehenden Zahlen, die im Flüchtlingsbereich meist mit vielen Fragezeichen behaftet sind, wird jedoch tendenziell wenig hinterfragt.¹²⁹⁹ Diese und ähnliche Diskussionen haben mich dazu bewogen, das vorliegende Kapitel zu schreiben.

Forschungsstand

Auf der Suche nach Studien, in denen die internationale Dimension und die Vergleichsfrage untersucht oder zumindest angedeutet werden, bin ich auf Forschungsarbeiten gestossen, in denen Vergleiche im Mittelpunkt stehen, und auf solche, in denen ein Vergleich beiläufig präsentiert wird. Im Mittelpunkt dieses Überblicks stehen vor allem Werke, in denen der Vergleich im Zentrum steht, und solche, die trotz ihres eher kursorischen Charakters wichtige Elemente in die Diskussion eingebracht haben.

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Studien zu Flüchtlingspolitiken einzelner Länder publiziert. In einigen Ländern/Regionen befassten sich auch staatlich eingesetzte Kommissionen mit der Flüchtlingsthematik.¹³⁰⁰ Die Hauptfragen lauteten, wie die Staaten/Regionen auf die Einreiseversuche von NS-Flüchtlings reagierten, welche gesetzlichen Bestimmungen sie erliessen, wie sie diese in die Praxis umsetzten und welche Folgen ihr Verhalten auf die Situation der Flüchtlinge hatte. In der Forschung besteht Einigkeit darüber, dass sich kein westlicher Staat überdurchschnittlich um die Rettung von

¹²⁹⁸ Siehe dazu beispielsweise Bieri, Stein, 2002, S. 154, und Lambelet, Evaluation, 2000, S. 55–62. Einige Kritiker anerkannten aber auch, dass Zahlenvergleiche aufgrund des disparaten Zahlenmaterials und der unterschiedlichen Ausgangslagen der verschiedenen Länder aus methodischer Sicht mit zahlreichen Problemen verbunden sind; siehe beispielsweise die Artikel von Thomas Maissen und Max Frenkel. Thomas Maissen: «Weltkriegsgeschichte, worüber und für wen? Struktur- und Konzeptionsprobleme der Bergier-Kommission», NZZ vom 14. 2. 2002. Max Frenkel: «Eine verpasste Chance», NZZ vom 11. 12. 1999.

¹²⁹⁹ Siehe beispielsweise Lambelet, Evaluation 2000, insbes. S. 55–62. In der Zahlendiskussion ging es in der Regel um Aufnahmezahlen, in einzelnen Fällen auch um Wegweisungszahlen. So rechnete der Ökonom Christian Lambelet die Wegweisungszahlen des Genfer Grenzabschnittes auf die ganze Schweiz hoch und kam zum Schluss, dass die Schweiz maximal 8300 Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen habe. Die Chancen, in die Schweiz zu gelangen, hätten zwei zu drei betragen, Christian Lambelet: «Auschwitz war nicht in der Schweiz», Weltwoche 7/2006.

¹³⁰⁰ In der Schweiz war es die Bergier-Kommission, in Genf und im Kanton Waadt vom Kanton eingesetzte Forschungsgruppen, in St. Gallen ein vom Kanton beauftragter Forscher und in Liechtenstein ebenfalls eine Historikerkommission.

Flüchtlingen aus NS-Deutschland bemüht hatte. Unter den Staaten herrschte vielmehr eine Art Verschärfungswettbewerb: Kein Staat wollte als besonders grosszügig gelten, um nicht zusätzliche Flüchtlinge anzuziehen.¹³⁰¹

Neben den national ausgerichteten Untersuchungen entstanden diplomatiegeschichtlich orientierte Arbeiten zur internationalen Flüchtlingspolitik, so beispielsweise zur Entstehung des sogenannten Flüchtlingsregimes und Überblicksarbeiten zur Flüchtlingspolitik in der westlichen Hemisphäre.¹³⁰² Einen Überblick über die verschiedenen Reaktionen der westlichen Aufnahmeländer gibt beispielsweise Marc-André Chaguéraud, ohne jedoch zwischen den einzelnen Ländern zu vergleichen.¹³⁰³

Die Frage des Vergleichs wurde von der Flüchtlingspolitikforschung eher stiefmütterlich behandelt. Was die Einordnung der national ausgerichteten Werke in den internationalen Kontext und Vergleichsbestrebungen anbelangt, so sind geographische Unterschiede festzustellen. In Nordeuropa bestehen seit dem Ende der achtziger Jahre Ansätze, welche die Asylpolitik der einzelnen Länder in einen grösseren Kontext einordnen. Diese Tendenz liegt zumindest teilweise in der Natur des Forschungsgegenstands: Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland befanden sich aufgrund ihrer peripheren Lage in einer ähnlichen Ausgangssituation. Bereits 1989 fand in Kopenhagen eine Historikerkonferenz zum Thema «Hitlerflüchtlinge im Norden» statt, an der verschiedene Aspekte länderübergreifend diskutiert wurden.¹³⁰⁴ Darauf aufbauend folgte die Studie des Isländer Historikers Einar Heimisson, der in seiner Dissertation die Politik Islands untersuchte und diese mit jenen der anderen nordischen Länder verglich.¹³⁰⁵ Ende der neunziger Jahre – die Flüchtlingsforschung war in den nordischen Staaten inzwischen weiter fortgeschritten – erschien ein weiterer Sammelband zur nordeuropäischen Flüchtlingsgeschichte, in dem insbesondere Hans Uwe Petersen und Einhart Lorenz die Flüchtlingspolitiken von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden verglichen.¹³⁰⁶

Für das übrige Europa gab es länger keine ähnlichen Initiativen. In sogenannten Buchbindervergleichen wurden Aufsätze mit ähnlichem Fokus für verschiedene Länder in

¹³⁰¹ «The domino effect of countries making comparisons with their neighbours created a restrictive dynamic of its own.», Caestecker/Moor, *Refugee policies*, 2003, S. 37.

¹³⁰² Skran, *Refugees*, 1995; Marrus, *Unerwünschte*, 1999.

¹³⁰³ Chaguéraud, *Coupables*, 1998.

¹³⁰⁴ Petersen, *Hitlerflüchtlinge*, 1991. Siehe insbesondere Wilhelmus, *Deutschland*, 1991.

¹³⁰⁵ Heimisson, *Asylsituation*, 1992.

¹³⁰⁶ Lorenz/Misgeld/Müssener/Petersen, *Hitlerflüchtlinge*, 1998; Lorenz/Petersen, *Fremdenpolitik*, 1998, S. 17–42.

Sammelbänden vereint, jedoch fehlten jeweils vergleichende Synthesebeiträge.¹³⁰⁷ Ferner flochten einzelne Autorinnen und Autoren in ihre Länderstudien ergänzende Abschnitte ein, in welchen sie die Politik des untersuchten Landes mit jener anderer Länder verglichen.¹³⁰⁸ Die europäische Dimension der Vergleichsfrage wurde erst 2003 eingehender diskutiert, als Historiker in Brüssel eine Konferenz zur Flüchtlingsfrage in Europa zur Zeit des Nationalsozialismus organisierten.¹³⁰⁹ Im Tagungsband gingen Frank Caestecker und Bob De Moor der Frage nach, wie vier westeuropäische Staaten auf Flüchtlingseinreisen reagiert haben.¹³¹⁰ Im Frühling 2007 ist die Publikation eines Sammelbands geplant, in welchem Moor und Caestecker unter anderem in drei auf unterschiedlichen chronologischen Zeitabschnitten basierenden Aufsätzen (1933–1935, 1936–1938, 1938–1939) die Vergleichsfrage für sieben europäische Länder diskutieren.

Die grösstenteils fehlende internationale Einordnung und die bisherige Zurückhaltung in der Vergleichsfrage gründen auf verschiedenen Faktoren: Erstens sind Vergleiche wegen der heterogenen Ausgangslagen methodisch tendenziell heikel. Zweitens handelte es sich bei vielen Studien zur Flüchtlingsfrage um Grundlagenforschungen, die primär das bisher wenig bekannte Feld der damaligen Flüchtlingspolitik erforschten. Ferner fehlte drittens oft ein möglicher Bezugspunkt, da in anderen Ländern die Forschungen nicht gleich weit fortgeschritten waren. Viertens herrschte in der Geschichtsforschung lange Zeit das Primat der Nationalperspektive, das den Blick auf die internationale Perspektive verstellte.

7.1 Theoretischer Hintergrund zur Komparatistik und zur Internationalen Flüchtlingspolitik

7.1.1 Vergleich und Transfer in der Historiographie

Das Interesse an vergleichenden Fragenstellungen hat in der Geschichtswissenschaft in den vergangenen Jahrzehnten bedeutend zugenommen.¹³¹¹ Während zu Beginn die klassische Komparatistik zur Anwendung gelangte, die einzelne Nationalstaaten miteinander vergleicht, kritisierten in den späten achtziger Jahren Michel Espagne und Michael Werner dieses

¹³⁰⁷ Als Beispiele solcher «Buchbindervergleiche» sind folgende Sammelbände zu nennen: Goehrke/Zimmermann, *Zuflucht*, 1994, und Lindgren/Walder, *Schweden*, 1999. In beiden Bänden werden Flüchtlingspolitiken mehrerer Länder dargestellt und auf die Wichtigkeit der vergleichenden Perspektive hingewiesen. Ein eigentlicher Vergleich bleibt aber in beiden Bänden aus.

¹³⁰⁸ Beispielsweise Kapp/Mynatt, *Policy*, 1997, siehe v.a. S. 51–57.

¹³⁰⁹ Die Referate der Tagung sind im Tagungsband abgedruckt, Caestecker, *Refugees*, 2003.

¹³¹⁰ Caestecker/Moor, *Refugee policies*, 2003.

¹³¹¹ Siegrist, *Perspektiven*, 2003, S. 307.

Konzept. Sie plädierten für eine Ausweitung des Forschungsgegenstandes um die Dimension des Transfers.¹³¹² Ausgangspunkt war die Überzeugung, dass die Untersuchungsgegenstände nicht von einander isolierte Einheiten sind, sondern sich gegenseitig beeinflussen, also unter einem Transferaustausch stehen. Der Transfer-Ansatz wurde in den letzten Jahren durch den Ansatz der *Histoire croisée* und der transnationalen Geschichte erweitert. Die transnationale Geschichte geht den Themen der Interaktion, Verbindung, Zirkulation, Überschneidung und Verflechtung nach, die über den Nationalstaat hinausreichen.¹³¹³

Methodische Funktionen und mögliche Ziele des Vergleichs

Der Vergleich ist – wie bereits Marc Bloch festgestellt hat – weniger eine Theorie als ein Werkzeug. Ziel des historischen Vergleichs ist es, Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten (Generalisierung) und Unterschiede (Kontrastierung) aufzuzeigen und zu erklären.¹³¹⁴ Wie wir auch anhand der Flüchtlingsforschungen sehen werden,¹³¹⁵ hat sich die Gegenüberstellung von generalisierendem und kontrastierendem Vergleich aufgeweitet. Charles Tilly unterscheidet vier Formen: 1. Der *rein individualisierende Vergleich*, bei welchem es um die individuellen Besonderheiten weniger Fälle geht. 2. Der *einschliessende Vergleich*, bei dem einige Fälle in Bezug auf eine grössere Einheit verglichen werden, zu der sie alle gehören (beispielsweise der Vergleich zwischen Mitgliedstaaten der EU oder Kantonen der Schweiz). 3. Der *Variationen suchende Vergleich*, der einen allgemeinen Prozess in seinen vielfältigen unterschiedlichen Ausprägungen, beispielsweise die Industrialisierung, verfolgt und 4. der *universalisierende Vergleich*, der allgemeine Regeln des menschlichen Handelns oder der weltweiten Kommunikation, Organisationen und Bewegungen untersucht.¹³¹⁶

Im Hinblick auf den Vergleich von Flüchtlingspolitiken scheint es wichtig, sich über die verschiedenen methodischen Funktionen, die ein Vergleich aufweisen kann, klar zu werden. Ich stütze mich dabei auf die von Haupt und Kocka vorgenommene Kategorisierung der methodischen Funktionen von Vergleichen:

- a) Heuristisch: Der Vergleich erlaubt Probleme und Fragen zu identifizieren, die man ohne Vergleich nicht oder schwer erkennen würde.

¹³¹² Siehe dazu beispielsweise Eisenberg, Kulturtransfer, 2003, S. 402f.

¹³¹³ Patel, Transnationale Geschichte, 2005.

¹³¹⁴ Siehe dazu auch Kury/Lüthi/Erlanger, Grenzen, 2005, S. 9f, und Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 12.

¹³¹⁵ Siehe Unterkapitel 7.2.2.

¹³¹⁶ Tilly, Structures, 1984. Vgl. zur Debatte Kontrastierung respektive Generalisierung sowie zu Tillys Einteilung Kaelble, Debatten, 2003, S. 480f.

- b) Deskriptiv: Der Vergleich dient der deutlichen Profilierung einzelner Fälle.
- c) Analytisch: Er erklärt historische Sachverhalte, indem er den Ursachen für Unterschiede, den Entstehungs-, Verlaufs-, und Ausprägungsbedingungen, auf den Grund geht.
- d) Paradigmatisch: Der Vergleich hat oft verfremdende Wirkung, denn im Licht beobachteter Alternativen verliert die eigene Entwicklung die Selbstverständlichkeit. Er schärft das Möglichkeitsbewusstsein des Einzelnen.¹³¹⁷

Umsetzung in die Praxis

Folgende Fragen stellen sich im Vorfeld einer Vergleichsstudie: Erstens sind das Ziel des Vergleichs zu definieren und folgende Fragen zu klären: Geht es eher um eine Kontrastierung oder um eine Generalisierung? Zweitens stellt sich die Frage nach den angemessenen Vergleichseinheiten (Nationen, Regionen, Kulturen, Epochen, Krisensituationen). Ihre Wahl hängt von den Quellen und der Fragestellung ab.¹³¹⁸ Als relativ unproblematisch gilt die Wahl von territorialen Untersuchungseinheiten, wenn diese stabil sind und ein kürzerer Zeitraum untersucht wird. Hier können die Regeln der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung angewandt werden, wonach entweder möglichst ähnliche oder möglichst unähnliche Vergleichseinheiten zu wählen sind.¹³¹⁹ Drittens geht es um die Frage der Vergleichspartner, zumal die Ergebnisse entscheidend davon abhängen.¹³²⁰ Ob beispielsweise zwei Länder oder zwei Regionen vergleichbar sind, wird primär durch die Fragestellung bestimmt. In Bezug auf diese müssen die Vergleichsobjekte ein Minimum an Gemeinsamkeiten aufweisen.¹³²¹ Die Vergleichspartner werden aufgrund von Werturteilen des Forschenden, Fragestellung, Erkenntnisinteresse, Vorkenntnissen, Quellenzugang und zuweilen auch auf der Basis vorwissenschaftlicher Erfahrungen und Wertungen gewählt, weshalb eine gründliche Reflexion unabdingbar ist.¹³²²

Der deutsche Vergleichshistoriker Hannes Siegrist weist ferner darauf hin, dass auf einen abstrakten Referenzpunkt, auf eine Theorie, einen Begriff, einen Idealtypus oder dergleichen nicht verzichtet werden sollte. Ohne Theorie, die den Erkenntnisprozess strukturiert,

¹³¹⁷ Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 12–14. Siehe dazu auch Kury/Lüthi/Erlanger, Grenzen, 2005, S. 10.

¹³¹⁸ Siehe dazu Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 24.

¹³¹⁹ Siegrist, Perspektiven, 2003, S. 328.

¹³²⁰ Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 16.

¹³²¹ Ebd., S. 24f.

¹³²² Siehe dazu Siegrist, Perspektiven, 2003, S. 328, und Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 25.

verkommt eine vergleichende Geschichte laut Siegrist zu einer reinen Phänomenologie.¹³²³ Kaelble hält einen Rückgriff auf Theorien ebenfalls für sinnvoll, schreibt ihm aber nicht die gleiche Bedeutung wie Siegrist zu. Er weist insbesondere auf die Schwierigkeit hin, Theorien zu finden, die auch auf das Feld der Geschichtsforschung anwendbar sind.¹³²⁴

Im Hinblick auf Vergleiche von Flüchtlingspolitiken, bei denen oft mit Zahlen operiert wird, möchte ich kurz auf die qualitativen und quantifizierenden Ansätze eingehen. Im Allgemeinen hat der quantifizierende Ansatz in der Geschichtsforschung in den vergangenen Jahrzehnten an Gewicht verloren. Ging es in den sechziger und siebziger Jahren vor allem um den Vergleich von statistischen Ensembles, wird heute eher nach der Aussagekraft der Daten gefragt. Zahlen werden in der Regel vorsichtig gewertet und von rein quantitativen Vergleichen wird eher abgesehen. Quantitative Ergebnisse sind immer im Kontext zu interpretieren. Wie Haupt und Kocka ausführen, werden Vergleiche durch die Verschiedenheit der statistischen Zahleneinheiten oft verunmöglicht oder verlangen eine Homogenisierung der Quellen, die einer gewissen Willkür Hand bieten kann.¹³²⁵

Idealerweise sollten vergleichende Forschungen auf Quellenstudien beruhen, da die Abstützung auf Sekundärliteratur die Gefahr birgt, dass Besonderheiten in der Konzeptualisierung mit Unterschieden in der historischen Realität gleichgesetzt werden.¹³²⁶ Auf Quellenstudien abgestützte Vergleiche sind jedoch sehr aufwändig und oft mit praktischen Schwierigkeiten, etwa mangelnden Ressourcen oder fehlenden Sprachkenntnissen verbunden. Im Forschungsalltag ist deshalb der Rückgriff auf Sekundärliteratur oft unvermeidbar. Basieren Vergleiche auf Sekundärliteratur, sind die möglichen Schieflagen unbedingt zu thematisieren.

Wir haben gesehen: Die vergleichende Geschichtswissenschaft kann Ähnlichkeiten und Unterschiede identifizieren sowie auch das Allgemeine und das Besondere relationieren. Sie muss – das wurde im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion über die Vergleiche betreffend der damaligen Flüchtlingspolitiken deutlich – aber auch bedenken, dass dem Vergleich ideologische Interessen unterlegt werden können. Der Vorteil und der Nutzen der vergleichenden Wissenschaften sollen nicht primär moralisch oder tagespolitisch begründet werden.¹³²⁷

¹³²³ Siegrist, Perspektiven, 2003, S. 312.

¹³²⁴ Kaelble, Vergleich 1999, S. 124f.

¹³²⁵ Haupt/Kocka, Vergleich, 1996, S. 32f.

¹³²⁶ Ebd. S. 33.

¹³²⁷ Siegrist, Perspektiven, 2003, S. 335.

7.1.2. Theorie zur Ausgestaltung von Einwanderungspolitiken

Die Theorien zur Frage, durch welche Faktoren die Einwanderungs- respektive Flüchtlingspolitiken bestimmt werden, können in drei Kategorien eingeteilt werden. Die erste Gruppe betont die Bedeutung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Seite der Einwanderung. Die Vertreter gehen davon aus, dass das Einwanderungsland seine Politik aufgrund der erwarteten Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft gestaltet. Vertreter einer zweiten Kategorie werten den kulturellen Unterschied als entscheidend für die Politik eines Staates. Hingegen konzentriert sich die dritte Gruppe auf den Einfluss der internationalen Beziehungen und multilateralen Vereinbarungen über Einwanderungsbestimmungen.¹³²⁸ In dieser Studie werden die Thesen der 2004 erschienenen politikwissenschaftlichen Studie von Eytan Meyers als Arbeitsinstrument herangezogen, da sie die wichtigsten Elemente der drei Kategorien vereinen. Meyers stellt in seiner Arbeit «International immigration policy: a theoretical and comparative analysis»¹³²⁹ Hypothesen zu den entscheidenden Mechanismen der Einwanderungspolitiken auf. Er bezieht sich auf die letzten zweihundert Jahre und fokussiert insbesondere auf die Zeit seit dem letzten Weltkrieg. Meyers geht davon aus, dass die Einwanderungspolitik von Staaten generell durch fünf Faktoren bestimmt wird: 1. Wirtschaftslage, 2. Ausmass von Einwanderung «ungleicher» Zusammensetzung (Meyers nennt dies «dissimilar composition»), 3. aussenpolitische Erwägungen, 4. Kriege/externe Bedrohungen¹³³⁰, 5. die momentan vorherrschende Ideologie («ideological cycles»)¹³³¹. Die Faktoren modulieren die Einwanderungspolitiken in unterschiedlichem Ausmass. Laut Meyers wird die Flüchtlingspolitik vor allem durch die Aussenpolitik beeinflusst. Zudem spielen – gemäss Meyers in einem geringeren Ausmass – auch der Umfang der Einwanderung, die Wirtschaftslage, Kriege und externe Bedrohungen eine Rolle. Staaten nehmen Flüchtlinge auf, um: a) Opposition gegenüber den Herkunftsländern zu zeigen, b) ihren Verantwortungssinn gegenüber ehemaligen Alliierten zu demonstrieren, c) ihre Zusammenarbeit mit aktuellen Alliierten zu bekunden, d) internationalen Respekt zu erlangen.¹³³² Hingegen bietet Meyers keine Erklärung an, weshalb Staaten

¹³²⁸ Meyers, Policy, 2004, S. 5–7.

¹³²⁹ Meyers, Policy, 2004.

¹³³⁰ Laut Meyers können Kriege eine doppelte Wirkung haben. Sie können dazu führen, dass «dissimilare» Einwanderer mit äusseren Bedrohungen in Verbindung gebracht werden. Andererseits können Kriege laut Meyers eine offenere Haltung beeinflussen, weil durch Kriege Bedarf an Arbeitskräften entsteht, Meyers, Policy, 2004, S. 14f.

¹³³¹ Ebd., S. 12.

¹³³² Ebd., S. 20–22.

Flüchtlinge nicht aufnehmen und welche Rolle aussenpolitische Erwägungen dabei spielen könnten.

Meyers weist Ansätze zurück, wonach die Einwanderungspolitik jedes Landes einzigartig sei, geprägt durch seine Geschichte, seine Konzeption der Bürgerschaft und Nation sowie durch Debatten über nationale Identität und soziale Konflikte innerhalb des Landes. Die Politiken der Staaten unterscheiden sich gemäss Meyers hingegen mit Blick auf gewisse strukturelle Faktoren, wie ihre Bevölkerungsdichte, ihre geopolitische Position und ihre ökonomische Struktur. Diese Faktoren beeinflussen die sozioökonomischen und aussenpolitischen Faktoren und die Art der Immigration, die jedes Land akzeptiert.¹³³³

Meyers Thesen werden in der vorliegenden Untersuchung nicht als Erkenntnis leitende Thesen eingesetzt, die für sich in Anspruch nehmen können, die Flüchtlingspolitik hinlänglich zu erklären. Vielmehr dienen sie im vorliegenden Fall als Instrument, um Kriterien für einen Vergleich zu bestimmen und dadurch die Diskussion zu strukturieren.

7.2. Die Vergleichsfrage in der historischen Flüchtlingsforschung – die bisherigen Ansätze

Der folgende Abschnitt dreht sich um die Frage, welche Vergleichsansätze im Bereich der staatlichen Flüchtlingspolitik bisher verfolgt wurden. Ich habe nach Studien gesucht, in denen der Vergleich thematisiert wird, insbesondere in den neueren Standardwerken zur nationalen Forschung der Hauptaufnahmeländer.

Folgende Fragen stehen im Zentrum: Welche Aspekte wurden bisher als Vergleichsgrössen herangezogen? Welche Erkenntnis leitenden Fragen standen dahinter und wie wurde der Vergleich umgesetzt? Welche Ziele wurden mit diesen Vergleichen verfolgt und welche Motive standen dahinter? Auf welchen methodischen Ansätzen beruhen die Schlussfolgerungen? Es lassen sich zwei grundsätzliche Stossrichtungen unterscheiden: der primär qualitative und der primär quantifizierende Vergleich. Beide Ansätze kommen in der Regel miteinander verknüpft vor, werden jedoch unterschiedlich gewichtet.

7.2.1 Quantifizierende Vergleiche

Der quantifizierende Ansatz birgt gerade in einem Forschungsfeld wie der Flüchtlingspolitik, in dem das heute eruierbare Zahlenmaterial oft mit vielen Fragezeichen versehen ist, viele Klippen. In der öffentlichen Diskussion nahmen Zahlen eine sehr prominente Position ein. Hingegen haben bisher eher wenige Autoren Aufnahmezahlen verglichen.

Die Historiker *Einhart Lorenz* und *Hans Uwe Petersen* verglichen in ihrem Aufsatz die Flüchtlingspolitik Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Norwegens. Sie präsentierten die Aufnahmezahlen der einzelnen Länder und den Prozentsatz der Aufgenommenen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, ohne jedoch die Ergebnisse in ihre Interpretationen zu integrieren.¹³³⁴

Der Isländer *Einar Heimisson* stellte in seiner primär qualitativ ausgerichteten Untersuchung ebenfalls einen Zahlenvergleich zwischen den nordischen Ländern inklusive Island an, indem er die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge proportional auf die Bevölkerungszahlen hoch rechnete. Die daraus resultierenden Ergebnisse waren für Heimisson ergänzend Erkenntnis leitend. Rein zahlenmässig schneidet Island gleich gut wie Norwegen ab, das generell eine bedeutend humanere Linie als Island verfolgte.¹³³⁵ Heimisson bettete die Zahlen in den Kontext ein und fokussierte auf jene Aspekte, bei denen Island eine härtere Linie als die anderen Staaten verfolgte. Er betonte, dass das isländische Verhalten trotz des verhältnismässig guten Abschneidens im Zahlenvergleich die «brutalsten» und «unmenschlichsten» Einzelfälle der nordischen Exilforschung aufweist.

Bernd Rother ging im Schlussabschnitt seiner Studie «Spanien und der Holocaust» ebenfalls in eine quantifizierende Richtung.¹³³⁶ In seinem Resümee stellte er die Aufnahmezahlen Spaniens jenen der Schweiz, Portugals und Schwedens gegenüber. Als zentrales Kriterium für die Auswahl der Vergleichspartner wertete er die neutrale Haltung eines Staates. Rother bezeichnete Vergleiche von Aufnahmezahlen aus zwei Gründen als methodisch heikel. Erstens sind nicht für alle Länder gleich verlässliche Zahlen vorhanden und zweitens erschweren die unterschiedlichen Ausgangslagen der einzelnen Länder aussagekräftige Vergleiche. So konnte Portugal nur diejenigen Flüchtlinge aufnehmen, die Spanien bereits akzeptiert hatte. Spanien wiederum befand sich gegenüber Schweden und der Schweiz insofern in einer anderen Situation, als dass die Flüchtlinge von Spanien aus weiterreisen konnten. Hingegen hatten die während des Kriegs in der Schweiz und Schweden gestrandeten Flüchtlinge dazu keine Möglichkeit. Rother plädierte dafür, die von ihm präsentierten Zahlen nur als eine erste Orientierung nicht aber als Massstab für moralische Urteile zu interpretieren.¹³³⁷

¹³³³ Ebd., S. 200f.

¹³³⁴ Lorenz/Petersen, *Fremdenpolitik*, 1998, S. 24.

¹³³⁵ Heimisson, *Asylsituation*, 1992, S. 37, 259.

¹³³⁶ Rother, *Spanien*, 2001.

¹³³⁷ Ebd., S. 340.

Marc André Chaguéraud operierte in seiner Studie am Rande ebenfalls mit Zahlenvergleichen und Prozentsätzen, wählte aber andere Bezugsgrössen. Er präsentierte die Aufnahmezahlen von Belgien, Frankreich, England, Holland, der Schweiz, Palästina, Shanghai, der USA sowie Südamerika¹³³⁸ und verglich die Aufnahmezahlen zwischen 1933 und dem Kriegsende mit der Grösse der jeweils bereits vor 1933 im Land wohnenden jüdischen Bevölkerung. Er folgerte aus den Zahlenvergleichen, dass die amerikanische Politik im Vergleich zu jener der anderen Staaten restriktiver gewesen sei.¹³³⁹

Die *Historikerkommission Liechtenstein – Zweiter Weltkrieg* (UHK) widmete in ihrem Schlussbericht über Liechtenstein zur Zeit des Nationalsozialismus – neben anderen zentralen Themen – ein Kapitel der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik. Sie stellte einen Zahlenvergleich ins Zentrum ihres Bemühens, Liechtensteins Aufnahmeleistung in den internationalen Kontext einzuordnen. Die UHK verglich die Aufnahmezahlen von Belgien, den Niederlanden, Grossbritannien, Italien, Frankreich, der Schweiz und Liechtenstein, rechnete sie mit den Bevölkerungszahlen hoch und präsentierte den Anteil Flüchtlinge an der Bevölkerung für jeden Staat (Tabelle 11).¹³⁴⁰ Gestützt auf diesen Zahlenvergleich stellte die UHK fest, Liechtenstein sei im Vergleich zu den anderen Staaten grosszügiger gewesen, was aber nicht heisse, dass das Land nicht mehr hätte leisten können.¹³⁴¹

¹³³⁸ Chaguéraud, *Coupables*, 1998, S. 191–193.

¹³³⁹ Ebd., S. 201.

¹³⁴⁰ UHK, Schlussbericht, 2005, S. 117–119.

¹³⁴¹ Ebd., S. 117, S. 251.

Tabelle 11: Vergleichszahlen zur Aufnahme von Flüchtlingen in anderen europäischen Ländern

Land	Zeitraum	Einwohnerzahl in den 1930er Jahren	Eingereiste Flüchtlinge (in Klammer Prozent der Bevölkerung)	Flüchtlinge, die über einen längeren Zeitraum blieben (in Prozent der Bevölkerung)	Bemerkungen
Belgien	1933 bis Mai 1940	8 200 000	34 000 (0,4%)	Rund 20 000–25 000 (?) (0,2%)	Meist Juden
Niederlande	1933 bis Mai 1940	8 800 000	37 000 (34 000 Juden, 3000 politische Flüchtlinge) (0,4%)	25 000 (22 500 Juden, 2500 politische Flüchtige): Im Mai 1940: zirka 16 000 (15 174 Juden) (0,2%)	Zirka 11 000 jüdische Flüchtlinge auf Durchreise
Grossbritannien	1933 bis Oktober 1939	50 000 000	75 500 (55 500 regulär plus 20 000 mit befristeter Bewilligung, bis das Visum für ein anderes Land eintraf) (0,15%)	Rund 75 000 (0,15%)	49 500 aus NS-Deutschland; 6000 aus der CSR; 90 Prozent Juden
Italien	1933 bis 1943	42 100 000	16 300 (0,03%)	16 300 (0,03%)	Juden
Frankreich	1933 bis 1940	39 500 000	Zirka 3 000 000 Ausländer (7,5%), inklusive Flüchtlingen aus dem spanischen Bürgerkrieg und 60 000 jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland, im Herbst 1939 auch aus Osteuropa	? ... Millionen	
Schweiz	a) 1933 bis 1937 b) 1938 bis 1945	4 200 000	a) 5000–6000 b) 60 000 Zivilisten (1,6%)	60 000 (1,4%)	b) weniger als die Hälfte Juden
Liechtenstein	1933 bis 1945	11 000	400 + 150 (5%)	400 (3,5%)	

Tabelle aus: UHK, Schlussbericht, 2005, S. 119.

Diskussion der bisherigen Ansätze

Wenn wir uns einen Überblick über die verschiedenen Ansätze verschaffen, so wird deutlich, dass bisher die Zahlenvergleiche eher ergänzenden Charakter hatten. Zwei Überlegungen von Bernd Rother scheinen mir besonders wichtig: Bernd Rother weist auf die Heterogenität des Zahlenmaterials hin und betont die Wichtigkeit des historischen Kontextes. Darüber hinaus sind aus methodischer Sicht folgende Fragen zu stellen:

1. *Die Frage der Bezugsgrößen:* In den meisten Publikationen wurde als Vergleichsgrösse der Prozentsatz der aufgenommenen Flüchtlinge herangezogen.¹³⁴² Charguéraud setzte hingegen die Aufnahmezahlen für die dreissiger Jahre in Bezug zur bereits im Land wohnenden Minorität und beurteilte darauf basierend die Aufnahmepolitik. Staaten, welche bisher eine offene Politik verfolgt hatten, kommen eher schlechter weg, als solche, die bisher bereits restriktiv waren, weil bei Letzteren die Messlatten weniger hoch angesetzt sind. Ein solches Beurteilungskriterium benachteiligt Staaten, die vormals grosszügig waren und erscheint daher problematisch. Ebenfalls wäre es ein aus methodischer Sicht fragwürdiger Schluss, alleine aufgrund eines höheren Aufnahmeprozentsatzes die Politik eines Landes als humaner zu bezeichnen, wie dies etwa in öffentlichen Diskussionen der Fall war.¹³⁴³

Die einseitige Konzentration auf Aufnahmezahlen erweist sich generell als fragwürdig, da die andere Seite, die Abweisungszahlen, ganz ausser Acht gelassen wird. Es wäre zu überlegen, auch das Verhältnis von den Aufnahmezahlen zu den Abweisungszahlen zu quantifizieren, wodurch ein Gesamtbild entstehen würde. Auch dieses wäre in den Kontext zu setzen und zu kommentieren.

Denkbar wäre ebenfalls, andere Grössen miteinzubeziehen, beispielsweise das Bruttoinlandprodukt, zumal Migrationsforscher die Bedeutung der Wirtschaftslage für die Aufnahmebereitschaft eines Staates betonen. Ob sich solche oder andere Bezugsgrößen als gewinnbringend für den historischen Erkenntnisprozess erweisen könnten, wäre in entsprechenden Experimenten abzuklären.

2. *Die Frage des Zeitraums:* Sind Zahlenvergleiche aussagekräftig, die sich – bedingt durch den Untersuchungsgegenstand – auf unterschiedliche Zeiträume beziehen? In der Aufstellung der UHK werden Länder verglichen, die bedingt durch den Eroberungsfeldzug NS-

¹³⁴² Auch in den politischen Diskussionen um die Ausländerpolitik tritt der Prozentanteil an Ausländern jeweils als Bezugsgrösse auf. So konterte der isländische Premierminister 1945 Kritik gegenüber seiner restriktiven Flüchtlingspolitik mit dem Hinweis, dass Island gemessen an seiner Bevölkerungszahl mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen habe als jedes andere europäische Land. Seine Aussagen entsprachen allerdings nicht den Tatsachen, Bergsson, Iceland, 1998; Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 240f.

Deutschlands während unterschiedlicher Zeitspannen zu den potentiellen Aufnahmeländern gehörten. Die französischen oder etwa belgischen Aufnahmezahlen (bis 1940) werden jenen der Schweiz gegenübergestellt, die erstens bis Kriegsende potentielles Aufnahmeland war und zweitens vor allem ab 1942 einen bedeutenden Einreiseschub erlebte. Zudem wird bei Grossbritannien der Zahlenschnitt auf 1939 festgelegt, obwohl auch danach, wenn auch weniger, Flüchtlinge nach Grossbritannien gelangen konnten und dort zumindest zeitweise Aufenthaltsbewilligungen erhielten.¹³⁴⁴ Solche Zahlenvergleiche bedürfen einer zeitlichen Differenzierung, die die geopolitische Entwicklung und die Radikalisierung der NS-Verfolgungspolitik berücksichtigt. Mittels periodisierenden Vorgehens und ergänzender Bemerkungen kann den methodischen Erfordernissen Rechnung getragen werden. Charguéraud beispielsweise verglich Aufnahmezahlen für bestimmte Zeitperioden, er legte den Schnitt 1938 fest.¹³⁴⁵

3. *Heterogenität/Aussagekraft der Zahlen:* Ein weiterer aus methodischer Sicht zu diskutierender Punkt liegt in der Beurteilung der Zahlen. Gerade im Bereich der Flüchtlingspolitik stellt sich diese Frage besonders. Aussagekräftige Zahlen bedingen eine Reflexion der Frage, welche Personenkategorien unter den Begriff «Flüchtling» gefasst werden.¹³⁴⁶ Mit Ausnahme von Bernd Rother wurde in den oben vorgestellten Publikationen die Aussagekraft der Zahlen wenig diskutiert, obwohl die publizierten Aufnahmezahlen oft unterschiedlich erhoben wurden und mehrere Angaben unvollständig sind. Dies ist beispielsweise bei den schweizerischen und liechtensteinischen Zahlen aus der Tabelle der UHK der Fall: Die schweizerischen Zahlen umfassen nur die Zivilflüchtlinge, die offiziell aufgenommen wurden. Jene, welche nur auf der Durchreise waren und längere oder kürzere Zeit in der Schweiz lebten, haben in die offiziellen Zahlen keinen Eingang gefunden. Allgemein liegen hier für die Zeit von 1933 bis 1939 kaum verlässliche Zahlen vor.¹³⁴⁷ In den liechtensteinischen Zahlen sind hingegen Personen mitgezählt, die von liechtensteinischen und schweizerischen Behörden direkt in die Schweiz geführt wurden und nicht in Liechtenstein, sondern in der Schweiz aufgenommen wurden. Ferner enthalten die Angaben zu Liechtenstein ebenfalls die eingebürgerten Flüchtlinge, die in der Regel nicht in Liechtenstein wohnten, während die eingebürgerten Flüchtlinge in den Zahlen für die Schweiz nicht miteingerechnet sind. Zudem umfassen die liechtensteinischen Zahlen auch Militärflüchtlinge, die in den

¹³⁴³ Siehe Seite 243f.

¹³⁴⁴ Zur britischen Flüchtlingspolitik zwischen 1939 und 1942 siehe insbesondere London, Whitehall, 2000, S. 169–190.

¹³⁴⁵ Charguéraud, *Coupables*, 1998, S. 193.

¹³⁴⁶ Siehe dazu UEK, *Flüchtlinge*, 2001, S. 31.

Angaben für die Schweiz fehlen. Für die anderen Staaten wäre ebenfalls abzuklären, wie die Zahlen zusammengesetzt sind. Die Unterschiede in der Erhebungsart sowie die Unsicherheiten des Zahlenmaterials sind bei einem Vergleich transparent zu deklarieren und in die Schlussfolgerungen miteinzubeziehen.

4. *Die Auswahl der Vergleichsländer:* Welche Länder verglichen werden, hängt vom Erkenntnisinteresse und der Fragestellung ab. Sollen Nachbarländer Nachbarländern, neutrale Staaten neutralen Staaten gegenüber gestellt werden? Oder sind potentiell alle Staaten, die nicht oder noch nicht im nationalsozialistischen Reich aufgegangen sind, miteinander zu vergleichen? Kann zum Beispiel das faschistische Italien¹³⁴⁸, das selbst eine aktive antisemitische Politik verfolgte, mit Frankreich und der Schweiz verglichen werden? Italiens Haltung war widersprüchlich: Viele Flüchtlinge erhielten trotz der klar antijüdischen Haltung Italiens Aufenthalt. Allerdings war dieses Asyl, wie Klaus Voigt in seinen umfassenden Studien festhielt, einzig Zuflucht auf Widerruf.¹³⁴⁹ Im Fall von Italien aber auch allgemein wäre zu begründen, weshalb welche Staaten in einen Vergleich aufgenommen werden. Zudem bedürften die Ergebnisse einer breiten Einbettung in den Kontext.

7.2.2 Qualitativer Ansatz

Im Folgenden präsentiere ich die primär qualitativ vergleichenden Ansätze. Ich habe sie nach dem Kriterium Generalisierung/Kontrastierung, basierend auf der Kategorisierung von Tilly¹³⁵⁰ gegliedert.

a) Universalisierende Vergleiche

Die deutsche Politologin *Katharina Meyer* hat in ihrer Studie die Flüchtlingspolitik Frankreichs, Englands und der USA zwischen 1933 und 1945 untersucht und versucht, allgemeine Stereotypen aufzustellen sowie die Bedeutung des Nationalismus zu erfassen.¹³⁵¹ Für ihren Vergleich wählte sie die drei zahlenmässig bedeutendsten Aufnahmeländer aus. Meyer wollte basierend auf ihrer Untersuchung allgemeine Verhaltensreaktionen auf die Flüchtlingsfrage herausarbeiten, sie strebte eine Generalisierung an. Sie gelangte zum Schluss, dass die Politik der drei Länder restriktiv war und mit ähnlichen Stereotypen begründet

¹³⁴⁷ Ebd.

¹³⁴⁸ Siehe dazu insbesondere Sarfatti, *Ebrei*, 2000, und Moos, *Ausgrenzung*, 2004.

¹³⁴⁹ Voigt, *Zuflucht*, 1989.

¹³⁵⁰ Kapitel 7.1.1.

¹³⁵¹ Meyer, *Exilpolitik*, 1997.

wurde.¹³⁵² Zuoberst auf der Begründungsliste stand der Umstand der wirtschaftlich schwierigen Situation im Zuge der Weltwirtschaftskrise. Meyer betonte die Bedeutung des wieder erstarkten Nationalismus und bezeichnete die Ausländerfeindlichkeit nicht als Kehrseite, sondern als Element mit konstituierender Bedeutung für den Nationalismus.

Einhart Lorenz und *Hans-Uwe Petersen* wählten ebenfalls eine generalisierende Stossrichtung, allerdings verfolgten sie einen praxisbezogenen Ansatz ohne theoretische Fundierung. Es ging ihnen darum, die allgemeinen Linien der Politik von Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen herauszuarbeiten. Bei Lorenz und Petersen ist die geographische Lage entscheidend für die Wahl als Vergleichspartner. Dargestellt werden die Flüchtlingspolitiken der einzelnen Länder, deren allgemeine Situation, die Tätigkeit von Hilfswerken und die Möglichkeit der Flüchtlinge, sich im Exilland politisch zu betätigen. Der Ansatz ist ebenfalls vorwiegend generalisierend, auch wenn die Autoren auf unterschiedliche Nuancen zwischen den Staaten hinweisen.¹³⁵³ Als gemeinsames Motiv zur restriktiven Flüchtlingspolitik der nordischen Länder führen Lorenz und Petersen Protektionismus und die Sorge um den einheimischen Arbeitsmarkt an.¹³⁵⁴ Flüchtlinge wurden laut den Autoren in den nordischen Staaten als ein internes Problem von administrativer, ökonomischer und sozialer Natur und als ein Beziehungsproblem, sobald es das Verhältnis zu NS-Deutschland betraf, betrachtet.¹³⁵⁵

b) Variationen suchende Vergleiche

Die Historiker *Frank Caestecker* (Belgien) und *Bob Moor* (Niederlande) stellten in ihrem Aufsatz «Refugee policy in european states in the 1930s: A comparative analysis» die Politik und Praxis Belgiens, der Niederlande, der Schweiz und Frankreichs einander gegenüber.¹³⁵⁶ Für die Auswahl der Staaten waren die geographische Grenzlage zu Deutschland und die liberale Staatsform ausschlaggebend. Die Autoren betonten einleitend, wie ähnlich die europäischen Staaten trotz unterschiedlicher Hintergründe auf die neuen Aufenthaltssuchenden reagierten. Caestecker und Moor untersuchten die bestimmenden Faktoren der nationalen Politiken, um die Reaktionen der Staaten auf die Flüchtlingsbewegung zu ergründen. Folgende Fragen standen im Zentrum: Wie erhielt man Aufenthalt? Welche Grundhaltung vertrat die Regierung und welches war die allgemeine Aufnahmepraxis? Wie institutionalisiert war die Praxis und welche Handlungsspielräume bestanden vor Ort? Welche politischen Gruppen

¹³⁵² Ebd., S. 125f.

¹³⁵³ Lorenz/Petersen, *Fremdenpolitik*, 1998.

¹³⁵⁴ Ebd., S. 25–27, sowie S. 38–42.

¹³⁵⁵ Ebd., S. 24.

¹³⁵⁶ Caestecker/Moor, *Refugee policies*, 2003.

vermochten die Politik zu beeinflussen? Wie sah die Haltung der Öffentlichkeit aus und wie gross war ihr Gewicht in der Ausgestaltung der Politik? Der Aufsatz ist chronologisch aufgebaut, die Politiken aller Staaten werden zu einem gewissen Zeitpunkt beschrieben und der Fokus auf verschiedene Fragen gerichtet. Die Studie kommt ohne Theorie aus und ist über weite Strecken eine Auflistung der verschiedenen Phänomene. Die Autoren zeigen, wie unterschiedlich die Länder trotz gleicher Ziele gehandelt haben und betonen die wichtige Rolle der Verwaltung nicht nur für die Ausgestaltung, sondern auch für die Formulierung der Politik.

Als Reaktion auf die Forderung von Medien und Zeitzeugen nach Vergleich und Kontext widmete die *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg* im Flüchtlingskapitel ihrer Synthese der Vergleichsfrage ebenfalls einen Abschnitt. Die Kommission betonte die methodischen Schwierigkeiten, die Vergleiche von Flüchtlingspolitiken in sich bergen. Laut der Kommission liegen diese in der disparaten Quellenlage sowie im unterschiedlichen Forschungsstand.¹³⁵⁷ In ihren Ausführungen ging die Kommission auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft ein und präsentierte das Verhalten von Frankreich, Grossbritannien, Niederlande, Spanien, Kanada, Schweden sowie der Vereinigten Staaten. Allgemein gelte, dass die Verschärfung der Flüchtlingspolitik in allen Ländern eine Akzentuierung der bereits in den zwanziger Jahren eingenommenen Haltung darstellte. Überall wurde die Aufnahmebereitschaft gemäss der Kommission aufgrund dessen eingeschränkt, was als nationales Interesse definiert wurde. Die UEK betont, dass die Schweiz neben Schweden das einzige Land gewesen sei, das ein im Sinne des Nationalsozialismus definiertes rassistisches Selektionskriterium offen angewandt habe. Ferner lasse sich die Situation der Schweiz für die Jahre 1942 und 1943 nicht mit jener eines anderen Landes vergleichen, die Schweiz habe sich aufgrund ihrer isolierten Insellage in einer einzigartigen Situation befunden.¹³⁵⁸

c) Rein individualisierende Vergleiche

Yvonne Kapp und *Margaret Mynatt* fügten in ihre Untersuchung zur britischen Politik und der Situation von Flüchtlingen in Grossbritannien zwischen 1933 und 1941 einen Vergleichsabschnitt ein, in welchem sie die Politik der britischen Regierung mit jener der französischen Regierung verglichen, um die Verhältnisse in England besser einschätzen zu

¹³⁵⁷ UEK, Schweiz, 2002, S. 169.

¹³⁵⁸ Ebd., S. 171f.

können.¹³⁵⁹ Sie wählten Frankreich als Vergleichsland aus, weil es sich bei Frankreich um «the other great democratic power in Western Europe»¹³⁶⁰ handelte. Die Autorinnen arbeiteten mit Blick auf die Verhältnisse in Frankreich mehrere Punkte heraus, die sich in England negativer präsentierten.¹³⁶¹

Der Isländer *Einar Heimisson* stellte in seiner Dissertation die «Asylsituation» in Island in den Kontext der übrigen nordischen Länder Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark. Er wählte die Vergleichsländer aufgrund der geschlossenen geographischen Lage im Norden Europas und des Umstands, dass in der Exilforschung des Nordens bereits intensiv vergleichend geforscht worden war. Er führte in seiner Einleitung aus:

«Der Vergleich bringt den Vorteil, dass man dadurch besser die einzelnen Reaktionen der Regierungen und der Gesellschaften bewerten kann – ihre Gründe für eine restriktive Haltung gegenüber Asylanten. [...] Ein internationales Thema wie die Fragen des Asyls kann nur so behandelt werden, und dies gilt für Island wie für alle anderen Länder.»¹³⁶²

Seinen Fokus richtete Heimisson auf den Kontext¹³⁶³ und die Politik der Regierungen einerseits, andererseits aber auch auf die Reaktionen der Presse und die Lebensbedingungen der Flüchtlinge (soziale Lage, politische Stellung und Integrationsprobleme) sowie Einzelaspekte der Länder. Der Autor wählte bei jedem Land aus nicht dargelegten Gründen andere Facetten, Aspekte und Faktoren aus. Im Schlusskapitel schälte Heimisson zehn Unterschiede der Asylsituation in Island im Vergleich zu den Nachbarländern heraus, die alle in eine restriktivere Richtung wiesen.

Bilanz der qualitativen Ansätze

Die bisherigen Arbeiten zu Flüchtlingspolitik-Vergleichen decken das historische Vergleichsspektrum breit ab. Abgesehen vom «einschliessenden» Vergleich, der Fälle in Bezug auf eine grössere Einheit vergleicht, liegen zu allen von Tilly skizzierten Variationen Beispiele vor. Die Fragestellungen der einzelnen Studien unterscheiden sich stark. Alle präsentierten Arbeiten gewinnen aufgrund der Vergleichsperspektive neue Erkenntnisse, sei es zu

¹³⁵⁹ «In order to get a better perspective on the situation in Britain it is worth comparing it with the treatment accorded to refugees during the same period by the other great democratic power in Western Europe, France.» Kapp/Mynatt, Policy, 1997, siehe v.a. S. 51–57.

¹³⁶⁰ Kapp/Mynatt, Policy, 1997, S. 51.

¹³⁶¹ Ebd., S. 56f.

¹³⁶² Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 11–13.

¹³⁶³ Als relevanten Kontext fasste er die folgenden Bereiche: die Grundlinien der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den dreissiger Jahren, die Hauptursachen für die soziale Entwicklung der Länder, die Bedeutung des Nationalismus und Nationalsozialismus in den untersuchten Staaten, die Wirtschaftspolitik und die Beziehung zu Deutschland.

allgemeinen Mechanismen oder Spezifika des im Fokus stehenden Landes. Allerdings lassen einige Arbeiten eine überzeugende Systematik vermissen, die in einem Feld, das vielen Unklarheiten unterworfen war, zwar nicht konsequent erwartet werden kann. Hingegen würde ein systematischeres Vorgehen teilweise zu klareren und aussagekräftigeren Resultaten führen. Die bisherigen Vergleichsansätze in der Erforschung der damaligen Flüchtlingspolitiken sind mit einer Ausnahme¹³⁶⁴ theoretisch nicht reflektiert und arbeiten stark phänomenologisch. Ferner fehlen vergleichende Arbeiten, welche auf Quellenstudien zweier oder mehrerer Länder beruhen. Alle bisherigen Vergleiche wurden aufgrund von Sekundärliteratur angestellt, die daraus resultierenden möglichen Schieflagen wurden nicht thematisiert. Auch blieben allfällige Transfers bisher weitgehend unbeachtet.

7.3 Liechtenstein im Vergleich – Ansätze zur Komparatistik

Im Kapitel 7.2 haben wir die bisherigen Ansätze verglichen und bewertet. Im vorliegenden Abschnitt wird Liechtenstein basierend auf der Theorie und den bisherigen Forschungen mit anderen Akteuren verglichen.

Da es sich bei der Frage der Flüchtlingspolitik um Prozesse handelt, die primär im nationalstaatlichen Rahmen stattfanden, drängen sich Staaten als Vergleichspartner geradezu auf. Liechtenstein war jedoch weder Gliedstaat noch völlig autonomer Staat und nimmt in der europäischen Immigrationsgeschichte eine Sonderstellung ein. Kein anderer europäischer Staat kannte eine ähnliche rechtliche Situation. Damit rückt die Frage ins Blickfeld, ob die Ausformung der liechtensteinischen Politik eher mit jener von Staaten oder mit jener von Gliedstaaten, also beispielsweise mit Schweizer Kantonen, verglichen werden soll.

7.3.1 Vergleich mit schweizerischen Kantonen

Gilt das Hauptinteresse dem regionalen Handlungsspielraum von Gliedstaaten/Regionen gegenüber dem (schweizerischen) Zentralstaat sowie nach der Ausschöpfung desselben, liegt ein Vergleich mit Kantonen auf der Hand, wobei auch hier auf die unterschiedlichen Ausgangslagen der in einen Staat eingebundenen Kantone und des semi-unabhängigen Liechtensteins hinzuweisen ist. Der vorliegende Vergleichsversuch ist eine Mischform zwischen einschliessendem und Variationen suchendem Vergleich. Vom methodischen Aspekt her erfüllt der Vergleich folgende Funktionen: Einerseits geht es darum, die einzelnen Akteure

¹³⁶⁴ Meyer, Exilpolitik, 1997.

zu profilieren (heuristisch) und andererseits soll die Selbstverständlichkeit ihres Handelns relativiert werden (paradigmatisch).¹³⁶⁵

Als Vergleichspartner kommen generell alle Kantone in Frage. Welche Eigenschaften sind in diesem Zusammenhang Erkenntnis leitend? Soll bei der Auswahl der Kantone beispielsweise auf eine ähnliche geographische Lage oder eher eine ähnliche sozioökonomische Struktur geachtet werden? Liechtenstein war vor allem im Zuge des österreichischen «Anschlusses» vom März 1938 mit der Flüchtlingsfrage befasst, einerseits mit vielen schriftlichen Anfragen, andererseits mit zahlreichen Flüchtlingen, die über die deutsch-liechtensteinische Grenze flohen. In einer ähnlichen Lage befanden sich 1938 vor allem die an NS-Deutschland grenzenden Kantone Basel-Stadt, St. Gallen, Thurgau, Graubünden und Schaffhausen. In der Folge vergleiche ich die Flüchtlingspolitik der Kantone St. Gallen, Schaffhausen, Basel-Stadt und des Fürstentums Liechtenstein. Die Kantone Thurgau und Graubünden werden in den Vergleich nicht einbezogen, weil ihre Politik noch wenig erforscht ist und somit die Grundlagen zu einem Vergleich fehlen.

Dem Vergleich liegen drei Fragen zugrunde:

1. Wie präsentierte sich die allgemeine Situation (Einreiseversuche und schriftliche Anfragen)?
2. Wie wurde an der Grenze gehandelt und wie sah die Politik gegenüber Einreisegesuchten aus?
3. Welcher Handlungsspielraum bestand gegenüber dem schweizerischen Zentralstaat und wie wurde er genutzt?

7.3.1.1 Die Voraussetzungen und Praxis in den Kantonen

Die schaffhausische Grenze zu Deutschland war lang und unübersichtlich, weshalb Schaffhausen vergleichsweise mehr Grenzübertritte von Flüchtlingen zu verzeichnen hatte. Besonders ab Juni 1938 versuchten zahlreiche Flüchtlinge über die grüne Grenze nach Schaffhausen zu gelangen.¹³⁶⁶ Zu Beginn der Fluchtwelle zeigte sich Schaffhausen kulant, da die Flüchtlinge in andere Kantone, hauptsächlich nach Basel und Zürich, oder Frankreich weitergeführt werden konnten.¹³⁶⁷ Als die anderen Kantone ihre bisher offene Haltung änderten, forderte die schaffhausische Regierung Mitte August 1938 in Bern rigorosere Abwehrmassnahmen und bewirkte Ende August die Verstärkung ihres Grenzschutzes durch die freiwillige Grenzschutzkompanie. Mit ihrem Ruf nach härteren Massnahmen stärkte die

¹³⁶⁵ Siehe dazu Kapitel 7.1.1.

¹³⁶⁶ Battel, Flüchtlinge, 2000, S. 147, 151.

¹³⁶⁷ Ebd., S. 150–152.

schaffhausische Exekutive der schweizerischen Zentralbehörde den Rücken. Daran änderten auch die mässigen Äusserungen des schaffhausischen Regierungsrats an der Polizeidirektorenkonferenz im August 1938 nichts. Die eidgenössischen Beschlüsse wurden in Schaffhausen relativ konsequent durchgesetzt. Dennoch nahm Schaffhausen kurz nach der Grenzsperrung vom 18. August 1938 einige Flüchtlinge auf, die aufgrund der Bestimmungen hätten ausgewiesen werden müssen.¹³⁶⁸ Dem Kanton Schaffhausen ging es in der Flüchtlingsfrage letztlich weniger darum, den eigenen Handlungsspielraum zu bewahren als vielmehr seine Interessen zu schützen, also möglichst wenige Flüchtlinge auf dem eigenen Kantonsgebiet zu beherbergen. Deshalb verlangte der Kanton die Unterstützung durch den Bund, obwohl dies zwangsläufig den eigenen Handlungsspielraum reduzierte.

St. Gallen stand aufgrund seiner günstigen Grenzlage zu NS-Deutschland ebenfalls im Brennpunkt des Interesses von jüdischen Flüchtlingen. Die Fluchtwelle nach St. Gallen setzte wie in den anderen Kantonen im Sommer 1938 ein. In St. Gallen wurde die Aufnahmepraxis in erster Linie durch Hauptmann Paul Grüninger geprägt, der die schweizerischen Weisungen auf seinem Tätigkeitsgebiet weitgehend ignorierte und so Tausenden das Leben rettete.¹³⁶⁹ Grüningers Vorgesetzter, Regierungsrat Valentin Keel, wusste um die Praxis Grüningers; in einigen Fällen verfügte auch er Einreisebewilligungen, die im Widerspruch zu den eidgenössischen Weisungen standen. Die offenkundig grosszügige Praxis rief die Berner Behörden auf den Plan, die sich ab dem Winter 1939 energisch um Aufklärung bemühten und die St. Galler Behörden stark unter Druck setzten. Als die nichtkonforme St. Galler Praxis aufflog, schob Keel seinem Untergebenen Grüninger die gesamte Verantwortung zu, der in der Folge suspendiert und später entlassen wurde.¹³⁷⁰ Die Verantwortlichen der sanktgallischen Fremdenpolizei haben also bis im Winter 1939 den an der Grenze bestehenden Handlungsspielraum bedeutend ausgenutzt. Wie die Praxis des Kantons betreffend schriftlicher Einreisegesuche aussah, ist weniger gut erforscht.

Auch Basel-Stadt rückte 1938, insbesondere ab Juli 1938, ins Blickfeld jüdischer Flüchtlinge.¹³⁷¹ Bis in die zweite Jahreshälfte 1938 konnten zahlreiche Flüchtlinge kurz nach ihrer Einreise nach Frankreich weitergeführt werden. Viele Flüchtlinge wurden deshalb erst gar nicht angemeldet. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Flüchtlingsbewegung im August 1938. Bis Mitte August durften die meisten der Eingereisten, die nicht direkt nach Frankreich fliehen

¹³⁶⁸ Ebd., S. 153–155.

¹³⁶⁹ Paul Grüninger gewährte vier von fünf später im Kanton erfassten Flüchtlingen die Einreise. Gemäss eigenen Angaben konnten sich dank seines Wirkens 2000 Flüchtlinge in die Schweiz retten, Krummenacher, Glück 2005, S. 147f.

¹³⁷⁰ Ebd., 180–192.

konnten, in Basel bleiben, zu Zurückweisungen kam es nur in Ausnahmefällen. Dementsprechend wurden 54 Personen zwischen Ende Juli und Mitte August 1938 entgegen anders lautender eidgenössischer Weisungen nicht zurückgeschafft. Im August stieg die Anzahl in Basel lebender Flüchtlinge stark an. Aufgrund dieser Zunahme und der Grenzschiessung Frankreichs wies ab August 1938 auch die Basler Polizei Flüchtlinge nach Deutschland aus. Allgemein wurden Flüchtlinge, denen die Einreise gelang, nicht mehr zurückgeschafft, im Gegensatz zu jenen, die an den Grenzen aufgehalten werden konnten. Wie der Kanton mit schriftlichen Einreisegesuchen verfuhr, ist nicht erschöpfend erforscht, jedoch liegen mehrere Hinweise vor, wonach die Basler Behörden auch in dieser Hinsicht einen anderen Kurs als Bern fuhren. Die Basler Behörden sahen die Gefahr einer Invasion offensichtlich weniger drastisch als andere Kantone und die schweizerischen Zentralbehörden.¹³⁷² Sie liessen sich bei ihrem Handeln stärker von menschlichen Überlegungen leiten. So führte Basel bis Januar 1939 137 Ausweisungsbeschlüsse der eidgenössischen Fremdenpolizei trotz entsprechender Ermahnung durch den Bundesrat nicht aus und weigerte sich auch gegenüber den höchsten Bundesbehörden standhaft, den verbliebenen Handlungsspielraum aufzugeben und von seiner offenen Praxis abzuweichen. Die Praxis gegenüber «illegal» über die Grenze gelangenden Flüchtlinge konnte der Halbkanton noch bis 1939 weitgehend selber bestimmen, während er die Hoheit über die schriftlichen Anfragen bereits verloren hatte. Die Schweizer Behörden lehnten mehrere schriftliche Gesuche ab, die Basel bewilligt hätte.¹³⁷³

Liechtenstein wurde aufgrund seiner günstigen Grenzlage zum ehemaligen Österreich ab März 1938 ebenfalls von vielen Flüchtlingen aufgesucht, zumal das Grenzgebiet zu Deutschland unüberschaubar und daher schwierig zu kontrollieren war. Ebenfalls versuchten – im Vergleich zu den früheren Jahren – ungleich mehr Flüchtlinge durch schriftliche Anfragen nach Liechtenstein zu gelangen. An der deutsch-liechtensteinischen Grenze kontrollierten die Angehörigen des schweizerischen Grenzwachtkorps die Einreisenden. Inwiefern die schweizerischen Grenzbeamten mit der liechtensteinischen Polizei zusammenarbeiteten und die liechtensteinischen Behörden auf die Praxis des Grenzwachtkorps Einfluss nahmen respektive Einfluss nehmen konnten, bleibt offen. Die Tätigkeit der liechtensteinischen Polizei in Bezug auf Flüchtlingseinreisen bleibt weitgehend im Dunkeln. Belegt ist einzig, dass die liechtensteinische Polizei mehrere an der deutsch-liechtensteinischen Grenze aufgegriffene Flüchtlinge den sanktgallischen Behörden zuführte. Von den namentlich bekannten

¹³⁷¹ Wacker, Bern, 1992, S. 113.

¹³⁷² Ebd., S. 111–116.

¹³⁷³ Ebd., S. 133–140.

Flüchtlingen verblieb niemand über eine längere Zeitdauer im Fürstentum. Es ist anzunehmen, dass sie entweder zurückgewiesen oder in der Schweiz aufgenommen wurden.

Der Handlungsspielraum Liechtensteins lässt sich vor allem via schriftliche Einreisegesuche und Einbürgerungsverfahren untersuchen. Hier hatte Liechtenstein auch 1938 relativ freie Hand, respektive schuf sich den gewünschten Handlungsspielraum. Auf der gesetzlichen Ebene reagierten die Behörden ähnlich wie jene in der Schweiz: Auch sie erliessen restriktive Bestimmungen, die die Einreise von Flüchtlingen eindämmen sollten. In der Praxis nahmen sie aber oft nach wie vor eine Nutzenabwägung vor, die zugunsten des Flüchtlings ausfallen konnte.

7.3.1.2 Erkenntnisgewinn

Die allgemeine Situation präsentierte sich in den Kantonen und in Liechtenstein im Jahr 1938 ähnlich. Sie waren alle mit einer steigenden Zahl Einreisender konfrontiert. An der Grenze wurde unterschiedlich gehandelt. Die Kompetenzen wurden vor allem in St. Gallen massiv überschritten, während die Basler Behörden ebenfalls in zahlreichen Fällen von der offiziellen Doktrin abwichen. Die Schweizer Zentralbehörden bemühten sich, dissidente Vorgehensweisen einzudämmen und setzten in den Kantonen Druck auf, damit diese zur gewünschten Praxis übergingen. Der Halbkanton Basel-Stadt konnte sich gegenüber Bern recht gut behaupten, während St. Gallen im Winter 1939 seine bisherige Praxis, die noch bedeutend weiter als die Basler Praxis ging, komplett anpassen musste. Das Handeln an den Kantonsgrenzen kann nur bedingt mit jenem von Liechtenstein verglichen werden, weil erstens die Hauptarbeit an der liechtensteinisch-deutschen Grenze von Schweizer Grenzwächtern geleistet wurde und zweitens zum Umgang der liechtensteinischen Behörden mit an der Grenze angehaltenen Flüchtlingen fast keine Angaben vorliegen. Hingegen ist belegt, dass Liechtenstein bei den schriftlichen Flüchtlingsgesuchen ebenfalls entgegen der schweizerischen Doktrin gehandelt hat.

Vergleicht man, weshalb die liechtensteinischen und die kantonalen Behörden ihren Handlungsspielraum nutzten, so zeigen sich unterschiedliche Handlungsmotive. Von humanen Entscheidungen an der Grenze konnten die Akteure keinen handfesten Nutzen erwarten, es ging vielmehr um die Frage, ob sie bereit waren, die Weisungen trotz potentieller nachteiliger Folgen für den Kanton zu missachten und menschlich zu handeln. Liechtenstein nutzte seinen Handlungsspielraum primär bei den Einreisegesuchen, um für das Land neue Einnahmen zu generieren. Diese diametral entgegengesetzten Motive können aufgrund fehlender Quellen und oder fehlender Forschungsergebnisse nur bedingt miteinander verglichen werden, da einerseits das Handeln Liechtensteins an der Grenze und andererseits der Umgang der Kantone mit

schriftlichen Einreisegesuchen weitgehend im Dunkeln liegen. Auf der Basis des heutigen Forschungsstandes ist hingegen eindeutig, dass Liechtenstein seinen Handlungsspielraum im Gegensatz zu Basel und St. Gallen nicht primär aus humanen Überlegungen ausgeschöpft hat. Um ein vollständigeres Bild zu erhalten, müssten primär die Quellen zu Aufenthaltsansuchen in den Kantonen systematisch ausgewertet werden.¹³⁷⁴

Dieser kurze Vergleichsversuch zeigt, dass es schwierig ist, allein auf der Basis von Forschungsliteratur zu vergleichen. Der Untersuchungsfokus lag bei den drei Kantonen jeweils auf anderen Schwerpunkten. Insgesamt ist für alle Kantone die Praxis an der Grenze besser erforscht als die Frage, unter welchen Voraussetzungen Einreisebewilligungen erteilt wurden. Zu keinem der genannten Kantone liegen ausführliche qualitative oder quantitative Resultate zur Frage vor, wie Aufenthaltsbewilligungen erteilt wurden.

7.3.2 Vergleich mit Staaten

Im folgenden Vergleichsversuch lege ich den Fokus auf die Ausformung der staatlichen Politik. Dabei stelle ich Liechtenstein die Schweiz und Island gegenüber und konzentriere mich auf die Vorkriegsjahre.

Die Ausgangslage der Schweiz kann vom geographischen Gesichtspunkt her am ehesten mit jener Liechtensteins verglichen werden. Zudem spielt zwischen der Schweiz und Liechtenstein die Komponente des Transfers hinein, zumal Liechtenstein schweizerische Bestimmungen umzusetzen hatte und in gewissen Fragen dem schweizerischen Druck ausgesetzt war. Islands Wahl als Vergleichsland mag auf den ersten Blick erstaunen. Island war geographisch isoliert und ungleich schwieriger als Liechtenstein oder die Schweiz zu erreichen. Dagegen präsentierte sich Islands ökonomische und gesellschaftliche Struktur ähnlich wie jene Liechtensteins: Liechtensteins und Islands Wirtschaftsstrukturen waren vorwiegend agrarisch geprägt, in Island stellte zudem der Fischfang eine wichtige Einnahmequelle dar. Ferner handelte es sich bei Island ebenfalls um einen Kleinstaat, der de jure noch nicht unabhängig war, sondern formell zu Dänemark gehörte.¹³⁷⁵ Es scheint mir wichtig, Liechtenstein einen anderen Kleinstaat gegenüberzustellen, in dem zwangsläufig andere Mechanismen spielten als in einem aufgrund seiner Grösse «durchorganisierten» Land wie etwa in der Schweiz. Island bietet sich auch aus forschungspraktischen Gründen an, weil zu dessen Flüchtlingspolitik – im Gegensatz zu

¹³⁷⁴ Aus komparatistischer Sicht wäre auch eine Vergleichsgeschichte über die Politiken der Schweizer Kantone interessant.

¹³⁷⁵ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 117f.

anderen europäischen Kleinstaaten – mehrere Studien vorliegen, die sich zudem teilweise auf einen Vergleich stützen.

Der folgende Vergleichsansatz lässt sich unter die Kategorie des Variationen suchenden Vergleichs fassen. In methodischer Hinsicht geht es darum, Liechtenstein zwei in verschiedener Hinsicht ähnliche Staaten gegenüberzustellen und zu untersuchen, wie diese mit ähnlichen Fragestellungen umgegangen sind (paradigmatisch).

7.3.2.1 Voraussetzungen in der Schweiz, Liechtenstein und Island

Ausgehend von Meyers Raster strukturiere ich in einem ersten Schritt die Voraussetzungen, die den Umgang der Staaten mit den Flüchtlingen bestimmten. Zusätzlich zu Meyers fünf Faktoren werden die Immigrationsvergangenheit und die bisherige Einwanderungspolitik dargestellt, da sich gezeigt hat, dass diese für die Flüchtlingspolitik der dreissiger Jahre mitentscheidend war.¹³⁷⁶

1. Die Wirtschaftslage: Alle untersuchten Staaten litten ab Beginn der dreissiger Jahre unter der Weltwirtschaftskrise, jedoch waren die Probleme in den einzelnen Ländern unterschiedlich gelagert. Das Fürstentum konnte im Gegensatz zu den beiden anderen Staaten auf spezielle Einnahmequellen zurückgreifen und verzeichnete auch in den schwierigsten Krisenjahren meist einen ausgeglichenen Finanzhaushalt.¹³⁷⁷ Die nach wie vor fließenden finanziellen Mittel erlaubten dem Fürstentum, mittels sogenannter Notstandsarbeiten Arbeitsplätze zu schaffen, was in den beiden anderen Ländern nicht der Fall war. Gleichzeitig ging die liechtensteinische Regierung ab Mitte der dreissiger Jahre dazu über, neue Industriebetriebe anzuwerben.¹³⁷⁸ Island strebte im Gegensatz zu Liechtenstein keine weiteren Betriebe und auch keine Industrialisierung an. Das Land versuchte vor allem über die Reform der inneren Strukturen und planwirtschaftliche Massnahmen sein wichtigstes Standbein, die Fischerei, konkurrenzfähig zu halten. Allerdings halfen diese Massnahmen angesichts der äusseren Faktoren wie Einbruch der externen Nachfrage beispielsweise im Nachgang des spanischen Bürgerkriegs wenig. Aufgrund seiner Monopolwirtschaft litt Island bis zu Kriegsbeginn an der Weltwirtschaftskrise.¹³⁷⁹ Auch die Schweiz spürte die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die schweizerische Wirtschaft war im Gegensatz zu derjenigen Liechtensteins und Islands bereits im 19. Jahrhundert auf den industriellen Zug aufgesprungen. Der ab 1933 massiv einsetzende Rückgang der Exporte führte zu einer hohen Arbeitslosigkeit. Ferner waren

¹³⁷⁶ Siehe dazu etwa Kury, Fremde, 2003; Caestecker/Moor, Refugee policies, 2003.

¹³⁷⁷ Siehe Geiger, Krisenzeit, 2000, Bd. 1, S. 199–202.

¹³⁷⁸ Siehe dazu Kapitel 2.2.1.

zahlreiche Auslandschweizer beispielsweise aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten oder protektionistischer Massnahmen gezwungen, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Politik auf bundesstaatlicher Ebene ging eher in eine protektionistische Richtung. Sie wollte die krisengeschüttelte heimische Industrie vor zusätzlicher Konkurrenz schützen. Hingegen bemühten sich strukturschwache Regionen ebenfalls, industrielle Betriebe anzuwerben.¹³⁸⁰

2. *Dissimilare Zusammensetzung*: Als *dissimilar* bezeichnet Meyers Einwanderer, die sich aufgrund ihres kulturellen und religiösen Hintergrundes von der Gesellschaft des Aufnahmelandes abheben. Bei der Bewertung, ob und in welchem Ausmass Einwanderer als dissimilar empfunden werden, spielten und spielen subjektive Bewertungen durch die Aufnahmegesellschaft eine entscheidende Rolle. In der Schweiz, Island und Liechtenstein wurden die aus Deutschland fliehenden Personen in globo als dissimilar wahrgenommen, auch wenn viele zum Zeitpunkt ihrer Flucht einer christlichen Religionsgemeinschaft angehörten, sich in dieser Hinsicht von der Aufnahmegesellschaft also nicht unterschieden.

3. *Aussenpolitische Erwägungen*: Der Einfluss aussenpolitischer Überlegungen war in den drei Staaten unterschiedlich. In Liechtenstein hingen die flüchtlingspolitischen Erwägungen vor allem zu Beginn der dreissiger Jahre von der schweizerischen Position ab.¹³⁸¹ Die Schweiz vermochte ihre Interessen in der ersten Phase in Liechtenstein relativ erfolgreich durchzusetzen.¹³⁸² In dieser Hinsicht ist von einem Transfer zwischen der Schweiz und Liechtenstein zu sprechen. Auch Deutschland versuchte die liechtensteinische Ausländerpolitik mitzubestimmen. 1933 verlangte NS-Deutschland von Liechtenstein, seine Einbürgerungspolitik zu reformieren. 1940 forderte das Reich, dass Liechtenstein die an seine Grenzen gelangten entwichenen Kriegsgefangenen an NS-Deutschland ausliefere. Beide Interventionen Deutschlands entfalteten einzig eine kurzfristige Wirkung. Das Fürstentum kehrte jeweils rasch zur bisherigen Praxis zurück.¹³⁸³

Das aussenpolitische Hauptziel der Schweiz war es, ihre Unabhängigkeit und ihre wirtschaftliche Stabilität zu bewahren. Die Frage der Flüchtlinge wurde als untergeordnetes Problem betrachtet. Im Gegensatz zu Liechtenstein unterlag die Schweiz keinen konkreten Druckversuchen anderer Staaten, insbesondere Deutschlands, seine Flüchtlingspolitik in eine

¹³⁷⁹ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 138–145.

¹³⁸⁰ UEK, Flüchtlinge, 2001, Kapitel 2.2.3. Siehe dazu auch beispielsweise Wacker, Bern, 1992, Kapitel 2.3.

¹³⁸¹ Siehe Kapitel 4.2.1.

¹³⁸² Siehe dazu Kapitel 2.3 und 4.2.1.

¹³⁸³ Siehe dazu Kapitel 3.2.3 und Kapitel 5.

restriktive Richtung zu bewegen.¹³⁸⁴ Der vorhandene aussenpolitische Handlungsspielraum wurde jedoch kaum genutzt, um menschliche Werte zu verteidigen.¹³⁸⁵

Island gehörte formell noch zu Dänemark, das Islands Aussenpolitik besorgte.¹³⁸⁶ Auf die Einwanderungspolitik Islands hatte Dänemark jedoch keinen Einfluss, und es liegen auch keine Hinweise vor, wonach Deutschland versucht hat, Island zu beeinflussen oder wonach Island negative Reaktionen aus Deutschland wegen der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge befürchtete.¹³⁸⁷

4. Kriege/Bedrohungslage: In Liechtenstein und in der Schweiz wurde die Bedrohung durch NS-Deutschland bereits in den Vorkriegsjahren teilweise als akut empfunden. Das Bedrohungsgefühl verstärkte in der Schweiz die Abwehrhaltung, die sich gegenüber Fremden schon in früheren Jahrzehnten gezeigt hatte. In der Schweiz entstand die so genannte Geistige Landesverteidigung, welche die Verteidigung von den als «schweizerisch» wahrgenommenen Werten zum Ziel hatte.¹³⁸⁸ In Liechtenstein erreichte das Bedrohungsgefühl mit dem «Anschluss» Österreichs seinen Höhepunkt. Im Zuge der äusseren Bedrohung rückten die liechtensteinischen Parteien zusammen, wodurch die Vaterländische Union, die bereits zuvor die Verteidigung Liechtensteins vor fremden Einflüssen postuliert hatte, in die Regierung eintreten konnte. Das in Island vorherrschende Bedrohungsgefühl rührte weniger von der Bedrohung durch einen aussenpolitischen Gegner, denn von einer imaginierten kulturellen Bedrohung durch als nicht integrierbar wahrgenommene Einwanderer her.¹³⁸⁹

5. Ideologische Cycles. Die schweizerische Ausländerpolitik war seit den zwanziger Jahren ausländerfeindlich und antisemitisch ausgerichtet. Die 1917 errichtete schweizerische Zentralstelle für Fremdenpolizei führte einen Überfremdungskampf und entwickelte Strategien, um die Einwanderung von als dissimilar empfundenen Gruppierungen zu beschränken.¹³⁹⁰

Antisemitismus war in der liechtensteinischen Öffentlichkeit spätestens seit Mitte der dreissiger Jahre ein häufig wiederkehrendes Thema. Eine machtpolitische Ausprägung erhielten Xenophobie und Antisemitismus jedoch erst durch den Regierungseintritt der Vaterländischen Union (VU) im Frühling 1938. Antisemitische Strömungen entluden sich in der Folge durch

¹³⁸⁴ Ludwig, Flüchtlingspolitik, 1957, S. 167.

¹³⁸⁵ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 370.

¹³⁸⁶ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 117.

¹³⁸⁷ Ebd., S. 238.

¹³⁸⁸ UEK, Flüchtlinge, 2001, Kapitel 1.2. zur Geistigen Landesverteidigung siehe etwa auch <http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17426.php> (Stand: 4. 1. 2007).

¹³⁸⁹ Bergsson, Iceland, 1998, S. 27; Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 126–130; 162f., 187, 261.

¹³⁹⁰ Siehe dazu beispielsweise Kury, Fremde, 2003.

Bombenanschläge und Anrempelungen, die in diesem Ausmass in den anderen beiden Staaten nicht vorkamen.¹³⁹¹

Die nationalsozialistische Bewegung Islands blieb zwar eine Randerscheinung und löste sich 1939 auf, was nichts daran ändert, dass in weiten Teilen der Bevölkerung trotz fehlender jüdischer Wohnbevölkerung antisemitische Vorbehalte bestanden. Nationalismus war in den dreissiger Jahren das politische Leitbild Islands schlechthin, zumal in Island die sich an sozialdarwinistische Theorien anlehrende Vorstellung herrschte, wonach die isländische Nation anderen Nationen überlegen sei. Ein flüchtlingskritisches Klima wurde insbesondere durch die beiden einflussreichsten isländischen Zeitungen, *Vísir* und *Morgunbladid*, erzeugt. Sie publizierten mehrheitlich flüchtlingskritische Artikel, die teilweise stark antisemitisch gefärbt waren.¹³⁹²

6. *Migrationsvergangenheit/fremdenpolizeiliche Grundlagen:* Liechtenstein war traditionell eher ein Emigrations- denn ein Einwanderungsland. Das liechtensteinische Aufenthaltswesen blieb bis in die dreissiger Jahre nur grob definiert. Vor der Fluchtwelle aus NS-Deutschland versuchten – abgesehen von den durch die heimische Wirtschaft angeforderten Saisoniers – vor allem aus Osteuropa stammende Wirtschaftsflüchtlinge und Staatenlose, nach Liechtenstein oder über liechtensteinisches Gebiet zu reisen. Die Position gegenüber diesen Ausländern war klar: sie waren mittellos, wären dem Staat also zur Last gefallen und durften deshalb nicht im Fürstentum bleiben.¹³⁹³

Auch Islands Bevölkerungsgeschichte stand eher unter dem Zeichen der Emigration denn der Immigration. Im Gegensatz zu Liechtenstein, wo immerhin Saisoniers arbeiteten, lebten in Island zu Beginn der dreissiger Jahre praktisch keine Ausländer. Bis 1855 war es Juden nicht erlaubt, in Island zu wohnen. Der erste Jude liess sich in Island kurz nach Beginn des 20. Jahrhunderts nieder, verliess das Land jedoch kurz darauf wieder. Bis in die dreissiger Jahre hinein lebten in Island keine Angehörige des jüdischen Glaubens.¹³⁹⁴ Das isländische Ausländergesetz basierte weitgehend auf dem dänischen Vorbild und war sehr offen formuliert. Der zuständige Minister konnte Ausländer aus jedem «ausreichenden» Grund ausweisen, wobei das Prädikat «ausreichend» nicht definiert war.¹³⁹⁵

¹³⁹¹ Kapitel 2.2.3.

¹³⁹² Bergsson, Iceland, 1998, S. 15f.; Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 218–220, 225.

¹³⁹³ Siehe Kapitel 3.2.1.

¹³⁹⁴ Vilhjálmsson, Iceland, 2004, S. 3f.

¹³⁹⁵ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 257f.

In der Schweiz hatte sich der Wandel vom Emigrations- zum Immigrationsland am Ende des 19. Jahrhunderts vollzogen. Die Schweiz blickte auf eine Asyltradition zurück, die es seit Jahrhunderten zahlreichen Flüchtlingen erlaubt hatte, wenn auch meistens nur kurzfristig, in der Schweiz zu bleiben. Diese humanitäre Tradition setzte sich in der Mentalität fort, auch wenn die fremdenpolizeiliche Realität seit dem Ersten Weltkrieg anders aussah.¹³⁹⁶ Die Frage, wer sich im Land niederlassen durfte, erhielt seit dem Ersten Weltkrieg – insbesondere infolge der russischen Revolution – eine neue Bedeutung. Die Politik wies fortan in eine restriktive Richtung. Wurden die Einbürgerungen bisher als Instrument gesehen, Ausländer zu integrieren, galt nun die Maxime, dass nur «Assimilierte» das schweizerische Bürgerrecht erhalten sollten.¹³⁹⁷ Die wichtigste Grundlage für die «neue» Ausländerpolitik war das 1931 erlassene Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Es zielte darauf ab, den Ausländeranteil in der Schweiz zu reduzieren und beendete die liberale Zulassungstradition definitiv.¹³⁹⁸

7.3.2.2 Vergleich der Politik

Nachdem wir die Voraussetzungen in den drei Ländern vorstrukturiert haben, können wir auf den Vergleich eingehen. Die Hauptfrage lautet, in welcher Hinsicht die Staaten ähnlich handelten und in welchen Punkten sich ihr Handeln unterschied. Wo liegen die Ursachen für die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten? Folgende Bereiche werden berücksichtigt: die Aufnahmebedingungen, die Haltung der zentralen Akteure, der Institutionalisierungsgrad sowie die Resultate der Politiken und der Praxis. Für die Schweiz und Liechtenstein wird zusätzlich nach den Transfers gefragt. Darunter fallen die Beeinflussungsversuche der Schweiz und die institutionelle Verknüpfung der Schweiz mit Liechtenstein.

1. Die rechtlichen Grundlagen und die Aufnahmebedingungen in der Praxis

Liechtensteins Ausländerpolitik war lediglich in groben Zügen geregelt. Bisher nicht mit Flüchtlingsansuchen konfrontiert, enthielten die liechtensteinischen Grundlagen bis zur Fluchtbewegung aus Deutschland keine Bestimmungen zu Fragen, die mit Fluchtbewegungen verbunden waren. Das Land erliess Anordnungen immer als Reaktion auf neue Entwicklungen in NS-Deutschland. Die flüchtlingsrechtlichen Bestimmungen waren offen formuliert und liessen die Akteure relativ frei handeln. Die informell festgelegten liechtensteinischen Aufnahmekriterien veränderten sich über die Zeit hinweg. Grundsätzlich mussten die

¹³⁹⁶ UEK, Flüchtlinge, 2001, Kapitel 2.2.1.

¹³⁹⁷ Siehe dazu beispielsweise Kury, Fremde, 2003.

¹³⁹⁸ Kury, Fremde, 2003, S. 172–175; UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 33f

Flüchtlinge wirtschaftlich unabhängig sein und sollten dem Land wenn möglich wirtschaftlichen Nutzen einbringen, sei es als Steuerzahler, als Liegenschaftskäufer oder als Arbeitgeber. Wirtschaftliche Überlegungen behielten bis 1938 tendenziell die Überhand, auch wenn antisemitische Überlegungen seit Mitte der dreissiger Jahre im Regierungskalkül zunehmend wichtiger wurden. Ab Ende 1938 erteilte die Regierung nur noch vereinzelte Einreisebewilligungen, die Kriterien waren nicht in jedem Fall ersichtlich, es war jedoch zumindest ein Element aus dem Katalog «Beziehungen und wirtschaftlicher Nutzen» zu erfüllen.

Die fremdenpolizeilichen Grundlagen Islands waren ebenfalls unscharf formuliert. Definiert war lediglich die Bedingung für mittelfristigen Aufenthalt. Wer länger als drei Monate in Island wohnen wollte, musste über einen Arbeitsvertrag verfügen. Arbeitsplätze waren aber Mangelware und wurden gerade Ausländern in der Regel nicht angeboten. Die Ausländergesetze liessen einen beträchtlichen Handlungsspielraum offen. Die Praxis richtete sich weitgehend nach dem Gutdünken der Behörden. Die Ansuchen von «arischen» Deutschen wurden generell bewilligt, jene für jüdische Deutsche hingegen nicht.¹³⁹⁹ Bewilligungen erhielten laut Heimisson überraschenderweise Musiker, weil es in Island an Musikern mangelte. Nur diejenigen Flüchtlinge konnten in Island verbleiben, die von einflussreichen Isländern unterstützt oder die von isländischen Unternehmen als Arbeitskraft angefordert wurden. Beziehungen waren in einer kleinräumigen Gesellschaft wie Island traditionell wichtig und gewannen im Feld der Flüchtlingspolitik, in der die weltanschaulichen Weichen generell gegen die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen gestellt waren, zusätzlich an Bedeutung.¹⁴⁰⁰ Die restriktive Linie des isländischen Premierministers Johansson wurde ab Sommer 1939 infolge der Regierungsumbildung ein wenig aufgeweicht.¹⁴⁰¹

Die schweizerische Politik gegenüber zivilen Flüchtlingen beruhte rechtlich gesehen insbesondere auf dem Ausländergesetz von 1931 und dem Bundesratsbeschluss vom 17. Oktober 1939. Letzterer verlangte von den Kantonen, die illegal eingereisten Flüchtlinge auszuweisen, und er bildete auch die Grundlage für die Internierung der Flüchtlinge, die nicht über die Grenze zurückgestellt werden konnten.¹⁴⁰² Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft war es für jüdische Flüchtlinge – sofern sie gültige Ausweisschriften besaßen – relativ einfach, in die Schweiz einzureisen. Für deutsche Juden bestand erst ab Oktober 1938

¹³⁹⁹ Bergsson, Iceland, 1998, S. 26; Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 235, S. 237.

¹⁴⁰⁰ Ebd., S. 218, S. 238.

¹⁴⁰¹ Bergssohn, Iceland, 1998, S. 23f.

¹⁴⁰² UEK, Schweiz, 2002, S. 132.

die Visumspflicht. Die Grenzbeamten waren zwar angewiesen, mittellosen Personen die Einreise zu verweigern, dennoch gelang zahlreichen Flüchtlingen die Einreise in die Schweiz. Allein zwischen März und Mai 1933 passierten 7631 jüdische Flüchtlinge den Basler Bahnhof. Das Jahr 1938 bedeutete jedoch das Ende des freien Personenverkehrs. Bereits im März 1938 führte der Bundesrat die Visumspflicht für Inhaber österreichischer Pässe ein. Nun versuchten immer mehr Menschen, über die grüne Grenze einzureisen. Als Reaktion darauf wurde die Praxis entlang der Grenze massiv verschärft, allerdings bestanden zwischen den einzelnen Grenzabschnitten bedeutende Unterschiede. Während die Einreise in die Schweiz bis 1938 relativ einfach zu bewerkstelligen war, war es jedoch von Beginn weg schwierig, eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu erhalten. Generell basierten die Entscheidungen über Aufenthaltsbewilligungen auf protektionistischen und rassistisch motivierten Überlegungen.¹⁴⁰³ Allerdings wurde in Einzelfällen von dieser Haltung abgewichen, Beziehungen und ökonomisches Gewicht konnten auch hier ihre Wirkung entfalten.¹⁴⁰⁴

2. Haltung und Rolle der zentralen Akteure

Bei der Hauptakteurin in Liechtenstein, der liechtensteinischen Regierung, spielten realpolitische Überlegungen bis Mitte der dreissiger Jahre eine grosse Rolle und hielten antisemitische Tendenzen in Schranken. Der Schutz der liechtensteinischen Bevölkerung vor «fremdländischen» Einflüssen war vorerst kein zentrales Thema. Nebst der Regierung spielten die liechtensteinische Gewerbe-genossenschaft, das Arbeitsamt und die in Liechtenstein tätigen Rechtsagenten eine tragende Rolle. Arbeitsamt und Gewerbe-genossenschaft versuchten durch ihre Interventionen, die liechtensteinische Arbeiterschaft, respektive das liechtensteinische Gewerbe, vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Ihnen gelang es in mehreren Fällen, die Regierung so zu beeinflussen, dass diese eine restriktive Richtung einschlug. Hingegen konnten Flüchtlinge auf einflussreiche Interessensvertreter hoffen, auf die liechtensteinischen Rechtsagenten, die daran interessiert waren, ihren zahlungskräftigen Klienten den Weg nach Liechtenstein zu ebnen.¹⁴⁰⁵

In der Schweiz waren die Akteure, die in die Flüchtlingspolitik sowie deren Ausgestaltung involviert waren, ungleich zahlreicher und daher schwieriger zu fassen. Die Haltung der wichtigsten Akteure, Bundesrat, EJPD und Eidgenössische Polizeiabteilung kann als fremdenfeindlich und auch antisemitisch bezeichnet werden. Bereits seit den zwanziger Jahren

¹⁴⁰³ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 135–140.; 180–183.

¹⁴⁰⁴ Ebd., S. 67–69, S. 143.

¹⁴⁰⁵ Siehe Kapitel 4.2.3.

kämpfte die Zentralbehörde gegen die «Verjudung» der Schweiz. Das EJPD erliess zahlreiche Weisungen und Kreisschreiben und bestimmte so die Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik. Zentral war auch das EPD, das in der Flüchtlingsfrage mehrere Verhandlungen mit anderen Staaten führte. Einfluss nahmen ebenfalls die Armee (mit dem Argument der sicherheitspolitischen Überlegungen), das Parlament und die Kantone (als vollziehende und bestätigende Akteure). Die Flüchtlinge konnten auf keine eigentliche Lobby zählen, vereinzelt plädierten Hilfswerke, Kirchenvertreter und auch Politiker für eine offenere Linie.¹⁴⁰⁶ Die Realpolitik behielt zuweilen jedoch auch in der Schweiz die Oberhand gegenüber ideologisch motivierten Bedenken, zum Beispiel, wenn sich finanzschwache Kantone gegenüber dem Zentralstaat durchsetzten und Personen aufnahmen, die wirtschaftlich interessant schienen.¹⁴⁰⁷

Islands Regierung nahm zur Flüchtlingsfrage keine offizielle Haltung ein. Der Justiz- und Premierminister (in Personalunion) entschied nach eigenem Gutdünken. Die gesetzlichen Grundlagen räumten ihm einen bedeutenden Handlungsspielraum ein. Die allgemeine Haltung zielte darauf ab, die Einreise von Ausländern generell zu beschränken. «Die Hauptrichtlinie soll die sein, dass Ausländer auf keinen Fall die Genehmigung bekommen, sich hier niederzulassen, ausser wenn ganz besondere Gründe dafür sprechen.»¹⁴⁰⁸ Hauptargument war die eigene darbende Wirtschaft, die mit einer hohen Arbeitslosigkeit einherging. Offensichtlich spielten jedoch generelle Vorbehalte gegenüber jüdischen Einwanderern ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die Regierung liess nichtjüdische Deutsche und norwegische Staatsbürger einreisen, die den Arbeitsmarkt belasteten,¹⁴⁰⁹ und lehnte die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingskindern ab, die zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme keine Arbeitsplätze beansprucht hätten.¹⁴¹⁰ Insgesamt war es für nichtjüdische Aufenthaltswerber bedeutend einfacher, nach Island zu gelangen.¹⁴¹¹ Abgesehen von der Regierung trat in der Flüchtlingsfrage vor allem ein Akteur in Erscheinung: Die wichtigsten Klagen gegen die Präsenz von Juden stammten von der Industriekammer, die zunehmende Konkurrenz durch jüdische Gewerbetreibende für die einheimische Wirtschaft ortete.¹⁴¹²

¹⁴⁰⁶ Zu Rolle und Mitverantwortung der Akteure siehe UEK, Schweiz, 2002, S. 131–151.

¹⁴⁰⁷ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 67–69, sowie UEK, Schweiz, 2002, S. 141.

¹⁴⁰⁸ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 218.

¹⁴⁰⁹ Bergsson, Iceland, 1998, S. 26; Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 252–255.

¹⁴¹⁰ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 252–255.

¹⁴¹¹ Vilhjálmsón, Iceland, 2004, S. 5.

¹⁴¹² Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 222.

3. Institutionalisierungsgrad der Flüchtlingspolitik und Organisationsweise der Praxis

Wie die Flüchtlingspolitik der drei Staaten organisiert war, lässt sich aufgrund fehlender Quellen oder Forschungsergebnisse nicht in jeder Hinsicht vergleichen. Die Ausgangslagen waren sehr unterschiedlich. Der Kleinstaat Liechtenstein besass erst seit 1933 eine eigene Polizei. Von einer eigentlichen Landesverwaltung, die dieser Bezeichnung gerecht würde, kann kaum gesprochen werden. Die Politik wurde von einigen wenigen Personen bestimmt und in die Praxis umgesetzt. Es fehlte an eindeutig definierten und gesetzlich verankerten Handlungsrichtlinien. Dies war im Kleinstaat Liechtenstein mit dem kleinen Kreis der Akteure auch nicht unbedingt von Bedeutung. Zudem oblag die Grenzkontrolle nicht liechtensteinischen Organen, sondern der schweizerischen Grenzschutz. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den liechtensteinischen und schweizerischen Behörden war nicht klar geregelt, wie es die uneinheitliche Praxis offenbart.¹⁴¹³

Mit dem Vollzug der schweizerischen Flüchtlingspolitik, die durch die Gesetze und Weisungen ziemlich genau definiert war, waren sehr viele Organe betraut. Oft fehlte eine klare Aufteilung der Kompetenzen und es bestanden Konkurrenzsituationen zwischen zivilen und militärischen Organen sowie zwischen Kantonen und Zentralbehörden. Folge war eine nicht immer nachvollziehbare und zum Teil uneinheitliche Politik, vor allem an der Grenze.¹⁴¹⁴

Die isländische Politik und Praxis wurde von einem sehr kleinen Kreis von Akteuren gestaltet respektive umgesetzt. Massgebend waren der Premierminister, der über Aufenthaltsbewilligung und Ausweisung befand sowie die Polizeibehörden, die für die Kontrolle der Einreisenden zuständig waren.¹⁴¹⁵ Die Gesamtregierung nahm zu Einreisegesuchen nur in Einzelfällen Stellung.¹⁴¹⁶

4. Die Resultate der Politik und der Praxis

Die liechtensteinische Praxis ermöglichte 210 jüdischen Flüchtlingen den Aufenthalt im Land. Liechtenstein nahm die meisten Flüchtlinge zwischen 1935 und Ende 1938 auf. Danach kam es aus vier Gründen zu fast keinen weiteren Aufnahmen. Erstens verhärtete die Regierung ihre Aufnahmepolitik und hiess ab Winter 1938/1939 nur noch vereinzelte Gesuche gut. Zweitens befand sich Liechtenstein geographisch nicht mehr auf den Hauptfluchtlinien – an der Ostgrenze war es seit 1939 verhältnismässig ruhig. Drittens trafen ab 1939 weniger schriftliche

¹⁴¹³ Siehe vor allem Kapitel 2.3 und 3.2.2.

¹⁴¹⁴ Siehe dazu beispielsweise UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 183; Lasserre, Politique, 2000; Hauser, Réfugiés, 1999.

¹⁴¹⁵ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 217f.

¹⁴¹⁶ Bergsson, Iceland, 1998, S. 20.

Aufenthaltsgesuche ein und viertens gab Liechtenstein seine Aufnahmekompetenzen ab 1941 an die Schweiz ab.

Liechtenstein wies während der nationalsozialistischen Herrschaft zahlreiche Flüchtlinge ab. Allein zwischen 1938 und 1940 erhielten mindestens 300 Personen, die vom Ausland aus schriftliche Aufenthaltsgesuche stellten, einen abschlägigen Bescheid der liechtensteinischen Regierung. Ferner wurden an der liechtensteinischen Grenze zwischen 1938 und 1945 insgesamt mindestens 165 Personen zurückgewiesen.¹⁴¹⁷

Vor dem Krieg gelang mindestens 7 000 bis 8 000 mehrheitlich jüdischen Personen aus NS-Deutschland die Flucht in die Schweiz. Die eigentliche Anzahl von Flüchtlingen, die zumindest während kurzer Zeit in der Schweiz wohnten, war um ein Vielfaches höher.¹⁴¹⁸ Vor Ausbruch des Krieges und dem nationalsozialistischen Eroberungsfeldzug war die Schweiz ein Fluchtland unter vielen, dies änderte sich in den frühen vierziger Jahren. Nun nahm die Schweiz eine einzigartige Stellung an, sie grenzte an das annektierte Frankreich und war die einzige Fluchtoption, die vom Osten Frankreichs her erreicht werden konnte.¹⁴¹⁹ Die Schweiz beherbergte während des Kriegs rund 60 000 Zivilpersonen, etwas weniger als die Hälfte waren Juden.¹⁴²⁰ Der Hauptunterschied zu Liechtenstein waren die Militärflüchtlinge, insgesamt 103 896 an der Zahl. Wie für Liechtenstein können auch für die Schweiz keine definitiven Abweisungs- respektive Rückweisungszahlen eruiert werden. Zwischen Januar 1940 und Mai 1945 lassen sich rund 24 500 Wegweisungen nachweisen.¹⁴²¹ Zudem lehnten die Behörden zwischen 1938 und November 1944 mindestens 14 500 Einreisegesuche ab.¹⁴²²

In Island lebten 1939 16 Flüchtlinge¹⁴²³ und 1940 ungefähr 35 bis 40 Flüchtlinge, wovon 25 bis 28 Personen aufgrund ihrer jüdischen Abstammung und die übrigen Personen mit ihren jüdischen Familienmitgliedern nach Island geflohen waren.¹⁴²⁴ Wie viele Flüchtlinge sich insgesamt über kürzere oder längere Zeit in Island aufhielten, ist den vorliegenden Untersuchungen nicht zu entnehmen. Möglicherweise gelangten Flüchtlinge zuerst nach Island und reisten später in ein Drittland weiter, weshalb sie in der Statistik von 1940 nicht mehr erfasst sind. Die Anzahl abgelehnter Einreisegesuche bleibt ebenfalls im Dunkeln. Zwischen

¹⁴¹⁷ Zu den Zahlen siehe Kapitel 3.4 sowie 4.6.

¹⁴¹⁸ Am Basler Bahnhof trafen allein zwischen März und Mai 1933 über 7000 Flüchtlinge ein, UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 135.

¹⁴¹⁹ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 134–136.

¹⁴²⁰ UEK, Schweiz, 2002, S. 120.

¹⁴²¹ UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 31.

¹⁴²² UEK, Schweiz, 2002, S. 120.

¹⁴²³ Bergsson, Iceland, 1998, S. 21.

¹⁴²⁴ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 216.

1938 und 1939 verweigerte die isländische Regierung 160 Gesuchstellern und ihren Familien die Einreise. Die eigentliche Anzahl abgelehnter Gesuche dürfte bedeutend höher liegen, zumal viele Gesuche über die diplomatische Vertretungen eingingen.¹⁴²⁵ Auch Ausweisungen wurden vollzogen: Die Regierung liess mindestens achtzehn Flüchtlinge, die zum Teil bereits während mehrerer Jahre in Island gelebt hatten, polizeilich nach Dänemark ausweisen.¹⁴²⁶ Island liess den dänischen Behörden mitteilen, dass es ihnen freistehe, die Flüchtlinge aufzunehmen oder nach Deutschland auszuweisen. Selbstverständlich würden die Kosten für die Ausweisungen von Island übernommen. Einige Flüchtlinge konnten in Dänemark bleiben. Diejenigen, die von Dänemark nicht akzeptiert wurden, wurden direkt nach Deutschland ausgewiesen.¹⁴²⁷

7.3.2.3 Fazit der Vergleichsansätze

Wie bereits beim Kantonsvergleich wirken sich die unterschiedlichen Forschungsansätze auf die Vergleichbarkeit der drei Staaten aus. Insbesondere fehlen für Island noch ausführlichere Aussagen zu den gesetzlichen Grundlagen, zu Aufnahme- und Wegweisungszahlen, zur isländischen Einbürgerungspraxis sowie zur Frage, wie die Aufnahmeverfahren an der isländischen Grenze (insbesondere am Hafen der Hauptstadt) aussahen. Ferner ist nicht ersichtlich, ob und wie sich die Position gegenüber Flüchtlingen entwickelte.

Die Voraussetzungen in den Staaten

Die für die Ausgestaltung der Flüchtlingspolitiken entscheidenden Faktoren unterschieden sich zwischen den Staaten im Einzelfall leicht. Der Umstand der als «dissimilar» empfundenen Einwanderung nahm in Island und in der Schweiz einen tendenziell grösseren Raum als in Liechtenstein ein, jedoch wirkten diese Abwehrmechanismen auch dort. Aussenpolitische Erwägungen erhielten in Liechtenstein ein vergleichsweise bedeutenderes Gewicht aufgrund Liechtensteins Bindung an die Schweiz und der geographischen Nähe zu Deutschland, allerdings beeinflussten diese Liechtensteins Politik nicht nachhaltig. Der Blick auf die in den drei Ländern vorherrschenden Ideologien zeigt ein relativ einheitliches Bild: In Nuancen zwar verschieden, bestand doch – spätestens ab Mitte der dreissiger Jahre – eine Ausschlusstendenz gegenüber Fremdem im Allgemeinen und Jüdischem im Speziellen. Was die Migrationsvergangenheit anbelangt, zeigt sich, dass die Schweiz eine Einwanderungstradition wie auch eine liberale Tradition aufwies, ihre Politik in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zunehmend abwehrend gestaltet hatte. Liechtenstein kannte hingegen nur eine

¹⁴²⁵ Bergsson, Iceland, 1998, S. 18.

¹⁴²⁶ Heimisson, Asylsituation, 1992, S. 221–225.

¹⁴²⁷ Vilhjálmsen, Iceland, 2004, S. 7. Siehe auch Bergsson, Iceland, 1998, S. 22.

Saisonierimmigration und Island war bisher ein reines Emigrationsland gewesen, an die Präsenz ausländischer Personen nicht gewohnt.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Wie sahen die Politik und Praxis in der Schweiz, Island und Liechtenstein aus? In allen drei Ländern stand die Wahrnehmung dessen, was als nationales Interesse definiert wurde, im Vordergrund. Die desolate Wirtschaftslage wirkte sich in den drei Ländern unterschiedlich aus: Während sich die schweizerischen Bundesbehörden¹⁴²⁸ und Island aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten eher restriktiv verhielten, erhielten in Liechtenstein mehrere Flüchtlinge gerade aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Fürstentum Asyl, weil Liechtenstein ihre Präsenz wirtschaftlich gewinnbringend einsetzte. Unterschiede zeigten sich auch im Institutionalisierungsgrad, der in Island und Liechtenstein gleichermassen gering war. Gesetzliche Bestimmungen besaßen in Ländern, in denen der Vollzug der Politik durch wenige Personen besorgt wurde, eine kleinere Bedeutung als in Ländern wie der Schweiz. Die unpräzisen rechtlichen Grundlagen Islands und Liechtensteins öffneten willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor.¹⁴²⁹ Nach Liechtenstein und Island retteten sich Flüchtlinge primär entweder über Beziehungen oder und über realpolitische Argumente, in Liechtenstein und der Schweiz auch über «illegale» Einwanderung. Ökonomische Argumente zogen in Liechtenstein am stärksten, in Island am wenigsten. Überfremdungsängste waren sowohl in der Schweiz als auch in Island von Beginn weg an der Tagesordnung, in Liechtenstein erhielten sie mit zeitlicher Verzögerung politisches Gewicht. Wenn wir den Blick auf die Akteure richten, so fällt für Liechtenstein eine besondere Gruppe auf: die liechtensteinischen Anwälte, deren Präsenz mit dem Aufstieg Liechtensteins als Finanzplatz zusammenhing. Die liechtensteinischen Rechtsagenten setzten sich besonders erfolgreich für ihre jüdischen Klienten ein. Allerdings wäre deren Bedeutung in Island und insbesondere auch in der Schweiz noch genauer zu untersuchen. Und was kann zu den Auswirkungen der Politik, insbesondere zu der Anzahl aufgenommenen und abgewiesener Flüchtlinge gesagt werden? In allen drei Ländern wurde die grosse Mehrheit der Zufluchtsuchenden zurückgewiesen. Hinter den Abweisungs- und Wegweisungszahlen der drei Länder stehen grosse Fragezeichen, weshalb auf eine quantifizierende Gegenüberstellung verzichtet wird. Allgemein fallen die Aufnahme- sowie die Abweisungszahlen für die Schweiz und Liechtenstein höher als für Island aus, da die

¹⁴²⁸ Besonders krisengeschüttelte Regionen der Schweiz versuchten ebenfalls, neue Betriebe anzusiedeln, UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 69.

¹⁴²⁹ Allerdings waren auch Länder mit relativ genau definierten gesetzlichen Grundlagen vor willkürlichen Entscheidungen nicht gefeit, siehe dazu beispielsweise UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 143.

beiden Länder an den NS-Machtraum grenzten. Liechtenstein nahm – soweit dies auf der Basis der heute verfügbaren Zahlen beurteilt werden kann – verhältnismässig mehr jüdische Flüchtlinge auf als die Schweiz und Island. Dafür können folgende Faktoren als plausibel aufgeführt werden: Erstens waren zu Beginn der dreissiger Jahre die Abwehrmechanismen bei den liechtensteinischen Entscheidungsträgern gegenüber jüdischen Einwanderern weniger ausgeprägt als in den anderen beiden Staaten. Zweitens ordneten die liechtensteinischen Behörden ihre Politik klar den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes unter. Dies war in der Schweiz weniger der Fall und in Island gar nicht, obwohl gerade Island aus der Anwesenheit von Flüchtlingen ebenfalls ökonomischen Nutzen hätte ziehen können. Die Ursachen für dieses unterschiedliche Handeln aus einer ähnlichen Situation heraus könnten in der stärkeren Gewichtung antisemitischer und xenophober Überlegungen sowie an der protektionistischen Wirtschaftspolitik liegen, die in erster Linie den Schutz des einheimischen Gewerbes und nicht dessen Ausbau verfolgte. Dennoch scheint Island in vereinzelt Fällen ebenso eine Nutzenabwägung vorgenommen zu haben – es sei an die Aufnahme von Musikern erinnert. Weshalb das Land gerade in dieser Frage von seiner generellen Praxis abwich, bleibt offen.

Der Vergleich Liechtensteins mit Island und der Schweiz hat die Sicht auf Liechtensteins Besonderheiten geschärft. Allerdings wird die Aussagekraft der Erkenntnisse eingeschränkt, da sie ausschliesslich auf Sekundärliteratur basieren, die unter unterschiedlichen Fokussen erarbeitet wurden. Die Vergleiche mit Kantonen sowie mit Staaten haben gezeigt, wie wichtig es ist, vergleichende Arbeiten auf die Basis von Quellenstudien zu stellen. Die unlängst erschienene Studie von Erlanger, Lüthi und Kury¹⁴³⁰ zur Frage des Umgangs mit Ausländerinnen und Ausländern in den USA und in der Schweiz für den Zeitraum von 1890 bis 1950 stellt einen wichtigen Beitrag dar, auch wenn die Darstellung der USA und damit der Vergleich zwischen den beiden Ländern bereits in den zwanziger Jahren endet.

Meyers Raster

Der Fünf-Punkte Deutungsrahmen von Meyers diente dazu, die Vergleichsdiskussion zu strukturieren. Dabei wurden die Schwächen und Grenzen von Meyers Hypothesen deutlich. Meyers unterschätzt die Bedeutung der Einwanderungsvergangenheit, ferner fehlen Aussagen über die Bedeutung des politischen Systems und der Verwaltungsorganisation für die Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Hingegen spielte die Bedrohungslage im flüchtlingspolitischen Kalkül der untersuchten Staaten eine vergleichsweise untergeordnete

¹⁴³⁰ Kury/Lüthi/Erlanger, Grenzen, 2005.

Rolle. Auch traten die von Meyers skizzierten aussenpolitischen Prestige Gründe nicht in Erscheinung. Für weitergehende Forschungen wären diese Punkte zu beachten.

8 Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung präsentiert neben bereits bekannten Tatsachen zahlreiche neue Erkenntnisse und stellt sie in einen breiten Gesamtzusammenhang. Neue Befunde liegen insbesondere zu den Vorgängen an der Grenze, den Entscheidungsmechanismen bei der Gewährung beziehungsweise Ablehnung von Aufenthaltsbewilligungen, zur finanziellen Seite des Flüchtlingswesens, zum Alltag der Flüchtlinge sowie zur Flucht von liechtensteinischen Neubürgern nach Liechtenstein vor. Zudem wird die liechtensteinische Flüchtlingspolitik in den internationalen Kontext eingeordnet und mit der Politik anderer politischer Einheiten verglichen. Im Folgenden werden die zentralen Befunde im Einzelnen dargestellt.

8.1 Fluchtbewegung nach und über Liechtenstein

Liechtenstein war seit 1933 mit Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland konfrontiert, die im Fürstentum Zuflucht suchten oder über liechtensteinisches Gebiet in ein sicheres Drittland ausreisen wollten. Weil sich das Land nicht an einer Tradition von Asylgewährung und humanitärer Politik orientieren konnte, standen die liechtensteinischen Behörden vor einem neuen Fragenkomplex – zu einem Zeitpunkt, als die Bewältigung der Wirtschaftskrise ihre volle Aufmerksamkeit verlangte.

Flucht über liechtensteinisches Grenzgebiet

Der liechtensteinische Grenzabschnitt war in den dreissiger Jahren im Vergleich zu den anderen Abschnitten des schweizerischen Zollkreises III (St. Gallen und Graubünden) der am stärksten frequentierte Grenzabschnitt. Zu Beginn waren es vor allem mittellose und oft auch schriften- und staatenlose Personen vorwiegend aus Osteuropa, die illegal die österreichisch-liechtensteinische Grenze überschritten. Sie wollten entweder in Liechtenstein arbeiten oder über das Fürstentum in ein Drittland ausreisen. Daneben gelangten vereinzelte Flüchtlinge aus NS-Deutschland sowie ab 1936 auch so genannte Spanienkämpfer über die österreichisch-liechtensteinische Grenze.

Der Charakter der Fluchtbewegung über Liechtenstein änderte sich mit dem «Anschluss» Österreichs vom März 1938. Nun versuchten vor allem Juden und Jüdinnen aus dem ehemaligen Österreich, über Liechtenstein in die Schweiz zu fliehen. Unmittelbar nach dem «Anschluss» fuhren mehrere Hundert jüdische Flüchtlinge per Bahn über Liechtenstein in die Schweiz. Während in den Monaten April und Juni bedeutend weniger Personen in Richtung Liechtenstein flohen, setzte Ende Juli 1938 eine Fluchtwelle von bisher ungekanntem Ausmass über die schweizerische Ost- und Nordgrenze ein. In den Monaten Juli und August gelangten

mindestens hundert österreichische Flüchtlinge über die grüne Grenze nach Liechtenstein und von dort in die Schweiz. 1939 verlagerte sich die Flüchtlingsbewegung vor allem an die schweizerische Süd- und Westgrenze. Über Liechtenstein flohen fast keine Flüchtlinge mehr. Das Fürstentum wurde somit insbesondere mit dem Flüchtlingsstrom aus Frankreich 1942, auf den die Schweiz mit einer Grenzsperrung und Tausenden von Rückweisungen reagierte, nicht konfrontiert. Seit 1940 versuchten vor allem entwichene Kriegsgefangene über Liechtenstein in die Schweiz zu fliehen. Abgesehen davon blieb die Fluchtbewegung über Liechtenstein bis kurz vor Kriegsende vergleichsweise bescheiden. Die schweizerische Ostgrenze inklusive Liechtensteins wurde erst wieder bei Kriegsende von zahlreichen Flüchtlingen aufgesucht. In den letzten Kriegstagen wollten mehr als siebentausend Personen die liechtensteinische Grenze überschreiten. Unter ihnen befanden sich vor allem befreite Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, ferner gegen hundert ehemalige Dachau-Häftlinge. Daneben versuchten frühere Funktionäre von Vichy-Frankreich und NS-Deutschland, sich vor den alliierten Truppen in Sicherheit bringen

Flucht nach Liechtenstein – schriftliche Anfragen

Bereits kurz nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 wollten Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, Deutschland in Richtung Liechtenstein verlassen. Das Fürstentum war vor allem (Zwischen-)Ziel von jüdischen Flüchtlingen. Vereinzelt suchten auch religiöse Gruppierungen, die in NS-Deutschland ausgegrenzt wurden, im Fürstentum Zuflucht.

Die höchste Zahl an Aufenthaltsgesuchen traf – parallel zum Grenzgeschehen – zwischen 1938 und Ende 1939 ein; für diesen Zeitraum sind 182 schriftliche Aufenthaltsgesuche, die mindestens 326 Personen betrafen, belegt. Dies ist – selbst wenn man davon ausgeht, dass diese Angaben nicht ganz vollständig sind – angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingsbewegung aus NS-Deutschland eine relativ kleine Zahl. Liechtenstein stellte für die Flüchtlinge selten erste Priorität dar, da es seit der Einverleibung Österreichs im März 1938 unmittelbar an NS-Deutschland grenzte. Im «Dritten Reich» verfolgte Personen wollten tendenziell nicht direkt in Deutschlands «Vorzimmer» fliehen, von dem man nicht wissen konnte, wie lange es noch als selbständiger Staat bestehen würde.

Illegaler Aufenthalt

Bis zum «Anschluss» Österreichs im März 1938 waren es vor allem Flüchtlinge, deren Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz abgelaufen war, welche sich vorübergehend im Fürstentum aufhielten, ohne eine entsprechende Bewilligung zu besitzen. Nach dem

«Anschluss» und vor allem im Herbst 1938 kamen vorwiegend Flüchtlinge nach Liechtenstein, die gerade erst den Fängen der NS-Diktatur entkommen waren.

8.2 Flüchtlingspolitik der liechtensteinischen Behörden

Liechtenstein entwickelte über den gesamten Zeitraum hinweg keine umfassende Flüchtlingsgesetzgebung mit klaren Entscheidungskriterien. Die Flüchtlinge wurden unter rechtlichen Gesichtspunkten wie gewöhnliche Ausländer behandelt. Allerdings war auch Liechtensteins Ausländerpolitik nur in groben Zügen geregelt. Im Vergleich zur Schweiz wurden stark vereinfachte Verfahren angewendet: Zu Beginn der dreissiger Jahre unterschieden die liechtensteinischen Behörden einzig zwischen Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen. Erst ab 1938 stellte die Regierung auch so genannte Toleranzbewilligungen für Flüchtlinge aus, die bisher eine Aufenthaltsbewilligung besessen hatten und nun ausgewiesen werden sollten. Die Regierung tolerierte sie von diesem Zeitpunkt an, ohne jedoch die formalisierten Verfahren der Schweiz zu übernehmen.

Was für die Ausländerpolitik gilt, gilt in noch ausgeprägterem Mass für die rudimentär geregelte Flüchtlingspolitik: Die Regierung beschränkte sich darauf, auf neue Konstellationen zu reagieren, und erliess im Unterschied zur Schweiz kaum flüchtlingspolitische Bestimmungen. In der Folge fehlten eigene Flüchtlingskategorien, das heisst Instrumente zur angemessenen Behandlung unterschiedlicher Flüchtlingsgruppen. An den schweizerischen Kategorien orientierte sich Liechtenstein vor allem im Umgang mit politischen Flüchtlingen und Deserteuren. Ein umfassender Verordnungs- und Gesetzesapparat war im Fürstentum insofern weniger notwendig, als der Vollzug der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik in den Händen einiger weniger Personen lag und diese sich in der Regel an schweizerischen Bestimmungen orientieren konnten.

Handlungsbedarf erkannte die Regierung in den Jahren 1935, 1938 und 1941, als sie Entscheidungen traf, die teilweise restriktiver ausfielen, als es die schweizerischen Bestimmungen waren. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die Einführung einer Kautions von mehreren zehntausend Franken für Aufenthaltsbewerber im September 1935, das Aufnahmeverbot österreichischer Emigranten im März 1938, der Flüchtlingseinreisestopp von Anfang Dezember 1938 sowie der Entscheid vom August 1941, auf liechtensteinisches Gebiet entwichene deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückzuschaffen.

Praxis an der Grenze

Der Personenverkehr an der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze wurde primär vom schweizerischen Grenzwachtkorps kontrolliert. Diese führte die Personenkontrolle in Absprache mit den liechtensteinischen Polizeiorganen durch. Nach dem «Anschluss» Österreichs und wiederum bei Kriegsende übernahm die liechtensteinische Hilfspolizei unter Aufsicht der schweizerischen Grenzwacht ebenfalls Überwachungsaufgaben. Für die am liechtensteinisch-deutschen Grenzabschnitt postierten schweizerischen Grenzwächter galten grundsätzlich – sofern Liechtenstein dies nicht anders wünschte – die gleichen Weisungen wie für ihre Kollegen an den anderen (schweizerischen) Grenzabschnitten.

Das damalige Grenzgeschehen kann angesichts der Quellenlage nicht umfassend erforscht werden, insbesondere konnten keine exakten Zahlen erhoben werden. Kategorisch zurückgewiesen wurden die mittel- beziehungsweise staaten- und schriftenlosen Osteuropäer, die vor allem Mitte bis Ende der dreissiger Jahre einzureisen versuchten. Die Grenzwacht wies allein zwischen 1933 und 1936 2118 Personen über die liechtensteinisch-österreichische Grenze zurück und übergab 260 Personen der liechtensteinischen Polizei.

Wie die Praxis der einzelnen Organe gegenüber den Flüchtlingen aus Österreich nach dem «Anschluss» aussah, konnte nicht hinlänglich geklärt werden. Insbesondere die Tätigkeit liechtensteinischer Polizeiorgane bleibt weitgehend unbekannt. Belegt ist, dass sie in den ersten Monaten nach dem «Anschluss» Österreichs mehrere mittel- und schriftenlose Osteuropäer nach Vorarlberg zurückstellten. Die wichtigsten Akteure an der Grenze, die schweizerischen Grenzwächter, wiesen zwischen März und Dezember 1938 im gesamten Zollkreis III (Rheintal, Liechtenstein, Graubünden bis ins Unterengadin) 849 Personen zurück, übergaben 455 den lokalen Polizeikorps, erfassten 74 politische Flüchtlinge und sechs Deserteure. Wie viele von diesen Menschen an der liechtensteinisch-deutschen Grenze aufgegriffen wurden und zuvor vom nationalsozialistischen Regime verfolgt worden waren, bleibt jedoch offen. An der liechtensteinischen Grenze wurden 1938 insgesamt mindestens 209 Personen aufgegriffen. Diese Anzahl ist aber keinesfalls als vollständig zu betrachten, da insbesondere zuverlässige Angaben zu den besonders einreisestarken Monaten August und November 1938 fehlen. Von den 209 Aufgegriffenen wurden mindestens 113 Personen zurückgewiesen und mindestens 43 in die Schweiz überführt (28 durch die Grenzwacht und fünfzehn durch die liechtensteinische Polizei). Von den übrigen 53 Aufgegriffenen ist nicht bekannt, ob sie zurückgeschafft oder in die Schweiz überführt wurden. Zudem konnte auch nicht ermittelt werden, bei wie vielen der 209 Personen es sich um Flüchtlinge aus NS-Deutschland handelte. Als unterer Grenzwert ist hierbei von 58 Flüchtlingen auszugehen.

Wenn auch bei der quantitativen Erfassung diverse Unklarheiten bestehen bleiben, so ist jedenfalls klar, dass die Praxis der schweizerischen Grenzschutz jüdischen Flüchtlingen gegenüber nicht einheitlich war. Einerseits übergab sie im Zeitraum zwischen dem «Anschluss» Österreichs und der schweizerischen Grenzsperrung von Mitte August 1938 mehrere Flüchtlinge der sanktgallischen Kantonspolizei. Andererseits überstellte sie mindestens 28 Flüchtlinge ans liechtensteinische Sicherheitskorps und liess zudem Ende Juli 25 Flüchtlinge direkt nach Basel überführen. In ihrer Praxis spiegelt sich bis Mitte August 1938 eine gewisse Unsicherheit über die adäquate Vorgehensweise wider. Die vom Bundesrat am 18. August 1938 verhängte Grenzsperrung setzte dieser Phase der Unsicherheit ein Ende; nun wies die Grenzschutz alle von ihr angehaltenen jüdischen Flüchtlinge zurück.

Die 1938 vom Grenzschutzkorps der liechtensteinischen Polizei übergebenen Flüchtlinge wurden entweder in die Schweiz überführt oder nach NS-Deutschland zurückgestellt. Von den 28 übernommenen Flüchtlingen überwies das Sicherheitskorps mindestens fünfzehn in die Schweiz. Bei den restlichen vierzehn Flüchtlingen ist lediglich sicher, dass sie nicht in Liechtenstein aufgenommen wurden.

Seit Beginn der vierziger Jahre – der genaue Zeitpunkt ist nicht bekannt – überwies die Grenzschutz alle aufgegriffenen Flüchtlinge direkt der schweizerischen Heerespolizei in Buchs. Dort entschieden die schweizerischen Behörden über Aufnahme, Internierung oder Rückweisung. Wurde eine Rückweisung verfügt, so erfolgte diese zum Teil über liechtensteinisches Gebiet. Die Angehörigen des liechtensteinischen Sicherheitskorps waren hingegen nur noch mit den von ihnen selbst aufgegriffenen Flüchtlingen betraut.

Eine neue Herausforderung für die liechtensteinischen Behörden stellte ab 1940 die Flucht von Kriegsgefangenen dar. Jugoslawische und polnische Kriegsgefangene stellte die liechtensteinische Polizei jeweils zurück. Wie viele dies waren, ist nicht bekannt, weil die entsprechenden Akten der liechtensteinischen Polizei und der schweizerischen Grenzschutz fehlen. Belegt ist die Rückweisung von drei polnischen Kriegsgefangenen durch die Grenzschutz. Dagegen überführte die liechtensteinische Polizei französische Kriegsgefangene zu Beginn – parallel zur schweizerischen Praxis – jeweils direkt in die Schweiz. Dies änderte sich jedoch im August 1941, als Liechtenstein sich gegenüber NS-Deutschland verpflichtete, aus deutschen Lagern entwichene Kriegsgefangene nach Deutschland zurückzuschaffen. Die schweizerischen Behörden setzten dessen ungeachtet ihre Praxis fort und brachten an der liechtensteinisch-deutschen Grenze angehaltene Kriegsgefangene direkt in die Schweiz. Dies führte zu zwischenstaatlichen Spannungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein sowie zwischen dem Fürstentum und NS-Deutschland. Liechtenstein versuchte zunächst, dem

Abkommen mit Deutschland nachzuleben, und setzte der Schweiz gegenüber Druck auf. Im Herbst 1942 lenkten die schweizerischen Behörden ein und erliessen spezielle Weisungen für die Grenzwächter an der liechtensteinischen Grenze. Zwischen 1940 und 1941, also vor Beginn des Abkommens, überführte die liechtensteinische Polizei mindestens 34 französische Kriegsgefangene nach Buchs. Die schweizerische Grenzwehr ihrerseits brachte seit 1941 mindestens fünf entflohene Kriegsgefangene in die Schweiz. Ob infolge des deutsch-liechtensteinischen Abkommens französische Kriegsgefangene an der deutsch-liechtensteinischen Grenze zurückgewiesen wurden, bleibt aufgrund der für diesen Bereich äusserst lückenhaften Quellenbestände offen. Der Wille zur Umsetzung des Abkommens war auf Seiten der liechtensteinischen Behörden zu Beginn jedenfalls klar gegeben.

Einreise- und Aufenthaltsgesuche

Die Rahmenbedingungen für die Behandlung der Einreisegesuche veränderten sich während der dreissiger Jahre erheblich. Bis Mitte des Jahrzehnts, als die Weltwirtschaftskrise in Liechtenstein ihren Höhepunkt erreichte, war die finanzielle Lage der Gesuchsteller ein wichtiges Entscheidungskriterium. Ausserdem sollte der liechtensteinische Arbeitsmarkt nicht belastet und der schweizerischen Flüchtlingspolitik Rechnung getragen werden. Gesuche jüdischer Flüchtlinge wurden zuerst vor allem abgelehnt, weil sie in Bereichen tätig waren (etwa als Ärzte oder Anwälte), in denen genügend liechtensteinische Arbeitskräfte zur Verfügung standen, oder weil sie die schweizerische Wirtschaft konkurrenziert hätten. Zudem bestanden im Fürstentum Befürchtungen, wonach die jüdischen Flüchtlinge aufgrund der nationalsozialistischen Judenpolitik nicht mehr nach Deutschland zurückkehren könnten. Deshalb erhielten jüdische Flüchtlinge in der Regel nur befristete Aufenthaltsbewilligungen. Die besten Chancen, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, hatten zu Beginn der dreissiger Jahre wohlhabende Privaters. Ab 1935 ging die Regierung dazu über, auch jüdische Unternehmer aufzunehmen, sofern sie Arbeitsplätze für einheimische Arbeitskräfte schufen und das einheimische Gewerbe nicht erheblich konkurrenzierten. Gleichzeitig klangen in der liechtensteinischen Öffentlichkeit, vor allem im Organ des Liechtensteiner Heimatdiensts, prinzipielle Bedenken gegenüber der Anwesenheit von Juden an. Die Regierung begründete im Herbst 1935 erstmals einen abschlägigen Entscheid mit der Liechtenstein drohenden Überfremdungsgefahr.

Der «Anschluss» Österreichs veränderte die innen- und aussenpolitische Situation des Fürstentums grundlegend. Liechtenstein geriet vorübergehend in eine innenpolitische Krise, die mit dem Eintritt der Vaterländischen Union in die Regierung und der Einführung des Proporzwahlrechts weitgehend entschärft wurde. Mit der Gründung der Volksdeutschen

Bewegung in Liechtenstein (VDBL) im März 1938 entstand eine offen nationalsozialistische Anschluss-Bewegung in Liechtenstein. Im Herbst 1938 manifestierte diese ihren Antisemitismus mit mehreren Bombenanschlägen vor Gebäuden, in denen Juden wohnten. Gleichzeitig verschlechterten sich die Ausreisemöglichkeiten von Flüchtlingen erheblich, da die grosse Mehrheit der in Frage kommenden Aufnahmestaaten die Grenzen weitgehend schloss.

In dem flüchtlingspolitisch entscheidenden Jahr 1938 wurde die liechtensteinische Politik angesichts der Flüchtlingswelle äusserst restriktiv. Die Regierung beschloss bereits Ende März, keine österreichischen Emigranten aufzunehmen. Sie lehnte die Mehrheit der Gesuche ab, sogar solche, deren Gesuchsteller sich über erhebliche Mittel ausweisen konnten. Ausschlaggebend für eine Aufnahme waren – noch stärker als bisher – direkte persönliche Beziehungen und die wirtschaftliche Potenz der einreisewilligen Flüchtlinge oder ihrer Fürsprecher. Aber auch die aufgenommenen Flüchtlinge erhielten in der Regel nur noch kurzfristige Aufenthaltsbewilligungen, neue Unternehmensgründungen wurden mit einer Ausnahme nicht mehr erlaubt. Von den ungefähr 115 eingereichten Gesuchen im Jahr 1938 lehnte die Regierung 77 ab (davon waren zirka 115 Personen betroffen) und nahm 27 Gesuche (63 Personen) an. Bis zum Abschluss des Fremdenpolizeiabkommens mit der Schweiz 1941 wurde die Politik der liechtensteinischen Regierung noch zurückhaltender. 1939 nahm sie zehn Gesuche (zwanzig Personen) an und lehnte zirka fünfzig Gesuche (mindestens 107 Personen) ab. 1940 hiess sie zwei Anfragen gut und wies deren zwölf zurück.

Der Grossteil der Flüchtlingsaufnahmen fiel in die Zeit vor dem «Anschluss» Österreichs, als noch Möglichkeiten zur Weiterreise bestanden, weniger Flüchtlinge nach einem neuen Aufenthaltsort suchten und auch die Richtung der NS-Judenpolitik noch weniger absehbar war. Umgekehrt verhielt es sich mit den Ablehnungen. Ab März 1938 wurden mehr Gesuche abgelehnt als je zuvor, obwohl die Gefährdung nun offensichtlicher war. In dieser Hinsicht ist die liechtensteinische Flüchtlingspolitik mit jener der Schweiz und der anderen europäischen und der überseeischen Staaten vergleichbar.

Ab 1941 waren die schweizerischen Behörden massgebend für die Erteilung von Bewilligungen. Das Fürstentum lehnte in erster Instanz diejenigen Gesuche ab, die sie auch ohne schweizerische Beteiligung abgewiesen hätte. Die Regierung setzte sich jedoch bei den schweizerischen Behörden oft mit Erfolg für Flüchtlinge ein, die ihr besonders wichtig waren. Von den wenigen erteilten Einreisebewilligungen konnte wegen der Verschärfung der NS-Judenpolitik nur gerade eine genutzt werden, die anderen Juden, die eine liechtensteinische Einreisebewilligung erhalten hatten, konnten den NS-Machtraum nicht mehr verlassen.

Nach Kriegsende entschied die schweizerische Fremdenpolizei zusammen mit der liechtensteinischen Regierung, welche Flüchtlinge Liechtenstein zu verlassen hatten. Es waren dies vor allem Mittellose und Unselbständigerwerbende. Die Behörden rückten jedoch bei entschiedener Gegenwehr von ihren Entscheidungen ab und belassen die fraglichen Flüchtlinge in Liechtenstein.

Praxis bei illegalem Aufenthalt

Zirka vierzig Flüchtlinge nahmen in Liechtenstein Aufenthalt, ohne eine entsprechende Bewilligung beantragt und erhalten zu haben. Die Behörden stellten ihnen umfangreiche Bedingungen für den Verbleib, die insbesondere eine hohe Kautionsbeimhaltung beinhalteten. Konnten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, erliess die Regierung Ausweisungsverfügungen. In den meisten Fällen schreckten die liechtensteinischen Behörden jedoch vor dem Vollzug der Ausweisung zurück. Ob Ausweisungen vollzogen wurden oder ob die Flüchtlinge der Ausschaffung zuvorkamen, konnte nicht eruiert werden, da die entsprechenden Akten unvollständig sind. Im Fürstentum blieben vor allem diejenigen Flüchtlinge, die im Verlauf der dreissiger Jahre von der Schweiz her, wo sie keine weitere Aufenthaltsbewilligung erhalten hatten, eingereist waren. Hingegen war von den im Herbst 1938 illegal nach Liechtenstein eingereisten Flüchtlingen bei Kriegsbeginn 1939 bis auf eine allein stehende Person niemand mehr im Land.

8.3 Haltung und Verantwortung der einzelnen Akteure

Aufgrund der engen fremdenpolizeilichen Bindungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz überschnitten sich die Verantwortlichkeiten teilweise, so dass diese nicht in jeder Hinsicht eindeutig zugeordnet werden können.

Die liechtensteinischen Akteure

Die Hauptverantwortung für die liechtensteinische Flüchtlingspolitik lag bis 1941 bei der liechtensteinischen Regierung. Aufgrund des Zollvertrags von 1923 war diese zwar nicht autonom in der Ausgestaltung der Einwanderungspolitik, faktisch konnte sie ihren Willen jedoch weitgehend durchsetzen. Sie beanspruchte im fremdenpolizeilichen Tagesgeschäft einen nicht unbedeutenden Handlungsspielraum, vor allem bei den Einbürgerungen, aber auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Die Regierung blieb bis 1941 die bestimmende Kraft bei der Beurteilung von Aufenthalts- und Einreisegesuchen.

Bei der Beurteilung der Haltung der Regierung ergeben sich aufgrund der Quellenlage Schwierigkeiten. So fällt insbesondere der Umstand, dass keine Verhandlungsprotokolle erstellt

wurden und auch kaum Grundsatzpapiere vorliegen, stark ins Gewicht. Dies hängt mit der Kleinheit des Landes und der Verwaltung zusammen. Die Regierung richtete ihre Politik zu Beginn der dreissiger Jahre primär an wirtschaftlichen Kriterien und an der schweizerischen Haltung aus. Ab Mitte der dreissiger Jahre gesellten sich Überfremdungsüberlegungen dazu, die zumindest teilweise von aussen übernommen wurden. Seit 1938 orientierte sich die liechtensteinische Flüchtlingspolitik vermehrt an rassistischen Kriterien: Juden sollten grundsätzlich keine Aufnahme mehr in Liechtenstein finden. Welches sind die Gründe dafür? Die Regierungsakten, insbesondere die ablehnenden Antwortschreiben der Regierung an die Gesuchsteller sowie die Äusserungen von Regierungschef-Stellvertreter und Regierungschef in Landtagsdebatten, enthalten mehrere Überfremdungs- und judenfeindliche Elemente. Inwieweit sie die Auffassung der Regierungsmitglieder widerspiegeln oder vor allem als Reaktion auf den innen- und aussenpolitischen Druck zu verstehen sind, muss teilweise offen bleiben. Die vorliegenden Akten deuten jedenfalls darauf hin, dass der durch die liechtensteinischen Nationalsozialisten erzeugte innere Druck für die Verhärtung der liechtensteinischen Position im Herbst 1938 mitentscheidend war. Dagegen floss die restriktive Position der Schweiz Ende der dreissiger Jahre fast nicht mehr in die Argumentation der Regierung ein. Auch humanitäre Überlegungen scheinen praktisch nicht auf.

Mit der Aufnahme von Flüchtlingen stiess die Regierung – auch wenn sie in der Regel sehr selektiv vorging – in Liechtenstein auf verschiedene Formen von Widerstand. Zum einen waren es zwischen 1933 und 1935 der Liechtensteiner Heimatdienst (LHD) und ab 1938 die Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein (VDBL), die mit Artikelserien und Bölleranschlägen (VDBL) ihre Opposition lautstark und gewalttätig kundtaten. Zum andern opponierten auch der Gewerbeverband und – in geringerem Masse – das Arbeitsamt gegen den Zuzug von jüdischen Unternehmern oder Arbeitskräften.

Der liechtensteinische Landtag war nicht direkt in die Aufnahmeverfahren involviert, als Legislative hatte er jedoch in Grundsatzfragen zur Flüchtlingspolitik ein wichtiges Wort mitzureden. Bei der wichtigsten Debatte im August 1938 stimmten Abgeordnete beider Parteien gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen. Der Landtag folgte dabei den Anträgen der Regierung und trug so dazu bei, dass es noch schwieriger wurde, in Liechtenstein Asyl zu erhalten. Ferner mussten nun auch bereits aufgenommene Flüchtlinge mit dem Rückzug der Aufenthaltsbewilligung rechnen. Die restriktive Aufnahmepolitik der Regierung fand im Landtag keinen Widerspruch, im Gegenteil, die Regierung wurde mehrmals – wenn auch vom selben Abgeordneten – kritisiert, dass sie zu viele Einreisen dulde. Für eine grosszügigere

Aufnahmepolitik setzte sich im Landtag niemand ein. Damit zeichnet der Landtag für die Politik der Regierung mitverantwortlich, da er ihren Kurs sanktionierte.

In Liechtenstein gab es nebst den ansässigen Flüchtlingen vor allem eine Personengruppe, die an der Einreise oder Einbürgerung von Flüchtlingen interessiert war. Es waren dies die liechtensteinischen Anwälte und Rechtsagenten. Ihre Beweggründe lagen primär in ihrer geschäftlichen Tätigkeit, doch konnte sich dieses Motiv für Flüchtlinge als lebensrettend erweisen. Indem die Anwälte Gesuche der Flüchtlinge standhaft vertraten, konnten sie die Regierung wiederholt umstimmen und so einigen Flüchtlingen die Einreise ins Fürstentum ermöglichen.

Die Personenkontrolle an der Grenze oblag zwar vor allem den schweizerischen Zollorganen, das liechtensteinische Sicherheitskorps war jedoch zumindest in den Sommermonaten 1938 ebenfalls direkt mit jüdischen Flüchtlingen befasst, als seine Beamten diese von der schweizerischen Grenzschutz übernehmen mussten. Da keiner dieser Flüchtlinge in Liechtenstein Aufnahme fand, ist davon auszugehen, dass sie entweder zurückgewiesen oder in die Schweiz überführt wurden. Letzteres bedingte aufgrund des Fremdenpolizeiabkommens die Zustimmung der Schweiz. Es scheint, dass Liechtenstein gegenüber jüdischen Flüchtlingen keine eigene Grenzpraxis entwickelte und sich in dieser Hinsicht auf die Entscheidungen der Schweiz verliess. In der Frage der französischen Kriegsgefangenen bemühte sich Liechtenstein dagegen um eine eigene, von der schweizerischen Praxis abweichende Linie, als die deutschen Behörden auf die Überstellung französischer Kriegsgefangener nach Deutschland drängten.

Die schweizerischen Akteure

Aufgrund des Zollabkommens waren mehrere schweizerische Organe in den Vollzug der Flüchtlingspolitik auf liechtensteinischem Gebiet respektive an der liechtensteinischen Grenze involviert. Die Eidgenössische Polizeidivision beziehungsweise die Eidgenössische Fremdenpolizei misstrauten den liechtensteinischen Behörden primär aus zwei Gründen: Erstens hielt sich Liechtenstein nicht an alle Abmachungen mit der Schweiz, und zweitens besass die Schweiz nur wenige direkte Kompetenzen in Liechtenstein. Dies wurde in einer Zeit, wo der Kampf der Überfremdung, «Verjudung» und Konkurrenzierung der angeschlagenen schweizerischen Wirtschaft galt, als äusserst problematisch empfunden. Das Ziel der Schweiz war es, die Umgehung der schweizerischen Vorschriften zu verhindern und Liechtenstein an diese zu binden.

In der Folge versuchten die schweizerischen Behörden auf verschiedenen Ebenen, auf die liechtensteinische Politik Einfluss zu nehmen. An den liechtensteinisch-schweizerischen

Konferenzen und Besprechungen war die liechtensteinische Drittausländerpolitik, insbesondere die Einbürgerungspolitik, wiederholt ein wichtiges Thema. Die liechtensteinische Aufnahmepolitik kam dagegen vergleichsweise wenig zur Sprache. 1933 verlangte die Schweiz von Liechtenstein, die schweizerischen flüchtlingspolitischen Erlasse nachzuvollziehen. Dieser Forderung kam Liechtenstein zu Beginn nach, und so führte der Einfluss der Fremdenpolizei Anfang der dreissiger Jahre dazu, dass die liechtensteinische Regierung einige Aufenthaltsgesuche abwies, die sie sonst wohl genehmigt hätte. Dagegen willigte die Fremdenpolizei mehrmals in Kompromisse ein, zu denen sie aufgrund des Fremdenpolizeiabkommens nicht verpflichtet gewesen wäre. Ausserdem konnte die Schweiz nicht verhindern, dass die liechtensteinische Regierung Gesuche genehmigte, die ganz klar nicht dem Willen der schweizerischen Fremdenpolizei entsprachen. In den Fremdenpolizeikonferenzen versuchte die Schweiz gegenüber Liechtenstein regelmässig Druck aufzusetzen, im fremdenpolizeilichen Tagesgeschäft blieb ihr Einfluss jedoch kleiner als gewünscht.

Gross war die Verantwortung der schweizerischen Behörden an der liechtensteinischen Grenze überall dort, wo das Eidgenössische Grenzwachtkorps die Personenkontrolle vornahm. Die Praxis an der liechtensteinischen Grenze scheint generell nicht anders gewesen zu sein als im restlichen Gebiet des Zollkreises III (St. Gallen, Liechtenstein und Graubünden).

8.4 Die Bestimmungsfaktoren der liechtensteinischen Flüchtlingspolitik

Im Folgenden sollen die zentralen Faktoren, die die liechtensteinische Flüchtlingspolitik bestimmten, dargestellt und gewichtet werden. In struktureller Hinsicht waren mehrere Faktoren massgebend: In Liechtenstein gab es keinen eigentlichen fremdenpolizeilichen Apparat, der eine eigenständige Ausländerpolitik verfolgte, wie dies in der Schweiz der Fall war. Die vordringlichen Probleme Liechtensteins waren wirtschaftlicher Natur. Die Fremdenpolitik blieb, auch wenn das Fürstentum bis zu einem gewissen Grad in die schweizerische Ausländer- und Flüchtlingspolitik integriert war, primär Teil der Wirtschaftspolitik und war dieser untergeordnet.

Ein wichtiger Faktor war deshalb zweifellos die wirtschaftliche Lage des Fürstentums, die sich in gegenläufiger Weise auf die Flüchtlingspolitik auswirkte. Einerseits erteilte die Regierung ab Anfang der dreissiger Jahre allgemein weniger Aufenthaltsbewilligungen an Ausländer. Besonders restriktiv war sie gegenüber Arbeitnehmern. Andererseits entschloss sich die Regierung mit Blick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab Mitte der dreissiger Jahre, im

Interesse der Arbeitsbeschaffung Unternehmer im Fürstentum zuzulassen, die Arbeitsplätze zu schaffen versprochen. Hingegen wurden Flüchtlinge, die möglicherweise der öffentlichen Hand zur Last gefallen wären oder die einheimische Wirtschaft in sensiblen Bereichen konkurrenziert hätten, nicht aufgenommen. Ab 1938 wies die Regierung auch Flüchtlinge ab, die mehrere tausend Franken an Kautions anboten und kein wirtschaftliches Risiko für Liechtenstein dargestellt hätten. Damit stellt sich die Frage nach weiteren Bestimmungsfaktoren.

Dazu gehören antisemitisch motivierte Vorbehalte gegenüber Juden. Der in gewissen Schichten Liechtensteins manifeste Antisemitismus ging in verschiedenen Punkten über die im katholischen Milieu verbreitete Judenfeindschaft hinaus. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang etwa die zeitweise starke Präsenz antisemitischer Polemiken nicht nur im frontistischen «Heimatsdienst», sondern (bis 1938) teils auch im «Liechtensteiner Vaterland», die antisemitischen Forderungen der VU zur innenpolitischen Befriedung im März 1938, die Anschläge der VDBL auf Häuser, in denen Juden wohnten, sowie die Arierparagraphen verschiedener Vereine (zum Beispiel in der Rheinmark-Verbindung). Die Überfremdung durch Juden wurde ab Mitte der dreissiger Jahre zu einem wichtigen Thema der politischen Auseinandersetzung in Liechtenstein. Dabei wehrte sich das «Liechtensteiner Volksblatt» der Bürgerpartei am stärksten gegen antisemitische Argumentationen und Tendenzen.

In Betracht zu ziehen ist auch die fremdenpolizeiliche Bindung Liechtensteins an die Schweiz. Während die schweizerischen Behörden die liechtensteinische Ausländerpolitik bis gegen Mitte der dreissiger Jahre massgeblich in eine restriktive Richtung steuerten, vergrösserten die liechtensteinischen Behörden ihre Autonomie ab Mitte der dreissiger Jahre zusehends und gestalteten ihr fremdenpolizeiliches Tagesgeschäft ziemlich selbständig. Ab 1938 waren die schweizerischen Behörden wieder etwas präsenter, ohne jedoch die eigentliche Federführung übernehmen zu können.

Im kleinräumigen Liechtenstein spielten persönliche Beziehungen eine sehr wichtige Rolle. Deshalb waren die Chancen relativ gross, dass man im Land bleiben konnte, wenn man einmal dort war. Dies war ähnlich wie in der Schweiz, wo unerwünschte Ausländer nicht ausgeschafft wurden, wenn ihre Ausweisung nicht praktikabel war oder aus humanitären Gründen nicht angezeigt erschien.

Als letzter Faktor ist Liechtensteins latente Bedrohung durch NS-Deutschland zu gewichten. Deutschland übte auf Liechtenstein in drei Bereichen erheblichen Druck aus: In der Einbürgerungsfrage ab 1933, in der Frage der französischen Kriegsgefangenen ab Herbst 1941 und in der Frage der Behandlung der Refraktäre ab 1943. Was die Einbürgerungen anbelangt, so gab das Fürstentum eine Zeitlang pro forma nach, um später wieder zu seiner ursprünglichen

Politik zurückzukehren und ungeachtet allfälliger Kritik aus Deutschland auch Flüchtlinge einzubürgern, die vorher nicht in Liechtenstein gewohnt hatten, die Domizilpflicht also nicht erfüllten. Durchsetzen konnte sich Deutschland bezüglich der französischen Kriegsgefangenen. Es gelang der NS-Diktatur hier, das Fürstentum von der bisherigen, mit der Schweiz abgesprochenen Praxis abzubringen und zur Zusage zu bewegen, die Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückzuschaffen. Wegen der erheblichen Widerstände der Schweiz wurde die Vereinbarung allerdings zusehends verwässert. Auch bei der Frage der Refraktäre setzte sich NS-Deutschland teilweise durch. Die liechtensteinische Regierung verlangte als Reaktion auf die Intervention von Konsul Voigt die Entlassung von Refraktären, die durch liechtensteinische Arbeitskräfte ersetzt werden konnten, was in zwei von drei möglichen Fällen geschah. Ausserdem wurden die Refraktäre zum Landdienst einberufen.

Demgegenüber sind keine Druckversuche Deutschlands bekannt, um Liechtenstein zu einer restriktiveren Aufnahmepraxis gegenüber jüdischen Flüchtlingen zu bewegen. Im Schlüsseljahr 1938 versuchte Deutschland vielmehr, die jüdische Bevölkerung aus Deutschland zu vertreiben. Die deutschen Behörden schoben im Herbst 1938 mittellos gewordene Juden schwarz über die Grenzen der Nachbarstaaten Schweiz, Liechtenstein, Tschechoslowakei und Ungarn ab. Auch beurteilte der für Liechtenstein zuständige deutsche Konsul Voigt die liechtensteinische Flüchtlingspolitik im Februar 1942 als restriktiv und verteidigte Liechtenstein gegenüber seinen Vorgesetzten.

8.5 Handlungsspielräume für Liechtenstein

Da das Fremdenpolizeiabkommen von 1923 Liechtenstein viele Freiheiten einräumte und nur zur Einhaltung eines fremdenpolizeilichen Mindeststandards verpflichtete, versuchten die schweizerischen Behörden schon bald, weiter gehende Zugeständnisse von Liechtenstein zu erhalten. Das Fürstentum verweigerte aber ein solches Entgegenkommen, solange die Schweiz den Liechtensteinern keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt gewährte.

Die liechtensteinischen Behörden nutzten den vorhandenen Handlungsspielraum vor allem in der Einbürgerungsfrage. Erst 1939 setzte sich allmählich die Auffassung durch, dass mit Rücksicht auf die schweizerischen Vorbehalte Zurückhaltung bei weiteren Einbürgerungen zu üben sei. Bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen für Flüchtlinge lehnte sich Liechtenstein zu Beginn der dreissiger Jahre ziemlich eng an die eidgenössischen Bestimmungen an, gewährte später aber auch Bewilligungen, die die schweizerischen Behörden nicht erteilt hätten. Wie gross der Handlungsspielraum effektiv war, zeigte sich bei

Gesuchstellern, an denen Liechtenstein aus wirtschaftlichen Gründen interessiert war. Die Regierung setzte sich hier regelmässig gegen schweizerische Vorbehalte durch.

8.6 Zahlen zu Aufnahme, Rückweisung, Ablehnung und Fluchthilfe

In Liechtenstein wohnten zwischen 1933 und Kriegsende – während begrenzter Zeit oder auch durchgehend – insgesamt gegen 210 jüdische Flüchtlinge und zwischen 1935 und 1938 zirka fünfzig bis achtzig freireligiöse Flüchtlinge. Von den 210 jüdischen Flüchtlingen reisten etwa 170 mit einer Bewilligung ein, während die übrigen ohne Bewilligung nach Liechtenstein gelangten. Die meisten dieser illegal eingereisten Flüchtlinge wurden von der Regierung aufgefordert, Liechtenstein zu verlassen, doch rund zehn solche Illegale wurden bis Kriegsende toleriert. Ferner lebten zwischen 1933 und 1945 zwanzig weitere Personen jüdischer Herkunft über kürzere oder längere Zeit im Fürstentum, die bereits vor 1933 nach Liechtenstein gekommen waren. Sie waren hier ab 1933 (Juden deutscher Staatsbürgerschaft) respektive ab 1938 (österreichische Juden) beziehungsweise ab 1939 (polnische Juden) und ab 1940 (niederländische Juden) vor der Verfolgung durch den Nationalsozialismus geschützt.

Während die Anzahl aufgenommener respektive in Liechtenstein tolerierter jüdischer Flüchtlinge mit 210 Personen relativ genau bekannt ist, ist hinter die Angaben zu abgelehnten und zu zurückgewiesenen Flüchtlingen ein grosses Fragezeichen zu setzen. Allein zwischen 1938 und 1940 wurden 270 Personen, die vom Ausland aus um Aufenthalt ansuchten, nicht aufgenommen. Eine Gesamtzahl der von 1933 bis 1945 abgelehnten Gesuche liegt nicht vor. Ebenso wenig ist bekannt, wie viele Flüchtlinge gesamthaft an der Grenze von schweizerischen oder liechtensteinischen Organen zurückgewiesen wurden. Insgesamt wurden an der liechtensteinischen Grenze zwischen 1938 und 1945 mindestens 165 Personen zurückgewiesen. Diese Zahl ist jedoch mit Sicherheit zu tief angesetzt, da zuverlässige Angaben insbesondere zum Monat August 1938 und den Kriegsjahren fehlen. Belegt ist ferner, dass zwischen 1938 und 1945 mindestens 92 Personen, die an der liechtensteinischen Grenze oder auf liechtensteinischem Gebiet aufgehalten wurden, in die Schweiz weitergeleitet wurden (55 durch die liechtensteinischen Behörden und 37 durch schweizerische Organe). Auch diese Zahlen sind zu niedrig angesetzt. Was die Tätigkeit von Fluchthelfern betrifft, so wurden mindestens 53 Flüchtlinge auf ihrer Flucht über liechtensteinisches Gebiet von Privaten unterstützt.

8.7 Die Situation der Flüchtlinge in Liechtenstein

Die allgemeine Situation in Liechtenstein wurde von den Flüchtlingen als den Umständen entsprechend erträglich geschildert. Sie waren froh, in Liechtenstein aufgenommen beziehungsweise toleriert worden zu sein. Getrübt wurde der Alltag der Flüchtlinge vor allem durch regelmässige antisemitisch motivierte Übergriffe, die – wenngleich von einer kleinen Minderheit verübt – ein Klima der Unsicherheit schufen. Auch waren Juden in einigen Vereinen unerwünscht. Zudem fühlten sich die Flüchtlinge in Liechtenstein durch die geographische Nähe zu NS-Deutschland bedroht, zumal die liechtensteinische Grenze militärisch ungeschützt war. Die meisten Flüchtlinge versuchten deshalb, in ein Drittland auszuwandern. Dies war vor dem Krieg noch eher möglich. Einer grösseren Anzahl gelang es aber erst nach Kriegsende.

Denjenigen jüdischen Flüchtlingen, die als Unternehmer nach Liechtenstein gekommen waren, war es möglich, sich eine neue wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Daneben wurden aber trotz der selektiven Aufnahmepolitik Liechtensteins einige Flüchtlinge von finanzieller Unterstützung abhängig. Die liechtensteinischen Behörden vertraten die Ansicht, dass die Gesamtheit der jüdischen Flüchtlinge für bedürftige Schicksalsgenossen aufzukommen habe. Alarmiert durch den Umstand, dass die Kautions eines Flüchtlings fast aufgebraucht war, beauftragte die liechtensteinische Regierung die im Land lebenden Flüchtlinge im Herbst 1940, einen Verein zu gründen, um für unterstützungsbedürftige Personen aufkommen zu können. Alle Juden – mit Ausnahme der jüdischen Neubürger – mussten dem Hilfsverein der Juden in Liechtenstein beitreten und durch ihren Beitrag die Unterstützung der Bedürftigen sicherstellen. Dieser Zwang kam der in der Schweiz üblichen Solidaritätsabgabe¹⁴³¹ sehr nahe, auch wenn diese anders gestaltet war. Im Unterschied zur Schweiz beteiligte sich die Regierung aber – ausser in einem Fall – an der finanziellen Unterstützung der jüdischen Flüchtlinge nicht. Diese Haltung sollte sich auch nach Kriegsende nicht ändern. Konnte die Zurückhaltung der liechtensteinischen Behörden während der dreissiger Jahre und der Kriegszeit noch mit der prekären Lage des Staatshaushalts erklärt werden, so erstaunt die ablehnende Haltung der Regierung 1953, finanziell in Not geratene ehemalige jüdische Flüchtlinge zu unterstützen. Im Unterschied zu den jüdischen Flüchtlingen wurden die 494 russischen Militärflüchtlinge 1945 bis zu ihrer Ausreise, die für einen Teil erst ab 1948 erfolgen konnte, auf Kosten des liechtensteinischen Staates untergebracht und versorgt.

¹⁴³¹ Die Solidaritätsabgabe war eine 1941 eingeführte schweizerische Sondersteuer für vermögende Flüchtlinge, die damit an die Unterstützungskosten beitragen sollten. Wer die Bezahlung verweigerte, musste damit rechnen, die fremdenpolizeiliche Bewilligung zu verlieren. UEK, Flüchtlinge, 2001, S. 321–325.

8.8 Die liechtensteinische Flüchtlingspolitik im Vergleich

Der selbständige Staat Liechtenstein konnte seine Ausländer- und Flüchtlingspolitik aufgrund der fremdenpolizeilichen Bindung an die Schweiz nicht völlig autonom gestalten. Das Fürstentum nimmt dadurch in der europäischen Immigrationsgeschichte eine Sonderstellung ein. Bei einem Vergleich stellt sich deshalb die Frage, ob Liechtenstein eher mit Gliedstaaten oder anderen Staaten verglichen werden soll. In Kapitel sieben wurden beide Ansätze diskutiert.

Der Vergleich mit Kantonen, im vorliegenden Beispiel mit Schaffhausen, St. Gallen und Basel-Stadt, erwies sich als eher schwierig, da den bisherigen Untersuchungen unterschiedliche Fragestellungen zugrunde lagen. Immerhin lässt sich festhalten, dass sowohl die Kantone als auch Liechtenstein vor Ort über Handlungsspielräume verfügten und diese zum Teil nutzten.

In St. Gallen und teilweise auch Basel-Stadt umgingen die Exponenten die eidgenössischen Vorgaben insbesondere an der Grenze, indem sie ihre Grenzpraxis offener als die eidgenössischen Weisungen gestalteten. Liechtenstein verfügte aufgrund seiner Stellung als Staat über andere Handlungsspielräume als die Kantone, insbesondere bei der Erteilung von Einreisebewilligungen. Die liechtensteinischen Vollzugsbehörden verstießen nicht direkt gegen eidgenössische Vorgaben, zumal sie nicht direkt daran gebunden waren, sondern machten sich den Graubereich der fremdenpolizeilichen Zusammenarbeit mit der Schweiz zu Nutzen. Das Land liess – insbesondere aus wirtschaftlichen Überlegungen – Flüchtlinge einreisen, die von der eidgenössischen Fremdenpolizei abgewiesen worden wären. Vordergründig öffnet sich eine grosse Kluft zwischen den Motiven Liechtensteins respektive der Kantone, der eidgenössischen Doktrin zuwiderzuhandeln. In den Kantonen St. Gallen und Basel-Stadt waren es eher politisch/humanitäre Gründe, in Liechtenstein eher Überlegungen ökonomischer Natur. Die unterschiedlichen Motive zur Ausschöpfung des vorhandenen Spielraums sind jedoch vorsichtig zu bewerten, da die Kantonspraxis gegenüber schriftlichen Einreisegesuchen einerseits und die Grenzpraxis der liechtensteinischen Behörden andererseits weitgehend im Dunkeln liegen.

Auf der staatlichen Ebene wurde Liechtenstein Island und die Schweiz gegenübergestellt. Die Judenpolitik NS-Deutschlands führte zwangsläufig dazu, dass neben dem Gros der mittellosen Flüchtlinge auch begüterte Flüchtlinge einen neuen Heimatstaat suchten. Dort erhöhten sie die Steuereinnahmen oder schufen als Unternehmer neue Arbeitsplätze. Diese Nebeneffekte waren im strukturschwachen Liechtenstein willkommen. Der Vergleich mit Island zeigt, dass sich jedoch andere strukturschwache Staaten dem ökonomischen Nutzen, den die Anwesenheit jüdischer Flüchtlinge generieren konnte, weitgehend verschlossen. Die Aufnahmen von NS-

Flüchtlingen gründete in Liechtenstein bis Mitte der dreissiger Jahre insgesamt stärker auf ökonomischen Überlegungen als in der Schweiz und Island. Für Liechtenstein war die Flüchtlingspolitik Teil seiner Wirtschaftspolitik. Das Motiv der Überfremdung scheint bei den liechtensteinischen Behörden hingegen bis 1938 weniger massgebend als in Island und insbesondere auch in der Schweiz gewesen zu sein. Das heisst nicht, dass im Fürstentum fremdenfeindliche und antisemitische Stereotype und Reflexe fehlten, sie wurden jedoch von Überlegungen praktischer Natur in Schranken gehalten. Unter den einheimischen Unternehmern bestanden zwar in Liechtenstein wie auch in der Schweiz und in Island erhebliche Konkurrenzängste. Doch die liechtensteinische Regierung mass diesen eine geringere Bedeutung als die schweizerischen und isländischen Behörden bei. Im Fürstentum deckten sich die Interessen der Flüchtlinge, die als Unternehmer ins Land kamen, weitgehend mit jenen der Regierung, was in den anderen beiden Staaten nicht in demselben Mass der Fall war. Abgesehen von den wohlhabenden Flüchtlingen unterschied sich die liechtensteinische Position nicht grundlegend von jener der schweizerischen und isländischen Behörden.

Die Kleinräumigkeit Islands und Liechtensteins wirkte sich in beiden Staaten ähnlich aus. In beiden Ländern bestanden wenig klare Handlungsrichtlinien, die eine einheitliche Praxis ermöglicht hätten. Die Politik war von der Umsetzung nicht zu trennen, da die Akteure, die für den Flüchtlingsbereich verantwortlich waren, angesichts der wenigen rechtlichen Grundlagen eine politikbestimmende Funktion ausübten. Auch erhielten in Island wie in Liechtenstein persönliche Beziehungen ein erhebliches Gewicht. Mehrere Flüchtlinge wurden dank ihren Beziehungen zu Einheimischen aufgenommen.

Der Vergleich mit den Kantonen zeigt, dass sowohl in Liechtenstein wie auch in den Kantonen Handlungsspielräume bestanden, diese aber aus unterschiedlichen Motiven ausgenutzt wurden. Ferner legt der Vergleich mit der Schweiz und Island offen, dass Liechtenstein verhältnismässig grosszügiger war, um seiner eigenen Wirtschaft Rechnung zu tragen. Weiterführend wären kantons- respektive staatsübergreifende Studien unter gleichen Fragestellungen zu erarbeiten.

Die liechtensteinische Flüchtlingspolitik zur Zeit des Nationalsozialismus lässt sich abschliessend auf folgenden Nenner bringen: Den liechtensteinischen Behörden ging es weniger darum, gefährdete Menschen zu retten, als den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen sowie innen- und aussenpolitische Konflikte zu vermeiden. Diese Politik entfaltete für Personen, die die restriktiven Bedingungen erfüllen konnten, eine rettende Funktion. Sie klammerte jedoch mittellose Personen und ab 1938

weitgehend auch jüdische Flüchtlinge – also die bedeutende Mehrheit der vor der nationalsozialistischen Verfolgung Zuflucht suchenden Menschen – aus.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Die Fluchtbewegung über Liechtenstein 1933–1944	64
Tabelle 2	Von der schweizerischen Grenzwehr an der liechtensteinischen Grenze aufgehaltene und zurückgewiesene Personen 1934–1936	71
Tabelle 3	Die Grenzaufgriffe der schweizerischen Grenzwehr im gesamten Zollkreis III Juli 1938	83
Tabelle 4	Grenzaufgriffe der schweizerischen Grenzwehr im gesamten Zollkreis III August 1938	88
Tabelle 5	Aufstellung der dokumentierten Grenzaufgriffe im liechtensteinischen Grenzabschnitt zwischen März und Dezember 1938	91
Tabelle 6	Aufstellung der dokumentierten Grenzaufgriffe im liechtensteinischen Grenzabschnitt zwischen Januar und 1. September 1939	94
Tabelle 7	Zwischen 1935 und 1946 in Liechtenstein anwesende Flüchtlinge	120
Tabelle 8	Schriftliche Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen 1938	138
Tabelle 9	Schriftliche Aufenthaltsgesuche von Flüchtlingen 1939/40	145
Tabelle 10	Einbürgerungsfälle, Personen insgesamt und Personen 1930–1944	194
Tabelle 11	Vergleichszahlen zur Aufnahme von Flüchtlingen in anderen europäischen Ländern	254

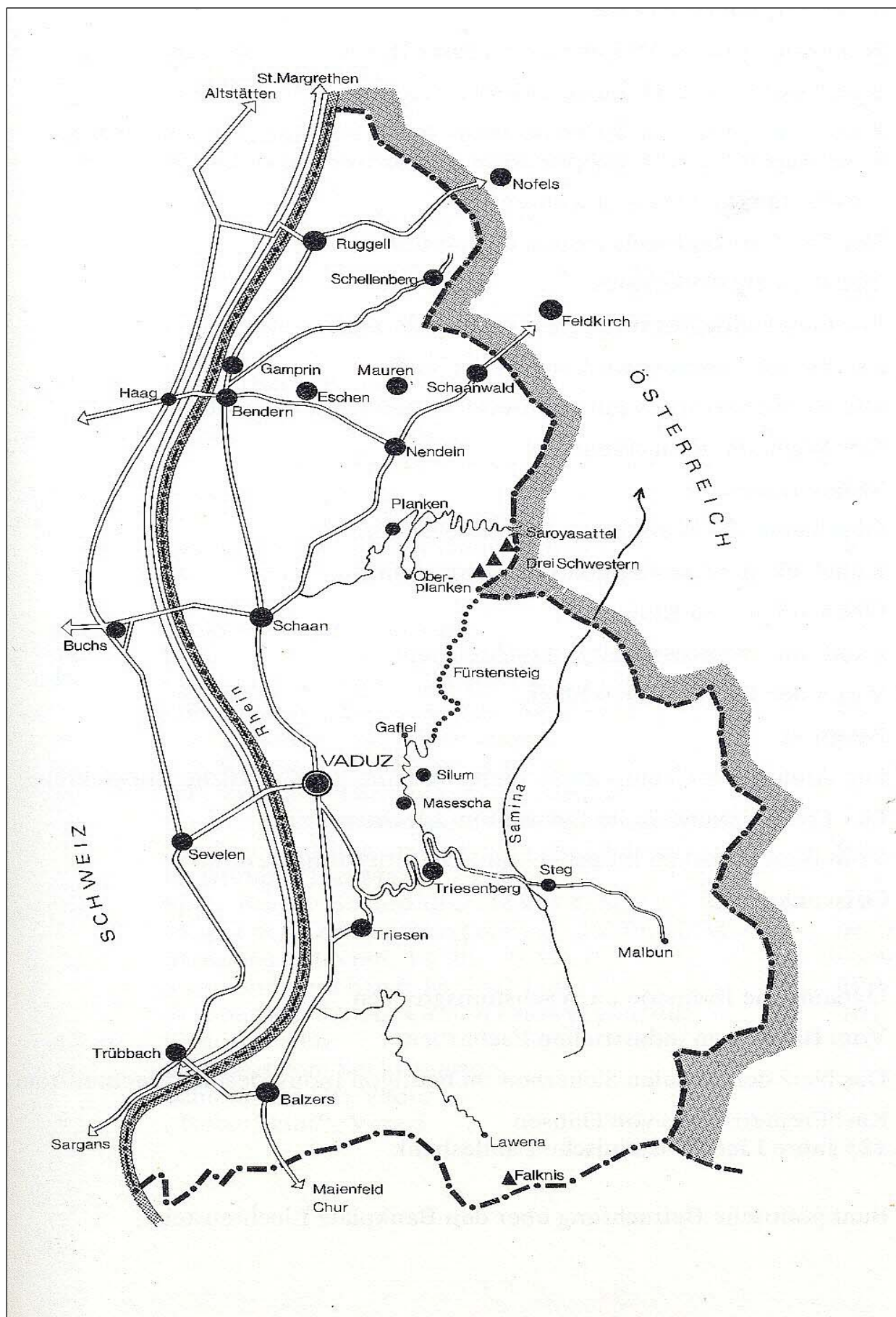
Abkürzungsverzeichnis

AfZ	Archiv für Zeitgeschichte, Zürich
AG	Aktiengesellschaft
ANAG	Eidgenössisches Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (1931)
AO	Auslands-Organisation (der NSDAP)
ATU	Allgemeines Treuunternehmen, Vaduz
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
BArch	Deutsches Bundesarchiv, Berlin
BBl	Bundesblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Fürstentum Liechtenstein
GAS	Gemeindearchiv Schaan
GAV	Gemeindearchiv Vaduz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HALV	Hausarchiv der Regierenden Fürsten von Liechtenstein, Vaduz
HIGA	Hilfsgrenzangestellte
KZ	Konzentrationslager
LGBI	Landesgesetzblatt
LGF	Landgericht Feldkirch

LHD	Liechtensteiner Heimatdienst (Partei)
LLA	Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz
LN	Liechtensteiner (Liechtensteinische) Nachrichten
LTA	Landtagsakten
LTp	Landtagsprotokoll, nichtöffentlich
LTP	Landtagsprotokoll öffentlich
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	Ohne Datum
o. J.	Ohne Jahr
o. O.	Ohne Ort
PA	Privatarchiv
PA/AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PA-AT	Archiv Allgemeines Treuunternehmen, Vaduz
PA-AV	Privatarchiv Alois Vogt, Vaduz
PA-EB	Privatarchiv Evelyne Bermann, Schaan
PA-KF	Archiv Kanonikus-Frommelt-Stiftung
PA-M&P	Archiv Marxer & Partner, Vaduz
RE	Regierungsakten Periode E
Rech Reg	Rechenschaftsbericht der Regierung
RF	Regierungsakten Periode F
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SIG	Schweizerischer israelitischer Gemeindebund
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StABS	Staatsarchiv Basel-Stadt
StAGr	Staatsarchiv Graubünden
StASG	Staatsarchiv St. Gallen

TLA	Tiroler Landesarchiv, Innsbruck
UEK	Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg
UHK	Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg
VDBL	Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein
VF	Vaterländische Front
VGAD	Verstärkter Grenzaufsichtsdienst
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VP	Christlich-soziale Volkspartei
VSIA	Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen (ab 1943 Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen)
VSJF	Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (bis 1943 Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen)
VU	Vaterländische Union

Landkarte Fürstentum Liechtenstein



Quellen- und Literaturverzeichnis

1 Ungedruckte Quellen

1.1 Liechtenstein

Liechtensteiner Landesarchiv, Vaduz (LLA)

AS	Register der Regierungsbeschlüsse, 1933–1945
LTA	Landtagsakten, 1933–1950
LTP	Öffentliche Landtagsprotokolle, 1933–1945
LTP	Nicht öffentliche Landtagsprotokolle, 1933–1945, 1953
PA 102	Privatarchiv Ferdinand Nigg
RE	Regierungsakten, 1926–1930
RF	Regierungsakten, 1931–1950
V4	Einbürgerungsakten, 1930–1940
V5	Liechtensteinisches Sicherheitskorps, 1930–1950
Hilfspolizei	Hilfspolizei, 1930–1950
V112	Fremdenpolizei Liechtenstein (ab 1947)
V143	Liechtensteinische Gesandtschaft in Bern (ab 1944)
S	Gerichtsakten (S 73/226)

Gemeindearchiv Schaan

Aufenthaltsakten 1938

Gemeindearchiv Vaduz (GAV)

Aufenthaltsakten 1938

Hausarchiv der Regierenden Fürsten von Liechtenstein, Vaduz (HALV)

Korrespondenz der fürstlichen Kabinettskanzlei, 1933–1955

Liechtensteinische Landespolizei, Vaduz

Karteikarten alt, «Ausländer»

Karteikasten alt, «Ausländer», Unterabteilung «Verstorbene»

Liechtensteinisches Landesgefängnis, Vaduz

Gefangenenbücher, 1939–1947

Archiv Allgemeines Treuunternehmen, Vaduz (PA-AT)

53	All. Treuhand AG, 1944
71	Frieden GmbH, 1939–1940
73	Landwirtschafts AG, 1936–1948

Archiv Marxer & Partner, Vaduz (PA-M&P)

25/8	Moos Leo
3/9	Felix Haas
22	Concordia-Gesellschaft
46	Guba Holding AG, 1942–1950

Privatarchiv Alois Vogt (PA-AV)

Dossier: 115, 140, 180, 325, 340, 387, 467, 476, 586, 587, 588, 637

Archiv Kanonikus Frommelt-Stiftung, Vaduz (PA-KF)

Nachlass Anton Frommelt, 1938–1942

Ottenstein, Rudolf: Versuch einer Lebensbeschreibung, unveröffentlichtes Manuskript, o.O 1969.

Privatarchiv Evelyne Bermann, Schaan (PA-EB)

Nachlass Rudolf Bermann

Privatkorrespondenz

Mappe Briefe Max Alexander

Wiedergutmachungsordner

Briefordner Rudolf Bermann an Alice Bermann

1.2 Schweiz**Bundesarchiv Bern**

Eidgenössisches Politisches Departement (EPD)

E 2001 (D) Abteilung für Auswärtiges

E 2001 (E) Politische Direktion

E 2200.53 (-) Generalkonsulat Wien

Eidgenössisches Militärdepartement (EMD)

E 27 (-) Landesverteidigung

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

E 4001 (C) Departementssekretariat Eduard von Steiger

E 4260 (C) Polizeiabteilung, Sachakten

E 4264 (-) Polizeiabteilung, N- und P-Serie

E 4300 (B) Eidg. Fremdenpolizei

E 4301 (-) Eidg. Fremdenpolizei, Personenregistratur

E 4320 (B) Bundesanwaltschaft

E 4800.1 (-) Handakten Heinrich Rothmund

Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement (EFZD)

E 6351 (F) Oberzolldirektion

E 6359 (-) Oberzolldirektion

Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Zürich

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)

Protokolle des Centralcomités, 1933–1945

Protokolle des Geschäftsausschusses, 1933–1945

Protokolle der Delegiertenversammlungen, 1933–1945

Ressort Flüchtlinge und Soziales, Betreuung von Flüchtlingen und Bedürftigen, Sekretariatsakten 1953, 1946–1953

Jüdische Nachrichten (Juna)

- 8.1.1.1 Einreiseformulare des Fürstentums Liechtenstein mit der Frage nach der Rasse 1943/1944
- 9.5.2 Bloch-Moos Einrichtung eines Schlachthofes im Fürstentum Liechtenstein, 1929
- 9.10 Presse, Zeitungsausschnitte betr. Schächterlaubnis in Liechtenstein / März 1929

The American Jewish Joint Distribution Committee (JOINT), New York

Nachlass Saly Mayer: Mikrofilme 1–17, 1938–1950

Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF)

- 1.4 Flüchtlingsakten: Personendossiers, 1938–1990 (A.108, A.341, B.159, B.211, D.314, E.146, F.186, F.620, H.547, L.136, M.323, O.78, P.355, P.355, W.758)

Staatsarchiv St. Gallen (StASG)

- A 116 Justiz- und Polizeidepartement, Kantonspolizei, Politische Polizei, 1933–1945
- A 119 Finanzdepartement, 1941–1945
- A 143 Justiz- und Polizeidepartement, Fremdenpolizei, Karteien, Akten, 1933–1945
- A 143/1.1 Kartei: Ausländer A–Z, 1923–1942
- A 143/1.4–1.7 Emigrantenkartei, 1938–1951
- A 143/3 Emigranten: Personendossiers, 1938–1950
- A 143/4 Ausländer: Personendossiers, 1945–1953

Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)

- M8 Journal 108, 1938; Journal 109, 1939
- IGB-REG Israelitische Gemeinde Basel
- H 11.1 / 2 Israelitische Gemeinde / Israelitische Fürsorge, Flüchtlingshilfe, Allgemeines und Einzelnes: Zirkulare der israelitischen Gemeinde Basel betr. Flüchtlingsfragen
- H 11.2 Israelitische Fürsorge, Flüchtlingshilfe, Hilfscomité der israelitischen Fürsorge
- H 10.3 Israelitische Fürsorge
- R 2.5 Israelitische Gemeinden / Aussenbeziehungen, Akten und Korrespondenz

Staatsarchiv Graubünden (StAGR)

- IV4c 1 Fremdenpolizei, 1938–1945

Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde St. Gallen

- Protokolle des Vorstandes, 1930–1950
- Protokolle der Hauptversammlungen, 1933–1948
- Israelitische Gemeinde St. Gallen, Fürsorge, 1933–1945
- Israelitischer Wohltätigkeitsverein. Hauptversammlungen, 1933–1948
- Religionsschule, Jahresberichte, 1933–1945
- Div. Korrespondenz an Saly Mayer, 1934
- Allg. Korrespondenz, 1938–1942
- SIG Hilfsaktion, 1938–1940
- Div. Unterlagen, 1935–1947

Privatarchiv Dr. phil. Stefan Keller, Zürich

Dokumentation zu Hauptmann Paul Grüninger:

Dokumente aus verschiedenen Archiven zu Grenzübertritten nach Liechtenstein

Korrespondenz mit Zeitzeugen

Manuskripte von Interviews mit Zeitzeugen

1.3 Österreich**Österreichisches Staatsarchiv, Wien, Archiv der Republik (AdR)**

06 Finanzen

Kartei der Sammelstellen A und B, Dossiers, 1957–1969

Vorarlberger Landesarchiv (VLA), Bregenz

DMG (Dauerleihgabe der Johann-August-Malin-Gesellschaft), Schachtel XV/1, 1938–1945

Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, III-Pol, 1868–1939

Landesgericht Feldkirch, Strafakten Vr, 1938–1940

Landeshauptmannschaft Vorarlberg, Abt. Ia, 1938–1939

Landesregierung Vorarlberg, Präsidium, 1937–1939

Landratsamt Feldkirch, Abt. 0, 1940–1945

Reichstatthalter für Tirol und Vorarlberg, Abt VI, 1940–1941

Tiroler Landesarchiv (TLA), Innsbruck

Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, Abteilung Ia4, 1938–1945

Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, Abteilung Ia5, 1940–1945

Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, Abteilung Ia12 (Einlaufprotokoll), 1941–1944

Stadtarchiv Feldkirch

Zollchroniken des Hauptzollamts Feldkirch, 1939–1943

Justizanstalt Feldkirch

Häftlings-Protokoll des Landesgerichtes Feldkirch, 1938–1945

Landesgendarmeriekommando für Vorarlberg, Bregenz

Gendarmerie Frastanz Protokoll, 1938–1951

Gendarmerie Feldkirch Protokoll, 1937–1955

1.4 Deutschland**Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA/AA)**

Inland II A/B, R 99426, Juden in Liechtenstein, 1937–1942

Gesandtschaft, Bd. 2837, 1941–1944

Bundesarchiv Deutschland, Berlin (BArch)

R 3017 ORA/VGH/66B

1.5 Israel

Yad Vashem, Jerusalem

Archive Section – 0.48/88-2; 0.48/88-3; 0.48 B/1; 0.48 B/1-2; 0.48 B/1-3; 0.48 B/c1-1, 1929–1971

Central Zionist Archives (CZA), Jerusalem

- L17 The Palestine Office in Geneva, 1941–1945
- L15 Immigration Office in Kushta (Istanbul), 1940–1943
- L22 Representation of the Jewish Agency at the League of Nations in Geneva, 1939–1947)
- S6 Jewish Agency Department for Immigration to Palestine, 1937–1945
- S26 «The Rescue Committee», 1939–1948

1.6 USA

United States National Archives II, College Park, Maryland (NARA)

RG 84, Legation Bern, Confidential Files 1940–1949

2 Gedruckte Quellen

2.1 Quellenverzeichnisse und Inventare

Boberach, Heinz (Hg.): Quellen zur politischen Emigration 1933–1945. Inventar von Nachlässen, nichtstaatlichen Akten und Sammlungen in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, München 1994.

Fink, Manfred (Hg.): Die Bestände des Archivs der Republik, Wien 1996.

Schweizerisches Bundesarchiv: Systematische Beständeübersicht des Schweizerischen Bundesarchivs, bearbeitet von Niklaus Bütikofer, Hugo Caduff et al. unter der Leitung von Christoph Graf, Bern 1992.

Schweizerisches Bundesarchiv: Flüchtlingsakten 1930–1950. Thematische Übersicht zu Beständen im Schweizerischen Bundesarchiv, Bern 1999.

Schweizerisches Bundesarchiv: Flüchtlingsakten 1930–1950. II. Systematische Übersicht zu den Beständen in den Archiven der Kantone der Schweiz und im Liechtensteinischen Landesarchiv, Bern 2001.

Steiner, Hubert, Christian Kucsera: Recht als Unrecht. Quellen zur wirtschaftlichen Entrechtung der Wiener Juden durch die Vermögensverkehrsstelle, Bd. 1: Privatvermögen-Personenverzeichnis (Informationen des Archivs der Republik, Bd. 3/1), Wien 1993.

2.2 Quellenpublikationen

Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS), Bde. 11–15, Bern 1989–1992.

2.3 Amtliche Publikationen

Rechenschaftsberichte der Fürstlichen Regierung, 1930–1950.

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt (LGBI)

2.4 Zeitungen

Liechtensteiner Volksblatt, 1938.

Liechtensteiner Vaterland, 1938.

Liechtensteiner Heimatdienst, 1933–1935.

Der Umbruch, 1940–1943.

3 Interne UHK-Berichte

Marxer, Veronika: Daten und Fakten zu den in Liechtenstein von 1930 bis 1948 eingebürgerten Personen, Juli 2004, 20 Seiten, masch.

4 Interviews, mündliche Auskünfte

Baum Fritz, Ruggell, 10. 4. 2003 und 18. 7. 2003.

Bermann Evelyne, Schaan (mündliche Auskunft), 25. 11. 2002.

Guggenheim-Strauss Edith, Jerusalem (Interview durchgeführt von Doron Niederland), 15. 12. 2002.

Keel Paul, Schaanwald, 12. 11. 2002.

Kiechler Alfred, Basel, 15. 8. 2003.

Moos Walter, Köniz, 24. 10. 2003.

Otten Walter, Schaan/London, 21. 2. 2003.

Posener Moshe, Maccabim, Modiin district, Israel (Interview durchgeführt von Doron Niederland), 9. 9. 2002.

Pugatsch-Sommer Susi, Tel Aviv (Interview durchgeführt von Doron Niederland), 10. 10. 2002.

5 Literatur

Altermatt, Urs: Katholizismus und Antisemitismus. Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918–1945, Frauenfeld 1999.

Altmann, Robert: Memoiren, hg. von der Liechtensteinischen staatlichen Kunstsammlung unter Mitarbeit von Evi Kliemand, Genf, Mailand 2000.

- Archives d'Etat de Genève (Hg.): Le Passage durant la Seconde Guerre mondiale. Sources et méthodes, Genève 2002.
- Batliner, Martin: Die politischen Volksrechte im Fürstentum Liechtenstein, Freiburg 1993.
- Battel, Franco: «Wo es hell ist, dort ist die Schweiz». Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 2001 (1. Auflage 2000).
- Beimrohr, Wilfried: Die Gestapo in Tirol und Vorarlberg, in: Tiroler Heimat. Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde 64, Innsbruck 2000, S. 183–236.
- Bellasi, Andreas; Riederer, Ursula: Alsleben, alias Sommerlad. Liechtenstein, die Schweiz und das Reich, Zürich 1997.
- Ben Elissar, Eliahu: La diplomatie du IIIe Reich et les juifs 1933–1939, Paris 1981.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988.
- Benz, Wolfgang: Die jüdische Emigration, in: Krohn, Claus-Dieter; Paul, Gerhard; Winckler, Lutz; von zur Mühlen, Patrik (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, S. 5–16.
- Benz, Wolfgang; Graml, Hermann; Weiss, Hermann (Hg.): Die Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 4. Auflage, München 2001 (1. Auflage 1997).
- Benz, Wolfgang; Wetzel, Juliane: Möglichkeiten und Formen der Hilfe für verfolgte Juden, in: dies. (Hg.): Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Bd. 1, Berlin 1996, S. 7–18.
- Biedermann, Klaus; Büchel-Thalmeier, Robert; Geiger, Märten; Kranz, Ruth; Ospelt, Barbara: Pfadfinderschaft und jüdische Kinder zur Zeit des Nationalsozialismus in Liechtenstein, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 99 (2000), S. 217–230.
- Biedermann, Klaus; Jud, Ursina; Kamber, Peter; Heeb, Pius; Haas, Norbert; Quaderer, Hansjörg: Zur Erstveröffentlichung des Rosenbaum-Plädoyers, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 103 (2004), S. 2–95.
- Bieri, Jean: «.... der werfe den ersten Stein.» Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945. Anmerkungen zum Bergier Bericht, Schaffhausen 2002.
- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration New

- York, unter der Gesamtleitung von Röder, Werner; Strauss, Herbert A., 4 Bände, München 1980–1983.
- Bourgeois, Daniel: La porte se ferme: la Suisse et le problème de l’immigration juive en 1938, in: *Relations internationales* 54 (1988), S. 181–204.
- Brändle, Hermann; Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, in: *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945*, Dornbirn 1985, S. 161–185.
- Broggini, Renata: Sources utilisées lors des recherches menées sur la frontière tessinoise, in: *Archives d’Etat de Genève* (Hg.): *Le Passage durant la Seconde Guerre mondiale. Sources et méthodes*, Genève 2002, S. 65–68.
- Brunhart, Arthur (Hg.): *Historiographie im Fürstentum Liechtenstein. Grundlagen und Stand der Forschung im Überblick*, Zürich 1996.
- Caestecker, Frank; Moor, Bob: Refugee policy in european states in the 1930s: A comparative analysis, in: Caestecker, Frank (Hg.): *Refugees from Nazi-Germany in West-European border states, 1933–1939/1940. Similarities and differences in granting asylum between European liberal states and societies. Causes and consequences of the distinct refugee policies in the 1930s*, Koninklijke Vlaamse Academie van België voor Wetenschappen en Kunsten, Brüssel 2003, S. 23–62.
- Carl, Horst: Liechtenstein und das Dritte Reich. Krise und Selbstbehauptung des Kleinstaates, in: Press, Volker; Willoweit, Dietmar (Hg.): *Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung. Geschichtliche Grundlagen und moderne Perspektiven*, 2. Auflage, München, Wien 1988, S. 419–464.
- Carl, Horst: Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates. Zu Gerhard Krebs: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum Dritten Reich, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 40 (1989), S. 486–493.
- Charguéraud Marc-André: *Tous coupables? Les démocraties occidentales et les communautés religieuses face à la détresse juive 1944–1940*, Band 1, Genf, Paris 1998.
- Conrad, Christoph: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Historische und sozialwissenschaftliche Ansätze, in: Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen (Hg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a.M.; New York, 1996, S. 155–180.

- Conrad, Christoph; Conrad, Sebastian (Hg.): Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002.
- Conrad, Christoph; Conrad, Sebastian: Wie vergleicht man Historiographien?, in: Conrad, Christoph; Conrad, Sebastian (Hg.): Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 11–45.
- Dahinden, Janine; Piguet, Etienne (Hg.): Immigration und Integration in Liechtenstein, Zürich 2004.
- Dejung, Christoph; Gull, Thomas; Wirz, Tanja: Landgeist und Judenstempel. Erinnerungen einer Generation 1930–1945, Zürich 2002.
- Efionayi-Mäder, Denise; Chimienti, Milena; Dahinden, Janine; Piguet, Etienne: Asyldestination Europa. Eine Geographie der Asylbewegungen, Zürich 2001.
- Egger, Gernot: Ins Freie? Die voralbergisch-schweizerische Grenze 1933–1945, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945, Dornbirn 1985, S. 234–257.
- Eisenberg, Christiane: Kulturtransfer als historischer Prozess. Ein Beitrag zur Komparatistik, in: Kaelble, Hartmut; Schriewer, Jürgen (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 399–417.
- Espagne, Michel: Transferanalyse statt Vergleich. Interkulturalität in der sächsischen Regionalgeschichte, in: Kaelble, Hartmut; Schriewer, Jürgen (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 419–438.
- Frech, Stefan: Clearing. Der Zahlungsverkehr der Schweiz mit den Achsenmächten (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 3), Zürich 2001.
- Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 1996.
- Freund, Florian; Perz, Bertrand: Zwangsarbeit von zivilen Ausländerinnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich, in: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, 2., erweiterte Auflage, Wien 2000 (1. Auflage 1988), S. 644–695.
- Freund, Florian; Safrian, Hans: Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945, in: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.): NS-

- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, 2., erweiterte Auflage, Wien 2000 (1. Auflage 1988), S. 767–794.
- Friedländer, Saul: Das dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 2000 (deutsche Erstausgabe 1998, englische Erstausgabe 1997).
- Geiger, Peter: Eine Liechtensteinerin im KZ: Baronin Valeska von Hoffmann, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 103 (2004), S. 98–135.
- Geiger, Peter: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939, 2 Bände, 2. Auflage, Vaduz, Zürich 2000 (1. Auflage 1997).
- Geiger, Peter: «Am Rande der Brandung». Kriegsende 1945 in Liechtenstein, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 95 (1998), S. 49–74.
- Geiger, Peter: Juden und Antisemitismus in Liechtenstein. Referat vom 26. Mai 1997, Schaan, Manuskript.
- Geiger, Peter; Schlapp, Manfred: Russen in Liechtenstein. Flucht und Internierung der Wehrmacht-Armee Holmstons 1945–1948, Vaduz, Zürich 1996.
- Geiger, Peter: Vor 100 Jahren geboren: Regierungschef Dr. Josef Hoop (1895–1959), in: Eintracht 4/1995, Vaduz, S. 7.
- Geiger, Peter: Vor 100 Jahren geboren: Anton Frommelt (1895–1975), Pfarrer, Politiker, Künstler, in: Eintracht 2/1995, Vaduz, S. 7.
- Geiger, Peter: Schweizerisch-liechtensteinische Zollvertragsgemeinschaft in der Zeit der Krise und des Zweiten Weltkrieges, in: Beiträge zur Zoll-Rundschau. Fachzeitschrift der Eidgenössischen Zollverwaltung, Nr. 4, 1993, S. 18–24.
- Geiger, Peter: Anschlussgefahren und Anschluss Tendenzen in der liechtensteinischen Geschichte, in: Geiger, Peter; Waschkuhn, Arno (Hg.): Liechtenstein: Kleinheit und Interdependenz (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 14), Vaduz 1990, S. 51–90.
- Geiger, Peter: Liechtenstein im Jahre 1938, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 88 (1990), S. 1–36.
- Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im dritten Reich, Göttingen 1966.
- Girsberger, H. et al. (Hg.): Who's Who in Switzerland including the Principality of Liechtenstein 1950/51, Genf 1952.

- Goehrke, Carsten; Zimmermann, Werner G. (Hg.): «Zuflucht Schweiz.» Der Umgang mit Asylproblemen im 19. und 2. Jahrhundert, Zürich 1994.
- Goop, Adolf Peter: Ludwig Marxer, in: Adolf Peter Goop (Hg.): Gedächtnisschrift Ludwig Marxer, Zürich 1963, S. 1–18.
- Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.
- Gutman, Israel; Jäckel, Eberhard; Longerich, Peter; Schoeps, Julius H. (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bände, 2. Auflage, Berlin 1998 (1. Auflage 1995).
- Hager, Arthur: Aus dem Finanz- und Zollwesen seit dem Jahre 1808, in: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1980/81, Bregenz 1981, S. 91–138.
- Hager, Arthur: Die Finanzverwaltung in Österreich vom März 1938 bis Mai 1945, in: Der Finanzdienst. Mitteilungsblatt der Bundessektion Finanz der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Wien 1976.
- Haldemann, Frank (in Zusammenarbeit mit Ursina Jud): Der völkerrechtliche Schutz des Privateigentums im Kontext der NS-Konfiskationspolitik. «Schwache» Schweizer Diplomatie? Eine rechtshistorische Analyse, in: UEK (Hg.): Die Schweiz, der Nationalsozialismus und das Recht, Öffentliches Recht I (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 18), Zürich 2001, S. 517–598.
- Häsler, Alfred: Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, 9. Auflage, Zürich 1992 (1. Auflage 1967).
- Hauser, Claude: Les réfugiés aux frontières jurassiennes (1940 – 1945). Accueil et refoulement, Internement, Saint-Imier 1999.
- Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen: Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M.; New York, 1996, S. 9–45.
- Heeb-Fleck, Claudia; Marxer, Veronika: Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945–1981, Schaan 2001.

- Heimisson, Einar: Die Asylsituation in Island in den dreissiger Jahren im Vergleich mit den anderen nordischen Ländern, unpubliziertes Manuskript, Universität Freiburg i. Br. 1992.
- Hepp, Michael (Hg.): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bde. 1–3, München, New York 1985.
- Hilberg, Raoul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bände, 9. Auflage, Frankfurt a. M. 1999 (englische Erstausgabe 1961, deutsche Erstausgabe 1982).
- Hoerschelmann, Claudia: Exilland Schweiz. Lebensbedingungen und Schicksale österreichischer Flüchtlinge 1938 bis 1945, Innsbruck, Wien 1997.
- Huonker, Thomas: Fahrendes Volk – verfolgt und verfemt: Jenische Lebensläufe, hg. von der Radgenossenschaft der Landstrasse, 2. Auflage, Zürich 1990 (1. Auflage 1987).
- Jabloner, Clemens; Bailer-Galanda, Brigitte; Blimlinger, Eva; Graf, Georg; Knight, Robert; Mikoletzky, Lorenz; Perz, Bertrand; Sandgruber, Roman; Stuhlpfarrer, Karl; Teichova, Alice: Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Forschungsbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Schlussbericht. Zusammenfassungen und Einschätzungen, Wien 2003.
- Jäger, Martin: Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Aktenbestände des Staatsarchivs St. Gallen zur Flüchtlings- und Migrationsgeschichte der Jahre 1920 bis 1950. Schlussbericht des Bearbeiters zuhanden von Projektleitung und Lenkungsausschuss, St. Gallen 2000.
- Jansen, Norbert; Allgäuer, Robert: Liechtenstein 1938–1978. Bilder und Dokumente, hg. von der Fürstlichen Regierung aus Anlass des 40. Regierungsjubiläums Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein, Vaduz 1978.
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945, Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Bd. 5, Bregenz 1985.
- Kaelble, Hartmut: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999.
- Kaelble, Hartmut: Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?, in: geschichte.transnational, <http://geschichte-transnational.clio-online.net/forum/2005-02-002> (2.5.2006).

- Kaelble, Hartmut: Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer, in: Kaelble, Hartmut; Schriewer, Jürgen (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 469.
- Kaelble, Hartmut: Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Forschungen europäischer Historiker, in: Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M.; New York, 1996, S. 91–130.
- Kaelble, Hartmut; Schriewer, Jürgen (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003.
- Kamber, Peter: Geschichte zweier Leben – Wladimir Rosenbaum und Aline Valangin, Zürich 1990.
- Kapp, Yvonne; Mynatt, Margaret: British Policy and the refugees, 1933–1941, Portland, London 1997.
- Keller, Stefan: Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe, Zürich 1993.
- Koller, Guido: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Erzählungen über das Eigene und das Fremde, in: Prodolliet, Simone (Hg.): Blickwechsel. Die multikulturelle Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Luzern 1998, S. 135–151.
- Koller, Guido: Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge – La Suisse et les réfugiés 1933–1945, Studien und Quellen 22, Bern 1996, S. 17–136.
- Korfmacher, Norbert: Der Landtag des Fürstentums Liechtenstein 1922–1945, Münster 1999.
- Korfmacher, Norbert: Exil mit vielen Problemen. Geflohene deutsche Juden im Fürstentum Liechtenstein 1933–1945, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Nr. 125, Frankfurt a. M. 1993, S. 115–138.
- Krebs, Gerhard: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum Dritten Reich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Bd. 39, 1988, S. 548–567.
- Küng, Heribert: Rheingrenze 1945, Buchs 1989.
- Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900 – 1945, Zürich 2003.

- Kury, Patrick; Lüthi, Barbara; Erlanger, Simon: Grenzen setzen. Vom Umgang mit Fremden in der Schweiz und den USA (1890–1950), Köln, Weimar, Wien 2005.
- Kwiet, Konrad: Nach dem Pogrom. Stufen der Ausgrenzung, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945, München 1988, S. 545–659.
- Lambelet, Christian: Évaluation critique du Rapport Bergier sur «La Suisse et les réfugiés à l'époque du national-socialisme» et nouvelle analyse de la question, Cahier de recherches économiques No 00.04, Lausanne 2004.
- Lasserre, André; Droz, Laurent; Gardiol, Nathalie: La politique vaudoise envers les réfugiés victimes du nazisme, 1933 à 1945. Rapport présenté en juin 2000 au Conseil d'Etat du canton de Vaud en exécution de son mandat du 18 juin 1997, Lausanne 2000.
- Lévy, Paul; Becker, Jean-Jacques (Hg.): Les réfugiés pendant la seconde guerre mondiale, Confolens 1999.
- Liechtensteinisches Landesmuseum (Hg.) Die Welt der Ili Kronstein. Begleitpublikation zur Sonderausstellung im Liechtensteinischen Landesmuseum, Vaduz 2005.
- Lindgren, Irène; Walder, Renate: Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Beiträge zum interdisziplinären Symposium des Zentrums für Schweizerstudien an der Universität Örebro, 30.9.–2.10.1999, Frankfurt a.M. 2001, S. 221–232.
- Lindner, Stefan H.: Das Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1991.
- Lingelbach, Gabriele: Erträge und Grenzen zweier Ansätze. Kulturtransfer und Vergleich am Beispiel der französischen und amerikanischen Geschichtswissenschaft während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Conrad, Christoph; Conrad, Sebastian (Hg.): Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 333–359.
- Lomfors, Ingrid: Veränderliche oder unveränderliche Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, in: Lindgren, Irène; Walder, Renate (Hg.): Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Beiträge zum interdisziplinären Symposium des Zentrums für Schweizerstudien an der Universität Örebro (30. 9.–02. 10. 1999), Frankfurt a. M., Bern 2001.
- London, Louise: Whitehall and the Jews 1933–1948. British Immigration Policy and the Holocaust, Cambridge 2000.

- Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
- Lorenz, Einhart; Misgeld, Klaus; Müssener, Helmut; Petersen, Hans Uwe: Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil, 1933 bis 1950, Hamburg 1998.
- Lorenz, Einhart; Petersen, Hans Uwe: Fremdenpolitik und Asylpraxis, in: Lorenz, Einhart; Misgeld, Klaus; Müssener, Helmut; Petersen, Hans Uwe (Hg.): Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil, 1933 bis 1950, Hamburg 1998, S. 17–42.
- Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Beilage zum Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, o. O. (Bern) 1957.
- Lussy, Hanspeter; López, Rodrigo: Finanzbeziehungen Liechtensteins zur Zeit des Nationalsozialismus, (UHK-Studie 3), Vaduz, Zürich, 2005.
- Mächler, Stefan: Abgrund zwischen zwei Welten. Zwei Rückweisungen jüdischer Flüchtlinge im Jahre 1942, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge im Jahre 1942, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bd. 22, Bern 1996, S. 137–232.
- Mächler, Stefan: Warum das Boot für die Juden voll war. Kontinuität und Bruch in der schweizerischen Fremdenpolitik, in: *traverse* 1995/2 (Beilage «Mai 1945»), Zürich 1995, S. 29–34.
- Maga, Timothy P.: America, France, and the european refugee problem 1933-1947, New York, London 1985.
- Marrus, Michal R.: Die Unerwünschten – the unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert, Berlin, Göttingen, Hamburg 1999 (englische Erstausgabe 1985).
- Marxer, Veronika; Ruch, Christian: Liechtensteinische Industriebetriebe und die Frage nach der Produktion für den deutschen Kriegsbedarf 1939–1945, (UHK-Studie 2), Vaduz, Zürich 2005.
- Marxer, Veronika; Heeb-Fleck, Claudia: Die liechtensteinische Migrationspolitik im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessen und internationaler Einbindung 1945–1981, in: Dahinden, Janine; Piguet, Etienne (Hg.): Immigration und Integration in Liechtenstein, Zürich 2004, S. 13–54.
- Mattioli, Aram (Hg.): Antisemitismus in der Schweiz, 1848–1960, Zürich 1998.

- Merki, Christoph Maria: Von der liechtensteinischen Landkanzlei zur internationalen Finanzberatung. Die Anwaltskanzlei Marxer & Partner und der Finanzplatz Vaduz, Baden 2003.
- Meyer, Katharina: Keiner will sie haben. Die Exilpolitik in England, Frankreich und den USA zwischen 1933 und 1945, Frankfurt am Main 1998.
- Meyers, Eytan: International immigration policy: a theoretical and comparative analysis, New York, 2004.
- Michman, Dan: Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht. Konzeptualisierungen – Terminologie – Anschauungen – Grundfragen, Hamburg 2002 (hebräische Erstausgabe 1998).
- Michman, Dan: The Committee for Jewish Refugees in Holland (1933–1940), in: Yad Vashem Studies XIV, Jerusalem 1981, S. 205–232.
- Michman, Dan: The Jewish Refugees from Germany in the Netherlands 1933–1940, unveröffentlichte Dissertation an der Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem 1978.
- Moos, Carlo: Ausgrenzung, Internierung, Deportation. Antisemitismus und Gewalt im späten italienischen Faschismus (1938–1945), Zürich 2004.
- Noiriel, Gérard: Die Tyrannei des Nationalen. Sozialgeschichte des Asylrechts in Europa, Lüneburg 1994 (französische Erstausgabe 1991).
- NZZ (Hg.): Bergier – was bleibt? Die Berichte 1997–2002 der UEK zur Schweiz während der Zeit des Nationalsozialismus, in der Reihe NZZ Fokus, Zürich 2002.
- Papaux, Estelle: L'attitude des autorités suisses face aux Juifs Suisses dans la France de Vichy, 1940–1944, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 2000.
- Patel, Klaus Kiran: «Transnationale Geschichte – ein neues Paradigma?», in: geschichte.transnational, <http://geschichte-transnational.clio-online.net/forum/2005-02-001> (2.5.2006).
- Petersen, Hans Uwe: Die Zusammenarbeit der nordischen Länder in der Flüchtlingsfrage, in: Lorenz, Einhart; Misgeld, Klaus; Müssener, Helmut; Petersen, Hans Uwe: Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil, 1933 bis 1950, Hamburg 1998, S. 69–85.
- Petersen, Hans Uwe: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1933–1945, Kiel 1991.

- Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933–1945, 3. Auflage, Zürich 1997 (1. Auflage 1994).
- Regard, Fabienne: Histoire orale d'un réfugié juif en Suisse (Henri Silberman) ou comment l'histoire peut utiliser le témoignage. Réflexions méthodologiques à partir d'un cas pratique, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge im Jahre 1942, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bd. 22, Bern 1996, S. 233–321.
- Ritter, Tobias: Die Einbürgerungspolitik des Fürstentums Liechtenstein unter innen- und aussenpolitischen Aspekten von 1930 bis 1945, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 53 (2003), Nr. 1, S. 58–79.
- Ritter, Tobias: Die Einbürgerungspolitik des Fürstentums Liechtenstein unter innen- und aussenpolitischen Aspekten von 1930 bis 1945, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit Universität Bern, 2001.
- Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hg.): Historische Statistik der Schweiz, Zürich 1996.
- Rother, Bernd: Spanien und der Holocaust, Tübingen 2001.
- Safrian, Hans: Die Eichmann-Männer, Wien 1993.
- Sarfatti, Michele: Gli ebrei nell'Italia fascista: Vicende, identità, persecuzione, Torino 2000.
- Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981.
- Schremser, Jürgen: «Der einzige Mann, der die Sache auf sich nehmen könnte...». Zur Rolle von Dr. Alois Vogt in den liechtensteinisch-deutschen Beziehungen 1938 bis 1945, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 98 (1999), S. 49–108.
- Schremser, Jürgen: Nachgefasst. Untiefen der liechtensteinischen Geschichtsaufarbeitung, in: Kultur, Feldkirch, Februar 2001, S. 14–17.
- Schürch, Oskar: Das Flüchtlingswesen in der Schweiz während des zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1933–1950. Bericht des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, 1951, unveröffentlicht, BAR, E 4260 (C) 1974/34, Bd. 131.
- Schwarz, Peter; Ganglmair, Siegwald: Emigration und Exil, in: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, 2., erweiterte Auflage, Wien 2000, S. 817–849 (1. Auflage 1988).

- Sibold, Noëmi: «... mit den Emigranten auf Gedeih und Verderb verbunden.» Die Flüchtlingshilfe der Israelitischen Gemeinde Basel in der Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 2002.
- Siegrist, Hannes: Perspektiven der vergleichenden Geschichtswissenschaft. Gesellschaft, Kultur und Raum, in: Kaelble, Hartmut; Schriewer, Jürgen (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 305–339.
- Skran, Claudena M.: Refugees in inter-war Europa. The emergence of a regime, Oxford 1995.
- Speck, Anton-Andreas: Der Fall Rothschild. NS-Judenpolitik, Opferschutz und «Wiedergutmachung» in der Schweiz 1942–1962, Zürich 2003.
- Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart, München 2001.
- Spuhler, Gregor: Zurückgestellt, zugeführt, freiwillig ausgereist. Eine Liste deutscher Zivilflüchtlinge im Thurgau 1944, in: *traverse* 2001/1, S. 115–121.
- Spuhler, Gregor; Jud, Ursina; Melichar, Peter; Wildmann, Daniel: Die Schweizer Bezüge zu «Arisierungen» in Österreich. Beitrag zur Forschung (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 20), Zürich 2002.
- Steinert, Johannes-Dieter; Weber-Newth, Inge: European Immigrants in Britain 1933–1950, München 2003.
- Strauss, Herbert A.: Essays on the History, Persecution and Emigration of German Jews, New York 1987.
- Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, 2., erweiterte Auflage, Wien 2000 (1. Auflage 1988).
- Tenenbaum, Joseph: The Crucial Year 1938, in: Shaul Esh (Hg.): Yad Vashem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance, Bd. 2, Jerusalem 1958, S. 49–77.
- Tilly, Charles: Big structures, large processes, huge comparisons, New York 1984.
- Tisa Francini, Esther: Liechtenstein und der internationale Kunstmarkt 1933–1945. Sammlungen und ihre Provenienzen im Spannungsfeld von Flucht, Raub und Restitution (UHK Studie 4) Vaduz, Zürich, 2005.

- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, überarbeitete und ergänzte Fassung des Zwischenberichts von 1999 (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 17), Zürich 2001.
- Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (Geiger, Peter; Brunhart, Arthur; Bankier, David; Michman, Dan; Moos, Carlo; Weinzierl, Erika): Fragen zu Liechtenstein in der NS-Zeit und im Zweiten Weltkrieg. UHK-Schlussbericht, Vaduz, Zürich 2005.
- Vilhjalmsson, Vilhjalmur Örn: Iceland, the Jews, and Antisemitism, 1625–2004, in Jewish Political Studies Review, in: <http://www.jcpa.org/phas/phas-vilhjalmur-f04.htm>, 5.1.2006.
- Vogelsang, Henning von: Die Armee, die es nicht geben durfte. Russen in deutscher Uniform und ihre Rettung nach Liechtenstein, Ulm-Kisslegg 1995.
- Vogelsang, Henning von: Kriegsende – in Liechtenstein. Das Schicksal der Ersten Russischen Nationalarmee der Deutschen Wehrmacht, Freiburg 1985.
- Vogt, Paul: 125 Jahre Landtag, Vaduz 1987.
- Voigt, Klaus: Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, in zwei Bänden, Stuttgart 1989.
- Wacker, Jean-Claude: Humaner als Bern! Schweizer und Basler Asylpraxis gegenüber den jüdischen Flüchtlingen von 1933–1943 im Vergleich, Basel 1992.
- Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Auflage, Heidelberg 1996 (1. Auflage 1981).
- Walk, Joseph: Liechtenstein 1933–1945. Nationalsozialismus im Mikrokosmos, in: Ursula Büttner (Hg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 1: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 376–425.
- Walter, Hans-Albert: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 2, Darmstadt 1972.
- Wanger, Harald: Die regierenden Fürsten von Liechtenstein, Neustadt an der Aisch 1995.
- Wanger, Ralph: Das liechtensteinische Landesbürgerrecht, Zürich 1996.
- Wanner, Gerhard: Flüchtlinge und Grenzverhältnisse in Vorarlberg, in: Rheticus, Heft 3/4, Feldkirch 1998, S. 227–271.

- Waschkuhn, Arno: Politisches System Liechtensteins: Kontinuität und Wandel (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 18), Vaduz 1994.
- Weber, Wolfgang: «Die sich vom Westen nach Osten erstreckende Wurst...» Aspekte der NS-Herrschaft in Vorarlberg, Tirol und Salzburg 1938–1945, in: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, 2., erweiterte Auflage, Wien 2000, S. 260–291 (1. Auflage 1988).
- Wenaweser, Emanuel; Wanger, Harald: «...so müssen die Industrien vermehrt werden...». Industrie in Schaan von den Anfängen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts (DoMus-Schriftenreihe, Heft 3), Schaan 2000.
- Werenfels, Samuel: Die schweizerische Praxis in der Behandlung von Flüchtlingen, Internierten und entwichenen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg, in: Bindschedler, Rudolf L. (Hg.): Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg, Basel 1985, S. 377–404.
- Werner, Michael; Zimmermann, Bénédicte (Hg.): De la comparaison à l’histoire croisée, Paris 2004.
- Wilhelmus, Wolfgang: Hitlerdeutschland, Schweden, Skandinavien und die Juden, in: Petersen, Hans Uwe: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1933–1945, Kiel 1991, S. 33–40.
- Wyss, Otto: «Das eidgenössische Grenzwachtkorps» in: Zoll-Rundschau. Fachzeitschrift des schweizerischen Zollpersonals, Fortsetzungsserie, April 1968 (Nr. 2) bis Dezember 1971 (Nr. 6), Bern 1968–1971.
- Zaugg, Otto: Schulung, Umschulung und Weiterbildung von Flüchtlingen, in: Flüchtlinge wohin? Bericht über die Tagung für Rück- und Weiterwanderungs-Fragen in Montreux, Zürich o. J. [1945], S. 158–172.
- Zeugin, Bettina; Sandkühler, Thomas: Die Schweiz und die deutschen Lösegelderpressungen in den besetzten Niederlanden. Vermögensentziehung, Freikauf, Austausch 1940–1945 (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 24), Zürich 2001.

6 Audiovisuelle Quellen

- Frommelt, Sebastian: Für Gott, Fürst und Vaterland. Liechtenstein während der NS-Zeit und Pfarrer Anton Frommelt, Dokumentarfilm, Schaan 1996.

Lebenslauf

Ursina Jud

Rue de Morat 22
1700 Fribourg
026/3212265 / 0794368404
ursina.jud@gmx.ch

12.3.1975
Heimatort Schänis (SG)
Ledig

Ausbildung und Abschlüsse

05/2007	Doktorat neueste Geschichte, Universität Zürich (berufsbegleitend)
10/2004-12/2006	Personalberaterin mit Eidgenössischem Fachausweis , Fachhochschule Solothurn (berufsbegleitend)
10/1995-12/2002	Lizentiat in Zeitgeschichte und Volkswirtschaft, Universität Freiburg (1997/1998 Austauschstudienjahr in Brüssel)
1989-1995	B-Matura , Schweizerische Alpine Mittelschule Davos (SAMD)

Berufstätigkeit

4/2004-	Personalberaterin Plattform Jugend Amt für Arbeitsmarkt Kanton Freiburg
4/2002-3/2004	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein - Zweiter Weltkrieg
7/2000-6/2001	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Unabhängige Historikerkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg
7/1999-6/2000	Praktikum bei der Unabhängigen Historikerkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg
1998-1999	Praktika bei der öffentlichen Verwaltung (Gemeinde Davos, Staatsarchiv St. Gallen)